

BETEILIGUNGSBERICHT 2021

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Foto Titelseite:

Copyright: Stadtwerke Halle GmbH

Redaktionsschluss: 9. September 2022

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2021	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2021 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021	36
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020	40
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019	44

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	47
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	52
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	57
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	58
	Stadtwerke Halle GmbH	59
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	81
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	82
	A/V/E GmbH	96
	Cives Dienste GmbH	102
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	112
	EGE-B Verwaltung GmbH	124
	EGE-P Verwaltung GmbH	129
	Energiedienste GmbH	134
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	140
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	150
	EVH GmbH	164
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	182
	EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	188
	EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	194
	EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	200
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	206
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	212
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	217
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	228
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	256
	IT-Consult Halle GmbH	264
	RAB Halle GmbH	278
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	288

SP X GmbH & Co. KG	296
SP XVII GmbH & Co. KG	302
SP XVIII GmbH & Co. KG	308
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	314
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	319
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	326
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	330
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	341

3.3 VERKEHR **353**

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	354
Hallesche Verkehrs-AG	362
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	380
Servicegesellschaft Saale mbH	391

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT **400**

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	401
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	407
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	420
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	445

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG **448**

Bio-Zentrum Halle GmbH	449
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	467
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	473
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	480
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	487
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	499

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	518
	Bäder Halle GmbH	519
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	531
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	541
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	552
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	571
	Maya mare GmbH & Co. KG	577
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	588
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	593
	Serva GmbH	602
	Stadion Halle Betriebs GmbH	605
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	610
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	613
3.7	KULTUR	618
	Stiftung Händel-Haus	619
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	626
	Zoologischer Garten Halle GmbH	636
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	646
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	647
	Saalesparkasse	656

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Bürgermeisters

Im gesamten Jahr 2021 wirkte sich die andauernde Pandemie weiterhin auf die Geschäftstätigkeit der städtischen Beteiligungen aus. Trotz der anspruchsvollen Rahmenbedingungen konnten bedeutende Projekte umgesetzt oder neu gestartet sowie wichtige Ziele erreicht werden. Nachfolgend benenne ich einige beispielhaft.

Die Straßenbahnen der Halleschen Verkehrs-AG fahren seit Jahresbeginn 2021 zu 100 % mit Ökostrom.

Zur weiteren Attraktivierung des ÖPNV wird das Modellprojekt „STADTLand+“ umgesetzt. Das Projekt umfasst die Schaffung neuer Schnellbuslinien, die modellhafte Einführung eines On-Demand-Verkehrs sowie die Taktverdichtung bestehender Linienverkehre. Des Weiteren werden multimodale Mobilitätsstationen errichtet.

Mit den Anfang September 2021 begonnenen Bauarbeiten für das neue Wohnquartier „Am Mühlwerder“ ist das größte Neubauvorhaben der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH gestartet.

Zur Einheits-Expo im Rahmen der in der Stadt Halle (Saale) ausgerichteten Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit“ präsentierte sich die Stadt mit zwei Event-Cubes zu den Themen Wissenschaft, Innovation, Transformation und Städtebau. Maßgeblich beteiligt waren das hallesche Stadtmarketing, die städtische Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft sowie der Technologiepark Weinberg Campus.

Leuchtturmprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) sind unter anderem die Revitalisierung des RAW-Geländes, die Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes und der Neubau eines Forschungsgebäudes (Center for Sustainable Materials and Energy) auf dem Weinberg Campus. Die städtische Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft hat als erste Antragsstellerin bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel zur Planung der Projekte erhalten.

Die erfolgreiche Arbeit der kommunalen Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) ist den qualifizierten und motivierten Beschäftigten sowie dem Engagement der Geschäftsleitungen zu verdanken. Dafür spreche ich an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank und meine Anerkennung aus. Im Weiteren danke ich den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien für ihre vertrauensvolle Tätigkeit und der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die fachkundige Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2022



Egbert Geier
Bürgermeister



2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2021 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 53 Kapital- und Personengesellschaften, zwei Eigenbetrieben sowie fünf Stiftungen und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 62 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen über 7.000 Mitarbeitenden und rund 280 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2021 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2020 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen
(einschließlich Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2021



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
--------------------	---	--

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
-----------------------	--------	--------

2. VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	25	50,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	50	50,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	24,44
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SP X GmbH & Co. KG	10	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	50,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	50,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	76	22,62
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT			
Bäder Halle GmbH		300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH		30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)		25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten		0	100,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH		26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG		10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung		311	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale		12.823	
Serva GmbH		26	100,00
Stadion Halle Betriebs GmbH		25	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)		12.382	
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung		344	
7. KULTUR			
Stiftung Händel-Haus		6.551	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle		25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH		26	100,00
8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS			
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)		10	100,00
Saalesparkasse		0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2020 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG erwarb im April 2021 alle Anteile an der SP X GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat eine Photovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von 20 MW errichtet und im Juli 2021 in Betrieb genommen. Im weiteren Verlauf des Jahres folgte die Übernahme der SP XVII GmbH & Co. KG sowie der SP XVIII GmbH & Co. KG mit dem Ziel der Errichtung weiterer Anlagen.

Die SHS Energiedienste GmbH wurde im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH umfirmiert.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2021 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 16 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in unterschiedlichen Rechtsformen wirtschaftlich erbracht werden.

Die Balance zwischen einem effektiven Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist das zentrale Ziel der Stadt Halle (Saale) bei der Steuerung ihrer Beteiligungen. Mit Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben in einer hohen Qualität erbringen sowie an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden / Bürgerinnen und Bürger ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine moderne und kosteneffiziente Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Gewährleistung von Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese das Grundfundament für eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen und ökologischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von **hoher Lebensqualität** und **Wirtschaftsattraktivität**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** durch eine erfolgreiche und zugleich nachhaltige Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten. Die Betrachtungsweise als „**Konzern-Stadt**“ rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Mit dieser Zielsetzung übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter aus; unterstützt durch die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsgremien. Den Beteiligungen wird damit eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** gegeben.

Die **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios und dessen Steuerung zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist wichtiger Teil der Beteiligungsstrategie.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2021 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2021 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	19.214					1.757	16.458			
	Stadtwerke Halle GmbH	19.214 ¹⁾					1.757 ²⁾	16.458 ³⁾			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		873				8.212	733		9.763	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau										
	A/V/E GmbH							(64 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(43 ³⁾)			
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH							(49 ³⁾)			
	EGE-B Verwaltung GmbH										
	EGE-P Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			

¹⁾ davon städtischer Eigenanteil zur Finanzierung des ÖPNV gemäß öDA (5.797 TEUR), Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.300 TEUR), Mittel aus Billigkeitsleistungen zur Kompensation von Schäden durch die COVID-19-Pandemie (7.444 TEUR), Zahlungen für Stadtbahnprogramm (809 TEUR) sowie Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.864 TEUR)

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (1.329 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

Energiedienste GmbH ⁴⁾						(101 ³⁾)			
Energieversorgung Halle Netz GmbH						(302 ³⁾)			
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)						(65 ³⁾)			
EVH GmbH		110 ⁵⁾				(36.352 ³⁾)		7.863 ⁶⁾	
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG						(314 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG						(484 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG						(142 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG									

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

⁵⁾ Fördermittel für eine Maßnahme am Stromnetz

⁶⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.563 TEUR für Strom und Gas sowie 300 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein Betrag von insgesamt 8.061 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.191 TEUR) und Gas (540 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (330 TEUR) gemäß Jahresabschluss 2021.

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG							(373 ³⁾)			
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH										
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH							733 ³⁾			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		763 ⁷⁾				8.212	(11.502 ³⁾)		1.900 ⁸⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH										
IT-Consult Halle GmbH							(1.580 ³⁾)			
RAB Halle GmbH							(354 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH							(106 ³⁾)			
SP X GmbH & Co. KG										
SP XVII GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Fördermittel für verschiedene Maßnahmen

⁸⁾ Zahlungen Konzessionsabgabe Trinkwasser von 415 TEUR für 2020 und 1.485 TEUR für 2021.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.21)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.21)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

SP XVIII GmbH & Co. KG									
TELONON Abwasserbehandlung GmbH									
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(228 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(4 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(6 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(254 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

3. VERKEHR	4.885	108					37			
-------------------	--------------	------------	--	--	--	--	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							37 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.534 ⁹⁾	108 ¹⁰⁾				0	(2.231 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.351 ¹¹⁾									
Servicegesellschaft Saale mbH							(62 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR) und Betreiberentgelt Parkeisenbahn (19 TEUR)

¹⁰⁾ Projektzuschuss

¹¹⁾ Betriebskostenzuschuss (381 TEUR), Ausgleich verbundbedingter Belastungen (958 TEUR) und für Kooperationsvereinbarung „Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland“ (12 TEUR)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT		91					65.579	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(196 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							7.843 ¹²⁾	2.000 ¹²⁾		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH		91 ¹³⁾					57.736 ¹⁴⁾	5.000 ¹⁴⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Bilanzgewinn 2020 in Summe 9.843 TEUR, aus Jahresüberschuss 2020 (6.095 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahr von 3.748 TEUR

¹³⁾ Fördermittel für Sicherungsmaßnahmen

¹⁴⁾ Bilanzgewinn 2020 in Summe 62.736 TEUR, aus Jahresüberschuss 2020 (13.183 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.318 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 50.871 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.519			413		220	1.732		44
-----------	--	--------------	--	--	------------	--	------------	--------------	--	-----------

Bio-Zentrum Halle GmbH										
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG							198 ³⁾	1.732 ¹⁵⁾		
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							15 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					413					44
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.519 ¹⁶⁾									
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							7 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁵⁾ Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 1.717 TEUR und Entnahme aus dem Gewinnvortrag in Höhe von 15 TEUR

¹⁶⁾ davon 350 TEUR für Projekt Standortmarketing und 8 TEUR Zuschuss aus dem Investitionsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	57.034	9.033		500	282	8.011	1			81
Bäder Halle GmbH	4.509 ¹⁷⁾						(3 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.654									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten **	50.001	9.033 ¹⁸⁾								
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					282	4.570				81

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2021 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁷⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.968 TEUR (netto) zzgl. 278 TEUR USt.

Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 263 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH für Maßnahmen zur Sanierung des Dachs des Freibads Saline. [Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2021 für das Jahr 2020 in Höhe von 263 TEUR (brutto).]

¹⁸⁾ davon für Kindertagesstätten „Stadtzwerge“ (1.467 TEUR), „Albrecht-Dürer-Straße“ (1.112 TEUR), „Kinderinsel“ (2.104 TEUR), „Traumland/Sausewind“ (560 TEUR), „Am Breiten Pfuhl/Einstein“ (841 TEUR), „Tabaluga/Fuchs und Elster“ (10 TEUR) und für Neubau Hort/Kita „Silberhöhe“ (2.939 TEUR)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.21)	Stand Bürg- schaften (31.12.21)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁹⁾			1 ³⁾			
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.441				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR

42.588

4.976

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.350 ²⁰⁾						4.686 ³⁾			
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.310						290 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁹⁾ Pacht Leuna-Chemie-Stadion (Zahlung an Stadt)

²⁰⁾ davon Zuschuss Liquidität (995 TEUR) und Dynamisierung (3.278 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.21)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.21)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		1.069						12		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.069						12 ²¹⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	126.309	10.105		500	695	17.980	88.016	8.732	9.763	125

²¹⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	23.602	8.370	16.340	652.808	510.269	195.140	271.845	41,6	98	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.773	6.115	743	57.977	7.384	0	4.618	8,0	33	0
A//E GmbH	18.281	18.006	523	7.439	535	165	2.277	30,6	276	10
Cives Dienste GmbH	673	672	32	96	3	3	25	26,0	13	5
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.204	15.459	-203	3.162	1.068	708	290	9,2	77	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	13	0	32	0	0	26	81,7	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	17	17	3	37	0	0	29	79,4	0	0
Energiedienste GmbH ¹⁾	4.832	4.832	101	7.908	5.944	975	2.025	25,6	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	131.628	130.677	274	21.710	10.475	1.350	7.954	36,6	261	42
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.404	6.268	309	6.538	4.504	0	3.278	50,1	56	0
EVH GmbH	595.611	592.383	35.241	510.792	362.042	36.677	117.413	23,0	298	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	1	0	160	14.338	12.138	5.600	9.500	66,3	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.763	1.694	359	19.038	17.881	0	3.410	17,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	2.017	1.241	939	33.348	21.568	10.591	4.610	13,8	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	523	386	167	14.518	5.872	3.926	3.510	24,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	55	54	1.567	28.745	22.302	10.772	25.268	87,9	0	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-13	18	0	0	10	55,8	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	52.656	48.802	2.586	170.853	160.924	13.354	130.377	76,3	213	4

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	135.227	126.514	12.453	562.242	532.443	24.625	91.177	16,2	561	29
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	20.741	18.979	6.416	32.184	24.459	10.957	15.308	47,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.122	32.322	786	11.194	5.682	2.907	522	4,7	248	7
RAB Halle GmbH	9.555	9.484	364	3.836	2.663	375	1.708	44,5	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	6.166	6.057	159	4.553	1.504	399	4.152	91,2	51	3
SP X GmbH & Co. KG	897	876	396	12.444	10.465	9.850	2.530	20,3	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	0	0	-98	10.165	7.050	6.622	3.222	31,7	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-26	2.238	918	226	2.229	99,6	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-12	32	0	0	26	81,1	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.803	1.406	1.110	48.003	43.490	60	46.468	96,8	7	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	33	0	22	74	0	0	67	90,8	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	227	218	7	541	0	0	496	91,7	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.824	4.781	440	1.413	248	95	225	15,9	52	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***	952	706	194	2.358	1.608	51	1.811	76,8	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	81.577	50.314	349	283.753	263.535	10.604	83.583	29,5	740	42
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	4.994	1.087	0	2.703	1.120	631	477	17,7	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	6.084	5.826	40	900	189	128	248	27,6	147	7

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien.
Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.364	3.439	243	1.131	70	33	526	46,5	31	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	55.406	50.368	4.900	350.130	323.134	24.720 ¹⁾	189.823	54,2	109	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	105.129	91.288	13.748	671.358	602.247	19.718	317.809	47,3	257	11
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.471	3.468	0	63.060	63.048	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH***	2.049	1.867	45	7.726	4.117	235	6.769	87,6	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.141	2.363	-223	12.388	0	0	12.193	98,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	972	679	31	342	5	4	182	53,1	7	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	1.563	835	-59	21.920	21.454	1.523	1.058	4,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.479	883	38	408	74	61	158	38,8	32	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***	5.011	4.721	51	23.878	16.599	320	14.388	60,3	24	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.133	4.791	1	12.329	10.012	196	6.850	55,6	53	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH***	7.709	7.276	312	14.871	10.944	383	8.063	54,2	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**										
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	58	90,5	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.889	3.898	0	6.457	4.975	78	3.516	54,5	110	4
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	586	311	0	586	100,0	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2021 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien.

Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	32.269	30.482	1.992	60.329	52.371	994	23.155	38,4	458	38
Serva GmbH	3.617	3.563	38	304	4	0	81	26,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.715	1.715	1	336	104	38	27	8,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.968	9.689	134	29.086	26.472	380	18.292	62,9	118	12
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	4	550	344	0	550	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.470	46	-30	11.137	8.316	26	9.940	89,2	17	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*	40.350	1.122	5.828	37.412	21.972	1.456	32.540	87,0	464	5
Zoologischer Garten Halle GmbH*	8.474	2.769	238	19.243	17.561	892	7.079	36,8	81	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.078	222	96	683	165	8	381	55,8	9	0
Saalesparkasse	127.126 ¹⁾	0	20.729 ²⁾	6.050.480	146.002	46.330	213.357	3,5	617	37

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	9.919	8.653	16.458	623.759	483.825	60.761	255.505	41,0	89	4
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.055	7.576	-448	59.887	7.395	7	3.876	6,5	38	0
AV/E GmbH	18.792	18.566	268	6.974	574	137	2.022	29,0	287	13
Cives Dienste GmbH	663	662	43	108	2	2	25	23,2	13	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.374	16.036	49	2.532	665	501	290	11,4	72	0
EGE-B Verwaltung GmbH	12	12	0	30	0	0	25	83,5	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	15	15	2	33	0	0	27	81,7	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	118.088	115.580	302	18.443	10.500	1.915	7.954	43,1	260	37
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.071	5.854	323	6.285	4.719	545	3.118	49,6	56	0
EVH GmbH	535.591	495.805	36.352	483.904	358.692	58.214	105.028	21,7	292	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	0	0	314	7.675	6.538	6.538	5.500	71,7	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.412	54	968	22.634	18.754	18.869	3.410	15,1	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	487	38	285	12.388	11.526	11.592	4.610	37,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	27	3	-31	5.944	2.112	2.119	3.479	58,5	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	7	7	747	14.763	11.530	11.530	13.050	88,4	0	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-12	16	0	0	3	18,7	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	51.243	47.731	2.997	167.134	157.420	14.089	127.791	76,5	216	6
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.666	119.921	11.502	563.190	530.313	24.432	90.028	16,0	555	24
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	12.093	12.079	-2.034	21.089	14.949	2.600	8.892	42,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.747	32.724	1.580	8.520	3.555	816	522	6,1	246	5
RAB Halle GmbH	8.545	8.494	354	4.211	2.823	1.395	1.708	40,6	8	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.654	5.588	212	4.526	1.787	945	4.047	89,4	52	3
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	4.489	4.489	101	6.161	5.401	679	2.025	32,9	0	0
SP X GmbH & Co. KG	0	0	-68	1.440	828	828	4	0,3	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	0	0	-19	1.270	428	428	6	0,5	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-11	788	692	692	0	0,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	1	0	-6	32	0	0	26	79,4	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.303	1.213	1.243	47.135	43.540	111	46.602	98,9	9	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	50	0	20	256	0	0	236	92,3	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	228	217	9	543	0	0	489	90,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.780	4.708	254	1.046	220	88	225	21,5	56	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	767	669	89	2.003	1.638	13	1.616	80,7	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	94.148	51.585	2.231	300.076	278.013	19.795	83.583	27,9	740	40
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	5.311	1.126	0	2.750	808	188	477	17,4	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.717	5.455	62	825	172	83	209	25,3	144	5
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.220	3.233	196	1.093	76	17	526	48,1	33	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	52.190	50.320	6.095	346.786	316.901	18.513 ²⁾	186.922	53,9	114	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	98.610	89.405	13.184	664.794	593.653	21.504	309.061	46,5	257	8
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.573	3.570	0	64.300	64.288	0	10	0,0	0	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.973	1.885	-18	8.117	6.487	1.006	6.724	82,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle- Saalkreis mbH & Co. KG	3.441	1.923	198	14.628	0	0	14.149	96,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	857	844	15	413	13	0	151	36,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.391	747	-125	22.010	20.693	3.538	1.117	5,1	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.378	817	-38	346	52	37	121	34,9	36	4
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.889	4.648	10	24.399	20.668	2.113	14.337	58,8	15	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.856	5.370	3	12.689	10.504	36	6.849	54,0	46	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.881	7.247	782	15.279	11.386	367	7.751	50,7	68	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	5.969	1.653	0	13.950	34	10	37	0,3	272	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	52.961	50.635	-1.043	61.746	54.236	16.230	20.106	32,6	1014	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	63	0	0	57	90,6	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	6.971	3.852	0	7.181	6.109	343	3.516	49,0	124	5
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	579	311	0	579	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	29.365	28.810	1.534	59.070	53.707	1.255	21.163	35,8	442	36
Serva GmbH	3.448	3.397	-44	334	7	6	81	24,2	98	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.821	1.821	1	729	79	51	27	3,6	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.240	9.630	-99	28.892	26.998	257	18.158	62,8	119	11
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	7	546	344	0	546	100,0	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.528	56	-33	10.926	8.537	426	9.965	91,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.463	1.248	4.686	31.156	21.930	861	26.712	85,7	467	4
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.649	4.090	290	20.316	18.493	1.124	6.840	33,7	79	2
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.044	0	12	718	168	10	285	39,7	9	0
Saalesparkasse	127.517 ¹⁾	0	57.887 ²⁾	5.348.052	107.253	30.863	211.228	3,9	631	39

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	11.493	8.069	11.035	551.352	455.457	117.059	239.047	43,4	86	9
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.710	7.797	141	59.036	7.394	1	4.323	7,3	37	0
A/V/E GmbH	19.693	19.434	221	7.249	593	227	1.975	27,2	298	14
Cives Dienste GmbH	602	602	32	103	1	2	25	24,2	12	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.607	16.497	24	3.205	322	96	290	9,0	69	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.492	111.011	301	16.276	9.906	1.170	7.954	48,9	260	35
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.616	6.379	499	6.460	4.667	619	3.096	47,9	59	0
EVH GmbH	443.695	434.480	23.497	448.449	345.968	69.898	101.628	22,7	287	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-11	23	0	0	15	62,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.157	44.502	2.299	162.488	152.885	14.124	124.794	76,8	213	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.283	118.859	10.726	565.699	528.044	23.847	90.029	15,9	560	25
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	21.989	21.858	1.064	19.715	13.137	7.725	10.926	55,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	34.067	32.284	1.717	11.023	3.485	682	522	4,7	244	3
RAB Halle GmbH	8.107	8.030	349	3.416	1.914	221	1.708	50,0	9	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.957	4.916	319	4.353	1.630	829	3.949	90,7	53	1
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	2.203	2.203	50	5.624	5.155	5.377	2.025	36,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2	0	-12	32	0	0	26	80,6	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.105	1.084	1.722	51.404	47.372	4	50.781	98,8	3	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	11	0	2	55	0	0	51	93,2	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	167	154	9	518	0	0	480	92,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.714	4.657	346	1.158	213	77	225	19,4	55	3

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	760	739	55	1.975	1.721	11	1.527	77,4	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	93.459	58.789	2.062	315.694	288.228	35.177	83.583	26,5	745	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	5.562	971	0	2.938	885	422	477	16,2	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.079	4.648	-1	698	180	116	147	21,0	141	4
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.396	3.329	190	1.046	105	23	526	50,3	32	2
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.791	49.801	6.473	342.103	315.498	22.705 ¹⁾	182.827	53,4	111	5
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.237	90.121	15.771	648.055	584.331	32.521	300.877	46,4	251	9
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.949	3.949	0	65.539	65.527	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.779	1.807	-121	8.652	6.049	9	6.742	77,9	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.507	4.214	494	22.912	0	0	22.612	98,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	904	891	21	309	39	4	137	44,2	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.271	644	-102	18.936	17.839	5.540	1.241	6,6	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.972	1.390	58	480	35	26	159	33,2	34	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.433	4.374	-269	26.055	20.281	31	14.327	55,0	14	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.757	5.465	1	13.311	11.250	115	6.846	51,4	53	5
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.766	7.129	845	14.935	11.810	514	6.969	46,7	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	5.019	1.785	0	10.993	49	35	37	0,3	289	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	53.542	51.424	677	47.922	39.756	4.774	21.149	44,1	964	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	63	0	0	56	89,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	8.736	6.453	0	8.411	7.010	999	3.517	41,8	135	5
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	19	0	5	573	311	0	573	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26.720	25.953	743	58.360	54.631	4.412	19.628	33,6	421	29
Serva GmbH	3.360	3.343	6	285	11	0	81	28,3	97	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.802	1.801	-1	926	48	0	26	2,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	9.957	9.063	467	29.383	27.591	163	18.257	62,1	114	10
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	4	540	344	0	540	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.703	106	-160	10.635	8.353	188	9.993	94,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.999	3.451	287	26.661	22.586	509	22.026	82,6	478	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.734	4.830	424	21.321	19.235	1.009	6.550	30,7	82	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.071	0	51	686	168	12	273	39,8	9	0
Saalesparkasse	129.178 ¹⁾	0	2.098 ²⁾	4.887.487	88.216	30.008	209.140	4,3	649	35

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-Flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
- Zuschreibungen auf Anlagevermögen
- Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-Flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-Flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-Flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-Flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz sowie dem Anlagenspiegel ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt**

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Mitarbeitenden gibt den Anteil eines Mitarbeitenden an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

** nicht zu berücksichtigen sind z. B. Vertretungsorgane, Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse; vgl. § 285 Nr. 7 HGB i. V. m. § 267 Abs. 5 HGB

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben den Löhnen und Gehältern sind soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung zu berücksichtigen. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag/Verlustvortrag und Jahresüberschuss/-fehlbetrag (bzw. Bilanzgewinn/-verlust). Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als Holdinggesellschaft für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe, die u. a. in den Bereichen Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung sowie öffentlicher Verkehr tätig sind, ergibt sich deren öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 30.09.2021, seit 21.10.2021 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzende	König, Simona	
		Berend, Stephanie	
		Dr. Brock, Inés	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Dr. Meerheim, Bodo
 Eigendorf, Eric
 Franke, Frank
 Gellert, Beate
 Mischke, Brita
 Otto, Renate
 Poppe, Susanne
 Richter, Ulrich
 Scholtyssek, Andreas
 Sehrndt, Martin
 Thielemann, Dirk (bis 30.09.2021)
 Unger, Jens (seit 19.10.2021)
 Wolter, Tom

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	448	447	404
Aufsichtsrat	30	29	30

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57
Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG	10	0,34

mittelbar

	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,20
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	182	0,14
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,04
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,16
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		3,30
TEP Netze GmbH & Co. KG		1,57
TEP Projektverwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hüfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Wind und Solar Verwaltungs GmbH	0	0,03
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	510.269	78	483.825	78	455.457	83	26.444	5
Umlaufvermögen	141.215	22	138.651	22	95.103	17	2.564	2
Rechnungsabgrenzungsposten	1.324	0	1.283	0	792	0	41	3

Bilanzsumme

	2021	2020	2019	Veränderungen 2021 zu 2020
	T€	T€	T€	T€
Bilanzsumme	652.808	623.759	551.352	29.049

Passiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	271.845	42	255.505	41	239.047	43	16.340	6
Sonderposten für Investitionszulagen	293	0	321	0	349	0	-28	-9
Rückstellungen	27.659	4	18.707	3	13.778	3	8.952	48
Verbindlichkeiten	352.000	54	348.073	56	297.494	54	3.927	1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.011	0	1.153	0	684	0	-142	-12

Bilanzsumme

	2021	2020	2019	Veränderungen 2021 zu 2020
	T€	T€	T€	T€
Bilanzsumme	652.808	623.759	551.352	29.049

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.370	8.653	8.069
sonstige betriebliche Erträge	15.232	1.266	3.424
Personalaufwand	8.369	6.792	6.966
Abschreibungen	1.617	1.443	1.429
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.946	10.740	10.138
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	49.327	52.211	38.391
Erträge aus Beteiligungen	196	234	129
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.241	2.932	2.294
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.787	1.827	1.944
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	26.126	18.683	18.996
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	214	6	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.938	5.446	3.211
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.556	7.483	2.418
Ergebnis nach Steuern	16.387	16.530	11.081
sonstige Steuern	47	72	46
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.340	16.458	11.035

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	195,22	190,20	136,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,40	6,88	4,84	%
Cash-Flow:	44.078	36.528	31.399	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeitenden:	100	111	98	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	85,09	68,47	82,47	%

¹⁾ Gesamtleistung ohne Erträge im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (bis 2020: Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag)

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,11	3,21	3,74	%
Eigenkapitalquote:	41,64	40,96	43,36	%
Fremdkapitalquote:	58,36	59,04	56,64	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden mathematisch exakt berechnet und summiert. Durch Summenbildung bzw. Aufrundungen der Angaben (TEUR bzw. %) können Rundungsdifferenzen entstehen.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Mit der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 36 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr, Hafen- und Containerterminalbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Beteiligungs-/Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) sowie Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

ENERGIE	WASSER & ENTSORGUNG	MOBILITÄT	SERVICES
<ul style="list-style-type: none"> ▶ EVH GmbH 100 % SWH • Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH • EGE-B Verwaltung GmbH 100 % EVH EVH Grüne Energie Beteiligung GmbH & Co. KG Kommanditist: 100 % EVH • EGE-P Verwaltung GmbH 50 % EVH Grüne Energie Bet. KG EVH Grüne Energie Projekt GmbH & Co. KG Kommanditist: 50 % EVH Grüne Energie • Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH • Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH • Meter1 Verwaltung GmbH 33 % EVH Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist: 33% EVH • Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH • Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co.KG Kommanditist 18,8 % EVH • Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG Kommanditist 4,1 % EVH • Trianel GmbH 1,57 % SWH • Energiedienste GmbH 100 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH • Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH • RAB Halle GmbH 100 % SWH • TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH • Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS • Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH • RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Verkehrs-AG 100 % SWH • Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100 % SWH • Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,59 % HAVAG • beka GmbH 0,63 % HAVAG 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH • Bäder Halle GmbH 100 % SWH • FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS • W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS • Cives Dienste GmbH 100 % SWH • Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG • A/V/E GmbH 23,9 % SWH • TGZ - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15 % SWH • Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG Kommanditist: 0,34 % SWH
▶ Geschäftsfeldführungsgesellschaft • Tochterunternehmen/Beteiligungen			

Abbildung 1: Gruppenstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für die Investitionen der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewebesteuer und Kapitalertragsteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratings simuliert werden. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität der SWH-Gruppe anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft erfolgten im Geschäftsjahr nicht, die Geschäftsorganisation hat sich in personeller, organisatorischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht weiterhin bewährt.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Im Geschäftsjahr erwarb die SWH einen Kommanditanteil an der Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG (Versorger-Allianz) in Höhe von 0,34 %.

Ende 2020 liefen die Nutzungsrechte im 450 MHz Frequenzbereich aus. Diese Mobilfunkfrequenzen lassen sich umfassend zur Daten- und Sprachübertragung, u. a. für die Datenübertragung zur Netzsteuerung und -überwachung, Sprachkommunikation im Regel- und insbesondere im Krisenfall sowie die Fernauslesung und Administration von intelligenten Messsystemen verwenden.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hatte im November 2020 entschieden, die Frequenzen vorrangig für kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bereitzustellen und damit nicht für die Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben.

Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss aus vier Gesellschaftern, der bisherigen Alleingesellschafterin Alliander AG, einem Konsortium regionaler Energieversorger, der E.ON sowie der Versorger-Allianz, zu der mehrere Stadtwerke und Energie- und Wasserversorger gehören. Zusammen versorgen diese Unternehmen rund 90 Prozent der Fläche Deutschlands mit kritischer Infrastruktur, wie z.B. Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung.

Mit Eintragung in das Handelsregister firmiert die SHS-Energiedienste GmbH seit dem 19. März 2021 als „Energiedienste GmbH“.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Corona-Pandemie

Der zweite pandemiebedingte Lockdown ab November 2020 und das Auftreten der Omikron-Variante hatten erwartungsgemäß auch Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Stadtwerke Halle.

Am stärksten betroffen war der ÖPNV, dessen Beförderungsfälle im Linienverkehr lagen nochmals um -2,84 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Die negativen Auswirkungen konnten durch die Hilfsmaßnahmen des Bundes und der Länder ausgeglichen werden.

Die Bäder im Stadtgebiet mussten zu jedem Lockdown geschlossen werden. Dies hatte insbesondere für das Freizeitbad Maya mare Kurzarbeit für fast alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bis zum 30. Juni 2021 zur Folge. Die wirtschaftlichen Folgen konnten jedoch abgemildert werden, so dass der notwendige Betriebskostenzuschuss im Vergleich zum Vorjahr um 248 T€ auf 1.325 T€ gesenkt werden konnte.

Die erwarteten Einnahmeverluste durch Insolvenzen von Geschäftskunden der Versorgungsunternehmen blieben bislang weit unter den Befürchtungen.

In allen Tochterunternehmen wurden mehrstufige Präventions-, Interventions- und Reaktionspläne entwickelt und entsprechend der jeweiligen Infektionslage aus dem Vorjahr fortgeführt.

3.1.2. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag ÖPNV

Die Stadt Halle (Saale) hat mit Stadtratsbeschluss vom 21. November 2018 festgelegt, die HAVAG ab dem 1. Januar 2021 im Wege der Direktvergabe nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 mit dem Betrieb des Stadtverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale) unter Verzicht auf die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zu betrauen. Im Rahmen dessen erfolgte eine Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) seitens der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung der SWH an die HAVAG. Der öDA bildet die wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG, trägt den veränderten Vorgaben für die Direktvergabe von Verkehrsleistungen laut Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Rechnung und untersetzt die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen. Der öDA hat eine Laufzeit von 22,5 Jahren.

3.1.3. Abschluss der Modernisierung des Heizkraftwerkes Trotha

Seit dem 30. Juli 2021 war die Anlage grundsätzlich für das erste Zünden der Gasturbine betriebsbereit. Für diesen Schritt mussten jedoch noch alle technischen und sicherheitsrelevanten Bedingungen durch die Firma GE und die EVH vorbereitet werden. Das erste Zünden konnte schließlich am 6. September 2021 stattfinden. Daran schlossen sich verschiedene Testläufe sowie der Probebetrieb an.

Am 7. Oktober 2021 wurde die Anlage erstmals samt nachgelagerter Dampfturbine, also im GuD-Betrieb, unter Volllast gefahren. Dem folgten noch weitere Optimierungsmaßnahmen und ein Feintuning bis zur endgültigen Anlagenkonfiguration. Am 1. November 2021 konnte die Anlage in den Dauerbetrieb übergehen.

3.1.4. Ballsporthalle

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Ballsporthalle der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) kostendeckend verpachtet, welche fortan Betreiberin der Halle ist. Zuvor endete ein Pachtvertrag mit der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle Neustadt mbH. Die SWH erwarb die Namensrechte an der Ballsporthalle.

3.1.5. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz werden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe geleisteten Spenden im Internet veröffentlicht.

Ebenso werden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Strom, Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise sowie zunehmend steigende Bauleistungspreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur begrenzte Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) wurde am 11. Juni 2021 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die abschließende Beratung im Bundesrat erfolgte am 25. Juni 2021. Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem es Anforderungen an ein verantwortungsvolles Management von Lieferketten festlegt, wobei die Sorgfaltspflichten nach der Einflussmöglichkeit der Unternehmen bzw. Zweigniederlassungen abgestuft sind. Das Gesetz ist ab 1. Januar 2023 für in Deutschland ansässige Unternehmen und Unternehmen mit einer Zweigniederlassung gemäß § 13 d HGB mit mind. 3.000 Beschäftigten in Deutschland anwendbar. Ab 1. Januar 2024 sind Unternehmen mit mind. 1.000 Beschäftigten in Deutschland erfasst.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Erträgen/Aufwendungen aus Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur Cives Dienste GmbH, Container Terminal Halle (Saale) GmbH, EVH GmbH, Hallesche Verkehrs AG (HAVAG), Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), IT-Consult Halle GmbH (ITC), RAB Halle GmbH (RAB), Energiedienste GmbH (SHS) und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON).

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -3.092,4 TEUR bzw. um -5,9 %, liegt allerdings deutlich über unseren Planerwartungen (40.473 TEUR). Der Rückgang der Ergebnisabführung durch die HAVAG ist maßgeblich durch das Inkrafttreten des öDA seitens der Stadt Halle (Saale) beeinflusst.

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives	42,6	32,3	-10,3	-24,2%
CTHS	49,3	-202,5	-251,8	- > 100%
EVH	36.352,1	35.241,2	-1.110,9	-3,1%
HAVAG	2.231,3	349,3	-1.882,0	-84,3%
HWS	11.501,7	12.452,6	950,9	8,3%
ITC	1.579,9	786,4	-793,5	-50,2%
RAB	353,6	364,3	10,7	3,0%
SHS	100,8	100,9	0,1	0,1%
TELO	-6,0	-11,7	-5,7	95,0%
Saldo Organschaft	52.205,3	49.112,9	-3.092,4	-5,9%

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der Stadtwerke Halle GmbH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2021 mit sieben Frauen und vier Männern bei 63,6 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2021 mit vier Frauen unverändert bei 100 %.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens/Konzerns gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31. Dezember 2021 mit sieben Frauen und neun Männern bei unverändert 43,8 %.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 16.340,4 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt somit erheblich über unseren Planerwartungen (Plan: 6.674,0 TEUR). Zu dem Erfolg haben wesentlich höhere Ergebnisse des Beteiligungsportfolios beigetragen.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	8.653,2	8.370,1	-283,1	-3,3
Übrige betriebliche Erträge	1.265,8	15.231,9	13.966,2	>100
Personalaufwand	6.791,7	8.369,4	1.577,7	23,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	29.423,7	37.071,6	7.647,9	26,0
Ergebnis aus Beteiligungen	55.371,8	54.550,5	-821,4	-1,5
EBITDA	29.075,5	32.711,5	3.636,0	12,5
Erträge ÖPNV	0,0	13.766,1	13.766,1	-
Aufwand ÖPNV	18.683,2	26.126,3	7.443,1	39,8
Saldo ÖPNV	18.683,2	12.360,2	-6.323,0	-33,8
EBITDA (vor ÖPNV)	47.758,7	45.071,7	-2.687,0	-5,6
Abschreibungen	1.442,5	1.617,1	174,6	12,1
EBIT	46.316,1	43.454,6	-2.861,6	-6,2
Zinsergebnis	-3.619,0	-4.151,2	-532,1	-14,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	42.697,1	39.303,4	-3.393,7	-7,9
Ertragssteuern	7.483,3	10.555,8	3.072,4	41,1
Sonstige Steuern	72,4	47,0	-25,4	-35,0
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	35.141,4	28.700,6	-6.440,8	-18,3
Saldo ÖPNV	-18.683,2	-12.360,2	6.323,0	33,8
Jahresüberschuss	16.458,2	16.340,4	-117,8	-0,7

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung

Die Umsatzerlöse lagen mit 8.370,1 TEUR um -283,1 TEUR unter dem Vorjahreswert, was auf einmalige Weiterbelastungen von Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdfinanzierungen im Vorjahr zurückzuführen ist. Unter Berücksichtigung dieses Effektes sind die Umsätze auf Vorjahresniveau.

Die übrigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 13.966,2 TEUR oder >100% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist teilweise Folge des neuen öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Durchführung des ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen im Stadtgebiet von Halle (Saale) (öDA). Dessen Finanzierungsmodalitäten sehen vor, dass sämtliche Zuschüsse von der SWH vereinnahmt und anschließend an die HAVAG weitergeleitet werden. Im Vorjahr waren noch die Regelungen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages anzuwenden, wonach ausschließlich der städtische Anteil an der Finanzierung über die SWH weitergeleitet wurde.

Die Stadt Halle (Saale) hat im Jahr 2021 einen Eigenanteil zur ÖPNV-Finanzierung in Höhe von TEUR 3.742 aufgebracht (Vorjahr: EUR 0,00).

Der Personalaufwand lag mit 8.369,4 um +1.577,7 TEUR über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Zuvor unbesetzte Stellen konnten belegt werden. Darüber hinaus trat am 1. Juni 2021 eine Tarifsteigerung von 2,3 % in Kraft.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 7.647,9 TEUR auf 37.071,6 TEUR gestiegen. Auch hierbei waren die Regelungen des öDA bestimmend, während sich die sonstigen Aufwendungen nur geringfügig änderten.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.683,2	26.126,3	7.443,1	39,8
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss¹</i>	18.683,2	26.126,3	7.443,1	39,8
Sonstiger betrieblicher Aufwand	10.740,5	10.945,3	204,8	1,9
Gesamt (mit ÖPNV)	29.423,7	37.071,6	7.647,9	26,0

¹Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um -821,3 TEUR oder (-1,5 %) auf 54.550,5 TEUR. Während der Saldo aus Organschaftsverhältnissen - wie dargelegt - abnahm, erhöhten sich die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Folge der von SWH ausgereichten Gesellschafterdarlehen und deren Verzinsung seitens der Tochterunternehmen:

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Aufwand aus Verlustübernahme	-6,0	-214,2	-208,2	3470,0%
Erträge aus Ergebnisabführung	52.211,3	49.327,1	-2.884,2	-5,5%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	52.205,3	49.112,9	-3.092,4	-5,9%
Beteiligungserträge	234,3	196,0	-38,3	-16,3%
Erträge aus Wertpapieren / Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.932,2	5.241,6	2.309,4	78,8%
Gesamt	55.371,8	54.550,5	-821,3	-1,5%

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA übertraf mit 32.711,5 TEUR den entsprechenden Vorjahreswert, hauptsächlich infolge der Erträge zur Finanzierung des ÖPNV. Das um den ÖPNV bereinigte EBITDA in Höhe von 45.071,7 TEUR sank gegenüber dem Vorjahr und gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (insbesondere Co-Finanzierung des ÖPNV) wieder. Der Rückgang des operativen Ergebnisses ist ursächlich durch einen erhöhten Personalaufwand infolge von Neueinstellungen für IT-Sicherheit und Datenschutz und der pandemiebedingten Verringerung der Ergebnisse aus Ergebnisabführung im Vergleich zum Vorjahr verursacht.

Die Abschreibungen lagen mit 1.617,1 TEUR um 174,6 TEUR leicht über dem Vorjahresniveau.

Das Zinsergebnis verringerte sich zum Vorjahr um -532,1 TEUR auf -4.151,2 TEUR. Dieses ist im Wesentlichen auf eine geringere Verzinsung der Geldguthaben sowie der ganzjährigen Verzinsung der im Dezember 2020 aufgenommenen Darlehen zurückzuführen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH nach Kapitaldienst. Im Vergleich zum Vorjahr führten die geringeren Gewinne der Tochterunternehmen zu einem Absinken des EBITDA (vor ÖPNV) in Höhe von -2.687,00 TEUR bzw. -5,6 %.

Die deutlich gestiegenen Ertragsteuern sind der Risikovorsorge durch Steuerrückstellungen geschuldet. Die steuerlichen Betriebsprüfungen für die Jahre 2007-2014 sind noch nicht abgeschlossen.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Konzern-Kredithandbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Zinssicherungsinstrumente mehr.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2021 stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 271.845,3 TEUR an. Unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (293,0 TEUR) erhöhte sich die Quote des so berechneten wirtschaftlichen Eigenkapitals von 41,0 % auf 41,7 %.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerke-Unternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen so sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten).

Die Finanzverbindlichkeiten betragen 297.180,6 TEUR. Die Abnahme um -1.715,0 TEUR (-0,6 %) gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den vereinbarten Tilgungsleistungen.

Finanzverbindlichkeiten	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anleihen	73.343,6	73.341,2	-2,4	0,0%
Bankdarlehen	225.552,0	223.839,4	-1.712,6	-0,8%
Gesamt	298.895,6	297.180,6	-1.715,0	-0,6%
dav. Ausleihungen an verb. Unternehmen	231.223,7	243.842,0	12.618,3	5,5%
Finanzverbindlichkeiten Holding	67.671,9	53.338,6	-14.333,3	-21,2%

Tabelle 5: Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 223.839,4 TEUR (hiervon die Holding betreffend 53.338,6 TEUR) und Anleihen in Höhe von 73.341,2 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen).

Nettoverschuldungsgrad	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten ¹	67.671,9	53.338,6	-14.333,3	-21,2
Liquide Mittel	35.691,4	37.572,1	1.880,7	5,3
Nettofinanzverbindlichkeiten	31.980,5	15.766,5	-16.214,0	-50,7
EBITDA (vor ÖPNV)	47.766,8	45.071,7	-2.695,1	-5,6
Net Debt/EBITDA	0,7	0,3		-47,8

¹ ohne Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Tabelle 6: Nettoverschuldungsgrad

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere) der Holding (ohne Cash-Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen 37.572,1 TEUR. Durch die Regeltilgungen verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen) auf 15.766,5 TEUR (-50,7 %). Trotz geringeren EBITDA (vor ÖPNV) verbesserte sich der Nettoverschuldungsgrad auf 0,3 (-47,8 %).

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 195.140,4 TEUR getätigt:

Investitionen	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle VG	6,7	23,3	16,6	>100
Sachanlagen	801,4	1.799,2	997,7	>100
darunter Anlagen im Bau	94,6	256,0	161,5	>100
Finanzanlagen	59.953,2	193.318,0	133.364,8	>100
dar. Anteilserwerb	0,0	86,0	86,0	-
dar. Gesellschafterdarlehen	37.770,0	153.570,7	115.800,7	>100
dar. Einlagen in die Kapitalrücklage	3.500,0	13.535,0	10.035,0	>100
dar. Einlage HAVAG	18.683,2	26.126,3	7.443,1	39,8
Gesamt	60.761,3	195.140,4	134.379,1	>100

Tabelle 7: Investitionen 2021

Der größte Teil der Investitionen entfiel mit 193 Mio. EUR auf die Finanzanlagen und dort auf die ausgereichten Gesellschafterdarlehen mit 153,6 Mio EUR. Letztere bestehen im Wesentlichen aus einer Umfinanzierung für die EVH in Höhe von 113 Mio EUR.

Die Einlagen in die Kapitalrücklage betrafen die EVH (12.385 TEUR) und die HWS (1.150 TEUR) und dienten jeweils der Stärkung des Eigenkapitals. Der Anteilserwerb betraf im Wesentlichen die Kommanditanteile an der Versorger Allianz.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG (26.126,3 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr erhöhte sich der Finanzmittelfonds um 6.793,3 TEUR auf 68.203,1 TEUR.

Kapitalflussrechnung	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-12.090,7	3.293,6	15.384,3	-127,2%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-5.136,9	5.250,2	10.387,1	-202,2%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	46.780,6	-1.804,6	-48.585,2	-103,9%
Zahlungswirksame Veränderungen	29.553,0	6.739,3	-22.813,8	-77,2%
Finanzmittelfonds zum 01.01.	31.910,8	61.463,8	29.553,1	92,6%
Finanzmittelfonds zum 31.12.	61.463,8	68.203,1	6.739,3	11,0%

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung 2021

5.3. Vermögenslage

Bilanz (Kurzfassung)	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	483.824,7	510.269,4	26.444,7	5,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	178,4	104,1	-74,3	-41,7
Sachanlagen	20.018,4	20.298,0	279,6	1,4
Finanzanlagen	463.627,9	489.867,3	26.239,3	5,7
Umlaufvermögen	139.934,7	142.538,8	2.604,0	1,9
Forderungen und sonstige VG	76.932,9	72.752,2	-4.180,7	-5,4
Wertpapiere und liquide Mittel	61.718,0	68.462,9	6.744,9	10,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.283,9	1.323,7	39,8	3,1
Bilanzsumme Aktiva	623.759,4	652.808,1	29.048,7	4,7
Eigenkapital	255.504,9	271.845,3	16.340,4	6,4
Investitionszuschüsse	320,7	293,0	-27,7	-8,6
Rückstellungen	18.706,6	27.658,8	8.952,2	47,9
Verbindlichkeiten	348.073,4	352.000,1	3.926,6	1,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.153,8	1.011,0	-142,9	-12,4
Bilanzsumme Passiva	623.759,4	652.808,1	29.048,7	4,7

Tabelle 9: Bilanz

Insbesondere die zentrale Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen durch die Holding führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen um 26.239,3 TEUR oder 5,7 %.

Die im Vorjahresvergleich gesunkenen Ergebnisbeiträge der Tochterunternehmen führten zu einer Verringerung der Forderungen (aus Ergebnisabführungsverträgen). Bei einer Zunahme der Stichtagsliquidität (6.744,9 TEUR) erhöhte sich das Umlaufvermögen (inkl. Abgrenzungsposten) insgesamt um 2.604,0 TEUR.

Zusammengenommen zeigt die Aktiva die für eine Holding typische Finanzanlagenintensität mit einem Anteil von 75,0 % der Aktiva.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 271.845,3 TEUR an (6,4 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des überwiegend fremdfinanzierten Anlagevermögens (aus der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen) in absoluten Beträgen nicht schritthalten. Durch den höheren prozentualen Anstieg des Eigenkapitals gegenüber dem Anlagevermögen stieg der Anlagendeckungsgrad leicht auf 53,3 %.

Anlagendeckungsgrad	2020	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	255.825,5	272.138,3	16.312,7	6,4
Anlagevermögen	483.824,7	510.269,4	26.444,7	5,5
Deckungsgrad	52,9	53,3		0,9

¹ Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 10: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen erhöhten sich insbesondere um 8.089,3 TEUR infolge der bilanziellen Berücksichtigung nicht auszuschließender Steuernachzahlungen. Die weitere Erhöhung der Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus Zuführung für Altersteilzeitvereinbarungen.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 16.340,4 TEUR. Dieses Ergebnis ist in seiner Kontinuität analog der vergangenen Geschäftsjahre ein weiterer Beleg für die Leistungsfähigkeit der SWH-Gruppe.

Mit der Fortführung der im Vorjahr umgesetzten Finanzierungsstruktur sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinaus gehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Durch die anhaltende Corona Pandemie auch über das Jahr 2021 hinaus erwarten wir vergleichbare Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten der Stadtwerke-Unternehmen wie in den beiden vergangenen Geschäftsjahren. Im Bereich der Bäder sind durch Zutritts- und Kapazitätsbeschränkungen immer noch Einnahmeausfälle zu erkennen, ebenso im ÖPNV. In beiden Bereichen bleibt es das Ziel, die Besucher- bzw. Fahrgastzahlen zu stabilisieren und auf das Vor-Pandemie-Niveau zu heben. In den Unternehmen der Ver- und Entsorgung können Einnahmeausfälle infolge von Insolvenzen und konjunkturell bedingten Absatzrückgängen eintreten. Hierdurch können Auswirkungen für die SWH in Form von zu leistenden Zuschüssen und/oder Verlustausgleichsverpflichtungen bzw. verminderten Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen folgen. Die Energie- und Rohstoffmärkte sind weiterhin von sehr hohen Preisniveaus geprägt. Aufgrund der Nachfragersteigerung durch die sich erholende Weltwirtschaft sowie der angespannten geopolitischen Lage ist die Prognose der zukünftigen Entwicklung der Energie- und Rohstoffmärkte ungewiss. Zum Jahreswechsel sahen sich deshalb nahezu alle Energieversorger dazu gezwungen, die Endverbraucherpreise anzupassen.

Die im letzten Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge im Stadtgebiet haben sich bewährt und werden deshalb weitgehend unverändert fortgeführt.

Zu den möglichen Auswirkungen die Russland-Ukraine-Krise betreffend verweisen wir auf die folgende Darstellung im Risikobericht dieses Lageberichtes.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

Gesamtbild

Für das Geschäftsjahr 2022 wurden per Stand 31.12.2021 von den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe insgesamt 217 Einzelrisiken identifiziert. Hiervon lagen insgesamt 7 Einzelrisiken (Vorjahr: 5) über dem Schwellenwert und wurden als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	davon Risikogruppe:	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	16	0	0
Finanzrisiken	24	1	0
Führung/ Organisation	22	0	0
Marktrisiken	79	1	2
Rechtliche Risiken	42	1	1
Technische Risiken	34	0	1
Gesamt	217	3	4

Tabelle 11: Risikogruppen

Die Risiken der Gruppe 1 umfassen steuerliche Risiken aus laufender Betriebsprüfung im Organkreis der SWH, nicht auszuschließende Sanierungsaufwendungen zur Stilllegung und Nachsorge der Deponie in Folge zeitlicher Verzögerungen und veränderter bautechnischer Anforderungen sowie mögliche Einnahmefälle als Folge der Corona-Pandemie.

In der Gruppe 2 bestehen im Wesentlichen Risiken aus pandemiebedingten möglichen Insolvenzen von Kunden in allen Vertriebssegmenten der EVH sowie Fremdlieferanten im Netzgebiet Halle, der möglichen Verminderung der Erlösobergrenze in den Energienetzen sowie möglicher Zahlung von Zinsen auf Umsatzsteuer für die Verrechnung von Konzessionsabgaben zwischen EVH und Netzgesellschaft.

Für diese aus Konzernsicht bestehenden Risiken ergeben sich im Fall ihres Eintritts unterschiedliche Auswirkungen auf die SWH. Ein mögliches Abschmelzen der Erlösobergrenzen im Netzbetrieb sowie überplanmäßige Einnahmefälle durch die Corona-Pandemie können sich über den Ergebnisabführungsvertrag nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH auswirken.

Überplanmäßige Einnahmefälle durch die Corona-Pandemie im ÖPNV wirken sich nur in Bezug auf die ÖPNV-Leistungen im Saalekreis über den Ergebnisabführungsvertrag nachteilig auf die SWH aus. In Bezug auf die Haupt-ÖPNV-Leistungen in der Stadt Halle wirken zusätzliche coronabedingte Einnahmeverluste auf die Stadt Halle durch einen erhöhten Ausgleichsbedarf in Folge des neuen Wirkungsmechanismus des öDA, soweit kein ÖPNV-Rettungsschirm für das Jahr 2022 aufgelegt wird. Tendenziell wird dieser jedoch erwartet, so dass diese Risiken voraussichtlich nicht eintreten werden.

Für die weiteren Risiken der Gruppen 1 und 2 sind Vorsorgemaßnahmen getroffen worden.

Nach dem 31.12.2021 sind folgende mögliche Risikoveränderungen in Betracht zu ziehen:

Bei steigenden Energiepreisen erhöht sich für die vorhandenen Sicherungsgeschäfte das finanzielle Risiko einer Ersatzbeschaffung von Strom- und Gaslieferungen bei Ausfall eines Handelspartners. Das Risiko unterliegt einem permanenten Monitoring durch die EVH. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als gering eingeschätzt.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 ist das Risiko einer Gasversorgungsunterbrechung und dem daraus resultierenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland und damit auch für unsere Energiesparte gestiegen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ausfalls russischer Gaslieferungen wird jedoch zum aktuellen Zeitpunkt als gering eingeschätzt. Die EVH hat sich mit den Auswirkungen dieses Szenario auseinandergesetzt und geeignete Handlungsoptionen im Falle des Risikoeintritts erarbeitet.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2021 von einem Jahresüberschuss von 6.674 TEUR aus. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von etwa 9.203 TEUR. Die Planwerte für das Jahr 2022 basieren auf den in der zweiten Jahreshälfte 2021 erstellten Wirtschaftsplänen. Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist 2021	Plan 2022	Veränderung	
	Vorjahr	TEUR	TEUR	%
Cives	32	46	14	42,6
CTHS	-203	30	233	>100
EVH	35.241	30.545	-4.697	-13,3
HAVAG	349	298	-51	-14,7
HWS	12.453	11.695	-758	-6,1
ITC	786	1.393	607	77,2
RAB	364	328	-36	-9,9
SHS	101	101	0	0,0
TELO	-12	-7	5	40,0
Saldo Organschaft	49.113	44.429	-4.684	-9,5

Tabelle 12: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

8.2. Investitionen

In der Planung für das Jahr 2022 sind Investitionen für die Akquisition energieaffiner Beteiligungen von 1.500 TEUR und Einlagen in die Kapitalrücklage der HWS (2.181 TEUR) vorgesehen. Zudem sollen in Höhe von TEUR 4.189 Investitionen in die Geschäftsausstattung getätigt werden.

Investitionsplan	2022
	TEUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.189
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.181
Beteiligungen	1.500
Gesamt	7.870

Tabelle 13: Planinvestitionen 2022

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 28.757 TEUR vorgesehen.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist auf Basis der Vorjahresplanung die Ziehung einer Tranche aus dem abgeschlossenen Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 22.800 TEUR für das Geschäftsjahr 2022 vorgesehen. Regeltungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf 1.628 TEUR.

8.4. Risiken

Für das Jahr 2022 werden keine bestandsgefährdenden Risiken erwartet.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

Aufgrund der am 24.02.2022 begonnenen Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten zu rechnen, insbesondere bei Strom, Brenn- und Dieselmotorkraftstoffen. Wir verweisen entsprechend auf die vorangegangenen Ausführungen im Risikobericht.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Belger, Fredo	(bis 30.11.2021)
	Friedrich, Daniel	(seit 01.12.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.384	13	7.395	12	7.394	13	-11	0
Umlaufvermögen	50.585	87	52.485	88	51.632	87	-1.900	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	7	0	10	0	1	14

Bilanzsumme	57.977	100	59.887	100	59.036	100	-1.910	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.618	8	3.876	6	4.323	7	742	19
Rückstellungen	52.879	91	55.534	93	54.041	92	-2.655	-5
Verbindlichkeiten	478	1	477	1	672	1	1	0
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	0	0	2	

Bilanzsumme	57.977	100	59.887	100	59.036	100	-1.910	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.115	7.576	7.797
sonstige betriebliche Erträge	2.658	2.479	2.913
Materialaufwand	1.043	881	920
Personalaufwand	2.110	2.377	2.231
Abschreibungen	3	7	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.276	7.148	7.542
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	140	54	67
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	684	324	358
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	235	140	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	108	109
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	145	204	163
Ergebnis nach Steuern	758	-432	157
sonstige Steuern	15	16	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	743	-448	141

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,14	-5,91	1,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,16	-10,36	3,37	%
Cash-Flow:	974	-301	154	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	266	265	289	T€
Personalaufwandsquote:	24,05	23,64	20,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,47	2,41	2,45	%
Eigenkapitalquote:	7,97	6,47	7,32	%
Fremdkapitalquote:	92,03	93,53	92,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Abfallmenge	484.510,00	553.539,00	649.446,00	Mg
Durchschnittserlöse	7,26	9,66	8,29	EUR/Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im Geschäftsjahr operativ weiter optimiert. Darüber hinaus gab es mit Wirkung zum 1. Dezember 2021 einen Wechsel in der Geschäftsführung. Der bisherige Geschäftsführer Fredo Belger ging zum 30. November 2021 in den Ruhestand und wurde durch den bisherigen kaufmännischen Leiter Daniel Friedrich ersetzt. Weitere wesentliche Veränderungen gab es im Geschäftsjahr nicht.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2021 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung nach den Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung in der Fassung von 2017. Im September 2021 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßige Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis des erfolgreichen Überwachungsaudits wurde der AWH das Weiterbestehen des QM-Zertifikates bestätigt. Im April 2021 fand die externe Wiederholungsbegutachtung des nach DIN ISO/IEC 17025:2018 akkreditierten Tätigkeitsbereiches Probenahme und Bodenmechanik der AWH durch die DAkKS GmbH statt. Dabei wurde die Akkreditierung sowohl der Probenahmeverfahren als auch des bodenmechanischen Labors nach der aktuellen Normengrundlage bestätigt, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings für den Deponiestilllegungsbetrieb ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2021 war für die AWH bezüglich der Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes eine rückläufige Gesamtmenge der angenommenen und verwerteten Abfälle im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Während die Menge im Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u. ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit) planmäßig auf Grund des sukzessive erfolgenden Auslaufens der genehmigten Maßnahmen im Vergleich zu 2020 zurückging, konnte im Vergleich zum Vorjahr eine deutlich höhere Annahmemenge im Segment der Materialien für den drainablen Horizont (Bauschuttmaterial) sowie auch im Segment des für den Aufbau der Wasserhaushaltsschicht benötigten Bodenmaterials erzielt werden. Bei der geotechnischen Sicherung wurde weiter nach der 2017 erteilten Genehmigung zum überhöhten Abfalleinbau zwecks Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen gearbeitet, welche 2019 nochmals auf Antrag der AWH durch die Genehmigungsbehörde am westlichen Randbereich erweitert wurde (Fünfte Ergänzung vom 17. Dezember 2019 zur Rekultivierungsanordnung). Dabei konnten weitere Teilbereiche hinsichtlich dieser Maßnahme fertig gestellt werden, was jeweils mit erfolgreichen Endabnahmen inklusiver behördlicher Bestätigung durch das Landesverwaltungsamt abgeschlossen wurde.

Im Bereich der Bauschuttmaterialien konnten in Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung aus den Vorjahren weitere Teilflächen in den östlichen und zentralen Deponiebereichen fertig gestellt werden. Hier ist die Maßnahme zur Errichtung des drainablen Horizontes in den Teilbereichen Ost und Süd inzwischen abgeschlossen, und es wurde deren erfolgreiche Realisierung seitens der Behörde bestätigt. Weitere Teilflächen des drainablen Horizontes sind auf der Deponie ausschließlich noch im Bereich Mitte aufzubauen.

Auch im Segment der Wasserhaushaltsschicht konnten 2021 wieder mehrere Abnahmen für Teilflächen im nördlichen und südlichen Bereich realisiert werden, darunter auch eine weitere erfolgreiche Endabnahme für eine Teilfläche der Wasserhaushaltsschicht im Deponiebereich Süd.

Insgesamt ist die Mengenentwicklung im abgelaufenen Jahr 2021 erneut sehr positiv einzuschätzen, auch weil die Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit den aktuellen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und den einzuhaltenden QM-Plänen wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten. Gleichwohl ist mit dem weiteren Auslaufen des Segments der geotechnischen Sicherung im kommenden Jahr zu rechnen, da die Überhöhung dann auch im letzten ab 2022 noch zur Verfügung stehenden Bereich Nordgraben abgeschlossen sein wird. Aus diesem Grund laufen auch die Verträge mit den noch verbliebenen Abfallanlieferern für dieses Material aus. Von der AWH wird weiterhin angestrebt, einen Übergang zum Projekt der Drehpunktgestaltung hinsichtlich des weiteren Einsatzes der Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung zu erreichen. Es wurden auch 2021 entsprechende Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt durchgeführt, allerdings ist bei dieser Frage genehmigungsrechtlich bis zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung zu rechnen. Im Rahmen eines zusätzlichen Projektes zur Abdeckung der Deponiewestböschung mit bindigem Material hat die AWH im Jahr 2021 einen entsprechenden Genehmigungsantrag beim Landesverwaltungsamt eingereicht und rechnet 2022 mit einer Genehmigungserteilung und einem Baubeginn für diese Maßnahme mit limitierter Einsatzmenge.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2021 konnte die AWH ein gutes Ergebnis bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen erreichen, wobei die Einsatzmengen für die geotechnische Sicherung (Aschen, Schlacken usw.) im Vergleich zu 2020 weiter zurückgingen während merklich höhere Mengen beim Material für den drainablen Horizont (Bauschutt) sowie bei den Mengen an Bodenmaterial für die Rekultivierung zu verzeichnen waren. Die 2017/2018 umgesetzte Preispolitik in Richtung auf höhere Annahmepreise für Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung entsprechend der Marktsituation wurde im vergangenen Jahr konsequent weitergeführt. Daraus resultierten in diesem Segment erneut sehr gute Umsatzerlöse.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Auch im Geschäftsjahr 2021 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind. Im Jahr 2021 war hierbei mit einer deutlichen Steigerung der Annahmengen eine sehr positive Entwicklung zu registrieren. Insofern ist dies ein Erfolg für den regionalen und überregionalen Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen in diesem Segment, der trotz einer großen Anzahl an Wettbewerbern erreicht werden konnte.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2021 wurde im Juli die sogenannte Mantelverordnung veröffentlicht, die unter anderem eine neue Ersatzbaustoffverordnung enthält, sowie Änderungen der Bodenschutzverordnung und der Deponieverordnung beinhaltet. Das neue Gesetzeswerk wird Mitte 2023 in Kraft treten und sich dann intensiv auf den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörsen auswirken, aber auch für den jetzigen Deponieeinbaubetrieb im Bereich der Abfallannahme und -kontrolle Folgen haben. Des Weiteren werden voraussichtlich Teile des Stilllegungsvorhabens außerhalb des von der Behörde festgelegten Deponierechtsgeltungsbereiches wesentlich davon beeinflusst werden, soweit dafür Ersatzbaustoffe verwendet werden sollen (z. B. Drehpunktgestaltung).

Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb resultierte auch im Jahr 2021 ein entsprechend höherer Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren vor 2016 sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich weiterhin in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigten.

Grundlage für die im Jahr 2021 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juli 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit fünf Ergänzungen (letztmals vom 17. Dezember 2019) und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u. a. die Gestaltung der Maßnahmen im Drehpunktbereich beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurde die Entwurfsplanung im April 2019 der AWH übergeben und nach der internen Prüfung im Juni 2019 an das Landesverwaltungsamt übermittelt. Seitdem läuft die behördeninterne Prüfung und Abstimmung zu dieser Planung. Ob und wie dazu entschieden wird, ist weiterhin offen, da eine Lösung für die ablehnenden Standpunkte der Wasserbehörde und des Bergamtes sowie der zu beteiligenden Dritten (LMBV, MUEG) vom Landesverwaltungsamt bisher nicht erreicht werden konnte. Aus Sicht der AWH erscheint deshalb eine Genehmigung und Umsetzung dieser Planung als kaum realistisch. Aus diesem Grund wurde auch 2021 weiter an Alternativkonzeptionen unter Einbeziehung von ingenieurtechnischen Beratern und Juristen gearbeitet.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass bis Ende 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnten 2018 und 2019 praktikable Lösungen für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes sowie der Wasserhaushaltsschicht erarbeitet werden, sodass hier ab 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich wurden. Diese erfolgreiche Entwicklung konnte mit der Abnahme neuer Teilflächen auch im Jahr 2021 fortgesetzt werden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielten. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2021 wiederum ein hohes Niveau bis zum Auslaufen eines Großteils der Teilmaßnahmen im dritten Quartal 2021 erreichten. Ab dem vierten Quartal standen dann wie auch 2022 nur noch sehr begrenzte Restvolumen für den Einbau zur Verfügung, so dass die Mengen und Umsatzerlöse in diesem Segment weiter zurückgehen werden. Eine direkte Fortsetzung dieser Maßnahmen bei der geotechnischen Sicherung im Drehpunktbereich ist aufgrund des obenstehend dargestellten schwierigen Abstimmungsprozesses für die Drehpunktgestaltung nicht in Sicht.

Auch im Jahr 2021 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungssteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2021 keine wesentlichen Änderungen. Jedoch wird sich die vom Bundesgesetzgeber erlassene „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien ab Mitte 2023 merklich auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik, vor allem im Bereich der Abfallüberwachung, im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Aufgrund der aktuellen Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird die Überprüfung des Weiterbetriebs der Boden- und Bauschuttbörse für Ende 2025 eingeplant, indem hier unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die weitere Rentabilität der Anlage geprüft werden muss.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2021 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Auf Grund gesunkener Annahmemengen an Verwertungsabfällen mit 484 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 554 TMg sowie auf Grund der Annahme von einem höheren Anteil an Bauschutt- und Bodenmaterialien ist ein geringerer Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 3.517 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 5.346 zu verzeichnen. Der Planwert von TEUR 1.572 konnte aufgrund überplanmäßiger Annahmemengen und -preise dennoch übertroffen werden.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung, der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren sowie auf Grundlage einer positiven Marktentwicklung im Bereich der Einspeisevergütungen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 1.303 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 1.064 sowie zum Planwert von TEUR 746. Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen.

Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2021 einen Umfang von TEUR 1.225. Die entsorgte Menge betrug knapp 117 Tm³. Damit ist die Entsorgungsmenge des Geschäftsjahres oberhalb der Vorjahresmenge mit 96 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand deutlich oberhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.098. Die für 2021 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.607 konnten deutlich unterboten werden. Die Einsparungen sind auch Ergebnis der ab 2. Halbjahr 2021 erfolgten Übernahme der Sulfidbehandlung des Sickerwassers in das Aufgabenportfolio der AWH. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 530 angefallen. Hiermit wurden der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 577 sowie der Planwert mit TEUR 828 unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den seit Februar 2017 abgeschlossenen Finanzanlagen entsprechend der mit dem Landesverwaltungsamt vorgegebenen Anlagerichtlinie. Mit dieser hieraus resultierenden Anlage- und Risikostruktur konnten trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten respektable Erträge in Höhe von TEUR 463 erzielt werden. Der Planwert in Höhe von TEUR 487 wurde aber nicht erreicht.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoring-Programm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Unter Einbeziehung aller Monitoring-Daten in der Deponiestilllegungsphase wird eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß der Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft. Im Jahr 2019 erfolgte turnusmäßig die letzte dieser Überprüfungen auf Grundlage der aktuellen Ergebnisse und Daten bei der Umsetzung des Stilllegungskonzeptes. Im Ergebnis dieser externen Überprüfungen und Modellprognosen wurde bislang stets bestätigt, dass die Ziele hinsichtlich einer umweltgerechten und nachhaltigen Deponiestilllegung weiterhin erreicht werden.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 betrug der Personalbestand der AWH 31,6 VBE, was eine Abweichung von -2,0 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2021 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2026 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 26,6 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH war im Geschäftsjahr 2021 konstant gut, was vor allem auf die generierten Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Die Umsatzerlöse des Vorjahres in Höhe von TEUR 7.576 konnten im Geschäftsjahr 2021 mit TEUR 6.115 nicht bestätigt werden. Dies ist durch die geänderte Annahmestruktur von Verwertungsabfällen auf Basis des aktuellen Projektfortschrittes begründet. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 3.241 und wurde somit deutlich übertroffen. Die positive Entwicklung basiert wie schon im Vorjahr vor allem auf der bereits erläuterten Anhebung der Anlieferpreise für die Annahme von Verwertungsabfällen als Konsequenz aus dem aktuellen Marktpreisniveau.

Daneben konnte die AWH bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit TEUR 1.303 ein sehr positives Ergebnis erzielen. Hiermit wurde der Vorjahreswert von TEUR 1.064 sowie der Planwert von TEUR 746 deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen aufgrund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung, den turnusmäßigen Wartungen der Deponiegasmotoren und einer positiven Marktentwicklung hinsichtlich der Vergütungspreise für eingespeiste Strommengen zurückzuführen.

Im Bereich der Erlöse aus Ansiedlungen konnten das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 915 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 1.035 gesteigert werden. Hauptursache für die Erlössteigerung im Vergleich zum Vorjahr war die Mehrabnahme an Strommengen durch angesiedelte Unternehmen am Standort.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mit TEUR 2.544 auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 74 verwiesen.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand ist im Geschäftsjahr 2021 um TEUR 267 auf TEUR 2.110 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die Reduzierung des Personalbestandes im Geschäftsjahr um -4,0 VBE im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Übergangs von Mitarbeitenden in die Passivphase der ATZ.

Beim Materialaufwand kam es zu einer Steigerung um TEUR 161 im Vergleich zum Vorjahr. Ursache hierfür ist der bereits unter den Erlösen aus Ansiedlung angeführte erhöhte Bezug an Strommengen zur Abdeckung des Bedarfs der angesiedelten Unternehmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser und für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltung wurde bereits unter Punkt 2.7. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2021 Aufwendungen von TEUR 416 angefallen. Dieser Wert liegt aufgrund von Maßnahmenverschiebungen in die Zukunft deutlich unter dem Planwert in Höhe von TEUR 2.368, aber leicht über dem Vorjahreswert von TEUR 360.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr reduziert und hat zum 31. Dezember 2021 einen Wert von TEUR 52.879, was eine Abweichung von TEUR 2.655 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurde in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Inanspruchnahme in Höhe von TEUR 978 gebucht. Diese Inanspruchnahme basiert auf der aktualisierten Decklungsrechnung (Stand 15. Februar 2022). Im Rahmen der Aktualisierung wurde die Stilllegungsphase um 1 Jahr bis 2029 verlängert. Die hiermit verbundene Kostenverlagerung ist das Ergebnis der zeitlichen Verzögerungen bei den zahlreichen Abstimmungen und den daraus resultierenden Genehmigungen von Einzelmaßnahmen durch die beteiligten Behörden. Dies betrifft vor allem die Stilllegungsmaßnahmen Böschungsgestaltung Drehpunkt (Planungs- und Bauleistungen) sowie die Aufbringung der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht. Dennoch konnte die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge im Zuge der Bewertung der zukünftigen Verpflichtung (Berücksichtigung von Preissteigerungen) mit anschließender Abzinsung in Höhe von TEUR 357 aufgelöst werden. Der sich hieraus neu ergebende Barwert wurde entsprechend in der Bilanz erfasst.

Weitere wesentliche Rückstellungen sind die Rückstellung Betriebsprüfung sowie die bestehende Rückstellung für Zinszahlungen, resultierend aus den Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes Halle (Saale) im BP-Bericht vom 21. Dezember 2018. Unter Berücksichtigung der Folgewirkungen bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 sowie der im 2. Quartal 2021 geleisteten Nachzahlungen an Steuern und Zinsen wurde die Rückstellung Betriebsprüfung um TEUR 1.104 verringert. Die bestehende Rückstellung für Zinsnachzahlungen wurde um TEUR 244 verringert und wird jetzt mit TEUR 435 ausgewiesen.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2021 mit TEUR 479 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 477 nahezu kaum verändert.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2021 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 2.286. Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Die AWH hat im Geschäftsjahr 2021 kein Gesellschafterdarlehen in Anspruch nehmen müssen.

3.3. Vermögenslage

In der Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2021 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Sachanlagen	1.433	1.442	-9
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	5.952	5.953	-1
Langfristig gebundenes Vermögen	7.385	7.395	-10
Vorräte (RHB)	64	47	17
Forderungen aus LuL	499	567	-68
Forderung verb. Untern. (LuL)	5	7	-2
Forderung verb. Untern. (CP)	2.286	1.428	858
Sonstige Vermögensgegenstände	29.090	29.516	-426
Sonstige Wertpapiere	14.168	12.883	1.285
Flüssige Mittel	4.473	8.037	-3.564
Aktiver RAP	8	7	1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	50.593	52.492	-1.899
Gesamtvermögen	57.978	59.887	-1.909
Kapitalstruktur	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	4.619	3.876	743
Langfristige Rückstellungen	45.157	51.388	-6.231
Langfristiges Kapital	49.776	55.264	-5.488
Kurzfristige Rückstellungen	7.722	4.146	3.576
Verbindlichkeiten aus LuL	282	231	51
Verbindlichkeiten verb. Untern.	72	70	2
Sonstige Verbindlichkeiten	124	176	-52
Passiver RAP	2	0	2
Kurzfristiges Kapital	8.202	4.623	3.579
Gesamtkapital	57.978	59.887	-1.909

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umgliederung von Sonstigen Vermögensgegenständen in die Position Wertpapiere des Umlaufvermögens. Hintergrund bildet die Wiederanlage von Finanzmitteln aus ausgelaufenen Schuldscheindarlehen im Geschäftsjahr 2021 in festverzinsliche Wertpapiere. Aufgrund des sich ergebenden Jahresüberschusses mit TEUR 743 hat sich das vorhandene Eigenkapital entsprechend erhöht.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem deutlich besseren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 743 liegt damit über dem Vorjahresergebnis mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 448 sowie oberhalb des Planwertes mit TEUR 30. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresüberschuss wesentlich durch den Sondereffekt aus der Stichtagsbewertung der Rekultivierungsrückstellung beeinflusst wird. Im Rahmen der gesetzlich geforderten Abzinsung und dem sich hieraus ergebenden Barwert resultieren Erträge aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen mit TEUR 353.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2021 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der AWH insgesamt 17 Risiken ermittelt (Vorjahr: 17 Risiken). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	5	0	1
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	6	0	1
Gesamt	17	0	2

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weisen die Risikokategorien Sonstige/Interne Prozesse/Strategie und Beschaffungsmarkt jeweils 1 Einzelrisiko der Gruppe 2 aus. Beim Beschaffungsmarkt betrifft das Risiko dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. In der zweiten Kategorie ist die Gesellschaft aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, zum Bilanzstichtag die langfristige Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge neu zu bewerten. Hierbei sind zur Ermittlung des Barwertes einerseits zukünftige Preissteigerungen und andererseits die von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahresdurchschnitt) zu berücksichtigen. Aufgrund der stetigen Abnahme der Abzinsungszinssätze, resultierend aus der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, erwartet die Gesellschaft für die kommenden Jahre, dass die Rückstellung jährlich auf den zu ermittelnden Barwert aufgestockt werden muss. Der sich hieraus ergebende Aufwand aus der Aufstockung der Rückstellung wirkt sich vollständig ergebnismindernd aus.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2022 bis 2027 unter Beachtung der vom LVvA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der vorliegenden Entwurfsplanung zur Gestaltung des Drehpunktgebietes. Aufgrund der aktuellen Böschungszustände, vor allem der Bergbauböschungen, erachtet es der Planer für notwendig, wesentlich mehr Einbaumassen zu verwenden, um eine ausreichende Standsicherheit herzustellen. Aus diesen erheblich umfangreicheren Massenbeschaffungen und -bewegungen heraus resultiert auch eine wesentlich längere Bauzeit als bisher in den ingenieurtechnischen Vorplanungen ausgewiesen. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Genehmigungsbehörde sowie mit der Gesellschafterin zur Umsetzung möglicher Alternativkonzeptionen insbesondere in Bezug auf eine Begrenzung der Verantwortlichkeit der AWH auf die Gestaltung der Deponiewestböschung.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von schwankenden Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend von der sich einstellenden Genehmigungssituation und den daraus resultierenden Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den entsprechenden Annahmepreisen begründet sind. Der Hauptteil dieser Annahmemengen resultiert aus der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie an der Schnittstelle zum Drehpunkt.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen und der Deponiegasqualität unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2022 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel seitdem in diversen Schuldscheindarlehen, Termingeldanlagen und festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Im Februar 2021 endete die Laufzeit von einem Schuldscheindarlehen. Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung wurden die Gelder in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Damit soll auch in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, sodass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten. Darüber hinaus wäre eine Anpassung der Regelungen des BilMoG durch den Gesetzgeber in Bezug auf die verbindlich anzuwendenden Abzinsungzinssätze der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Bewertung von langfristigen Rückstellungen wünschenswert. Diese Abzinsungzinssätze sind in den letzten Jahren aufgrund der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank stetig gefallen.

Trotz der momentanen Ausbreitung des Corona-Virus wird die AWH GmbH die Rekultivierung der Deponie auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen und verpflichtet. Das Unternehmen ist vorbereitet und gerüstet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und damit auf die zukünftigen Ergebnisse ergeben.

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Kundenservice, Supportdienstleistungen, Verbrauchs- und Mengenabrechnung, Verbrauchsdaten-, System- sowie Zähler- und Servicemanagement einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus der Erbringung betriebsnotwendiger Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen (§ 128 Abs. 2 KVG LSA) und die Stadtwerke Halle-Gruppe.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea (bis 30.06.2021)
Preuß, Florian (seit 01.04.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	535	7	574	8	593	8	-39	-7
Umlaufvermögen	6.876	93	6.388	92	6.565	91	488	8
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0	12	0	91	1	16	133

Bilanzsumme

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	7.439	100	6.974	100	7.249	100	465	7

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.277	31	2.022	29	1.975	27	255	13
Rückstellungen	4.454	60	4.318	62	4.331	60	136	3
Verbindlichkeiten	694	9	634	9	943	13	60	9
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	0	0	0	0	14	

Bilanzsumme

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	7.439	100	6.974	100	7.249	100	465	7

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.006	18.566	19.434
sonstige betriebliche Erträge	275	226	259
Materialaufwand	3.821	4.280	4.800
Personalaufwand	11.968	12.324	12.720
Abschreibungen	205	155	200
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.545	1.519	1.578
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	7	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	164	194	141
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89	59	33
Ergebnis nach Steuern	523	268	221
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	523	268	221

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,90	1,44	1,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	29,80	15,29	12,58	%
Cash-Flow:	728	424	421	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	66	65	66	T€
Personalaufwandsquote:	65,47	65,58	64,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,02	2,93	2,32	%
Eigenkapitalquote:	30,60	29,00	27,24	%
Fremdkapitalquote:	69,40	71,00	72,76	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Die A/V/E GmbH bietet individuelle Prozess-, Service- und Supportdienstleistungen entlang der Customer Journey. 300 Mitarbeiter stehen seit fast 30 Jahren für unseren Service von Mensch zu Mensch, wo automatisierte Prozesse und komplexe Produkte und Dienstleistungen Unterstützung brauchen.

Zunehmend digitale Angebote eröffnen unendliche Möglichkeiten, aber auch eine unüberschaubare Flut an Informationen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an einfache und reibungslose Abläufe. In der Umsetzung kommt es daher vor allem auf das richtige Zusammenspiel zwischen Digitalisierungsstrategie und darauf abgestimmte Prozess- und Support-Dienstleistungen an. A/V/E setzt auf ganzheitliche Servicelösungen, die die Akzeptanz und damit die Zufriedenheit bei Kunden und Nutzern erhöht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Pandemie des Corona-Virus hielt auch im Jahr 2021 die Welt und damit auch die deutsche Wirtschaft in Atem. Neben den neu etablierten Arbeitsweisen, wie bspw. Homeoffice, stellten die sich stetig ändernden Rahmenbedingungen eine Herausforderung dar. Hinzu kam die wachsende Unsicherheit an den Energiemärkten mit weitreichenden Auswirkungen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Hier hat A/V/E vor allem in ihrer Kernbranche, der Energiewirtschaft, eine starke Zurückhaltung bei den Kunden gespürt. Parallel dazu musste schnell auf Insolvenzen im Lieferantenbereich reagiert werden. Weiterhin war das Jahr 2021 von einer generell sehr hohen Nachfrage im Kundenservice geprägt, wodurch die eingehenden Kontaktvolumina bei A/V/E sehr hoch waren.

Trotz dieser außergewöhnlichen Umstände war die Wirtschaftslage für A/V/E verhältnismäßig stabil.

Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2021 war für A/V/E von hohem Eingangsvolumen geprägt. Um dieses bestmöglich zu bedienen, wurde die Digitalisierung von Kundenprozessen und internen Abläufen weiter ausgebaut. Hierdurch konnten die bestehenden Kundenbeziehungen als verlässlicher Partner weiter gefestigt und auch Neukunden gewonnen werden. Zudem wurde die Etablierung der neuen Arbeitswelten, insbesondere das mobile Arbeiten genutzt, um Personal auch außerhalb des regulären Einzugsgebietes der A/V/E zu gewinnen.

Die Vertriebsaktivitäten wurden 2021 trotz der erschwerten Bedingungen erfolgreich durchgeführt. Hier konnten vier Neukunden bzw. Rückkehrer sowohl für einzelne Kampagnen als auch längerfristige Verträge verzeichnet werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E zeichnete sich durch Kontinuität aus. Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich zum 31. Dezember 2021 stichtagsbezogen gegenüber dem 31. Dezember 2020 um 7 % auf 7.439 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2021 165 T€ (im Vorjahr: 137 T€). Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Investitionen in IT-Technik, speziell die Kapazitätsausweitung von mobiler IT-Technik sowie Ersatzinvestitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen stieg stichtagsbezogen um 489 T€ auf 6.877 T€ (31. Dezember 2020: 6.388 T€). Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die stichtagsbedingte Zunahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung auf 429 T€ (31. Dezember 2020: 294 T€) und der Anstieg der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Gesellschaftern, hier hauptsächlich aus Cashpooling. Diese betragen zum 31. Dezember 2021 6.418 T€ (31. Dezember 2020: 5.794 T€). Dem gegenüber steht der geringere Forderungsbestand gegenüber dem Finanzamt von 22 T€ (31. Dezember 2020: 291 T€).

Das Eigenkapital erhöhte sich um 255 T€ auf 2.277 T€ (31. Dezember 2020: 2.022 T€). Die Eigenkapitalquote stieg infolge dessen stichtagsbezogen auf 31 % (31. Dezember 2020: 29 %).

Die Rückstellungen stiegen auf 4.454 T€ (31. Dezember 2020: 4.318 T€). Wesentliche Ursache dafür ist die Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Die Steuerrückstellungen erhöhten sich stichtagsbezogen auf 108 T€ (31. Dezember 2020: 50 T€).

Zum 31. Dezember 2021 lagen die Verbindlichkeiten mit 694 T€ um 60 T€ über dem Vorjahreswert von 634 T€. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen stichtagsbedingt aus den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer.

Die Gesellschaft finanzierte sich auch im Jahr 2021 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Die A/V/E verfügt weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2021 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2021 gewährleistet. Der Finanzmittelbestand wird durch die Cashpool-Forderung bestimmt, da anhand dessen die Liquiditätslage der Gesellschaft gesteuert wird. Der operative Cashflow betrug 1.198 T€, im Wesentlichen resultierte dies aus dem Jahresüberschuss und der Zunahme von langfristigen Rückstellungen sowie den gesunkenen sonstigen Vermögensgegenständen. Investitionen in das Anlagevermögen sorgten für einen negativen Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von -165 T€ und die Ausschüttung des Jahresüberschusses 2020 ist allein ursächlich für einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von -268 T€.

Die Umsatzerlöse gingen im Jahr 2021 um 560 T€ (3 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Mengen/Volumen im Gesellschafterkreis. Demgegenüber steht ein Umsatzzuwachs im Bereich der Drittkunden. Die Umsatzerlöse im Jahr 2021 entfallen zu 69 % auf die Marktrolle Lieferant und zu 31 % auf die übrigen Marktrollen.

Die betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr (226 T€) um 49 T€ auf 275 T€ gestiegen. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer erhaltenen Zahlung aus der Insolvenzmasse eines ehemaligen Kunden.

Der Materialaufwand verringert sich im Jahr 2021 um 459 T€ auf 3.821 T€ (Vorjahr: 4.280 T€). Wesentliche Ursachen des Rückgangs sind der geringere Bezug von Leihpersonal und Fremddableseleistungen. Entgegengesetzt wirken sich zusätzliche Aufwendungen im Rahmen der Corona-Pandemie aus.

Die Personalaufwendungen sanken um 355 T€ auf 11.968 T€ (Vorjahr: 12.324 T€). Diese Kostenverringerung resultiert aus einem gesunkenen Personalbestand.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Jahr 2021 leicht um 26 T€ auf 1.545 T€ (Vorjahr: 1.519 T€). Die Ursache liegt hier fast ausschließlich an Kostensteigerungen im Bereich der Archivierungs- und Jahresabschlusskosten auf Grund von neuen Anforderungen aus gesetzlichen Änderungen.

Mit einem Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 743 T€ (im Vorjahr: 515 T€) konnte das Ziel des Wirtschaftsplanes trotz der weiterhin bestehenden Begleitumstände der Corona-Pandemie im Jahr 2021 deutlich überschritten werden.

Das Finanzergebnis erhöhte sich um 57 T€ auf -130 T€ (im Vorjahr: -187 T€). Maßgeblich hierfür sind geringere Zinsaufwendungen auf Grund von versicherungsmathematischen Gutachten für die betriebliche Altersvorsorge.

Der Steueraufwand für das Jahr 2021 beläuft sich auf 89 T€. Dies stellt eine Erhöhung um 30 T€ gegenüber dem Vorjahr mit 59 T€ dar. Ursächlich hierfür ist das verbesserte Ergebnis vor Steuern.

Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von 523 T€ (im Vorjahr: 268 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren für die A/V/E sind das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 2021: 743 T€) und der Effizienzgrad.

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2021 ein Betriebsergebnis von 545 T€ zu erreichen, wurde erreicht.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2021 um 11,1 Prozentpunkte auf 105,1 % gesteigert werden. Demzufolge wurde auch das Ziel, den Effizienzgrad auf Vorjahresniveau zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2021 der A/V/E und in den Tätigkeitsberichten „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit energiespezifischen Dienstleistungen im Zusammenhang stehen. Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der A/V/E zum 31. Dezember 2021 unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten und im Anhang der A/V/E erläuterten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der A/V/E wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte ebenfalls vorrangig eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivposten. In den Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, erfolgte auch hier die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ wurden Umsätze aus energiespezifischen Dienstleistungen von 2.830 T€, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von 52 T€ ergibt. Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ wurden Umsätze von 334 T€ aus energiespezifischen Dienstleistungen, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von -2 T€ ergibt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Die nachfolgend erläuterten Chancen und Risiken sind absteigend nach Ihrer Bedeutung aufgeführt. Keines der Risiken übersteigt nach aktueller Einschätzung eine mittlere Auswirkung im Falle des Eintritts.

Chancen und Risiken ergeben sich, wie auch in den vergangenen Jahren, in der Neukundengewinnung und der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt. Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz. Darüber hinaus führt die allgemeine Arbeitsmarktlage auch bei A/V/E zu einer schwierigeren Beschaffung von Ersatz- sowie Neupersonal.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Leider muss auch für das Jahr 2022 mit Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gerechnet werden. Diese, als auch die Pandemie selbst, stellen ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die A/V/E dar, seien es weitere Mengenverringerungen, erheblicher Personalausfall oder die eingeschränkten Möglichkeiten für Vertrieb- bzw. Marketingaktivitäten.

Die fortschreitende Digitalisierung sieht die A/V/E als Chance und Risiko. Wobei aus Unternehmenssicht die Chancen die Risiken überwiegen. So ist mit Volumenwegfall auf Grund von teil- bzw. vollautomatisierten Prozessen zu rechnen. Dem gegenüber stehen jedoch die Möglichkeiten, unsere Kunden und Interessenten auf diesem Weg zu begleiten und neue Produkte zu entwickeln. Aber auch durch Verbesserung der IT-Landschaft, dem Problem komplizierter Personalbeschaffung durch Automatisierung entgegentreten zu können.

Strategie

Der neu aufgebaute Geschäftszweig als Service- und Supportspezialist außerhalb des klassischen Geschäftsfelds, konnte erfolgreich gefestigt und weiter ausgebaut werden. A/V/E wird bei ihren Kunden inzwischen auch als Ansprechpartner bei der digitalen Weiterentwicklung des Kundenservice wahrgenommen.

Vor allem in Spezialthemen, bei denen ein hohes Maß an Know-How erforderlich ist, konnte A/V/E sich 2021 weiter platzieren. So wird auch im Folgejahr das Dienstleistungsportfolio rund um Migrationsprojekte und Schulungsangebote weiterentwickelt. Hierzu zählt unter anderem die Konzeption, Umsetzung und Betreuung von ganzheitlichen Eingangskanälen zur schnellen und kompetenten Beantwortung von Kundenanfragen.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2022 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 500 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 100 % gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen. Der Unternehmensgegenstand umfaßt auch die Übernahme der Verwaltung und Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale) sowie die Beratung und Betreuung im Bereich „Ausbildungspool.Halle“, ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen. Der von der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt demnach in der Abfallentsorgung (§ 128 Abs. 2 KVG LSA), der Förderung des Sozialwohls und der Wirtschaft.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3	3	2	2	1	1	1	50
Umlaufvermögen	93	97	106	98	102	99	-13	-12
Bilanzsumme	96	100	108	100	103	100	-12	-11

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	26	25	23	25	24	0	0
Rückstellungen	33	34	31	29	25	24	2	6
Verbindlichkeiten	38	40	52	48	53	52	-14	-27
Bilanzsumme	96	100	108	100	103	100	-12	-11

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	672	662	602
sonstige betriebliche Erträge	1	1	0
Materialaufwand	10	34	108
Personalaufwand	545	480	378
Abschreibungen	2	1	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	84	105	83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	32	43	32
sonstige Steuern	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	32	43	32
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,81	6,43	5,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	129,30	170,20	127,85	%
Cash-Flow:	34	44	33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	52	51	50	T€
Personalaufwandsquote:	81,04	72,42	62,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,24	2,04	1,31	%
Eigenkapitalquote:	25,97	23,19	24,20	%
Fremdkapitalquote:	74,03	76,81	75,80	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Einsatzstunden Entsorgungsdienste	17.314	18.255	17.841	Stunden

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2021 am Markt als Dienstleister im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale). Im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH wurden der sogenannte Ausbildungspool(s).Halle durchgeführt und für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe im Bereich Sicherheitsdienstleistungen ab September 2021 Sicherheitsschulungen angeboten bzw. durchgeführt.

Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Bei dem Ausbildungspool.Halle handelt es sich um ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen, welche auf eine Berufsorientierung oder auf eine Ausbildung in einem Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe oder bei Kooperationspartnern abzielt.

Das Geschäftsfeld Sicherheitsdienstleistungen zur Durchführung von Sicherheitsschulungen wird seit September 2021 implementiert. Die Durchführung von Sicherheitsschulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kontakt- und Kundensituationen trägt zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Standorten und Unternehmensinteressen bei.

Die Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber Gesellschaften im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht.

Die sukzessive Weiterentwicklung des Geschäftsbereiches Entsorgung durch gezielte Aus- und Weiterbildungen der Mitarbeitenden, um zeitweise in anderen Unternehmen Leistungen zu übernehmen, wurde im Jahr 2021 nicht weiterverfolgt und ist für die Folgejahre nicht vorgesehen.

Gegenstand des Ausbildungspools ist die Vorbereitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund besonderer Umstände nur geringe Aussichten auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung haben sowie Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Berufsorientierungsangeboten, auf die Anforderungen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Dabei können die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe zum Teil reguläre Ausbildungsstellen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Ausbildungspool.Halle“ besetzen. Zusätzlich soll der „Ausbildungspool.Halle“ für Klein- und Kleinstunternehmen aus und in Halle geöffnet werden. Ziel dieser Öffnung ist es diesen Unternehmen, die vielfach auch Partner der SWH-Gruppe sind, ein Ausbildungsengagement zu ermöglichen. Schwerpunkt bleiben dabei die Unternehmen der SWH-Gruppe. Des Weiteren wird im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ eine netzwerkorientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Handwerks- und Handelskammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Migrationsprojekten, den Klein- und Kleinstunternehmen, der SWH-Gruppe und der Stadt Halle angestrebt.

Die Gesellschaft erweiterte ihr Leistungsangebot um die Erbringung von Sicherheitsschulungen. Im Rahmen der Schulungen lernen die Mitarbeitenden adäquate Strategien und Methoden zum deeskalierenden und gewaltfreien Verhalten in Konflikt- und Bedrohungssituationen kennen, entwickeln und festigen geeignete Reaktions- und Verhaltensweisen, stärken ihre Wahrnehmungskompetenzen und sind in der Lage, Gewaltsituationen zu erkennen und zu benennen. Dies führt u. a. zu einer Stärkung des Sicherheitsempfindens. Gleichzeitig wird auf Seiten des jeweiligen Unternehmens mit der Durchführung gesetzlichen Anforderungen und Vorschriften (z. B. BG-Vorschriften zur Gewaltprävention) zum Arbeitsschutz entsprochen.

Die Cives Dienste GmbH setzt bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Entsorgung, Ausbildungspool, Sicherheitsdienstleistungen und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 wurde die Gesellschaft um das Geschäftsfeld Sicherheitsdienstleistungen erweitert. Weitere wesentliche Veränderungen lagen nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Entsorgungsleistungen sowie mit der Stadtwerke Halle GmbH zur Durchführung des Ausbildungspool.Halle und der Durchführung von Sicherheitsschulungen fixiert.

Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an der Leistungsvergabe der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Für den Bereich Sicherheitsdienstleistungen strebt die Gesellschaft die langfristige Etablierung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle an, um so zum Schutz von Mitarbeitenden, Standorten, Unternehmensinteressen sowie unserer Kundinnen und Kunden beizutragen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 15 Beschäftigten und 6 Auszubildenden zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Im Geschäftsjahr 2021 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen ein durchschnittlicher Krankenstand in Höhe von 7,2 % zu verzeichnen. Zur Kompensation der krankheitsbedingten Ausfälle war ein Rückgriff auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften jedoch nicht erforderlich.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein leichter Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von 19,1 TEUR (2020: 502,0 TEUR; 2021: 482,9 TEUR) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 17.314 Arbeitsstunden. Dies entspricht einem Rückgang um 9770 Arbeitsstunden.

Die Durchführung und Betreuung der Maßnahmen im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ erfolgt ausschließlich gegenüber der Stadtwerke Halle GmbH. Im Rahmen dessen wurden im Geschäftsjahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 179,8 TEUR erzielt.

Im Rahmen des neuen Geschäftsfeldes Sicherheitsdienstleistungen konnten Erlöse in Höhe von 9,3 TEUR erzielt werden.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Abnahme auf 9,6 TEUR (2020: 34,4 TEUR). Begründet ist dies durch einen fehlenden Bedarf an Leiharbeitskräften zur Abdeckung der angeforderten Leistungskapazität im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen (2020: 26,9 TEUR; 2021: 0 TEUR).

Der Personalaufwand stieg von 480,3 TEUR im Geschäftsjahr 2020 auf 545,3 TEUR im Geschäftsjahr 2021. Die Belegschaft im Geschäftsjahr 2020 betrug im Jahresdurchschnitt 16,8 Personen, wobei im Geschäftsjahr 2021, insbesondere aufgrund der neu eingestellten Auszubildenden, eine Belegschaft von im Jahresdurchschnitt 19,3 Personen (Veränderung: +2,5 Personen) zu verzeichnen ist.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenrückgang von 21,2 TEUR auf einen Wert in Höhe von 83,4 TEUR im Geschäftsjahr 2021 zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung, für Beratung und Gutachten sowie für Aus- und Fortbildungen bzw. externe Kooperationen im Rahmen des Ausbildungspool(s).Halle. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert der Kostenrückgang hauptsächlich durch die letztgenannte Kostenposition.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 32,3 TEUR. Damit konnte das geplante Jahresergebnis in Höhe von 20,4 TEUR um 11,9 TEUR überschritten werden.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 33,2 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (11,1 TEUR; Vorjahr 9,9 TEUR), Personalrückstellungen (20,3 TEUR, Vorjahr 15,4 TEUR), Rückstellungen für die ausstehende Rechnungen (0,7 TEUR; Vorjahr 4,3 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (1,1 TEUR, Vorjahr 0,9 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (1,5 TEUR, Vorjahr 3,8 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (4,3 TEUR, Vorjahr 3,3 TEUR) zusammen. Ferner bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin im Rahmen der Ergebnisabführung i. H. v. 32,3 TEUR (Vorjahr 42,6 TEUR). Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten bestanden zum Abschlussstichtag nicht (Vorjahr 2,7 TEUR).

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2021 wurden 2,9 TEUR für die Anschaffung von EDV-Hard- und Software investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2021 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2021 in TEUR	31.12.2020 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	3,1	2,2	+0,9
Langfristig gebundenes Vermögen	3,1	2,2	+0,9
Forderungen aus LuL	0,0	0,0	0,0
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	40,8	35,9	+4,9
Forderung verb. Unternehmen (Steuer)	0,6	1,3	-0,7
Forderung verb. Unternehmen (CP)	46,4	67,2	-20,8
Sonstige Vermögensgegenstände	5,4	1,2	+4,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	93,2	105,6	-12,4
Gesamtvermögen	96,3	107,8	-11,5
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	33,2	30,5	+2,7
Verbindlichkeiten aus LuL	0,0	2,6	-2,6
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	1,5	3,8	-2,3
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	32,3	42,6	-10,3
Verbindlichk. verb. Unternehmen (CP)	0,0	0,0	-0,0
Übrige Verbindlichkeiten	4,3	3,3	+1,0
Kurzfristiges Kapital	71,3	82,8	-11,5
Gesamtkapital	96,3	107,8	-11,5

Im Bereich des Anlagevermögens führten die Investitionen des Geschäftsjahres unter Ansatz der Abschreibungen des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2021 zu einem Bilanzausweis von 3,1 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen geprägt und zeigt einen Betrag von 93,2 TEUR. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine kumulierte Reduktion des Bilanzwertes um 12,4 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 96,3 TEUR (Vorjahr: 107,8 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 zeigen eine Erhöhung von 2,7 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 30,5 TEUR. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,5 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion um 2,3 TEUR dar.

Des Weiteren weist die Gesellschaft keine Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten aus (Vorjahr 2,6 TEUR).

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 11,5 TEUR von 107,8 TEUR auf 96,3 TEUR in dieser Berichtsperiode gesunken.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin nicht verbessern. Wies die Gesellschaft im Vorjahr ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 42,6 TEUR aus, konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 32,3 TEUR erwirtschaften (-10,2 TEUR). Gründe dafür liegen unter anderem in der nichterfolgten Umsetzung der konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung sowie in der verzögerten und pandemiebedingt noch eingeschränkten Umsetzung des Geschäftsfeldes Sicherheitsdienstleistungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der Cives Dienste GmbH insgesamt 11 Risiken ermittelt (Vorjahr 10). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Risikomatrix bestehen vorrangig Risiken im Zusammenhang mit der Absatzleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen und Sicherheitsschulungen. Verschiedenste Gründe, wie krankheitsbedingte Ausfälle oder die schleppende Neubesetzung offener Stellen, führen zu einer Reduzierung der Leistungskapazität der Gesellschaft. Generell wird die Abhängigkeit von der Gesellschafterin sowie den Unternehmen im Konzernverbund in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen als Risiko angesehen.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 906,0 TEUR.

Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge und Kapazitäten für die betriebliche Leistungserbringung sind dem Bereich Transportdienstleistung für LVP-Sammlung 510,0 TEUR zugeordnet. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches steigen bis zum Geschäftsjahr 2026 auf 1.060,9 TEUR an.

Im Geschäftsbereich Ausbildung plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 243,8 TEUR für das Geschäftsjahr 2022. Diese umfassen neben der Betreuung und Entwicklung des Ausbildungspools auch das betriebliche Ausbildungsengagement. Für die Folgejahre plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen im Bereich Ausbildung zwischen 259,0 TEUR im Geschäftsjahr 2023 und 301,7 TEUR im Geschäftsjahr 2026.

Für die Durchführung von Schulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kundensituationen plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2022 mit Umsatzerlösen in Höhe von 152,2 TEUR. Nach Etablierung der Dienstleistung strebt die Gesellschaft für die Folgejahre Umsatzerlöse zwischen 173,8 TEUR (Geschäftsjahr 2023) und 182,9 TEUR (Geschäftsjahr 2026) an.

6.2. Investitionen

Gep plante Investitionen umfassen ausschließlich den Ausbau der technischen Infrastruktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2022 auf 6,2 TEUR. In den Folgejahren plant die Gesellschaft mit einer jährlichen Investitionssumme von 4,0 TEUR.

6.3. Finanzierung

Etw aige notwendige Investitionen können aufgrund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2022 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 46,1 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung sowie der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur für den Warenverkehr zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.068	34	665	26	322	10	403	61
Umlaufvermögen	2.065	65	1.837	73	2.876	90	228	12
Rechnungsabgrenzungsposten	29	1	30	1	7	0	-1	-3

Bilanzsumme	3.162	100	2.532	100	3.205	100	630	25
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	290	9	290	11	290	9	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	10	0	15	1	24	1	-5	-33
Rückstellungen	194	6	149	6	381	12	45	30
Verbindlichkeiten	2.668	85	2.078	82	2.480	77	590	28
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	30	1	0	0

Bilanzsumme	3.162	100	2.532	100	3.205	100	630	25
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	15.459	16.036	16.497
sonstige betriebliche Erträge	745	338	110
Materialaufwand	9.803	10.222	10.746
Personalaufwand	3.195	2.910	2.816
Abschreibungen	299	158	127
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.046	2.993	2.830
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30	16	36
Ergebnis nach Steuern	-169	75	52
sonstige Steuern	34	26	28
Erträge aus Verlustübernahmen	203	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	49	24
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,31	0,31	0,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	-69,87	16,99	8,40	%
Cash-Flow:	96	207	152	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	210	227	241	T€
Personalaufwandsquote:	19,71	17,77	16,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	32,72	25,12	8,53	%
Eigenkapitalquote:	9,17	11,45	9,04	%
Fremdkapitalquote:	90,83	88,55	90,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Containerumschlag	78.349	82.714	81.232	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.403.427	1.544.597	1.518.599	t
Hafenbahn	552.572	645.721	623.921	t
Straßengüterverkehr	850.855	898.876	894.678	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Entwicklung des Aufwands
- 6.3. Investitionen
- 6.4. Finanzierung
- 6.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern ist Tätigkeitsschwerpunkt die Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Seit der Aufnahme des Geschäfts hat das Volumen stetig zugenommen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent Unit) unverändert einen vorderen Platz ein.

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die sechs Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr sowie
- Dienstleistungen.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnspezifischer Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u. a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen und Rangierleistungen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z. B. Verriegelung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verriegelung von Übersee-Containern gemäß SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Neben den weltweiten coronabedingten Logistikproblemen (z. B. mehrfache Schließung chinesischer Häfen) hat insbesondere der stark rückläufige Kühlcontainer-Export infolge der Afrikanischen Schweinepest nachhaltig negative Auswirkungen auf unsere Geschäftsabläufe. Daher mussten die Verkehre im Kombinierten Verkehr im gesamten Jahr in einem flexiblen, auf die Container-Mengen angepassten operativen Transportsystem durchgeführt werden.

Trotz dieser derzeitigen Rahmenbedingungen ist es im Bereich des Container-Terminal-Betriebes weiterhin Zielstellung, die vorhandene Infrastruktur auszubauen. Damit wird die Grundlage geschaffen, den Systemen des Kombinierten Verkehrs weitere Mengen zuführen zu können. Nicht zuletzt wird damit auch das Ziel verfolgt, die praktischen Abläufe im Bereich der Terminal-Dienstleistungen abzusichern und ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung bzw. Hafenleitung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und dabei zeitgemäß und effektiv zu gestalten. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das weiterhin hohe Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Teilautomatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten werden nach einem coronabedingten Stopp Ende 2021 im 1. Quartal 2022 wieder forciert aufgenommen. Eine Implementierung wird für Mitte 2022 angestrebt. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2021 war durch die anhaltenden Einflüsse der COVID-19-Pandemie bestimmt. Hinzu kamen wesentliche Einflüsse durch die Afrikanische Schweinepest (ASP), die den Kühlcontainer-Export im Jahresverlauf fast zum Erliegen brachten. Im Hinblick auf die unabsehbaren Auswirkungen der Pandemie und der damit einhergehenden Veränderung der strukturellen Leistungserbringung bei unseren Auftraggebern werden die weltwirtschaftlichen Veränderungsprozesse absehbar an Fahrt aufnehmen und uns ein noch höheres Maß an Flexibilität abverlangen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Neben den weltweiten coronabedingten Logistikproblemen (z. B. mehrfache Schließung chinesischer Häfen) hat insbesondere der stark rückläufige Kühlcontainer-Export infolge der Afrikanischen Schweinepest nachhaltig negative Auswirkungen auf unsere Geschäftsabläufe. Trotz zunehmender Akquisitionserfolge in den konventionellen Container-Segmenten musste die Anzahl der Rundläufe Hamburg-CTHS-Hamburg regelmäßig angepasst werden und blieb unter dem Vorjahresniveau.

Die vor vier Jahren begonnenen regelmäßigen Zugverkehre zwischen Rostock und dem CTHS mit einem Ganzzug je Woche und Richtung haben sich erfolgreich stabilisiert. Mit dem Geschäftspartner wird derzeit über eine Erhöhung der Leistungen diskutiert.

Der kontinentale KV-Verkehr mit Italien wurde durch den Geschäftspartner ab dem 2. Quartal nicht mehr fortgeführt.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die bahnseitigen Leistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk reduziert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Zum Ende des Geschäftsjahrs 2021 zeigte sich laut Umfragen des ifo-BVL-Logistikindicators – nach einer positiveren Stimmung im 3. Quartal – wieder eingetrübte Geschäftserwartungen. Neben den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland haben insbesondere eskalierende Lieferengpässe zu immer wieder stockenden Produktionen geführt. Hinzu kommen signifikante Transportpreissteigerungen durch Ratenerhöhungen der Reeder im Fernostverkehr: hier haben sich die Frachtraten im Jahr 2021 vervielfacht. Trotz erfolgreicher Akquisition von Neukunden blieben die Umsatzerlöse in der Kernsparte Dispositive Leistungen etwa auf dem Niveau des Vorjahres jedoch unter den Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr.

Im Rahmen des Verkehrs- und Transportgewerbes kam es dabei zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Industrielles Geschäft war in diesem Zusammenhang eher negativ beeinflusst.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar verändert. Die Auswirkungen der Pandemie-Maßnahmen haben zu diversen notwendigen Maßnahmen sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geführt. Die notwendigen Maßnahmen aus Fürsorge und Arbeitsschutz sowie rechtlichen Erfordernissen stellten für die Gesellschaft eine zusätzliche Herausforderung dar.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Um dauerhaft Mengen und Leistung aufrecht zu erhalten, ist es daher notwendig, einerseits den wachsenden Kundenbedürfnissen flexibel und effizient gerecht zu werden. Andererseits ist die Akquisition von Neukunden und auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2021 einen Umsatz von 14.515 T€ (Vorjahr: 14.942 T€).

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandsposten betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung auf sinnvolle Digitalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, war auch im Jahr 2021 einer der organisatorischen Schwerpunkte. Zwei grundlegende Erkenntnisse der Entwicklungen sind, dass die Prozessanalyse im Sinne des Proof of value entscheidend für den Erfolg eines digitalisierten Prozesses ist und außerdem über deren Akzeptanz bei den Anwendern bestimmt. Problematisch bleiben die zur Verfügung stehenden Entwicklerressourcen. Die die Gesellschaft begleitenden IT-Unternehmen sind nach wie vor kaum noch in der Lage, verlässliche Angaben über Ressourcen oder Umsetzungszeiträume zu geben. Dies wird mittel- bis langfristig das größte Hindernis darstellen, sich die Möglichkeiten der Prozessdigitalisierung zu Nutzen zu machen und eine positive Akzeptanz zu erzeugen. Besonders problematisch ist dies im Zusammenhang mit einer wachsenden Nachfrage nach digitalen Prozessschnittstellen unserer Auftraggeber zu bewerten. Im Rahmen von Geschäftsbeziehungen ist dies bereits ein Kriterium für deren Entstehen oder Verlauf.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Alle Aufgaben konnten im Rahmen der organisatorischen Belange bewältigt werden. Der Personalstamm konnte in 2021 gefestigt und an die wachsenden Leistungsvolumina angepasst werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 15.459,2 T€. Mit 13.884,6 T€ hatten die Dispositiven Leistungen einen Anteil von etwa 90 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte per 31. Dezember 2021 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 745,4 T€. Neben 51,2 T€ Versicherungserträgen wurden etwa 362 T€ Erträge aus der Erstattung von Trassenentgelten nach der TraFöG-Richtlinie (Trassenpreisförderung im Güterverkehr) des Bundes (Vorjahr 112 T€, Erhöhung in 2021 aufgrund der ergänzenden rückwirkenden Förderung für die Jahre 2020 (72 T€) und 2021 im April 2021), 224,0 T€ Erträge aus Anlagenabgängen, 36,7 T€ aus der Erstattung nach § 16 AEG für die Unterhaltung von Bahnübergängen sowie 21,0 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen erzielt. Auf die Auflösung von Fördermitteln entfielen 4,8 T€.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 9.803,1 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 1.477,1 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.289,8 T€) sowie den Energiebezug (138,3 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2021 bei 8.326,0 T€. Bestimmende Größe waren mit 8.058,5 T€ die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte.

Im Jahr 2021 fiel ein Personalaufwand in Höhe von 3.194,7 T€ an. Die Abschreibungen beliefen sich auf 298,9 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2021 bei 3.046,8 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.274,8 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (465,4 T€), Mautkosten (377,4 T€), Versicherungen (172,8 T€) sowie die Instandhaltung an Grundstücken und Gebäuden (172,4 T€) zu nennen. Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass die Gesellschaft gemäß Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Finanzergebnis (-29,4 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter sowie Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gemäß BImSchG-Genehmigung geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 708,3 T€. Wesentliche Investitionen betrafen 455,0 T€ für die Anschaffung von Sattelzugmaschinen und 155,6 T€ für die Anschaffung von zwei ehemals angemieteten Reach-Stackern. Auf Anpassungen und Erweiterung von Hard- und Software sowie Planungsleistungen entfielen 74,1 T€.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 2.500 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 1.068,3 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 2.064,2 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.720,0 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 10,0 T€. Die Rückstellungen über 193,8 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (91,9 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (86,7 T€) geprägt. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (714,1 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (1.871,9 T€, darunter 710,7 T€ aus Darlehen sowie 966,3 T€ aus Cash Pool) und sonstigen Posten (82,1 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2021 auf insgesamt 2.668,1 T€.

Zum 31. Dezember 2021 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 3.161,8 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von -202,5 T€ erzielt. Die im Jahresvergleich höheren sonstigen betrieblichen Erträge (+407 T€) sowie ein geringerer Materialaufwand (-420 T€) konnten die geringeren Umsatzerlöse (-577 T€), den höheren Personalaufwand (+284 T€) sowie die gestiegenen Abschreibungen (+141 T€) bei etwa gleichhohen sonstigen betrieblichen Aufwendungen nur teilweise ausgleichen.

Die für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten dabei aufgrund der unter 3.2 beschriebenen Rahmenbedingungen in allen Sparten nicht erreicht werden.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von -202,5 T€ erzielt.

Die für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten aufgrund der unter 3.2 beschriebenen Rahmenbedingungen in allen Sparten nicht erreicht werden.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen unter der Prognose.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z. B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter und die weltwirtschaftliche Gesamtlage – unverändert signifikante Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Niveau unserer Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen. Daneben betrachten wir es als Priorität, infrastrukturelle Voraussetzungen für die Absicherung bestehender als auch die Akquise neuer Geschäfte zu schaffen. Dazu gehören im Wesentlichen die Instandsetzung defekter als auch die Schaffung neuer Infrastrukturen im Bereich der Terminalfläche.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der CTHS insgesamt 26 Risiken ermittelt (Vorjahr 27). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 14 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	1	0	1
Marktrisiken	9	1	8
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	3	0	3
Gesamt	14	1	13

In der Kategorie Marktrisiken haben wir 9 Risiken identifiziert. Neben dem Risiko der Tierseuchen (Marktrisiken, Beschaffungsmarkt) in Gruppe 1 sehen wir in der Gruppe 2 die Marktrisiken

- der Ersatzbeschaffung von Zuleistungen (Beschaffungsmarkt),
- aus der derzeitigen globalen Entwicklung (Absatzmarkt),
- aus dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt)
- der aggressiven Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe (Wettbewerber),
- unzureichender Transportkapazitäten im (straßenseitigen) Terminalverkehr,
- Sabotage an Infrastrukturanlagen und technischen Einrichtungen,
- aus der COVID-19-Pandemie (Pandemie) sowie
- aus der anhaltenden Diskussion um Lärmemissionen und die Durchführung eines B-Plan-Verfahrens am Standort (Rechtliche Risiken).

In der Kategorie Rechtliche Risiken sehen wir unverändert die Diskussion über innerstädtische Fahrverbote für Lkw als ein Risiko der Gruppe 2. Bei den Technischen Risiken in Gruppe 2 haben wir Risiken

- aus dem Umschlag und der Zwischenlagerung wassergefährdender Stoffe,
- massive Störung des Geschäfts durch Cyber-Kriminalität sowie.
- extreme Hochwasser über HQ100 identifiziert.

Die beschriebenen Risiken werden auch in den Folgejahren fortbestehen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Erhöhung des Preis- und Leistungsdrucks ein. Verstärkte Konsolidierungen von Akteuren, beeinflusst durch globale als auch pandemisch beeinflusste Neuordnungen, werden uns in den Folgejahren stärker beeinflussen. Insbesondere durch die Russland-Ukraine-Krise erwarten wir eine signifikante Erhöhung der Beschaffungskosten z. B. für Kraftstoffe und Energie.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr und einer Kapazitätserweiterung des Terminalbereichs.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbepark an der A 14 weiterhin Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

5.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In den Planungen für das Jahr 2022 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge sowie der genannten weiteren Bahnverkehre ergeben. Im Jahr 2022 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 1.400 T€ geplant. Bei den Umsätzen der **Dispositiven Leistungen** gehen wir für das Jahr 2022 von einem Umsatzzuwachs von TEUR 380 auf insgesamt 15.525 T€. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir im Jahr 2022 Umsätze von etwa 796 T€.

6.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2022 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material Aufwendungen in Höhe von etwa 1.543 T€, die bis in das Jahr 2026 auf 1.955 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu über 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand erhöhen. Die Ergebnisse der tarifvertraglichen Neuregelungen hat die Gesellschaft in den Planungen berücksichtigt. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal und Anschaffung Umschlagtechnik) nehmen die Abschreibungen bis 2026 nur moderat zu und sind dann rückläufig. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu etwa 73% durch den Aufwand an Mieten/Pachten, Reparaturen und Instandhaltung an Grundstücke und Gebäuden sowie für Versicherungsprämien geprägt liegen zwischen etwa 2.250 T€ im Jahr 2022 und 2.030 T€ im Jahr 2026.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 6.585 T€ im Jahr 2022 und 7.456 T€ in 2026 erwarten wir ein EBIT zwischen 97 T€ im Jahr 2022 und 206 T€ im Jahr 2026.

Das Finanzergebnis wird zwischen -31T€ in 2022 und -60 T€ in 2026 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 35 bis 39 T€ in die Planungen eingestellt.

6.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren im Wesentlichen auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Daneben werden Investitionen in die Bereich IT- und IT-Infrastruktur erforderlich sein. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen und Containerumschlag) sind für das Jahr 2022 und 2023 Investitionen für Flächenerweiterungen und in Umschlagtechnik vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

6.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

6.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2022 planen wir ein Ergebnis von 30,4 T€ vor Ergebnisabführung. Bis zum Jahr 2026 wird sich dieses auf 106,3 T€ verändern.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt alle weiteren Auswirkungen der weltweiten COVID-19-Pandemie und dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland auf das Transportaufkommen noch nicht berücksichtigt sind. Insoweit unterstellt der Prognosebericht eine planmäßige Entwicklung. Da aber der überwiegende Teil aller durch uns umgeschlagenen und transportierten Container im Export und Import mit China realisiert wird, ist eine sichere Prognose aus heutiger Sicht nicht möglich.

Die Aussagen im Prognosebericht stehen allerdings unter dem Vorbehalt der aktuellen Entwicklungen in Osteuropa. Die Geschwindigkeit und Höhe der Energiepreisentwicklung, die politisch beschlossene Erhöhung des Mindestlohns sowie Engpässe bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Maschinen haben einen signifikanten Einfluss auf die planmäßige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten, zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden berichtspflichtigen Risiken.

EGE-B Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Umlaufvermögen	32	100	30	100	2	7

Bilanzsumme	32	100	30	100	2	7
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	26	82	25	84	1	4
Rückstellungen	4	12	3	11	1	33
Verbindlichkeiten	2	6	2	5	0	0

Bilanzsumme	32	100	30	100	2	7
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	13	12
sonstige betriebliche Erträge	0	0
Personalaufwand	7	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,13	3,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,62	1,68	%
Cash-Flow:	0	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:	53,16	43,82	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	81,66	83,51	%
Fremdkapitalquote:	18,34	16,49	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-B Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-B Verwaltung GmbH (EGE-B Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin der EGE-B Verwaltung ist die EVH GmbH, Halle (Saale).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Torsten Horn wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-B Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 T€ und lag damit auf dem Vorjahresniveau.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 12 T€) enthalten den Aufwendersersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Sonstige betriebliche Erträge resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 12 T€). Diese beinhalteten Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-B Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2021 auf 32 T€ (Vorjahr: 30 T€).

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 1 T€ gestiegen und beträgt 26 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 4 T€ (Vorjahr: 3 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2 T€ (Vorjahr: 2 T€).

Die EGE-B Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2021 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-B Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,4 T€.

EGE-P Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
Ingenieurversorgung Baden Württemberg	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an im Einzelnen genannten Projektbündelgesellschaften, die die Errichtung und den Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien zum Gegenstand haben, sowie die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Umlaufvermögen	37	100	33	100	4	12

Bilanzsumme	37	100	33	100	4	12
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	29	79	27	82	2	7
Rückstellungen	5	13	4	12	1	25
Verbindlichkeiten	3	8	2	6	1	50

Bilanzsumme	37	100	33	100	4	12
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	17	15
sonstige betriebliche Erträge	0	0
Personalaufwand	7	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	7	8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
Ergebnis nach Steuern	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,94	11,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,48	6,63	%
Cash-Flow:	3	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:	42,77	35,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	79,40	81,65	%
Fremdkapitalquote:	20,60	18,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-P Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-P Verwaltung GmbH (EGE-P Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und Übernahme der Geschäftsführung der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) sowie den von der EGE-P gehaltenen Projektgesellschaften der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG, der SP X GmbH & Co. KG, der SP XVII GmbH & Co. KG und der SP XVIII GmbH & Co. KG.

Ferner soll die Gesellschaft zukünftig auch gegenüber weiteren Projektgesellschaften die Position der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie die Geschäftsführung übernehmen.

Gegenstand der EGE-P ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (Projektgesellschaften). Gegenstand der einzelnen Projektgesellschaften ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Es gliedert sich in zwei Geschäftsanteile zu je 12.500 €, welche durch die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg) gehalten werden.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Thomas Hollstein wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-P Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 3 T€. Der Anstieg von 1 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der gestiegenen Anzahl an Gesellschaften, für die die persönliche Haftung übernommen wurde.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 17 T€ (Vorjahr: 15 T€) enthalten den Aufwendersersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Sonstige betriebliche Erträge resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 14 T€ (Vorjahr: 13 T€). Diese beinhalteten Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-P Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2021 auf 37 T€ (Vorjahr: 28 T€).

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ gestiegen und beträgt 29 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 5 T€ (Vorjahr: 4 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 3 T€ (Vorjahr: 2 T€).

Die EGE-P Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2021 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 3 T€.

Energiedienste GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft u. a. im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.944	75	5.401	88	5.155	92	543	10
Umlaufvermögen	1.958	25	748	12	454	8	1.210	162
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	12	0	15	0	-6	-50

Bilanzsumme

	7.908	100	6.161	100	5.624	100	1.747	28

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.025	26	2.025	33	2.025	36	0	0
Rückstellungen	34	0	105	2	8	0	-71	-68
Verbindlichkeiten	5.849	74	4.031	65	3.591	64	1.818	45

Bilanzsumme

	7.908	100	6.161	100	5.624	100	1.747	28

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.832	4.489	2.203
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	4.148	3.764	1.852
Personalaufwand	8	7	7
Abschreibungen	432	434	221
sonstige betriebliche Aufwendungen	60	130	40
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83	53	33
Ergebnis nach Steuern	101	101	50
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	101	101	50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,09	2,25	2,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,99	4,98	2,48	%
Cash-Flow:	533	534	271	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,16	0,17	0,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	39,47	38,18	33,44	%
Eigenkapitalquote:	25,61	32,87	36,01	%
Fremdkapitalquote:	74,39	67,13	63,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Heizungsanlagen	152	153	154	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energiedienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energiedienste GmbH (Energiedienste) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der Energiedienste ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die Energiedienste tätig sind, betreut. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Jens Böttcher wahrgenommen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Am 5. März 2021 wurde durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung die Umbenennung der Gesellschaft in Energiedienste GmbH (ehemals: SHS Energiedienste GmbH) in die Wege geleitet. Die Eintragung in das Handelsregister wurde am 19. März 2021 vollzogen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr: 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft investierte für die Modernisierung von insgesamt 18 Heizungsanlagen 975 T€.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2021 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der Energiedienste wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Für den künftigen Geschäftsverlauf spielt die Aufnahme zusätzlicher städtischer Heizungsanlagen eine wichtige Rolle. Dabei kann es sich um bisher nicht im Portfolio enthaltene Bestandsanlagen, aber auch um Heizungsanlagen künftiger Neubauvorhaben der Stadt Halle (Saale) handeln.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf kann der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2021 beschäftigte die Gesellschaft keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die das neue strategische Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ betreuen. Darüber hinaus werden Servicedienstleistungen von der EVH über einen Geschäftsbesorgungsvertrag bezogen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Verträge betreffend das Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“ sind mit Wirkung zum 1. Juli 2019 in Kraft getreten. Die Gesellschaft erzielte Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 4.832 T€ (Vorjahr: 4.489 T€), die schwerpunktmäßig auf den Vertrag zur Belieferung städtischer Liegenschaften mit Wärme mit der Stadt Halle (Saale) entfallen.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf 4.148 T€ (Vorjahr: 3.764 T€) und betrafen Dienstleistungen sowie Energielieferungen von der EVH. Für fixe Aufwendungen (Personal, Sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen) fielen insgesamt 500 T€ (Vorjahr: 571 T€) an.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2021 ein Jahresergebnis in Höhe von 101 T€ (Vorjahr: 101 T€) aus, welches aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Per 31. Dezember 2021 verfügt die Energiedienste über ein Eigenkapital in Höhe von 2.025 T€ (Vorjahr: 2.025 T€).

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 975 T€ (Vorjahr: 679 T€) getätigt, welche durch die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen der SWH in Höhe von 900 T€ (Vorjahr: 300 T€) finanziert wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 360 T€ (Vorjahr: 1.024 T€). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fiel mit 44 T€ (Vorjahr: 679 T€) niedriger aus. Hintergrund sind die noch nicht gezahlten Rechnungen im Zusammenhang mit getätigten Investitionen im laufenden Geschäftsjahr. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 455 T€ (Vorjahr: 20 T€) beinhaltet die Aufnahme und die Tilgung von Gesellschafterdarlehen, sodass die Kapitalflussrechnung insgesamt einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 771 T€ (Vorjahr: 324 T€) auswies.

Zum 31. Dezember 2021 ergab sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von 1.333 T€ (Vorjahr: 562 T€), der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Gesellschaft in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamteinheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 7.908 T€ und lag somit 1.747 T€ über dem Stand des Vorjahres.

Auf der Aktivseite war die Bilanz überwiegend vom Anlagevermögen bestimmt. Die Passivseite verfügt über eine Eigenkapitalquote von 26 % (Vorjahr: 33 %).

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Energiedienste für das Geschäftsjahr 2021 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die Gesellschaft ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft für das Jahr 2022 umfasst weitere Investitionen in zehn Heizungsanlagen mit einem Volumen in Höhe von 638 T€.

Die diesbezügliche Finanzierung soll durch die Aufnahme weiterer Gesellschafterdarlehen erfolgen.

Die Gesellschaft geht davon aus, im Jahr 2022 ein positives Ergebnis in Höhe von 101 T€ vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale),
- Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte,
- jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung elektrischer Energie, Gas und Wärme,
- Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.475	48	10.500	57	9.906	61	-25	0
Umlaufvermögen	10.989	51	7.674	42	6.120	38	3.315	43
Rechnungsabgrenzungsposten	246	1	269	1	250	1	-23	-9

Bilanzsumme	21.710	100	18.443	100	16.276	100	3.267	18
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.954	37	7.954	43	7.954	49	0	0
Rückstellungen	11.502	53	8.135	44	5.937	36	3.367	41
Verbindlichkeiten	2.254	10	2.354	13	2.385	15	-100	-4

Bilanzsumme	21.710	100	18.443	100	16.276	100	3.267	18
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	130.677	115.580	111.011
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-92	106	-456
sonstige betriebliche Erträge	1.043	2.402	937
Materialaufwand	95.869	82.793	77.085
Personalaufwand	20.354	19.961	19.660
Abschreibungen	1.373	1.241	1.352
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.679	13.673	12.966
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61	12	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66	54	81
Ergebnis nach Steuern	348	378	357
sonstige Steuern	74	76	56
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	274	302	301
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,21	0,26	0,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,45	3,80	3,78	%
Cash-Flow:	1.647	1.543	1.653	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	504	454	429	T€
Personalaufwandsquote:	15,46	16,90	17,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,30	44,69	49,37	%
Eigenkapitalquote:	36,64	43,12	48,87	%
Fremdkapitalquote:	63,36	56,88	51,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Netznutzung Gas	1.269	1.099	1.121	GWh
Netznutzung Strom	776	768	782	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers 2017 bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Seit dem Frühjahr 2018 hat die Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout begonnen, um moderne Messeinrichtungen in den Haushalten einzubauen. Nach deren Marktverfügbarkeit wurde in der zweiten Jahreshälfte 2020 auch mit dem Einbau der ersten intelligenten Messsysteme begonnen.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Netzbetrieb Gas, Netzbetrieb Strom, Netzbetrieb Wärme, Messstellenbetrieb, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung Kabel, Strategie/Planung Rohrtechnik, Dokumentation/Liegenschaften) und Marktgebietsmanagement (Vertragsmanagement, Wechselprozesse, Energiedatenmanagement, Regulierungsmanagement).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit der andauernden Entwicklung der COVID-19-Pandemie stand die öffentliche Versorgungswirtschaft weiter vor großen Herausforderungen, die das laufende Geschäftsjahr wesentlich geprägt haben. Der Fokus lag hierbei vor allem auf der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen, dem hierfür notwendigen Schutz der Mitarbeiter*innen, der Umsetzung von Hygienekonzepten sowie der Lösung hiermit zusammenhängender arbeitsorganisatorischer Fragestellungen, die ständig aktualisiert werden mussten.

Ungeachtet dessen konnte das vor dem Hintergrund der neuen und komplexen Anforderungen, die mit der Energiewende, dem Trend zur Digitalisierung sowie der steigenden Erwartungshaltung von Seiten der Kunden einhergehen, vor drei Jahren gestartete Projekt „PZG – Prozesse zukunftssicher gestalten“ Ende 2020 erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel des Projektes war es, die Prozesse im Netzbetrieb zukunftssicher, massenprozessfähig und kundenorientiert auszugestalten. Insbesondere wurden Themen wie Arbeitsabläufe, IT-Unterstützung und Organisation betrachtet und optimiert. Die Netzgesellschaft Halle arbeitet an der Umsetzung der Digitalisierung von Bauprojekten. Dazu wird der Prozess beginnend mit der Asset-Vorplanung über die Realisierung bis zur Abrechnung von Bauprojekten aufbereitet und digitalisiert. Die Implementierung hat im Jahr 2020 begonnen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden aus dem PZG-Projekt abgeleitete Maßnahmen sukzessive umgesetzt und fortentwickelt, um geänderten Anforderungen weiterhin gerecht zu werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch die fortlaufende Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen steht die Netzgesellschaft Halle auch weiterhin vor neuen Herausforderungen. Folgende Gesetze bzw. Vereinbarungen mit zum Teil erheblichen Auswirkungen wurden im Geschäftsjahr 2021 verabschiedet oder es liegen Gesetzentwürfe vor:

Das EEG 2021 ist am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. In dem Gesetz wurde unter anderem die Überführung von „ausgeförderten Anlagen“ in eine Anschlussregelung festgelegt sowie neue Anforderungen an die technischen Einrichtungen zur netzdienlichen und marktorientierten Steuerung für Neuanlagen eingeführt.

Die Verbände Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) und GEODE Deutschland e.V. (GEODE) haben am 31. März 2021 Änderungen der Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen (KoV) verabschiedet, die zum 1. Oktober 2021 in Kraft trat (KoV XII). Die Änderungen erfolgten aufgrund von gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben sowie zur Berücksichtigung von Erfordernissen aus dem Markt. Des Weiteren wurden zum 1. Oktober 2021 die beiden deutschen Marktgebiete NetConnect Germany und GASPOOL zusammengelegt.

Die Europäische Kommission hat am 3. Juni 2021 das KWKG-Gesetz 2020 (KWKG) in der seit dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung grundsätzlich genehmigt.

Ende Juni 2021 haben Bundestag und Bundesrat mehrere energiepolitisch bedeutsame Entscheidungen getroffen, darunter Anpassungen im EEG und KWKG, eine Regulierung für Wasserstoffnetze und eine Novelle der Anreizregulierungsverordnung. Für zusätzliche Dynamik sorgte dabei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Bundes-Klimaschutzgesetz. Es führte zu einer Anhebung der Klimaschutzziele mit weitreichenden Folgen insbesondere für die Energiewirtschaft.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Klimaschutzgesetzes verabschiedet. Diese sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von mindestens 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Zusätzliche Emissionseinsparungen sind vor allem seitens der Energiewirtschaft und Industrie gefordert.

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren, hat sich die große Koalition im Nachgang zum EEG 2021 unter anderem auf zusätzliche Ausschreibungsmengen für Solar- und Windenergie im Jahr 2022 geeinigt.

Die Verteilnetzbetreiber stehen nach der Verschärfung der Klimaschutzziele vor erheblichen Herausforderungen, die auch in der Anreizregulierung berücksichtigt werden müssen. Zum Systemumbau als Folge von Kernkraft- und Kohleausstieg und der dezentralen Einspeisung erneuerbarer Energien treten Veränderungen auf der Abnahmeseite durch volatile Verbrauchseinrichtungen und Elektromobilität hinzu. Zugleich führen Politik und Fachöffentlichkeit aufgrund der neuen Klimaziele eine Diskussion über die Zukunft der Gasinfrastruktur. Hierbei konnte zur Stärkung der Unternehmen eine Anpassung des Zinssatzes für das sog. überschießende Eigenkapital (EK II) und in Härtefällen die letztmalige Verlängerung der Übergangsregelungen zum Sockeleffekt erreicht werden.

Am 2. September 2021 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil verkündet und Verstöße des deutschen Energierechts gegen das Europarecht festgestellt. Insbesondere habe der deutsche Gesetzgeber die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur zu stark beschränkt. Die Behörde muss danach für die Zukunft einen größeren Entscheidungsspielraum in der Umsetzung der europäischen Vorgaben für die Regulierung der Strom- und Gasnetze erhalten. Bis alle erforderlichen energierechtlichen Anpassungen erfolgt sind, wird die BNetzA für eine Übergangszeit das geltende deutsche Recht weiter anwenden. In diesem Zusammenhang trat im Dezember 2021 die Novelle der Strom-/Gasgrundversorgungsverordnung in Kraft. In dieser wird die Sperrung wegen Zahlungsverzug deutlich eingeschränkt.

2019 haben sich durch die Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG 2.0) die Regeln für Redispatch (seitdem unter dem Namen „Redispatch 2.0“ bekannt) und Einspeisemanagement geändert. Das Redispatch 2.0 optimiert als Baustein zur Systemstabilität der Kaskade insbesondere die neuen Prozesse zum Informations- und Datenaustausch, den Bilanzkreisausgleich sowie die Abrechnung. Seit dem 1. Oktober 2021 gelten grundsätzlich diese neuen gesetzlichen Vorgaben für die Bewirtschaftung von Netzengpässen. Da sich die Implementierung der automatisierten Prozesse deutschlandweit verzögert, verschiebt sich die Betriebsbereitschaft auf den 1. Oktober 2022. Der BDEW hat für die Branche eine Übergangslösung bis zur vollständigen Implementierung der erforderlichen Systeme zur Verfügung gestellt.

Die nunmehr bereits seit mehreren Jahren historisch niedrigen Kapitalmarktzinsen bestimmen über die Regelungen der Anreizregulierung die Höhe der Eigenkapitalverzinsung des Anlagevermögens des Netzbetreibers bzw. Verpächters. Am 20. Oktober 2021 hat die BNetzA eine erneute deutliche Absenkung der Eigenkapitalverzinsung für die vierte Regulierungsperiode für alle deutschen Strom- und Gasnetzbetreiber gegenüber der dritten Regulierungsperiode festgelegt.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u. a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Netzgesellschaft Halle für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) erfolgte mit Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 9. Juli 2019 und für die dritte Regulierungsperiode Gas (2018 bis 2022) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 4. November 2019.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2021 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 44 Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sank zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (279 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) um 9 Beschäftigte, was sich im Wesentlichen durch den Übergang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der passiven Phase der Altersteilzeit in die Rente sowie die Verringerung von ruhenden Arbeitsverhältnissen begründet.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 43 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 19 Jahre.

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken und den wichtigen Wissenstransfer abzusichern.

Des Weiteren unterstützt die Netzgesellschaft Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde in der ersten Jahreshälfte 2021 wie bereits im Vorjahr vorwiegend auf virtuelle Angebote umgestellt. Im zweiten Halbjahr durften dann wieder Präsenzformate durchgeführt werden, bis das erhöhte Infektionsgeschehen ab Ende Oktober dies wieder verhinderte. Insbesondere für Pflichtschulungen im Schulungsprogramm Compliance sowie für Erfahrungsaustausch- und Arbeitstreffen im TalentPool und in der Führungskräfteentwicklung konnte jedoch auf die Nutzung virtueller Meetingräume ausgewichen werden. In Ausnahmefällen wurden fachliche Pflichtschulungen in größeren Schulungsräumen und unter Einhaltung sämtlicher Hygiene- und Abstandsregeln auch in Präsenzform durchgeführt. Dadurch konnten trotz der einschneidenden Kontaktbeschränkungen Schulungspflichten erfüllt, die Projektarbeit im TalentPool weiter vorangebracht und mit virtuellem Austauschen die Transferleistung von Führungskräfteworkshops verstärkt werden.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikantinnen- und Praktikanten- und Traineestellen im Rahmen der Hochschulkontaktpflege kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2021	2020	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	130,7	115,6	15,1	13,1
Übrige Erträge	1,0	2,5	-1,5	-62,1
Materialaufwand	95,9	82,8	13,1	15,8
Deckungsbeitrag	35,8	35,3	0,5	1,3
Personalaufwand	20,3	20,0	0,3	2,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13,7	13,7	0,0	0,0
EBITDA	1,8	1,6	0,2	3,9
Abschreibungen	1,4	1,2	0,2	10,6
EBIT	0,4	0,4	0,0	-16,0
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	88,1
Steuern	0,1	0,1	0,0	-2,6
Jahresergebnis	0,3	0,3	0,0	-9,3

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahrs stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 15,1 Mio. €, was im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus KWK-Belastungsausgleich zurückzuführen ist. Ein korrespondierender Anstieg zeigt sich im Materialaufwand. Der Rückgang der übrigen Erträge um 1,5 Mio. € ist vor allem auf im Vorjahr erfolgte Auflösungen von Rückstellungen zurückzuführen. Im Ergebnis ergab sich eine Erhöhung des Deckungsbeitrages um 0,5 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,3 Mio. € aus. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung ab dem 1. August 2020 um 3 % sowie einer weiteren Erhöhung ab dem 1. Juni 2021 um 2,3 %.

Sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen veränderten sich nur geringfügig, sodass die Netzgesellschaft Halle im Ergebnis ein auf dem Vorjahresniveau liegendes EBIT in Höhe von 0,4 Mio. € sowie ein Jahresergebnis in Höhe von 0,3 Mio. € erzielte.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2021 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 36,6 Prozent (Vorjahr: 43,1 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 1,3 Mio. €, im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software, getätigt.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 0,6 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2021	2020
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	0,9	2,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,3	-1,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	-0,7	0,6
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	1,0	0,4
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	0,3	1,0

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,3 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 21,7 Mio. € und lag somit 3,3 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 10,5 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Das Umlaufvermögen stieg um 3,3 Mio. € auf 11,0 Mio. €.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Rückstellungen (+3,4 Mio. €) im Wesentlichen für die Regulierungskonten Strom und Gas geprägt. Die Verbindlichkeiten lagen mit 2,3 Mio. € auf dem Vorjahresniveau.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2021 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Für das Risiko aus Lieferanteninsolvenzen im Zusammenhang mit COVID-19 in Verbindung mit dem starken Anstieg der Energiepreise wurde die vorhandene Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 neu bewertet.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung und dem daraus folgenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine Diversifikation - weg vom russischen Gas - notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die kurzfristig nicht vollständig bewältigt werden kann.

Nichtsdestotrotz hat sich die Netzgesellschaft Halle mit diesem Szenario auseinandergesetzt, um Risiken zu erkennen und Maßnahmen vorzubereiten, die negative Auswirkungen auf das Unternehmen selbst als auch angeschlossene Netzkunden so gering wie möglich zu halten. Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle kommt der Notfallplan Gas zur Anwendung. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Erst in der dritten Eskalationsstufe dieses Notfallplans, der sogenannten „Notfallstufe“, werden nach Ausschöpfen aller marktlicher Maßnahmen hoheitliche Eingriffe mit Aufforderungen zur Gasbezugsreduzierung auch für Kunden im Gasnetz in Halle möglich.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Der regulierte Messstellenbetrieb Strom wird gemäß § 29 Abs. 3 MsbG bis spätestens 2032 durch den "intelligenten Messstellenbetrieb" von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen abgelöst. Das MsbG führt zu mehr Wettbewerb im Messstellenbetrieb.

Trotz der seit 2020 anhaltenden COVID-19-Pandemie stellt die Gesellschaft die Versorgung mit Elektrizität und Erdgas sicher. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Weiterhin besteht ein erhöhtes Risiko von Lieferanteninsolvenzen und daraus folgenden vollständigen Zahlungsausfällen und Anfechtungen. Die im Vorjahr getroffene Risikovorsorge wurde im Geschäftsjahr 2021 aktuell bewertet.

Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes 2021 steht nicht nur die Netzgesellschaft Halle vor immensen Herausforderungen bzw. großen Veränderungen, sondern auch die gesamte Branche. So wird im Gassektor weiterhin die Dekarbonisierung und die erstmals regulatorischen Vorgaben für den Betrieb von Wasserstoffnetzen im Jahr 2022 im Fokus rücken. In Zusammenarbeit im Konzernverbund und mit der Stadt Halle werden wir uns diesen Herausforderungen stellen und einen Transformationspfad in Richtung Klimaneutralität gemeinsam gestalten.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann. Die Konjunkturprognosen renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2022 gingen vor der russischen Invasion von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in einer Bandbreite von +3,5 % bis +4,0 % aus. Angepasste Prognosewerte liegen derzeit noch nicht vor.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren. Das in Gliederungspunkt 5.2 beschriebene Szenario eines Ausfalls russischer Erdgas-Liefermengen infolge eines Importstopps Europas oder eines Lieferstopps Russlands hätte gravierende Auswirkungen auf die Gesamtheit der deutschen Energiewirtschaft, da diese Mengen nicht ohne Weiteres substituiert werden könnten. Ein europäisches Embargo gegen russisches Erdgas wird jedoch kurzfristig als eher unwahrscheinlich eingeschätzt. Auch kommt Russland seinen Lieferverpflichtungen bislang vollständig nach. Weiterhin arbeitet die EU intensiv an der Umsetzung des Ziels, die Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten kurzfristig zu reduzieren.

Der ursprüngliche Plan für die Energiewende – Atomausstieg vollenden, Kohleausstieg möglichst auf 2030 vorziehen, zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien und Schließung der Versorgungslücken durch neue Gaskraftwerke – ist nunmehr aufgrund der proklamierten Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland sowie der Sicherstellung der Versorgungssicherheit kaum noch haltbar.

Die Geschäftsführung geht auch mit den veränderten Rahmenbedingungen sowie den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen bezüglich Planung, Realisierung und Betriebsführung;
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen;
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen;
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen;
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Energieversorgung sowie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Binder, Peter
Schiller, Hartmut

(bis 31.12.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.504	69	4.719	75	4.667	72	-215	-5
Umlaufvermögen	1.974	30	1.500	24	1.721	27	474	32
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	8	0	8	0	0	0
Aktive latente Steuern	52	1	58	1	64	1	-6	-10

Bilanzsumme

6.538	100	6.285	100	6.460	100	253	4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.278	50	3.118	50	3.096	48	160	5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	475	7	497	8	402	6	-22	-4
Rückstellungen	320	5	214	3	318	5	106	50
Verbindlichkeiten	2.465	38	2.456	39	2.644	41	9	0

Bilanzsumme

6.538	100	6.285	100	6.460	100	253	4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.268	5.854	6.379
andere aktivierte Eigenleistungen	22	51	66
sonstige betriebliche Erträge	114	166	170
Materialaufwand	1.383	1.252	1.374
Personalaufwand	2.262	2.147	2.114
Abschreibungen	483	490	477
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.763	1.699	1.916
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	5	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	31	35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	115	123	188
Ergebnis nach Steuern	372	336	513
sonstige Steuern	63	13	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	309	323	499

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,94	5,51	7,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,43	11,54	19,23	%
Cash-Flow:	792	812	976	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	114	108	112	T€
Personalaufwandsquote:	35,32	35,36	31,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,79	74,83	71,96	%
Eigenkapitalquote:	50,14	49,62	47,92	%
Fremdkapitalquote:	49,86	50,38	52,08	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Absatz Fernwärme	21,7	18,8	19,3	GWh
Absatz Strom	16,5	15,9	18,8	GWh

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2021 kann trotz der bestehenden Corona-Epidemie als stabil und normal eingeschätzt werden. Alle bereits im Jahr 2020 eingeleiteten und im Jahr 2021 fortgeführten Maßnahmen zur Durchsetzung von Hygiene-, Schutz-, und Sicherheitsmaßnahmen zeigten Wirkung und sind grundsätzlich für die Normalität des Geschäftsverlaufs zu nennen. Im gesamten Geschäftsjahr 2021 waren 6 Fälle (Infizierung/Quarantäne) mit 84 Tagen Ausfallzeit durch das Coronavirus zu verzeichnen.

Alle Versorgungsaufgaben zur Fernwärme- und Stromlieferung wurden quantitativ- und qualitativgerecht erfüllt.

Das Kerngeschäft der EWAG bezieht sich weiterhin auf die Energieerzeugung, Energielieferung und Energieversorgung in den Standorten Braunsbedra, Großkayna und Mücheln und hat sich vergleichsweise zum Geschäftsjahr 2020 nicht verändert.

Das betrifft in gleicher Weise die zur Energieerzeugung in den Versorgungsbereichen zur Verfügung stehenden Anlagenkonfigurationen.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich des Ortsteils Großkayna) und in Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt.

Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Im Kraftwerk Geisetalstraße wird mittels thermischer Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) nur Strom erzeugt.

Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Redundanz Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Redundanz Erdgas) erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geisetalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ Strom) eingespeist.

Auf Grundlage eines zwischen der E.MAGIS energy GmbH (E.MAGIS) Weimar und der EWAG bestehenden Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die E.MAGIS.

Der zur optimalen wirtschaftlichen Vermarktung des Stroms bestehende Leitfaden zum Energieverkauf wird stetig den Strommarktentwicklungen angepasst und bildet die verbindliche Arbeitsgrundlage für die an der Vermarktung beteiligten Partner.

Der Leitfaden regelt die Ziele der Verkaufsstrategie und die Verkaufsmethoden als solche.
Hauptziele der Verkaufsstrategie sind:

1. Absicherung eines geplanten Mengenabsatzes und der geplanten Erträge
2. Erzielung eines durchschnittlichen Verkaufspreises, der möglichst oberhalb der allgemeinen Marktentwicklung des Strompreises liegt.

Grundlage der Verkaufsmethode ist der Verkauf elektrischer Energie durch Ausschreibung fester 1-h- bzw. ¼-h-Verkaufspläne (Prognose). Grundlage der Verkaufspläne bilden historische Lastdaten sowie die Produktionsplanung der EWAG, die jeweils im Juni für die Folgejahre als Prognosen abgestimmt werden.

Ebenfalls Bestandteil des Energieverkaufs sind Regelungen bezüglich des Ausgleiches zwischen Mehr- und Mindermengen zwischen der E.MAGIS und der EWAG, die im Geschäftsjahr 2021 angewandt wurden.

Die Sparte Stromverkauf-Stromlieferung hat sich im Vergleich zum Vorjahr trotz Einstellung der Versorgung von Letztverbrauchern (Endkunden) planmäßig entwickelt.

Zusätzliche Stromerlöse infolge der im Jahr 2021 extrem gestiegenen Strompreise konnten nicht erwirtschaftet werden, da die Stromlieferverträge für das Geschäftsjahr 2021 bereits in den Jahren 2019 und 2020 abgeschlossen wurden.

Bedingt durch kühlere Außentemperaturen in den Frühlings- und Wintermonaten 2021, vergleichsweise zu den Vorjahren, wurde im Bereich Fernwärme der Abwärtstrend hinsichtlich der verbrauchten Wärmemenge gestoppt. Im Geschäftsjahr hat sich der Wärmeabsatz erhöht und somit konnten auch höhere Wärmeerlöse erwirtschaftet werden.

Neben den klimatischen Bedingungen ist auch die stetige Erhöhung des Anschlussgrades der Fernwärmeversorgung infolge der in den letzten Jahren durchgeführten Investitionen als Grund für Umsatzerhöhung zu nennen.

Die positive Entwicklung im Bereich Verwertung Ersatzbrennstoffen (EBS) hat sich im Vergleich zum Vorjahr infolge der Marktpreisentwicklung fortgesetzt. Trotz kontinuierlicher Fahrweise der Energieerzeugungsanlagen im Kraftwerk Grubenweg konnten die geplanten Brennstoffmengen nicht durchgesetzt werden.

Ursächlich dafür sind das Erreichen der Kapazitätsgrenze für den Durchsatz aber auch Qualitätsverbesserungen bei den Ersatzbrennstoffen zu nennen.

Tendenziell ist der technische Zustand der Energieerzeugungsanlagen an den Standorten Grubenweg und Geiseltalstraße als normal einzuschätzen. Die Sanierung der Dampferzeuger DE 7 und DE 8 im Heizkraftwerk Grubenweg in den Jahren 2019, 2020 und 2021 tragen zu einer stabileren Fahrweise bei der Energieerzeugung bei.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und Wärmeverteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist ebenfalls für das Geschäftsjahr 2021 aus Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen. Alle Versorgungsaufgaben wurden qualitativ und quantitativ erfüllt.

Im Jahre 2021 wurde ein Schwerpunkt des Instandhaltungsgeschehens auf die weitere Sanierung der Fernwärmehausanschlüsse gelegt. So wurden in Braunsbedra und Großkayna insgesamt 13 Fernwärmehausanschlüsse saniert.

Weitere 5 Fernwärmekunden wurden an die Fernwärmenetze in Braunsbedra und in Großkayna angeschlossen.

Mit Schreiben vom 06.08.2021 wurde der EWAG durch das Hauptzollamt Magdeburg mitgeteilt, dass die EWAG kein Energieerzeuger mehr ist, sondern als „Müllvernichter“ eingestuft wird.

Verweisend auf das Urteil VII R 10/18 des Bundesfinanzhofes vom 30.04.2019 wurde klargestellt, dass mit dem Betreiben von 2 Müllvernichtungsanlagen die Stromerzeugung kein Hauptzweck der Geschäftstätigkeit der EWAG ist.

Hauptzweck der Tätigkeiten der EWAG sind nicht mehr die Energieerzeugung in Form von Fernwärme und Strom, sondern die „Müllvernichtung“.

Der erzeugte Strom wird als „Nebenprodukt“ eingestuft. Damit verbunden ist der Widerruf der Erlaubnis zur steuerfreien Entnahme von Strom, der mit Schreiben vom 07.09.2021 zum 30.09.2021 vollzogen wurde. Obwohl das Hauptzollamt Magdeburg die steuerfreie Stromentnahme erst zum 30.09.2021 widerrufen hatte, wurden rückwirkend Nachforderungen für die Stromsteuer der Kalenderjahre 2019 und 2020 erhoben. Diese Forderungen gemäß den jeweiligen Nacherhebungsbescheiden wurden durch die EWAG am 07.09.2021 beglichen.

Durch eine von der Geschäftsführung beauftragte Rechtsanwaltskanzlei wurden Widersprüche gegen die Maßnahmen des Hauptzollamtes Magdeburg eingeleitet.

Gemäß Festlegungen der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung am 18.11.2021 wurde die Rechtsanwaltskanzlei mit der Fortsetzung des Rechtsbeistandes zur Klärung des Rechtsstreites beauftragt.

Die wirtschaftliche Situation im 2. Halbjahr 2021, speziell im IV. Quartal 2021, hatte auch Auswirkungen auf das Betriebsgeschehen der EWAG. Die wirtschaftliche Wiederöffnung nach der geglaubten Beendigung der Corona-Pandemie ließ die Nachfrage deutschlandweit, aber auch weltweit steigen. Die damit verbundenen Material- und Lieferengpässe verursachten sprunghafte Anstiege der Energie-, Rohstoff- und Materialpreise.

Besonders auf dem Strommarkt machten sich die Auswirkungen deutlich bemerkbar. So z.B. sind bei den monatlichen Abrechnungen der Mehr-Minder-Mengen die zu Grunde liegenden Strompreise von 52,81 €/MWh im Januar 2021 auf 221,06 €/MWh im Dezember gestiegen.

Diese Marktentwicklungen haben sich zum Jahresende verstärkt auf das erwirtschaftete Ergebnis des Jahres 2021 ausgewirkt.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 58 Arbeitnehmer, inklusive der Geschäftsführer, beschäftigt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 309 erwirtschaftet (Vorjahr: TEUR 323).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 413 auf TEUR 6.268 erhöht.

Die höheren Erlöse aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 25 vergleichsweise zum Jahr 2020 resultieren weitestgehend aus Schrotterlösen infolge der gestiegenen Marktpreise für Kernschrott als auch für Mischschrott.

Auf Grund der Beendigung der Stromlieferung an Endkunden per 31.12.2020 verringerten sich die Erlöse aus Stromverkauf Dritte im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 29.

Bei den Erlösen Stromlieferungen ist ein Erlöszugang in Höhe von TEUR 77 zum Vorjahr zu verzeichnen.

Neben der Verringerung der Teilerlöse aus den Fahrplanlieferungen um TEUR 35 sowie der Teilerlöse aus den vermiedenen Netzentgelten Arbeit um TEUR 4 konnten zusätzliche Teilerlöse aus der Abrechnung der Mehr-Minder-Mengen in Höhe von TEUR 54 sowie aus den Teilerlösen aus vermiedenen Netzentgelten Leistung in Höhe von TEUR 62 erwirtschaftet werden.

Diese Teilerlöse aus vermiedenen Netzentgelte Leistung setzen sich aus denen des Vorjahres in Höhe von TEUR 40 sowie aus kalkulatorischen Erlösen in Höhe von TEUR 59 zusammen.

Die Erlöse aus Solarstrom sind vergleichsweise zum Vorjahr nahezu unverändert.

Der Trend, der sich in den vergangenen Jahren infolge der Klimaveränderungen durch einen stetig verringerten Fernwärmeabsatz darstellte, wurde im Jahr 2021 unterbrochen. Bedingt durch niedrigere Temperaturen in den Frühjahrs- und Herbstmonaten des Jahres 2021 begünstigt, aber auch durch die Auswirkungen der Corona-Epidemie (Homeoffice, Corona-Lockdown) hat sich der Wärmeabsatz um ca. 2.900 MWh erhöht. Die Umsätze der Sparte Fernwärme sind im Geschäftsjahr 2021 um TEUR 199 auf TEUR 2.008 gestiegen.

Die seit dem Jahr 2014 jährlich und kontinuierlich durchgeführten Investitionen und Sanierungen in den einzelnen Fernwärmeversorgungsgebieten erwiesen sich als richtig und wirken mittelfristig dem Abwärtstrend der Absatzmengen aus Wärmeversorgung infolge der klimatischen Veränderungen entgegen.

Bei den Brennstoffertlösen ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung in Höhe von TEUR 132 zu verzeichnen. Diese sind weitestgehend auf die sich veränderten Marktpreise bzw. angepasste Entsorgungs- und Lieferverträge zurückzuführen. Der geplante Durchsatz bei Ersatzbrennstoffen konnte auch in diesem Geschäftsjahr nicht realisiert werden.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra in Höhe von TEUR 22, weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um TEUR 29 aus.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge haben sich bei nahezu unveränderten Ertragsinhalten im Vorjahresvergleich minimal um TEUR 52 verringert.

Ursächlich dafür sind geringere periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 44 im Vergleich zum Vorjahr zu nennen.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 131 erhöht. Im Einzelnen erhöhten sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 195, während sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 64 verringerten.

Die höheren Aufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen auf die ab dem 2. Quartal 2021 beginnend gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise und somit auf die gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten zurückzuführen.

So sind die Aufwendungen für Strom Eigenverbrauch um TEUR 238 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

In der Einzelposition Abrechnung Mehr- und Mindermengen gegenüber unserem Bilanzkreisverantwortlichen haben sich auf Grundlage der Börsenpreise die Durchschnittspreise für den Strombezug von 31,16 €/MWh des Jahres 2020 auf 100,94 €/MWh im Jahr 2021 erhöht.

Die gestiegenen Aufwandspositionen Gas um TEUR 7, Heizöl um TEUR 10 sowie Holzbrennstoffe um TEUR 21 sind ebenfalls durch gestiegene Einkaufspreise begründet.

Auch bei den Aufwendungen für Hilfsstoffe fallen erhöhte Einkaufspreise an. Durch Substitution von Hilfsstoffen zur Wasseraufbereitung konnten TEUR 29 eingespart werden. Diese Kosteneinsparung trug im Wesentlichen zur Minderung dieser Kostenposition um TEUR 15 gegenüber dem Jahr 2020 bei.

Die Minderung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen um TEUR 64 sind weitestgehend auf geringere Entsorgungsaufwendungen für Rostaschen, Filteraschen um TEUR 42 sowie sonstiger Abfälle um TEUR 34 zurückzuführen. Dem entgegen sind die Aufwendungen für die Analytik von Brennstoffen und Aschen um TEUR 3, für Abgas- und Emissionsmessungen um TEUR 6 sowie die Aufwendungen für Revisionen und Prüfungen der Dampf- und Druckanlagen um TEUR 3 angestiegen.

Allgemein haben sich die Aufwendungen für die Prüfungen von den Hochdruckkesseln, von Druck- und Lagerbehältern, für die Funktionsprüfungen und Kalibrierungen sowie für die Emissionsmessungen der Hochdruckkessel im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3% erhöht.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.820 um TEUR 201 auf TEUR 5.021 erhöht.

Die Personalkosten haben sich infolge durchgeführter Lohn- und Gehaltsanpassungen vergleichsweise zum Vorjahr planmäßig um TEUR 115 erhöht.

Trotz durchgeführter Investitionen, vor allem im Bereich Fernwärme, haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 6 vermindert.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 64 erhöht. Diese Steigerungen beruhen im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen um TEUR 163 sowie für Rechts- und Beratungskosten um TEUR 20.

Zusätzliche Aufwendungen bei Reparaturen/Instandhaltungen sind im Rahmen der Sanierung der Dampferzeuger DE 8 und DE 7 in Höhe von ca. TEUR 75 sowie von nicht geplanten Isolierungsarbeiten an den Dampferzeuger bzw. an der Fernwärmeleitung in Höhe von TEUR 42 angefallen. Weitere ca. TEUR 30 sind bei der Reparatur eines durch die Versicherung nicht anerkannten Kabelschadens an der Hauptstromleitung entstanden.

Die erhöhten Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten ergeben sich weitestgehend durch den Rechtsstreit mit dem Hauptzollamt Magdeburg bezüglich der Stromsteuer.

Alle anderen Positionen der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Als wichtigste Positionen sind hierbei die Verminderung der sonstigen Aufwendungen um TEUR 70, der Dienst- und Fremdleistungen um TEUR 34 sowie der Fahrzeugkosten um TEUR 9 zu nennen.

Durch die Entwicklung der Finanzmärkte, aber auch durch ein stetiges Finanzmanagement konnten die Zinsaufwendungen um TEUR 5 gesenkt werden.

Auf Grund der veränderten Geschäftstätigkeit haben sich die Steuern von Einkommen und Ertrag vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 8 verringert.

Bei gleichbleibender Steuerquote des Vorjahres von 27,5 % verringerten sich die Aufwendungen für Körperschaftssteuer und Solidaritätsbeitrag geringfügig um TEUR 2, die Aufwendungen für Gewerbesteuer um TEUR 1. Dagegen erhöhten sich die Aufwendungen für latente Steuern als Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz um TEUR 1

Die Aufwendungen für Sonstige Steuern haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 50 erhöht. Neben den Positionen Grund- und Kfz-Steuern wurden TEUR 50 für mögliche Steuernachzahlungen zur Stromsteuer als Rückstellungen eingestellt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich trotz Abweichungen der Erlös-, Ertrags- bzw. Aufwandspositionen zum Vorjahr sowie auch zum Wirtschaftsplan eine stabile Entwicklungstendenz der Ertragslage im Geschäftsjahr 2021 fortgesetzt hat.

2.2. Vermögenlage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2021 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 6.285 um TEUR 253 auf TEUR 6.538 erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.719 um TEUR 215 auf TEUR 4.504 vermindert. Dabei stehen den Anlagenzugängen in Höhe von TEUR 267 Wertminderungen aus Abschreibungen in Höhe von TEUR 482 entgegen.

Die Immateriellen Wirtschaftsgüter haben sich bedingt durch die Abschreibungen in Höhe von TEUR 10 von TEUR 16 auf TEUR 6 entwickelt.

Die Buchwerte der Positionen der Grundstücke haben sich bei Zugängen in Höhe von TEUR 68 und Minderungen infolge Abschreibungen in Höhe von TEUR 51 von TEUR 1.124 um TEUR 17 auf TEUR 1.141 erhöht.

Bei den Technischen Anlagen haben sich ebenfalls Minderungen der Buchwerte ergeben. Den Anlagenzugängen in Höhe von TEUR 123 sowie Anlagenzugängen aus Umbuchungen Vorjahre vermindert um die Abschreibungen in Höhe von TEUR 357 verminderten sich die Buchwerte von TEUR 3.322 um TEUR 203 auf TEUR 3.119 zum Bilanzstichtag.

Die Buchwerte der Position Betriebs- und Geschäftsausstattungen haben sich ebenfalls bei Anlagenzugängen in Höhe von TEUR 19 und Anlageminderungen durch die Abschreibungen in Höhe von TEUR 65 vom TEUR 134 um TEUR 46 auf TEUR 88 vermindert.

Am 31.12.2021 bestanden Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 150. Dieser Endbestand entwickelte sich ausgehend vom Anfangsbestand in Höhe von TEUR 123 durch Anlagenzugänge in Höhe von TEUR 57 sowie Abgänge aus Umbuchungen von Anlagen aus Vorjahren in Höhe von TEUR 30.

Die Zugänge des Anlagevermögens in Höhe von TEUR 267 beinhalten im Wesentlichen die getätigten Investitionen zur Sanierung und Neuanschlüsse von Fernwärme-Hausanschlussstationen in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 75, zur Platzbefestigung einer Teilfläche im Heizkraftwerk Grubenweg in Höhe von TEUR 64.

Weitere Zugänge wurden mit der Erneuerung der Wasseraufbereitung im Kraftwerk Geiseltalstraße (Osmose-Anlage) in Höhe von TEUR 37 sowie mit dem Abwasseranschluss der Verwaltung und des Heizkraftwerks Grubenweg an das zentrale Abwassersystem des ZWAG Braunsbedra in Höhe von TEUR 11 realisiert.

Weitere Investitionen in Höhe von TEUR 19 wurden für Anlagen für Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 7, für EDV-Anlagen in Höhe von TEUR 5, für Werkzeuge in Höhe von TEUR 4 sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von TEUR 3 getätigt.

Die Anlagen im Bau zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 57 beinhalten Aufwendungen in Bau für Fernwärmehausanschlüsse in Höhe von TEUR 20, von Planungsleistungen im Bereich Fernwärme in Höhe von TEUR 31 sowie Aufwendungen in Bau zur Platzbefestigung im Heizkraftwerk Grubenweg in Höhe vom TEUR 2 sowie zur Fertigstellung der Zelthalle in Höhe von TEUR 2.

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 1.500 um TEUR 474 auf TEUR 1.974 erhöht.

Dabei haben sich alle Bilanzpositionen des Umlaufvermögens mit Ausnahme der Sonstigen Vermögensgegenstände vergleichsweise zum Vorjahr erhöht.

Zum Bilanzstichtag weisen die Vorräte einen Bestand in Höhe von TEUR 123 aus. Dieser hat sich von TEUR 115 im Jahr 2020 um TEUR 8 erhöht.

Auf Grund gestiegener Energie- und Brennstoffpreise, speziell im 4. Quartal 2021, haben sich die Bestände für Holzbrennstoffe, Heizöl, Diesel und sonstige Hilfsstoffe zum Bilanzstichtag von TEUR 47 um in Summe TEUR 30 auf TEUR 77 erhöht. Der Bestand für das sonstige Material (Material für Reparaturen und Instandhaltungen) hat sich infolge des Verbrauchs dagegen von TEUR 68 um TEUR 22 auf TEUR 46 verringert.

Der Bestand der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich im Geschäftsjahr 2021 von TEUR 526 um TEUR 271 auf TEUR 797 entwickelt.

Als Grund ist ursächlich dafür der erhöhte Forderungsbestand als Ergebnis der erhöhten Umsätze aus der Fernwärme-Abrechnung zum 31.12.2021 zu nennen.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind TEUR 21 als Forderungen gegen Gesellschafter enthalten.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände haben sich zum Vorjahr von TEUR 187 um TEUR 19 auf TEUR 168 vermindert.

Dabei stehen im Wesentlichen der höheren Vorsteuer im Folgejahr abzugsfähig in Höhe von TEUR 28 und höheren Forderungen aus vermiedenen Netzentgelten Strom Leistung in Höhe von TEUR 22 zum 31.12.2021 geringere Steuerüberzahlungen aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von TEUR 53 sowie aus der Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 15 gegenüber.

Die Bilanzposition Kassenbestand/Guthaben hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 672 um TEUR 214 auf TEUR 886 erhöht. Die Erhöhung ist bei nahezu unverändertem Kassenbestand der Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von TEUR 214 zuzuschreiben.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Kfz-Steuer, Finanzierungskosten und Beiträge in Höhe von TEUR 8 sind vergleichsweise zum Vorjahr unverändert.

Die zum 31. Dezember 2021 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 52 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristigen Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen. Diese haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 6 verringert.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2021 von TEUR 309, abzüglich einer Gewinnausschüttung in Höhe von TEUR 150, gegenüber 2020 von TEUR 3.119 um TEUR 159 auf TEUR 3.278 erhöht.

Dabei hat sich die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag auf 50,1 % im Vergleich zum Vorjahr von 49,6 % verändert.

Der Bestand des Sonderpostens mit Rücklageanteil hat sich von TEUR 497 und Zugängen in Höhe von TEUR 26, vermindert um einen jährlichen Auflösungsbetrag in Höhe von TEUR 48, auf TEUR 475 verringert. Der Sonderposten mit Rücklageanteil untergliedert sich in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, der sich um TEUR 3 sowie den Sonderposten für Baukostenzuschüsse, der sich bei Zugängen um TEUR 26 und Auflösungen um TEUR 48 um TEUR 22 verringert hat.

Seit 2015 wird für eine erhaltene öffentliche Förderung (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 ein Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Im Jahr 2020 erhöhte sich dieser Bestand durch die Gewährung öffentlicher Fördermittel für die Nutzung von elektrisch betriebenen Kraftfahrzeugen. Diese Sonderposten werden jährlich über die Nutzungsdauer bzw. über die Vertragslaufzeiten der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt und aufgelöst.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden Zuschüsse für Hausanschlusskosten erhoben. Diese werden in dem Sonderposten für Baukostenzuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer der entsprechenden Hausanschlüsse aufgelöst.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 106 erhöht. Ursächlich dafür sind die Einstellung von Rückstellungen für mögliche Stromsteuernachzahlungen in Höhe von TEUR 50 sowie Rückstellungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von TEUR 32 zu nennen.

Weitere Rückstellungen wurden als Rückstellungen aus Verpflichtungen gegenüber der Berufsgenossenschaft in Höhe von TEUR 6, Rückstellungen für Personalverpflichtungen in Höhe von TEUR 163, Rückstellungen für Jahresabschlusskosten mit TEUR 17, Rückstellungen für öffentliche Abgaben mit TEUR 15, Rückstellungen für Gaslieferungen in Höhe von TEUR 7, Rückstellungen für Aufwendungen zur Emissionsmessung und Funktionskontrolle in Höhe von TEUR 26 sowie Rückstellungen für Entsorgungskosten mit TEUR 4.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 2.455 um TEUR 10 auf TEUR 2.465 erhöht. Dies ist auf die um TEUR 79 erhöhten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und den um TEUR 43 erhöhten Sonstigen Verbindlichkeiten abzüglich der sich um TEUR 112 verminderten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen.

Bei Aufnahmen von Darlehen in Höhe von TEUR 220 verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten infolge der Tilgung von Darlehen um TEUR 332 von TEUR 1.968 auf TEUR 1.856.

Die höheren Lieferantenverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 80 sind ursächlich für die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von TEUR 258 auf TEUR 338 im Vergleich zum Vorjahr zu nennen.

Die höheren Sonstigen Verbindlichkeiten, gestiegen um TEUR 42 von TEUR 229 im Jahr 2020 auf TEUR 271 im Jahr 2022, sind weitestgehend auf gestiegene Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 89 bei geringeren Verbindlichkeiten aus den kreditorischen Debitoren in Höhe von TEUR 37 sowie bei den noch ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen in Höhe von TEUR 10 zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

2.3. Finanzlage

Die Liquiditäts- und Finanzierungsstruktur der EWAG steht auf einer soliden Basis.

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Das zeigen auch die nachfolgenden Auswertungen von Bilanzkennzahlen.

Die Erhöhung der Liquidität 1. Grades im Vergleich zum Vorjahr von 82,0 % auf 92,2 % sowie die Erhöhung der Liquidität des 2. Grades von 182,9 % auf 192,3 % ist ein weiterer Sachverhalt einer stabilen Finanzlage.

Die Anlagendeckungsgrade 1 und 2 weisen zum Bilanzstichtag das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen aus.

Mit einem per 31.12.2021 ausgewiesenen Anlagendeckungsgrad 1 von 72,8 % (Vorjahr: 66,1 %) und einem Anlagendeckungsgrad 2 von 83,3 % (Vorjahr: 76,6 %) kann die EWAG auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen verweisen.

(Goldene Finanzierungsregel: 100 %)

Der finanzwirtschaftliche Überschuss (Cashflow) hat sich geringfügig von TEUR 771 im Vorjahr auf TEUR 744 im Geschäftsjahr 2021 verringert. Als Bilanzkennzahl zeigt er zum Bilanzstichtag an, dass ca. TEUR 744 der EWAG zur Innenfinanzierung wie z.B. Tilgung von Darlehen oder Durchführung von Investitionen zur Verfügung stehen.

Der Dynamische Verschuldungsgrad (in Jahren) hat sich mit 4,38 im Vergleich zum Vorjahr 4,11 leicht erhöht. Das bedeutet, die EWAG könnte innerhalb von 4 Jahren aus eigener Kraft alle Schulden tilgen.

Die Richtwerte zwischen 3,01 % und 5,00 % für den dynamischen Verschuldungsgrad werden als „Gut“ eingeschätzt. Somit ist die EWAG zum Bilanzstichtag stabil finanziert.

Im Rahmen der durchgeführten Investitionen wurden im Geschäftsjahr Auszahlungen in Höhe von TEUR 318 (brutto) sowie für die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 332 vorgenommen.

Aus erhobenen Anschlusskostenzuschüssen für Fernwärme-Neuanlüsse sind Einnahmen in Höhe von TEUR 30 (brutto) zu verzeichnen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 220 sowie durch Eigenkapital finanziert.

Die Kredittilgungen in Höhe von TEUR 332 konnten im Wesentlichen durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von TEUR 700 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Aus dem Jahresüberschuss 2020 wurden gemäß Gesellschafterbeschluss TEUR 150 an die Gesellschafter ausgeschüttet, der Restbetrag wurde in den Gewinnvortrag eingestellt.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 267 getätigt.

Die Schwerpunkte der durchgeführten Investitionen lagen in den Bereichen Außenanlagen mit TEUR 64, den Maschinen und maschinellen Anlagen mit TEUR 48, den Energieanlagen mit TEUR 75 sowie den Anlagen im Bau (Fernwärmehausanschlüsse im Bau, Planungsleistungen zur Fernwärmenetzerweiterung Großkayna, Planungsleistungen zur Energieversorgung EWAG) mit TEUR 57.

Bei den Außenanlagen handelt es sich um Platzbefestigungen auf dem Gelände des HKW Grubenweg. Bei der Befestigung eines ersten Teilstücks wurden TEUR 64 investiert. Auf Grund mangelnder Baukapazitäten von Baufirmen konnte im Geschäftsjahr nur ein Teilstück befestigt werden. Das noch zu befestigte Teilflächenstück wird im Jahr 2022 realisiert.

Die geplanten Investitionen zur Sanierung des alten Kühlturms mit TEUR 40 sowie den Einbau eines neuen Kühlwasserbeckens in die vorhandene Kühlturmtasse mit TEUR 70 wurden generell zurückgestellt.

Die vorliegenden Angebote sowie die von den Firmen benötigte Zeitdauer zur Realisierung der Investitionen lassen sich gegenwärtig betriebswirtschaftlich nicht darstellen.

Die Investitionen im Bereich Maschinen und maschinelle Anlagen beinhalten die Erneuerung der Umkehr-Osmose-Anlage zur Wasseraufbereitung im KW Geiseltalstraße in Höhe von TEUR 37 sowie die Fertigstellung der Abwasserentsorgungsleitung zur Abwasserentsorgung des HKW Grubenweg sowie der Verwaltung der EWAG in Höhe von TEUR 23.

Teilinvestitionen für die Abwasserentsorgungsleitung in Höhe von TEUR 12 wurden bereits im Jahr 2020 realisiert.

Die Erneuerung der SPS-Turbinensteuerung in HKW Grubenweg wurde ebenfalls auf Grund mangelnder Material- und Lieferkapazitäten sowie längeren Planungsvorbereitungszeiten in das Geschäftsjahr 2022 verschoben.

Die getätigten Investitionen im Bereich Energieanlagen in Höhe von TEUR 75 bestehen aus der Sanierung von Fernwärmehausanschlussstationen in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 59 sowie der Errichtung von Fernwärmeneuanschlüssen ebenfalls in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 16.

Weitere Investitionen wurden im Bereich Anlagen im Bau für Planungsleistungen für den weiteren Ausbau des Fernwärmeortsnetzes Großkayna in Höhe von TEUR 23, für Planungsleistungen zur Erarbeitung von Konzepten zur weiteren Energieversorgung der EWAG in Höhe von TEUR 8, für Planungsleistungen zur Errichtung einer Zelthalle in Höhe von TEUR 4 sowie für Fernwärmehausanschlüsse im Bau in Höhe von TEUR 21 getätigt.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2021

Mit Wirkung vom 01.01.2022 besteht die Geschäftsführung der EWAG aus dem Geschäftsführer Herrn Hartmut Schiller sowie den Prokuristen Frau Katja Wagner und Herrn Rainer Hecht.

Die Eintragungen in das Handelsregister wurden am 10.01.2022 vollzogen.

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen Ersatzbrennstoffe (EBS) kam es während der im meist kritischen Jahreswechselperiode zu keinerlei Engpässen.

Die sich weiterhin stark ausbreitenden Corona-Pandemie, nun mit der Omikron-Variante, hat auch die EWAG nicht verschont. Bis Ende März 2022 sind 22 Fälle (Infizierung / Quarantäne) mit einem Ausfall von 220 Arbeitstagen zu verzeichnen.

Nur durch eine zusätzliche Bereitschaft der Mitarbeiter, einhergehend mit Verzicht auf freie Tage und Urlaub, konnte die Versorgung der Fernwärme- und Stromkunden jederzeit stabil abgesichert werden.

Die betrieblichen Abläufe sowie die betriebswirtschaftliche Entwicklung im I. Quartal 2022 verliefen nicht immer planmäßig.

Die bereits im IV. Quartal 2021 als Folge der Corona-Pandemie beginnenden Preisanstiege der Energie- und Rohstoffpreise setzten sich zu Beginn des neuen Jahres fort.

Durch den Ausbruch des von Russland geführten Krieges in der Ukraine verschärfte sich die bereits vorhandene Situation zusätzlich. Die weiterhin stets steigenden Energie-, Rohstoff-, Hilfsstoff- und Materialpreise sind mit einer zunehmenden und sich verstärkenden Verknappung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie von Reparatur- und Installationsmaterialien verbunden.

Von Zulieferern zugesagte Materiallieferungen wurden ganz abgesagt bzw. zeitlich verschoben. Mittlerweile können geplante Reparaturen nicht realisiert werden, weil die bereits im Vorjahr bestellten Ersatzteile nicht lieferbar sind.

Die in den entsprechenden Angeboten festgelegten Lieferpreise sind von den Lieferanten nicht mehr haltbar.

Trotz Abweichungen in bestimmten Erlös- und Aufwandspositionen konnten in den Monaten Januar und Februar 2022 die jeweilig geplanten Betriebsergebnisse erwirtschaftet werden.

Die sich immer noch auf Höchstniveau befindlichen Strompreise zu Beginn des Jahres 2022 haben nur geringen Einfluss auf das Ergebnis der Stromsparte. Die abgeschlossenen Stromlieferverträge für den erzeugten Strom des Heizkraftwerks Grubenweg wurden bereits im Jahr 2021 mit den zur damaligen Zeit angebotenen Marktpreisen abgeschlossen. Die gegenwärtigen Strompreise haben somit aus Erlössicht keine Auswirkungen.

Der für den im Betriebsteil VKH im Januar 2022 abgeschlossene Stromliefervertrag für das Jahr 2022 wurde zwar zu höheren Strompreisen abgeschlossen, hat dennoch wenig Auswirkung auf höhere Ergebnisse in der Stromsparte.

Die monatliche Abrechnung der Mehr-Minder-Mengen basiert auf den tatsächlich, sich an der Strombörse orientierenden Strompreisen. So lag der Strombezugspreis für die Abrechnung der Mehr-Minder-Menge im Januar 2022 ca. 18 % über dem per Stromliefervertrag abgeschlossen Lieferpreis.

In der Sparte Fernwärme konnten in den Monaten Januar bis Februar 2022 die geplanten Wärmemengen und Erlöse in Summe erzielt werden.

Der Durchsatz der Ersatzbrennstoffe im Heizkraftwerk Grubenweg befindet sich auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Damit hat sich die Vermutung bestätigt, dass sich mit der Sanierung der Dampferzeuger 7 und 8 die Verbrennungsqualität verbessert und somit sich der Brennstoffdurchsatz im Vergleich zu den Vorjahren verringert hat.

Trotz Abweichungen in bestimmten Erlös- und Aufwandspositionen konnten in den Monaten Januar und Februar 2022 die jeweilig geplanten Betriebsergebnisse erwirtschaftet werden.

Die zukünftig möglichen Preisentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit des Geschäftsjahres werden durch die Geschäftsführung weiterhin schwerpunktmäßig beachtet.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen des Geschäftsjahr 2021 können als stabil eingeschätzt werden. Diese Stabilität hat sich auch mit Beginn des Geschäftsjahres 2022 trotz der Corona-Pandemie fortgesetzt.

Ein Ende dieser Corona-Pandemie ist derzeit nicht in Sicht. Ausgehend von den derzeit ausgewiesenen Höchst-Inzidenzwerten wird die Geschäftsführung die bisher eingeleiteten Schutzmaßnahmen fortführen.

In Auswertung der bis Ende März 2022 aufgetretenen Corona-Fälle im Unternehmen werden abweichend von der Beendigung der Pandemie-Schutzmaßnahmen durch die Regierungen des Landes Sachsen-Anhalt bzw. des Bundes die Anweisungen der Geschäftsführung zur Einhaltung allgemeiner hygienischer Handlungsweisen, zur Vermeidung von persönlichen Kontakten zu Kunden und Lieferanten sowie Bereitstellung ausreichender hygienischer Schutzmaterialien bezüglich der Bekämpfung der Corona-Epidemie weiterhin aufrechterhalten.

Ziel ist weiterhin die Minimierung notwendiger Kontaktaufnahmen der Mitarbeiter untereinander sowie zu betriebsfremden Personen im Rahmen von Geschäftsbeziehungen.

Die sich immer noch auf Höchstniveau befindlichen Strompreise zu Beginn des Jahres 2022 sind bezogen auf das Ergebnis der Stromsparte wirkungslos. Die bestehenden Stromlieferverträge gemäß festgelegten Fahrplänen für den Verkauf des im Heizkraftwerks Grubenweg erzeugten Stroms wurden bereits im Jahr 2021 zu denen in der damaligen Zeit angebotenen Marktpreisen abgeschlossen. Die gegenwärtig geltenden, um ein im Vergleich zu den vertraglich fixierten, mehrfach erhöhten Strompreise haben somit keinerlei Auswirkungen auf höhere Stromerlöse.

Höhere Aufwendungen, die sich dagegen aus den monatlichen Abrechnungen der Mehr-Minder-Strommengen als Differenz zwischen der Stromlieferung und einem möglichen Strombezug ergeben, können das geplante Betriebsergebnis sehr beeinflussen. Die gegenwärtigen Strommarktpreise sind im Vergleich zu denen, die als Grundlage für die Planung angesetzt wurden, um ein Mehrfaches gestiegen.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) des Geschäftsjahres 2022 wurden mit den Lieferanten bereits Ende 2021 entsprechend den Marktpreisen angepasst. Durch den Abschluss eines Entsorgungsvertrages im Jahr 2020 mit festen Preiskonditionen sind ca. 30 % der benötigten Ersatzbrennstoffe für weitere 3 Jahre fest fixiert.

Die sich mit Beginn des Geschäftsjahres 2022 als Folge der Corona-Pandemie und mit Ausbruch des von Russland geführten Krieges in der Ukraine stets weiter steigenden Energie-, Rohstoff-, Hilfsstoff- und Materialpreise, verbunden mit einer sich verstärkenden Verknappung bzw. zeitlichen Verschiebung von Materiallieferungen, verbürgen Risiken in sich, die zur Zeit noch nicht einschätzbar sind.

Auf Grund dieser gestiegenen Einkaufspreise ist erforderlich, die Wärmepreise in allen Versorgungsbereichen im Geschäftsjahr 2022 anzupassen.

In Folge von nicht lieferbaren, bereits im Vorjahr bestellten Ersatzteilen müssen mittlerweile geplante Reparaturen verschoben werden. Die von Lieferanten bereits in den entsprechenden Angeboten fixierten Angebots- und Lieferpreise sind nicht mehr haltbar.

Angebote für Reparaturmaterialien von Lieferanten sind, wenn überhaupt, zu Tagespreisen bzw. zu Preisen für eine sehr gering begrenzte Gültigkeitsdauer verfügbar.

Auch für die im Jahr 2022 geplanten Investitionen, z.B. die zur Fernwärmenetzerweiterung Großkayna, ist die gegenwärtige Situation risikobehaftet. Es ist bereits jetzt erkennbar, dass die in den Ausschreibungen sich ergebenden Investitionskosten wesentlich von den geplanten Investitionskosten abweichen werden.

Die Erneuerung der SPS-Steuerung, die während des geplanten Stillstandes in der 24. KW bis 26. KW geliefert und eingebaut werden sollte, wurde durch den Hersteller mangels nicht lieferbarer Bauteile storniert.

Die in den abgeschlossenen Vorverträgen mit möglichen Fernwärmeanschlussnehmern zugesicherten Preise und Kosten können für die EWAG in Bezug auf die gegenwärtig geltenden Materialpreise zu Verlusten führen.

Bevor man Angebote von Firmen zu Preisen von Investitionsmaterialien abfordern kann, kommt der Sachverhalt noch dazu, Firmen zu finden, die sowohl über Investitionsmaterial verfügen und in der Lage sind, diese Investitionsmaterialien auch liefern zu können.

Die dann erhaltenen Preisangebote sind so zeitlich begrenzt, dass eine mittelfristige Planungssicherheit für die Investitionen überhaupt nicht möglich ist.

Die Entsorgungsbedingungen sowie die Entsorgungspreise für die Entsorgung von Rostaschen, Filteraschen sowie anderer Abfälle blieben vergleichsweise zum Vorjahr bisher unverändert.

Es ist anzunehmen, dass in Folge der derzeit gültigen Dieselpreise die anteiligen Transportkosten durch die Entsorger angepasst werden.

Preisadjustierungen bezüglich steigender Transportkosten wurden seitens verschiedener Lieferanten für alle Lieferbereiche bereits durchgeführt bzw. angekündigt.

Auswirkungen wie kurzfristiger Preisverfall infolge der Corona-Krise sind derzeit nicht ersichtlich.

Preiserhöhungen von Lieferanten sind aber für verschiedene Branchen wie Entsorgungskosten für Aschen, Reparatur- und Instandhaltungsmaterialien sowie für spezielle Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für das Jahr 2022 angekündigt.

Auch in dem Bereich der Bautätigkeiten wurden höhere Preise angekündigt bzw. Preisadjustierungen bereits vollzogen, die mögliche Auswirkungen auf die Baumaßnahmen im Rahmen der geplanten Investitionstätigkeiten im Jahr 2022 haben werden und zukünftig haben könnten.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

In Auswertung der möglichen Risiken werden die innerbetrieblichen Kontrollmaßnahmen weiterhin erhöht.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in beiden Anlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren.

Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit der E.MAGIS energy GmbH Weimar als dem Strombilanzkreisverantwortlichen die Entwicklungen am Strommarkt kontinuierlich ausgewertet, um rechtzeitig auf unvorhergesehene Marktveränderungen reagieren zu können.

Die monatlichen Plan-Ist-Auswertungen werden noch intensiver ausgeführt, um auf mögliche betriebswirtschaftliche Auswirkung infolge sich veränderter Marktsituationen rechtzeitig reagieren zu können.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement stetig neu eingeschätzt und bewertet.

6. Prognosebericht

Die für das Geschäftsjahr 2022 geplante weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage muss derzeit in Frage gestellt werden und ist weitestgehend von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, Europas und sogar von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig.

Die Auswirkungen des gegenwärtigen weltweiten Anstiegs der Energie- und Rohstoff- und Materialpreise sowie deren weitere Entwicklung, die mögliche Verfügung über Energie- und Rohstoffe sowie die Verknappung der Investitions- und Reparaturmaterialien können in diesem Geschäftsjahr wesentlich die geschäftliche Entwicklung des Unternehmens beeinflussen.

Die weiteren Entwicklungen hinsichtlich einer generellen Energieversorgung mit Erdgas, Erdöl und Diesel und deren Folgen möglicher Engpässe der Energieversorgung sind nicht einschätzbar. Auch die Folgen weiterer Erhöhungen der Energiepreise sind derzeit nicht abschätzbar.

Die Beachtung der weiteren Entwicklung der Corona-Epidemie wird dabei ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit sein. Es wird seitens der Geschäftsführung eingeschätzt, dass im Herbst 2022 mit weiteren Corona-Wellen zu rechnen ist. Die damit verbundenen möglichen Auswirkungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einschätzbar.

Der für den von der 24. KW bis zur 26. KW geplante Stillstand im Heizkraftwerk Grubenweg wird durchgeführt. Trotz Nichtlieferung der neuen SPS-Steuerung für die Turbine wird schwerpunktmäßig die Turbinenwartung wie vorgesehen realisiert.

Schwerpunkt der zu realisierenden Investitionen wird im Jahr 2022 der für August geplante Baubeginn des Fernwärmenetzausbaus in Großkayna sein. Trotz aller Widrigkeiten werden die geplanten Investitionen begonnen und sollen bis zum 31.12.2023 abgeschlossen sein.

Für das Geschäftsjahr 2022 ist ein Jahresergebnis vor Ertragssteuer in Höhe von TEUR 426 geplant.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen, die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Beschluss zur Bildung der EVH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzende	Poppe, Susanne	
		Baier, Stephan	
		Dr. Burkert, Silke	
		Dr. Lochmann, Mario	(seit 07.01.2021)
		Ernst, Johannes	
		Gärtner, Steffen	
		König, Simona	
		Krischok, Marion	
		Luppe, Ulrich	
		Mischke, Brita	
		Schaper, Torsten	(seit 02.06.2021)

Aufsichtsrat:

Schmidt, Claudia
Schramm, Rudenz
Streckenbach, Johannes (bis 02.06.2021)
Teichfuß, Sylke

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	25	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar		
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,14
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,09
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hüfelfden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	362.042	71	358.692	74	345.968	77	3.350	1
Umlaufvermögen	142.467	28	118.804	25	96.239	22	23.663	20
Rechnungsabgrenzungsposten	6.283	1	6.408	1	6.242	1	-125	-2

Bilanzsumme

	510.792	100	483.904	100	448.449	100	26.888	6
--	---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	117.413	23	105.028	22	101.628	23	12.385	12
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.232	0	1.553	0	2.032	0	-321	-21
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	36.345	7	37.142	8	29.622	7	-797	-2
Rückstellungen	56.846	11	43.724	9	45.563	10	13.122	30
Verbindlichkeiten	298.956	59	296.457	61	269.604	60	2.499	1

Bilanzsumme

	510.792	100	483.904	100	448.449	100	26.888	6
--	---------	-----	---------	-----	---------	-----	--------	---

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	592.383	495.805	434.480
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-4.182	12.843	559
sonstige betriebliche Erträge	501	894	984
Materialaufwand	484.287	427.974	355.488
Personalaufwand	23.247	21.766	21.202
Abschreibungen	29.040	24.708	21.591
sonstige betriebliche Aufwendungen	18.496	21.601	18.096
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	274	302	301
Erträge aus Beteiligungen	388	761	101
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147	164	173
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.204	3.377	3.392
Ergebnis nach Steuern	36.146	37.392	24.501
sonstige Steuern	905	1.040	1.004
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	35.241	36.352	23.497
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,95	7,33	5,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	30,01	34,61	23,12	%
Cash-Flow:	64.282	58.116	45.088	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.999	1.834	1.546	T€
Personalaufwandsquote:	3,90	4,06	4,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	62,03	65,80	69,72	%
Eigenkapitalquote:	22,99	21,70	22,66	%
Fremdkapitalquote:	77,01	78,30	77,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Absatz Erdgas	3.958,00	3.187,00	3.450,00	GWh
Absatz Strom	3.144,00	2.922,00	2.183,00	GWh
Absatz Wärme	701,00	630,00	650,00	GWh

f) Lagebericht

1. EVH im Überblick

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) ist ein deutschlandweit aktiver Versorger mit langjähriger Erfahrung im Energiebereich. Sie beliefert Privat-, Gewerbe- sowie Großkunden mit Strom, Wärme und Erdgas. Der Strom- und Wärmebedarf wird zum Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße gedeckt. Der Strombedarf wird durch Fremdbezug ergänzt, zudem besteht ein Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT). Ein eigenes Portfoliomanagement ermöglicht eine aktive Überwachung der Marktpreisrisiken sowie einen strukturierten Einkauf, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes in Halle (Saale) verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des halleschen Fernwärmenetzes ist sie als Dienstleister für die EVH tätig.

Weiterhin hält die EVH 100 % der Anteile an der KWT, welche am Standort Halle-Trotha eine Gas- und Dampfturbinen-Anlage betreibt.

Im Geschäftsjahr 2020 gründete die EVH die 100%ige Tochtergesellschaft EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B). Gemeinsam mit einem Co-Investor beteiligte sich diese an der parallel gegründeten EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P). Zum 31. Dezember 2021 war die EGE-P an sechs weiteren Projektbündelgesellschaften beteiligt.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) hält die EVH 18,3 % der Kommanditanteile. Mittels der Beteiligung an Tochter- und Beteiligungsgesellschaften betreibt diese Gesellschaft ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland. Mit 4,1 % ist die EVH an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditistin beteiligt. Über die Beteiligung an weiteren Gesellschaften besteht ein Portfolio von Onshore- und Photovoltaikanlagen, welches von der TEE betrieben wird.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Kerngeschäftsfelder sind Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden, Marketing/Vertrieb und Innovation, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen unterliegen einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen sowohl zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen. Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezüglichen Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und Emissionszertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Im strategischen Geschäftsfeld Erzeugung hat die EVH das Projekt „KWK35“ abgeschlossen. Es beinhaltet die Modernisierung des Energieparks Dieselstraße und Halle-Trotha unter Nutzung der Möglichkeiten des Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG). Die von den Energiemärkten geforderte Flexibilität für die Strom- und Wärmeerzeugung soll hierbei die Zukunftsfähigkeit langfristig sicherstellen.

Das strategische Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ wird stetig ausgebaut. Durch die Gründung der EGE-B sowie weiterer Beteiligungs-Tochtergesellschaften wurde die Basis für den Anlagenbetrieb sowie die Umsetzung weiterer Photovoltaikgroßprojekte geschaffen, verbunden mit einem minimierten Kapitalbedarf. Auch die Beteiligungen TOW und TEE tragen durch ihre Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2021 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 117,0 Megawatt (MW).

Der Geschäftsbereich „Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder“ wird stetig ausgebaut und weiterentwickelt. Alle in diesem Zusammenhang eingeleiteten Maßnahmen zielen darauf ab, den digitalen Wandel im Unternehmen EVH zu begleiten und zu koordinieren, ohne dabei arbeitsorganisatorische Aspekte zu vernachlässigen. Die eingeleiteten Projekte zur Optimierung und Modernisierung der IT-Landschaft bilden die Basis zur Bewältigung künftiger „digitaler“ Herausforderungen im Marktumfeld.

Ein Fokuspunkt im Jahr 2021 lag insbesondere in der Weiterentwicklung eines standardisierten IT-Anforderungs- und Projektmanagements innerhalb der EVH unter der Zielstellung der Qualifizierung von Anforderungen seitens der Fachbereiche, Überleitung dieser in Arbeitsaufträge und Koordination der Leistungen bis hin zur Operativstellung.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/ Sicherheit, Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden/Privat- und Gewerbekunden sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Modernisierung der Energieparks Dieselstraße und Trotha (Eigentum der KWT) im Rahmen des Projektes „KWK35“ zur Umsetzung der Strategie der flexiblen Wärme- und Stromerzeugung wurde mit der Aufnahme des Dauerbetriebs der GuD-Anlage Halle-Trotha im November abgeschlossen. Durch die Errichtung des Energie- und Zukunftsspeichers, die Modernisierung der Kraftwerksblöcke A, B und Halle-Trotha sowie den Neubau des Kraftwerksblockes C wird die Flexibilität des Kraftwerkbetriebs deutlich erhöht. Seit 2016 wurden ca. 150 Mio. € (davon 21 Mio. € KWT) in die Modernisierungen investiert, um die Abhängigkeit vom Markt immer mehr zu senken. Mit diesem Projekt unterstützt die EVH das Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) und schafft ein Vorzeigeprojekt für die Energiewende. Dank Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt und speichert die EVH effizient und umweltfreundlich Strom und Wärme aus Erdgas, welches sie langfristig einkaufen muss. Dies bietet der EVH die Möglichkeit einer preis- und nachfrageoptimierten Fahrweise. Die hallesche Bevölkerung profitiert hierbei von stabilen Fernwärmepreisen, denn über die Hälfte der Wohnungen werden mit Fernwärme beheizt. Die Saalestadt verfügt damit auch über ein wichtiges Bindeglied zwischen dem fossilen und erneuerbaren Energiezeitalter.

Die EGE-B und ihr Tochterunternehmen EGE-P haben im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 10,8 Mio. € in Projektgesellschaften investiert. Die Finanzierung erfolgte unter anderem durch Einlagen der EVH in Höhe von insgesamt 4,0 Mio. € sowie im Rahmen einer Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung. So erwarb die EGE-P am 8. April 2021 alle Anteile an der SP X GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat die Photovoltaikanlage Laubsdorf errichtet und am 9. Juli 2021 in Betrieb genommen. Mit einer Gesamtleistung von 20 MW stellt sie die bisher größte Anlage im Portfolio der EGE-P dar. Im weiteren Verlauf des Jahres folgte die Übernahme der SP XVII GmbH & Co. KG sowie der SP XVIII GmbH & Co. KG mit dem Ziel der Errichtung weiterer Anlagen. Durch die vorhandenen Projektbündelgesellschaften der EGE-P wurden im Geschäftsjahr 2021 sieben neue Photovoltaikanlagen von der EVH erworben und eine selbst errichtete Anlage in Betrieb genommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 wurden insgesamt 22 Projekte mit einer Gesamtleistung von 75,2 MW umgesetzt.

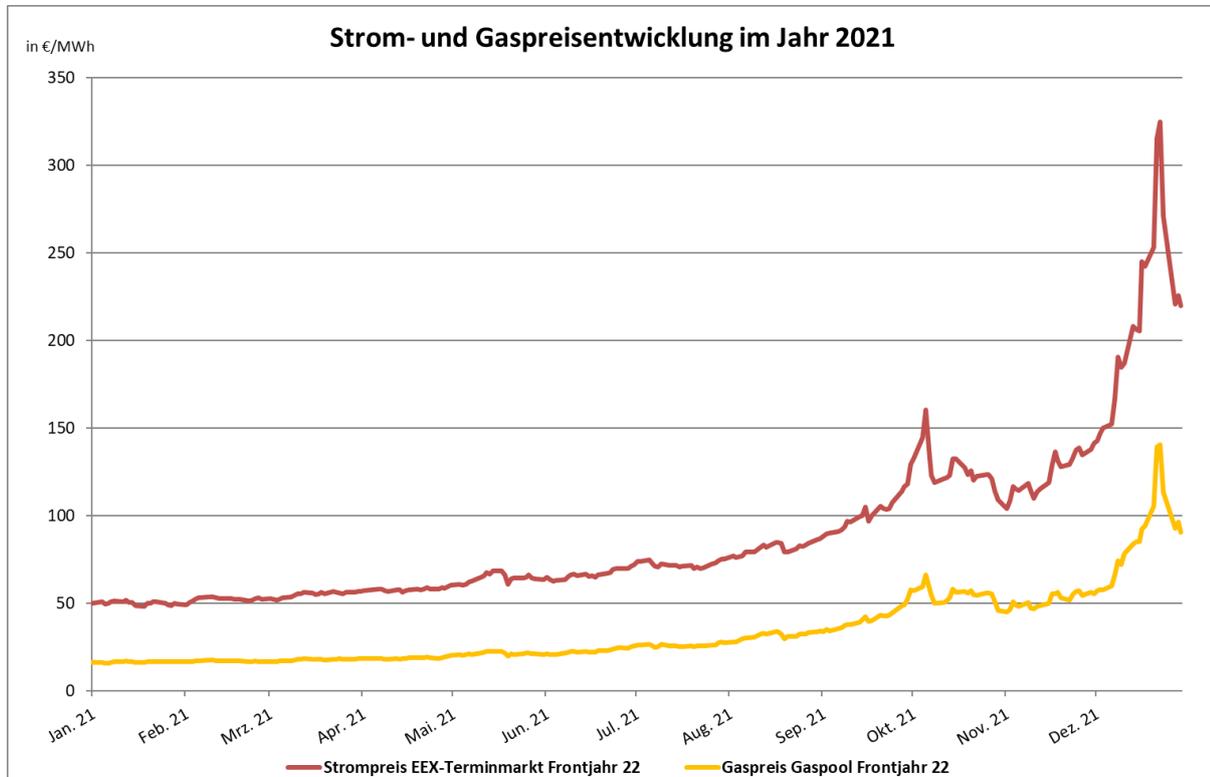
Am 3. Mai 2021 begannen im Auftrag der EVH Erweiterungsmaßnahmen innerhalb des Fernwärmenetzes im Paulusviertel, um die zuverlässige und umweltschonende Versorgung mit Fernwärme auszubauen. Im Zuge der Maßnahme wurden auch die Trinkwasserleitungen durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ausgetauscht. Bereits Ende September und somit einen Monat früher als ursprünglich geplant, wurden die Erweiterungsarbeiten beendet. Dies ist auf eine effiziente gemeinsame Bauausführung aller beteiligten Firmen zurückzuführen.

Auch im Geschäftsjahr 2021 hatte die COVID-19-Pandemie starke Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, kam es erneut zu Einschränkungen, was zu Unsicherheiten für zahlreiche Unternehmen und führte. Die Auswirkungen auf die EVH werden unter Gliederungspunkt 5 dargelegt. Die Versorgungssicherheit wurde weiterhin vollumfänglich gewährleistet und der operative Geschäftsbetrieb der EVH und ihrer Tochterunternehmen abgesichert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Alle deutschen Energieversorger sind von den globalen Entwicklungen der Strom- und Gaspreise betroffen, sodass Anpassungen der Tarifpreise für die Endkunden derzeit unvermeidbar sind. Auch die EVH hat eine moderate Preiserhöhung im Strom- und Gasbereich zum 1. Januar 2022 umgesetzt, jedoch blieb diese bei den HALPLUS-Produkten für die Kunden in Halle (Saale) bei unter zehn Prozent. Da einige Strom- und Gaslieferanten ihre Lieferverpflichtungen nicht mehr erfüllten, sprang die EVH für die betroffenen halleschen Haushalte als Ersatz- bzw. Grundversorger ein. Seit Anfang Oktober wurde ein Zuwachs von über 1.000 Kunden verzeichnet. Die Versorgung wird durch langfristige, strategische Energieeinkäufe und mit der Eigenerzeugung von Energie gewährleistet.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor von Unsicherheiten geprägt. Während der Ausbau volatiler Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie politisch vorangetrieben wird, steigt die Unsicherheit für Investitionen in konventionelle Kraftwerke. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2021 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und Emissionszertifikaten bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im ersten Quartal 2021 blieben die Strom- und Gaspreise auf einem nahezu gleichbleibenden Niveau (Strompreis zwischen 47 und 57 €/MWh, Gaspreis zwischen 16 und 18 €/MWh). Ab dem zweiten Quartal stiegen beide Preise kontinuierlich an und erreichten im Dezember ein Rekordniveau (Strom: 320 €/MWh, Gas: 140 €/MWh). Die hohen Preise begründen sich durch eine hohe Stromnachfrage aus der Wirtschaft verbunden mit einer im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Produktion bei den erneuerbaren Energien. Weiter sind die Stromgestehungskosten durch den Rohstoffpreisanstieg für Kohle- und Gaskraftwerke gestiegen. Auch die Preise für Emissionszertifikate verteuerten sich stetig und erreichten ein Niveau von bis zu 89 € je Zertifikat zum Jahresende. Aufgrund der skizzierten Preisverläufe verbesserte sich auch der Clean Spark Spread im Jahresverlauf deutlich. Das hohe Niveau des Clean Spark Spreads stellt eine positive Rahmenbedingung für die EVH dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken starker Preisschwankungen abgesichert.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Besteuerung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Am 1. Januar 2021 ist die fünfte umfassende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) in Kraft getreten. Die beihilferechtliche Genehmigung durch die Europäische Kommission wurde am 29. April 2021 erteilt. Die darin verarbeiteten Änderungen haben Einfluss auf das KWKG 2020. Die EVH ist von dieser Gesetzesanpassung teilweise betroffen.

Die EEG-Umlage wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2021 auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 23. Juni 2021 hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm für den Klimaschutz in Höhe von gut acht Milliarden Euro beschlossen. Der Klima-Finanzplan soll helfen, den Umstieg auf klimafreundliche Technologien zu fördern und die neuen Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen. Mit 4,5 Mrd. € in den kommenden zwei Jahren soll die größte Summe in die Förderung energieeffizienter Gebäude fließen.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Klimaschutzgesetzes verabschiedet. Diese sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um mindestens 65 % gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von mindestens 88 % weniger Treibhausgasen festgelegt. Zusätzliche Emissionseinsparungen sind vor allem seitens der Energiewirtschaft und Industrie gefordert. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichte am 16. Juli 2021 den Richtlinienentwurf des Förderprogramms „Bundesförderung effiziente Wärmenetze“ (BEW). Ziel des Förderprogramms ist der Ausbau des Anteils erneuerbarer und klimaneutraler Wärmequellen in den Wärmenetzen bis 2030 auf 30 %. Zudem werden die Errichtung von neuen Niedertemperaturnetzen mit hohem Anteil an erneuerbaren Energien sowie Einzelmaßnahmen gefördert.

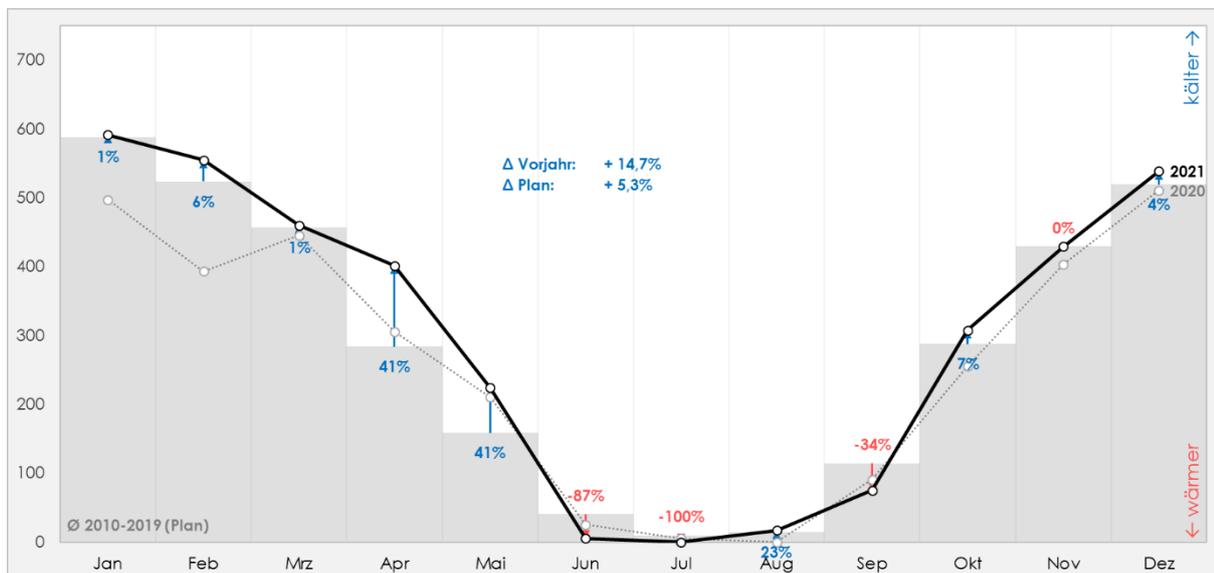
Mit der am 27. Juli 2021 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten EnWG Novelle 2021, sind umfangreiche Neuerungen im Energiewirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Diese betreffen die Bestandteile und Darstellungspflichten in Strom- und Gasrechnungen. Die damit verbundenen Änderungen wirken sich auf die Regelungen zu den Abrechnungsbedingungen und der Darstellung von Verbrauchsinformationen aus. Zudem wurde der Katalog der Informationspflichten im Zusammenhang mit der Abrechnung erweitert. Die Abrechnungsvorgaben gelten für Haushalts-, Gewerbe- und Großkunden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grundversorgung.

Am 20. Oktober 2021 beschloss die Bundesnetzagentur die Reduzierung der Eigenkapitalvergütung aller deutschen Strom- und Gasnetzbetreiber um mehr als ein Viertel. Für Neuanlagen gilt für die Dauer der vierten Regulierungsperiode nunmehr ein Eigenkapitalzinssatz in Höhe von 5,07 % vor Steuern. Für Altanlagen wurde ein Eigenkapitalzinssatz in Höhe von 3,51 % festgelegt.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u. a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbraucherverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise kalte Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2021 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.609 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019 (Grundlage der Planung) eine Überschreitung (+5,3 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 14,7 % höhere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkt sich der ausgeprägte Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie den Kosten für Emissionszertifikate. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, auch infolge der pandemiebedingten wirtschaftlichen Unsicherheiten, wengleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2021 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 587 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 44 Auszubildende. 317 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr (318 Beschäftigte) um einen Beschäftigten gesunken.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig rekrutiert und eingearbeitet.

Des Weiteren unterstützt die EVH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde in der ersten Jahreshälfte 2021, wie bereits im Vorjahr, vorwiegend auf virtuelle Angebote umgestellt. Im zweiten Halbjahr durften dann wieder Präsenzformate durchgeführt werden, bis das erhöhte Infektionsgeschehens ab Ende Oktober dies wieder verhinderte. Insbesondere für Pflichtschulungen im Schulungsprogramm Compliance sowie für Erfahrungsaustausch- und Arbeitstreffen im TalentPool und in der Führungskräfteentwicklung konnte jedoch auf die Nutzung virtueller Meetingräume ausgewichen werden. In Ausnahmefällen wurden fachliche Pflichtschulungen in größeren Schulungsräumen und unter Einhaltung geltender Hygiene- und Abstandsregeln auch in Präsenzform durchgeführt. Dadurch konnten trotz der einschneidenden Kontaktbeschränkungen Schulungspflichten erfüllt, die Projektarbeit im TalentPool weiter vorangebracht und mit virtuellem Austausch die Transferleistung von Führungskräfteworkshops verstärkt werden. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an verschiedenen Job-Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikantinnen und Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 % (0 Frauen/1 Stelle). Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2021 bei 17 % (1 Frau/6 Stellen). Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2021 bei 29 % (5 Frauen/17 Stellen).

Der Aufsichtsrat der EVH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2021 bei 47 % (7 Frauen/15 Sitze).

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifvertrag über die Tabellenvergütung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt des AVEU, welcher im Jahr 2021 neu verhandelt wurde. Im Ergebnis ergab sich eine Tarifsteigerung um 2,3 % ab 1. Juni 2021 sowie eine weitere Erhöhung um 1,5 % ab 1. November 2022. Für die Auszubildenden ergab sich eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um Festbeträge je Ausbildungsjahr.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Gesamtbeurteilung

Auch im Geschäftsjahr 2021 lag pandemiebedingt ein schwieriges wirtschaftliches und politisches Umfeld vor. Das Ergebnis der EVH übertraf im Betrachtungszeitraum dennoch den Planwert.

4.2. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EVH einen Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) in Höhe von 35,2 Mio. € und lag damit 1,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2021	2020	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	592,4	495,8	96,6	19,5
Übrige Erträge	3,2	39,8	-36,6	-91,9
Materialaufwand	484,3	428,0	56,3	13,2
Deckungsbeitrag	111,3	107,6	3,7	3,4
Personalaufwand	23,2	21,8	1,5	6,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18,5	21,6	-3,1	-14,4
Beteiligungsergebnis	0,7	1,1	-0,4	-37,7
EBITDA	70,2	65,3	4,9	7,5
Abschreibungen	29,0	24,7	4,3	17,5
EBIT	41,2	40,6	0,6	1,5
Finanzergebnis	-5,1	-3,2	-1,8	57,4
Steuern	0,9	1,0	-0,1	-13,1
Jahresergebnis	35,2	36,4	-1,1	-3,1

Die Umsatzerlöse fielen mit 592,4 Mio. € im Vorjahresvergleich um 96,6 Mio. € (+19,5 %) höher aus. Dies war vor allem auf höhere Handelsmengen innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung in den Segmenten Strom und Gas sowie auf witterungsbedingt höhere Gas- und Wärmeabsatzmengen im Endkundengeschäft zurückzuführen. Zudem wirkten Preiseffekte im Rahmen der Portfoliobewirtschaftung sowie in den Endkundensegmenten umsatzsteigernd. Auch die Einspeisevergütung gemäß KWKG im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Kraftwerksblöcke im Energiepark Dieselstraße erhöhte die Umsatzerlöse.

Die übrigen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr um 36,6 Mio. € (-91,9 %) auf 3,2 Mio. €, was sich vor allem durch die im Vorjahr vereinnahmten außerordentlichen Erträge aus der Veräußerung von Photovoltaikanlagen an die Projektgesellschaften der EGE-P erklärt.

Einhergehend mit den gestiegenen Absatz- und Portfoliomengen, der geringeren Eigenerzeugung sowie teilweise höheren Beschaffungspreisen für Strom und Gas fielen auch die Aufwendungen für den Bezug von Energie höher als im Vorjahr aus. Auch die höheren Kosten für Emissionszertifikate prägten die Entwicklung des Materialaufwandes, so dass dieser sich gegenüber dem Vorjahreswert um 56,3 Mio. € (+13,2 %) erhöhte. Der Deckungsbeitrag lag im Ergebnis um 3,7 Mio. € (+3,4 %) über dem Vorjahreswert.

Der im Vorjahresvergleich um 1,5 Mio. € (+6,8 %) höhere Personalaufwand ist im Wesentlichen auf die tarifliche Erhöhung zum 1. Juni 2021 zurückzuführen. Die Reduktion der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 3,1 Mio. € steht im Zusammenhang mit im Vorjahr erfolgten Zuführungen zu Rückstellungen. Das EBITDA stieg um 4,9 Mio. € auf 70,2 Mio. €.

Das Abschreibungsvolumen stieg im Wesentlichen bedingt durch die Aktivierung des modernisierten Energieparks Dieselstraße zum Jahreswechsel 2020/2021 gegenüber dem Vorjahr an. Zusammen mit den im Finanzergebnis ausgewiesenen gestiegenen Finanzierungskosten ergab sich zum 31. Dezember 2021 ein Jahresergebnis in Höhe von 35,2 Mio. €.

4.3. Finanzlage

4.3.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2021 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 155,0 Mio. €, was einer Steigerung von 11,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 30,3 %, welche ungefähr auf Vorjahresniveau verblieb.

Entwicklung des Eigenkapitals	2021	2020	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	23,0	21,7	1,3	5,9
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	30,3	29,7	0,6	2,2

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2021	2020	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	181,4	200,6	-19,2	-9,6
Liquide Mittel	26,1	23,4	2,6	11,2
Nettoschulden	155,3	177,2	-21,9	-12,3
EBITDA	70,2	65,3	4,9	7,5
Nettoschulden/EBITDA	2,2	2,7	-0,5	-18,5

Im Wesentlichen aufgrund der gesunkenen Finanzverbindlichkeiten reduzierte sich die Nettoverschuldung um 21,9 Mio. € auf 155,3 Mio. €. Zusammen mit der gestiegenen Kennzahl EBITDA verringerte sich der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 2,2. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.3.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2021 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen in Höhe von 36,7 Mio. € (Vorjahr: 58,2 Mio. €), die im Wesentlichen den Ausbau und die Erneuerung der Netzinfrastruktur, Restzahlungen für das Projekt „KWK-35“ und Finanzbeteiligungen an der EGE-B betrafen.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren der Ersatz, die Netzverdichtung sowie die Optimierung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in die Anschaffung neuer Hard- und Software, um die Digitalisierung im Unternehmen weiter voranzutreiben.

4.3.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2021 war bei der EVH ein Finanzmittelzufluss in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 12,2 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2021	2020
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	80,8	20,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-31,7	-27,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-46,4	-5,3
Zahlungswirksame Veränderungen	2,6	-12,2
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	23,4	35,6
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	26,1	23,4

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 60,4 Mio. € war im Wesentlichen auf stichtagsbedingte Effekte unter anderem bei den Positionen Rückstellungen, Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -31,7 Mio. € beinhaltet neben den Investitionen in Höhe von 36,7 Mio. € im Geschäftsjahr insbesondere Einzahlungen aus den Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (v. a. Veräußerung von PV-Anlagen an die EGE) in Höhe von 4,3 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 14,7 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 33,9 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 36,4 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 26,1 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.4. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EVH 510,8 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 26,9 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 3,4 Mio. € auf 362,0 Mio. €, was überwiegend auf die Beteiligung an der EGE-B zurückzuführen ist. Das Umlaufvermögen in Höhe von 142,5 Mio. € lag 23,7 Mio. € über dem Vorjahreswert. Hier war der Posten Vorräte durch höhere Bestände an entgeltlichen Emissionsrechten geprägt. Zudem wirkten die höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Auf der Passivseite wurde die Reduktion der Bankdarlehen durch einen Anstieg der Rückstellungen und der übrigen Verbindlichkeiten überkompensiert. Darüber hinaus stieg das Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung in Höhe von 12,4 Mio. € durch die Gesellschafterin.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden bei der EVH insgesamt 29 Risiken ermittelt (Vorjahr: 31). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko der Gruppe 2 in der Risikokategorie „Rechtliche Risiken“ zuordnen, wie nachfolgende Übersicht zeigt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	5	0	0
Marktrisiken	14	0	0
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	7	0	0
Gesamt	29	0	1

Im Ergebnis der Risikoinventur wurden insbesondere folgende Risiken für das Jahr 2022 mit einer potentiell hohen Bruttoschadenshöhe identifiziert:

Im Zusammenhang mit der andauernden COVID-19-Pandemie unterliegen einzelne Geschäftsfelder der EVH nach wie vor besonderen Risiken. Hier sind vor allem mögliche Insolvenzen von Kunden in allen Vertriebssegmenten sowie von Fremdlieferanten im Netzgebiet Halle zu nennen. Diese Risiken wurden im Jahresabschluss 2021 neu bewertet und die vorhandenen Rückstellungen beibehalten.

Verbunden mit den beschriebenen Preisentwicklungen an den Energiemärkten ergeben sich für die EVH Chancen und Risiken. Die konventionellen und regenerativen Erzeugungskapazitäten profitieren von steigenden Energiepreisen und können zusätzliche Wertbeiträge generieren. Hingegen kann die Nichterfüllung von Lieferverpflichtungen durch Strom- und Gaslieferanten auch zukünftig dazu führen, dass die EVH für die betroffenen halleschen Kunden als Ersatz- bzw. Grundversorger einspringen muss. Das Erfordernis weiterer Preisanpassungen ist somit nicht auszuschließen. Bei der Eindeckung von vertrieblichen Kundenlastgängen im Großkundensegment besteht das Risiko von Mehrkosten, welches im Jahresabschluss durch die Bildung von Drohverlustrückstellungen berücksichtigt wurde. Für vorhandene Sicherungsgeschäfte erhöht sich bei steigenden Preisen das finanzielle Risiko einer Ersatzbeschaffung bei Ausfall eines Handelspartners. Die hiermit verbundenen Prozesse (Limitvergabe, Bonitätsbewertung, Reporting) unterliegen einem permanenten Monitoring durch die Fachbereiche und die Geschäftsführung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos wird als gering eingeschätzt.

Ein Risiko für die Erzielung der geplanten Erlöse aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die Netzgesellschaft stellt die Verminderung der Erlösobergrenze dar. Diese kann durch die Entwicklung regulatorischer Einflussgrößen sowie durch behördliche Entscheidungen oder Festlegungen negativ beeinflusst werden.

Im Rahmen einer Betriebsprüfung wurde durch die Finanzbehörden festgelegt, dass die Verrechnung der Konzessionsabgaben zwischen der EVH und der Netzgesellschaft einen umsatzsteuerlichen Vorgang darstellt. Damit verbunden ist eine rückwirkend geänderte Rechnungslegung sowie eine Anpassung der Umsatz-/Vorsteuermeldung an das Finanzamt für den Zeitraum 2014 bis 2018. Für die rückwirkende Nachberechnung der geschuldeten Umsatzsteuer sieht die aktuelle Rechtslage eine Strafverzinsung in Höhe von 6 % p. a. vor. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung am 8. Juli 2021 die Verfassungswidrigkeit der Höhe dieses Zinssatzes festgestellt, jedoch die Anwendung für die Verzinsungszeiträume 2014-2018 für zulässig erklärt. Die EVH hat dieses Risiko durch Bildung einer Rückstellung vollständig berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung und dem daraus folgenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine Diversifikation - weg vom russischen Gas - notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die kurzfristig nicht vollständig bewältigt werden kann. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ausfalls der russischen Gasmengen wird jedoch als gering eingeschätzt.

Nichtsdestotrotz hat sich die EVH mit diesem Szenario auseinandergesetzt, aus welchem sich folgende Risiken ergeben würden:

Die Nichtverfügbarkeit russischen Erdgases würde voraussichtlich weitere Preissteigerungen an den Energiemärkten hervorrufen. Soweit möglich müssten fehlende Liefermengen zu nochmals deutlich höheren Preisen beschafft werden oder es fallen deutlich höhere Kosten für Ausgleichsenergie an. Die anschließend notwendige Weitergabe der Kostensteigerungen an die Gas- und Fernwärmekunden wäre sowohl rechtlich als auch wirtschaftlich nicht vollständig sichergestellt. Es würden Forderungsausfälle und ein Anstieg von Kundeninsolvenzen drohen. Preisanpassungen würden nur mit Zeitversatz wirksam, woraus kurzfristige Liquiditätsbelastungen resultieren könnten. Die aufgezeigte Wirkungskette betreffe jedoch den gesamtdeutschen Gas- bzw. Energiemarkt, sodass regulierende staatliche Eingriffe erforderlich wären.

Der Kraftwerkspark der EVH könnte aufgrund fehlender Brennstoffmengen seine eingegangenen Stromlieferverpflichtungen nicht mehr vollständig erfüllen. In Abhängigkeit des Grundes des Ausfalles der Brennstoffmengen entfallen diese Lieferverpflichtungen ebenfalls. Im Einzelfall besteht jedoch das Risiko, dass nicht produzierte Strommengen zu höheren Preisen alternativ beschafft werden müssen.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle würde der Notfallplan Gas zur Anwendung kommen. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Danach wird der Versorgung sogenannter schützenswerter Kunden eine hohe Priorität eingeräumt. Unter den Schutzbereich fällt neben der reinen Gasversorgung für Heizzwecke von Haushaltskunden auch die Wärmeversorgung von Haushaltskunden und die dafür benötigten Gasmengen. Da die Erzeugungsanlagen der EVH diesem Zweck dienen, ist die Gasversorgung auch in einer Mangellage privilegiert zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass aus heutiger Sicht keine Krisensituation oder Gasmangellage besteht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen. Im Berichtszeitraum bestehen weder Einzelrisiken noch aggregierte Positionen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2022 aktuell nicht erkennbar.

Die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Aufstellung der EVH. Die aktuellen Preisentwicklungen auf den Energiemärkten eröffnen insbesondere den konventionellen und regenerativen Erzeugungskapazitäten der EVH die Chance zur Generierung zusätzlicher Wertbeiträge.

6. Prognosebericht

6.1. Konjunktureller Ausblick und Rahmenbedingungen

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann. Die Konjunkturprognosen renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2022 gingen vor der russischen Invasion von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in einer Bandbreite von +3,5 % bis +4,0 % aus. Angepasste Prognosewerte liegen derzeit noch nicht vor.

Das in Gliederungspunkt 5.2 beschriebene Szenario eines Ausfalls russischer Erdgas-Liefermengen infolge eines Importstopps Europas oder eines Lieferstopps Russlands hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft, da diese Mengen nicht ohne Weiteres substituiert werden könnten. Ein europäisches Embargo gegen russisches Erdgas wird jedoch kurzfristig als eher unwahrscheinlich eingeschätzt. Auch kommt Russland seinen Lieferverpflichtungen bisher vollständig nach. Weiterhin arbeitet die EU intensiv an der Umsetzung des Ziels, die Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten kurzfristig zu reduzieren.

Ein zentrales Ziel der neuen Bundesregierung ist die Minderung der Treibhausgasemissionen. Die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele hatte ursprünglich oberste Priorität und die Energiewende sollte bis 2030 konsequent beschleunigt werden. Unterlegt wurden diese hohen energiewirtschaftlichen Ambitionen Anfang 2022 in der „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ einhergehend mit der Ankündigung eines „Klimaschutz-Sofortprogramms“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Ein diesbezügliches erstes Paket mit eilbedürftigen Gesetzen und Vorhaben soll bis April 2022 im Kabinett beschlossen werden. Ein Kernpunkt der geplanten Sofortmaßnahmen soll neben einer Solardachpflicht für Neubauten und neuen Förderprogrammen für grünen Wasserstoff eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sein. Die Ausschreibungsmengen für erneuerbaren Strom aus Wind und Sonne sollen erhöht werden.

Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes 2021 steht nicht nur die EVH vor immensen Herausforderungen bzw. großen Veränderungen, sondern auch die gesamte Branche. So wird im Gassektor weiterhin die Dekarbonisierung und die erstmals regulatorischen Vorgaben für den Betrieb von Wasserstoffnetzen im Jahr 2022 im Fokus rücken. In Zusammenarbeit im Konzernverbund und mit der Stadt Halle wird sich die EVH diesen Herausforderungen stellen und einen Transformationspfad in Richtung Klimaneutralität gemeinsam gestalten.

Der ursprüngliche Plan für die Energiewende – Atomausstieg vollenden, Kohleausstieg möglichst auf 2030 vorziehen, zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien und Schließung der Versorgungslücken durch neue Gaskraftwerke – ist nunmehr aufgrund der proklamierten Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland sowie der Sicherstellung der Versorgungssicherheit kaum noch haltbar.

Die Geschäftsführung geht auch mit den veränderten Rahmenbedingungen sowie den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

6.2. Umsatzentwicklung

Die EVH erwartet durch die Weitergabe gestiegener Beschaffungskosten an die Endverbraucher im Strom- und Erdgassegment eine signifikante Ausweitung der Umsatzerlöse. Verstärkt wird dieser Effekt aufgrund der ungeplanten Ausweitung der Absatzmengen durch die Übernahme der Grund- und Ersatzversorgung von Verbrauchern, deren Lieferanten den Geschäftsbetrieb eingestellt haben. Ein Großteil der Wärmeversorgungsverträge basiert auf Festpreisvereinbarungen mit 3-jährigen Laufzeiten. Für das Jahr 2022 wird bei Unterstellung eines normalen Temperaturverlaufes mit einem gleichbleibenden Beitrag zu den Umsatzerlösen gerechnet.

6.3. Investitionen

Der Investitionsschwerpunkt des Jahres 2022 liegt im Bereich der Versorgungsnetze. Es handelt sich vor allem um Neubau- und Ersatzmaßnahmen, um Projekte der Netzerweiterung und -verdichtung sowie Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms.

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten erfolgt gemeinsam mit einem Co-Investor und unter Einbindung einer Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung innerhalb des Firmenverbundes der EGE.

6.4. Finanzierung

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt grundsätzlich im Wege einer Konzernfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend ihrer Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

Weiterhin werden aufgrund der steigenden Investitionstätigkeit in der EVH zur Sicherstellung der erforderlichen Eigenkapitalstruktur – in Abstimmung mit der Gesellschafterin SWH – Zuführungen zu den Kapitalrücklagen erfolgen.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2022 gemäß der aktuellen Finanzplanung gegeben sein.

6.5. Ergebniserwartung

Die Erfolgsrechnung der EVH weist für den Wirtschaftsplan 2022 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung an SWH in Höhe von 30,5 Mio. € aus. Infolge der COVID-19-Pandemie identifizierte Risiken wurden im Jahresabschluss 2021 berücksichtigt. Deshalb wird aus heutiger Sicht ein Ergebnis mindestens auf Planniveau prognostiziert.

Auch für die Folgejahre wird mit einer stabilen Ergebnissituation gerechnet.

Dieser Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung der EVH. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung der EVH davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von internen und externen Einflussfaktoren hiervon abweichen.

EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	500		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	500	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-B Verwaltung GmbH *(vertreten durch Horn, Torsten)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-B Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00

mittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	12.138	85	6.538	85	5.600	86
Umlaufvermögen	2.200	15	1.137	15	1.063	93

Bilanzsumme	14.338	100	7.675	100	6.663	87
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	9.500	66	5.500	72	4.000	73
Rückstellungen	56	1	27	0	29	107
Verbindlichkeiten	4.782	33	2.148	28	2.634	123

Bilanzsumme	14.338	100	7.675	100	6.663	87
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	46	44
Erträge aus Beteiligungen	274	373
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69	15
Ergebnis nach Steuern	160	314
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	160	314
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-160	-314
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	1,69	5,71	%
Cash-Flow:	160	314	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	66,26	71,66	%
Fremdkapitalquote:	33,74	28,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-B ist ihre Komplementärin, die EGE-B Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH GmbH (EVH).

Die EGE-B hält jeweils 50 % der Kapitalanteile an der EGE-P sowie der EGE-P Verwaltung GmbH.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2021 hat die EGE-B insgesamt Eigenkapital in Höhe von 5.600 T€ in die EGE-P zum Zweck des Erwerbs weiterer Projektgesellschaften eingelegt. Die Finanzierung erfolgte über Einlagen der Gesellschafterin in Höhe von 4.000 T€ sowie über Nachrangdarlehen im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung.

Am 8. April 2021 erwarb die EGE-P alle Anteile an der SP X GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat die Photovoltaikanlage Laubsdorf errichtet und am 9. Juli 2021 in Betrieb genommen. Mit einer Gesamtleistung von 20 MWp stellt sie die bisher größte Anlage im Portfolio der EGE-P dar. Im weiteren Verlauf des Jahres folgte die Übernahme der SP XVII GmbH & Co. KG sowie der SP XVIII GmbH & Co. KG mit dem Ziel der Errichtung weiterer Anlagen.

Die erste Tranche der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung wurde am 17. Mai 2021 mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 2.243 T€ geschlossen. Am 1. August 2021 begann der Zeichnungsstart für eine zweite Tranche zu gleichen Konditionen, die bis zum Stichtag 31. Dezember 2021 einen Gesamtbetrag von 2.379 T€ aufwies.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden durch die Projektbündelgesellschaften der EGE-P sieben neue Photovoltaikanlagen von der EVH erworben und eine selbst errichtete Anlage in Betrieb genommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 wurden insgesamt 22 Projekte mit einer Gesamtleistung von 75,2 MW umgesetzt.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,715 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,651 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-B sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften, insbesondere der EGE-P. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-B einen Jahresüberschuss in Höhe von 160 T€, was einem Rückgang von 154 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Reduktion ist insbesondere auf geringere Beteiligungserträge von der EGE-P zurückzuführen, da diese nur einen Teil ihres Jahresüberschusses an die Gesellschafter ausschüttete. Die Beteiligungserträge verringerten sich um 99 T€ auf 274 T€.

Aufgrund ihrer Funktion als Holding erzielte die EGE-B keine Umsatzerlöse. Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1 T€ resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Prüfungskosten sowie Versicherungen, in Höhe von insgesamt 46 T€ an (Vorjahr: 45 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen, insbesondere für die Darlehen aus der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung, erhöhten sich aufgrund der gestiegenen Darlehenssumme um 54 T€ auf 69 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-B belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 1.927 T€ (Vorjahr: 764 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -45 T€ (Vorjahr: -30 T€) ergab sich insbesondere aus den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -5.227 T€ (Vorjahr: -6.538 T€) sind unter anderem die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von -5.600 T€ (Vorjahr: -6.538 T€) enthalten. Dabei handelte es sich um die Beteiligung an der EGE-P. Des Weiteren beinhaltet die Position den ausgeschütteten Jahresüberschuss 2020 der EGE-P in Höhe von 373 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 6.434 T€ (Vorjahr: 7.332 T€) beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen (Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung) in Höhe von 2.788 T€ (Vorjahr: 1.834 T€). Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 4.000 T€ (Vorjahr: 5.500 T€) enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EGE-B 14.338 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 6.663 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Finanzanlagevermögen aufgrund von weiteren Eigenkapitalanlagen in die EGE-P um 5.600 T€ auf 12.138 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 1.927 T€ (Vorjahr: 764 T€) und Forderungen in Höhe von 274 T€ (Vorjahr: 373 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 9.500 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 5.500 T€). Der Anstieg in Höhe von 4.000 T€ betrifft die Aufstockung des Kommanditkapitals der Gesellschafterin. Die Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2.634 T€ auf 4.782 T€. Der Anstieg war geprägt durch die Darlehensaufnahmen im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung in Höhe von 2.788 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-B schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren geringere Zinsaufwendungen im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

Da die Gesellschaft nicht an den Cash Pool der Konzernmutter angeschlossen ist, besteht ein erhöhtes Liquiditätsrisiko. Insbesondere die Kapitalabrufe der Finanzbeteiligungen sowie der Kapitaldienst im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung erfordern eine vorausschauende Liquiditätsplanung. Die Aussteuerung der Kapitalströme gehört somit zu den wesentlichen Steuerungsinstrumenten und Erfolgsfaktoren der Gesellschaft.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 192 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	17.881	94	18.754	83	-873	-5
Umlaufvermögen	1.156	6	3.880	17	-2.724	-70
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	1	

Bilanzsumme	19.038	100	22.634	100	-3.596	-16
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	3.410	18	3.410	15	0	0
Rückstellungen	122	1	158	1	-36	-23
Verbindlichkeiten	15.451	81	19.066	84	-3.615	-19
Passive latente Steuern	55	0	0	0	55	

Bilanzsumme	19.038	100	22.634	100	-3.596	-16
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.694	54
sonstige betriebliche Erträge	69	1.358
Materialaufwand	103	37
Abschreibungen	873	115
sonstige betriebliche Aufwendungen	115	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	257	133
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	56	141
Ergebnis nach Steuern	359	968
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	359	968
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-359	-968
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	21,22	1.780,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,54	28,40	%
Cash-Flow:	1.233	1.083	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,92	82,86	%
Eigenkapitalquote:	17,91	15,07	%
Fremdkapitalquote:	82,09	84,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	19,6	18,9	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG (EGE-P1) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P1 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die EGE-P1 hat im Geschäftsjahr 2020 bereits alle geplanten Anlagen von der EVH GmbH gekauft, das Portfolio wurde im Geschäftsjahr 2021 daher nicht erweitert.

Im Laufe des Jahres 2021 wurde die Finanzierung der Anlagen abgeschlossen. Dafür wurden weitere Kreditmittel in Höhe von 10.926 T€ abgerufen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P1 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 19,6 MW.

Während des Betriebs im Geschäftsjahr 2021 wurden insgesamt 19,0 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde in 2021 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 96,5 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,3 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-P1 einen Jahresüberschuss in Höhe von 359 T€. Die Reduktion um 609 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Einmaleffekten des Vorjahres. Hier wirkten Ausgleichszahlungen für Anlagenübergänge ergebnisverbessernd.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1.639 T€ auf 1.694 T€, da die Erzeugungsanlagen der Gesellschaft erst in den Wintermonaten des vergangenen Geschäftsjahres von der EGE-P1 erworben wurden. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 69 T€ im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen sowie für die Auflösung von Rückstellungen an (Vorjahr: 1.358 T€).

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2021 um 65 T€ auf 102 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 873 T€ an (Vorjahr: 115 T€). Des Weiteren betrug die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen, insgesamt 115 T€ (Vorjahr: 18 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich aufgrund der Aufnahme der verbliebenen Darlehenssumme um 124 T€ auf 257 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P1 belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 821 T€ (Vorjahr: 2.685 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.395 T€ (Vorjahr: 184 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlagen in Höhe von 14.574 T€ (Vorjahr: 4.294 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 10.316 T€ (Vorjahr: 6.795 T€) und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 10.926 T€ (Vorjahr: 3.519 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 355 T€ (Vorjahr: 0 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 255 T€ (Vorjahr: 134 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EGE-P1 19.038 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 3.596 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 873 T€ auf 17.881 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 821 T€ (Vorjahr: 2.685 T€) und Forderungen in Höhe von 335 T€ (Vorjahr: 1.195 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz stiegen die Bankverbindlichkeiten um 10.571 T€ auf 14.090 T€ und bildeten die größte Position. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich aufgrund der Zahlung der Kaufpreise für die erworbenen Photovoltaikanlagen um 14.576 T€ auf 2 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 15.451 T€ (Vorjahr: 19.066 T€). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 17,9 % (Vorjahr: 15,1 %).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P1 schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den gestiegenen Marktwert Solar zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P1 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P1 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P1 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die EGE-P1 hat im Geschäftsjahr 2020 bereits alle geplanten Anlagen gekauft. Vorerst sind keine weiteren Anlagenübernahmen vorgesehen.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 245 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	21.568	65	11.526	93	10.042	87
Umlaufvermögen	11.775	35	862	7	10.913	1.266
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	0	0	5	

Bilanzsumme	33.348	100	12.388	100	20.960	169
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	4.610	14	4.610	37	0	0
Rückstellungen	50	0	64	1	-14	-22
Verbindlichkeiten	28.542	86	7.714	62	20.828	270
Passive latente Steuern	146	0	0	0	146	

Bilanzsumme	33.348	100	12.388	100	20.960	169
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.241	38
sonstige betriebliche Erträge	776	449
Materialaufwand	105	13
Abschreibungen	549	66
sonstige betriebliche Aufwendungen	92	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	186	57
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	146	47
Ergebnis nach Steuern	939	285
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	939	285
Gutschrift auf Verrechnungskonten	-939	-285
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	75,68	758,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,38	6,18	%
Cash-Flow:	1.489	351	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	64,67	93,04	%
Eigenkapitalquote:	13,82	37,21	%
Fremdkapitalquote:	86,18	62,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	28,5	14,7	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG (EGE-P2) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P2 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Laufe des Geschäftsjahres 2021 erfolgte der sukzessive Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 10.591 T€, sodass zum 31. Dezember 2021 elf Photovoltaikanlagen in der EGE-P2 betrieben werden. Zur Finanzierung dieser und weiterer Anlagen wurden im Geschäftsjahr weitere Kreditmittel in Höhe von 15.264 T€ abgerufen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u. a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P2 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 28,5 MW.

Während des Betriebs im Kalenderjahr 2021 wurden insgesamt 26,5 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde in 2021 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 96,6 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,8 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-P2 einen Jahresüberschuss in Höhe von 939 T€, was einem Anstieg von 655 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1.204 T€ auf 1.241 T€, was unterschiedliche Ursachen hatte. Die Bestandsanlagen waren erstmals ein vollständiges Geschäftsjahr in Betrieb, es kamen neue Erzeugungsanlagen hinzu und die Vergütung (Marktwert Solar) hatte sich gegenüber den Vorjahreswerten teilweise verdoppelt. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 776 T€ (Vorjahr: 449 T€), im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen sowie für die Auflösung von Rückstellungen, an. Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2021 um 92 T€ auf 105 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 549 T€ (Vorjahr: 67 T€) an. Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen, insgesamt 92 T€ (Vorjahr: 19 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich aufgrund der Aufnahme weiterer Darlehen um 128 T€ auf 186 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P2 belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 9.288 T€ (Vorjahr: 16 T€). Darin enthalten ist ein Teilbetrag in Höhe von 8.630 T€ aus der Aufnahme eines Darlehens, über den die Gesellschaft nur in Absprache mit der Bank frei verfügen kann.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.086 T€ (Vorjahr: 209 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Der zahlungswirksame Teil der Investitionen in Photovoltaikanlagen in Höhe von 6.892 T€ (Vorjahr: 5.227 T€) spiegelt sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 15.078 T€ (Vorjahr: 5.033 T€) und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 15.264 T€ (Vorjahr: 481 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 186 T€ (Vorjahr: 57 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EGE-P2 33.348 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 20.960 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der Vergrößerung des Anlagenportfolios um 10.042 T€ auf 21.568 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 9.288 T€ (Vorjahr: 16 T€) und Forderungen in Höhe von 2.487 T€ (Vorjahr: 847 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz stiegen die Bankverbindlichkeiten um 15.264 T€ auf 15.745 T€ und bildeten die größte Position. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen stiegen um 4.629 T€ auf 11.573 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 28.542 T€ (Vorjahr: 7.714 T€). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 13,8 % (Vorjahr: 37,2 %).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P2 schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die einmaligen Ausgleichszahlungen für verspätete Anlagenübergänge sowie auf den gestiegenen Marktwert Solar zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P2 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P2 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P2 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2022 beabsichtigt die EGE-P2 den Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 354 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	5.872	40	2.112	36	3.760	178
Umlaufvermögen	8.645	60	3.832	64	4.813	126
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	1	

Bilanzsumme	14.518	100	5.944	100	8.574	144
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	3.510	24	3.479	59	31	1
Rückstellungen	14	0	7	0	7	100
Verbindlichkeiten	10.975	76	2.458	41	8.517	347
Passive latente Steuern	19	0	0	0	19	

Bilanzsumme	14.518	100	5.944	100	8.574	144
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	386	3
sonstige betriebliche Erträge	137	24
Materialaufwand	42	1
Abschreibungen	166	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	30	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	99	38
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19	0
Ergebnis nach Steuern	167	-31
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	167	-31
Belastung des Verlustvortragskontos	0	31
Gutschrift auf Verlustvortragskonto	-31	0
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-136	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	43,28	-978,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,76	-0,90	%
Cash-Flow:	333	-24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	40,45	35,53	%
Eigenkapitalquote:	24,18	58,52	%
Fremdkapitalquote:	75,82	41,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	7,0	2,5	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG (EGE-P3) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P3 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Laufe des Geschäftsjahres 2021 erfolgte der Erwerb einer weiteren Photovoltaikanlage von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von 3.926 T€, sodass zum 31. Dezember 2021 zwei Photovoltaikanlagen in der EGE-P3 betrieben werden. Zur Finanzierung dieser und weiterer Anlagen wurden im Geschäftsjahr Kreditmittel in Höhe von 10.826 T€ abgerufen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P3 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 7,0 MW.

Während des Betriebs im Kalenderjahr 2021 wurden insgesamt 6,9 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde in 2021 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 96,9 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 100 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-P3 einen Jahresüberschuss in Höhe von 167 T€, was einer Verbesserung von 198 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 382 T€ auf 386 T€, was unterschiedliche Ursachen hatte. Die Bestandsanlage war erstmals ein vollständiges Geschäftsjahr in Betrieb, es kam eine neue Erzeugungsanlage hinzu und die Vergütung (Marktwert Solar) hatte sich gegenüber den Vorjahreswerten teilweise verdoppelt. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 137 T€ (Vorjahr: 24 T€), im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen, an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2021 um 41 T€ auf 42 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 166 T€ an (Vorjahr: 7 T€). Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen, insgesamt 31 T€ (Vorjahr: 13 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen fielen in Höhe von 99 T€ an (Vorjahr: 38 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P3 belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 8.503 T€ (Vorjahr: 3.465 T€). Darin enthalten ist ein Teilbetrag in Höhe von 8.347 T€ aus der Aufnahme eines Darlehens, über den die Gesellschaft nur in Absprache mit der Bank frei verfügen kann.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 356 T€ (Vorjahr: -7 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlagen in Höhe von 6.045 T€ (Vorjahr: 0 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 10.728 T€ (Vorjahr: 3.472 T€) und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 10.826 T€ (Vorjahr: 0 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 98 T€ (Vorjahr: 38 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EGE-P3 14.518 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 8.574 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der Vergrößerung des Anlagenportfolios um 3.760 T€ auf 5.872 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 8.503 T€ (Vorjahr: 3.465 T€) und Forderungen in Höhe von 142 T€ (Vorjahr: 367 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 10.826 T€ die größte Position (Vorjahr: 0 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich aufgrund der Zahlung der Kaufpreise für die erworbenen Photovoltaikanlagen um 2.458 T€ auf 0 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 10.976 T€ (Vorjahr: 2.458 T€). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 24,2 % (Vorjahr: 58,5 %).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P3 schloss das Geschäftsjahr 2021 unter Plan ab, was im Wesentlichen auf verspätete Anlagenübergänge und die damit verbundene Anzahl von in Betrieb befindlichen Erzeugungsanlagen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P3 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P3 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P3 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2022 beabsichtigt die EGE-P3 den Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 299 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25	50,00
	Ingenieurversorgung Baden Württemberg	25	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	100,00
SP X GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	22.302	78	11.530	78	10.772	93
Umlaufvermögen	6.442	22	3.232	22	3.210	99
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

28.745	100	14.763	100	13.982	95
---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25.268	88	13.050	88	12.218	94
Rückstellungen	10	0	19	0	-9	-47
Verbindlichkeiten	3.467	12	1.694	12	1.773	105

Bilanzsumme

28.745	100	14.763	100	13.982	95
---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	54	7
sonstige betriebliche Erträge	1	0
Materialaufwand	104	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	239	485
Erträge aus Beteiligungen	1.861	1.253
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	19
Ergebnis nach Steuern	1.567	747
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.567	747
Gutschrift auf Rücklagenkonto	-1.018	0
Gutschrift auf Verrechnungskonten	-549	-747
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2.914,39	11.163,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,20	5,72	%
Cash-Flow:	1.567	747	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	87,90	88,40	%
Fremdkapitalquote:	12,10	11,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils 50 % des Festkapitals die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2021 hat die EGE-P durch Eigenkapitaleinlagen und Kaufpreiszahlungen insgesamt 10.772 T€ in die Projektgesellschaften investiert. Die Finanzierung erfolgte über Einlagen der Gesellschafter in Höhe von insgesamt 11.200 T€, jeweils entsprechend des Anteilsverhältnisses.

Am 8. April 2021 erwarb die EGE-P alle Anteile an der SP X GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat die Photovoltaikanlage Laubsdorf errichtet und am 9. Juli 2021 in Betrieb genommen. Mit einer Gesamtleistung von 20 MW stellt sie die bisher größte Anlage im Portfolio der EGE-P dar. Im weiteren Verlauf des Jahres folgte die Übernahme der SP XVII GmbH & Co. KG sowie der SP XVIII GmbH & Co. KG mit dem Ziel der Errichtung weiterer Anlagen.

Durch die Projektbündelgesellschaften der EGE-P wurden im Geschäftsjahr 2021 sieben neue Photovoltaikanlagen von der EVH erworben und eine selbst errichtete Anlage in Betrieb genommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 wurden insgesamt 22 Projekte mit einer Gesamtleistung von 75,2 MW umgesetzt.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,715 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,651 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 % weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-P sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften sowie die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die EGE-P einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.567 T€, was einem Anstieg von 820 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Beteiligungserträge von den Projektbündelgesellschaften zurückzuführen. Diese erhöhten sich um 608 T€ auf 1.861 T€.

Der Anstieg der Umsatzerlöse auf 54 T€ (Vorjahr: 7 T€) betrifft vor allem die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen und resultiert aus der gestiegenen Anlagenkapazität in den Projektbündelgesellschaften. Sonstige betriebliche Erträge betreffen die Auflösung von Rückstellungen.

Der um 94 T€ auf 103 T€ gestiegene Materialaufwand ist ebenfalls an die höhere Anlagenkapazität gekoppelt. Außerdem fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für kaufmännische Dienstleistungen, den Investitionsausschuss, Beraterleistungen sowie für die Jahresabschlussprüfung, in Höhe von insgesamt 239 T€ an. Die Reduktion um 246 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den im Vorjahr im Zusammenhang mit der Unternehmensgründung angefallenen einmaligen Kosten. Sonstige Zinsaufwendungen für die Geldverwahrung betragen 6 T€ (Vorjahr: 19 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 726 T€ (Vorjahr: 1.045 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 378 T€ (Vorjahr: -475 T€) ergab sich insbesondere aus Aufwendungen für Beraterleistungen, den Aufwendungen und Erträgen aus der Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen der Gesellschaft spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -10.388 T€ (Vorjahr: -11.530 T€) wider. Dabei handelte es sich um den Erwerb von Projektbündelgesellschaften und Kapitaleinlagen in diese.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 10.447 T€ (Vorjahr: 13.050 T€) beinhaltet die Kapitaleinlagen der Gesellschafter sowie den ausgeschütteten Jahresüberschuss des Vorjahres.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der EGE-P 28.746 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 13.983 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Finanzanlagevermögen aufgrund von Unternehmenszukäufen und weiteren Eigenkapitaleinlagen in die Projektbündelgesellschaften um 10.772 T€ auf 22.302 T€. Das Umlaufvermögen war vor allem durch höhere Forderungen geprägt und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3.211 T€ auf 6.442 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 25.268 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 13.050 T€). Der Anstieg betrifft in Höhe von 11.200 T€ die Aufstockung des Kommanditkapitals der Gesellschafter. Des Weiteren erfolgte in Höhe von 1.018 T€ (Vorjahr: 0 T€) eine anteilige Einlage des Jahresüberschusses in die Rücklagen der Gesellschaft. Die Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1.773 T€ auf 3.467 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren höhere Beteiligungserträge aus den Projektbündelgesellschaften.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 727 T€.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist.

Darüber hinaus ist Gegenstand des Unternehmens die Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser sowie die Errichtung, der Betrieb, die Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wasserversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kipping, Bertram Störzner, Uwe
--------------------------	-----------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer haben im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH erhalten.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	50,00	
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)	82,72	

mittelbar

	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	364	0,29

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	18	100	16	100	23	100	2	13

Bilanzsumme

18	100	16	100	23	100	2	13
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10	56	3	19	15	62	7	233
Rückstellungen	8	44	11	67	8	38	-3	-27
Verbindlichkeiten	0	0	2	14	0	0	-2	-100

Bilanzsumme

18	100	16	100	23	100	2	13
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	12	11
Ergebnis nach Steuern	-13	-12	-11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-13	-12	-11

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-56,89	-79,90	-43,31	%
Cash-Flow:	-13	-12	-11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	55,77	18,68	62,38	%
Fremdkapitalquote:	44,23	81,32	37,62	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Grundlagen

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg, und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale).

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Diplom-Ingenieur (FH) Uwe Störzner und Herr Bertram Kipping.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 13,0 aus. Dieser resultiert maßgeblich aus Verwaltungskosten. Die FSA verfügt über keine nachhaltige Ertragsquelle.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr durch die Erhöhung der Kapitalrücklage um TEUR 20,0 über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Vergütung.

Der Jahresfehlbetrag 2021 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der FSA war das Halten mittelbarer Beteiligungen an der FWV. Hierzu war die FSA seit ihrer Gründung über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, in Höhe von 25,5 %, sowie über einen Auskehranspruch aus der Auflösung einer „Kleinen GbR“, bestehend aus der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i.L. und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH, in Höhe von 20,2664 % an der FWV beteiligt.

Seit Anfang der 1990er Jahre verlangen die anspruchsberechtigten Kommunen die Kommunalisierung und unentgeltliche Übertragung der Anteile an der FWV. Nach dem Erlass diverser Bescheide, die sämtlich Gegenstand gerichtlicher Überprüfung waren, erließ zuletzt das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) am 25. Januar 2016 den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010. Der Übertragungsbescheid sieht eine unmittelbare dingliche Zuordnung sämtlicher Anteile an der FWV an die sächsischen und sachsen-anhaltischen Gemeinden vor.

Mit Urteil vom 12. Dezember 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die mit Bescheid vom 25. Januar 2016 erfolgte Zuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH weitgehend rechtmäßig ist. Hiervon betroffen sind auch die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, die die FSA über die „Große GbR“ und die „Kleine GbR“ hält. Die Begründung des Urteils wurde der FSA am 1. März 2019 zugestellt. Mit der Umsetzung des Urteils und der Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister verliert die FSA ihre Geschäftsanteile an der FWV. Am 18. März 2019 wurde die neue Gesellschafterliste der FWV im HRB 86 des Amtsgerichts Leipzig eingetragen.

Der FSA ist mit der HRB-Einreichung der neuen Gesellschafterliste die maßgebliche Beteiligung an der FWV entzogen und somit für ihre Geschäftstätigkeit wirtschaftlich bedeutsamen Beteiligungen. Der FSA verbleibt lediglich als Gesellschafter der großen GbR gemeinsam mit der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH noch ein Geschäftsanteil von 0,57 %. Auswirkungen auf den Jahresabschluss bestehen jedoch nur in geringem Umfang, da die Beteiligungen an der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ jeweils mit 1 EUR bewertet sind.

Ausblick

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2018 geht der Verlust der Geschäftsanteile an der FWV einher. Ersatzansprüche für die FSA bestehen nicht. Für das Käuferkonsortium MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und Stadtwerke Halle GmbH, welches die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH im Jahr 2004 vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR erworben hat, besteht jedoch ein Rücktrittsrecht gemäß § 12 Abs. 3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 22. Juli 2004. Entsprechende Ansprüche sind damit durch die Gesellschafter der FSA zu realisieren. Die FSA wird bis zur Umsetzung der Zuordnung und bei Erfordernis darüber hinaus ihren Pflichten nachkommen.

Im Jahr 2019 hat der Konsortialausschuss der FSA einen Beschluss bezüglich des Herstellens von Einvernehmen über die Ausübung des Rücktrittsrechtes gefasst, fanden Sondierungsgespräche der großen GbR (FSA/KWL) mit dem BMF/BvS bezüglich einer Entschädigung aus dem Kauf- und Abtretungsvertrag aus dem Jahr 1994 sowie der Gesellschafter der FSA mit dem Ministerium Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt zum Rücktritt vom Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA vom 22. Juli 2004 statt.

Im Zuge der Klageerhebung der großen GbR gegen die BvS auf Rückzahlung des Kaufpreises, den die große GbR im Jahr 1994 für den 51 % Anteil an der FWV gezahlt hat, haben KWL und FSA eine Vereinbarung über die Aufteilung der Kosten des Klageverfahrens geschlossen. Danach wird der Prozess von KWL finanziert. Im Falle des vollständigen Unterliegens der großen GbR trägt KWL sämtliche Kosten allein. Im Falle des teilweisen Obsiegens tragen KWL und FSA entsprechend der gerichtlich festgelegten Kostenquote für die große GbR die Kosten je zur Hälfte, FSA jedoch nicht mehr als sie von BvS als Zahlung auf die eingeklagte Forderung tatsächlich erhält.

Mit Schreiben ihres Prozessbevollmächtigten vom 2. April 2020 hat das Konsortium (MIDEWA/SWH) nunmehr unter Berufung auf § 12.3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages angekündigt, die Rückabwicklung der Beteiligung an der FSA zu betreiben. Unter Verweis auf die gesetzlichen Rückabwicklungsvorschriften nach § 346 ff. BGB sieht das Konsortium (MIDEWA/SWH) vor, ermittelte Ansprüche gemäß Anlage 2, Punkt III, geltend zu machen. Das Konsortium (MIDEWA/SWH) ist der Auffassung, die Rückabwicklung durch eine vertragliche Rückabwicklung umzusetzen. Die Ansprüche aus dieser Rückabwicklung stehen nicht der FSA, sondern der MIDEWA und der SWH zu.

Im Mai 2021 wurden zwischen dem Konsortium und dem Talsperrenbetrieb/Land Sachsen-Anhalt die Verhandlungsgespräche aufgenommen. Aufgrund des parallel laufenden Klageverfahrens der Großen GbR gegen den BvS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) zur Geltendmachung des Anspruches wegen Nichterfüllung der Verschaffung des damaligen Kaufgegenstandes wegen Unmöglichkeit, verzögerten sich allerdings die Verhandlungen wieder, da sich aus der Entscheidung des Landgerichts Berlin, Urteil vom 14. Juli 2021 zur Zahlung von rund 141,5 Mio. Euro (zzgl. Zinsen) durch die BvS, verschiedene Handlungsvarianten zu diesem Zeitpunkt ergaben. Die BvS legte zum 19. August 2021 Berufung gegen dieses Urteil ein, wodurch von einem weiterhin langwierigen Berufungsprozess in diesem Sachverhalt und in höherer Instanz für die Folgejahre ausgegangen werden kann.

Eine abschließende Entscheidung über die Rückabwicklung des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages bezüglich der FSA gegenüber dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR steht deshalb noch aus, ist aber für 2022 geplant. Soweit in diesem Zusammenhang weitere Kosten entstehen und nicht aus dem Liquiditätsbestand der FSA gedeckt werden können, geht die FSA von einer fortgesetzten Unterstützung aus dem Gesellschafterkreis aus.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Leipzig	31.249,39	24,45
Stadt Halle (Saale)	31.058,68	24,30
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	10.692,52	8,37
Stadt Bitterfeld-Wolfen	8.038,53	6,29
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	4.837,46	3,78
Stadt Aschersleben	3.103,16	2,43
Stadt Bernburg	2.657,44	2,08
Stadt Dessau-Roßlau	2.519,26	1,97
Stadt Merseburg	2.376,23	1,86
Stadt Hettstedt	2.313,47	1,81
Stadt Gräfenhainichen	1.943,80	1,52
Lutherstadt Eisleben	1.903,03	1,49
Stadt Sandersdorf-Brehna	1.566,60	1,23
Große Kreisstadt Torgau	1.510,23	1,18
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1.296,00	1,01
Gemeinde Teutschenthal	1.270,56	0,99
Stadt Seeland	1.197,06	0,94
Stadt Leuna	1.192,08	0,93
Stadt Schkeuditz	1.151,81	0,90
Gemeinde Petersberg	1.059,01	0,83
Gemeinde Muldestausee	997,79	0,78
Gemeinde Kabelsketal	956,50	0,75
Große Kreisstadt Eilenburg	810,65	0,63
Gemeinde Schkopau	809,50	0,63
Stadt Nienburg/Saale	790,07	0,62
Gemeinde Salzatal	787,39	0,62
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	728,59	0,57
Gemeinde Mockrehna	696,00	0,54
Stadt Bad Schmiedeberg	661,74	0,52
Große Kreisstadt Wurzen	578,53	0,45
Stadt Taucha	552,71	0,43
Stadt Gerbstedt	524,20	0,41

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Wettin-Löbejün	521,39	0,41
Stadt Markleeberg	464,13	0,36
Stadt Mansfeld	434,34	0,34
Stadt Landsberg	428,97	0,34
Gemeinde Laußig	407,63	0,32
Stadt Könnern	384,88	0,30
Gemeinde Klostermansfeld	324,29	0,25
Stadt Arnstein	272,90	0,21
Gemeinde Helbra	217,17	0,17
Stadt Dommitzsch	217,17	0,17
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	196,98	0,15
Stadt Kemberg	196,46	0,15
Gemeinde Trossin	194,93	0,15
Gemeinde Doberschütz	191,99	0,15
Stadt Raguhn-Jeßnitz	176,65	0,14
Stadt Südliches Anhalt	171,03	0,13
Stadt Falkenstein/Harz	156,71	0,12
Gemeinde Elsnig	155,94	0,12
Gemeinde Wimmelburg	144,31	0,11
Gemeinde Bornstedt	114,53	0,09
Gemeinde Dreiheide	114,53	0,09
Gemeinde Benndorf	101,24	0,08
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal (ZWAG)	89,99	0,07
Stadt Belgern-Schildau	65,06	0,05
Stadt Blankenburg	58,42	0,05
Gemeinde Hergisdorf	53,69	0,04
Stadt Zörbig	48,57	0,04
Goethestadt Bad Lauchstädt	40,26	0,03
Stadt Köthen (Anhalt)	28,63	0,02
Gemeinde Jesewitz	9,84	0,01
Gemeinde Lossatal	9,84	0,01
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,51	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie die Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wasserversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Technische Geschäftsführung:		Dr. Brinschwitz, Dirk	(seit 01.09.2021)
Kaufmännische Geschäftsführung:		Wollenberg, Jan	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	stellv. Vorsitzender	Hörning, Ulrich	
		Barth, Romina	
		Bergner, Rayk	
		Dr. Ruhland, Alexander	
		Fuchshuber, Bernhard	
		Gawantka, Mario	
		Geier, Egbert	
		Kunau, Jan	
		Kunert, Franz-Xaver	
		Rosenthal, Heiko	
		Schenk, Armin	
		Schilling, Enrico	
		Schlicke, Friedhelm	
		Schulze, Jörg	
		Schütze, Karsten	
		Störzner, Uwe	
		Walther, René	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	31	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	160.924	94	157.420	94	152.885	94	3.504	2
Umlaufvermögen	9.769	6	9.586	6	9.486	6	183	2
Rechnungsabgrenzungsposten	160	0	128	0	117	0	32	25

Bilanzsumme

	170.853	100	167.134	100	162.488	100	3.719	2
--	---------	-----	---------	-----	---------	-----	-------	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	130.377	76	127.791	76	124.794	77	2.586	2
Sonderposten für Investitionszulagen	52	0	55	0	59	0	-3	-5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.065	1	0	0	0	0	1.065	
Empfangene Ertragszuschüsse	280	0	292	0	316	0	-12	-4
Rückstellungen	7.125	4	8.477	5	7.802	5	-1.352	-16
Verbindlichkeiten	31.954	19	30.519	19	29.517	18	1.435	5

Bilanzsumme

	170.853	100	167.134	100	162.488	100	3.719	2
--	---------	-----	---------	-----	---------	-----	-------	---

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	48.802	47.731	44.502
andere aktivierte Eigenleistungen	2.663	2.647	2.538
sonstige betriebliche Erträge	1.191	865	1.117
Materialaufwand	19.884	18.018	16.532
Personalaufwand	14.249	14.522	14.074
Abschreibungen	9.788	9.452	9.016
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.415	5.477	5.585
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	17	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	439	475	505
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	98	100	11
Ergebnis nach Steuern	2.784	3.216	2.437
sonstige Steuern	198	219	138
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.586	2.997	2.299

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,30	6,28	5,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,02	2,40	1,88	%
Cash-Flow:	12.373	12.449	11.315	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	247	237	226	T€
Personalaufwandsquote:	27,06	28,34	29,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,06	94,11	94,04	%
Eigenkapitalquote:	76,31	76,46	76,80	%
Fremdkapitalquote:	23,69	23,54	23,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	201.250,00	201.250,00	201.250,00	m ³
Fernleitungsnetz	795,00	793,00	789,00	km
Trinkwasserverkauf	80,00	80,10	80,20	Mio. m ³

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Kernaufgabe des Unternehmens besteht in der Gewinnung und Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie dessen Verteilung an die an das Fernwassersystem angeschlossene Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und große industrielle Direktabnehmer. Damit ist das Unternehmen ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Teilen Nordthüringens. Dokumentiert wird dies auch durch die kommunale Gesellschafterstruktur des Unternehmens.

Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens wurde auch in 2021 unter Beweis gestellt. Waren die Jahre 2018-2020 durch langanhaltende warme und trockene Witterungsphasen im Frühling und Sommer geprägt, kennzeichnete sich das Jahr 2021 eher durch durchwachsenen Wetterverläufe. Unabhängig davon lag das jährliche Temperaturmittel trotzdem ca. 1 Grad Celsius über dem langjährigen Mittel. Ebenso konnte am 18. Juni 2021 ein neuer maximaler Tageswert von 312 Tm³ in der Trinkwasserförderung der letzten Jahre verzeichnet werden. Diese Dimensionen wurden zuletzt Anfang der 2000er Jahre erreicht. Über das gesamte Geschäftsjahr wurden 80,0 Mio. m³ Wasser an die Kunden geliefert und somit fast der Vorjahresabsatz erreicht. Die Versorgung unserer Kunden mit qualitätsgerechtem Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

Neben dem Trinkwasserabsatz wurde durch das Unternehmen 9,4 GWh regenerativer Strom in den Turbinen im Ostharz-Ableitungssystem und in den Photovoltaikanlagen in der Elbaue erzeugt. Für Trinkwasser- und andere Kunden aus dem Versorgungssystem wurden Labordienstleistungen in einer Höhe von 175 T€ erbracht.

Weiterhin wurde die Tätigkeit des Unternehmens durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Intensitäten über das ganze Jahr geprägt. Kernfragen waren weiterhin der Erhalt der Gesundheit unserer Mitarbeiter und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Die umfangreich eingeführten Vorsichts-/Hygienemaßnahmen innerhalb des Unternehmens verhinderten weitestgehend Ansteckungen der Mitarbeiter untereinander. Ebenso konnten alle wichtigen bestellten Materiallieferungen und Fremdleistungen realisiert werden, wo sinnvoll wurde die Bevorratung weiter auf einem erhöhten Niveau gehalten. Die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens war jederzeit sichergestellt.

Die pandemiebedingten etwas geringen Trinkwasserabsätze bei den industriellen Direktabnehmern in 2020 stabilisierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter. Somit ist es dem Unternehmen auch 2021 gelungen, mit den erzielten Absätzen und den damit erreichten wirtschaftlichen Ergebnissen die positive Unternehmensentwicklung der letzten Jahre kontinuierlich fortzuführen. Die Leitlinien der Unternehmenspolitik sind weiterhin Basis des zukünftigen Handelns der Gesellschaft:

- Sichere Wasserversorgung
- Sozialverträgliche Entgelte
- Angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit.

2. Forschung und Entwicklung

Auch in 2021 wurde an den Schwerpunktthemen

- Ressourcenschutz nach Menge und Beschaffenheit
- Klimaveränderungen und Prognose ihrer Auswirkungen auf FWV Anlagen
- Stoffeinträge Landwirtschaft/Forstwirtschaft
- Digitalisierungsstrategie
- Cybersicherheit der IT Infrastruktur und Prozessleittechnik
- sowie der Optimierung von Aufbereitungs- und Reststoffwertungsprozessen entwickelt und geforscht.

Partner wie das Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle (UFZ), das Technologiezentrum Wasser (TZW) des DVGW, die HTW Dresden oder die TU Dresden sowie zahlreiche Ingenieurbüros sind dabei wichtige Partner.

Im Kontext der bundeseinheitlichen Vorgehensweise bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie unterstützen die Mitarbeiter der Fernwasserversorgung die Landesbehörden in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit Daten aus Monitoringssystemen der Elbaue Einzugsgebiete sowie den Zustromarealen der Rappbodetalsperre im Harz.

Dabei spielen weiterhin Spurenstoffe (u.a. aus Industriekläranlagen) und ihre Verlagerung aus dem Elbewasser in die Uferfiltratbereiche, ebenso eine Rolle, wie das vermehrte Blaualgenauftreten in den Talsperren Deutschlands.

All diese Prozesse, ihre Wechselwirkungen und die zunehmende Einflussnahme der klimatischen Stressoren werden auch in den Folgejahren den Schwerpunkt im Unternehmensportfolio F&E spielen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach der konjunkturell positiven Entwicklung der Vorjahre hat das Unternehmen mit Beginn der Corona-Pandemie in 2020 und der damit einhergehenden Veränderung der konjunkturellen/wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Planungsannahmen für die nächsten Jahre überprüft und ggf. angepasst. Der mittelfristig zu erwartende Trinkwasserabsatz wurde gegenüber früheren Planungen leicht reduziert. Demgegenüber stehen in vielen Bereichen gestiegene Beschaffungskosten für Material, Fremdleistungen und insbesondere Energie, die zukünftig Berücksichtigung in den Wirtschaftsplänen finden müssen.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie im mittel- und langfristigen Bereich werden zusätzlich durch die jüngsten geopolitischen Spannungen verschärft. Dies kann zu einer allgemeinen konjunkturellen Abschwächung und zu punktuellen Schließungen von Gewerbeeinheiten führen und damit unmittelbar und mittelbar auf die Absatzentwicklung des Unternehmens Einfluss nehmen. Eine Stagnation des Absatzniveaus im gewerblichen Bereich ist somit möglich. Die Abnahmen des kommunalen Bereichs folgen den demographischen Entwicklungen im Versorgungsgebiet und können regionalbedingt sowohl zu- bzw. abnehmen. Witterungsbedingt wird mittlerweile nur noch mit geringfügigen demographisch bedingten Rückgängen gerechnet. Vielmehr müssen klimatische Veränderungen hier zukünftig eine stärkere Berücksichtigung finden. Sie können zu Spitzen in den Jahresverbräuchen oder aber auch nur an wenigen Tagen im Jahr führen, die durch das Unternehmen beherrscht werden müssen.

Darüber hinaus müssen die Themen des Klimawandels in den Bereichen des quantitativen und qualitativen Erhalts der Rohwasserdargebote beachtet werden. So muss der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden und damit einhergehend ein entsprechender Schutz der Rohwasserdargebote erfolgen. Diese Ziele erfordern eine koordinierte und gemeinsame Herangehensweise mit weiteren Wasserversorgungsunternehmen, gelebt in der AWE Arbeitsgemeinschaft sowie die aktive Mitwirkung in Gremien wie dem BDEW oder DVGW bzw. seit Ende 2021 im VKU sowie NWZ (Norddeutsches Wasserzentrum).

Dem gesamtwirtschaftlichen Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens sieht sich auch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz verpflichtet. Dazu zählt u.a. ein entsprechender Ressourcen schonender Energieeinsatz. Seit 2014 wird der effiziente Energieeinsatz durch ein implementiertes Energiemanagementsystem DIN EN ISO 50001: 2018 begleitet, welches seitdem fortlaufend erfolgreich einer Zertifizierung unterzogen wurde.

2. Geschäftsverlauf und Lage

a. Ertragslage

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 80,0 Mio. m³ liegt ca. 0,9 Mio. m³ unten den Erwartungen des Wirtschaftsplans und nur geringfügig unter dem Vorjahreswert von 80,1 Mio. m³. Im Mehrjahresvergleich, insbesondere unter Berücksichtigung der Einflüsse der Corona-Pandemie auf die gewerblichen Kunden, kann dieser Absatzwert wie in den Vorjahren als sehr erfolgreich gewertet werden. Die gewerblichen Abnahmen erhöhten sich um ca. 0,5 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr, die Abgaben an die kommunalen Weiterverteiler gingen im Vorjahresvergleich witterungsbedingt ca. 0,6 Mio. m³ zurück. Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2021 machen 43,61 Mio. € aus. Damit konnte der Vorjahreswert (43,18 Mio. €) leicht übertroffen werden. Der Planwert für das Jahr 2021 ging von Umsatz von 43,66 Mio. € aus.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen, aus der Erzeugung regenerativen Stroms nach dem EEG und Labordienstleistungen gegenüber Dritten. Die Erlöse aus den Umverlegungen liegen mit 3,38 Mio. € unter dem geplanten Wert, aber deutlich über dem Vorjahreswert (2,51 Mio. €). Diesen Erlösen stehen korrespondierende Materialaufwendungen gegenüber. Die Schwankungen resultieren aus dem Verlauf der i.d.R. verursachenden öffentlichen Baumaßnahmen.

Mit 1,49 Mio. € Erlösen aus der Stromerzeugung durch die eingebauten Trinkwasserturbinen und die installierten Photovoltaikanlagen wurde der Vorjahreswert (1,42 Mio. €) leicht überschritten. Die Erlöse aus Wasseranalysen für unsere Kunden umfassen 175 T€ liegen damit leicht über dem Vorjahresniveau (169 T€). Die gesamten Sonstigen Umsatzerlöse liegen mit 5,19 Mio. € in 2021 somit deutlich über dem Vorjahr (4,55 Mio. €). Daraus ergeben sich für 2021 Gesamtumsatzerlöse von 48,80 Mio. €. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr (47,73 Mio. €) ergibt sich durch höhere Erlöse beim Trinkwasserabsatz und den Umverlegungen.

Im Geschäftsjahr 2021 konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,66 Mio. € realisiert werden. Diese lagen im Vorjahresbereich (2,65 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1,19 Mio. €) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte (produktionsbedingt erhöhter Energieeinsatz) und Versicherungsentschädigungen.

Die Gesamtleistung des Geschäftsjahres 2021 beträgt 52,66 Mio. € und liegt aufgrund der höheren Umsatzerlöse im Trinkwasserabsatz und bei den Umverlegungen sowie höherer sonstiger betrieblicher Erträge mit über 1,41 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (51,24 Mio. €).

Der Materialaufwand 2021 umfasst 19,88 Mio. € und liegt somit deutlich über dem Vorjahreswert von 18,02 Mio. €. Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen durch höhere Instandhaltungskosten. Weitere wesentliche Positionen des Materialaufwandes betreffen den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR, den Stromeinkauf und Aufwendungen im Zusammenhang mit Umverlegungsmaßnahmen.

Der Personalaufwand lag mit 14,25 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau (14,52 Mio. €).

Durch das Investitionsniveau der letzten Jahre von ca. 12-14 Mio. € steigt das Abschreibungsniveau gegenüber den Vorjahren (2020: 9,45 Mio. €) weiter an. Im Jahr 2021 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,79 Mio. €.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen in 2021 5,41 Mio. € und liegen damit leicht unter dem Vorjahreswert (5,48 Mio. €). Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt mit 2,80 Mio. € (2020: 2,81 Mio. €).

Insbesondere aufgrund der weiteren positiven Erlösentwicklung im Trinkwasserabsatz konnte im Geschäftsjahr 2021 ein Jahresüberschuss nach Steuern von 2,59 Mio. € erreicht werden (Plan 1,80 Mio. €). Das Vorjahresergebnis betrug 3,00 Mio. €.

b. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2021 wurden zwei Kredite in einer Höhe von insgesamt 5,50 Mio. € aufgenommen. Davon wurden 4,5 Mio. € in 2021 abgerufen. Dem gegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 3,00 Mio. €. Ebenso erhielt das Unternehmen einen Aufwendungsersatz in Höhe von 1,07 Mio. € zur Errichtung einer Netzersatzanlage im Wasserwerk Torgau-Ost. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (13,85 Mio. €) auf 10,34 Mio. €. Der Rückgang begründet sich im Wesentlichen aus dem niedrigeren Jahresergebnis, höheren Abschreibungen, der Abnahme der Rückstellungen und Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (76,5%) leicht auf 76,3% gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Bilanzstichtag mit 99,7 % auf Vorjahresniveau.

c. Vermögenslage

Die wesentlichsten Investitionsprojekte in 2021 waren:

- die Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Bernburg und Halle (Errichtung weiterer Teilabschnitten und Straßendurchörterungen)
- die Erneuerung einer Fernwasserleitung im Bereich Wolfen/Bitterfeld (Errichtung und Inbetriebnahme erster Teilabschnitt)
- der Beginn der Komplexerneuerung des Hochbehälters Spiegelsberge (Beginn Errichtung erste Behälterkammer)
- die Errichtung neuer Brunnen in den Elbauwasserwerken.

Darüber hinaus erfolgten kleinere Investitionsmaßnahmen zur Erneuerung des Anlagenbestandes der Fernwasserversorgung im Bereich der Netze und Wasserwerksanlagen. Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (7,95 Mio. €) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (4,52 Mio. €) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 0,65 Mio. €, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,17 Mio. € und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,06 Mio. €.

3. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den qualitativen Indikatoren, wie Versorgungssicherheit und qualitätsgerechte Trinkwasserlieferung, sind der Trinkwasserabsatz und die damit verbundenen Umsatzerlöse sowie das erzielte Jahresergebnis die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren. Der Trinkwasserabsatz ist trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen bei ca. 80 Mio. m³ weiter stabil. Die daraus erzielten Umsatzerlöse konnten aufgrund der Anwendung vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln um 0,42 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Jahresergebnis als finanzieller Leistungsindikator beträgt 2,59 Mio. € und liegt mit 0,79 Mio. € über dem Planwert.

4. Gesamtaussage

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird als gut und stabil eingeschätzt. Die Absatz- und damit einhergehende Umsatzentwicklung bestätigt die positiven Prognosen im Kerngeschäft des Unternehmens. Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Lieferungen und Leistungen und Personalaufwendungen konnten durch steigende Erlöse kompensiert werden. Die stabile und qualitätsgerechte Versorgung unserer Kunden mit Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

Zum Nachtragsbericht wird auf den Anhang verwiesen.

III. Prognosebericht

Die positive Absatzentwicklung bei Bestandskunden in den letzten Geschäftsjahren und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen werden auch in den Folgejahren trotz der Unsicherheiten aus den aktuellen Rahmenbedingungen zu einem stabilen Absatzniveau von ca. 80 Mio. m³ führen. Inwieweit zukünftige Absätze deutlich die 80 Mio. m³ Marke übersteigen können, hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Versorgungsgebiet ab.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ebenfalls ein Trinkwasserabsatz von 80,1 Mio. m³ erwartet. Es wird eingeschätzt, dass sich der Absatz auch in den Folgejahren auf Basis der bestehenden Wasserlieferverträge im Bereich von 80 Mio. m³ p.a. bewegen wird. Neben den Absatzerweiterungen in bestehenden Kundenbeziehungen wurden auch demographische Entwicklungen berücksichtigt. Die daraus zu erwartenden Umsatzerlöse werden sich von 43,88 Mio. € in 2022 bis auf 46,84 Mio. € im Jahr 2026 erhöhen. Darin enthalten sind die weiter zu berechnenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Positionen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstige Dienstleistungen werden mit 1,42 Mio. €, insbesondere Laborleistungen gegenüber Kunden, mit 0,24 Mio. € auf dem Niveau der Vorjahre in 2022 und den Folgejahren eingeplant. Mit hohen Unsicherheiten verbunden sind die Auswirkungen von Maßnahmen zur Leitungssicherung auf Veranlassung Dritter. Aufgrund der korrelierten Entwicklung auf der Erlös- wie auch der Aufwandsseite entstehen daraus aktuell keine wesentlichen Ergebnisauswirkungen.

Auf Basis der in 2022 geplanten Investitionen erwartet das Unternehmen aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,69 Mio. €. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,60 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netznutzungsentgelten bzw. Stromsteuer für energieintensive gewerblich Unternehmen. Das Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und im Februar 2022 rezertifiziert.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurden Materialaufwendungen von 15,88 Mio. € eingeplant. Die größten Einzelpositionen betreffen den Stromaufwand und die Kosten für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode von 5,37 Mio. € bzw. 4,64 Mio. €. Weitere wesentliche Aufwendungen entstehen durch Instandhaltungsaufwendungen, die Beschaffung von Aufbereitungschemikalien und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen.

Basis der Personalplanungen sind das erarbeitete Personalentwicklungskonzept, die Regelungen des Tarifvertrages Versorgungsbetriebe und die individualvertraglichen Regelungen zur 37h-Woche. Mittelfristige Zielstellung des Personalentwicklungskonzeptes ist es, auf Basis der aktuellen Mitarbeiterzahlen die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen. Dazu wird zukünftig die Akquisition neuer Arbeitskräfte notwendig sein. Im Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Personalaufwand von 15,25 Mio. € gerechnet.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Die witterungsbedingten Extremsituationen der letzten Jahre beeinflussten die Fortschreibung des Fernwasserentwicklungskonzeptes. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Im Jahr 2022 sollen wesentliche Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt aber auch neue Teilvorhaben begonnen werden. Dafür sind Investitionen in einem Umfang von 16,35 Mio. € eingeplant.

Die Voruntersuchungen zur Reaktivierung von in Reserve gestellten Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen sollen in 2022 beendet werden. Anhand weiter anhaltender positiver Absatzentwicklungen bzw. stärker zunehmender Produktionsspitzen an einzelnen Tagen muss über die Erweiterung entsprechender Kapazitäten in den Gremien des Unternehmens entschieden werden.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2022 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivativer Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Jahresergebnis von 1,32 Mio. € gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen ebenfalls in diesem Bereich bewegen werden.

Die Risiken der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges können sich negativ auf die Kosten- und Erlössituation des Unternehmens auswirken und somit die Höhe des Jahresergebnisses beeinflussen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 43 Abs. 1 GmbH i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- wirtschaftspolitisches Umfeld
- Produktion
- Ertrags- und Finanzlage
- Personalmanagement
- Einkauf
- Informationsmanagement
- höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes bestehen nach wie vor Einschränkungen durch die seit Anfang 2020 kursierende Corona-Pandemie. Das Unternehmen reagierte durch die Umsetzung vorhandener Maßnahmenpläne und zusätzliche organisatorisch/technischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungsaufgabe. Dazu zählen u.a. Maßnahmen zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken für die Mitarbeiter und die Sicherstellung der Lieferketten. Unabhängig davon spiegeln sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie in der aktuellen Risikobetrachtung deutlich wider. Es wird eingeschätzt, dass die genannten zusätzlichen Risiken nur temporär auftreten und beherrscht werden.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die Corona-Pandemie und damit einhergehender Absatzstagnation,
- Verfügbarkeit des Personals durch Corona bedingte Erkrankungen,
- Verfügbarkeit aller Einsatzstoffe durch Corona bedingte Störung in Lieferketten,
- hohe Auslastung der verfügbaren Aufbereitungs-/Transportkapazitäten, Prüfung notwendiger Systemverstärkungen in Teilbereichen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filterrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,

- rechtzeitige Akquisition von qualifiziertem Personal zur Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen,
- Einbeziehung möglicher Auswirkungen des Klimawandels in strategische Konzepte,
- Beachtung der erhöhten Gefährdungslage bzgl. Cyber-Kriminalität.

Die aktuelle Krise des Ukraine-Krieges führt zur Verschärfung einzelner Risiken. So ist aktuell absehbar, dass die Beschaffung bestimmter Materialien/Rohstoffe schwieriger wird und damit einhergehend mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist. Dem soll insbesondere durch frühzeitige Beschaffung von Materialien bei geplanten Maßnahmen entgegengewirkt und Materialbestände erhöht werden. Ebenfalls wird mit einem weiteren Anstieg der Gefährdungslage im IT-Bereich ausgegangen, der auch - allerdings nicht ausschließlich - auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen ist. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen werden weiter intensiviert. Beide vorgenannten Risiken werden zu zusätzlichen Aufwendungen führen, die sowohl im aktuell Geschäftsjahr 2022 und in den folgenden Jahren in den jeweiligen Wirtschaftsplänen eingearbeitet werden müssen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen, z. B. durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit der Zielstellung einer Risikoreduzierung.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen auch für die Zukunft nicht.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit in Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Ranft, Melanie
	stellv. Vorsitzender	Franke, Frank
		Bernstiel, Christoph
		Blasche, Steffen
		Dr. Ernst, Martin
		Ernst, Johannes
		Geier, Egbert
		Lange, Hendrik
		Liedtke, Monika
		Raschke, Jens
		Senius, Kay
		Weiland, Mathias

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	21	20	20

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	532.443	95	530.313	94	528.044	93	2.130	0
Umlaufvermögen	28.699	5	31.899	6	37.066	7	-3.200	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	1.100	0	978	0	589	0	122	12

Bilanzsumme

	562.242	100	563.190	100	565.699	100	-948	0
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	91.177	16	90.028	16	90.029	16	1.149	1
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.242	1	4.558	1	4.874	1	-316	-7
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	172.664	31	169.520	30	165.023	29	3.144	2
Rückstellungen	12.650	2	13.164	2	16.559	3	-514	-4
Verbindlichkeiten	281.488	50	285.894	51	289.201	51	-4.406	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	26	0	13	0	-5	-19

Bilanzsumme

	562.242	100	563.190	100	565.699	100	-948	0
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	126.514	119.921	118.859
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-4	-17	1
sonstige betriebliche Erträge	1.020	1.133	1.005
Materialaufwand	7.697	8.629	6.418
Personalaufwand	44.642	40.288	39.889
Abschreibungen	32.639	33.387	31.934
sonstige betriebliche Aufwendungen	22.413	22.077	21.502
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	14.815	14.076	13.566
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440	254	378
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36	24	36
Ergebnis nach Steuern	8.623	8.471	8.957
sonstige Steuern	12.571	11.645	10.849
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	118	143	123
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.453	11.502	10.726
	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,84	9,59	9,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,66	12,78	11,91	%
Cash-Flow:	34.866	33.579	32.228	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	241	234	226	T€
Personalaufwandsquote:	24,14	25,75	25,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,52	93,99	93,13	%
Eigenkapitalquote:	16,22	15,99	15,91	%
Fremdkapitalquote:	83,78	84,01	84,09	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.616,00	10.631,00	10.512,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.196,00	18.795,00	18.486,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	14.355,00	13.201,00	12.885,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.737,00	7.838,00	7.830,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	35.126,00	35.870,00	36.309,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	267.700,00	265.632,00	260.710,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	71.470.000,00	70.316.925,00	70.785.810,00	m ²
Hausanschlüsse	27.911,00	27.878,00	27.628,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	9.527.548,00	8.980.510,00	9.197.954,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	60.141,00	64.854,00	60.435,00	KKm (Kehr-Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
- 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung
- 1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
- 1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
- 1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb
- 1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

3.6.1. Personalentwicklung

3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote

3.6.4. TalentPool

3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

5.2. Liquidität

5.3. Vermögenslage

5.4. Gesamtaussage

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.2. Chancen und Risiken

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

7.2. Investitionen

7.3. Finanzierung

7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über ihre Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), RAB Halle GmbH (RAB) sowie der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES).

Die HWS hält 100,0 % der Geschäftsanteile an der Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Weiterhin hält die HWS 60,0 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstoffeffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen für Sekundärrohstoffe.

Neben der Hauptgesellschafterin SWH hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe, Straßen- und Gebäudereinigung sowie Labordienstleistungen. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetzes- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung bestehen mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS sowohl für die nachhaltige Ver- und Entsorgungssicherheit, für die Preisbildung und Abrechnung gegenüber den Endkunden, als auch für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen und für die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS weitere Dienstleistungen im Umland. Die HWS sichert weiterhin die Trinkwasserbereitstellung für den WAZV Saalkreis, die MIDEWA, bezogen auf das Versorgungsgebiet Merseburg, und die Dow Olefinverbund GmbH.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin sichert der Bereich die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Grundlage der Leistungserbringung sind langfristige Dienstleistungsverträge mit der Stadt Halle (Saale). Zu den Leistungen des Bereiches gehören ebenso die Entsorgung und die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt für die SWH-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das ebenfalls in diesem Geschäftsbereich angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Fahrzeuge der Tochterunternehmen des SWH-Konzerns.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen im Stadtgebiet erbracht. Dies erfolgt insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH und ihre Tochtergesellschaften sowie für Dritte.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

Im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf werden die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens erstellt. Des Weiteren erfolgt durch die Unternehmenssteuerung die Koordination der Umsetzung der operativen Exzellenz sowie der für die Erreichung dieser Ziele umzusetzenden HWS Impuls-Projekte im Rahmen des Projektmanagements. Dazu erfolgt, neben einem umfangreichen Kennzahlensystem, eine permanente Weiterentwicklung der 30-Jahres-Planung und die Koordinierung des strategischen Anlagenmanagements. Weiterhin werden die Geschäftsprozessmodellierung sowie die IT-Strategie der Gesellschaft koordiniert. In der Abteilung Rechnungswesen werden sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft sowie für Dritte als Serviceleistung erbracht. Neben dem zentralen Facilitymanagement, welches die Wartung und Pflege der Liegenschaften und der damit verbundenen Anlagen durchführt, gehört auch der zentrale Einkauf zum Geschäftsbereich, welcher sämtliche vergaberechtliche Einkaufsprozesse des Unternehmens durchführt. Abgerundet wird das Portfolio des Geschäftsbereiches durch das Controlling für die permanente Auswertung der Erfolgs-, Liquiditäts- und Vermögenslage sowie die Durchführung der internen und externen Berichterstattung.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Akquise und Verhandlung von Ver- und Entsorgungs- sowie Dienstleistungsverträgen verantwortlich. Neben Kundenbetreuung ist es Aufgabe des Geschäftsbereiches, die Weiterentwicklung und Kontrolle von festgelegten Servicelevels sicherzustellen.

Die Bewirtschaftung sowie Optimierung der drei Wertstoffmärkte der HWS gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie der Betrieb der Recyclinganlagen inklusive der Umschlags-, Lager- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen am Standort Äußere Hordorfer Straße sowie das Stoffstrommanagement. Darüber hinaus führt der Geschäftsbereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch.

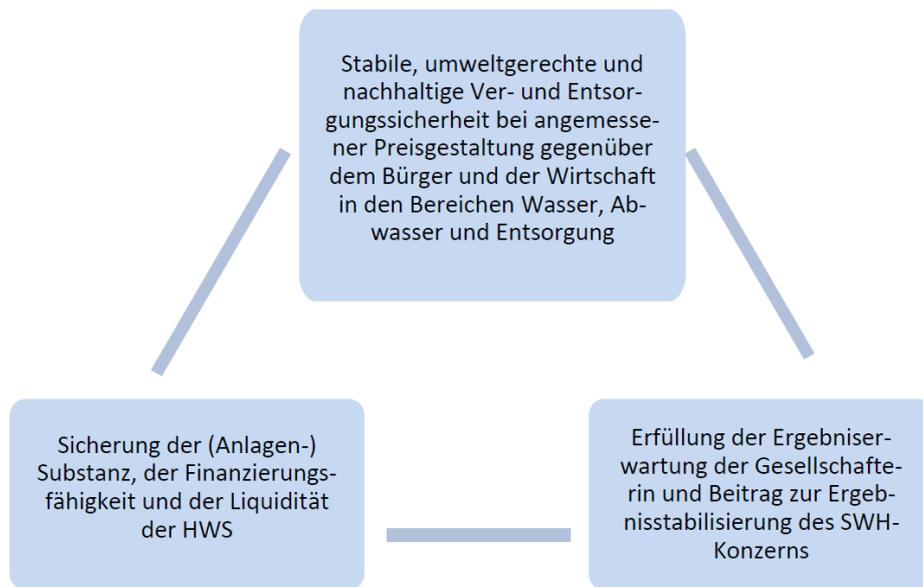
1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

Das Referat der Geschäftsführung ist für das Betriebs- und Prozessmanagement sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens verantwortlich. Die Arbeitssicherheit sowie der Brand- und Gesundheitsschutz gehören ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern, welche der Geschäftsbereich auch für Tochter- und Schwesterunternehmen erbringt. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen. .

Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, welches die Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall für die HWS und für Dritte durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung stabil, nachhaltig, sicher, umweltgerecht und effizient zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Anlagensubstanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Auch unter den weiterhin erschwerten Bedingungen durch die COVID-19-Pandemie konnten die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung und Gebäudereinigung ohne Einschränkungen sichergestellt werden.

Infolge des Neuabschlusses des Konzessionsvertrages mit der Stadt Halle (Saale) war eine Erhöhung des Trinkwasserpreises in Höhe von 17 Cent/m³ (netto) erforderlich. Darüber hinaus musste der Trinkwasserlieferpreis um 6 Cent/m³ (netto) infolge von Kostenerhöhung, insbesondere resultierend aus Baupreiserhöhungen, angepasst werden.

Der Preis für die Schmutzwasserbeseitigung aus dem Haushalt, Kleingewerbe und Industrie wurde zum 1. Januar 2021 um 3 Cent/m³ erhöht. Dies entspricht einer Anpassung auf das Niveau der Kalkulationsperiode 2017/2018. Der Preis für Niederschlagswasser bleibt weiterhin konstant.

Um die stabile, nachhaltige und umweltgerechte Ver- und Entsorgung sicherzustellen, wurden im Rahmen des Investitions- und Substanzwerterhaltungsprogramms Trink- und Abwasser im Jahr 2021 20.187 TEUR in die Infrastruktur der HWS investiert. Davon konnte auf 10.287 TEUR aus Eigenmitteln zurückgegriffen werden. Im Ergebnis der Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Fremdverbindlichkeiten konnten diese um 4.987 TEUR gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.

Das geplante Ergebnis 2021 vor Ergebnisabführung wurde um 1.624 TEUR übertroffen.

Die HWS stellt sich weiterhin der Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz als ständigen Verbesserungsprozess im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses SWH-Kompass zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz).“

Im Rahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramm HWS Impuls wurden zahlreiche Projekte bearbeitet, die zur Hebung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen geführt haben.

Zur langfristigen Sicherung der Daseinsfürsorge und des Geschäftsmodells der HWS wurde, wie bereits vorhergehend erwähnt, ein neuer Konzessionsvertrag Trinkwasser zum 1. Januar 2021 mit der Stadt Halle (Saale) mit einer Laufzeit von 20 Jahren, inklusive einer Verlängerungsoption um zehn Jahre, abgeschlossen. Des Weiteren wurden der Dienstleistungsvertrag Gebäudereinigung sowie die Verträge zur Durchführung der Stadtreinigung, der Abfallentsorgung sowie des Winterdienstes und der Sinkkastenreinigung zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS um fünf Jahre verlängert.

Der Liefervertrag mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH konnte ohne konditionelle Anpassungen bis 2034 verlängert werden.

Durch die HWS werden derzeit fünf Maßnahmen bearbeitet und umgesetzt, die zielgerichtet auf die Reduzierung von Treibhausgasemissionen und damit Klimaneutralität ausgerichtet sind. Diese werden permanent durch eine umweltökonomische Analyse reportet, um sicherzustellen, dass die Klimaschutzbemühungen im Einklang mit den betriebswirtschaftlichen Zielen der HWS stehen. Darüber hinaus werden fünf Projektideen und Projekte untersucht, die bei greifbaren Ergebnissen im Ergebnis der umweltökonomischen Analyse in Umsetzung gebracht werden. Diese Maßnahmen fließen in die Roadmap Klimaneutralität der SWH-Gruppe ein.

Zum Erreichen der EU- und Landesziele zur Klimaneutralität bereitet die HWS seit einigen Jahren Maßnahmen vor und setzt diese konsequent um. Durch eine umweltökonomische Analyse wurden solche Maßnahmen zur Umsetzung gebracht, bei denen ökologische Zielstellung und betriebswirtschaftliche Effekte in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Diese umweltökonomische Analyse wird auch in der Durchsetzungsphase fortgeführt um Nachjustierungen vorzunehmen. Folgende Ziele werden mit den ersten fünf Projekten verfolgt:

- Reduzierung von CO₂- und Feinstaubbelastung im Fuhrpark der SWH-Gruppe,
- Optimierung digitaler Leitstand Behälterentsorgung,
- Optimierung digitaler Leitstand Straßenreinigung und Winterdienst,
- Einrichtung digitaler Leitstand Containerdienst,
- Energieautarkes Klärwerk.

Darüber hinaus beteiligt sich die HWS als Partner bei überregionalen Projekten mit wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Stakeholdern der Branche. Zu solchen Projekten gehört Pool-in-loop, in welchem derzeit experimentell, später über eine Großversuchsanlage, durch eine katalytische Spaltung Kunststoffabfälle stofflich verwertet werden sollen. Beim Projekt RUBIO sollen natürliche Produkte 100 % recyclingfähig, insbesondere für Verpackungsmaterialien, entwickelt werden. Fünf weitere Ideen werden derzeit diskutiert und bei Erreichen der Parameter der umweltökonomischen Analyse umgesetzt.

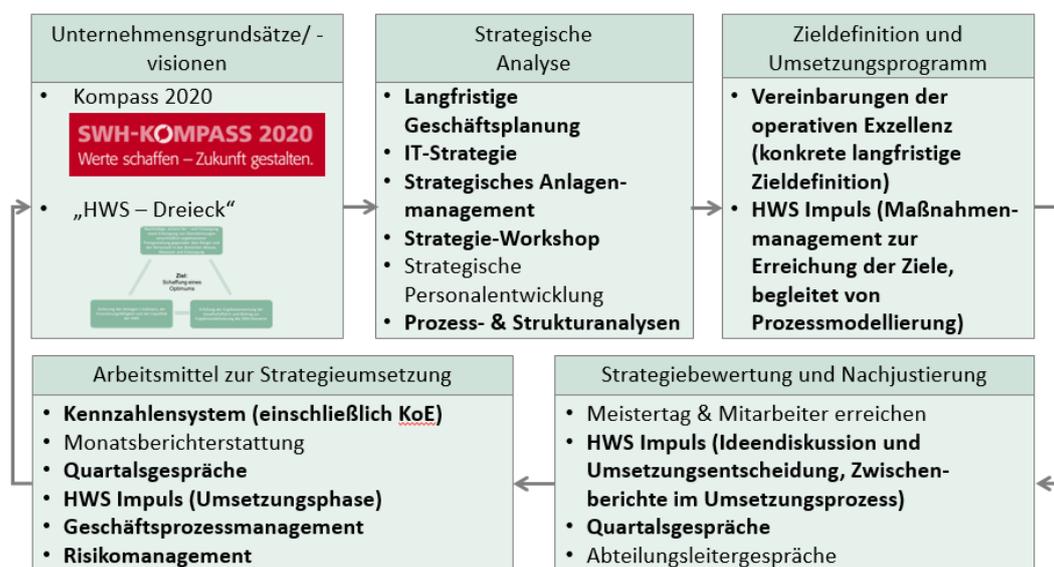
Die Digitalisierung zählt ebenfalls zu den wesentlichen strategischen Schwerpunkten der HWS. Die im Jahr 2020 verabschiedete IT-Strategie wurde 2021 weiter priorisiert. Im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements wurde bis Ende des Geschäftsjahres 279 Ist-Prozesse modelliert, woraus bereits 37 Soll-Prozesse mit entsprechenden Effizienz- und Effektivitätsziele modelliert wurden.

Weitere Schwerpunkte der Digitalisierung in den Fachbereichen sind die Einführung eines Betriebsinformationssystems im Bereich Wasser/Abwasser, die weitere Einrichtung der digitalen Leitstände im Bereich Entsorgungsdienste, die Einführung eines Kundenportals sowie die Vorprojekte zu den Softwareablösungen SAP S/4HANA und opti.AWI.

1.3. Steuerung

Die auf Konzernebene gemeinsam erarbeiteten strategischen Ziele, Führungsgrundsätze und das Leitbild stellen den Rahmen für einen zukunftsorientierten Entwicklungsprozess der HWS dar.

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Die Wesentlichsten sind in der folgenden Abbildung dargestellt.



Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Planung wird für weitere neun Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahresplanungen aktualisiert und permanent den sich verändernden Bedingungen im Unternehmen sowie den äußeren Rahmenbedingungen angepasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 400 Effektivitäts- und Effizienz Kennziffern abgebildet, welche monatlich ausgewertet werden.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitenden als auch mit den Abteilungsleitenden sowie den operativen Führungskräften thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der HWS Impuls-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung der IT-Strategie, des Projektmanagements sowie der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend diskutiert. Die Vorbereitung und Nachbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilungen des kaufmännischen Bereiches. Eine grundlegende Auswertung erfolgt in den Dienstberatungen der Bereiche und Abteilungen sowie in den quartalsweisen Abteilungsleiterbesprechungen der Geschäftsführung.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS Impuls-Projekte und der IT-Strategie sowie des Geschäftsprozessmanagements. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den genannten Arbeitsschwerpunkten des HWS Impuls-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. Abgeschlossene HWS Impuls-Maßnahmen mit langfristiger strategischer Wirkung werden über jährliche Qualitätsberichte nachhaltig verfolgt. In speziellen, zweimal jährlich stattfindenden, Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgen durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf „null“ gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Bedrohung auf die IT-Sicherheit wurden im Jahr 2021 verschiedene Maßnahmen getroffen. Diese reichen vom technischen Ausschluss von unbefugten Zugriffen, einer Verschärfung von Scan- und Zugangsberechtigungen bis zur permanenten Belehrung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden. In enger Abstimmung mit der IT-Sicherheit der Stadtwerke-Gruppe beteiligt sich die IT-Koordination am regelmäßigen Austausch auf diesem Themengebiet. Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Regelwerk der HWS dar, welches in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Zusätzlich wird über das zentrale Beschwerdemanagement der HWS durch die auf Leitungsebene erfolgende halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Beschwerden, Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation aufgedeckt. Für das Jahr 2022 ist eine umfassende Optimierung und Digitalisierung des Beschwerdemanagements vorgesehen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS, welches im Referat der Geschäftsführung angegliedert ist. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsstellen.

Im Geschäftsjahr 2021 konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgungsdienste zum Entsorgungsfachbetrieb,
- Akkreditierung Zentrallabor nach Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 gab es im Unternehmen keine wesentlichen Veränderungen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmensübergreifend

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hat auch die HWS vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen waren die Maßnahmen des Bundes, des Landes und der Stadt Halle (Saale) zur Kontaktvermeidung und Unterbrechung von Infektionsketten umzusetzen, zum anderen die Aufgaben der Daseinsfürsorge zuverlässig zu erfüllen. Zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeitenden sowie Kundinnen und Kunden wurden in Umsetzung der Verordnungen und Festlegungen des Bundes, des Landes und der Stadt Halle (Saale) bereichskonkrete Pandemiepläne erarbeitet, fortgeschrieben und umgesetzt.

Die Erbringung der Leistungen der Daseinsfürsorge konnte auch unter den erschwerten Bedingungen ohne Einschränkungen sichergestellt werden. Für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung sowie die Gebäudereinigung konnten und können alle Aufgaben im vollen Leistungsumfang erbracht werden. Auf den Wertstoffmärkten wurden im Bedarfsfall kundenregulierende Maßnahmen zur Sicherung der Kontaktvermeidung umgesetzt. Pandemiebedingte Mehrleistungen wurden insbesondere in den Bereichen Gebäudereinigung und Abfallentsorgung erbracht. Umsatzausfälle, wie zum Beispiel Umsatzrückgänge oder Ausfälle bei Bildungseinrichtungen und bei Gewerbebetrieben oder öffentlich-rechtlichen Einrichtungen infolge von Schließung oder Reduzierung des Betriebs, ausgefallene Reinigungsleistungen in Kultureinrichtungen, fehlende Entsorgungs- und Reinigungsumsätze durch ausgefallene Großevents etc. konnten somit kompensiert werden. Insgesamt sind bei der HWS im Geschäftsjahr 2021 ca. 479 TEUR Mehrkosten infolge der COVID-19-Pandemie angefallen.

Die HWS hatte mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH im November 2020 eine Kooperationsvereinbarung zum integralen SARS-CoV-2-Abwassermonitoring - Praxistest geschlossen. Ziel des Projektes war es, gemeinsam mit anderen Kläranlagen den Nachweis zu erbringen, ob SARS-CoV-2-Erreger im Abwasser nachgewiesen und durch den Nachweis ein Monitoring-System für steigende Infektionszahlen abgeleitet werden können. Eine erste Auswertung der gesammelten Daten erfolgte im März 2021. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Ergebnisse der Proben relativ stabil den SARS-CoV-2-Erreger nachweisen konnten. Dabei musste allerdings auch festgestellt werden, dass man sich mit diesen Tests generell an der Nachweisgrenze befindet. Seit Ende März 2021 hat die HWS mit dem Landesamt für Umweltschutz (LAU) eine weitere Beprobung von Abwasser zur Bestimmung der Krankheitserreger COVID-19 vereinbart. Diese werden im Umweltlabor des LAU ausgewertet. Es ist geplant, diesen Prozess fortzusetzen und auch auf andere Viren zur Vorsorge auszudehnen.

Die HWS stellt sich einem stetigen Verbesserungsprozess, der am Erreichen der operativen Exzellenz gemessen wird. Diese wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten anhand von Kennziffern gemessen, welche in Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichen festgeschrieben sind. Nach Möglichkeit spiegeln die Kennziffern Benchmarks wider. Wo dies nicht möglich ist, wurden Kennzahlen insbesondere im Rahmen des bestehenden Kennzahlensystems, vereinbart. Mit dem Anspruch "Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören." formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls unteretzt wird. Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 95 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die laufende betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 40 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	0	2	1	20
Kundenorientierung & Servicequalität	0	0	3	5
Betriebsoptimierung	3	7	12	52
Langfristige Investitionsplanung	2	0	2	3
Personalentwicklung, Führung & Organisation	3	0	3	9
Interne & externe Kommunikation	0	1	1	6
Gesamt:	8	10	22	95

Zur Erhöhung der Sicherheit des Vertragsmodells der HWS und der damit verbundenen Investitionssicherheit konnten im Jahr 2021 folgende Vertragsverlängerungen umgesetzt werden:

- Neuabschluss des Konzessionsvertrages zur Trinkwasserversorgung in der Stadt Halle (Saale), Laufzeit bis 31. Dezember 2041 (Verlängerungsoption zehn Jahre)
- Verlängerung der Verträge
 - o über die Abfallentsorgung, Laufzeit bis 31. Dezember 2026
 - o über die Stadtreinigung, Laufzeit bis 31. Dezember 2026
 - o über den Winterdienst, Laufzeit bis 31. März 2027
 - o über die Gebäudereinigung, Laufzeit bis 30. September 2026
 - o Liefervertrag Trinkwasser mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Laufzeit bis 31. Dezember 2034.

Der Konzessionsvertrag zur Abwasserbeseitigung läuft bis zum 31. Dezember 2026.

Der Vertrag zum Einsammeln und Transportieren von Leichtverpackungen für den Zeitraum 2022 bis 2025 konnte im Rahmen der Ausschreibung durch das Duale System Deutschland im Wettbewerb durch die HWS wiedergewonnen werden.

Für die Beseitigung der Schäden durch die Hochwasserflut im Jahr 2013 wurden durch die HWS 33 Maßnahmen im Rahmen des Maßnahmenplanverfahrens beim Landesverwaltungsamt angemeldet und durch dieses bestätigt. Für diese Maßnahmen wurden zum 31. Dezember 2021 49.678 TEUR beantragte Fluthilfemittel bewilligt. Die Fluthilfemaßnahmen konnten weitestgehend bis zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen werden, sodass davon auszugehen ist, dass die Verwendungsnachweise im Jahr 2022 dem Landesverwaltungsamt zur Prüfung vorgelegt werden können.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt war die weitere Feinjustierung der 2020 beschlossenen IT-Strategie der HWS. Im Rahmen der Umsetzung der IT-Strategie standen folgende Projekte im Vordergrund:

- Vorprojekte für die Umstellung auf SAP S/4HANA sowie die Ablösung der im Abfall vorhandenen Software opti.AWI,
- Umsetzung des Betriebsinformationssystems im Trink- und Abwasserbereich,
- Inbetriebnahme des digitalen Leitstandes im Bereich Straßenreinigung sowie die weitere Vorbereitung für den Leitstand Containerdienst,
- Umsetzung des digitalisierten Hausanschlusswesens,
- Vorbereitung der Umsetzung des Kundenportals der HWS.

Bis 31. Dezember 2021 wurden von den 28.052 Trinkwasserzählern 15.682 durch fernauslesbare Funkzähler ersetzt. Bis 2024 sollen alle Hausanschlüsse mit Funkzählern ausgestattet sein.

Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung

Wasser ist die Grundlage allen Lebens und eine begrenzte Ressource. Die HWS steht dabei vor neuen Herausforderungen. Klimawandel, demografische Entwicklung, technologische Neuerungen, höhere Anforderungen zum Schutz der Ressource Wasser, die sich in verschärften Parametern der Abwasserreinigung und der neuen Trinkwasserverordnung niederschlagen, bringen umfassende Änderungen mit sich, die einen erheblichen Einfluss auf die Versorgung mit Trinkwasser, die Behandlung und Nutzung von Abwasser und die Wahrung von aquatischen Ökosystemen haben. Darüber hinaus sind durch die HWS enorme Leistungen bei der Erneuerung und Substanzwerterhaltung der Trink- und Abwasserinfrastruktur, die Grundlage für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind, zu erbringen.

Insofern war und ist eine wesentliche Aufgabe in diesem Geschäftsfeld, die Umsetzung der Substanzwerterhaltungsstrategie der HWS, die im vierten Quartal 2021 evaluiert wurde und in deren Ergebnis dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat der HWS die Maßnahmen zur Entwicklung und dem Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur mit Schwerpunktsetzung zur Weiterentwicklung der Substanzwerterhaltungsstrategie der HWS und vorgestellt wurden, voranzutreiben.

In Umsetzung des Generalentwässerungsplanes wurden Maßnahmen zur Verbesserung der hydraulischen und schmutzfrachttechnischen Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes so umgesetzt, dass gleichzeitig ein Beitrag zur Substanzwerterhaltung geleistet werden konnte. Durch Erhöhung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes und des Klärwerkes konnte somit die Schmutzfracht um 17,5 kg CSB/ha/a gesenkt werden, sodass Maßnahmen der Substanzwerterhaltung auch immer mit Verfolgung ökologischer Ziele gekoppelt wurden. Ein weiterer Schwerpunkt im Abwasser war die Fortführung des Programms lebensverlängernder und substanzwerterhaltender Reparaturen für das FreigefälleNetz in einem Nennweitenbereich bis DN 800. Insgesamt konnte die Zielstellung, 40 km vorgenannten Kanalnetzes zu sanieren, 2021 mit 35,66 km realisiert werden. Das Pilotprojekt, begehbare Haupt- und Nebensammler im Stadtgebiet durch substanzwerterhaltende Reparaturen zu erhalten, wurde ebenfalls 2021 fortgeführt. Hier konnten die Projekte Hauptsammler Burgstraße und Mischwasserkanal Carl-Robert-Straße erfolgreich abgeschlossen werden. Ab 2023 soll, basierend auf den in den Pilotprojekten gemachten Erfahrungen, auch hierfür ein Programm aufgelegt werden.

Im Rahmen der Roadmap Klimaneutralität der SWH wurde 2021 damit begonnen, das Projekt energieautarkes Zentralklärwerk umzusetzen. Ziel dieses Projektes ist es, den mittleren jährlichen Energiebetrag der Kläranlage Halle Nord mit Hilfe der auf der Kläranlage betriebenen Anlagen zu decken und damit den Netzenergiebezug weitestgehend zu vermeiden. Dazu sind folgende Teilziele zu realisieren:

1. Reduzierung des relativen Energiebedarfes durch Einsatz energiesparender Aggregate und optimierter Steuerprozesse,
2. Erhöhung des Wirkungsgrades der Klärgasverstromung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Gasproduktion sowie
3. Schließung der Bedarfslücke Energie durch am Standort gewonnener, regenerativer Energieträger.

Im Ergebnis der Potenzialanalyse und einer umweltökologischen Analyse bestehen für die Umsetzung des energieautarken Klärwerkes nachstehende umweltökonomische Zielstellungen

Maßnahme	Höhe Investition EUR	Reduzierung Energiebedarf kWh/a	Einsparung CO ₂ t/a	Einsparung Betriebskosten EUR/a	Amortisationsdauer a
Erneuerung Gebläsestation	1.128.769	376.964	194,5	67.854	9,3
Anpassung Abluftbehandlung	49.500	262.800	136	47.304	1
Reduzierung Schlammmenge Belebungsbecken (Reduktion TS-Gehalt BB)	0	213.101	110	38.358	0
Erhöhung Anzahl Belüfterelemente BB	100.000	142.068	73,3	25.572	4
Laufzeitanpassung Rührwerke BB	0	18.725	9,2	3.371	0
Erhöhung Wirkungsgrad BHKW	1.415.851	901.057	332	0	0
Optimierung Faulung (VaSo)	in Ermittlung	80.154	183	83.240	in Ermittlung
Co-Fermentation	350.000				in Ermittlung
Neubau Photovoltaikanlage	4.705.920	1.641.000	847	350.000	13,4
Neubau Kleinwindkraftanlage	600.000	475.000	245	85.500	7

(Betrachtung erfolgt ohne Berücksichtigung von Fördermitteln)

Im Geschäftsjahr 2021 wurde die Erneuerung der Gebläsestation abgeschlossen und die Erhöhung des Wirkungsgrades der BHKW begonnen. Der Abschluss erfolgt hier bis 30. Juni 2022. Ein Großteil der vorstehend aufgeführten Maßnahmen soll bis Ende 2025 realisiert werden.

Im Bereich Trinkwasser lag der Fokus der Substanzwerterhaltung auf der Sanierung der Zubringerleitung Nord, als wichtigste Versorgungsleitung des halleschen Trinkwassernetzes. Diese konnte im ersten Quartal 2021 abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde das Asbestzement-Programm und Grauguss-Programm fortgeführt.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2021 ca. 20,2 Mio. EUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt. Nachfolgend sind die wesentlichsten Investitionsschwerpunkte aufgeführt:

Abwasser

- Erneuerung und energetische Optimierung der Gebläsestation auf der Kläranlage Halle Nord,
- Neugestaltung der Rechenanlage auf der Kläranlage Halle Nord,
- Hydraulische und bautechnische Sanierung des Mischwasserkanals Krausenstraße,
- Maschinen- und elektrotechnische Sanierung des Abwasserpumpwerkes Halle Neustadt,
- Neubau Regenauslasskanal Weingärten,

Trinkwasser

- Erneuerung störanfälliger bzw. schadhafter Trinkwasserleitungen (z. B. Bernhardystraße),
- Maßnahmen aus Städtebauförderung (z. B. TWL Kollektor Silberhöhe, Wernigeröder - Zeitzer Str.),
- Investitionen in die Aufrechterhaltung der Kontrollsysteme für die Notstromversorgung (72h) und in die mobile Wasserversorgung,

Komplexmaßnahmen Tiefbau mit Stadt Halle (Saale) und EVH

- Trinkwasserleitung und Mischwasserkanal Froberger Straße,

Stadtbahnprogramm

- Abschluss der Vorbereitungsarbeiten für die Ausschreibung Böllberger Weg (5.2 und 17.3) sowie Merseburger Straße Mitte.

Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Gesellschafterdarlehen sowie aus Mitteln der Fluthilfe, aus Fördermitteln im Rahmen der Städtebauförderung und Fördermitteln für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZWAs) finanziert.

Ein weiteres großes Bauprojekt im Geschäftsjahr 2021 stellte der Umbau der Schlammwässerung auf der Kläranlage Nord dar. Hierfür wurden neue Zentrifugen und ein neues Schlamm-speicher- und ver-ladesystem in Form eines Unterfahr-silos errichtet. Mit diesem automatisierten Schlamm-speichersystem ist es möglich, den Schlammwässerungsprozess kontinuierlich und relativ unabhängig von der Abfuhr des Schlamm-s zu gestalten. Durch die Einrichtung der Silos kann der entwässerte Klärschlamm zwischengespeichert werden. Damit kann kontinuierlich Klärschlamm entwässert werden, was positiv auf den Reinigungsprozess des Abwassers wirkt und darüber hinaus durch Reduzierung des Klärschlammalters zu einer höheren Gasausbeute führt.

Ebenfalls auf der Kläranlage Nord erfolgte im Geschäftsjahr 2021, in Umsetzung der HWS Impuls-Maßnahme, die Umstellung des Dosiervorgangs der Kohlenstoffquelle mit Anpassung an die frachtbezogene Zulaufbelastung zur Optimierung des Betriebsmitteleinsatzes und zur Einhaltung des Stickstoff-Überwachungswertes. Hierfür wurde neue Messtechnik installiert und die Durchflussmessung nachgerüstet. Ein entsprechender Steuerungsalgorithmus wurde im Rahmen einer Masterarbeit eines Mitarbeitenden im berufsbegleitenden Studiums entwickelt. Durch diese Optimierungsmaßnahmen können weitreichend Chemikalien eingespart werden.

Um die Planungssicherheit der Substanzwerterhaltung zu verbessern und mit dem langfristigen Investitionsplan und dem strategischen Anlagenmanagement zu verbinden, wurde 2021 die Entwicklung eines prognosegestützten Alterungsmodells für das Kanalnetz der Stadt Halle (Saale) weiter fortgeführt. Als wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes wurde die Datenplausibilisierung abgeschlossen. Durch das Alterungsmodell kann eine haltungsgenaue Prognose der Entwicklung des Zustandes des Abwassernetzes in den nächsten 30 Jahren abgebildet werden. Diese Prognose ermöglicht es der HWS, in Verbindung mit der schon bestehenden 30-Jahres-Planung dann sowohl technische Maßnahmen langfristig zu planen, als auch kaufmännische Entscheidungen zu Investitionen, Kosten und der Wirkung auf Verschuldung, Ergebnis und Preis abzuleiten. Mit Hilfe statistischer Verfahren wird das Alterungsverhalten des Kanalnetzes in Abhängigkeit von Parametern wie Alter, Rohrmaterial, Lage im Verkehrsraum, Tiefenlage der Kanäle und vorliegende Schäden analysiert. Der Fokus liegt auf der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Es werden verschiedene Szenarien bezüglich des monetären Einsatzes betrachtet und die sich daraus abzuleitenden Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung analysiert. Diese Maßnahme wird begleitet von der Hochschule Aachen und soll nach intensiver Bearbeitung der Szenarienauswahl im Geschäftsjahr 2022 erste Ergebnisse aufzeigen.

Die HWS hat 2021 die Konzeption zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit der Trinkwasserversorgung im Falle eines großflächigen Stromausfalls von bis zu 72 Stunden abgeschlossen. Um die Sensorik und Anlagen zu betreiben, wurde 2021 die Beschaffung von sieben Notstromaggregate initiiert, welche bereits teilweise installiert wurden. Die Erarbeitung einer analogen Konzeption für den Bereich Abwasser befindet sich derzeit in der Erarbeitung und soll im Geschäftsjahr 2022 abgeschlossen werden.

Schwerpunkt der Digitalisierung im Bereich Trinkwasser/Abwasser war der Abschluss der Pilotprojekte zur Umsetzung des Betriebsinformationssystems. Ziel des Gesamtprojektes ist eine vollumfängliche digitale Unterstützung der Hauptprozesse Inspektion und Wartung der Netze Trinkwasser und Abwasser. Dies soll von der Planung bis hin zur Steuerung, Durchführung, Dokumentation und Abrechnung erfolgen. Des Weiteren soll die mobile Datenerfassung modernisiert werden.

Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe

Zur Verbesserung des Kundenservice arbeitet die HWS weiterhin an digitalen Lösungen, um Dienstleistungen und Informationen online anzubieten. Dass der Wunsch des Kunden nach schneller und permanenter Zugriffsmöglichkeit über digitale Medien besteht, zeigt sich darin, dass die Anmeldung zur Sperrmüllentsorgung zu ca. 80 % über die digitale Sperrmüllkarte und die Abholung von Elektro-Altgeräten zu ca. 35 % über die Online-Beantragung abgewickelt wird. Insofern hat sich die HWS 2021 intensiv mit der Entwicklung eines Kundenportals beschäftigt. Dies ist ein Anwendungssystem, in dem Neu- und Bestandskunden online personalisierte Informationen einsehen, Aufträge auslösen, Auftragsbestätigungen sowie Rechnungen erhalten und Stammdaten bei Bedarf ändern können. Der Kundschaft wird mit dem Portal ein unkomplizierter Zugang zu kundenbezogenen Informationen, schnelle und einfache Bestellungen, ein Kunden self-service sowie eine permanente Erreichbarkeit geboten. Das konkrete Nutzenpotenzial für die HWS besteht in einem höheren Service gegenüber den Kundinnen und Kunden sowie in der Reduzierung von Kundenbetreuungsaufwand, der Erhöhung der Erreichbarkeit, einer damit verbundenen Umsatzsteigerung sowie einer Prozessvereinfachung und Optimierung.

Im Rahmen der Roadmap Klimaneutralität der SWH-Gruppe wurden auch im Bereich Abfall und Entsorgung im Rahmen einer umweltökonomischen Analyse HWS Impuls-Projekte gestartet und umgesetzt. Zu den wichtigsten davon zählen nachstehende, bei denen die im Folgenden aufgeführten umweltökonomischen Effekte erzielt werden sollen:

Projekt	Kosteneinsparung	CO ₂ -Einsparung
Digitaler Leitstand TEB	92 TEUR/a	12 – 20 t/a
Digitaler Leitstand TER	100 TEUR/a	15 t/a
Digitaler Leitstand TEC	30 TEUR/a	6 t/a
Erhöhung Beschaffungsquote sauberer Fahrzeuge		39 t/a

Der digitale Leitstand in der Abteilung Behälter-/Sperrmüllentsorgung befindet sich seit 2020 im Regelbetrieb. Durch die tägliche Anwendung der webbasierten Softwareplattform MOBA Mawis wurden noch weitere Anpassungen und Feinjustierungsbedarf des Systems 2021 identifiziert und umgesetzt. Neben den aufgezeigten ökonomischen und Umwelteffekten konnten über 20.000 Transportkilometer und 2.826 Arbeitsstunden eingespart werden. 2021 wurden die Voraussetzungen geschaffen, den zweiten digitalen Leitstand für die Abteilung Straßenreinigung und Winterdienst umzusetzen. Nach Probetrieb bis zum 31. Dezember 2021 erfolgte die Produktivsetzung zum 1. Januar 2022. Es ist davon auszugehen, dass die dargestellten geplanten Parameter erreicht werden.

Der digitale Leitstand für die Abteilung Containerdienst wird in 2022 vorbereitet und soll 2023 produktiv gesetzt werden.

In Umsetzung der Clean Vehicle Richtlinie des Europäischen Parlaments hat die Bundesrepublik Deutschland am 15. Juni 2021 das Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge mit Wirkung vom 2. August 2021 in Kraft gesetzt. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Beschaffungsquote an sauberen Straßenfahrzeugen zu erhöhen. Das Gesetz sieht vor, dass bis 31. Dezember 2025 insgesamt 38,5 % aller PKW und leichten Nutzfahrzeuge unter 3,5 t als saubere Fahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes beschafft werden. In diesem Bereich hat die HWS bereits zum Stand 31. Dezember 2021 eine Quote sauberer Fahrzeuge in Höhe von 43,0 % ihres Gesamtbestandes von Nutzfahrzeugen unter 3,5 t und plant bis 2025 in der Beschaffung eine Quote von 60,0 %. Bei Nutzfahrzeugen über 3,5 t sieht das Gesetz eine Beschaffungsquote von 10 % vor. Im Segment über 7,5 t gibt es derzeit keine wirtschaftlich und technisch umsetzbaren Lösungen. Alle Neuerungen werden durch die HWS geprüft und einer umweltökonomischen Analyse unterzogen. Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein elektrisch betriebenes Müllpressfahrzeug getestet. Reichweite und Anschaffungspreis erfüllten trotz Förderung nicht den Kriterien der umweltökonomischen Analyse der HWS. 2022 wird die HWS ein wasserstoffbetriebenes Müllpressfahrzeug testen. Darüber hinaus hat die HWS 2021 15 LKW auf Euro 6 Norm umgerüstet.

Durch zielgerichtete Akquisetätigkeit von Neukunden sowie markt- und zielgerichtete Preisanpassungen des Vertriebs der HWS ist es 2021 gelungen, einem Umsatzpotenzial von 100 TEUR zu gewinnen. Positiven Einfluss auf den Umsatz und das Ergebnis im Geschäftsfeld Entsorgung und Sekundärrohstoffe hatte die positive Entwicklung im Sekundärrohstoffmarkt. Zusätzliche Mengen und Steigerungen in den Verwertungspreisen haben zu Mehrumsätzen im Vergleich zum Vorjahr bei Papier in Höhe von 1.428 TEUR und bei Schrott in Höhe von 630 TEUR geführt.

Als wichtigstes Investitionsprojekt konnte 2021 die Installation einer neuen Ballenpresse am Standort Äußere Hordorfer Straße abgeschlossen werden. Die Anschaffung der Ballenpresse war erforderlich, da zum einen die alte Presse ihre Nutzungsdauer überschritten hatte und zum anderen die Mengen an zu verarbeitenden Papier und Kartonnagen in den letzten Jahren permanent gestiegen sind. Mit Inbetriebnahme der Ballenpresse ist eine höhere Durchsatzleistung gesichert.

Im Februar 2021 gab es in der Stadt Halle (Saale) einen extremen Wintereinbruch. Der Winterdienst der HWS sowie die dienstleistenden Unternehmen waren zehn Tage lang rund um die Uhr im Einsatz, um die Schneemassen im Rahmen des mit der Stadt Halle (Saale) vereinbarten Winterdienstplanes zu beseitigen und die Erreichbarkeit von prioritären Standorten, wie beispielsweise Krankenhäusern und Altenheimen, zu sichern. Die Behälterentsorgung konnte aufgrund der Witterungsverhältnisse lediglich an einem Tag nicht erfolgen, anschließend erfolgte ein eingeschränkter Entsorgungsrhythmus inklusive entsprechender Nachentsorgungen.

Geschäftsfeld Gebäudereinigung

Im Geschäftsjahr 2021 wurden auf Anforderung der Stadt Halle (Saale) diverse Zusatzleistungen zum Schutz vor COVID-19 abgefordert. Insgesamt erbrachte die Gebäudereinigung eine Zusatzleistung von 1.441 TEUR. Die Realisierung dieser Aufgaben konnte nur in enger Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) und durch hohe Flexibilität der Mitarbeitenden in der Gebäudereinigung erbracht werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch das weiterhin vermehrte Baugeschehen im Stadtgebiet Halle (Saale) wurden auch im Jahr 2021 deutlich mehr Bauabfälle entsorgt. Weiterhin stieg die Anzahl der Containerleistungen durch zielgerichtete Akquise von Leistungen durch den Geschäftsbereich Vertrieb der HWS im gewerblichen Bereich stetig an.

Aufgrund der Konjunkturlage ist eine stetige Erhöhung der Baupreise zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex für Tiefbau (Ortskanäle) in Sachsen-Anhalt von 2020 auf 2021 um 9,8 Punkte im Jahresdurchschnitt. Durch eine gute Vorbereitung der Ausschreibungen und Vergaben sowie konsequent geführten Bietergesprächen konnte im Jahr 2021 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen oder Ausschreibungen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben werden mussten.

Die Preisentwicklung für Wertstoffe ist weitgehend stabil. Während einer, trotz Schwankungen, überwiegenden Stabilität bei den meisten Wertstoffen, stiegen insbesondere die Preise für Kunststoffe zum Jahresende hin an. Beim PPK lagen die Preise 2021 weitgehend stabil auf hohem Niveau. Beim Altholz deutet der Preis für die Verwertung zuletzt auf eine Entspannung hin, auch wenn noch kein Zuzahlungsbereich absehbar ist. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bleiben weiterhin beherrsch- und überschaubar, die Rohstoffverknappung wirkt eher positiv auf den Markt für Sekundärrohstoffe. Die allgemeine Preistendenz spricht für eine anspringende konjunkturelle Phase, deren Nachhaltigkeit auch vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängen wird.

Die Vergütungen im Wertstoffbereich (hier Kunststoffe und PPK 1.04) gegenüber Industrie- und Gewerbekunden erfolgen auf Grundlage der Bindung an die entsprechenden Indizes der Zeitschrift EUWID, sodass Marktschwankungen teilweise weitergegeben werden können.

Ebenfalls basiert die Vergütung für Schrott grundsätzlich auf den monatlichen Preisinformationen der Verwerter.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Dezember 2019 hat die Europäische Kommission einen Ergebnisbericht zur Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) veröffentlicht. Insgesamt kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die WRRL ihren Zweck weitgehend erfüllt und zu einem höheren Schutzniveau für Wasserkörper sowie einem besseren Hochwasserrisikomanagement geführt hat. Die Umsetzung hat sich erheblich verzögert und die Ziele konnten noch nicht vollständig erreicht werden. Dies ist auf unzureichende Finanzierung, eine zu langsame Umsetzung sowie die unzureichende Einbeziehung der umweltpolitischen Zielsetzungen in anderen Politikbereichen zurückzuführen, nicht jedoch auf Mängel an der WRRL selbst. Im dritten Quartal 2020 hat die EU-Kommission entschieden, dass die WRRL selbst nicht geöffnet werden soll und keine Überarbeitung notwendig ist. Vielmehr muss die Umsetzung verbessert und beschleunigt werden. Die Kommission hat Folgemaßnahmen im Null-Schadstoff-Aktionsplan, welcher am 12. Mai 2021 veröffentlicht wurde, festgelegt. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen in allen einschlägigen EU-Politikfeldern vor. Während er selbst nicht bindend ist, kündigt er die Überarbeitung bestehender EU-Gesetzgebung an, um die Maßnahmen umzusetzen. Auch die Überprüfung der Stofflisten für Grund- und Oberflächenwasser im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, die Überarbeitung der Pflanzenschutzmittelrichtlinie sowie der Kommunalabwasserrichtlinie sollen darunter gefasst werden.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da die Fahrzeuge der SWH-Gruppe hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der SWH-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht. Die für den 3. Dezember 2020 vorgesehene mündliche Verhandlung wurde durch das Landgericht Stuttgart aufgehoben. Mit Beschluss 2. Februar 2021 hat das Landgericht Stuttgart den Rechtsstreit bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über den Vorlagebeschluss des Landgerichts Hannover ausgesetzt.

Die Regelungen für vereinfachte Vergabeverfahren von Land, Kommunen und kommunalen Unternehmen aufgrund der COVID-19-Pandemie fanden auch im Geschäftsjahr 2021 Anwendung. Bei Beschaffungsleitungen nach VOL/A sind bis zu einem Auftragswert von 215 TEUR beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben möglich. Bei Bauleistungen nach VOB/A sind bis zu einem Auftragswert von 5.382 TEUR beschränkte Ausschreibungen sowie bis zu einem Auftragswert von 2.500 TEUR freihändige Vergaben möglich. Zum Ende des Geschäftsjahres 2021 erfolgte die Fortschreibung der Regelungen bis zum 31. Dezember 2022.

Durch die Stadt Halle (Saale) wurde, unter Einbeziehung der HWS, zum 1. Januar 2021 mit dem Dualen System Deutschland die Anlage zur Abstimmungsvereinbarung, welche die haushaltsnahen Erfassung von Verpackungsabfällen aus PPK sowie die Mitbenutzung der kommunalen Entsorgung und deren Sammelsysteme regelt, neu verhandelt und abgeschlossen. Im Ergebnis der neuen Vereinbarung wurde der prozentuale Anteil der miterfassten Verkaufsverpackungen aus Papier/Kartonnagen festgesetzt sowie der Verzicht eines Volumenfaktors abgestimmt. Mit Wirkung zum 1. Januar 2021 stellt die HWS der Stadt Halle (Saale) 100 % des Aufwandes für die PPK-Sammlung in Rechnung. Die Stadt Halle (Saale) wiederum berechnet den dualen Systemen deren Anteil an den Sammelkosten entsprechend der Anlage zur Abstimmungsvereinbarung weiter.

Der Bundesrat hat am 25. Juni 2021 der „Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz“ zugestimmt. Von der Mantelverordnung betroffen ist insbesondere die Bau- und Recyclingwirtschaft. Die Verordnung tritt 2 Jahre nach Verkündung, d.h. im Sommer 2023 in Kraft. Mit der der Mantelverordnung soll grundsätzlich das Recycling mineralischer Abfälle gefördert sowie nachvollziehbarer gestaltet werden. Insbesondere legt die Mantelverordnung dabei den Fokus auf den Schutz von Boden und Grundwasser. Andererseits soll eine möglichst hohe Recyclingquote für solche mineralischen Ersatzbaustoffe erzielt werden, die sich durch das Wiederaufbereiten von Baustoffen und aus Reststoffen gewinnen lassen. Zur Umsetzung der Ziele wird eine Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV/EBV) eingeführt, die Deponieverordnung (DepV) und Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) angepasst sowie das Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) neugefasst.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls, die Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Optimierungspotenzialen in den letzten Jahren geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeitenden in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Eine umfangreiche Nachfolgeplanung und ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den TalentPool stellen gute Voraussetzungen dar, um die Entwicklungsmöglichkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sicherzustellen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen, verbesserten Internetauftritt und die Nutzung des Social Networks wird eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die 2021 verabschiedete IT-Strategie der HWS legt die Leitlinien und die strategische Ausrichtung der Digitalisierung des Unternehmens fest.

Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen der HWS, wie das Geschäftsprozessmanagement, Smart-metering durch fernauslesbare Wasserzähler, das Betriebsinformationssystem im Trink- und Abwasserbereich, die digitalen Leitstände oder die Tourenoptimierung im Bereich Entsorgungsdienste sowie die Einführung eines Kundenportals, werden zunehmend zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Eine grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bewirtschaftung von Wasserressourcen muss den aktuellen Herausforderungen angepasst werden, um die Auswirkungen des Klimawandels zu lindern, die Verschmutzung und die Erschöpfung von Ressourcen zu bekämpfen, den Wasserbedarf zu steuern, den Zusammenhang zwischen Wasser und Energie anzugehen und die Schädigung der Ökosysteme zu verhindern. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hat die HWS in Zusammenarbeit mit dem Technologiepark Weinberg Campus ein Grobkonzept zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Wasser erarbeitet. Ziel des Kompetenzzentrums soll es sein, die Kommunikation zwischen Akteuren der Wasserwirtschaft und den angrenzenden Wirtschafts- und Stakeholderbereichen zu stärken sowie Synergie- und Kooperationspotenziale zu identifizieren, um nachhaltige und zukunftsfähige Perspektiven zu schaffen. Anfang 2021 ist die Beantragung von Fördermitteln für dieses Projekt im Rahmen des STARK-Programms des Bundes erfolgt. Die Initiative wird durch das Land Sachsen-Anhalt unterstützt. Die für das Projekt zuständige BAFA hat die Projektförderfähigkeit bestätigt und die Bescheidung zeitlich von der Beschlussfassung des Haushaltsplanes der Bundesrepublik abhängig gemacht.

Im Rahmen des Förderprogramms „FONA - Forschung für Nachhaltigkeit“ des BMBF wurde unter Federführung der Hochschule Merseburg das Projekt „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Kunststoffrecyclingtechnologien (KuRT)“ zum 1. September 2021 ins Leben gerufen. Das Ziel des Projektes ist die Errichtung einer Anlage zur katalytischen Spaltung von olefinreichen Abfallfraktionen in einer industriellen Vorstufe und Analyse/Demonstration des Prozesses bis 2028. Die prioritäre Zielstellung in der Konzeptphase besteht in der Erarbeitung eines überzeugenden Konzeptes als Voraussetzung zur Bewilligung der Umsetzungsphase. Die Konzeptphase ist am 1. September 2021 gestartet und soll bis zum 31. Mai 2022 abgeschlossen sein. Den Themen Nachhaltigkeit, Ökologie sowie Verdrängungseffekte durch Einführung einer neuen Technologie wird im Rahmen der Konzepterstellung eine hohe Wichtigkeit zugesprochen. Für die Umsetzung des Projektes wurde ein Bündnis aus diversen Einrichtungen/Instituten und Unternehmen geschaffen, die alle ihr Fachwissen einbringen. Zum Bündnis gehören unter anderem die Hochschule Merseburg, die Dow Olefinverbund GmbH, das Fraunhofer Institut IMWS, die MIBRAG, die HWS und die RAB.

Neben diesem Projekt werden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt bzw. neu begonnen:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälter-/Sperrmüllentsorgung mit dem Partner Hochschule Merseburg,
- Alterungsmodell im Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen,
- Konzept zum Umgang mit Starkniederschlagsereignissen mit dem IWS Leipzig, einem Institut der HTWK Leipzig,
- Untersuchung von Möglichkeiten zur Abtrennung von Spurenstoffen aus Abwässern mit GMBU, TGZ und MLU im Rahmen der Spurenstoffstrategie des Bundes,
- Mitwirkung im Netzwerk NK2 des Fraunhofer IMWS zur Stärkung von Innovationsketten für emissionsarme Technologien,
- Mitwirkung im Projekt RUBIO als regionales unternehmerisches Bündnis zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für technische Biopolymere in Mitteldeutschland,
- Unterstützung des Forschungsprogramms „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Kunststoffrecyclingtechnologien“ im Rahmenprogramm der Forschung für nachhaltige Entwicklung der Hochschule Merseburg,
- Mitwirkung im Pilotprojekt Laserschweißen im Trinkwasserbereich in Zusammenarbeit mit der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Halle GmbH.

Im Geschäftsjahr 2021 fand ebenfalls das siebte Hallesche Werkstattgespräch zum Thema „Innovation und neue Technologien – Antwort auf die Herausforderungen in der Wasserwirtschaft“ in Kooperation mit der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Halle GmbH (SLV) statt. Schwerpunkt Thema des war die Vorstellung neuer innovativer Verfahren und Technologien, die notwendig sind, um den Herausforderungen in der Wasserwirtschaft zu begegnen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, das Versuchsfeld zum orbitalen Laserschweißverfahren zu besichtigen. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche interessierte Unternehmen und Ingenieurbüros sowie Vertreter aus Politik teil.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren im Unternehmen 561 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 17 Jahren.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2021 29 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter eine duale Studentin.

Die Ausbildung erfolgt in folgenden Ausbildungsberufen:

- Berufskraftfahrerin und Berufskraftfahrer,
- Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft,
- Industriemechanikerin und Industriemechaniker,
- Elektronikerin und Elektroniker für Betriebstechnik,
- Chemielaborantin und Chemielaborant,
- Kauffrau /-mann für Büromanagement,
- duale Studiengänge in dem Bereich Wasserwirtschaft.

3.6.1. Personalentwicklung

Für 2021 war eine Fortführung und Vertiefung der bereits in den Vorjahren eingeführten Personalentwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der operativen Exzellenz und Innovationsfähigkeit geplant. Den betriebswirtschaftlichen Prozessen in der HWS Rechnung tragend, war vorgesehen, ab Ende des ersten und Anfang des zweiten Quartals verschiedene Inhouse-Angebote durchzuführen.

Aufgrund der Covid19-Pandemie wurde in der ersten Jahreshälfte wie schon im Vorjahr vorwiegend auf virtuelle Angebote umgestellt, sodass lediglich nicht umstell- oder verschiebbare Pflichtschulungen oder Qualifizierungsmaßnahmen in Präsenzform durchgeführt wurden. Die Durchführung erfolgte in diesen Fällen unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln.

Für das zweite Halbjahr wurde der Neustart von Präsenzformaten in der Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung, im TalentPool sowie im Compliance-Schulungsprogramm geplant. Durch Nutzung der großen Konferenzräume in der SWH-Lernwerkstatt im Energiepark Dieselstraße konnten die Abstandsregeln gut eingehalten werden. Bis Ende Oktober fanden somit wieder Präsenzs Schulungen im TalentPool, in der Führungskräfte- und in der Mitarbeiterentwicklung statt und es konnten Pflichtschulungen zur Sicherung der Fachkunde durchgeführt werden.

3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

Im Rahmen der Führungskräfteentwicklung wurden die Themen „Führung auf Distanz“, „Vom Kollegen zur Führungskraft“, „Back to the office – the new normal“ sowie „Online-Meetings moderieren“ angeboten. Kurzfristig wurden Führungskräfte der SWH-Gruppe für einen virtuellen Austausch zum Thema „Führung auf Distanz“ eingeladen. Vier Führungskräfte der HWS nahmen an den angebotenen zentralen Veranstaltungen teil.

In den Bereichen der HWS wurde zudem das unternehmensangepasste Führungskräfteprogramm fortgeführt.

Die geplanten Erst- und Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention (SWH-Schulungsturnus drei Jahre) wurden in einem virtuellen Format im Dezember durchgeführt. An diesem konnten 21 Führungskräfte der HWS teilnehmen.

Ebenfalls virtuell durchgeführt wurde die Schulung zu Behördlichen Ermittlungen. Hier nahmen 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der HWS sowie eine Multiplikatorin des externen Sicherheitsdienstes teil.

Seit diesem Schulungsjahr wird in der SWH-Gruppe zudem eine Jahresschulung zum Steuerrecht etabliert. Drei Mitarbeitende mit entsprechender Fachverantwortung nahmen an der Schulung teil.

Im Rahmen der zentralen Mitarbeiterentwicklung wurden „Office-Schulungen“, Veranstaltungen der „Zufriedenheitstrilogie“, „virtuelle Moderation“, „Stresstraining“, ein Vortrag zur „Suchtprävention“ sowie Schulungen im „Projektmanagement“ angeboten. Die Veranstaltungen fanden größtenteils virtuell statt. Insgesamt 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HWS nahmen an den Schulungen teil.

3.6.3. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0,0 % (0 Personen). Auf der 1. Führungsebene beläuft sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2021 auf 28,6 % (2 Personen) und auf der 2. Führungsebene auf 28,6 % (6 Personen).

Der Aufsichtsrat der HWS setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens/Konzerns gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22,0 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25,0 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31,0 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt bei 16,7 % (2 Personen).

3.6.4. TalentPool

Der dritte TalentPool der Stadtwerke Halle Gruppe startete im 28. Mai 2019. Es wurden zwei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter der HWS aufgenommen. Die aktive Phase ist auf 3 Jahre ausgelegt (bis Mai 2022), wenngleich diese Zeit in diesem Jahr pandemiebedingt mehrfach unterbrochen wurde.

In 2021 wurde die Projekte aus dem Vorjahr weiterbearbeitet. Aufgrund der COVID-19-Pandemie fand auch hier die Projektarbeit größtenteils virtuell statt.

Folgende Fragestellungen wurden im Rahmen der Projekte bearbeitet:

1. Gestaltet das Kundenerlebnis bei der HWS von morgen für "Privatpersonen die gerade ein Haus bauen" in einer Welt in der Zeit und Geld rares Gut sind
2. Entwickelt ein smartes und innovatives Erlebnis, welches das Leben in der Stadt Halle für Bürger komfortabler macht
3. Entwickelt ein innovatives Erlebnis der Stadt Halle für eine besonders flexible/anspruchsvolle/wechselwillige Zielgruppe, welches die Produkte der Stadtwerke Halle berücksichtigt
4. Gestaltet ein innovatives Kundenerlebnis an den Touchpoints zwischen Kunden und SWH-Gruppe

Im Jahr 2021 werden die Gruppen in die Umsetzungsphase starten und Trainings sowie Projektcoachings in Anlehnung an die konkreten Projektaufträge erhalten, sodass der Lernerfolg durch den Abbau von Lerntransferhemmnissen erhöht und Kompetenzaufbau der Talente für höhere und verantwortungsvolle Tätigkeiten verstärkt wird.

Weiterhin fand ein 2-tägiges Training zur Biostrukturanalyse statt.

In 2022 soll die Projektarbeit fortgesetzt und beendet werden. Außerdem werden verschiedene Schulungen & Trainings zum systemischen Denken und der Persönlichkeitsentwicklung stattfinden.

3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die BGM-Aktivitäten waren stark von der Pandemie beeinflusst: der Gesundheitstag wurde abgesagt, genauso wie der alljährliche Stadtwerke-Cup im Fußball und Volleyball. Gesundheitskurse und Massageangebote gab es mit entsprechenden Hygieneregeln nur wenige Wochen lang. Zeitweise boten die Stadtwerke 20-minütige Online-Trainingsprogramme als „Bewegte Pause“ an.

Gripeschutzimpfungen, die Fortsetzung der Langzeitstudie zu Prostata-Erkrankungen und Impfungen gegen COVID-19 konnten jedoch stattfinden.

Gemeinsam mit der AOK Sachsen-Anhalt, unserem Kooperationspartner, erfolgte die Befragung „Gesund arbeiten“ der letzten noch offenen Mitarbeitergruppe: des kaufmännischen Bereiches, des Bereiches Vertrieb und des Referates der Geschäftsführung. Auch hier war die Beteiligung mit 67 % ähnlich hoch, wie bei den Befragungen der anderen Bereiche. Die Ergebnisse wurden in einem Infolyer zusammengefasst und an alle Befragten ausgegeben.

Muskulo-skeletale Beschwerden stehen im Vordergrund, aber auch Erschöpfung/Schlafstörungen werden genannt. Bewegungsmangel bzw. schwere körperliche Arbeiten sind ergonomische Belastungen; Hitze, Staub/Schmutz, Lärm und Gerüche die genannten physikalischen. Bei den psychischen Belastungen wurden die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen, große Arbeitsmengen sowie häufige Störungen genannt.

Als Ergebnis der Mitarbeiterbefragung bei TW bot die AOK dreistündige Workshops an, bei denen Mitarbeitende nur einer Hierarchieebene teilnahmen. Es ging um die Konkretisierung der Belastungen und um passende Gegenmaßnahmen. In vier Abteilungen fanden diese Workshops statt.

Während zweier AOK-Webinare zu den Themen „Entspanntes Sehen“ und „Mehr Power fürs Immunsystem“ gab es Tipps zur Vorbeugung. Darüber hinaus bot die AOK hauptsächlich für Führungskräfte mehrere Webinare und Online-Schulungen zu gesundheitsrelevanten Themen, zu deren Teilnahme zum Teil verbindlich die Bereichsleiter ihre Führungskräfte anhielten.

Neun Mitarbeitende ließen sich von der AOK zum Gesundheitslotsen schulen. Sie sollen zukünftig die Gesundheitszirkel weiter unterstützen und als Multiplikatoren für Aktionen wirken.

Am Sonder-Check-up der AOK zum Hautscreening hauptsächlich für gewerbliche Mitarbeitende nahmen 86 Mitarbeitende teil.

Am AOK-Check-up mit einer „Medimouse“ zur Vermessung der Wirbelsäule nahmen 110 Mitarbeitende teil, ein Termin ist noch offen.

Seit Anfang Mai heißt es bei kaufmännischen/ingenieurtechnischen Mitarbeitenden „Heute schon gefroacht?“. Kurze, digital angebotene Bewegungseinheiten, geleitet vom „Froach“, sollen gegen Bewegungsmangel, Verspannungen und Ermüdung angehen.

Zwei mehrfach verschobene Seminare zur Raucherentwöhnung fanden statt, 19 Mitarbeitende nahmen daran teil.

Beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) wurden Pandemiebedingt wenig Einschränkungen bei der Zahl der angeschriebenen Mitarbeitenden (87) mit Einladungen und Infoschreiben gemacht. Reduziert werden musste die Zahl der Gespräche (37). Sechs BEM-Verfahren wurden eingeleitet. Es ging dabei u. a. um Lösungen für einen Altersübergang und um die Umsetzung auf leidensgerechte Arbeitsplätze.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2020	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	119.921	126.514	6.593	5,5
Bestandsveränderungen	-17	-4	13	-76,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.133	1.020	-113	-9,9
Übrige betriebliche Erträge	8.629	7.697	-932	-10,8
Materialaufwand	40.288	44.642	4.354	10,8
Personalaufwand	33.387	32.639	-748	-2,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	14.076	14.815	739	5,3
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	254	440	185	72,9
EBITDA	42.169	43.571	1.402	3,3
Abschreibungen	22.077	22.413	336	1,5
EBIT	20.092	21.158	1.066	5,3
Zinsergebnis	-8.447	-8.588	-141	1,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.645	12.570	925	7,9
Sonstige Steuern	143	118	-25	-17,5
Ergebnis vor Gewinnabführung	11.502	12.453	951	8,3

Die Absatzmengen für Trinkwasser sind für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte im Vergleich zum Vorjahr entsprechend den Wetterbedingungen gesunken. Durch Umsetzung des Konzessionsvertrages sind die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr fast gleichbleibend.

Basierend auf dem Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS über die Abwasserentsorgung erfolgt die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Abwasserentsorgung unter analoger Anwendung des im Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Kostendeckungsprinzips. Die Entwicklung der Erlöse ist daher stets von der Entwicklung der Kosten der Sparte Abwasser beeinflusst. Die gesunkenen Kosten führten zu geringeren Erlösen als im Vorjahr.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist weiterhin eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen können aufgrund von städtischen Bautätigkeiten sowie zielgerichteter Akquisetätigkeiten im gewerblichen Bereich erreicht werden. Durch die Mengen- und Erlössteigerungen im Bereich der PPK-Verwertung und der Entsorgung der Bauabfälle kann eine Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 2.082 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Auch in diesem Geschäftsjahr konnte die Gebäudereinigung von den zusätzlichen Hygienemaßnahmen in den Schulen, Kindergärten und städtischen Einrichtungen partizipieren und verzeichnete eine deutliche Umsatzsteigerung.

Die übrigen Umsatzerlöse sind vor allem durch die Verträge bei der Abwassereinleitung mit Dritten und den hohen Kostenbeteiligungen geprägt. Die Steigerung beträgt insgesamt 1.190 TEUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die übrigen betrieblichen Erträge mit einer deutlich geringeren Auflösung von Rückstellungen um 843 TEUR gesunken.

Parallel zu den Umsatzerlösen ist der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 622 TEUR gestiegen. Wesentliche Einfluss haben hier die Preissteigerungen für die Energieträger Strom und Kraftstoff, weiterhin der zusätzliche Aufwand aus Präventionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und die zusätzlichen Papiervergütungen.

Die Überschreitung der bezogenen Leistungen wird verursacht zum einen durch den vermehrten Bedarf an Fremdleistungen im Winterdienst, Leistungen der Gebäudereinigung in der Pandemievorsorge und für das Substanzwerterhaltungsprogramm der Abwasserleitungen und zum anderen für die Abfallentsorgung und -verwertung. Diese Überschreitung ist im Zusammenhang mit Mehrerlösen zu sehen.

Der Personalaufwand zeigt sich gegenüber dem Vorjahr geringer mit 749 TEUR dank des geringeren Tarifabschlusses, der Sozialplanleistungen sowie der erhöhten Anzahl an langzeiterkrankten Mitarbeitenden außerhalb der Lohnfortzahlung.

Ursächlich für die gestiegenen übrigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere die aufgrund des neu geschlossenen Konzessionsvertrages gestiegene Konzessionsabgabe in Höhe von 1.998 TEUR (Vorjahr: TEUR 417).

Für die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen ist zum Jahresende ein Wert von 439 TEUR festzustellen. Dieser liegt um TEUR 185 über Vorjahresniveau und ist auf eine höhere Gewinnabführung durch die Tochtergesellschaft zurückzuführen.

In der Grundbetrachtung der vorgenannten Kostenarten zeigt das EBITDA mit 43.571 TEUR eine deutliche Entwicklung und überschreitet den Vorjahreswert um 1.402 TEUR.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 336 TEUR gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Zinsergebnis um 141 TEUR verbessert werden.

Somit überschreitet das Ergebnis vor Gewinnabführung von 12.453 TEUR das Vorjahresergebnis um 951 TEUR. Das geplante Ergebnis der HWS von 10.829 TEUR wurde um 1.624 TEUR übererfüllt.

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 1.150 TEUR, welche als Kapitaleinlage zugeführt wurde. Unter Berücksichtigung der nachträglichen Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 ergibt sich im Jahr 2021 eine Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 1.148 TEUR. Das bilanzielle Eigenkapital zum 31. Dezember 2021 betrug 91.177 TEUR.

Der Sonderposten für Baukosten- und Investitions- und Ertragszuschüsse erhöhte sich im Geschäftsjahr um 3.144 TEUR auf 172.664 TEUR. Diese Erhöhung resultiert bei planmäßiger Auflösung hauptsächlich aus Zugängen von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 sowie aus dem Ansatz kalkulatorischer Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte für die Preiskalkulation in der Sparte Abwasser.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Kumulativ erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 3.976 TEUR auf 268.083 TEUR.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 294.159 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 281.488 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 9.900 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2021 für fünf Darlehen nach auslaufender Zins- bzw. Margenbindung neue Vereinbarungen teils durch Umschuldung abgeschlossen.

Im Jahr 2013 schloss die HWS einen Portfolioswap zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit ab. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und stieg im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2021 betrug der Nominalbetrag 86.072 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2020	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	253.226	248.239	-4.987	-2,0
Liquide Mittel	16.878	13.881	-2.997	-17,8
Nettoschulden	236.348	234.358	-1.990	-0,8
EBITDA	42.169	43.571	1.402	3,3
Nettoschulden/EBITDA	5,6	5,4	-0,2	-4,0

5.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2021 verfügte die HWS über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 13.329 TEUR (Vorjahr: 15.862 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

5.3. Vermögenlage

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 948 TEUR auf 562.242 TEUR. Das entspricht einer Entwicklung von -0,2 %.

Diese Reduzierung resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen. Zum einen reduzierte sich der Cash Pool-Bestand und die übrigen liquiden Mittel um insgesamt 2.997 TEUR, gleichzeitig erhöhte sich das Anlagevermögen um 2.130 TEUR.

Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 24.625 TEUR stehen Abschreibungen von 22.413 TEUR und Buchwertabgänge von 82 TEUR gegenüber.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2020	2021	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	94,2	94,7	0,6
Umlaufvermögen	5,8	5,3	-9,2

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 0,2 % im Jahr 2021 positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2020	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	530.313	532.443	2.130	0,4
Wirtschaftliches Eigenkapital	264.107	268.083	3.976	1,5
Deckungsgrad	49,8 %	50,0 %		0,2

5.4. Gesamtaussage

Die HWS hat im Geschäftsjahr 2021 ihre strategischen Zielsetzungen erfüllt. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen überboten werden. Durch die Realisierung von 24.625 TEUR Investitionen konnten wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur erreicht werden. Dies erfolgt immer in Übereinstimmung mit den ökonomischen und ökologischen Zielstellungen des Unternehmens.

Die konsequente Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der HWS, die intensive Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die Mitwirkung in branchenbedingten Arbeitskreisen sichert die Zukunftsfähigkeit der HWS.

Der Abschluss des neuen Konzessionsvertrages Trinkwasser und die Verlängerung der Dienstleistungsverträge in den Bereichen Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Winterdienst und Gebäudereinigung mit der Stadt Halle (Saale) sind wesentlich für die perspektivische Entwicklung der HWS. Durch Umsetzung des neuen Trinkwasserpreismodells ist die Refinanzierung der vorhaltebezogenen Kosten langfristig gesichert.

Als Treiber der Weiterentwicklung sind die Aktivitäten zur Erreichung der operativen Exzellenz einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der langfristigen Geschäftsplanung und den begonnenen Digitalisierungsprozessen zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Qualifizierung sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden sind weiterhin wesentliche Aufgaben, um das Humankapital des Unternehmens stetig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2021 weiterhin stabil war und dass ausgangs des Geschäftsjahres 2021 die Grundlagen geschaffen sind, die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreichen zu können.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

6.3. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der HWS insgesamt 26 Risiken ermittelt (Vorjahr 25) Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Die Risiken sind wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen zu unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	5	0	0
Rechtliche Risiken	13	0	0
Technische Risiken	6	0	0
Gesamt	26	0	0

7. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2022 sowie die Vorschau für die Jahre 2023 bis 2026 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt. Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2021, die für den Zeitraum bis 2026 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten, zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoseberechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdeten, berichtspflichtigen Risiken.

7.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle ein leichter Rückgang eingeplant aufgrund des gedachten Auslaufens von COVID-19-Maßnahmen und des damit einhergehenden Rückgangs der Haushaltsverbräuche.

Im Abwasser verlaufen die geplanten Mengen analog zur Trinkwassermenge.

Die minimal steigende Bevölkerungsentwicklung wirkt sich nicht auf die Entsorgungsleistungen aus, sodass trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz gerechnet wird. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 bis 2,0 % angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgt in Abstimmung mit der Auftraggeberin Stadt Halle (Saale) und unterstellt ein sich leicht erweiterndes Leistungsspektrum.

7.2. Investitionen

Für das Jahr 2022 steht ein Investitionsbudget von insgesamt 24.517,0 TEUR zur Verfügung, darunter sind 21.407 TEUR neu bestätigte Investitionen und 3.110,0 TEUR Überhänge aus 2021. An Fördermitteln, Zuschüssen und kostenlosen Übernahmen sind 2.976 TEUR geplant.

Für die Wasserversorgung werden im Jahr 2022 Investitionsmittel in Höhe von 6.874,0 TEUR eingesetzt.

Demgegenüber zeigt die Abwasserbeseitigung für das Jahr 2022 ein Investitionsvolumen in Höhe von 10.506,0 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle. Das Investitionsbudget beinhaltet einen Anteil von 697,0 TEUR für die notwendigen Investitionen im Bereich Elster-Kabelsketal.

Die Investitionsmaßnahmen der kommenden Jahre sind maßgeblich auf die Umsetzung des Substanzwerterhaltungsprogramms im Trink- und Abwasserbereich in Verbindung mit ökologisch nachhaltigen Schwerpunktsetzungen sowie durch die Investitionsanforderungen Dritter zur Beteiligung an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen geprägt. Den Schwerpunkt bildet weiterhin die Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG.

Zudem werden die Maßnahmen zur technologischen Optimierung der Kläranlage Halle Nord mit dem Ersatz energieeffizienterer BHKW-Module im Jahr 2022 abgeschlossen. Neben der weiteren Optimierung der Auslaufgestaltung der Nachklärbecken stehen mittelfristig Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz im Fokus.

Schwerpunkt der Digitalisierung im Bereich Wasser und Abwasser ist die vollständige Umsetzung des Betriebsinformationssysteme.

Die unentgeltlichen Übernahmen beinhalten hauptsächlich die Übernahmen der Anlagen für Trink- und Abwasser in Erschließungsgebieten für Wohnbebauung. Da hier eine unmittelbare Abhängigkeit von der Bauabwicklung der Bauträger und der vertragskonformen Übergabe der technischen Anlagen an die HWS besteht, kann hier nur eine Abschätzung erfolgen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Nacherschließung des Gewerbegebietes Starpark I.

Im Bereich Entsorgungsdienste sind Investitionen in Höhe von 1.350,0 TEUR einschließlich der Reinigung geplant, welche vorwiegend von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark geprägt sind. Im Bereich PKW werden nach Möglichkeit alternative Antriebsarten unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten beschafft. Bei Kleintransportern laufen Testreihen. Die Umsetzung des digitalen Leitstandes Straßenreinigung wird 2022 und für den Containerdienst 2023 erfolgen.

Im Bereich Vertrieb stehen die Investitionen zur Erweiterung bzw. des Ersatzes von IT-Lösungen im Vordergrund. Nennenswerte Projekte sind die Einführung des Kundenportals, die Digitalisierung im Hausanschlusswesen sowie die Ablösung der ERP-Software „opti.AWI“.

Die Investitionen für die Bereiche Geschäftsführung, Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf in Höhe von 1.337,0 TEUR umfassen Maßnahmen für die Ausrüstung der HWS mit Hardware, Software sowie die weitere Ausstattung des Zentrallabors. Bauliche Veränderungen an Grundstücken und Gebäuden, die Umsetzung des in 2018 erstellten Sicherheitskonzeptes und die Einführung von SAP S/4HANA sind in die Planung berücksichtigt.

7.3. Finanzierung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist wie bereits in den vergangenen Jahren durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse charakterisiert.

Mit Hilfe der langfristigen Geschäftsplanung der HWS als Werkzeug zur strategischen Analyse ist es möglich, modellhaft für die nächsten 30 Jahre die Veränderungen von Rahmenbedingungen und deren langfristige Wirkung zu betrachten. In Ausrichtung an dem unter 1.2 dargestellten Zieldreieck sind neben der angemessenen Preisgestaltung und der Ergebnisstabilisierung vor allem die Substanzwertsicherung und die Sicherung der Finanzierungsfähigkeit der HWS zentrale Parameter.

7.4 Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

	WIPL	Vorschau				
	(in TEUR)	2022	2023	2024	2025	2026
HWS		11.695	11.854	11.259	11.240	11.220

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kern, Marcel	(seit 01.02.2021)
	Thiel, Hans-Ulrich	(bis 31.01.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	24.459	76	14.949	71	13.137	67	9.510	64
Umlaufvermögen	7.313	23	6.095	29	6.531	33	1.218	20
Rechnungsabgrenzungsposten	412	1	45	0	47	0	367	816

Bilanzsumme	32.184	100	21.089	100	19.715	100	11.095	53
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	15.308	48	8.892	42	10.926	55	6.416	72
Rückstellungen	2.479	7	1.882	9	1.623	8	597	32
Verbindlichkeiten	14.397	45	10.315	49	7.166	37	4.082	40

Bilanzsumme	32.184	100	21.089	100	19.715	100	11.095	53
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.979	12.079	21.858
sonstige betriebliche Erträge	1.762	14	131
Materialaufwand	10.191	11.888	17.216
Personalaufwand	7	7	7
Abschreibungen	842	788	2.067
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.126	973	1.158
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	228	181	224
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	804	38	6
Ergebnis nach Steuern	6.543	-1.782	1.311
sonstige Steuern	127	252	247
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.416	-2.034	1.064

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	33,81	-16,84	4,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	72,15	-18,62	10,79	%
Cash-Flow:	7.258	-1.246	3.131	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,06	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,00	70,89	66,64	%
Eigenkapitalquote:	47,57	42,17	55,42	%
Fremdkapitalquote:	52,43	57,83	44,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Absatz Fernwärme	144	164	262	GWh
Absatz Strom	145	140	264	GWh

f) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 vollzog sich der geplante Wechsel in der Geschäftsführung der KWT. Herr Hans-Ulrich Thiel legte sein Amt als Geschäftsführer zum 31. Januar 2021 nieder. Ab dem 1. Februar 2021 wurde Herr Marcel Kern (Bereichsleiter Erzeugung der EVH) zum neuen Geschäftsführer der KWT bestellt.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2 Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

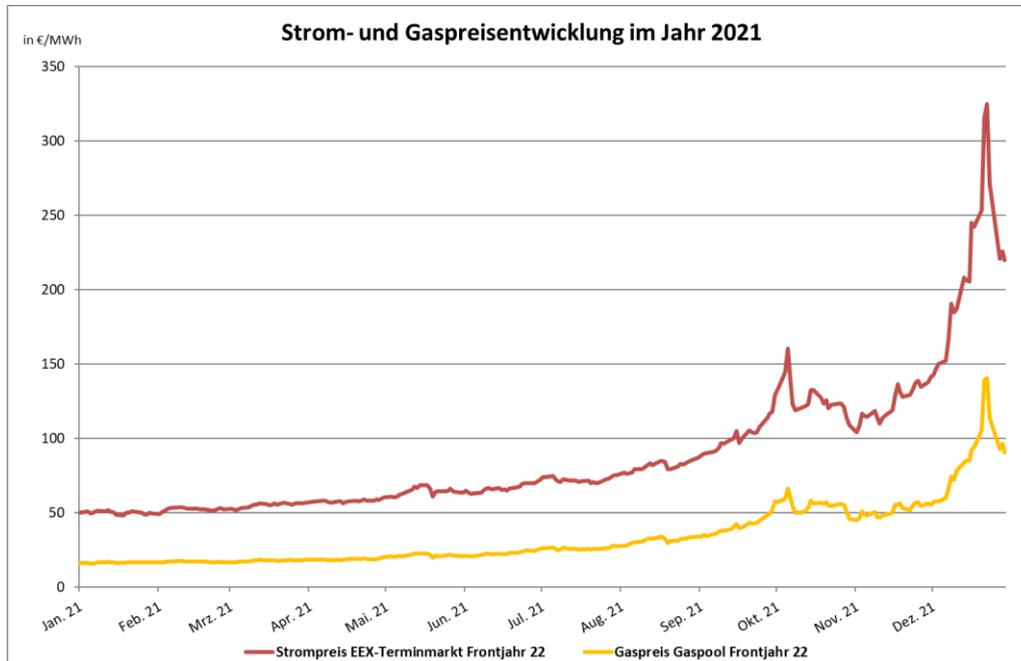
3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Rahmen des Projektes „KWK 35“ nutzte auch die KWT als Tochterunternehmen der EVH die Möglichkeiten des KWK-Gesetzes (KWKG). Durch eine Modernisierung der GuD-Anlage kann die Gesellschaft künftig mit 15.000 Vollbenutzungsstunden an KWK-Fördermitteln partizipieren. Der planmäßige Austausch der Gasturbine und der Wechsel der Peripherieanlagen wurde von April bis September 2021 durchgeführt. Nach einem einmonatigen Testbetrieb wurde die modernisierte Anlage am 1. November 2021 in den Dauerbetrieb überführt.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor von Unsicherheiten geprägt. Während der Ausbau volatiler Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie politisch vorangetrieben wird, steigt die Unsicherheit für Investitionen in konventionelle Kraftwerke. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2021 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im ersten Quartal 2021 blieben die Strom- und Gaspreise auf einem nahezu gleichbleibenden Niveau (Strompreis zwischen 47 bis 57 €/MWh/Gaspreis zwischen 16 bis 18 €/MWh). Ab dem zweiten Quartal stiegen beide Preise kontinuierlich an und erreichten im Dezember ein Rekordniveau (Strom: 320 €/MWh, Gas: 140 €/MWh). Die hohen Preise begründen sich durch eine hohe Stromnachfrage aus der Wirtschaft verbunden mit einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren Produktion bei den erneuerbaren Energien. Weiter sind die Stromgestehungskosten durch den Rohstoffpreisanstieg für Kohle- und Gaskraftwerke gestiegen. Auch die Preise für CO₂-Zertifikate verteuerten sich stetig und erreichten ein Niveau von bis zu 89 € je Zertifikat zum Jahresende. Aufgrund der skizzierten Preisverläufe verbesserte sich auch der Clean Spark Spread im Jahresverlauf deutlich. Das hohe Niveau des Clean Spark Spreads stellt eine positive Rahmenbedingung für die KWT dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken starker Preisschwankungen abgesichert.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit der EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2021 produzierte die Gas- und Dampfturbinen-Anlage mit 2.897 (Vorjahr: 3.005) Betriebsstunden Strom und Fernwärme. Im gesamten Jahr 2021 wurden 145 GWh Strom (Vorjahr: 140 GWh) und 127 GWh Wärme (Vorjahr: 127 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 355 GWh (Vorjahr: 343 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 17 GWh (Vorjahr: 37 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 23 GWh (Vorjahr 45 GWh).

4.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von 2,0 Mio. €) aus. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist zum einen auf höhere Deckungsbeiträge in der Strom- und Fernwärmeproduktion und zum anderen auf die Förderung gemäß KWKG aufgrund der Modernisierung des Kraftwerkes zurückzuführen.

Entsprechend stiegen die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr (12,1 Mio. €) um 6,9 Mio. € auf 19,0 Mio. € an. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Sondereffekte aus der Veräußerung der ausgetauschten Gasturbine.

Aufgrund der einheitlichen Portfoliosteuerung der EVH konnte die KWT Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 7,7 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €) verbuchen. Die bezogenen Leistungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €) lagen um 0,4 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vorjahrsvergleich um 1,2 Mio. € auf 2,1 Mio. €, was hauptsächlich auf Aufwendungen für die Bereinigung des Projektbestandes zurückzuführen ist. Sowohl Abschreibungen (0,8 Mio. €) als auch Zinsaufwand (0,2 Mio. €) lagen annähernd auf Vorjahresniveau. Das Jahresergebnis ist mit Aufwendungen für Ertragsteuern in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) belastet.

4.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 8,0 Mio. € (Vorjahr: -0,8 Mio. €). Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Ergebnissituation zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 11,0 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €) betrifft die Auszahlungen für die Modernisierung der GuD-Anlage.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 6,2 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €) setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen sowie den gezahlten Zinsen von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €) zusammen. Weiter wurden Darlehen in Höhe von 8,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) im Rahmen der Konsortialfinanzierung von der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen.

4.4 Vermögenlage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2021 auf 32,2 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Mio. € erhöht.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 24,5 Mio. € (Vorjahr: 15,0 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die Steigerung ist durch die getätigten Investitionen zu begründen. Das Umlaufvermögen mit 7,3 Mio. € erhöhte sich um 1,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (6,1 Mio. €). Hintergrund sind gestiegene Forderungen für Energierechnungen, vermiedene Netzentgelte und KWKG-Förderung bei verminderten Vorräten.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses von 6,4 Mio. € auf 15,3 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €). Die Verbindlichkeiten stiegen um 4,1 Mio. € auf 14,4 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens zurückzuführen ist.

4.5 Gesamtaussage

Insbesondere bedingt durch die KWKG-Förderung im Zuge der Modernisierung des Kraftwerkes und gesteigener Deckungsbeiträge in der Strom- und Fernwärmeproduktion konnte die KWT das Jahresergebnis im Vergleich zum Vorjahr steigern.

5 Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die Gesellschaft ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung und dem daraus folgenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine Diversifikation - weg vom russischen Gas - notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die kurzfristig nicht vollständig bewältigt werden kann. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ausfalls der russischen Gasmengen wird jedoch als gering eingeschätzt.

Nichtsdestotrotz hat sich die KWT mit diesem Szenario auseinandergesetzt, aus welchem sich folgende Risiken ergeben würden:

Die Nichtverfügbarkeit russischen Erdgases würde voraussichtlich weitere Preissteigerungen an den Energiemärkten hervorrufen. Soweit möglich müssten fehlende Liefermengen zu nochmals deutlich höheren Preisen beschafft werden oder es fallen deutlich höhere Kosten für Ausgleichsenergie an. Entsprechende Kostensteigerungen müssten an die EVH weitergegeben werden.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle würde der Notfallplan Gas zur Anwendung kommen. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Danach wird der Versorgung sogenannter schützenswerter Kunden eine hohe Priorität eingeräumt. Unter den Schutzbereich fällt neben der reinen Gasversorgung für Heizzwecke von Haushaltskunden auch die Wärmeversorgung von Haushaltskunden und die dafür benötigten Gasmengen. Da die Erzeugungsanlagen der KWT diesem Zweck dienen, ist die Gasversorgung auch in einer Mangellage privilegiert zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass aus heutiger Sicht keine Krisensituation oder Gasmangellage besteht.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6 Prognosebericht

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert.

Das in Gliederungspunkt 5 beschriebene Szenario eines Ausfalls russischer Erdgas-Liefermengen infolge eines Importstopps Europas oder eines Lieferstopps Russlands hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft, da diese Mengen nicht ohne Weiteres substituiert werden könnten. Ein europäisches Embargo gegen russisches Erdgas wird jedoch kurzfristig als eher unwahrscheinlich eingeschätzt. Auch kommt Russland seinen Lieferverpflichtungen bisher vollständig nach. Weiterhin arbeitet die EU intensiv an der Umsetzung des Ziels, die Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten kurzfristig zu reduzieren.

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha wurde in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Planmäßig wird das modernisierte Kraftwerk im Jahr 2022 eine Stromproduktion in Höhe von 155 GWh und eine Fernwärmeproduktion in Höhe von 173 GWh erzeugen. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der preislich abgesicherten Produktion und der KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

Für das Geschäftsjahr 2022 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 21,8 Mio. €, einen Jahresüberschuss von 5,3 Mio. €.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die IT-Consult Halle GmbH als Ausgliederung der IT-Bereiche der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt u. a. für die Stadt und den SWH-Konzern notwendige Dienstleistungen. Die Gesellschaft dient demnach dem von der Stadt Halle (Saale) sowie den Stadtwerke-Unternehmen verfolgten öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg (bis 30.04.2021)
Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.682	51	3.555	42	3.485	32	2.127	60
Umlaufvermögen	5.241	47	4.801	56	7.378	67	440	9
Rechnungsabgrenzungsposten	271	2	164	2	160	1	107	65

Bilanzsumme

	11.194	100	8.520	100	11.023	100	2.674	31

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus Zuwendungen zur
Finanzierung des Anlagevermögens
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	522	5	522	6	522	5	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	968	9	1.025	12	1.081	10	-57	-6
Rückstellungen	2.537	22	2.975	35	4.016	36	-438	-15
Verbindlichkeiten	7.022	63	3.842	45	5.293	48	3.180	83
Rechnungsabgrenzungsposten	145	1	156	2	111	1	-11	-7

Bilanzsumme

	11.194	100	8.520	100	11.023	100	2.674	31

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines
Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags
abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.322	32.724	32.284
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-86	286	192
sonstige betriebliche Erträge	180	3	0
Materialaufwand	706	734	1.591
Personalaufwand	11.446	11.530	12.252
Abschreibungen	15.939	15.584	15.181
sonstige betriebliche Aufwendungen	780	746	780
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.130	4.295	4.114
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	9	0
Ergebnis nach Steuern	38	18	20
sonstige Steuern	789	1.583	1.720
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	786	1.580	1.717
	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,43	4,83	5,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	150,75	302,89	329,17	%
Cash-Flow:	1.566	2.326	2.497	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	134	137	140	T€
Personalaufwandsquote:	48,12	46,18	44,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	46,17	37,13	27,74	%
Eigenkapitalquote:	4,66	6,12	4,73	%
Fremdkapitalquote:	95,34	93,88	95,27	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Die ITC ist ein moderner IT Service Provider und erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie hauptumfänglich für die Stadt Halle (Saale) sowie die Unternehmen der SWH-Gruppe. Weitere Dienstleistungen werden gegenüber weiteren kommunalen und privatwirtschaftlichen Kunden erbracht. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Schwestergesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) innerhalb der SWH-Gruppe.

Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens ist breit gefächert: Kern-Handlungsfelder sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT Services.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen sind wichtiger Bestandteil des IT Serviceangebotes. Die Modernisierung langfristig bestehender IT-Infrastruktur-Komponenten und -systeme, wie zum Beispiel die komplette Netzwerk- und Serverlandschaft der SWH-Gruppe sowie die gruppenweit eingesetzte Telekommunikationsanlage, zählen ebenso zu den vereinbarten Aufgaben der ITC. Dies alles unter Berücksichtigung informationssicherheits- und datenschutzrelevanter Aspekte.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG i. V. m. § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG werden energiespezifische Dienstleistungen erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten sowie zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für die Bereiche Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb verpflichtet. Diese sind mit weiteren Erläuterungen dem Jahresabschluss beigelegt.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich im Wesentlichen um Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen für die Gesellschaften EVH und Netzgesellschaft Halle. Die diesbezüglichen Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung bzw. Gasverteilung bzw. grundzuständiger Messstellenbetrieb zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die übrigen Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der ITC zielt ab auf die Sicherung der digitalen Daseinsfürsorge für die Region Halle mit dem Schwerpunkt der Versorgungssicherheit. So unterstützt die ITC Daseinsfürsorge durch die Ermöglichung von Leistungen insbesondere der SWH-Gruppe und der Stadt Halle und durch die Bereitstellung eigener Leistungen. Diese sind langfristig und stetig im Sinnen der Versorgungssicherheit abzusichern.

Darauf aufbauend beruht die Strategie der Gesellschaft auf der Umsetzung der nachfolgenden Zielstellungen:

- Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter IT Services,
- Zufriedenheit der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer eigenen, sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Geschäftspartner sowie als führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

1.3. Steuerung

Das Geschäftsjahr 2021 war geprägt durch den im 3. Quartal 2020 begonnenen ITC-Reorganisationsprozess zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation mit den Zielstellungen

- nachhaltige Verbesserung der Leistungserbringung gegenüber den Kunden,
- Implementierung arbeitsteiliger sowie effizienter Prozesse
- und damit einer zielgerichteten Hebung vorhandener ITC-Potentiale.

In der Umsetzung befindet sich die ITC nach der Analysephase und der Erarbeitung sowie dem Beschluss der Soll-Organisation unter Beteiligung der relevanten Gremien in der dritten und wichtigsten Phase der Reorganisation, der Implementierung. Die neue Struktur der ITC orientiert sich dabei am Kernleistungserbringungsprozess des Unternehmens und soll neben klaren Verantwortlichkeiten die Schnittstellen des Unternehmens besser ausrichten. Mit der Implementierung des neuen Aufbaus und der Festlegung der zugrundeliegenden Prozesse werden die Abläufe im Unternehmen in die neue Organisation überführt. Die Mehrzahl der Führungskräfte wurde dazu bestimmt und die Mitarbeitenden wurden dem neuen Aufbaukonzept zugeordnet. Notwendige Übergaben durch die Mitarbeitenden und zugehörige Dokumentation zur Sicherstellung eines reibungslosen Ablaufs mit möglichst minimierten Auswirkungen auf die Kunden sind weit fortgeschritten.

Seit dem 1. Mai 2021 ist Herr René Walther der alleinige Geschäftsführer der ITC. Herr Jörg Siebenhüner hat zum 30. April 2021 das Unternehmen verlassen.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt im Jahresdurchschnitt 248 Mitarbeiter und 7 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30. August 2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 1. Januar 2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2021 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von € 1.500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der weltweite Trend der sogenannten industriellen Revolution 4.0 beeinflusst weiterhin die Geschäftsprozesse der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Innovative und nachhaltige Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Transformation sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen. Dieser Trend wird durch COVID-19-Pandemie bedingte Herausforderungen verstärkt.

In diesem Umfeld positioniert sich die ITC immer wieder neu. In der SWH-Gruppe wird aktuell eine moderne IT-Governance etabliert, die der Gesellschaft die bedeutende Rolle des kompetenten IT Service Providers der Gruppe zuschreibt. Neben effizienten IT Service Management Prozessen sowie einem professionellen IT Projektportfoliomanagement sind vor allem innovative, effiziente, sichere und nachhaltige IT-Lösungen mit Mehrwert für die Geschäftsfelder der Gruppe gefordert. Dazu findet monatlich ein operatives IT-Forum mit den IT-Ansprechpartnern der Unternehmen der SWH Gruppe und der IT-Koordination der SWH statt. Regelmäßig werden Entscheidungsbedarfe mit den Geschäftsführungen der SWH-Unternehmen im strategischen IT-Forum besprochen und entschieden.

Folgende Entwicklungsfelder wurden im Jahr 2021 besonders priorisiert:

- Umsetzung des Reorganisationsprozesses inklusive notwendiger Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation,
- Nachhaltigkeit und Weiterentwicklung der Einführung einer IT-gestützten Kostenträgerrechnung und Tätigkeitserfassung auf Services und Projekten zur Verbesserung der internen Steuerungsinstrumente,
- preisrechtskonforme Stundensatzkalkulation als Basis für neue IT-Dienstleistungsverträge,
- die Schaffung wichtiger organisatorischer Voraussetzungen für die Tätigkeit als moderner IT Service Provider: die Erarbeitung eines Servicekatalogs mit unterstützenden und kundengerichteten Business-Services.

Aufbauend auf der Einführung der unternehmensweiten Kostenträgerrechnung in 2020 sowie der Umstellung auf SAP S/4 HANA zum Jahreswechsel 2020/2021 befindet sich ITC weiterhin in der Weiterentwicklung kaufmännischer Prozesse. Die Abbildung der neuen Organisationsstruktur der ITC seit dem 1. April 2021 in den kaufmännischen Systemen wurde zum 1. Januar 2022 abgeschlossen. Die Entwicklung und Optimierung der Beschaffungsprozesse sowie die Neugestaltung der IT-Dienstleistungsverträge unter Berücksichtigung der Einhaltung von Preisrechtskonformität befinden sich weiterhin in Umsetzung.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung der Anwendbarkeit des integrierten Managementsystems und die damit verbundene weitere Etablierung des internen Regelwerkes bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Entwicklung der Unternehmensorganisation und -abläufe. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsezung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt

Die unternehmensweite Prozesslandkarte und einzelnen Geschäftsprozessmodelle wurden mit dem Tool SIGNAVIO in der BPMN 2.0-Notation weiter ausgebaut und fortgeschrieben.

Die ITC absolvierte in 2021 mit Erfolg das externe Überwachungsaudit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der DIN EN ISO/IEC 27001:2017 (IT-Sicherheit).

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die Netzgesellschaft Halle und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte. Dabei sei insbesondere auf Einführung von SAP S/4 HANA zu verweisen.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Bis Ende März konnte innerhalb von knapp drei Monaten die durch die Stadt Halle beauftragte Auslieferung von 2.674 Laptops an die Schulen der Stadt Halle im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms erfolgreich umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen wird weiterhin die Vorgehensweise, die Priorisierung und der Umfang der Unterstützung der ITC für die Stadt Halle bei der Umsetzung des IT-Konzeptes für die Schulen in städtischer Trägerschaft angepasst und die Umsetzung vorangetrieben.

Die im Verlauf des Neubezuges des Verwaltungsstandortes der Stadtverwaltung Halle (Saale) in Halle-Neustadt umgesetzte IT-Infrastruktur wurde trotz schwieriger Ausgangssituation fristgerecht in Betrieb genommen.

Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) befindet sich die Stadt Halle und die ITC weiterhin in engem Austausch, um den gesetzlichen Entwicklungen entsprechen zu können. Hierzu gibt es gemeinsame Aktivitäten mit dem Land Sachsen-Anhalt (IT-Dienstleister Dataport) zur Nutzung von zentral bereitgestellten Basiskomponenten.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Die 2. Phase des Projektes zur Umstellung auf SAP S/4 HANA für die EVH/ Netzgesellschaft Halle wurde abgeschlossen, so dass seit August 2021 die Rückkehr zum Regelbetrieb über einen standardisierten Anforderungssteuerungsprozess erfolgt.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe werden im Rahmen von individuellen Vorprojekten auf Basis der Vorgehensweise für EVH/ Netzgesellschaft Halle und ITC Umsetzungsstrategien für die Einführung von SAP S/4 HANA erarbeitet und festgelegt. Dem Zeitplan für die Umstellung auf SAP S/4 HANA folgend erreichte diese einen nächsten wichtigen Meilenstein mit dem Beginn des Vorprojektes für die HWS am 3. September 2021.

Die erfolgreiche Einführung des neuen konzernweiten sozialen Intranets – Flurfunk – erfolgte Ende September 2021.

Im Rahmen des Projektes „DIVA“ (Neukonzeption der Investitions-, Instandhaltungs- und Abrüstungsprozesse) wurde für die EVH und Netzgesellschaft Halle die Implementierung neuer Geschäftsprozesse mit neuer Softwareunterstützung gemäß Projektplanung weiter vorangetrieben.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz und den gesetzlich geforderten Formatwechseln eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt.

In Abstimmung mit der EVH werden die Voraussetzungen für die zukünftige Implementierung der SAP Cloud-Anwendungen für die Marktkommunikation vorbereitet. Der Umsetzungszeitpunkt wird nach aktuellen Planungen frühestens im Verlauf des Jahres 2022 liegen. Hierfür ist die Rückführung der in SAP IS-U implementierten Geschäftsprozesse in den SAP Standard erforderlich.

Ein einheitliches, dem Stand der Technik entsprechendes Firewall-/ Secure-Web-Proxy-System (next generation firewall) mit erweiterten Sicherheitsfunktionen zur Ablösung der bisherigen Lösung der Stadtwerke und der Stadtverwaltung Halle wurde beschafft und befindet sich in der finalen Phase der Implementierung. Neben den technischen Parametern wird auch die sichere Bereitstellung von Diensten und der reibungslose Betrieb gewährleistet. Dabei ist vor allem auf die Ausrollung einer neuen VPN-Umgebung zu verweisen, die das Arbeiten von zu Hause sicherer und, je nach technischen Gegebenheiten, schneller macht.

Die Erneuerung der IT-Netzwerkinfrastruktur der SWH-Gruppe nimmt Fahrt auf. So wurde die Umsetzungsplanung finalisiert und erste Technik wurde verbaut.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe wurden im Rahmen des Projektes zur Umsetzung der Anforderungen aus der Verpflichtung zum Empfang und dem Versand elektronischer Rechnungen (ZUGFeRD und X-Rechnung) bis November die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen umgesetzt. Die EVH konnte das Einführungsprojekt im Sommer 2021 erfolgreich abschließen.

Darüber hinaus erfolgte die Priorisierung und Umsetzungsplanung weiterer Digitalisierungsprojekte für die Gesellschaften der Stadtwerke Halle - Gruppe.

Interne Projekte zur Prozessverbesserung

Die Reorganisation der ITC ist verbunden mit umfangreichen Prozessanpassungen zur Erreichung der in Abschnitt 1.3 beschriebenen Zielstellungen. Der Kernleistungserbringungsprozess des Unternehmens ist dabei der Ausgangspunkt.

Die vollständige Umsetzung aller Funktionalitäten der Sparten- und Kostenträgerrechnung wurde neu terminiert und dem Migrationsprojekt des kaufmännischen SAP Mandanten nach SAP S/4 HANA und den mit der Reorganisation verbundenen Anpassungen des SAP-Systems angeschlossen. Alle Voraussetzungen zur Kontierung auf der Basis von Kostenträgern im neuen SAP-System zum 7. Januar 2021 wurden geschaffen. Als eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Kostenträgerprojektes wird weiterhin daran gearbeitet, den IT-Servicekatalog, als detaillierten Überblick über das Leistungsportfolio der ITC, neu zu definieren. Die vollständige Umsetzung aller Funktionalitäten der Sparten- und Kostenträgerrechnung ist bis Ende 2022 eingeplant.

Umfeldaktivitäten

Die Abnahme des Gesamtsystems im Rahmen der „Einführung der personalwirtschaftlichen Prozesse mit SAP Personalwesen für die Landeshauptstadt Dresden“ ist erfolgt, außerdem wurde mit Unterschrift durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden am 23. März 2021 eine gemeinsame Vereinbarung zur Bewertung der noch offenen Forderungen und Leistungspflichten der ITC getroffen.

Die ITC hat auf dem Gebiet der kompletten IT-Betriebsführung nur noch eine Kommune in Sachsen-Anhalt als Kunde und plant mittelfristig keinen weiteren Kommunen diese Leistung anzubieten. Der Konzentration auf die Erhöhung der Servicequalität für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadt Halle wird damit Rechnung getragen.

Die ITC betreut innerhalb der Helmholtz-Gemeinschaft das Umweltforschungszentrum in Leipzig und das Institut der Polarforscher in Bremerhaven mit SAP-Dienstleistungen (Beratung und Rechenzentrumsbetrieb) und für die Personalabrechnung das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin mit der Einführung von SAP Personalwesen HCM als gemeinsames Projekt mit der Business Technology Consulting AG. Damit zählen einige der Helmholtz-Institute zu den Kunden der ITC.

Aktuell greifen 52 Kommunen aus Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern mit ca. 560.000 Einwohnern auf die Cloud-Lösung (Betrieb von Fachanwendungen im Rechenzentrum) „Das elektronische Personenstandsregister ePR21+“ für Standesämter zu und nutzen dabei auch die Sammelaktenlösung, die alle Anforderungen der Personenstandsverordnung zur Führung des elektronischen Registers erfüllt. Dies schließt die produktive Nutzung des automatisierten, elektronischen Datenaustausches zwischen den Standesämtern nach dem normierten Übermittlungsstandard „X-Personenstand“ mit ein. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Aktuell befindet sich der Vertrag in der automatischen, jährlichen Verlängerung.

Die ITC war auch 2021 Mitglied im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Wesentliche Gesetzesgrundlagen sind u. a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - noch § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die Kunden der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter, den Kunden und Geschäftspartnern, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d. h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des IMS kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Im margenträchtigeren Projektgeschäft lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zusätzlich die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren.

3.4. Forschung und Entwicklung

Um in der IT-Branche langfristig erfolgreich zu sein und den stets komplexer werdenden Anforderungen der Geschäftsprozesse gerecht zu werden, ist es auch wichtig, organisatorische und personelle Rahmenbedingungen für disruptive Innovation oder Technologien zu schaffen. Etablierten Lösungsanbietern stehen immer öfter Marktteilnehmer mit derartigen Strategien gegenüber. Um hier schritthalten zu können, hat die ITC eine eigene Organisationseinheit gebildet und kreative Mitarbeitende zusammengebracht. Automation von Prozessen, offene Datendreh scheiben, Lösungen der Plattform-Ökonomie oder systemübergreifende Ansätze werden hier gefördert und entwickelt. Zudem erfolgt eine verstärkte projektbezogene Zusammenarbeit mit Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Jahresende waren bei der ITC insgesamt 249 Beschäftigte tätig. Das sind 2 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotenziale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit der SWH-Gruppe.

Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen. Darüber hinaus werden Partnerschaften mit Hochschulen zu ausgewählten Themenfeldern fokussiert.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % auf T€ 32.322. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 40 aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 7.193. Dies sind T€ 271 mehr als im Vorjahr.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 16.615. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 16.233) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 382.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 1.858 war das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.877) rückläufig (T€ 1.019). Dies begründet sich mit der strategischen Konzentration auf die Unternehmen der SWH-Gruppe und die Stadt Halle (Saale) und dem damit einhergehenden Rückgang insbesondere des Drittkundenprojektumsatzes.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle war im Geschäftsjahr 2021 (T€ 6.616) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 6.648) um T€ 32 leicht rückläufig.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 11.446 an (Vorjahr T€ 11.530).

Der Aufwand für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2021 (T€ 4.077) stieg im Vergleich zum Vorjahr (T€ 3.539) um T€ 538. Dies war maßgeblich auf die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen zurückzuführen.

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 7.369 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 7.991) waren das T€ 622 weniger, was insbesondere auf geringerer IT-Projekt- und Beratungsleistungen zurückzuführen war.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 15.939 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 15.584) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 355 steht im Ergebnis vor allem der Einstellung von neuen Mitarbeitern im Verlauf des Geschäftsjahres für unbesetzte Stellen und einer Corona-Sonderprämie.

Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2021 lagen mit T€ 780 leicht über dem Vorjahreswert (T€ 746).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 4.130 und bewegen sich mit einer Reduktion um T€ 165 leicht unter dem Niveau des Vorjahres (T€ 4.295). Steigerungen der Rechts- und Beratungskosten, der IT-Dienstleistung und kaufmännischer Services werden durch rückgängige Positionen wie Instandhaltung, Weiterbildung, Reisen und Bewirtung sowie rückläufigen Ausbuchungen von Forderungen ausgeglichen.

Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 786 und lag damit T€ 794 unter dem Vorjahreswert (T€ 1.580) und unter dem Planniveau.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2021 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 auf. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.490. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 13,3 %. Gegenüber dem Vorjahr (18,2 %) sank diese um 4,9 %-Punkte.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von T€ 2.907 getätigt, wobei diese umfänglich auf Investitionen in die neue Netzwerkinfrastruktur der SWH-Gruppe sowie die Modernisierung von Firewall-Systemen zurückzuführen sind.

Die getätigten Investitionsmaßnahmen liegen unter dem Planwert von T€ 3.688. Die Abweichung in Höhe von T€ 781 ist dabei maßgeblich auf nicht umgesetzte Investitionen im Zusammenhang mit der Erneuerung der SAP Infrastruktur zurückzuführen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2020 im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 1.500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von T€ 3.688 wurde planmäßig notwendig.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 11.194 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 8.520) um T€ 2.674.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 2.127 auf T€ 5.682 und das Umlaufvermögen erhöhte sich von T€ 4.801 auf T€ 5.241. Die Steigerung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf einer Steigerung der Anlagen im Bau, verursacht durch die noch nicht fertiggestellten Großprojekte der ITC.

Die Passivseite erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der Aufnahme eines Konsortialdarlehens in Höhe von T€ 3.688 zur Finanzierung der Investitionen.

4.4. Gesamtaussage zur Lage der Gesellschaft

Insgesamt stellte sich die Gesellschaft im Jahr 2021 in einem umfangreichen Reorganisationsprojekt neu auf, um den zukünftigen Anforderungen insbesondere der Hauptpartner, der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale), gerecht zu werden. Das geplante Jahresergebnis für 2021 konnte aufgrund der mit der Reorganisation einhergehenden Aufwendungen nicht erreicht werden.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeitende entwickelt werden. Die Führungskräfteentwicklung wurde gestartet, administrative Prozesse wurden besser gesteuert. Zudem wurde ein organisatorischer Anpassungsprozess vorangetrieben, um den zukünftigen Anforderungen im herausfordernden IT-Umfeld gerecht zu werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle-Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der Risikoinventur insgesamt 46 Risiken ermittelt (Vorjahr 47). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 6 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	2	-	2
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	3	-	3
Rechtliche Risiken	-	-	-
Technische Risiken	1	-	1
Gesamt	6	-	6

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH-Gruppe, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen. Dabei ist insbesondere zu nennen die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und des effektiven und effizienten Hard- und Softwareeinsatzes für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Informationssicherheits- und datenschutzrelevanten Aspekten kommt hierbei eine immer größere Bedeutung zu.

Trotz der zukünftigen Herausforderungen aus der COVID-19-Pandemie, IT-bezogenen Beschaffungsengpässen, Energiepreissteigerungen, einem sich ändernden Personalmarkt und geopolitischer Risiken wird die ITC die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen für die SWH-Gruppe, die Stadt Halle (Saale) und ihre sonstigen Kunden auch weiterhin sicherstellen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Weitere Risiken können aus den schon im Chancen und Risiken-Bericht berücksichtigten zusätzlichen Beschaffungsengpässen sowie aus zusätzlichen IT-Sicherheitsrisiken entstehen.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsätze gliedern sich in fünf Hauptkategorien:

- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle
- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Projektgeschäft der Stadt Halle
- Umsätze aus dem Projektgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für Drittkunden

	Ist	Ist	WIPL
Angaben in T€	2020	2021	2022
davon Dienstleistungen für Stadt Halle	6.922	7.193	8.416
davon Dienstleistungen für SWH-Gruppe	16.233	16.615	17.407
davon Dienstleistungen und Projekte für Dritte	2.877	1.858	1.766
davon Projektgeschäft für Stadt Halle	2.760	3.158	3.372
davon Projektgeschäft für SWH-Gruppe	3.888	3.458	4.096
davon sonstige Erträge	44	40	37
Umsatzerlöse	32.724	32.322	35.094

Die Umsätze aus Dienstleistungen und Projektgeschäft mit der Stadt Halle haben sich gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2020 erhöht. Dies ist maßgeblich in neuen Services und Projektleistungen im Zusammenhang mit der Schul-IT und den Anforderungen der COVID-19-Pandemie begründet. Für das Wirtschaftsplanjahr 2022 wird von steigendem Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle ausgegangen. Hier werden insbesondere Leistungserweiterungen zur Umsetzung des IT-Konzeptes für die Schulen der Stadt Halle, notwendige Anpassungen der IT-Infrastruktur oder auch der SAP-Umgebung wirksam. Die geplanten, finanziellen Mittel aus dem Finanzhaushalt der Stadt Halle wurden berücksichtigt.

Die Erhöhung der Umsätze aus Dienstleistungen mit der SWH-Gruppe und damit auch Überschreitung der für 2021 geplanten Werte resultierte vor allem aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegenen Umfang der von der ITC erbrachten Leistungen. Auch für das Jahr 2022 wird von weiteren Steigerungen ausgegangen.

Die gesetzlichen und innerbetrieblichen Anforderungen und Veränderungen sowie die zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Umstellung der SAP Anwendungen auf die SAP S/4 HANA Version in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe und in der Stadt (Halle) führten zudem zu einem aggregierten Projektgeschäft annähernd auf Vorjahresniveau. Für das Wirtschaftsplanjahr wird von einem umfangreichen, leicht höheren Projektgeschäft als im vergangenen Jahr ausgegangen.

Die moderate Realisierung von Umsätzen aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der ITC. Im Vorjahresvergleich sind Umsätze aus den Dienstleistungen und Projekten für Dritte deutlich unter dem Vorjahreswert. In der Vorschau ab dem Jahr 2022 wird von einem zunächst konstanten Niveau ausgegangen. Es erfolgt die Fokussierung auf die Erbringung von IT-Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadtverwaltung Halle.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der ITC notwendig. Gleichsam steigen die Anforderungen an die Sicherheit für die IT-Infrastruktur deutlich.

Für das Jahr 2022 plant die ITC Investitionen in Höhe von T€ 2.120 mit folgenden Schwerpunkten. Nachfolgende Projekte stellen Investitionen für die ITC und für die Kunden „managed service“ dar:

- Austausch SAP-Infrastruktur (SWH-Gruppe)
- Austausch von Firewalls (SWH-Gruppe)
- Einführung eines neuen Deployment Tools
- Redesign und Modernisierung der aktiven Netzwerktechnik (SWH-Gruppe)
- Abschluss Erneuerung Firewall-Infrastruktur zum Veröffentlichen von Diensten ins Internet (SWH-Gruppe)
- Erweiterung der virtuellen Server-Umgebung (SWH-Gruppe und Dritt-Kunden).

Alle geplanten Investitionen für die SWH-Gruppe können von der ITC aus eigenen Mitteln bzw. durch den Kreditrahmen des Cash Pools finanziert werden.

Der Investitionsbedarf der ITC verbleibt auf einem hohen Niveau, da die ITC in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern auch im Rahmen der Bereitstellung von Services für mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine weitere Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.393.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	300	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 300 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.663	69	2.823	67	1.914	56	-160	-6
Umlaufvermögen	1.173	31	1.388	33	1.501	44	-215	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	3.836	100	4.211	100	3.416	100	-375	-9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.708	45	1.708	41	1.708	50	0	0
Rückstellungen	500	13	289	7	423	12	211	73
Verbindlichkeiten	1.628	42	2.214	52	1.285	38	-586	-26

Bilanzsumme	3.836	100	4.211	100	3.416	100	-375	-9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	9.484	8.494	8.030
sonstige betriebliche Erträge	71	51	77
Materialaufwand	7.974	7.012	6.546
Personalaufwand	361	359	342
Abschreibungen	531	486	601
sonstige betriebliche Aufwendungen	309	327	296
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	3	4
Ergebnis nach Steuern	368	358	318
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	364	354	314
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,84	4,16	3,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,33	20,71	18,39	%
Cash-Flow:	895	840	915	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.194	1.068	901	T€
Personalaufwandsquote:	3,78	4,20	4,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,43	67,04	56,01	%
Eigenkapitalquote:	44,52	40,56	50,00	%
Fremdkapitalquote:	55,48	59,44	50,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	82.453,00	80.806,00	77.534,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	81.000,00	81.000,00	78.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall zur Bereitstellung von Sekundärrohstoffen sowie als Energieträger zur Substitution von Primärenergieträgern ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle aufbereitet und verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert entsprechend das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Ersatzbrennstoffen zu unterstützen. In der effizienten Verwertung des biogenen Anteils im Restmüll und der mittelkalorischen Ersatzbrennstoffe für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine klimaschonende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur sowie zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Notwendige Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2021 realisiert. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Des Weiteren wurde der Gesellschaft der Status einer Vorbehandlungsanlage nach Gewerbeabfallverordnung bestätigt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2021 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Diesbezüglich erfolgte im Geschäftsjahr 2020 die Investition in eine Erweiterung der Sortieranlage und des Sortierkonzeptes mit dem Ziel den derzeitigen Ergebnisbeitrag im Konzernverbund zu erhalten bzw. zu steigern, den aktuellen Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung Rechnung zu tragen sowie eine zukunftssichere Ausrichtung der technischen Komponenten der Sortieranlage im Hinblick auf weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen. Das Projekt konnte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2021 abgeschlossen werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2021 durch eine grundsätzlich sehr gute Anlagenauslastung gekennzeichnet, wodurch sich ebenso die Entsorgungspreise auf einem konstant hohen Niveau gehalten haben. Damit konnte die Gesellschaft zusätzliche freie Gewerbemengen zu auskömmlichen Preisen am Markt akquirieren und somit die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf hohem Niveau halten.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Weitergehende besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind aktuell nicht bekannt. Es ist jedoch zukünftig damit zu rechnen, dass weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen aus dem kommunalen und gewerblichen Bereich verabschiedet werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang (-396 Mg) zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 58.733 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2021 auf 58.337 Mg sank. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Rückgang der Jahrestonnage um 108 Mg und beim Sperrmüll von 288 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2020 von 22.073 Mg mit 24.116 Mg im Geschäftsjahr 2021 deutlich gesteigert werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 waren im Unternehmen acht Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie vier Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch zertifizierte Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Wartungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 9.484 TEUR, wobei 6.403 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 2.871 TEUR aus der Behandlung von Gewerbeabfällen, 3 TEUR aus der Erbringung von Aufbereitungsleistungen und 207 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten sowie der Verwertung von metallischen Sekundärrohstoffen resultieren. Z

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung von 8.494 TEUR in 2020 um 990 TEUR in 2021 gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist neben Preiseffekten hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle aus dem gewerblichen Bereich begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 962 TEUR und ist hauptsächlich durch gestiegene Endverwertungskosten, der Steigerung der Input- bzw. Outputmengen sowie durch gestiegene Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungskosten begründet.

Im Bereich der Personalaufwendungen verzeichnete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 eine leichte Steigerung um 2 TEUR.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 531 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 45 TEUR höhere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar. Die Veränderung des Abschreibungsaufwandes erklärt sich insbesondere durch die Investition zur Erweiterung der Sortieranlage.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Kostenreduzierung zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich insbesondere für die Aufwendungen im Bereich von Rechts- und Beratungskosten Kostenreduzierungen. Andererseits gestaltete sich die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2021 auf 309 TEUR. Dies entspricht einer Kostenreduzierung von 18 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH auf einen Betrag von 364 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 10 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 500 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (13 TEUR, Vorjahr 16 TEUR), Personalarückstellungen (16 TEUR; Vorjahr 70 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (51 TEUR; Vorjahr 70 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (420 TEUR; Vorjahr 133 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 52 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Minderung um 4 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 540 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies ebenfalls eine Minderung in Höhe von 459 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen wurde im Geschäftsjahr 2020 die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, im Dezember 2020 in Höhe von 800 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 667 TEUR (Vorjahr 800 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 364 TEUR ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 5 TEUR auf Vorjahresniveau.

4.2.2. Investitionen

Die geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr 2021 betragen 500 TEUR und waren geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung erfolgte eine Überprüfung sowie Anpassung der notwendigen Investitionen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 375 TEUR vorgenommen. Diese resultieren aus Investitionen für die Ersatzbeschaffung eines Mobilbaggers in Höhe von 49 TEUR, aus der Ersatzbeschaffung eines Radladers in Höhe von 213 TEUR, 59 TEUR für Investitionen im Rahmen des Abschlusses des in 2020 begonnenen Umbauprojektes zur Erweiterung und Optimierung der Sortieranlage und 54 TEUR für die Ersatzinvestition für Büro- und Sozialcontainer. Das nicht in Anspruch genommene Investitionsvolumen in Höhe von 125 TEUR wird auf das Folgejahr verschoben.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 um 191 TEUR gesunken und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 399 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 4 TEUR dar. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2021 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2021 TEUR	31.12.2020 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.849	3.009	-160
Kurzfristiges Vermögen	987	1.202	-215
Gesamtvermögen	3.836	4.211	-375
Langfristiges Kapital	2.242	2.421	-179
Kurzfristiges Kapital	1.594	1.790	-196
Gesamtkapital	3.836	4.211	-375

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Abschreibungen der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Investitionen des Geschäftsjahres 2021. Im Vergleich zum Vorjahr (2.823 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.663 TEUR.

Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (289 TEUR; Vorjahr 193 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (600 TEUR; Vorjahr 910 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 215 TEUR geringeres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Minderung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 379 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens von 800 TEUR im Dezember 2020, wovon entsprechend dem Tilgungsplan 533 TEUR dem langfristigen Kapital zuzuordnen sind. Des Weiteren ist der Verbrauch (-46 TEUR) der langfristigen Personalrückstellung für Abfindungszahlungen berücksichtigt.

Im Bereich des kurzfristigen Kapitals verzeichnet die Gesellschaft einen Anstieg von 4 TEUR im Vergleich zum Vorjahr, welcher hauptsächlich durch die Zugänge kurzfristiger Rückstellungen begründet ist.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 320 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis in Höhe von 364 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Instandhaltungen, Endverwertungskosten sowie Versicherungsschutz konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 13 Risiken ermittelt (Vorjahr 14). Unter diesen Risiken lassen sich 2 Einzelrisiken der Gruppe 2 zuordnen und kein Risiko der Gruppe 1. Die Risiken verteilen sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	-	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	6	-	1
Rechtliche Risiken	5	-	1
Technische Risiken	2	-	-
Gesamt	13	0	2

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2022 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.325 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2022 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2022 mit keinen weiteren Erlösen aus der Erbringung von Schredderleistungen im Rahmen der Brennstoffaufbereitung. Analog des Geschäftsjahres 2021 wird die Gesellschaft versuchen, erst zur Abdeckung freier Leistungskapazitäten nach Können und Vermögen entsprechende Leistungen ausführen.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2021 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 mit Erlösen in Höhe von 18 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.343 TEUR.

6.2. Investitionen

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 425,0 TEUR sind geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Gepplant werden hierbei 179 TEUR für Ersatzinvestitionen in die Sortieranlage, 100 TEUR für die Ersatzinvestitionen einer Fahrzeugwaage, 60 TEUR für die Investition eines neuen Kompressors zur Entstaubung der Anliefer- und Maschinenhallen, 40 TEUR für den Austausch beschädigter Abrollcontainer und 30 TEUR für ein Betriebsfahrzeug des Betriebsleiters.

Anhand der Erfahrungen der Vergangenheit plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 mit Investitionen in Höhe von 430,0 TEUR, welche durch notwendige Ersatzinvestitionen für die Mobiltechnik (Radlader und Elektroumschlagbagger) begründet sind.

In den Geschäftsjahren 2024 bis 2026 wird von einem kumulierten Investitionsvolumen von 1.185,6 TEUR, für notwendige Investitionen für Ersatzbeschaffungen in Anlagen- und Mobiltechnik (1.015 TEUR) und für die Umsetzung von Beauftragungen der Genehmigungsbehörde, ausgegangen. Die Gesellschaft bewegt sich in ihrer operativen Tätigkeit im Rahmen von „Alt“-Genehmigungen und es besteht ein latentes Risiko von Nachforderungen seitens der Genehmigungsbehörde (z. Bsp. verschärfte Auflagen zum Gewässerschutz).

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2022 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen versetzen die RAB Halle GmbH in die Lage, ein positives Ergebnis in Höhe von 328 TEUR vor Gewinnabführung zu erwirtschaften. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voranzutreiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2022 mit beeinflussen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Schröder, André
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Bieder, Marco
	Kretschmann, Reiner
	Probst, Michael
	Schulze, Jörg
	Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	79	78	80
Aufsichtsrat	1	1	1

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.504	33	1.787	39	1.630	37	-283	-16
Umlaufvermögen	3.030	67	2.718	60	2.710	62	312	11
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	21	1	13	1	-2	-10
Bilanzsumme	4.553	100	4.526	100	4.353	100	27	1

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.152	91	4.047	89	3.949	91	105	3
Rückstellungen	76	2	128	3	68	1	-52	-41
Verbindlichkeiten	325	7	351	8	336	8	-26	-7
Bilanzsumme	4.553	100	4.526	100	4.353	100	27	1

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.057	5.588	4.916
sonstige betriebliche Erträge	109	66	41
Materialaufwand	1.398	1.137	576
Personalaufwand	2.376	2.307	2.161
Abschreibungen	681	783	516
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.466	1.107	1.246
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	67	89	136
Ergebnis nach Steuern	179	231	337
sonstige Steuern	20	19	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	159	212	319

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,62	3,79	6,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,98	5,52	8,80	%
Cash-Flow:	840	995	835	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	121	109	94	T€
Personalaufwandsquote:	38,54	40,80	43,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,01	39,42	37,39	%
Eigenkapitalquote:	91,20	89,42	90,71	%
Fremdkapitalquote:	8,80	10,58	9,29	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Bioabfall	8.325,00	7.406,00	6.840,28	t
Pappe, Papier	8.401,00	8.534,00	8.489,06	t
Restabfall	24.846,00	24.615,00	24.129,60	t

f) Lagebericht**Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Das Jahr 2021 erwies sich in der Entsorgungswirtschaft als ein Jahr welches im Rahmen der gesetzlichen Änderungen in der Abfallwirtschaft eher als Ausgeglichen bezeichnet werden kann. Hinsichtlich der allgemeinen Gesetzgebungen im Rahmen der pandemischen Lage kann man durchaus von einem turbulenten Jahr ausgehen.

In den Bereichen der Verwertung und Entsorgung konnte im Jahr 2021 von einer Mengenstabilität ausgegangen werden. Auch im Folgejahr werden die Gesamtmengen nicht oder nur unerheblich sinken. Eine Preisstabilität in der Branche ist nicht eingetreten, so sind in allen Bereichen diverse Preiserhöhungen in Kraft getreten. Der PPK-Markt hat sich weiter stabilisiert.

Analog dem Jahr 2020 spaltet die Corona-Pandemie die Abfallwirtschaft in 2 Bereiche. Zum einen in den gewerblichen Teil, welcher unter der Pandemie aufgrund der anhaltenden Lage die Erlössituation vor der Pandemie nicht wieder erreichen konnte, es aber auch keinen weiteren Erlöseinbruch zu verzeichnen gab. Zum anderen in die Entsorger der Privathaushalte, die durch die Einschränkungen und den zunehmenden Onlinehandel Zuwächse zu verzeichnen haben.

Auch im Jahr 2021 sorgten diverse Firmenübernahmen durch die großen Entsorgungsunternehmen für einseitige Marktveränderungen und eine anhaltende Verunsicherung in der Entsorgungsbranche.

Gleichzeitig steigen mit den Novellierungen des Verpackungsgesetzes, der TA Luft und des Batteriegesetzes die Anforderungen an die Entsorgungswirtschaft. Zukünftig werden die Ressourcenschonung, Elektromobilität und Produktverantwortung auch in der Abfallwirtschaft eine entscheidende Rolle zukommen.

Ausblickend auf die Folgejahre wird die Entwicklung im Bereich der Bioabfälle gesehen. Grundlegende gesetzliche Regelungen werden zu einem Auswirkung auf das Nutzungsverhalten sowie die Preisentwicklung haben. Ebenfalls davon betroffen werden die Bereiche Altholz und Grünabfälle sein.

Durch den Erlass des Gesetzes über saubere Straßenfahrzeuge vom Juni 2021 wird sich der Beschaffungsmarkt in der Entsorgungswirtschaft in den nächsten Jahren stark verändern. Zunehmend werden Alternativenantriebe ihre Verwendung finden.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2021 konnte von der RES GmbH wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden. Das über dem Plan liegende Ergebnis ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen. Der erwartete Mengenrückgang in den Abfallarten Restabfall und PPK ist nicht eingetreten. Im Bereich Bioabfall ist eine Steigerung von 14,5 % eingetreten. Die Grünabfallmengen sind um 10 % gestiegen. Außerdem wurde durch die Verbesserung der Verwertungserlöse für PPK über das gesamte Jahr ein besseres Betriebsergebnis erzielt. Bis zum Dezember 2021 stiegen die Preise für die PPK-Vermarktung über den an den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft auszukehrenden Erlös. Weiterhin wurde das Jahresergebnis durch geringere Personalkosten in Höhe von 44 T€ und geringere Abschreibungsbeträge in Höhe von 64 T€ gegenüber dem Plan positiv beeinflusst.

Zu den geringeren Personalkosten gehören des Weiteren auch niedrigere Aufwendungen für Leiharbeiter in Höhe von 8 T€ gegenüber den Planzahlen, so dass die Personalkosten-einsparung insgesamt 52 T€ beträgt.

In Anbetracht des schwankenden Marktes für PPK, bereits über einen Zeitraum von 1,5 Jahren, ist eine qualifizierte Voraussage im Hinblick auf kommende Jahre nur schwer möglich.

Die Umsetzung des Vertrages für die Leistungen Restabfall, PPK, Bioabfall, Elektroaltgeräte, Sperrmüll, Grünabfälle und schadstoffhaltige Kleinmengen konnte ohne wesentliche Einschränkungen im Betrieb realisiert werden. Auch die ab dem 3. Quartal einsetzenden Lieferengpässe und die massiven Verteuerungen von Ersatzteilen und Betriebsmitteln konnten den Geschäftsbetrieb nicht nachhaltig beeinflussen. Zu geringen Verschiebungen im Betriebsablauf führten lediglich die Wetterlage im Februar 2021 sowie die Corona-Pandemie.

Für die Steuerung des Unternehmens werden sowohl finanzielle Leistungsindikatoren (monatliche Umsatz- und Kostenentwicklung) als auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren (Entwicklung des Landkreises und gesetzliche Anforderungen) verwendet. Als weiterer wichtiger Faktor für die Unternehmensentwicklung wird darauf geachtet, Entscheidungsprozesse möglichst auf kurzen Wegen schnell zu realisieren und ständig zu kommunizieren.

Die Umsetzung der im Jahr 2020 realisierten Ausschreibungen der PPK-Verwertung, Sonderabfallentsorgung, Grünabfallentsorgung sowie der Bioabfallentsorgung erfolgte reibungslos. Die Auftragnehmer erfüllten die ihnen übertragenen Aufgaben ohne Mängel.

Die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge gestaltete sich ab Mitte des Jahres sehr schwierig. Liefertermine konnten und können aufgrund fehlender Bauteile der Hersteller sowie von massiven Preiserhöhungen der Zulieferer nicht eingehalten werden. Für Abfallsammelfahrzeuge kommt es zu Wartezeiten von über einem Jahr. Die steigenden Kosten für die Instandhaltung konnten vom Unternehmen ausgeglichen werden.

a.) Allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2021 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes. Erwähnenswert wäre der massive Witterungseinbruch im Februar 2021. Hier konnte aufgrund der zuverlässigen Arbeitsweise aller Mitarbeiter nach 3 Tagen der normale Betriebsablauf wieder hergestellt werden.

Alle Aufgaben zum Einsammeln und Transportieren von Abfällen auf dem Gebiet des Landkreises Mansfeld-Südharz für die Abfallarten Restabfall, Bioabfall, PPK, Sperrmüll, Elektroaltgeräte sowie gefährliche Abfälle wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Das im Jahr 2016 in der RES eingeführte interne Kontrollsystem wurde im Jahr 2021 einer erneuten externen Prüfung unterzogen und im Ergebnis die konforme Umsetzung bestätigt.

Im Jahr 2021 wurden in der RES vier Aufsichtsratssitzungen durchgeführt. Außerdem wurden zwei Gesellschafterversammlungen abgehalten. Zu den Sitzungen wurden die zuständigen Gremien über den Betriebsablauf aktuell informiert. Notwendige Empfehlungen und Beschlüsse wurden gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, beraten und beschlossen.

Das Jahr 2021 konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 159 T€ abgeschlossen werden.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2021 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben.

Aufgrund der Liefersituation werden die Fahrzeuge voraussichtlich im 3. Quartal 2022 geliefert. Die in dem Investitionsplan des Jahres 2022 bestätigten Fahrzeuge werden nach vorgezogener Ausschreibung erst im März 2023 verfügbar sein.

Die Gesamtinvestition belief sich 2021 auf 592 T€. Davon entfallen 372 T€ auf den Investitionsplan 2020 für die Lieferung von 2 Abfallsammelfahrzeugen. Die Investition in die Heizungsanlage in Höhe von 147 T€ wurde als Instandhaltungsmaßnahme vollumfänglich kostenwirksam im Geschäftsjahr erfasst. Ebenfalls sofort kostenwirksam wurde der Kauf von Abfallbehältern in Höhe von 46 T€. Die verbleibende Differenz in Höhe von 27 T€ sind Investitionen in EDV und BGA. Durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 55 T€ erzielt, Der Restbetrag in Höhe von 537 T€ wurde aus freien liquiden Mitteln finanziert. Der Förderbetrag für die Heizungsanlage wird nach Prüfung durch die Bafa im Jahr 2022 festgesetzt.

Im Einzelnen werden die Investitionen aus dem Investitionsplan 2021 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge	470 T€/2021	0 T€	-470 T€
2 Sammelfahrzeuge/1PKW Lieferung 2022 ohne Termin (470 T€)			
Betriebs- und Geschäftsausst.	231,5 T€	212 T€	-19,5 T€
		(inkl. Heizung und Abfallbehälter)	
EDV	10,0 T€	7,8 T€	- 2,2 T€
Gesamt	711,5 T€	219,8 T€	- 491,7 T€

Personal/Sozialbericht

Das Unternehmen hatte zum Stichtag 31. Dezember 2021 einen Personalbestand (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) in Höhe von 52. Der durchschnittliche Personalbestand (inkl. Geschäftsführer und Auszubildende) im Jahr 2021 betrug 56.

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Der Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2021 auf 2.376 T€ und lag damit um 70 T€ höher als im Vorjahr. Die Personalkosten stiegen durch die im 3. Zusatz zum Haustarifvertrag festgelegten Regelungen. Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 42 T€ inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden keine geleistet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersvorsorge in Höhe von 71 T€.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 2 Arbeitnehmer und zum Jahresende 1 Mitarbeiter. Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen in Höhe von 500 € sowie der bedarfsmäßige Einsatz von Leiharbeitern in Höhe von 182 T€ erbracht. In der RES wurde im Jahr 2021 die bereits vorhandene Nachfolgeplanung fortgeschrieben, um eventuell entstehenden Personalengpässen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es wurde kein weiterer Auszubildender zum Berufskraftfahrer eingestellt. Im Jahr 2022 sollen 2 Auszubildende eingestellt werden.

d.) Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2021 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen in Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im Dezember 2021 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Außerdem wurde im Jahr 2021 die geplante Umstellung der Heizungsanlage vorgenommen und eine Photovoltaikanlage mit 21 KW elektrischer Leistung installiert. Die Heizung besteht aus Wärmepumpenanlagen sowie Solarthermie. Somit werden keine fossilen Energieträger benötigt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Jahr 2021 erstmalig in der Planung der Umsetzung des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge ab dem Jahr 2025. Es wurde ein vollelektronisches Fahrzeug über einen Zeitraum von 2 Wochen eingesetzt. Außerdem wurde eine Analyse zum Einsatz von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen durchgeführt.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, Sperrmüll, PPK, Bioabfall, Grünabfall, Elektroaltgeräte und gefährliche Abfälle (Teilleistung 1-7) für die Jahre 2020 bis 2028 geschlossen. Alle drei Jahre erfolgt eine Kalkulation entsprechend den Richtlinien für Selbstkostenfestpreise. Diese wird durch den EAW geprüft und bestätigt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 98 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2021 über kommunale Verträge generiert. Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 169 T€.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2020	Tonnage 2020	Leerungen 2021	Tonnage 2021
Restmüll	991.936	24.615	990.458	24.846
PPK	521.391	8.534	518.619	8401
Bioabfall	345.777	7.406	364.970	8325
Grünabfall	0	2.076	0	2.300
Sperrmüll	0	3.040	0	3.065
Elektroaltgeräte	0	351	0	347
gefährliche Abfälle	0	85	0	81

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2021 hat sich verbessert. Das zugegangene Sachanlagevermögen ist weiterhin eigenkapitalfinanziert. Der Kassenbestand und das Bankguthaben haben sich zum 31.12.2021 insgesamt um 174 T€ erhöht. Das Eigenkapital stieg zum Stichtag um 105 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 91 %. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen weiterhin nicht. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 110 T€ und 214 T€ für sonstige Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Steuern sowie Personalkosten. Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand belaufen sich auf 2.591 T€.

g.) Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen.

III. Risikobericht

Im Jahr 2021 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass sich die positive Prognose für das Jahr 2021 erfüllt hat. Es sind keine der analysierten Risiken eingetreten. Im Jahr 2021 wurde die Wirksamkeit des im Jahr 2016 eingeführten internen Kontrollsystems extern geprüft. Es wurde keine Abweichungen festgestellt.

Folgende Kriterien werden über das Risikomanagement kontinuierlich beobachtet und monatlich erneut bewertet:

- der Bereich der unerwarteten möglichen Kostensteigerungen im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten, Anordnungen und gesetzliche Änderungen sowie die demografische Entwicklung
- die Entwicklung des Preisniveaus der Verwertung von Abfällen sowie die Entwicklung des Preisniveaus im Verwertungsbereich
- Das bestehende Risiko der Corona-Pandemie konnte durch die aufgestellten Notfallpläne weitestgehend gering gehalten werden aufgestellt. Glücklicherweise sind im Jahr 2021 nur wenige Mitarbeiter oder Angehörigen erkrankt, so dass dadurch die Auswirkungen im Unternehmen gering waren.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Der Hauptvertrag der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld-Südharz ist bis zum 31.12.2028 gesichert.

Im Jahr 2022 wird das eingeführte Risikomanagement von einem externen Unternehmen auf deren Wirksamkeit geprüft.

a.) Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2022 und den folgenden Jahren von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. So ist für die Gesellschaft im Jahr 2022 ein Umsatz von 5.600 T€ bei einem Ergebnis von 10 T€ geplant. Im Jahr 2022 sollen 480 T€ investiert werden. Für die Jahre 2022 und 2023 geht die Unternehmensleitung trotz der angekündigten Preiserhöhungen vor allem im technischen Bereich von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Um technischen Lieferschwierigkeiten entgegenzuwirken, werden im Jahr 2022 Maßnahmen getroffen, um die Leistungen weiterhin fristgerecht und vollumfänglich umsetzen zu können. Das Jahr 2022 und Fortfolgende werden wie im Wirtschaftsplan 2022 und der dazugehörigen Vorausschau dargestellt prognostiziert.

Für den Bereich der Wertstoffhöfe gehen wir davon aus, dass sich die Erlöse im Jahr 2022 kaum verändern werden. In diesem Bereich könnte durch die erhöhten Kosten, vor allem für Kraftstoff für eine rückläufige Entwicklung sorgen. Die Verwertung wird weiterhin selbst durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ausgeführt.

Bezüglich der folgenden Jahre ist davon auszugehen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung eine Mengenstagnierung eintritt.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2022 im Bereich Restabfall die Mengen in Abhängigkeit annähernd den Stand des Jahres 2021 erreichen werden. Im PPK-Bereich werden sich die Mengen reduzieren, bei gleichzeitiger Volumenzunahme. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware weiterhin sinken.

Im Hinblick auf das Jahr 2022 muss mit einem geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden. Ursächlich dafür werden die steigenden Kosten sein.

Im Jahr 2022 wird entsprechend Wirtschaftsplan mit einem positiven Betriebsergebnis gerechnet.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird die Unternehmensentwicklung ab dem Jahr 2022 wie prognostiziert fortgesetzt. Die hohen Standards sollen durch die Einführung verschiedener weiterer Kontrollmechanismen gefestigt werden.

Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark wurden in die Planung für das Jahr 2022 einbezogen.

IV. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten. Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes sind im Rahmen des betrieblichen Ablaufes keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

V. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

- Der Jahresüberschuss beträgt 158.898,41 €.
- Von dem Jahresüberschuss werden 3 % bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 45.089,54 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet.
- Weiterhin schlägt die Geschäftsführung, auf der Grundlage der Jahresabrechnung eine zusätzliche Ausschüttung in Höhe von 13.204,00 € im Jahr 2022 an die Gesellschafter zu gleichen Teilen vor. Der zusätzliche auszuschüttende Anteil ist das Ergebnis der gewerblichen Leistungen aus dem Jahr 2021.
- Es sollen 100.604,87 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt. Prokura wurde Herrn Steffen Möckel im Jahr 2018 erteilt.

SP X GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	(vertreten durch Hollstein, Thomas)
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	10.465	84	828	57	9.637	1.164
Umlaufvermögen	799	6	502	35	297	59
Rechnungsabgrenzungsposten	1.180	10	14	1	1.166	8.329
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	96	7	-96	-100

Bilanzsumme

	2021	%	2020	%	Veränderungen	%
	12.444	100	1.440	100	11.004	764

Passiva

	2021	%	2020	%	Veränderungen	%
Eigenkapital	2.530	20	4	0	2.526	63.150
Rückstellungen	32	0	3	0	29	967
Verbindlichkeiten	9.882	80	1.433	100	8.449	590

Bilanzsumme

	2021	%	2020	%	Veränderungen	%
	12.444	100	1.440	100	11.004	764

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	876	0
sonstige betriebliche Erträge	21	0
Materialaufwand	86	1
Abschreibungen	214	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	77	23
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	124	44
Ergebnis nach Steuern	396	-68
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	396	-68
Belastung der Kapitalkonten	30	69
Gutschrift auf Kapitalkonten	0	-1
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-426	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	45,22		%
Eigenkapitalrentabilität:	15,65	-1.667,47	%
Cash-Flow:	610	-68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,10	57,48	%
Eigenkapitalquote:	20,33	0,28	%
Fremdkapitalquote:	79,67	99,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	20,0	0,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP X GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP X GmbH & Co. KG (SP X) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP X ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 8. April 2021 erwarb die EGE-P alle Anteile an der SP X von den bisherigen Eigentümern und integrierte die Gesellschaft in das Portfolio der EGE-P.

Die Gesellschaft hat die Errichtung der Photovoltaikanlage Laubsdorf fortgeführt und die Anlage mit einer Gesamtleistung von 20 MWp am 9. Juli 2021 erfolgreich in Betrieb genommen. Für die Finanzierung der Errichtung wurde im Geschäftsjahr 2021 ein Kreditvertrag über ein Volumen in Höhe von 10.400 T€ abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Bepreisung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 % weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP X ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 20,0 MW.

Während des Betriebs im Geschäftsjahr 2021 wurden insgesamt 8,9 GWh Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde in 2021 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 97,3 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,3 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die SP X einen Jahresüberschuss in Höhe von 396 T€, was einem Anstieg von 464 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist auf die Inbetriebnahme der ersten Photovoltaikanlage der Gesellschaft am 9. Juli 2021 zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 876 T€ (Vorjahr: 0 T€). Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 21 T€ an (Vorjahr: 0 T€).

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs verbuchte Materialaufwand im Geschäftsjahr 2021 betrug 86 T€ (Vorjahr: 1 T€). Abschreibungen fielen in Höhe von 214 T€ an (Vorjahr: 0 T€). Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten, insgesamt 77 T€ (Vorjahr: 23 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich aufgrund der Aufnahme eines Darlehens um 80 T€ auf 124 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP X belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 423 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -258 T€ war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs sowie durch Auszahlungen für die Nutzung des Umspannwerkes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 9.838 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 10.518 T€ und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 9.835 T€, Darlehenstilgungen von 410 T€ sowie Zinszahlungen in Höhe von 102 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen und -entnahmen der Gesellschafterin in Höhe von saldiert 1.195 T€ enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der SP X 12.444 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 11.003 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der Vergrößerung des Anlagenportfolios um 9.637 T€ auf 10.465 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 423 T€ (Vorjahr: 0 T€) und Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 376 T€ (Vorjahr: 502 T€). Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1.180 T€ resultierte aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk (Vorjahr: 15 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 9.425 T€ die größte Position (Vorjahr: 0 T€). In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 9.882 T€ (Vorjahr: 1.433 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich aufgrund weiterer Eigenkapitaleinlagen und der Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital um 2.622 T€ auf 2.530 T€. Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 20,3 % (Vorjahr: im Saldo -6,8 %).

4.4. Gesamtaussage

Die SP X schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den gestiegenen Marktwert Solar zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP X ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die SP X verringert.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP X ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Errichtung oder der Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen ist im Geschäftsjahr 2022 nicht beabsichtigt.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 197 T€.

SP XVII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	7.050	69	428	34	6.622	1.547
Umlaufvermögen	1.915	19	819	64	1.096	134
Rechnungsabgrenzungsposten	1.200	12	0	0	1.200	
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	23	2	-23	-100

Bilanzsumme

10.165	100	1.270	100	8.895	700
---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.222	32	6	0	3.216	53.600
Rückstellungen	9	0	2	0	7	350
Verbindlichkeiten	6.934	68	1.262	100	5.672	449

Bilanzsumme

10.165	100	1.270	100	8.895	700
---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0
Materialaufwand	0	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	32	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66	16
Ergebnis nach Steuern	-98	-19
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-98	-19
Belastung der Kapitalkonten	26	20
Gutschriften auf Kapitalkonten	0	-1
Belastung des Verlustvortragskontos	72	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,04	-331,30	%
Cash-Flow:	-98	-19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,36	33,69	%
Eigenkapitalquote:	31,69	0,45	%
Fremdkapitalquote:	68,31	99,55	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVII GmbH & Co. KG (SP XVII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 21. Juni 2021 wurde die Gesellschaft durch die EGE-P von den bisherigen Eigentümern erworben und in das Portfolio der EGE-P integriert.

Die Errichtung der Photovoltaikanlage Sergen West I, deren Inbetriebnahme für das erste Quartal 2022 geplant ist, wurde im Geschäftsjahr 2021 fortgeführt. Für die Finanzierung der Errichtung wurde im Geschäftsjahr 2021 ein Kreditvertrag über ein Volumen in Höhe von 8.450 T€ abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Besteuerung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVII ist die Errichtung und der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde im Geschäftsjahr die Errichtung der Photovoltaikanlage Sergen West I fortgeführt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die SP XVII einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 98 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von 19 T€). Das negative Ergebnis ist auf die Errichtungsphase zurückzuführen, da noch keine Erzeugungsanlagen in der Gesellschaft in Betrieb sind.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten in Höhe von insgesamt 32 T€ an (Vorjahr: 3 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich aufgrund der Aufnahme eines Darlehens um 51 T€ auf 66 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVII belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 292 T€ (Vorjahr: 13 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -2.051 T€ war insbesondere durch die Aufwendungen im Rahmen des Geschäftsbetriebes sowie durch Auszahlungen für die Nutzung des Umspannwerkes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 6.621 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 8.951 T€ und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 6.959 T€ sowie Zinszahlungen in Höhe von 45 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen und -entnahmen der Gesellschafterin in Höhe von saldiert 2.075 T€ enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der SP XVII 10.165 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 8.895 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der fortschreitenden Errichtung der Photovoltaikanlage Sergen West I um 6.622 T€ auf 7.050 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 292 T€ (Vorjahr: 13 T€), Forderungen in Höhe von 858 T€ (Vorjahr: 0 T€) und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 764 T€ (Vorjahr: 806 T€). Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1.200 T€ resultierte aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk (Vorjahr: 0 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 6.929 T€ die größte Position (Vorjahr: 0 T€). In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 6.934 T€ (Vorjahr: 1.262 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich aufgrund weiterer Eigenkapitaleinlagen und der Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital um 3.239 T€ auf 3.222 T€. Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 31,7 % (Vorjahr: im Saldo -1,4 %).

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVII schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem geringeren Jahresfehlbetrag ab, als in der Wirtschaftsplanung prognostiziert. Ursächlich waren geringere Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb sowie geringere Zinsaufwendungen.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP XVII ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2022 ist die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage Sergen West I beabsichtigt.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 130 T€.

SP XVIII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	918	41	692	88	226	33
Umlaufvermögen	495	22	80	10	415	519
Rechnungsabgrenzungsposten	825	37	0	0	825	
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	16	2	-16	-100

Bilanzsumme	2.238	100	788	100	1.450	184
--------------------	--------------	------------	------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	2.229	100	0	0	2.229	
Rückstellungen	7	0	2	0	5	250
Verbindlichkeiten	2	0	786	100	-784	-100

Bilanzsumme	2.238	100	788	100	1.450	184
--------------------	--------------	------------	------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	11	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15	8
Ergebnis nach Steuern	-26	-11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-26	-11
Belastung der Kapitalkonten	17	12
Gutschrift auf Kapitalkonten	0	-1
Belastung des Verlustvortragskontos	9	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,15	-13.256,05	%
Cash-Flow:	-26	-11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,00	87,88	%
Eigenkapitalquote:	99,56	0,01	%
Fremdkapitalquote:	0,44	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVIII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVIII GmbH & Co. KG (SP XVIII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVIII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der COVID-19-Pandemie gekennzeichnet. Zum einen haben die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie weiterhin Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung, insbesondere den Dienstleistungsbereich. Zum anderen zog die weltweite Güternachfrage in 2021 nach einem pandemiebedingten Einbruch wieder an. Die Folgewirkung sind Lieferengpässe, fehlende Vorprodukte und gestiegene Preise.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit ist die deutsche Wirtschaft nach dem Corona-Krisenjahr 2020 in eine Erholungsphase eingetreten. Bis zum Jahresende erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 2,6 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % (deutschlandweit Steigerung um 2,9 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 21. Juni 2021 wurde die Gesellschaft durch die EGE-P von den bisherigen Eigentümern erworben und in das Portfolio der EGE-P integriert.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde die Projektentwicklung für eine Photovoltaikanlage am Standort Sergen mit einer geplanten Leistung von bis zu 26 MWp fortgeführt. Zur Finanzierung der Projektierungsphase stellte die EGE-P im Geschäftsjahr 2021 Eigenmittel in Höhe von 1.509 T€ zur Verfügung.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2021 trat das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft, das die Besteuerung für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) deutschlandweit auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausweitet. Diese sogenannte CO₂-Steuer ist Teil des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung und ergänzt den europäischen Emissionshandel um einen nationalen Emissionshandel. In der Folge des neuen Gesetzes konnte bereits zum Jahresbeginn ein Anstieg der Preise für fossile Heiz- und Kraftstoffe beobachtet werden.

Gleichzeitig stiegen weltweit seit dem 2. Quartal die Großhandelspreise für die fossilen Brennstoffe Erdgas, Kohle und Öl mit hohen zweistelligen Prozentzahlen – der Großhandelspreis für Erdgas erreichte im Herbst ein neues Allzeithoch. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im September mit 11,7 ct/kWh in diesem Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahresvergleich. Insbesondere neuere Photovoltaikanlagen erhalten dadurch eine Vergütung, die über der in Ausschreibungen bezuschlagten EEG-Vergütung liegt.

Seit dem 1. Januar 2021 wurde die EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh gedeckelt. Die Maßnahme wurde im Rahmen eines Corona-Konjunkturpaketes beschlossen, da die rechnerische EEG-Umlage in 2021 andernfalls auf 9,7 ct/kWh gestiegen wäre – ein Wachstum von über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Am 24. Juni 2021 hat der Bundestag eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verabschiedet. Sie sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, fünf Jahre früher als ursprünglich geplant. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgasen festgelegt. Konkret soll durch das Gesetz unter anderem der Betrieb von Stromspeichern durch diverse Erleichterungen gefördert werden.

Am 24. November 2021 hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ihren neuen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Ein Kernpunkt des politischen Leitfadens für die kommenden Jahre ist die Verstärkung der bereits seit einigen Jahren fortschreitenden Transformationsbestrebungen in der Energiewirtschaft. So plant die neue Koalition u.a. die Abschaffung der EEG-Umlage, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030, den Zubau von weiteren 200 GW Photovoltaikleistung und die stärkere Förderung des Ausbaus der E-Mobilität.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVIII ist die Errichtung und der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde im Geschäftsjahr 2021 die Entwicklung eines Projektes am Standort Sergen fortgeführt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die SP XVIII einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 26 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von 11 T€). Das negative Ergebnis ist auf die Projektierungsphase zurückzuführen, da noch keine Erzeugungsanlagen in der Gesellschaft in Betrieb sind.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten in Höhe von insgesamt 11 T€ an (Vorjahr: 3 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 6 T€ auf 15 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVIII belief sich am 31. Dezember 2021 auf insgesamt 310 T€ (Vorjahr: 12 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -978 T€ war insbesondere durch die Aufwendungen im Rahmen des Geschäftsbetriebes sowie durch Auszahlungen für die Nutzung des Umspannwerkes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 512 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 1.789 T€ und beinhaltet insbesondere die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 1.509 T€.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme der SP XVIII 2.238 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.451 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der fortschreitenden Projektierung der Photovoltaikanlage um 226 T€ auf 918 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 310 T€ (Vorjahr: 12 T€) und Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 185 T€ (Vorjahr: 68 T€). Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 825 T€ resultierte aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk (Vorjahr: 0 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital der Gesellschaft aufgrund weiterer Eigenkapitaleinlagen und der Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital um 2.244 T€ auf 2.229 T€. Die Verbindlichkeiten verringerten sich aufgrund der Umwandlung der Gesellschafterdarlehen um 783 T€ auf 2 T€. Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 99,6 % (Vorjahr: im Saldo -1,9 %).

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVIII schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem geringeren Jahresfehlbetrag ab, als in der Wirtschaftsplanung prognostiziert. Ursächlich waren geringere Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVIII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP XVIII ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Entwicklung der Großhandelspreise kann zu Chancen für die Erlöse aus der Stromvermarktung führen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2022 ist die Weiterentwicklung des Projektes am Standort Sergen sowie die Errichtung der Photovoltaikanlage mit einer Leistung von bis zu 26 MW beabsichtigt. Die Inbetriebnahme ist für Dezember 2022 geplant.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von -80 T€.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt.

Es ist beabsichtigt, die Gesellschaft für einen anderen öffentlichen Zweck zu nutzen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Schirrmeister, Claudia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr 2021 keine Bezüge von der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	32	100	32	100	32	100	0	0

Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	81	26	79	26	81	0	0
Rückstellungen	5	17	4	14	5	16	1	25
Verbindlichkeiten	1	2	2	7	1	3	-1	-50

Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	1	2
Personalaufwand	0	0	4
sonstige betriebliche Aufwendungen	12	7	10
Ergebnis nach Steuern	-12	-6	-12
Erträge aus Verlustübernahmen	12	6	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-45,62	-23,44	-46,54	%
Cash-Flow:	-12	-6	-12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	27,68	1,93	201,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	81,14	79,37	80,64	%
Fremdkapitalquote:	18,86	20,63	19,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Struktur

Alleinige Gesellschafterin der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Situation

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH wurde im Geschäftsjahr 2021 operativ nicht tätig. Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt. Die Geschäftstätigkeit der TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschränkt sich seitdem auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Geschäftsführung nach den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterin obliegen.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2021 wegen der Einstellung des operativen Geschäfts nicht erzielt. Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen zum 31. Dezember 2021 TEUR 0,1. Diese Position enthält die Auflösung von Rückstellungen.

Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 11,7 an. Diese Position beinhaltet Kosten für kaufmännische Dienstleistungen, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Versicherungen und Beiträge.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH weist im Jahr 2021 einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von TEUR 11,7 aus.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben und ist auch künftig gesichert. Zum einen verfügt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Rahmen des Cash Pools über ein ausreichendes Guthaben bei der Stadtwerke Halle GmbH, zum anderen ist die Stadtwerke Halle GmbH der TELONON Abwasserbehandlung GmbH durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich eines eventuell entstehenden Jahresfehlbetrages verpflichtet.

Steuerung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschäftigt neben der Geschäftsführerin kein weiteres eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2021 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt. Aufgrund der geringen Anzahl von Geschäftsvorfällen erfolgte eine Gegenüberstellung von Ist- und Planwerten lediglich zum Jahresende.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2021 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem benennt für das Jahr 2021 keine den Bestand der TELONON Abwasserbehandlung GmbH gefährdende Risiken.

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Chancen und Risiken können sich jedoch im Zusammenhang mit einer in der Zukunft unter Umständen erfolgenden erneuten Aufnahme einer Geschäftstätigkeit ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird nach außen unternehmerisch tätig werden, sobald sich im wirtschaftlichen Umfeld der Gesellschafterin eine Gelegenheit dazu bietet. Über den zeitlichen Rahmen und die weitere geschäftliche Entwicklung lassen sich derzeit keine Aussagen treffen. Bis dahin wird durch die Verwaltungskosten ein jährlicher Fehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von TEUR 7 erwartet.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	<i>(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)</i>
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	185	165	162

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
mittelbar	T€	%
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	43.490	91	43.540	92	47.372	92	-50	0
Umlaufvermögen	4.508	9	3.595	8	4.032	8	913	25
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	0	0	0	0	5	

Bilanzsumme	48.003	100	47.135	100	51.404	100	868	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	46.468	97	46.602	99	50.781	99	-134	0
Rückstellungen	289	0	146	0	208	0	143	98
Verbindlichkeiten	1.246	3	387	1	415	1	859	222

Bilanzsumme	48.003	100	47.135	100	51.404	100	868	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.406	1.213	1.084
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	328	69	0
sonstige betriebliche Erträge	69	21	21
Materialaufwand	649	528	526
Personalaufwand	1.134	753	585
Abschreibungen	9	6	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	111	144	85
Erträge aus Beteiligungen	1.187	1.348	1.826
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23	-23	2
Ergebnis nach Steuern	1.110	1.243	1.722
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.110	1.243	1.722

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	78,92	102,54	158,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,45	2,74	3,51	%
Cash-Flow:	1.119	1.250	1.732	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	258	145	369	T€
Personalaufwandsquote:	62,88	57,76	52,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,05	0,03	0,02	%
Eigenkapitalquote:	96,80	98,87	98,79	%
Fremdkapitalquote:	3,20	1,13	1,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Stromproduktion der Windparks (eingespeist und vergütet)	208.620	242.124	252.791	MWh

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (im Folgenden „TOW“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Gesellschafter der TOW sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland und Österreich. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH („TOWV“) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlagen und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind 9 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

II. Steuerungssystem

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Ein wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator sind die Winderträge der Beteiligungsgesellschaften.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Nunmehr soll die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Alle Windparkprojekte der TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG-Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam. Ebenso haben aktuelle Änderungen des EEG keine Auswirkungen auf die Windparks der TOW.

II. Geschäftsverlauf

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2021 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung der jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2021 zeichnet sich durch einen unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertragsprognose (nichtfinanzieller Leistungsindikator) von 256.146 MWh für 2021 wurde mit 208.620 MWh (i. Vj. 242.124 MWh) zu 81% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 96%.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2021 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1.110 (i. Vj. TEUR 1.243) und liegt damit TEUR 353 unter dem im Rahmen der Wirtschaftsplanung erwarteten Überschuss von TEUR 1.463. Die Ursache hierfür waren im Wesentlichen geringere Beteiligungserträge als geplant (Ist: TEUR 1.187; Plan: TEUR 1.587). Die verringerten Beteiligungserträge sind insbesondere auf nicht-erreichte Absatzprognosen in den Betriebsgesellschaften zurückzuführen. Gegenläufig wirkten sich die hohen Strom-Marktwerte im zweiten Halbjahr aus, die zu einer deutlich verbesserten Vergütung der Produktion führten und somit einen Teil der geringeren Planerfüllung der erzeugten und abgesetzten Mengen kompensieren konnten.

Insgesamt wird das Geschäftsjahr trotz der Planunterschreitung als zufriedenstellend angesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR +503 (i. Vj. TEUR -764) und resultiert im Wesentlichen aus deutlichen Zunahmen von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen im Jahr 2021.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -1.243 (i. Vj. TEUR -5.422) und ergibt sich aus der durchgeführten Gewinnausschüttung an die Gesellschafter.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt TEUR +790 (i. Vj. TEUR +5.629) und ist im Wesentlichen aus der zusätzlichen Kaufpreiszahlung für den Kommanditkapital bei der Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG zurückzuführen. Investitionen in Windparks haben im Jahr 2021 nicht stattgefunden.

Insgesamt erhöhen sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2021 um TEUR 50 auf TEUR 106.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2021 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2021 bei 97% (i. Vj. 99%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken der Beteiligungsgesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind bzw. Sonne produzierten Strommengen. Denn die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering. Das Risiko aus Schäden an Windenergie- und Solaranlagen wird durch entsprechende Versicherungen gedeckt.

Der Trend der Strommarktwerte aus dem 2. Halbjahr 2021, die zeitweise oberhalb der EEG-Vergütung lagen, haben sich auch im Kalenderjahr 2022 fortgesetzt, sodass das grundsätzliche Potential von Mehrerlösen im Geschäftsjahr 2022 besteht.

II. Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird laut verabschiedeter Wirtschaftsplanung mit einem positiven Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) von TEUR 1.441 gerechnet. Für die Geschäftsjahre ab 2023 wird auch weiterhin mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 7%.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

Bedingt durch die fortdauernde Corona Krise und den in 2022 begonnenen Krieg in der Ukraine könnten Probleme im Service bzw. in den Lieferketten der Ersatzteile für den Betrieb in den Beteiligungsgesellschaften entstehen. Die daraus möglicherweise resultierenden verlängerten Stillstände könnten negative Auswirkungen auf die Ertragslage entwickeln. Sowohl die Corona Krise als auch der Ukraine Krieg wurden bereits von einzelnen Unternehmen vorsorglich als möglicher Auslöser sogenannter Force Majeure Klauseln angeführt, so dass grundsätzlich auch das Risiko besteht, dass Schadensfälle nicht durch die üblichen Absicherungsinstrumente in Wartungs- und Versicherungsverträgen abgedeckt sein könnten.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- Die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- Die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	74	100	256	100	55	100	-182	-71
Bilanzsumme	74	100	256	100	55	100	-182	-71
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	67	91	236	92	51	93	-169	-72
Rückstellungen	6	8	4	2	3	5	2	50
Verbindlichkeiten	1	1	16	6	1	2	-15	-94
Bilanzsumme	74	100	256	100	55	100	-182	-71

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	33	50	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	9	24	8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	6	1
Ergebnis nach Steuern	22	20	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22	20	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	47,71	9,38	4,28	%
Cash-Flow:	22	20	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	90,76	92,31	93,15	%
Fremdkapitalquote:	9,24	7,69	6,85	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, Aachen, (im Folgenden „TOWV“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen. Da die TOWV als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%-ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOWV wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der Projektgesellschaften, bei denen die TOWV als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, treffen indirekt auf die TOWV zu:

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht wurde. So wird die Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab 2015 in einem Pilotverfahren im Zuge von Ausschreibungen gewährt. Seit 2017 wird die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die Anpassungen des EEG führen zwar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, allerdings bleiben die Realisierung und der wirtschaftliche Betrieb von Onshore-Windparks und Solarparks auch weiterhin möglich.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist geprägt von der Tätigkeit als Komplementärin der TOW sowie deren Tochtergesellschaften. Der TOWV werden nach dem Gesellschaftsvertrag sämtliche marktangemessenen Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der TOW sowie deren Tochtergesellschaften eine jährliche Haftungsvergütung.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2021 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 22 (i. Vj. TEUR 20) und liegt damit im Rahmen des in der Wirtschaftsplanung erwarteten Ergebnisses von TEUR 21.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 51 (i. Vj. TEUR -15) und resultiert im Wesentlichen aus dem EBITDA des Geschäftsjahres.

Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen fanden im Geschäftsjahr nicht statt.

Der Cashflow der Eigenkapitalgeber beträgt TEUR -191 und resultiert aus der Gewinnausschüttung des Vorjahres (TEUR -27) sowie Auszahlung der Kapitalrücklage (TEUR -164) gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.05.2021.

Insgesamt reduzierten sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2021 um TEUR 140 auf TEUR 51.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2021 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2021 bei 91% (i. Vj. 92%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der TOW sowie der unter Punkt II aufgeführten Gesellschaften tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko.

II. Prognosebericht

Neben den jährlichen Vergütungen erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen zu rechnen. Für das Jahr 2022 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 erwartet.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TOWV werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der TOW.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen des Dualen Systems übernehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Günther, Peter

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	540	100	542	100	517	100	-2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	541	100	543	100	518	100	-2	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	496	92	489	90	480	93	7	1
Rückstellungen	17	3	26	5	25	5	-9	-35
Verbindlichkeiten	28	5	28	5	13	2	0	0

Bilanzsumme	541	100	543	100	518	100	-2	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	218	217	154
sonstige betriebliche Erträge	9	11	13
Materialaufwand	162	159	104
Personalaufwand	22	22	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	33	36	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	2	0
Ergebnis nach Steuern	7	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	9	9

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,17	4,34	5,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,41	1,96	1,96	%
Cash-Flow:	7	9	9	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	114	114	83	T€
Personalaufwandsquote:	9,53	9,45	12,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,01	0,01	%
Eigenkapitalquote:	91,67	90,04	92,61	%
Fremdkapitalquote:	8,33	9,96	7,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	4.173,58	4.164,38	3.878,82	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von systembeteiligten Verpackungen aus Glas spezialisiert hat. Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, der Sparte Wasser und Entsorgung der SWH-Gruppe, welche zugleich mit 60 % Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 % der Anteile an der Gesellschaft beteiligt. Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas gemäß Verpackungsgesetz in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern und Unterflurbehältern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung und Sammlung insbesondere von systembeteiligten Verpackungen aus Glas im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Frühjahr 2019 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Damit kann die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2021 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 18. Februar 2021 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht damit die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gegeben an. Zusätzlich hat die Gesellschaft am 7. September 2021 eine erneute Zertifizierung vorgenommen und ebenfalls erfolgreich bestanden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Entwicklung des Marktes war in 2021 weiterhin von der Neuausrichtung einzelner Systeme und dem Markteintritt neuer Systeme geprägt. Mit dem System Recycling Dual ist erstmalig ein System eines Verpackungsherstellers Smurfit Kappa in den Markt eingetreten. Im Ergebnis ergaben sich starke Veränderungen bei den Lizenzmengenanteilen bzw. deutliche Mengenverschiebungen zwischen den einzelnen Systemen. Zwar ist BellandVision nach den Lizenzmengen beurteilt weiterhin das größte System und konnte diese Position von Quartal zu Quartal sogar ausbauen, dennoch haben sich zwischen den Systembetreibern die lizenzierten Glasmengen im Jahr 2021 um bis zu drei Prozentpunkten verschoben.

Damit bestätigt sich nicht nur die Vermutung der Bevorteilung entsprechender Unternehmensorganisationen, wenn ein duales System mit einem vertikal integrierten Entsorgungsunternehmen im Markt tätig ist, sondern damit einhergehend eine Konzentration der Leistungsvergabe auf wenige große Entsorgungsunternehmen. Im Jahr 2022 sollen sich mit Recycling Dual, Interseroh+ und Altera drei zusätzliche Systeme am Markt beteiligen und werden voraussichtlich den Wettbewerb um die Lizenzmengen intensivieren. Daraus wird sicher auch der Druck auf mittelständische und kommunale Entsorgungsunternehmen, welche sich bisher bei Leistungsvergabe behaupten konnten, steigen.

Auf das Gesamtjahr betrachtet steigt die bundesweite Lizenzmenge an Glas um knapp 1,2 %.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz beschlossen, welches am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist. Die Umsetzung erfolgt unter anderem mit der Abstimmungsvereinbarung zwischen den dualen Systemen und den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem seitens der Systembetreiber zugelosten Verhandlungsführer bereits im Jahr 2020 abgeschlossen wurde, dieser beschreibt u. a. die Ausgestaltung des jeweiligen Sammelsystems. Im Weiteren werden neu zum Markt hinzutretende Systeme nur dann genehmigt, wenn deren finanzielle Leistungsfähigkeit gesichert ist. Dies ist vor dem Hintergrund vergangener Insolvenzen unter den dualen Systemen risikomildernd für die Leistungserbringer.

In 2021 erfolgte eine Novellierung des Verpackungsgesetzes. Insbesondere erfolgte dieses mit den Zielstellungen, die Verpackungsmengen zu reduzieren und das Recycling zu fördern sowie zwei EU-Richtlinien, die Einwegkunststoffrichtlinie und die Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Erreicht werden sollen diese Ziele durch die Stärkung von Mehrweglösungen sowie der Vorgaben für einen Mindestrezyklatanteil bei bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen. Eine Schwierigkeit ergibt sich bei der Umsetzung des Verpackungsgesetzes im Jahr 2022 aus der vorgeschriebenen Recyclingquote von 90,0 % für die Gesamtmenge des in Verkehr gebrachten Behälterglases. Demnach müsste im Jahr 2022 mehr Glas recycelt werden als bislang erfasst wurde.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.359 Depotcontainer und Unterflurbehälter, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2021 ist mit einer Sammelleistung von 4.174 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 4.164 Mg um 0,2 % gestiegen. Diese nahezu Konstanz des Sammelwertes wird von der Gesellschaft als Bestätigung der Qualität in der Leistungserbringung angesehen. Darüber hinaus begründet sich die Tonnage auf einer intensiven Nutzung des Sammelsystems für systembeteiligten Verpackungen aus Glas aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion mit einem hohen Umweltbewusstsein. Zudem spiegelt sich in der Sammelmenge das Verbrauchsverhalten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) wider, was im Jahr 2021 erneut auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie bezogen werden kann, zumal die Tonnage nochmals leicht über dem Vorjahreswert liegt. Gegenüber dem langjährigen Sammelergebnissen vor der Pandemiezeit liegen die Jahre 2020 und 2021 mindestens 200 Mg über dem Bekannten.

Da die Dienstleistungsverträge mit den dualen Systemen nicht an die Mengenentwicklung gekoppelt sind, kann aus der zusätzlichen Sammeltonnage keine positive Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2021.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2021 im Stadtgebiet 322 öffentliche Standplätze und 139 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Der leichte Rückgang um drei Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen, um die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zu steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2021 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Analog zum Vorjahr konnten im Vertragszeitraum die Umsatzerlöse aus der Sammelleistung gehalten werden. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2021 nicht betriebsnotwendige Anlagegüter vermietet. Insgesamt wurden im Jahr 2021 Umsatzerlöse von TEUR 218 erwirtschaftet, was eine Steigerung von TEUR 1 gegenüber dem Vorjahr darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 11 im Jahr 2020 auf TEUR 9 im Jahr 2021 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge haben dabei die Auflösungen von Rückstellungen. Mit der Entwicklung der Sammelmenge an systembeteiligten Verpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist folglich die Steigerung des Aufwandes für die bezogenen Leistungen um TEUR 3 festzustellen. Neben der höheren Tonnage ist dieser Umstand auf die Instandhaltungsmaßnahmen an den Depotcontainern zurückzuführen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2020	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	216,9	217,7	0,8	0,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	11,4	9,3	-2,1	-18,4
Materialaufwand	159,4	162,1	2,7	1,7
Personalaufwand	21,6	21,6	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	35,6	33,2	-2,4	-6,7
Beteiligungsergebnis und Zins- erträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA⁽¹⁾	11,7	10,1	-1,6	-13,7
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBIT⁽²⁾	11,7	10,1	-1,6	-13,7
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11,7	10,1	-1,6	-13,7
Ertragsteuern	2,3	3,2	0,9	39,1
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	9,4	6,9	-2,5	-26,6

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Der Personalaufwand von TEUR 22 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 33 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis von TEUR 7. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante Ergebnis in der relativen Analyse übertroffen werden.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen. Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss. Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine Eigenkapitalquote von 91,7 % berichten.

Nettoschulden	2020	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	500,2	494,8	-5,4	-1,1
Nettoschulden	-500,2	-494,8	5,4	1,1
EBITDA	11,7	10,1	-1,6	-13,7
Nettoschulden/EBITDA	-42,8	-49,0	-6,2	14,5

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 91,7 % leicht über dem Vorjahreswert von 90,1 %, was insbesondere auf die niedrigeren Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag zurückzuführen ist.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2021 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld- bzw. Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 495 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Liquiditätsentwicklung	2020	2021
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	10,0	-5,0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
Zahlungswirksame Veränderungen	10,0	-5,0
Finanzmittelfonds zum 01.01. d. J.	490,0	500,0
Finanzmittelfonds zum 31.12. d. J.	500,0	495,0

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von TEUR 543 zum Vorjahresstichtag fällt die Bilanzsumme um TEUR 2 auf TEUR 541 zum 31. Dezember 2021. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr in ihren absoluten Werten nur marginal verändert. Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Senkung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um TEUR 5 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um TEUR 7. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit TEUR 17 gegenüber dem Bilanzstichtag 2020 auf einem um TEUR 9 niedrigerem Niveau. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 7.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit durch eine geringe Anzahl an Reklamationen auszudrücken. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Für diese dargestellten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr ein positives Resümee ziehen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2021 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle-Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der WER Halle GmbH insgesamt acht Risiken ermittelt (Vorjahr: acht). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung. Bereits im Jahr 2020 wurden die drei Risiken von formellen und materiellen Verstößen gegen den Datenschutz und damit mögliche Sanktionen aus der Datenschutzgrundverordnung sowie die Compliance-Risiken in die Betrachtung aufgenommen.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der zwischenzeitliche Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Die frühzeitige und detaillierte Analyse des Marktes und die konsequente Auseinandersetzung mit den kostenbeeinflussenden Faktoren in der Gesellschaft konnte die Rückgewinnung des direkten Leistungsauftrages 2020 bis 2022 in der Stadt Halle (Saale) sichern. Weitere Chancen der Gesellschaft durch ein regionales Wachstum zu einem Synergiepotenzial in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu kommen, wurde im Jahr 2021 nachrangig betrachtet.

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die WER Halle GmbH die Erfassung von Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) auch weiterhin sicherstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Pandemiegeschehen hat auf das Geschäftsjahr 2021 keinen nennenswerten oder gar bestandsgefährdenden Einfluss.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2022 bis 2026 besteht darin, das Umsatzniveau zu steigern. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 3 im Jahr 2022.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Mit der direkten Beauftragung der dualen Systeme in den zurückliegenden zwei Geschäftsjahren und für das kommende Jahr hat sich die Gesellschaft den Geschäftsinhalt vornehmlich gesichert, denn die wettbewerbliche Marktvergabe des Leistungsauftrages bis zum Jahresende 2022 konnte erfolgreich gestaltet werden. Über den Zeitraum ab dem Jahr 2023 entscheidet eine erneute Ausschreibung der Leistungen im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2022. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Fortsetzung der Direktbeauftragung mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Das Unternehmen hat alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um den möglichen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 2. November 2021 dem Wirtschaftsplan 2022 und der Vorschau 2023 bis 2026 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2022 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 5. Überzeugt leitet die Gesellschaft nach dem Zwischenschritt der Subbeauftragung ihre strategische Ausrichtung und die Stellung am Markt aus der erfolgreichen Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber dem dualen System ab.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	248	18	220	21	213	18	28	13
Umlaufvermögen	1.165	82	826	79	945	82	339	41

Bilanzsumme	1.413	100	1.046	100	1.158	100	367	35
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	16	225	21	225	19	0	0
Rückstellungen	531	38	353	34	322	28	178	50
Verbindlichkeiten	657	46	468	45	611	53	189	40

Bilanzsumme	1.413	100	1.046	100	1.158	100	367	35
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.781	4.708	4.657
sonstige betriebliche Erträge	43	72	57
Materialaufwand	1.418	1.671	1.561
Personalaufwand	2.380	2.344	2.281
Abschreibungen	67	80	85
sonstige betriebliche Aufwendungen	510	424	433
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	1
Ergebnis nach Steuern	448	261	354
sonstige Steuern	8	7	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	440	254	346
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,19	5,40	7,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	195,71	113,18	154,19	%
Cash-Flow:	507	334	431	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	93	85	86	T€
Personalaufwandsquote:	49,34	49,04	48,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	17,23	20,21	18,00	%
Eigenkapitalquote:	15,90	21,48	19,39	%
Fremdkapitalquote:	84,10	78,52	80,61	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	332	449	1.501	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	12.097	19.225	17.113	Anzahl
operativer Zählerwechsel	453	514	618	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.318	4.450	5.448	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

1.1.2. Geschäftsfelder

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

4.2.2. Investitionen

4.2.3. Liquidität

4.3. Vermögenslage

4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

6.2. Investitionen

6.3. Finanzierung

6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser
Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Installationen an Trinkwasseranlagen
- Sammelkanal
Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle; Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen sowie der Instandhaltung von Fernwärme- und Gasanlagen; Erbringung von Elektrodienstleistungen
- Haustechnik (Fernwärme)
Betriebsführung/Wartung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen
- Tief- und Rohrleitungsbau
Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen, Trinkwasserhausanschlüssen; Erbringung von Tiefbau-, Reparatur- und Sanierungsleistungen im Trink- und Abwasserbereich
- Gas/Strom
spartenübergreifendes Zählermanagement; Wechsel von Gas- und Stromzählern sowie Messeinrichtungen

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Ver- und Entsorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle (SWH)-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen bzw. vorhandene Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens. Anhand vorhandener Entwicklungen und Innovationen des freien Marktes wird auch das Angebot neuer Dienstleistungen durch die W + H ständig überprüft.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W + H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Energiedienstleistungen.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W + H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der u. a. die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere neun Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragsituation gestaltete sich im Jahr 2021 sehr positiv. Bedingt durch die COVID-19-Pandemie hat es in einigen Bereichen Umsatzausfälle gegeben, die aber insgesamt vollumfänglich kompensiert werden konnten. Es wurden alle notwendigen Schutzmaßnahmen für die Absicherung der Tätigkeiten des Unternehmens eingeleitet.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau war seit Anfang des Jahres eine gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen (u. a. in der Dr. Hans-Litten-Straße, der Geseniusstraße und der Röpziger Straße 1. BA) beauftragt. Weiterhin konnte die W + H im Abwasserbereich durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren. Die Anzahl der sanierten Schächte war mit 28 Stück im Vergleich zum Vorjahr (46 Stück) jedoch rückläufig. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gewechselten Schachtabdeckungen betrug 132 Stück und war im Vergleich zum Jahr 2021 ebenfalls rückläufig. Weiter ausgebaut wurde die Sanierungstätigkeit im Bereich der begehbaren Abwasserkanäle. Im Auftrag der HWS wurde der erste Abschnitt des Mischwasserkanals in der Carl-Robert-Straße saniert.

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels der Wasserzähler wurde der Einbau von Funkwasserzählern planmäßig umgesetzt. Eine weitere Steigerung war bei der Bewirtschaftung der Wasserzähler für die Abwasserentgeltminderung zu verzeichnen. Infolge der Witterungssituation in den Jahren 2018 bis 2020 ist hier eine kontinuierliche Steigerung erkennbar.

Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u. a. Installationsarbeiten im I-Gang, Elektroinstallationen an Abwasseranlagen, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal sowie die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH-Gruppe) wurden die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Sammelkanal überschritten.

Das Geschäftsfeld „Stromzählerwechsel“ wurde im Geschäftsjahr fortgeführt. Der geplante Umsatz konnte aufgrund eines fehlenden Mitarbeiters nicht vollständig erbracht werden.

In der Sparte Haustechnik/Fernwärme wurden die geplanten Umsatzerlöse überschritten. Trotz einer zunächst rückläufigen Tendenz der Auftragserteilung im Rahmen der Corona Pandemie konnte die Zielstellung durch die Abrechnung größerer Aufträge bzw. die Anpassung von Vertragskonditionen (z. B. bei Wartungsverträgen) erreicht werden. Die Anzahl der bewirtschafteten Fernwärme - Hausanschlussstationen hat sich im Geschäftsjahr auf 711 Stück erhöht (Vorjahr: 652 Stück)

Zum 1. Januar 2021 wurden die Tarifanpassungen des Dienstleistungstarifvertrages sowie die Neuregelung des Leistungslohnes vorgenommen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Auswirkungen der Ansiedlungspolitik haben sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W + H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten (u. a. im Tief- und Rohrleitungsbau, bei den Sanierungs- und Instandhaltungsleistungen sowie den Elektrodienstleistungen) wurden mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS, der Beauftragung des Stromzählerwechsels durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die Beauftragung von Elektrodienstleistungen diese Geschäftsfelder in der W + H weiter ausgebaut.

(Eine Übersicht der Geschäftstätigkeit 2021 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklung auf die Geschäftsfelder der W + H waren nicht zu verzeichnen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist der zum 1. Januar 2019 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2030 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung unter Berücksichtigung des flächendeckenden Einbaues von Funkwasserzählern einschließlich der Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Ausführung von Bauleistungen am Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Für die Tätigkeiten in der Abwassersparte wurden für 2022 Vereinbarungen für die Sanierung von Abwasserschächten und zur Auswechslung von Schachtabdeckungen geschlossen.

Seit 2018 wurde die W + H mittels Rahmenvertrag von der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Der bestehende Vertrag wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Dieses Geschäftsfeld soll zukünftig noch erweitert werden.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 wurde ein Rahmenvertrag über die Inspektion, Wartung und Störungsbeseitigung der EVH-eigenen Fernwärmehausanschlussstationen (Contracting) mit der EVH abgeschlossen.

Für den Betrieb der Sammelkanäle der Stadt Halle (Betrieb, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, Prüfung, Dokumentation) wurde eine Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2022 abgeschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W + H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt 2021 waren im Unternehmen 54 Mitarbeiter (Vorjahr 59 Mitarbeiter), davon ein Auszubildender (Vorjahr 3 Auszubildende) beschäftigt.

Der gemäß Wirtschaftsplan vorgesehene Abbau an Personal (4 Mitarbeiter) wurde vorgenommen. Das vorhandene Personal wurde flexibel und spartenübergreifend eingesetzt.

Für die Gewinnung von Fachkräften setzt die W + H auch auf die Ausbildung und Qualifikation eigener Mitarbeiter. So war zum Jahresende 2021 ein Auszubildender bei der W + H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in dem Ausbildungsberuf Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker. Die W + H beteiligt sich an Ausbildungsprojekten der SWH, welche u. a. langzeitarbeitslosen Hallensern die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in das Berufsleben bietet. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal konnte durch die Einstellung eines externen Mitarbeiters gewonnen werden.

Einem Mitarbeiter wurde 2021 verhaltensbedingt gekündigt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2021	2020
Tief - und Rohrleitungsbau	1.072,4	1.045,8
Wasser	1.287,3	1.247,0
Sammelkanal	1.268,4	836,6
Haustechnik	1.027,1	1.426,5
Gas/Strom	127,1	135,9
Schrotterlöse	7,0	9,2
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	- 8,5	6,5
Summe Umsatzerlöse	4.780,8	4.707,5

Die Umsatzerlöse der W + H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 73,3 (+1,6 %) TEUR geringfügig erhöht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden in Höhe von 1.072,4 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen um 26,6 TEUR (2,5 %) über Vorjahresniveau. In 2021 war eine gute Auftragslage zur Realisierung von Hausanschlüssen, Reparaturen an Trinkwasserleitungen und dem Bau von Trinkwasserversorgungsleitungen in der Stadt Halle gegeben. Durch den flexiblen Einsatz des Personals konnten die im Abwasserbereich geringeren Aufträge zur Schachtsanierung und dem Wechsel von Schachtabdeckungen ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen um 40,3 TEUR (3,2 %) über dem Vorjahreswert. Infolge der Corona-Pandemie wurden auch 2021 in der Stadt Halle Großveranstaltungen wie das Laternenfest und das Salzfest abgesagt. Der turnusmäßige Wechsel des Zählerbestandes der HWS auf Funkzähler (smart metering) lag 2021 unter dem Wert des Vorjahres und wurde planmäßig erbracht. Zusätzlich erfolgte ein operativer Zählerwechsel für defekte Zähler bzw. Neuanschlüsse. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 4.318 smarte Wasserzähler durch das Team Wasser der W + H eingebaut. Neben der Jahresstichtagsablesung für die HWS erfolgte im Juli 2021 eine Zwischenablesung von 1.015 Funkzählern.

In der Sparte Sammelkanal wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 1.268,4 TEUR erwirtschaftet. Zum Vorjahr stellt das einen Anstieg um 431,8 TEUR (+51,6 %) dar. Die neue Zuordnung der Leistungen für den Neubau von Fernwärmestationen (vorher Sparte Haustechnik/Fernwärme) beeinflusst dieses Ergebnis wesentlich. Außerdem konnten besonders durch Aufträge für Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal gegenüber der EVH zusätzliche Umsatzerlöse generiert werden.

Die Sparte Haustechnik (Fernwärme) weist gegenüber dem Vorjahr um -399,4 TEUR (-28,0 %) geringere Umsatzerlöse aus. Auch hier muss auf die geänderte Zuordnung des HAST Bau (jetzt beim Sammelkanal) hingewiesen werden. Gegenüber dem Planwert konnte jedoch ein Umsatzplus von 77,1 TEUR durch aktualisierte Wartungsverträge mit Preisanpassungen und die Abrechnung eines Großauftrages zur Sanierung von Feuerlöschleitungen erreicht werden.

Für das Geschäftsfeld zum Wechsel von Stromzählern liegen die Umsatzerlöse in der Sparte Gas/Elektro um 8,9 TEUR (-6,5 %) unter dem Vorjahreswert. 2021 wurden 4.251 Stromzähler gewechselt, das sind 521 weniger als 2020. Der im Plan 2021 vorgesehene dritte Mitarbeiter für den Zählerwechsel konnte nicht eingestellt werden.

An sonstigen Umsatzerlöse wurden -8,5 TEUR erzielt, sie liegen um 17,7 TEUR (->100 %) unter dem Vorjahreswert. In dieser Position wird das Kundenskonto abgebildet, der negative Wert beschreibt die entgangenen Erlöse durch Skontoabzug. Im Vorjahr konnten die Erlöse für die Ausbildung eines Azubis der Stadtwerke Halle noch ein positives Ergebnis ausweisen, diese Vereinbarung ist jedoch beendet.

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 43,7 TEUR erzielt, sie liegen um 29,0 TEUR (-39,9 %) unter dem Vorjahreswert. Neben Versicherungserträgen enthält diese Position hauptsächlich Erträge aus geldwertem Vorteil durch die private Fahrzeugnutzung der Mitarbeiter, Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt um 168,0 TEUR (-12,7 %) unter dem Vorjahresniveau. Im sonstigem Materialbezug wurden weniger Wasserzähler und Standrohre angeschafft.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde zu 2020 um 85,0 TEUR (-24,4 %) unterschritten. Spezialleistungen für Rohrleitungsbauprojekte mit grabenloser Verlegung wurden nicht in Anspruch genommen.

Der Personalaufwand lag im Wirtschaftsjahr bei 2.380,5 TEUR und liegt damit um 36,3 TEUR (+1,5 %) leicht über dem Vorjahr. Hier sind Änderungen aus dem neuen Dienstleistungsvertrag ab Januar 2021, Langzeitkranke, Rückstellungen für Altersregelungen und die Zahlung einer Corona-Prämie für die Mitarbeiter berücksichtigt.

Die Abschreibungen liegen um -13,0 TEUR (-16,2 %) unter dem Vorjahreswert. Durch die kurzen Abschreibungssätze in den vergangenen Jahren für den Austausch der PC-Technik (drei Jahre) fallen die Abschreibungswerte für das Geschäftsjahr 2021 gering aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 86,7 TEUR über dem Vorjahresniveau (20,5 %). In den Rechts- und Beratungskosten wurden Rückstellungen für Prozesskosten eingestellt. Gutachten dafür liegen im Personalbereich vor.

Das Finanzergebnis beträgt -1,1 TEUR und liegt damit 0,4 TEUR unter Vorjahresniveau.

Das Ergebnis nach Steuern liegt um 185,4 TEUR (+72,9 %) über dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die HWS GmbH abgeführt.

Mit der Zunahme der Mittel im Cash Pool der Stadtwerke (+339,0 TEUR) befindet sich die W + H in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben.

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 95,1 TEUR realisiert. Das entspricht einer Überschreitung der geplanten Investitionen um 20,1 TEUR. Im November 2021 wurden von der IT-Consult Leistungen zur Projektvorbereitung, Begleitung und Abnahme der Installation des elektronischen Zeiterfassungssystems „Interflex“ in Höhe von 20,0 TEUR in Rechnung gelegt. Dieses Projekt war als Aufwandsposition geplant, musste jedoch entsprechend der Aktivierungsrichtlinien als Anlagengut aktiviert werden. Die Finanzierung erfolgte aus Eigenmitteln, d. h. dafür wurden keine Kredite aufgenommen.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität besteht zwischen der W + H und den Stadtwerken eine Cash Pool-Vereinbarung. Die Vereinbarung mit der SWH vom 12. Dezember 2021 ersetzte die bis dahin bestehende Vereinbarung vom 26. Januar 2018 und umfasst die Abwicklung der Betriebsmittelfinanzierung über den Cash Pool. Die SWH führt Konten verschiedener Unternehmen aus dem SWH-Konzern in einem Cash Pool zusammen. Ziel ist die Optimierung der Liquiditätssteuerung durch die Vermeidung von gleichzeitigen Soll- und Habensalden der beteiligten Konten und die zentrale Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsaufnahmen bzw. -anlagen. Der Gesellschaft wird ein Kontokorrentkreditrahmen von TEUR 250 eingeräumt. Für die Sicherung der Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr war eine Inanspruchnahme des internen Kreditrahmens nicht notwendig.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich um 367,1 TEUR (35,1 %) auf 1.412,7 TEUR. Im Wesentlichen ist die Erhöhung der Bilanzsumme auf die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Cash Pool (740,0 TEUR; Vorjahr 401,0 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen die sonstigen Rückstellungen (Prozesskosten, Sozialplan und sonst. Lohnaufwendungen) 531,5 TEUR; Vorjahr 352,6 TEUR sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 491,3 TEUR; Vorjahr 299,6 TEUR).

4.4. Gesamtaussage

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie hat es in einigen Bereichen Umsatzausfälle gegeben, die aber vollumfänglich kompensiert werden konnten.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Bestehende Leistungen und neue Aufgabengebiete wurden weiter ausgebaut. Dazu zählen beispielsweise der zunehmende Leistungsumfang bei der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen, die Sanierungsleistungen und Elektroinstallationsarbeiten für die Abwassersparte der HWS sowie der Wechsel von Stromzählern für die EVH.

Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 439,6 TEUR und damit +185,4 TEUR über dem Vorjahreswert wird die anhaltende gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2021 wurden für das Jahr 2022 bei der W + H insgesamt 7 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Risiken der Gruppen 1 und 2 sind dabei nicht enthalten.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	3	0	0
Rechtliche Risiken	3	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	7	0	0

6. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2022 sowie die Vorschau für die Jahre 2023 bis 2026 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2021, die für den Zeitraum bis 2026 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W + H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

- Durch die Entscheidung zum flächendeckenden Einbau der Funkwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS sind ab 2025 erhebliche Rückgänge der Umsatzerlöse in der Sparte Wasser zu erwarten. Diese Rückgänge sollen durch zusätzliche Aufträge der EVH Netz beim Stromzählerwechsel, durch die Übernahme von Submetering - Leistungen sowie die Inspektionen von Gas- und Stromhausanschlüssen in Verbindung mit dem Smart Meter Rollout möglichst kompensiert werden. Weiterhin wird der Einsatz der Mitarbeiter für Installationsleistungen im Sanitärbereich (z. B. Baderneuerung bei Wohnungsunternehmen) geprüft. Diesbezüglich wird derzeit eine Prozessanalyse durchgeführt.
- Die Leistungen in der Sparte Tiefbau/Hausanschlüsse sollen vor allem bei der Auswechslung von Trinkwasserleitungen im Versorgungsgebiet der HWS weiter ausgebaut werden. Hier liegt der Fokus auf der Erneuerung von störanfälligen Graugussleitungen bzw. Asbestzementleitungen vor allem in den älteren Wohnvierteln der Stadt. Die Sanierung von begehbaren Abwasserkanälen der HWS wurde 2021 mit weiteren Projekten umgesetzt und wird auch 2022 sowie in den Folgejahren weitergeführt. Die Sanierung von Abwasserschächten und die Erneuerung von Schachtabdeckungen werden ebenfalls fortgeführt.
- Umsatzsteigerungen durch zusätzliche Aufträge der HWS bei der Mängelbeseitigung an Ex-Schutzanlagen im Abwasserbereich (z. B. Abwasserpumpwerke) sowie weiterer Elektrodienstleistungen für HWS und EVH.
- Weiterer Ausbau von Sanierungsarbeiten an und in den Gebäuden der SWH-Gruppe
- Weiterer Ausbau der Leistungen im HAST-Bau im Rahmen des Abschlusses von Contracting Verträgen der EVH
- Prüfung zur Einführung einer Software sowie der Einsatz mobiler Endgeräte im Rahmen der Digitalisierung der Prozesse mit dem Ziel, Aufträge effizienter zu bearbeiten (z. B. Wasserzählerwechsel).
- Nachfolgeplanung und Qualifikation von Mitarbeitern (u. a. SIVV-Schein für Betonsanierung und Meisterausbildung)
- Strukturanpassung und Personaloptimierung infolge der volatilen Entwicklung einzelner Tätigkeitsbereiche (z. B. Haustechnik).

6.2. Investitionen

Für die W + H sind im Wirtschaftsjahr 2022 sowie in den Folgejahren jeweils 75 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2022	WIPL 2023	WIPL 2024	WIPL 2025	WIPL 2026
W + H	250,9	237,8	245,6	103,4	113,9

Der Wirtschaftsplan 2022 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 250,9 TEUR aus. Das entspricht einer EBITDA-Marge von 6,7 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2026 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2022 bis 2026 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum wird ab dem Jahr 2025 ein deutlicher Rückgang des Ergebnisses erwartet. In der vorliegenden Planung wurde berücksichtigt, dass die Leistungen der Wasserzählerbewirtschaftung für das Versorgungsgebiet der HWS abnehmen. Ab dem Jahr 2025 verlängern sich die Eichgültigkeitsdauer der elektronische Funkwasserzähler um sechs Jahre.

Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2021 geplante Jahresergebnis von 182,5 TEUR wurde um 257,1 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 439,6 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Anlage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2021

		2021	2020	2019	2018	2017
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.955	27.826	27.957	27.834	27.860
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.318	4.450	5.448	5.209	2.630
operativer Zählerwechsel	Stück	453	514	618	796	620
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	0	0	0	0	26
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	171	142	141	141	133
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	332	449	1.501	1.263	1.556
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	110	209	190	206	176
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	100	100	210	400	50
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	546	407	490	333	387
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	12.097	19.225	17.113	11.400	12.153
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser-entgeltminderung der HWS	Stück	10.903	10.063	9.935	9.217	8.326
Fernwärmeservice Neubau	Stück	22	24	28	24	37
Zwischenablesung Funkzähler	Stück	1.015	9.820			
Fernwärmeservice Übergabestellen/Primärleitung	Stück	12	14	18	22	14
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	711	652	647	661	648
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	68	69	69	101	97
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	0	94	0	0	1.950
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	4.251	4.772	3.603	1.737	
Schachtsanierung	Stück	28	49	46	26	
Schachtdeckel	Stück	132	146	171	121	

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Halle/Oppin, sowie sämtliche Geschäfte, die mit dem Betrieb des Verkehrslandeplatzes, dessen Ausbau und der auf dem Verkehrslandeplatz errichteten Anlagen zusammenhängen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der regionale Flugplatz (Verkehrslandeplatz) dient der lokalen Wirtschaft, indem er zur Erschließung der Region beiträgt. Am Flugplatz sind neben Unternehmen für Flugdienste und -services unter anderem auch eine Station der DRF Luftrettung ansässig. Der öffentliche Zweck ist in der Daseinsvorsorge, Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Brüning, Reinhard

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Rebenstorf, René	
stellv. Vorsitzende	Kleinert, Christina	(seit 12.07.2021 stellv. Vorsitzende)
	Däumler, Lutz	
	Hambacher, Kurt	

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Aufsichtsrat:

Krimm, Ronny
Kupski, Christian
Letsch, Roy
Schaaf, Mario
Schied, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.608	68	1.638	82	1.721	87	-30	-2
Umlaufvermögen	749	32	364	18	251	13	385	106
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	3	0	0	0

Bilanzsumme	2.358	100	2.003	100	1.975	100	355	18
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.811	77	1.616	81	1.527	77	195	12
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	99	4	105	5	113	6	-6	-6
Rückstellungen	53	2	34	2	18	1	19	56
Verbindlichkeiten	262	11	163	8	226	11	99	61
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	0	2	0	-2	-100
Passive latente Steuern	133	6	83	4	89	5	50	60

Bilanzsumme	2.358	100	2.003	100	1.975	100	355	18
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse ¹⁾	706	669	739
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	246	98	21
Materialaufwand	0	8	0
Personalaufwand	346	347	330
Abschreibungen	77	96	97
sonstige betriebliche Aufwendungen	252	209	244
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	75	10	24
Ergebnis nach Steuern	200	95	61
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	194	89	55

¹⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Positionen Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge ab dem Jahr 2020 ist eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2019 nur eingeschränkt möglich

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,51	13,31	7,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,02	5,84	3,73	%
Cash-Flow:	271	185	152	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	106	85	84	T€
Personalaufwandsquote:	36,31	45,22	43,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,20	81,78	87,16	%
Eigenkapitalquote:	76,80	80,71	77,35	%
Fremdkapitalquote:	23,20	19,29	22,65	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Flugbewegungen	30.976,00	30.508,00	29.452,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,36	4,40	4,84	EUR
Kraftstoffverkauf	283.154,00	306.660,00	269.976,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2021 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Es konnte ein positives Betriebsergebnis von **194 T€** und damit ca. **105 T€** mehr Gewinn gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Die über das Jahr positiven Entwicklungen der Flugbewegungszahlen im Vergleich zum Vorjahr widerspiegeln die vorhandene Stabilität und zunehmende Attraktivität unseres Verkehrslandeplatzes, die weiterhin im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstigen gewerblichen Flügen geprägt ist. Die Einstufung als Verkehrslandeplatz und der Betrieb an allen Tagen der Woche mit dem entsprechenden Service (Nachtanflug, Betankung) sind dabei grundlegende Basis.

Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern bietet den Kunden eine gewisse Sicherheit und ist gleichzeitig für den Flugplatz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit entfernter Ziele hält unvermindert an und zeigt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs, zumal die Anflugmöglichkeit für kleinere Flugzeuge in Leipzig immer schwieriger wird.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen, ihrer Standorte, bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der allgemeinen Luftfahrt. Darüber hinaus verstärken sich weiterhin die Anfragen zum Mieten von Hangar bis hin zu Angeboten von möglichen Investoren selbst Hangar zu bauen.

Wie bereits 2020 dargestellt waren nach einem erneuten verschärften Lockdown im Dezember 2020 mit dem Beginn des neuen Jahres die tiefgreifenden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wiederum voll wirksam. Für den Flugplatzbetrieb hat das insbesondere Auswirkungen auf folgende Bereiche:

FLUGBETRIEB

- Rückgang Flugbewegungen um ca. 50 % durch Stopp für Flugschulen, Vereinstätigkeit Segelflieger und Nutzung ansässiger Privatflieger aus anderen Bundesländern
- Rückgang Provision aus Betankungen
- eventuelle Einbuße bei der Bezuschussung für Flugleiter/BFL Tätigkeit durch das Landesverwaltungsamt bei Nichterreichung der Punktzahl (30.000 Flugbewegungen) das führte von März bis Mai 2021 zu Erlösschmälerungen gegenüber dem Vorjahr aufgelaufen von
 - Landeentgelte - 6.600,- €
 - Tagesabstellungen - 600,- €
 - Provisionen Kraftstoff - 2.600,- €
- im September wurden im Rahmen der Möglichkeit der Beantragung auf Gewährung von Billigkeitsleistungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt weitere entstandene Einnahmeverluste ermittelt.

• Absage/ Ausfall von Veranstaltungen	1.800,- €
• Absage/ Ausfall von Luftfahrtveranstaltungen	355,- €
• Ausfall aus Verpachtung Werbeanlagen	760,- €
- damit wurden insgesamt Billigkeitsleistungen für 2021 in Höhe von 11.345,30 € beim LVWA beantragt.
- die ansässige Gaststätte „Schnitzeltower“ musste bis Ende Mai schließen und hatte teilweise Außerhausverkauf
- nach Öffnung der Beschränkungen im Mai und Aufnahme des Betriebs aller ansässigen Firmen am Platz ist hier allgemein wieder eine sehr positivere Situation entstanden, trotz aller Einschränkungen gab es in dem Zusammenhang keine Einbußen bei den gewerblichen und privaten Mieteinnahmen.
- Personalkostenreduzierungen durch Kurzarbeit sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen nicht möglich. Anderweitige Kostensenkungen gegenüber Plan bei laufenden Aufwendungen konnten u.a. bei der Werterhaltung/Sanierung des Wohnblocks durch einen erhöhten Anteil der möglichen Eigenleistungen erreicht werden.

Mit 30976 Flugbewegungen konnten insgesamt die Vorjahreszahlen (VJ 2020 30508, 2019 29452) trotz Corona bedingter Ausfälle auch dieses Jahr wieder übertroffen werden.

Damit konnte auch bei den Landeentgelten 2021 eine leichte Steigerung um ca. 1.000,- € auf 135.110,- € (VJ 2020 134.063,- €, 2019 131.553,- €) erzielt werden. Dies verdeutlicht eine stabile Lage am Flugplatz auch trotz Corona.

Die geringen Mindereinnahmen bei Erlöse Bahnbefuerung – 62 € glichen sich durch Mehreinnahmen bei PPR Gebühren +650,- € wieder aus. Die Einnahmen aus Tagesabstellungen haben sich deutlich um + 2600, - € auf 3.966, - € entwickelt und haben sogar wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht und übertroffen.

Die Kraftstoffverkauf an der FPG Tankstelle erreichte mit 283.154 Liter ein durchschnittliches Ergebnis. Insgesamt konnten 13.300 € mehr Provisionen für Kraftstoff erlöst werden gegenüber 2020.

Auch in 2021 gab es mit der Tankstelle immer wieder auftretende technische Mängel, insbesondere bei der Übertragung der Tankdaten an den Tower. Nach weiteren, sehr intensiven Klärungen mit TOTAL und Hectronic-Software konnte eine Verbesserung erreicht werden. Nach Veränderung der Datenübertragung per Lahnkabel Ende des Jahres ist es weitestgehend störungsfrei. Es wird weiterhin an Herstellung eines stabilen Betriebes gearbeitet.

Die seit Mitte des Jahres 2019 eingesetzte Software AIRIELD für den Tower hatte auch in 2021 immer wieder temporäre Probleme in der Zuverlässigkeit und ist nach Angaben der FL sehr bedienerunfreundlich. Hier machen sich teilweise monatlich aufwendige Klärung von Differenzen und „zähe“ Abstimmungen mit dem Softwareentwickler weiterhin notwendig. Es wird immer deutlicher zur weiteren dauerhaften Verbesserung der Zuverlässigkeit und Zukunftssicherheit mittelfristig eine neue Software einzusetzen.

Auf Basis einer sehr guten Zusammenarbeit mit der Softwarefirma AEROPS konnten zurückliegend weitere Module der Bezahlung mit APP, z.B. Bezahlung Tankung, eingeführt werden, hier ist Oppin teilweise Pilotflugplatz bei der Etablierung der Module. Diese wurde aktuell erweitert auf die Erprobung einer neu entwickelten, umfassenden Flugplatzsoftware „airtreack“.

Die jährlichen Überprüfungen durch das Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde wurden ohne wesentliche Beanstandungen absolviert. Durch einen starken kurzzeitigen Wintereinbruch Anfang Februar mit Schneehöhen über einen ½ Meter musste der Flugplatz gesperrt werden. Mit eigenen Mitteln und sehr schneller Unterstützung durch die Firmen ESG und Mitteldeutsche Baustoffe mit schwerer Technik konnte der Flugbetrieb nach zwei Tagen wieder freigegeben werden, so dass es zu keiner Behinderung des Betriebs der ansässigen Firmen und der Bundespolizei kam.

Auf Grund der bestanden Corona Regelungen konnte der geplante „Tag der offenen Tür“ zum 50-jährigen Flugplatzbestehen nicht stattfinden und wird für 2022 neu geplant.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Die Mitarbeiter der Flugplatzgesellschaft konnten durch eine Vielzahl von Reparatur- und Serviceleistungen zum stabilen Betrieb der ansässigen Betriebe, Flugschulen und zur Zufriedenheit der Mieter beitragen.

Zuverlässigkeit steht dabei besonders im Focus, vor allem für die Firmen, die planen ihre Standorte am Flugplatz Halle/Oppin weiter auszubauen.

Die seit längeren laufenden Verhandlungen mit den Firmen MCO/Air Lloyd und der ADAC Luft fahrt Technik GmbH wurden im Laufe des Jahres fortgeführt und konkretisiert.

Die Planungsarbeiten der Firma MCO/Air Lloyd sind auf dem Stand wie 2020. Eine entsprechend positiv beschiedene Bauvoranfrage durch das zuständige Bauamt liegt vor. In einem Gespräch im Januar 2021 hat MCO Herr Ott erneut die definierte Absicht zum Bau einer neuen Werft auf Basis des Abgestimmten und beantragtem Standort bekundet. Bis Ende des Jahres hat MCO sich dazu aber nicht wieder gemeldet. Insgesamt ergab sich weiterhin die Notwendigkeit, auf Grund des gekündigten Pachtvertrages mit dem FSV Oppin ab Juli 2020 eine monatliche Verlängerung des Vertrages bis zur endgültigen Klärung fortzuführen.

Nach dem der ADAC im Januar 2020 intern die endgültige Freigabe von seinem Stiftungsrat für das Projekt neue Werft Oppin (in vergangenen Berichten mehrfach beschrieben) bekommen, wurden 2021 mit dem ADAC weitere Abstimmungen auf Basis einer jetzt vorliegenden bestätigten Bauvoranfrage zum Bauprojekt und zum Kaufvertrag vorgenommen.

Eine finale Fassung des Kaufvertrages lag bis Ende des Jahres nach mehreren Ergänzungen und Anpassungen noch nicht vor. Ziel ist es Anfang 2022 den Vertrag zu unterzeichnen.

Auf Basis eines überarbeiteten Entwurfs eines vorliegenden Kaufvertrages ist in Abstimmung mit den Gesellschaftern der Verkauf eines Grundstücks an die Firma Biofrucht Senst weiter vorbereitet worden. Im Zuge der notwendigen Beantragung der Umwidmung des Grundstücks wurde eine B-Planerstellung begonnen. Damit sind weitere Voraussetzungen für den Landkauf gegeben. Die Unterzeichnung ist für Anfang 2022 geplant.

Ausgehend von der AR Sitzung und GS Versammlung am 13.07.2020 und der anschließenden Abstimmung mit den Gesellschaftern wurden informelle Gespräche mit 4 Interessenten über einen möglichen Verkauf eines definierten Grundstücks und dem damit verbundenen Bau eines Hangars geführt.

Auf Basis der laufenden Information an den AR und an die GS Versammlung haben sich insbesondere die Gespräche mit der Firma K+P aus Leipzig als substanziell und zielführend herausgestellt. Die notwendigen Abstimmungen zum konkreten Standort und die Umsetzung der Belange der Flugplatzgesellschaft einschließlich der oberen Luftfahrtbehörde wurde erfolgreich geführt. Ein dementsprechender Kaufvertrag wurde beim Notariat Lilie Halle am 31.08.2021 abgeschlossen. Die Zahlung des Kaufpreises von 163.500 € erfolgte vertragsgemäß.

Neu ist das Interesse der DRF auch an unserem Flugplatz eine neue, größere Rettungsstation zu bauen. Darüber haben konkrete Gespräche mit dem Vorstand und der technischen Leitung der DRF zum Besuch am 27.04.2021 an unserem Flugplatz stattgefunden. Ergebnis, die DRF hat anschließend diese Absicht schriftlich in Form eines LOI bekundet. Im Laufe des Jahres wurden dazu weitere Abstimmungen geführt.

Darüber hinaus gibt es einen neuen sehr interessierten Investor zur Ansiedlung einer kleinen Airline aus Leipzig bei uns auf dem Flugplatz. Die ersten noch vertraulichen Gespräche zeigen den konkreten Willen sich bei uns auch in Form eines Hangarneubaus anzusiedeln. Ein Termin vor Ort mit der Hausbank der Firma fand bereits statt.

Auf Grund außerordentlicher Leistungen wurde zum Jahresende eine einmalige Corona-Sonderprämie an die Beschäftigten gezahlt.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Das Jahr 2021 hat betriebswirtschaftlich betrachtet gut begonnen. Im Zuge der Corona-Pandemie kam es dann zu den beschriebenen Erlösausfällen, die aber im Jahresverlauf weitestgehend wieder ausgeglichen werden konnten. Auf Basis geringerer Kosten gegenüber Vorjahr konnten mehr Erlöse, insgesamt 37.726 €, insbesondere bei Landeentgelten, Mieteinnahmen und Provisionen erzielt werden.

Die liquide Situation kann das ganze Jahr über als insgesamt sehr gut und stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock mit gesamt 40 Wohnungen beträgt der Leerstand 3 Wohnungen. Diese 3 Wohnungen müssen alle renoviert und instandgesetzt werden. Weiterhin wurde eine Wohnung komplett saniert und konnte im Frühjahr 2021 vermietet werden. Insgesamt wurden 2021 5 Wohnungen nach Auszug/Umzug kurzfristig wieder neu vermietet. Dies zeigt das weitere Interesse an unseren Wohnungen und dass die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor gegeben ist.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen (Hangar) verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze waren das ganze Jahr 2021 über dauerhaft vermietet. Bei Neuvermietungen konnten leichte Mieterhöhungen umgesetzt werden. Das Interesse an Stellplätzen hat weiter zugenommen. Zum Ende des Jahres lagen 8 Anmeldungen vor und vier mögliche Investoren für Landkauf zum Hangar-Neubau bekundeten Interesse.

Der Winter 2020/2021 kann wieder als recht mild eingestuft werden. Insgesamt bestanden nach Abschluss der Abrechnungen der Betriebskosten im Saldo noch ges. 9.300 € an offen Nachzahlungen von Mietern. Darin enthalten sind allein 5300,-€, die durch eine tiefergehende Aufarbeitung der gesetzlich möglichen Kostenumlagen für 2021 neu zu Gunsten des Flugplatzes generiert werden konnten.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt (LVWA) vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen und eines entsprechenden Bescheides erfolgte die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals.

Trotz der Ausfälle durch die Corona Einschränkungen konnten bei den Flugbewegungen zum Stichtag des Abrechnungszeitraum 01.10.2020 – 30.09.2021 37009 Punkte (Vorjahr 32150) erzielt werden.

Damit wurde die notwendige Erreichung der 30.000 Punkte für eine volle Bezuschussung vor allem durch die zusätzlichen Leistungen der Flugleiter im Sommer sichergestellt.

Parallel gab es bereits Mitte des Jahres einen positiven Bescheid, dass wie im Vorjahr auf Grund der Ausfälle durch Corona und der gleichzeitigen Betriebspflicht die Zuschüsse auf Basis des letzten Jahres gezahlt werden. Dementsprechend erhielten wir im Oktober eine Zuwendung von 55.430,73 € (2020 54.541,70 €, 2019 53.035,49€).

Zur Umsetzung von notwendigen Maßnahmen für Reparatur, Instandhaltungen und Anschaffungen fand ein ständiger Informationsaustausch zu möglichen Bezuschussungen aus noch vorhandenen Mitteln aus dem Haushalt des Landes mit dem LVWA statt.

Im Ergebnis einer DEKRA Prüfung 2021 der Betankungsfläche mussten die Fugen erneuert werden. Weiterhin war die grundsätzliche Sanierung der Reststoffabscheider vor dem Werft-Hangar erforderlich. Die Maßnahmen konnten mit 50% bezuschusst werden wurden im Oktober realisiert. Der Eigenanteil betrug gesamt 7530,- €.

Darüber hinaus bestand kurzfristig im Oktober zusätzlich die Möglichkeit der Bezuschussung von 50 % durch das LVWA von Anschaffungen für die unmittelbare Sicherung Flugbetriebes. Dadurch war es möglich noch im November dringend notwendige Technik zu beschaffen, die noch im GJ 2021 geliefert werden konnte und musste. Die entsprechenden Anträge wurden vom LVWA bewilligt (entsprechender Eigenanteil Traktor mit Mähtechnik 22.500 €, Taumittelsprünger 5.500 €, Wildkrautbekämpfungsanlage 15.650 €, PC für Tower PC 700 €).

Weiterhin wurde der Sachkostenzuschuss für die Ausstattung der Luftaufsichtsstelle in Höhe von 4.332,65 € beantragt und vom LVWA in voller Höhe bezuschusst.

Die allgemeine positive Erlössituation zum Jahresende ermöglichte den kurzfristigen Einsatz zusätzlichen von Mittel zur Sanierung des Wohnblock -privat zum Beispiel der Hauseingangstüren von insgesamt ca. 36.000,- €.

Entsprechend des Erlasses des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr vom 10.08.2020 über die Gewährung von Billigkeitsleistungen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie für die Verkehrslandeplätze in Sachsen-Anhalt wurde ein Antrag auf Gewährung in Höhe von netto 11.345,30 € für 2021 an das LVWA gestellt. Auf Grund neuer Auslegungen zu diesem Erlass, dass vorrangig die jeweiligen Gesellschafter für eventuelle Einbußen aufkommen sollen, wurde dem Antrag nicht stattgegeben.

Die Tilgung der noch vorhandenen Darlehen bei der Saalesparkasse erfolgte weiter kontinuierlich.

Das vom Gesellschafter „Landkreis Saalekreis“ im Jahr 2013 gewährte Darlehen in Höhe von 100 T€ wurde zum Jahresende 2021 komplett getilgt. Neben den monatlichen Tilgungen erfolgte auch die jährlich vereinbarte restliche Sondertilgung.

Die verbleibende monatliche Annuität der Darlehen reduziert sich zum Ende des Jahres 2021 auf 1.150,- €.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Die Gesellschaft war im GJ 2021 jederzeit in der Lage alle laufenden Verbindlichkeiten aus liquiden Mitteln (GJ Ende 2021 630 T€) zu begleichen.

Eine Bezuschussung der Gesellschaft durch die Gesellschafter war auch im GJ 2021 nicht notwendig. Dennoch muss weiterhin alles getan werden um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten bzw. zu steigern. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte weiterhin selbstverständlich sein, um die Entwicklung der Gesellschaft weiter voranzutreiben.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die am Flugplatz vorhandenen 35 Hangar-Plätze waren auch im Jahr 2021 konstant zu 100 % vermietet.

Da am Flughafen Leipzig die Bedingungen für Kleinflieger immer schwieriger werden, entstehen weitere Chancen für Bedarfe an Abstellmöglichkeiten und damit für die Entwicklung der Flugbewegungen an unserem Verkehrslandeplatz.

Die Entwicklung des Bedarfs an Flugzeugabstellplätzen ist zu beobachten, um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, die eine Bindung potentieller Kunden an den Flugplatz ermöglichen.

Eine Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision Kraftstoffverkauf.

Mit mittlerweile über 8 Neuanmeldungen und weiteren Interessenten macht sich ein entsprechender Bau eines neuen Hangars zur weiteren Entwicklung des Flugplatzes immer notwendiger.

Die Umsetzung des Verkaufs eines Grundstücks mit der Verpflichtung zur Schaffung von Hangar-Plätzen (12 Plätze) an die Firma K+P wird zu einer schnellstmöglichen Verbesserung führen. Gleichzeitig stehen damit aus dem Verkauf finanzielle Mittel für dringend notwendige Sanierungen am Wohngebäude zur Verfügung.

Das gleiche gilt für den Landverkauf an die Firma Biofrucht Senst, der auf Basis des abgestimmten Kaufvertrages im April 2022 stattfindet.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Aerotechnics GmbH (ehemals Helitec) können im Jahr 2022 ihre Planungen weiter konkretisieren und die notwendigen Verhandlungen zum Grundstückskauf fortführen und müssen auch auf Grund der Vertragslage zu einem weiterführenden Ergebnis gebracht werden.

Alle Voraussetzungen für die geplante Neuinvestition durch ADAC-LT sind von Seiten der FPG gegeben und vorbereitet worden. Ein entsprechender Kaufvertragsentwurf liegt beiden Parteien zur Prüfung vor, so dass der Kaufvertrag 2022 abgeschlossen werden kann.

Aus den avisierten Landkäufen durch die DRF und des Investors für „Hangar Fluggesellschaft“ ergeben sich zusätzliche finanzielle Möglichkeiten zum zukünftigen Bau eines flugplatzeigenen Hangars.

Die bevorstehenden Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken können. Hier sind deshalb rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz vieler Gebäude am Platz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt. Insbesondere ist hier auf den Zustand der Start und Landebahn zu achten. Aus diesem Grund wurde bereits zurückliegend von der Geschäftsführung eine Mängelliste erstellt, die in den kommenden Jahren, je nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Dazu sind in den laufenden langfristigen Jahresplanungen entsprechende Vorhaben eingeplant. Ferner wird versucht durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind. Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern. Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Die Personalstellenstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2021 weiterhin unverändert.

Kosteneinsparungen, Personalreduzierungen (Kurzarbeit) sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen auch in 2022 nicht möglich.

Besonders hervorzuheben ist auch die außerordentlich gute Unterstützung und sehr konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde in dem von Corona geprägten Geschäftsjahr.

Weitergehende Auswirkungen durch die Corona-Krise auf den Geschäftsverlauf des neuen Geschäftsjahr 2022 sind auch in Hinblick der weiteren Lockerungen gegenwärtig nicht ersichtlich und zu erwarten.

Aus gegenwärtiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass die Ukraine Krise keine direkten Auswirkungen auf den Betrieb des Flugplatzes haben wird.

Längerfristig könnten aber weiter sehr stark steigende Treibstoffpreise, Preise für Strom und Gas eine negative Veränderung des Ergebnisses gegenüber der Planung ergeben, die aber zu keiner Bestandsgefährdung des Unternehmens führen wird.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich	
		Dr. Wend, Detlef	(bis 11.06.2021)
		Ernst, Johannes	
		Jacobi, Dörte	(seit 11.06.2021)
		Krimmling-Schoeffler, Anja	
		Rademacher, Grit	
		Salz, Roland	
		Schachtschneider, Andreas	(bis 20.05.2021)
		Streckenbach, Johannes	(seit 20.05.2021)
		Thomann, Beate	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	17	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	263.535	93	278.013	93	288.228	91	-14.478	-5
Umlaufvermögen	19.909	7	21.767	7	27.223	9	-1.858	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	309	0	296	0	243	0	13	4
Bilanzsumme	283.753	100	300.076	100	315.694	100	-16.323	-5
Passiva								
Eigenkapital	83.583	29	83.583	28	83.583	26	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	149.093	53	161.773	54	172.751	55	-12.680	-8
Rückstellungen	6.657	2	7.413	2	9.514	3	-756	-10
Verbindlichkeiten	41.200	15	44.014	15	47.074	15	-2.814	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	3.220	1	3.293	1	2.772	1	-73	-2
Bilanzsumme	283.753	100	300.076	100	315.694	100	-16.323	-5

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.314	51.585	58.789
andere aktivierte Eigenleistungen	191	181	296
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	4.946	15.927	11.697
Ausgleichsleistungen (bis 2020: Betriebskostenzuschüsse)	26.126	26.455	22.677
Materialaufwand	22.216	23.572	25.812
Personalaufwand	37.093	37.390	37.533
Abschreibungen	9.927	9.741	9.079
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	11.307	20.502	18.193
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61	64	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	681	710	727
Ergebnis nach Steuern	414	2.297	2.133
sonstige Steuern	65	66	71
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	349	2.231	2.062
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2021: 951 TEUR; 2020: 8.828 T€; 2019: 6.907 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2021: 1.759 TEUR; 2020: 11.178 T€; 2019: 7.954 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,69	4,33	3,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,42	2,67	2,47	%
Cash-Flow:	10.277	11.972	11.141	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	110	127	125	T€
Personalaufwandsquote:	45,47	39,71	40,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,50	92,28	91,00	%
Eigenkapitalquote:	29,46	27,85	26,48	%
Fremdkapitalquote:	70,54	72,15	73,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Beförderte Personen	41.146	42.346	56.724	in 1.000
Fahrplan-km	8.528	8.546	8.788	in 1.000
Nutz-Wagen-km	9.823	9.872	10.293	in 1.000
Personen-km	242	250	332	in Mio.
Platz-km	1.052	1.064	1.096	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitenden der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/ Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt. Die Gesellschaft wird derzeit durch den Vorstand und vier Prokuristen vertreten.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft der HAVAG erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten. Des Weiteren erbringt die HAVAG aufgrund einer besonderen Betrauung Verkehrsleistungen im Landkreis Saalekreis.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse (sog. öDA-Ausgleichsleistungen) angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Alle Anstrengungen setzt die HAVAG an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung der öDA-Ausgleichsleistung an.

Seit September 2019 stellt die Weiterentwicklung der Strategie ‚HAVAG 2030‘ ein zentrales Handlungsfeld der HAVAG dar. Die wesentlichen Unternehmensziele werden durch 10 strategische Grundausrichtungen getragen, sodass die weiterführende Stärkung einer langfristigen Ertragskraft des Unternehmens, die Steigerung der Fahrgastzahlen sowie die weitere Erhöhung der Kundenzufriedenheit sowie die Stärkung des ÖPNV in den kommenden Jahren oberste Priorität haben. Des Weiteren verfolgt die HAVAG die Absicht, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 % zu gehören und auch bei der Spitzenkennzahl „Mobilitätskosten“ ein oberes Branchenniveau nachzuweisen.

1.3. Steuerung

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst.

Die Stadt Halle (Saale) hat mit Stadtratsbeschluss vom 21. November 2018 entschieden, die HAVAG ab dem 1. Januar 2021 im Wege der Direktvergabe mit dem Betrieb des Stadtverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale) unter Verzicht auf die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zu betrauen. Im Anschluss erfolgte eine Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) seitens der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung der SWH an die HAVAG. Der öDA bildet die wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG, trägt den veränderten Vorgaben für die Direktvergabe von Verkehrsleistungen laut Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Rechnung und untersetzt die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich.

Für die Vorabfestlegung der jährlichen öDA-Ausgleichsleistungen sind Plan-Aufwendungen und Plan-Erträge in einer Plan-Trennungsrechnung anzusetzen. Die Plan-Trennungsrechnung bildet die konkretisierende Vorabfestlegung der Ausgleichsparameter für das Folgejahr.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die im Bereich Technik/Fahrzeuge eingeleiteten organisatorischen und arbeitsprozessualen Veränderungen – entwickelt mit dem TÜV Rheinland in den Jahren 2016 und 2017 – befinden sich in der sukzessiven Umsetzung. Ziel ist es, die Werkstattproduktivität weiter zu erhöhen und den Fahrzeugdurchlauf zu beschleunigen. Der TÜV Rheinland hat basierend auf dem vorangegangenen Projekt im Bereich Materialwirtschaft und Lagerlogistik die Handlungsthemen weiter herausgearbeitet. Als Projektziele wurden die Analyse der Prozesse und Verfahren in der Materialwirtschaft, die Identifikation von Schwachstellen sowie die Ableitung von Handlungsfeldern definiert. Eine Umsetzung der Optimierungspotentiale ist ab dem Jahr 2022 vorgesehen.

Die HAVAG arbeitet an der Implementierung eines strukturierten Geschäftsprozessmanagements (GPM). Das GPM umfasst die Analyse und Überwachung sowie die Konstruktion und Anwendung von konzeptionellen Modellen der Geschäftsabläufe von Unternehmen. Die Umsetzung ist mit der Einführung einer entsprechenden Software verbunden. Im Rahmen dieses Projekts wurde in 2021 damit begonnen, die Prozesse und Schnittstellen im Bereich Betriebswirtschaft, Abteilung Rechnungswesen & Finanzen aufzunehmen.

Im Jahr 2021 wurde der Manteltarifvertrag zum TV-N LSA verhandelt. Die Verhandlungen wurden durch den KAV (Kommunalen Arbeitgeberverband), der Gewerkschaft ver.di und einer Tarifkommission geführt. Der Tarifvertrag ist ab dem 1. Januar 2022 in Kraft, es bedarf derzeit noch einer Unterzeichnung der verhandelnden Parteien.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Über das gesamte Geschäftsjahr 2021 hinweg wurde das Handeln der HAVAG weiterhin von der Corona-Pandemie geprägt. Insbesondere für unsere Fahrgäste wurde durch die Tragepflicht eines Mund- und Nasenschutzes sowie der 3G-Pflicht im ÖPNV der Zugang und somit die Nutzung des ÖPNV erschwert. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche maßgeblich im Rückgang der Fahrgastzahlen und demnach auch der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich sind, konnten durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm 2021“) kompensiert werden. Wesentliche Grundlage für diese Hilfgelder spielte die vom Land Sachsen-Anhalt erlassene „Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 in Sachsen-Anhalt“. Die HAVAG hat fristgemäß im August 2021 die Anträge auf Gewährung von Billigkeitsleistungen beim Aufgabenträger Stadt Halle (Saale) sowie beim Saalekreis eingereicht. Im Dezember 2021 erfolgte der Ausgleich der pandemiebedingten Fahrgeldeinnahmeverluste über den „ÖPNV-Rettungsschirm“ an die HAVAG.

Die HAVAG hat im März 2021 die europaweite Bekanntmachung für die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnen veröffentlicht. Dabei wurde die HAVAG von zwei externen Beratungsfirmen unterstützt, welche die technische und die vergaberechtliche Begleitung der Ausschreibungsvorbereitung zur Aufgabe hatten. Die Zuschlagserteilung an einen Bieter kann voraussichtlich im Juli 2022 erfolgen.

Im Rahmen der Fuhrparkstrategie hat die HAVAG die planmäßige Beschaffung von 39 neuen Hybrid-Bussen für die Jahre 2022 bis 2030 vorbereitet, welche dann sukzessive die Altfahrzeuge ablösen sollen. Dafür wurde im Sommer 2021 mit einer Ausschreibung begonnen. Eine Zuschlagserteilung ist für März 2022 geplant.

Im Jahr 2021 hat die HAVAG zum fünften Mal in Folge an einer bundesweit einheitlichen Kundenzufriedenheitsbefragung im „ÖPNV Kundenbarometer“ teilgenommen. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG gegenüber dem ÖPNV-Branchendurchschnitt von 2,79 eine bessere Globalzufriedenheit mit 2,59 aufweist. Gegenüber dem Jahr 2020 (2,59) verzeichnet die HAVAG damit keine Verschlechterung der Zufriedenheit, trotz der Corona-Pandemie. In allen wesentlichen ÖPNV-Qualitätsmerkmalen (Informiertheit, Schnelligkeit, Liniennetz, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit) wird die HAVAG durch ihre Fahrgäste sehr gut bis gut bewertet.

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) fördert das Stadtbahnprogramm Halle (Saale) anteilig aus dem GVFG-Bundesprogramm durch Gewährung von Finanzhilfen an das Land Sachsen-Anhalt (§ 6 Abs. 1 GVFG). Grundsätzlich agiert das Land Sachsen-Anhalt (Ministerium für Infrastruktur und Digitales - MID) als Zuwendungsgeber gegenüber der HAVAG. Der Bundesrechnungshof hat in 2018 Bewertungen dazu angestellt, ob bzw. inwieweit das BMDV die GVFG-Mittel für das Stadtbahnprogramm Halle (Saale) ordnungsgemäß bewirtschaftet hat. Mit einem Schreiben vom Juni 2020 hat der Bundesrechnungshof dem MID eine Unterrichtung über die abschließende Mitteilung an das BMDV zu der Prüfung über die Gewährung von Bundesfinanzhilfen gemäß GVFG für das Vorhaben Stadtbahnprogramm Halle übersandt. Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat im Sommer 2021 Teilwiderrufs- und Erstattungsbescheide (nicht die ÖPNV-Anlagen betreffend) an die HAVAG erlassen. Die HAVAG hat daraufhin eine entsprechende Rückzahlung in Höhe von TEUR 313 an das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt vorgenommen. Um Risiken für die Zukunft zu vermeiden und Erfahrungen aus dem Prüfverfahren des Bundesrechnungshofes aufzuarbeiten, hat die HAVAG im November 2021 sogenannte „Leitlinien Stadtbahnprogramm Halle – Grundsätze bei der Arbeit mit Fördermitteln“ erarbeitet, die als zukünftige und systematische Handlungsanweisungen zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen im Rahmen von Planungen und Antragstellungen bei der Umsetzung der Stadtbahnprojekte dienen sollen. Die Leitlinien und Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, das Stadtbahnprogramm Halle erfolgreich unter Einhaltung der jeweils aktuellen Fördergrundsätze, relevanten Gesetze und Förderrichtlinien umzusetzen.

Im September 2021 erhielt die HAVAG die Fördermittelzusage für die 1. Stufe des Modellprojektes „Stärkung des ÖPNV“ (HAVAG-Antrag „STADTLand+“) und wurde dabei als ein Modellpartner des Bundes aus ca. 160 Anträgen ausgewählt. Der entsprechende Zuwendungsbescheid in Folge des gestellten Fördermitelantrages erging am 29. Dezember 2021. Zur Attraktivierung des ÖPNV sieht das Modellprojekt „STADTLand+“ die Schaffung neuer Schnellbuslinien, die modellhafte Einführung eines On-Demand-Verkehrs sowie die Taktverdichtung bestehender Linienverkehre vor. Des Weiteren werden multimodale Mobilitätsstationen errichtet, die unter anderem als Zugangspunkt zum ebenfalls geplanten E-Bike-Sharing System (inkl. Lastenräder) dienen sollen. Im Hinblick auf Tarifpreismaßnahmen soll u. a. ein eTarif eingeführt werden. Die Schaffung und Integration eines multimodalen Tarifs ermöglicht darüber hinaus die kundenfreundliche Nutzung aller verfügbaren Mobilitätsformen. Mit dem Ziel die ÖPNV-Nutzung im Pendelverkehr zu steigern, soll der bestehende Jobticket-Tarif weiterentwickelt und eine betriebliche Mobilitätsberatung für Arbeitgeber geschaffen werden. Infrastrukturell ist außerdem die technische Aufrüstung von existenten Haltepunkten zu digitalen Haltestellen im Stadtgebiet geplant. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verzahnung im ÖPNV sind umfangreiche Verknüpfungs- und Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen. Takte werden enger aufeinander abgestimmt, neue Linienverkehre eingeführt, Verknüpfungspunkte geschaffen und ausgebaut sowie technische Komponenten zur Anschlussicherung optimiert. Verbundweit wird die Konzeption und Einführung einer multimodalen Mobilitätsplattform angestrebt.

Im Jahr 2021 wurden erneut Verhandlungen mit der Kreisverwaltung des Saalekreises aufgenommen, um eine Unterfinanzierungslücke im Straßenbahnliniennbetrieb im Bediengebiet des Landkreises schließen und eine neue vertragliche Konstellation mit Wirkung zum 1. Januar 2025 herstellen zu können. Der Kreistag des Saalekreises hat im September 2021 der neu kalkulierten Finanzierung des durch die HAVAG benötigten Zuschussbedarfes für die Jahre 2021 bis 2024 zugestimmt. Zudem ist der Landrat durch den Kreistag beauftragt worden, die Absicherung des Straßenbahnverkehrs auf dem Gebiet des Landkreises Saalekreis ab dem Jahr 2025 neu zu regeln.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der ÖPNV bietet die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Die HAVAG ist bestrebt, stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen zu suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus werden die Themen Umsetzung von serviceverbessernden Kundenmaßnahmen sowie Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft noch stärker beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Die Corona-Pandemie hatte auch im Jahr 2021 maßgeblich Einfluss auf die Nachfrage von Verkehrsleistungen im Bus- und Bahnbereich. Die gesamte Branche ist von starken Rückgängen bei den Fahrgastzahlen geprägt. Die steigenden Tendenzen der letzten Jahre konnten dementsprechend nicht fortgesetzt werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Stadt Halle (Saale) hat mit Stadtratsbeschluss vom 21. November 2018 entschieden, die HAVAG ab dem 1. Januar 2021 im Wege der Direktvergabe mit dem Betrieb des Stadtverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale) unter Verzicht auf die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zu betrauen. Zur Durchführung des Stadtratsbeschlusses erfolgte eine Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) seitens der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung der SWH an die HAVAG. Der öDA trat zum 1. Januar 2021 in Kraft.

Die von Bund und Ländern verfügten Eindämmungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, insbesondere die Änderung des Infektionsschutzgesetzes aufgrund der im Herbst/Winter 2021 aufgetretenen sogenannten „Delta-“ sowie „Omikron-“ Variante, führten aufgrund der eingeführten „3G-Pflicht“ (geimpft, genesen, tagesaktuelle Testung) für Fahrgäste des ÖPNV sowie für das Kontroll- und Servicepersonal, der starken Kontaktbeschränkungen sowie umfangreichen Homeoffice-Vorgaben zu einer im Vergleich zu 2019 starken Reduzierung der Verkehrsnachfrage.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Auch das Jahr 2021 wurde vorrangig durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Mit dem Auftreten der sogenannten „Delta-“ sowie „Omikron-Variante“ im Herbst 2021 und einem damit verbundenen erneuten Anstieg der Infektionszahlen hat die Bundesregierung mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes (vom 24. November 2021) die sogenannten „3G-Pflicht“ für die Fahrgäste des ÖPNV sowie für das Kontroll- und Servicepersonal verpflichtend vorgeschrieben. Dies, wie auch die Verlängerung des „zweiten Lockdowns“ im Frühjahr 2021, führte zu einer starken Verringerung der Nutzung der Straßenbahn- und Busverkehrsleistungen gegenüber dem Zeitraum vor der Corona-Pandemie. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind insbesondere im Rückgang der Fahrgastzahlen und der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich. Gegenüber dem Jahr 2020 ist eine weitere Verschlechterung der Fahrgastzahlen zu verzeichnen.

Allerdings konnten die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auf die originär durch die Stadt Halle (Saale) und SWH zu erbringende Ausgleichsleistung öDA durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) kompensiert werden. Auch die Fahrgeldeinnahmeverluste im Landkreis Saalekreis wurden ebenfalls über den „ÖPNV-Rettungsschirm“ ausgeglichen.

Positiv auf die Ausgleichsleistung öDA (ohne Stadtbahnprogramm) wirkte die Unterschreitung des durchschnittlichen Personalbestandes gegenüber dem in der Planung prognostizierten Personalbestand sowie die geringeren Zinsaufwendungen im Zuge der zeitlichen Verschiebung der Fahrzeugneubeschaffung.

Das Verkehrsangebot des Jahres 2021 erstreckte sich auf 14 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 327,2 Kilometern.

Die zum 1. August 2019 eingeführte zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung der ‚SchoolCard‘ führte bereits in 2020 zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft. Im Jahr 2021 konnte der Bestand aus 2020 weitestgehend gehalten werden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag wie bereits in den Vorjahren im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potenziellen Arbeitgebern im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Arbeitnehmern nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll.

Das im November 2019 eingeführte Check-In/Check-Out-System ‚FAIRTIQ‘ wurde als Handyticket mit Tagesbestpreisabrechnung auch im Jahr 2021 während der Corona-Pandemie als kontaktlose Möglichkeit des Erwerbs von Fahrkarten beworben und genutzt. Auch die im Juli 2020 eingeführte MDV-Fahrplanauskunfts- und Ticket-App ‚moovme‘ -als Nachfolge-App für ‚Easy Go‘- wurde aufgrund der neuen Bezahlmöglichkeiten gut angenommen. Durch die Corona-Pandemie konnten die Umsätze über beide Apps um 40 % gesteigert werden.

Zum 1. Januar 2021 wurde das AzubiTicket Sachsen-Anhalt eingeführt. Dies führt zu einer Steigerung im Bereich der Abonnements für Auszubildende.

Die Absenkung der Mehrwertsteuer wurde durch die Verschiebung der MDV-Tarifanpassung vom 1. August 2020 auf den 1. Januar 2021 an die Kunden durchschnittlich weitergereicht. Auf Basis einer Marktforschung im Februar 2021 wurde die Tarifierhöhung zum 1. August 2021 ausschließlich im Bartarif und nicht in den Zeitkarten und den Abonnements durchgeführt.

Das gesamte Verkehrsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2021 insgesamt 41,1 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies einen Verlust um 1,2 Mio. Beförderungsfälle dar. Das gestellte Planziel von 54,9 Mio. Fahrgästen konnte nicht erreicht werden, was im Wesentlichen auf das stark veränderte Fahrgastverhalten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Bedingt durch die sich fortsetzenden Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie konnte damit der positive Trend der vergangenen Jahre wiederholt und unverschuldet nicht fortgesetzt werden. Bei der Betrachtung der einzelnen Fahrkartenarten fällt auf, dass sich die Verluste im Wesentlichen im Segment ‚Zeitkarten‘ abspielen. Ein positiver Trend gegenüber dem Jahr 2020 ist in dem Segment Einzelfahrausweise zu verzeichnen.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2021 einen Wert von 1,04 EUR je Fahrgast und weist somit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert um 0,05 EUR je Fahrgast aus. Diese Steigerung resultiert maßgeblich aus dem Bartarif.

3.5. Forschung und Entwicklung

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit erfolgte in 2020 die Umsetzung des Projektes ‚Barrierefreies Informations- und Orientierungssystem (BIOS)‘. Innerhalb des Projektes wurden drei Straßenbahnen sowie zwei Omnibusse mit der notwendigen Technik ausgerüstet. Die Serienausrüstung aller Fahrzeuge begann im Jahr 2021 und wird bis 2023 fortgesetzt.

Die HAVAG hat gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) an einem Entwicklungsprojekt zur Einführung von elektrisch angetriebenen Bussen (E-Busse) des Landes Sachsen-Anhalt und der Nahverkehrsgesellschaft GmbH (NASA) teilgenommen. Als eine umweltpolitische Zielstellung haben die Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger, die SWH als Gesellschafter und die HAVAG gemeinsam entschieden, einen Antrag zur Förderung beim Land Sachsen-Anhalt zur Richtlinie „Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ für die Einführung eines Elektrobussystems in Halle zu stellen. Die HAVAG erhielt im August 2020 einen Zuwendungsbescheid seitens der Stadt Halle (Saale). Die europaweite Ausschreibung begann im Februar 2021 und konnte im August 2021 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Buslieferung ist für den Juli 2022 vorgesehen, ein Linieneinsatz soll voraussichtlich ab dem 4. Quartal 2022 erfolgen.

Im Rahmen des sogenannten Green-City-Planes (Masterplan „Saubere Luft“, Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“) hat die HAVAG im Dezember 2019 eine Bewilligung des Förderantrags im Bereich der „ÖPNV-Informationen“ vom BMDV erhalten. Die Maßnahme umfasst:

- Fahrgastinformation an Haltestellen, Ausrüstung von Haltestellen mit weiteren Fahrgastinformationsmonitoren
- Fahrgastinformation in Fahrzeugen, Ausrüstung von Straßenbahnen und Busse mit Fahrgastinformationsmonitoren
- Fahrgastinformation rund um die Uhr, Einrichtung einer Fahrgastinformationshotline über Social-Media-Kanäle
- Ausrüstung aller Busse sowie MGTK-Fahrzeuge mit Routern (WLAN-Router zur Datenversorgung der TFT-Bildschirme).

Die einzelnen Maßnahmen befinden sich sukzessive in der Umsetzung. Im Dezember 2021 erfolgte bereits die erste Errichtung der neuen Haltestellenschilder mit integrierter Abfahrtsanzeige und Vorlesefunktion.

Mit dem zweiten Förderantrag zum Green-City-Plan wurde die Einführung eines „Elektronischen Ticketings“ beantragt. Dieser wurde im März 2020 vom BMDV bewilligt. Hierbei soll eine zukunftsfähige Lösung entwickelt werden, die eine Ablösung der Papierfahrtscheine und die Einführung des bargeldlosen Zahlens ermöglichen kann. Dieses Projekt soll in den Jahren 2021 bis 2023 umgesetzt werden. Das Jahr 2021 war davon geprägt, den Aufbau der Testsysteme zu realisieren. Es wurde erfolgreich eine Testumgebung des Vertriebssystems aufgesetzt. Nachdem zum Jahresende zusätzliche Fördermittel für die Weiterentwicklung der Systemumgebung der Fahrkartenautomaten bewilligt wurden, kann damit im Jahr 2022 begonnen werden. Ziel ist die Umstellung auf weitestgehend bargeldlosen und papierlosen Ticketvertrieb im Jahr 2023.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz. Außerdem wurde Ende 2021 der Grundstein zur Erarbeitung einer „Roadmap Klimaneutralität“ - in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale)- zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 gemeinsam mit der SWH gelegt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 sind in der HAVAG 738 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 46 Auszubildende beschäftigt. Dies bedeutet keine Änderung zum Vorjahr. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ergibt sich zum Stichtag eine leichte Steigerung von 710,6 im Vorjahr auf 711,8. Der angestrebte Planwert von 716,3 Vollzeitbeschäftigten wurde dabei um -4,4 Vollzeitbeschäftigteneinheiten unterschritten.

Das Durchschnittsalter lag im Jahr 2021 unverändert bei 47 Jahren, ähnlich verhält es sich bei der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, welche weiterhin bei 21 Jahren liegt.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit ist mit 10,4 %, im Vergleich zu 9,5 % im Vorjahr, gestiegen. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Die HAVAG stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

11 Auszubildende beendeten im Jahr 2021 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sieben Auszubildende in ein befristetes und zwei Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Des Weiteren unterstützt die HAVAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu besuchen.

Die HAVAG hat im 1. Quartal 2021 gemeinsam mit dem Jobcenter eine Möglichkeit gefunden, Langzeitarbeitslosen nach dem Teilhabechancengesetz eine Tätigkeit anzubieten und das Projekt „Mobilitätshelfer“ in etwas anderer Form fortzusetzen. Demnach ist es möglich, fünf Beschäftigte für Mobilitätsunterstützung und Servicequalität bei der HAVAG fest einzustellen. Die Einstellung kann über das Teilhabechancengesetz über fünf Jahre gefördert werden. Dabei wird die Förderung in den ersten zwei Jahren 100 % und in den folgenden Jahren 90 %, 80 % und 70 % betragen. Die genannten Beschäftigten sollen mobilitätseingeschränkte Fahrgäste bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen und ihre Selbstständigkeit durch die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs der Stadt Halle (Saale) verbessern. Zugleich sollen Mängelkontrollen an Haltestellen durchgeführt und eine zeitnahe eigenständige Beseitigung von Kleinstbeschädigungen oder Verunreinigungen an Haltestellen und anderen Einrichtungen der Halleschen Verkehrs-AG vorgenommen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 %. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag für die 1. Führungsebene ist im Vergleich zum Vorjahr von 44 % auf 40% gesunken, wobei von zehn zu besetzenden Stellen vier durch Frauen besetzt sind. Für die 2. Führungsebene ergab sich eine Senkung von 33 % im Vorjahr auf 25 % im Betrachtungsjahr. In dieser Ebene sind vier Stellen von 16 an Frauen vergeben. Der Aufsichtsrat der HAVAG setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2021 bei 44 %. Von neun Stellen werden vier durch Frauen besetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein ereignisreiches Jahr 2021 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 349,3 abschließen. Die Veränderung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die sich ändernde Systematik im Zusammenhang mit dem öDA zurückzuführen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	50.314,2	51.585,3	-1.271,1	-2,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	190,9	181,0	9,9	5,5
Übrige betriebliche Erträge	17.408,6	28.630,1	-11.221,5	-39,2
Materialaufwand	22.215,6	23.571,8	-1.356,2	-5,8
Personalaufwand	37.092,6	37.390,2	-297,6	-0,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	11.307,2	20.501,5	-9.194,3	-44,8
EBITDA	-2.701,7	-1.067,0	-1.634,7	>100,0
Abschreibungen	22.390,1	22.444,1	-54,0	-0,2
EBIT	-25.091,8	-23.511,2	-1.580,6	-6,7
Zinsergebnis	-620,0	-646,6	26,6	4,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-25.711,8	-24.157,8	-1.554,0	-6,4
Ausgleichsleistungen öDA	26.126,3	26.454,9	-328,6	-1,2
sonstige Steuern	65,2	65,8	-0,6	-0,9
Aufwand aus Gewinnabführung	349,3	2.231,3	-1.882,0	-84,3
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2021 Umsatzerlöse von T€ 50.314 erwirtschaftet, dies entspricht einem Rückgang von T€ 1.271 gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen resultiert dieser Rückgang aus der Reduzierung der Erlöse aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 1.979. Kompensatorisch wirken verbesserte Fahrgeldeinnahmen in Höhe von T€ 540.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzieren sich um T€ 11.221 gegenüber dem Jahr 2020. Hauptsächlich sind dafür die um T€ 7.862 reduzierten Erstattungen von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen sowie die um T€ 3.836 reduzierten Erträge aus laufenden und periodenfremden Schadenersatzleistungen. In den Schadenersatzleistungen des Jahres 2020 sind die Billigkeitsleistungen der Phase 1 (März bis August 2020) zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr enthalten, die im Berichtsjahr Bestandteil der ÖDA-Ausgleichsleistung sind.

Für den Materialaufwand von T€ 22.216 ist ein Rückgang von T€ 1.356 gegenüber dem Jahr 2020 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 1.979 dar.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung der veränderten Anzahl des Personals ergibt sich für das abgeschlossene Jahr 2021 ein Personalaufwand von T€ 37.093. Gegenüber dem Jahr 2020 wird somit eine Reduzierung von T€ 297 ausgewiesen.

Die wesentliche Reduzierung der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 9.194 ist maßgeblich durch die Reduzierung der Aufwendungen für Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen von T€ 9.418 zu erklären.

Die Abschreibungen von T€ 22.390 im Jahr 2021 weisen gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung um T€ 54 aus.

Das Zinsergebnis stellt sich gegenüber dem Jahr 2020 um T€ 27 verbessert dar. Die sonstigen Steuern liegen auf dem Niveau von 2020.

Die Ausgleichsleistung, ehemals Betriebskostenzuschuss, des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 26.126 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 329 gesunken. Bei einer Bereinigung der Ausgleichsleistungen in den Jahren 2020 sowie 2021 um den sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“ und den Ausgleichsbedarf Stadtbahnprogramm sowie um die unterschiedliche Wirkungsweise des Ausgleichsmechanismus des bisherigen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags und des seit dem 1. Januar 2021 geltenden öDA ist die operative Ausgleichsleistung der HAVAG um TEUR 526 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die Hauptgründe hierfür sind höhere Fahrgeldeinnahmen sowie geringere Personalaufwendungen.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2021 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind insbesondere im Rückgang der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich. Allerdings konnten die negativen Auswirkungen auf die originär durch die Stadt Halle (Saale) und SWH zu erbringende Ausgleichsleistung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) kompensiert werden. Die verminderten Zinsaufwendungen und die Unterschreitung der geplanten durchschnittlichen VbE wirkten sich positiv auf das Jahresergebnis 2021 aus.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Ausgleichsleistungen, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 76,0 % (Vorjahr: 74,7 %).

Im Geschäftsjahr 2021 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 1.564 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes und des Landes abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 2.575 Fördermitteln des Landes und des Bundes sind zuzüglich neu aufgenommener Kredite von T€ 2.084 sowie der Eigenmittel investive Leistungen in Höhe von T€ 10.604 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2020 ergab die endgültige Abrechnung einen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2021 in Höhe von T€ 700, welcher eine Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens zur Folge hatte. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2021 zwei weitere Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 1.384 aufgenommen. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2021 für den Finanzierungsbedarf aus 2020 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 16.591 und verringerten sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 515.

Nettoschulden	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	16.591	17.106	-515	-3,0
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	7.738	9.651	-1.913	-19,8
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	8.853	7.455	1.398	18,8
Liquide Mittel	-13.965	-12.245	-1.720	14,0
Kasse	744	1.637	-893	-54,6
Cash Pool	-14.709	-13.882	-827	-6,0
Nettoschulden	30.556	29.351	1.205	4,1
EBITDA	-2.702	-1.067	-1.635	>100,0
Nettoschulden/EBITDA	-11,3	-27,5	16,2	-58,9

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 29,5 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 82,0 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 17.106 auf T€ 16.591 bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel um T€ 1.720 berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 30.556. Im Jahresverlauf stellt dies eine Erhöhung um T€ 1.205 dar. Aufgrund des negativen EBITDA ergibt sich ein negativer dynamischer Verschuldungsgrad von 11,3 Jahren für das Jahr 2021.

4.2.2. Investitionen

Die HAVAG hatte für das Jahr 2021 Investitionen von T€ 86.011 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Realisiert wurden davon T€ 10.439, wobei ein Großteil der Abweichung in Höhe von T€ 51.072 den Bezug zu der Straßenbahnersatzbeschaffung hat. Die EU-Bekanntmachung zur Ausschreibung erfolgte Anfang März 2021 und eine derartige Ausschreibung wird üblicherweise mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen, sodass die Zuschlagserteilung und eine entsprechende Anzahlung an einen Fahrzeughersteller voraussichtlich erst im Juli 2022 geleistet wird.

Die zweite geplante, bedeutende Position war im Rahmen der Investitionsplanung 2021 die Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von T€ 30.355, wovon das Stadtbahnprogramm Halle den größten Anteil mit T€ 26.544 hat. Gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan standen dabei erste Leistungen zur Planung und Vorbereitung u. a. für die Merseburger Straße Mitte, der Mansfelder Straße (West), Böllberger Weg (Süd), Dessauer Straße/Frohe Zukunft sowie für Maßnahmen der Stufe 3 im Fokus des Geschäftsjahres. Die geplanten Baubeginne haben sich verzögert, sodass der Großteil der geplanten Mittel nicht verwendet werden konnte. Alle diese geplanten Maßnahmen wurden in die Folgeperiode verschoben.

Der Stufenbeschluss des Stadtrats der Stadt Halle (Saale) vom 30. Juni 2021 zur Stufe 3 des Stadtbahnprogramms, kann als ein weiterer Meilenstein bei der Realisierung des komplexen Infrastrukturprogramms angesehen werden. Zur Stufe 3 gehören u.a. die Bereiche Giebichenstein zwischen Seebener Straße, Reilstraße und Mühlweg. Als Neubauvorhaben sind die Erschließung von Heide-Nord/Lettin und die Industriestraße in der Stufe 3 des Stadtbahnprogramms aufgenommen worden. Neben Planungen und vorbereitenden Leistungen konnten weitere Leistungen (Restleistungen) am Gimritzer Damm zur Abrechnung (Fluthilfe) gebracht werden.

Es erfolgten weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie die Realisierung und Übergabe des Lützener Platzes für die Stadt Bad Dürrenberg, die Erneuerung von Fahrleitungs- und Bahnstrom sowie Kommunikationsanlagen. Der Ersatz von Fahrgastunterständen im Stadtgebiet und die Ausrüstung der MGT6D/MGTK mit Blindenkommunikationssystem haben einen weiteren positiven Beitrag für die Verbesserung des Kundenservice geleistet. Die aktive Beschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben (E-Bussen) und die notwendigen Ladestationen wurde erfolgreich im Jahr 2021 vorangebracht, sodass in 2022 die Auslieferung und Inbetriebnahme erfolgen kann.

Außerdem wurde in den Ersatz von Spezialfahrzeugen für die Bereiche Stromversorgung und Gleisbau sowie in die ersten Beratungsleistungen für die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnen investiert. Im Rahmen der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes wurden in den Betriebshöfen Drehkreuze zur Einlasskontrolle installiert und Faltore erneuert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Ausgleichsleistungen öDA, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse, die Auszahlungen im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirmes sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2021	2020
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-12.057	-11.028
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-13.208	-21.410
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	23.545	32.804
Zahlungswirksame Veränderungen	-1.720	366
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	-12.245	-12.611
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	-13.965	-12.245

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 283.753 aus. Dieser Wert sinkt gegenüber dem Vorjahr um T€ 16.323 und wird wesentlich durch eine Verringerung des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2021	2020	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	92,9	92,6	0,3
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	7,1	7,4	-4,1

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine verminderte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2021	2020	Veränderung	
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	263.535	278.013	-14.478	-5,2
Wirtschaftliches Eigenkapital	232.676	245.356	-12.680	-5,2
Deckungsgrad	88,3%	88,3%		0,0

Eine Verringerung der Rückstellungen auf T€ 6.657 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für den Rückgang der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 349 schließt die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2021, trotz der widrigen Bedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, mit hoher Zufriedenheit ab. Insbesondere aufgrund der Zahlungen des „ÖPNV-Rettungsschirms“ konnten die negativen Auswirkungen kompensiert werden. Die Unterschreitung der geplanten Personalaufwendungen sowie die geringeren Zinsaufwendungen wirkten sich zusätzlich positiv auf das Jahresergebnis aus. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Entwicklung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2014 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte in den Jahren 2020 und 2021 nicht fortgesetzt werden. Durch die Corona-Pandemie ist ein signifikanter Rückgang der Fahrgäste zu verzeichnen. Nach Pandemieende ist die HAVAG bestrebt, an das Fahrgastaufkommen des Jahres 2019 sukzessive anzuknüpfen.

Im Rahmen der im öDA geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Bereits im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2021 bei der HAVAG insgesamt 12 Risiken ermittelt (Vorjahr elf). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung der entsprechenden Konzernrichtlinie in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht.

Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der Einzelmaßnahmen aus dem Strategieentwicklungsprozess und dem Effizienzsteigerungsprogramm soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit einem großen Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Zielstellung der HAVAG für die nächsten Jahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Die Corona-Pandemie wird das Handeln der HAVAG auch weiterhin maßgeblich prägen. Oberstes Ziel ist es, die Fahrgastverluste für die Folgejahre auf ein Minimum zu begrenzen und möglichst bald an den Erfolgen der Fahrgastgewinnung bis 2019 anknüpfen zu können. Das für die 2022 unterstellte Fahrgastniveau in Höhe von ca. 48,9 Mio. Beförderungsfällen versucht die HAVAG zu erreichen. Allerdings ist mit Stand Februar 2022 bereits festzustellen, dass sich der positive Trend aus dem Jahr 2021 im Abonnement für die Monate Januar und Februar nicht fortgesetzt hat und die HAVAG mit zusätzlichen Fahrgeldeinnahmeverlusten gegenüber der in der Planung bereits prognostizierten Verlusten aufgrund der Corona-Pandemie rechnen muss. Die Erreichung dieser Zielstellung stellt für die HAVAG eine große Herausforderung dar.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Die Wirtschaftsplanung der HAVAG berücksichtigt bereits weitere Fahrgeldverluste aus der Corona-Pandemie bis Ende 2024.

Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG mit Hilfe der geplanten Umsetzung der eTicket-Ziele, einem verbesserten Online-Ticket, dem Ausbau der Mobilitäts-App ‚FAIRTIQ‘ sowie der zunehmenden Digitalisierung von Kundenbetreuungsprozessen.

Aufgrund des in 2021 verhandelten Manteltarifvertrags zum TV-N LSA sowie seit längerer Zeit erhöhtem Krankenstand im Fahrdienst als in der Planung berücksichtigt, ist gegenüber der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022 mit einem erhöhten Personalaufwand zu rechnen.

Durch den in 2021 abgeschlossenen Tarifvertrag der Servicegesellschaft Saale GmbH kann die HAVAG bereits mit heutigem Stand feststellen, dass die in der Planung berücksichtigten Leistungen zu einem höheren Preis eingekauft werden müssen.

Aufgrund der am 24. Februar 2022 begonnenen Russland-Ukraine-Krise sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert.

Aufgrund dieser derzeitigen Preissituation am Energiemarkt erwartet die HAVAG in den nächsten Jahren Energiepreissteigerungen, insbesondere bei Strom und Brennstoffen. Für das Jahr 2022 wurden bereits alle Strom-Tranchen für den Fahrstrom bei der EVH beschafft. Allerdings konnte bei dem Erwerb der in der Planung berücksichtigte Einkaufspreis nicht gehalten werden.

Des Weiteren ist festzustellen, dass auch die Dieselpreise stark angestiegen sind.

Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die allerdings ebenso derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die weitere Entwicklung am Markt mit Auswirkungen auf die Energiepreise sowie auf die Beschaffungspreise für Material und Leistungen stellt die HAVAG vor große Herausforderungen.

Der Vorstand geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau der notwendigen Ausgleichsleistung für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 10. Dezember 2021 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022 sieht eine Ausgleichsleistung im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages in Höhe von T€ 28.757 vor. Die Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2022 Investitionen von T€ 82.440 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Den Hauptanteil sollen daran die Straßenbahnersatzbeschaffung von 56 Fahrzeugen, die Fortführung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe, die Einführung von Elektrobussen, die Ersatzbeschaffung von Gelenkbussen sowie die Umsetzung des BMDV-Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ (STADTLand+) tragen.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren stehen die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnfahrzeugen und deren finanzielle Auswirkungen im Mittelpunkt des Handelns für die folgenden Jahre. Diese Nachhaltigkeitsinvestition wird durch Fördermittel des Landes, der Stadt Halle (Saale) sowie über die Inanspruchnahme eines Gesellschafterdarlehens abgesichert.

Im Rahmen des „Modellprojekts zur Stärkung des ÖPNV (STADTLand+)“ setzt sich die Finanzierung der Teilprojekte aus einer Bundesförderung in Höhe von 80 %, einer Landesfinanzierungsbeteiligung in Höhe von 10 % anteilig an ausgewählten Projektmodulen sowie einer städtischen Beteiligung zusammen. Neben den Projektbegleitend geplanten Fahrgeldeinnahmen und Abschreibungen soll der dann verbleibende, geringe Eigenmittelanteil für Aufwendungen sowie Investitionen durch die HAVAG gedeckt werden. Die Stadt Halle (Saale) wird sich -gedeckt durch einen Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom September 2021- auch nach Projektende (ab 2025) finanziell an den Nachhaltigkeitskosten der evaluierten und mit einem Nachhaltigkeitsnachweis versehenen Maßnahmen beteiligen.

Durch ausreichende Signale seitens der Bundes- und der Landesregierung geht die HAVAG davon aus, dass im Jahr 2022 ebenfalls Mittel im Zuge eines ÖPNV-Rettungsschirmes zur Verfügung gestellt werden. Diese potentiellen Mittelzuflüsse sind nicht in der Wirtschaftsplanung 2022 berücksichtigt.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt, trotz der anhaltenden Pandemie, an der Stärkung des ÖPNV und einer permanenten Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner/-innen und Gäste der Stadt Halle (Saale) weiterzuarbeiten. Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern. Die HAVAG strebt an, die geplante öDA-Ausgleichsleistung für das Jahr 2022 in Höhe von T€ 28.757, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, einzuhalten. Darüber hinaus geht die Gesellschaft davon aus, aus dem Rand- und Nebengeschäft ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 298 zu erwirtschaften, welches über den Gewinnabführungsvertrag mit der SWH an den Gesellschafter abzuführen ist. Demzufolge ergibt sich für die HAVAG am Ende des Jahres 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis nach Gewinnabführung/Verlustübernahme.

Trotz der anhaltenden und nachwirkenden Folgen aufgrund der Corona-Pandemie sowie der seit dem 24. Februar 2022 eingesetzten Ukraine-Krise wird die HAVAG versuchen, die Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) qualitätsgerecht und zuverlässig sicherzustellen. Die HAVAG kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausschließen, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter, dem Verkehrsverbund und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben soll. Dies auch mit der Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) auszubauen und zu stärken sowie als Unterstützer zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele der Stadt mitzuwirken.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 76

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12,90	16,96
Stadt Halle (Saale)	11,70	15,38
Hallesche Verkehrs-AG	9,15	12,03
DB Regio Aktiengesellschaft	8,05	10,59
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	4,95	6,51
Burgenlandkreis	3,50	4,60
Landkreis Leipzig	2,60	3,42
Landkreis Nordsachsen	2,60	3,42
Landkreis Saalekreis	2,60	3,42
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	2,60	3,42
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2,20	2,89
Regionalbus Leipzig GmbH	2,20	2,89
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,15	1,51
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Nordsachsen Mobil GmbH und Döllnitzbahn GmbH	1,10	1,45
Nordsachsen Mobil GmbH	1,10	1,45
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,10	1,45
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,10	1,45
Freistaat Thüringen	0,75	0,99
Landkreis Altenburger Land	0,75	0,99
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	0,75	0,99
Erfurter Bahn GmbH	0,30	0,39
Transdev GmbH	0,30	0,39

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MDV GmbH koordiniert im Auftrag mehrerer Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen das ÖPNV-Angebot in Mitteldeutschland. Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dienberg, Thomas	
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Aldag, Wolfgang	(seit 26.05.2021)
	Böhm, Thomas	
	Bonert, Tatjana	
	Brachmann, Sandy	
	Bretzger, Frank-Peter	
	Däumler, Lutz	
	Dr. Mietzsch, Oliver	(bis 28.02.2021)
	Dr. Weinhold, Wolfgang	
	Emanuel, Kai	
	Hellwig, Annett	
	Irrgang, Bernd	(seit 01.04.2021)
	Juhrs, Ronald	
	Kleinwechter, Jan	(seit 01.01.2021 bis 31.12.2021)
	Klemens, Holger	
	Kretzschmar, Enrico	(seit 01.01.2021)
	Krimmling-Schoeffler, Anja	
	Kultscher, Andreas	
	Lüpfert, Ines	
	Middelberg, Ulf	
	Neubert, Ronald	(seit 08.11.2021)
	Panitz, Peter	
	Rebenstorf, René	
	Riekewald, Franziska	

Aufsichtsrat:	Schachtschneider, Andreas	(bis 26.05.2021)
	Seidel, Sigrun	
	Völker, Andreas	
beratendes Mitglied	Gerstenberg, Stephan	
beratendes Mitglied	Stadler-Roes, Annett	(seit 29.11.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	4	3

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.120	41	808	29	885	30	312	39
Umlaufvermögen	1.563	58	1.926	70	2.038	69	-363	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	20	1	16	1	15	1	4	25

Bilanzsumme	2.703	100	2.750	100	2.938	100	-47	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	5.154		2.664		3.024		2.490	93
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-------	----

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	477	18	477	17	477	16	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	812	30	494	18	574	20	318	64
Rückstellungen	167	6	142	5	152	5	25	18
Verbindlichkeiten	1.037	38	1.536	56	1.599	54	-499	-32
Rechnungsabgrenzungsposten	210	8	101	4	136	5	109	108

Bilanzsumme	2.703	100	2.750	100	2.938	100	-47	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	5.154		2.664		3.024		2.490	93
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-------	----

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.087	1.126	971
Zuschüsse Gesellschafter	3.046	2.973	2.575
sonstige betriebliche Erträge	861	1.212	2.016
Materialaufwand	1.654	1.883	2.474
Personalaufwand	2.478	2.539	2.445
Abschreibungen	320	264	218
sonstige betriebliche Aufwendungen	524	620	413
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	5	17
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	320	264	218	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	119	126	132	T€
Personalaufwandsquote:	49,61	47,81	43,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,48	3,89	3,56	%
Eigenkapitalquote:	17,66	17,36	16,25	%
Fremdkapitalquote:	82,34	82,64	83,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Tarifzonenfahrgäste	- 1)	- 1)	253,08	Mio.

¹⁾ auf Grund der Corona-Pandemie kann für den Bereich „Tarifzonenfahrgäste“ in den Jahren 2020 und 2021 keine Angabe gemacht werden

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienegebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2021

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2021 weiterhin stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Dadurch lagen die Tarifeinnahmen im Zeitraum Januar bis Dezember 2021 ca. 1,1 Mio. EUR bzw. 0,5 % unter dem Vorjahreswert und um ca. **42,4 Mio. EUR bzw. 15,9 % unter** den auf Basis 2019 zzgl. Verbunderweiterung und Tarifierpassungen **geplanten Einnahmen**.

Während die **Bartarifeinnahmen** mit knapp 3,0 Mio. EUR bzw. 5,9 % bereits wieder deutlich über dem Vorjahr lagen, war bei den **Zeitkarten Jedermann** noch immer ein Rückgang von insgesamt 6,5 Mio. EUR bzw. 6,1 % zu verzeichnen. Diese Entwicklung betraf sowohl Halle und Leipzig als auch die Region. Mit Mindereinnahmen von 5,3 Mio. EUR entfällt der Rückgang ganz wesentlich auf die ABO-Monatskarten.

Die positive Entwicklung der **ermäßigten Zeitkarten** (+9,9 %) ist auf die attraktiven AzubiTickets der Länder in Sachsen und Sachsen-Anhalt zurück zu führen. Das zum 01. Januar 2021 eingeführte Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt wurde im Dezember 2021 landesweit bereits von 6.815 Azubis gekauft, wodurch die Einnahmen dieses Segments im Betrachtungszeitraum gegenüber dem Vorjahr im sachsen-anhaltischen Verbundgebiet deutlich stiegen.

Auch bei den **Schülereinnahmen** ergibt sich ein regional unterschiedliches Bild. Aufgrund der erfolgreichen Einführung des Bildungstickets Sachsen zum 01. August 2021 verminderten sich zwar die Schülereinnahmen im sächsischen Verbundgebiet, da ein Ausgleich für dieses Angebot außerhalb der Tarifeinnahmen erfolgt. Gleichzeitig wurden mit dem Angebot aber auch zusätzliche Nutzer gewonnen. Im Dezember hatten bereits 24.308 SchülerInnen das Ticket erworben, wovon mit ca. 90 % der größte Teil auf Leipzig entfiel. Aus der Einnahmeproggnose im Zusammenhang mit der Einführung des Bildungstickets ergeben sich für den Betrachtungszeitraum Mindereinnahmen von ca. 1,4 Mio. EUR, welche durch den Freistaat Sachsen im Rahmen des ÖPNVFinAusG ausgeglichen werden.

Im Gegensatz dazu stiegen die Schülereinnahmen insbesondere in den sachsen-anhaltischen Landkreisen aufgrund einer steigenden Zahl von Schülerkarten.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 und 2021 durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen wurden, bzw. noch werden. Für März bis Dezember 2020 wurden Bruttofahrgeldminderungen von insgesamt EUR 36,7 Mio. abgerechnet. Für das Jahr 2021 haben sich nach den Regelungen des Rettungsschirms Bruttomindereinnahmen von EUR 43 Mio. ergeben. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel erfolgt unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2021.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2021 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung** des **Verbundtarifs** erforderlich. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 04. Juni 2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 01. Juli bis 31. Dezember 2020 wurden die für den 01.08.2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt. Diese **ausgesetzte Tarifierpassung** wurde am **01.01.2021** umgesetzt. Am **01.08.2021** erfolgte die zum Ausgleich der Kostenentwicklung für das Jahr 2021 **notwendige Preismaßnahme**. Im Zusammenhang damit wurde das **Bildungsticket Sachsen** eingeführt, welches die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs im gesamten sächsischen MDV-Gebiet ermöglicht.

Zur Bewertung von tariflichen Maßnahmen zur Kundenbindung und Neukundengewinnung bei einer verstärkten Nutzung von Home-Office-Angeboten in der Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt. Als Tarifangebot mit dem meisten Kundennutzen kristallisierte sich das **ABO Flex** heraus, dessen verbundweite Einführung für das Jahr 2022 beschlossen wurde.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Nachdem zum 15. Dezember 2019 die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweiterung** umgesetzt wurde, begleitet die Verbundgesellschaft seit 2020 ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverluste sowie weiterer einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll. Leider liegt derzeit kein Sachstand zum Gutachten vor.

Im Rahmen der **Weiterentwicklung des eTicketing** im MDV wurden im Jahr 2021 umfangreiche Analysen, Abstimmungen und Kostenplanungen für die Einführung der VDV-KA-Bezahlverfahren sowie Ausgabe und Kontrolle des VDV-Barcode Mobile+ im MDV vorgenommen. Das Gesamtkonzept wurde im Rahmen einer Projektskizze für das Förderprojekt STADTLand+ sowie im Rahmen eines späteren Förderaufrufs eingereicht. Das Förderprojekt STADTLand+ wurde schließlich im Dezember 2021 bewilligt. Damit können nun in den Folgejahren die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch bargeldloses Bezahlen mit Chipkarte nach VDV-KA zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf der Planung der Ausgabe des vertragsgebundenen Tickets. Das dient dazu, das generelle Ziel des eTarifs, d.h. die nachgelagerte Rabattierung eines Fahrpreises auf Basis bestehender Tariflogik und –produkte in einem vordefinierten Zeitraum im Hintergrundsystem, auch auf Basis von Chipkarten zu ermöglichen.

Im Berichtsjahr hat die Verbundgesellschaft die vertriebstechnische Umsetzung der Ausgabe und Kontrolle sowie der Abrechnungsprozesse des **BildungsTickets Sachsen** im Rahmen der vorgegebenen tariflichen Rahmenbedingungen bei den betroffenen Verbundpartnern gesteuert. Hierzu wurden auch die entsprechenden Stammdaten für Tarifdaten und Kontrollmodul erstellt und den VU bereitgestellt. Die Ausgabe des BildungsTickets erfolgte auf Chipkarten nach VDV-KA mit Geltungsbereich im sächsischen Teil des MDV.

Außerdem wurde 2021 durch die Verbundgesellschaft im Rahmen des eTicketing die **Umstellung der Barcodes in den Handyticketsystemen** DB Navigator sowie MOOVME auf den Branchenstandard VDV-Barcode in Abstimmung mit den Verbundpartnern gesteuert und technisch begleitet, u.a. auch durch verkehrsunternehmensübergreifende Tests.

Seit der Einführung im Juli 2020 hat sich die MDV **App MOOVME** sehr gut am Markt etabliert. Am 30. September 2021 wurde die Version 2.0 der App veröffentlicht und damit im Funktionsumfang erweitert. So wurde die deutschlandweite Fahrplanauskunft auf Basis des DELFI-Datensatzes und die sachsenweite Tarifierung in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme in Betrieb genommen. Darin enthalten ist eine interaktive Tarifberatung für das passende Ticket mit mehreren Reisenden oder auch für die Fahrradmitnahme sowie die Berücksichtigung von Zeitkarten und Abos zum Kauf von Anschlusstickets. Auch die Buchung und Echtzeitauskunft von vollflexiblen Verkehren des ÖPNV (Anrufbus) ist durch die Anbindung der Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Nordsachsen Mobil in MOOVME seitdem möglich. Die neuen Features wurden mittels Online-Marketing beworben. Bereits am 1. November folgte dann die Erweiterung des Ticketangebots um die Wochen- und Monatskarten des MDV.

Weiterhin setzt der MDV gemeinsam mit seinen Verkehrsunternehmen auf eine **Mehr-App-Strategie**, so dass Kunden neben MOOVME Fahrplaninformationen und die Möglichkeit des Ticketkaufs noch über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und Fairtiq angeboten werden, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind.

Die **sachsenweite Tarifierung** wurde im Rahmen des Projekts **Sachsen Mobil** entwickelt und 2021 ebenfalls in der App der übrigen sächsischen Verkehrsverbände produktiv eingeführt. Um die koordinierenden Aufgaben und den fortlaufenden Austausch sicherzustellen, haben sich die Verbände entschieden, eine gemeinsame Personalstelle für die Koordination zu schaffen. Diese wird durch den MDV personell besetzt.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele entwickelten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Vereinbart wurde die Umsetzung von Maßnahmen, die im Zeitrahmen 2022/2023 bis zu 30% des Umsatzes im Segment Bartarifverkäufe auf die Apps verlagern soll. Dazu gehören u.a. auch die Ausgabe und Kontrolle von Zeitkarten in den Handyticketsystemen sowie die Verbesserung der Sicherheit der genutzten Barcodes (VDV-Barcode Mobile plus). Außerdem soll die Chipkarte zum kontakt- und bargeldlosen Bezahlen unter Nutzung des VDV-KA-Standards (POB, PEB, WEB) ausgebaut werden. Im Herbst 2021 haben sich Partner auf ersten Maßnahmen verständigt, die im Rahmen der Strategie umgesetzt werden sollen:

- Ausweitung ABO Flex verbundweit
- Einführung CICO App verbundweit
- Test Bestpreis in TZ Halle
- Erstes Ausprobieren von Guthabencodes in den Apps

- Test Luftlinientarif in TZ Halle
- Erstellung verbundweiter Konzeption zum eTarif

Im Jahr 2021 wurde die **Umsetzung des eTicketing** für die **neuen Bordrechner der PVG Burgenlandkreis** fortgesetzt und umfangreiche Tests durchgeführt. Die Inbetriebnahme des eTicketing soll im Jahr 2022 erfolgen. Dazu fanden 2021 die Installation und Inbetriebnahme sowie mehrere Schulungen des ReTSy unter Mitwirkung des MDV bei der PVG statt.

Die Arbeiten an der Anbindung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) an die **Datendrehscheibe** wurden 2021 abgeschlossen. Die Daten werden für die Versorgung der Fahrgastinformationsmedien und digitalen Anzeigersysteme (DFI-Anzeiger) genutzt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD), LASuV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** (www.mobile-mitte.de, Betreiber NASA GmbH), an dem sich der MDV im Rahmen des KOV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um FCD-Daten für das sächsische MDV Gebiet erweitert. Das Portal bietet hierfür ein intermodales Routing sowie weitere mobilitätsrelevante Informationen rund um die Mobilität (ÖPNV und IV) aus Sachsen-Anhalt sowie der Region Halle-Leipzig an und verfügt über weitergehende Information zu Car- und Bikesharingstationen und E-Ladeinfrastruktur sowie entsprechende Routingmöglichkeiten (z.B. Charge&Ride).

Des Weiteren wurde das Thema **Barrierefreiheit** sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen. Die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten befindet sich in der fortschreitenden Umsetzung. Die Datenerfassung der Informationen zur Barrierefreiheit in Umsteigebauwerken ist für die Städte Halle und Leipzig gem. der DELFI-Anforderungen abgeschlossen. Die Datenerhebung der relevanten Haltestellendaten für die Landkreise Nordsachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis hat in Abstimmung mit dem MDV stattgefunden. Die Übernahme in die vorhandenen Haltestellendaten und Bereitstellung an die NASA GmbH für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen wurde weiterentwickelt.

Im Rahmen des **Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV)** wurden im März 2021 zwei Projektskizzen eingereicht. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand+“). Für die Steuerung beider Projekte war die Unterstützung durch die MDV-Geschäftsstelle vorgesehen. Aus über 160 Bewerbungen wurden 12 Modellprojekte ausgewählt, darunter das Modellprojekt STADTLand+ I Mitteldeutschland vernetzt (SL+) mit einem Gesamtvolumen von ca. EUR 25 Mio. über drei Jahre. Gemäß Zuwendungsbescheid vom 29. Dezember 2021 des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) - als Projektträger und Bewilligungsbehörde wurde eine Bundesförderung von ca. EUR 20 Mio. gewährt. Ziele sind die Verbesserung der Angebots- und Betriebsqualität, die Vernetzung von Auskunftssystemen und die Entwicklung attraktiver Tarife im gesamten MDV. Die 16 Maßnahmen in 5 Teilprojekten sollen im Modellprojekt umgesetzt, erprobt und hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert werden. Unter der HAVAG als Konsortialführer haben sich dazu zehn Konsortialpartner, darunter der MDV, und zwei assoziierte Partner zusammengeschlossen. Bereits im Januar 2022 fanden die Auftaktveranstaltung sowie das Presse Kick-off statt. Der Projektstart ist seitens des MDV, der in zwei der fünf Teilprojekte tätig ist, gut angelaufen. Auf Grundlage der zeitnahen Besetzung der geplanten acht Projekt-Stellen bis zum 01.04.2022 liegen die Arbeiten im Zeitplan.

Einer der **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** war die erste Stufe der MDV-weiten **Potenzialbetrachtung der Pendlerverkehre** zwischen den beiden Oberzentren und den Landkreisen im MDV. Hier zeigte sich, dass bei der Hälfte der 180 untersuchten Wirtschafts- und Verwaltungsstandorte in den Landkreisen gute Bedingungen für die Nutzung des ÖPNV vorliegen. Über das Betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM) sollen diese Kundengruppen in den nächsten Jahren gezielt angesprochen werden. Die Potenzialbetrachtung wird in 2022 weitergeführt.

Ende 2021 endete die vom Freistaat Sachsen geförderte Pilotphase des **Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)** im Landkreis Leipzig. Im Landkreis Nordsachsen läuft diese noch bis Ende 2022. Nach Auslaufen dieser Anschubfinanzierung durch den Freistaat Sachsen haben sich die MDV-Gesellschafter 2021 verständigt, dass dieses Thema durch die Verbundgesellschaft in enger Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen weitergeführt wird. In Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen (Key-Account-Bereiche, Verkehrsplanung, Vermarktung) und den Aufgabenträgern wird das BMM-Team in der Verbundgeschäftsstelle dann verbundweit Gewerbe- und Verwaltungsstandorte beraten mit dem Ziel, die Auslastung im ÖPNV durch zusätzliche Fahrgäste zu erhöhen und Umsätze zu steigern.

Seit 2015 erarbeiten die MDV-Geschäftsstelle und die MDV-Landkreise die **Nahverkehrspläne** im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation. In 2021 fand nach Fertigstellung aller fünf Nahverkehrspläne der Landkreise eine Evaluierung der Arbeit statt. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die Ziele, u.a. die Vereinheitlichung der Regelungstiefen, der gleichartige Aufbau der jeweiligen Pläne und die stärkere Betrachtung der Landkreisgrenzen überschreitenden Verkehre erreicht wurden. Alle beteiligten Aufgabenträger wollen die Kooperation fortsetzen.

Der **PlusBus** erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Die Auswertung der Fahrgastzahlen in 2020 hatte gezeigt, dass PlusBus-Linien weniger stark vom Rückgang der Fahrgastzahlen während der Corona-Pandemie betroffen waren als andere ÖPNV-Linien. Aktuell werden im MDV 43 Linien unter diesem Label gefahren. Deutschlandweit sind es in 2022 bereits 133 Linien. Neuster PlusBus-Betreiber ist der Saarländische Verkehrsverbund. Im April 2022 wurde der PlusBus mit den Deutschen Verkehrswendepreis ausgezeichnet. Die entsprechenden Landesbedeutsamen PlusBus Linien werden von den Freistaaten Sachsen und Thüringen und vom Land Sachsen-Anhalt anteilig mitfinanziert.

Schwerpunkte der Arbeiten im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** waren in 2021 u.a. die folgenden Themenstellungen:

- Potenzialbetrachtung in mehreren Varianten für eine mögliche SPNV-Reaktivierung der Heidebahn (Eilenburg – Lutherstadt Wittenberg),
- Betrachtung von Alternativen zum klassischen Schienenersatzverkehr (SEV) u.a. bei der geplanten SPNV-Streckensperrung Leipzig – Geithain sowie
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV wie auch im Schienenersatzverkehr (SEV).

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2021 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die anhaltende **Corona-Pandemie** und dem damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden erneut unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene abgestimmte **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen, die Nutzung zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen. Anfang 2022 sollen die Aktionen „2 auf 1“, „ABO-Danke“, „Kurz & Gut (Startguthaben bei Abo-Neuabschluss)“, „3 für 2“ (Gratismonat bei Abo-Neuabschluss), „VDV-Deutschland Abo-Upgrade“ evaluiert werden.

Neu aufgebaut wurde ein **Online-Magazin**, um gegenüber den Fahrgästen und der Öffentlichkeit deutlich mehr aktuelle Themen mit Bezug zur Mobilität kommunizieren zu können. Ziel ist es, die Transparenz zu erhöhen und damit auch das Vertrauen der Fahrgäste in den ÖPNV zu stärken. Das bisherige Magazin „Hin und Weg“ wurde dafür in das neue Online-Magazin sowie die Zeitung „Hin & Weg – das Lesezeichen im MDV“ überführt. Mit über 50.000 Klicks hat sich das neue Online-Magazin bereits nach den ersten 6 Monaten seit Einführung gut etabliert. Ebenfalls neu eingeführt wurde mit **komoot ein interaktives Freizeitportal**, welches Fahrgäste für Ausflüge mit dem ÖPNV animieren soll. Anlässlich des **20-jährigen MDV-Jubiläums** wurden verbundweit mit den Gesellschaftern 20 Bäume als Zeichen der Nachhaltigkeit gepflanzt. Im Rahmen eines Wettbewerbs „Mobilität der Zukunft“ wurden begleitend zur Baumpflanzaktion Kindergärten und Schulen beteiligt. Die Aktion wurde medienwirksam über den gesamten Zeitraum kommuniziert.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne und Verkehrsangebote** insbesondere in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig **und der neuen ÖPNV-App MOOVME**.

Die Vermarktungsschwerpunkte im Bereich „Junge Leute“ konzentrierten sich auf die Produkte **„AzubiTicket Sachsen“**, **„Bildungsticket Sachsen“** sowie **„AzubiTicket Sachsen-Anhalt“**.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der Tarifkommunikation und der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel**. Die jährliche **Schulung der Verbundunternehmen** wurde erstmals im Online-Format durchgeführt, wodurch das Vierfache der sonst üblichen Teilnehmerzahl erreicht werden konnte.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

Zudem wurden im Jahr 2021 die nötigen Grundlagen für die neuen Themen in 2022 im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation gelegt: Aufbau einer Digitalen Karte (interaktiver Liniennetzplan), neue Funktionen auf mdv.de (z.B. neuer Shop, neuer Fahrtenplaner), Erarbeitung eines Leitfadens für leichte Sprache und Erarbeitung eines Leitfadens für genderechte Sprache.

Nach Abschluss der Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** erfolgte im März 2021 die Beschlussfassung in den MDV Gremien. Das Handbuch enthält die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist die Grundlage für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2021

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2021 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2021 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 3.164** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2020 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 435 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.046 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.995 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.949 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 553 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2022 wurde davon durch die Gesellschafter am 9. Dezember 2021 bereits ein Übertrag von TEUR 419 auf die Jahre 2022 bis 2025 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 134 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2021/2022 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Bundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31. Dezember 2020 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 300 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2021 Zahlungen von TEUR 421 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2021 TEUR 721 zur Verfügung, von denen TEUR 357 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2022 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 364 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 238 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2022 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 126 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.703 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.750) um 2 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung der Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 511) aufgrund der Inanspruchnahme von zum 31. Dezember 2020 nicht verbrauchter Fördermittel und abgegrenzter Kooperationszahlungen, was zu einer entsprechenden Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 594) und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (TEUR 109) auf der Passivseite beitrug.

Im Gegenzug stiegen auf der Aktivseite das Anlagevermögen insbesondere durch den Abschluss der MOOVME App (TEUR 324) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 147) vor allem aufgrund höherer Steuererstattungsansprüche. Auf der Passivseite stieg der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 319, da die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 511) die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von TEUR 192 überstieg. Aufgrund des Zuwachses nicht verbrauchter Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um TEUR 179.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt wurden.

Ausblick auf 2022 und 2023

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2022 mit einer weiterhin kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „**Rettungsschirm für den ÖPNV**“ für das Jahr 2022 ausgesprochen. Die Bundesregierung hat bereits im Koalitionsvertrag entsprechende Regelungen aufgegriffen und ihre Unterstützung für das Jahr 2022 zugesagt. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm der Vorjahre entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.

Im Rahmen des zweiten Energie-Entlastungspaketes plant die Bundesregierung 2022 die Einführung eines **bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets für 9,00 Euro pro Monat für einen Zeitraum von drei Monaten**. Zahlreiche Fragen für die konkrete Umsetzung sind aktuell noch in der Klärung durch den Bund und die Länder. Voraussetzung für die Umsetzung des Tickets aus Sicht der Länder, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen ist, dass ein vollständiger und zeitnaher Ausgleich der durch die Anwendung des 9-Euro-Tickets entstehenden Mindereinnahmen durch den Bund erfolgt. Bezüglich der Umsetzung ist die Verbundgesellschaft bereits in enger Abstimmung mit den MDV-Gesellschaftern. Zielstellung der Verbundunternehmen und der Verbundgesellschaft im MDV ist es dabei, mit dem Aktionsticket des Bundes möglichst neue Kunden dauerhaft zu gewinnen.

Außerdem wird auch im Jahr 2022 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Im **tariflichen Fokus** werden u.a. die vorbereitende Arbeiten zum Sachsentarif sowie zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis stehen. Hinzu kommt der Beginn der Arbeiten für die Tarifstrategie 2027. Mit dieser tariflichen Neuausrichtung soll die Digitalisierung des Tarifs vorbereitet und umgesetzt werden. Ein wesentlicher Baustein ist dabei die Entwicklung eines verbundweiten eTarif-Konzeptes im Rahmen des Modellprojekts STADTLand+.

Im Jahr 2022 erfolgt die Produktivsetzung der **eTicketing**-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der **PVG Burgenlandkreis**, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen. Damit einhergehend werden die Schüler der PVG auf Chipkarte umgestellt, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Für das Jahr 2022 ist ebenso die **verbundweite Ausgabe des Abo Flex** und damit verbunden auch der verbundweite Verkauf von rabattierten Abo-Flex-Tickets über alle Vertriebssysteme der VU im MDV vorgesehen. Die Gesamtsteuerung erfolgt über den MDV. Zum Start erfolgt die Ausgabe zunächst über Handytickets sowie gegen Barzahlung über die klassischen Vertriebswege. Eine spätere Umstellung auf bargeldloses Bezahlen über Chipkarten (VDV-KA-Bezahlverfahren) ist in den laufenden Projekten der RVU (STADTLand+) sowie bei der LVB und HAVAG vorgesehen. Eine gemeinsame Vermarktung ist geplant.

Für die im Rahmen der **Strategie zur Digitalisierung Tarif und Vertrieb** in 2021 beschlossenen Maßnahmen werden 2022 die ersten Umsetzungsschritte vorbereitet.

Schwerpunkte der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement (KOV-VM)** in 2022 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit der Politik und den Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Auch die Erweiterung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie die Prüfung der Beteiligung der sächsischen Akteure soll vorangetrieben werden. Des Weiteren findet ein verstärktes Monitoring aktueller technischer Entwicklungen statt. Trends fließen schneller in die Kooperationsarbeit ein. Neue interdisziplinäre Austauschplattformen werden initiiert. Die Entwicklung und Bewertung der Förderkulisse ist ein wichtiges Anliegen der Kooperation. Moderation & Vernetzung als Dienstleistung sowie Zusammenführen von Informationen für Kooperationspartner werden als perspektivisches Ziel angesehen.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** läuft Ende 2022 aus. Eine Weiterführung wird angestrebt. In 2022 sollen die Themenschwerpunkte auf der Ermittlung der Anpassungsbedarfe im straßenengebundenen ÖPNV liegen, die sich durch die veränderten Fahrplanlagen des S-Bahnnetzes ab Ende 2025 ergeben. Des Weiteren soll ein Konzept entwickelt werden, das insbesondere jüngeren Kunden die Nutzung des ÖPNV/SPNV (außerhalb des klassischen Schülerverkehrs) nahebringt. Außerdem sollen verschiedene Berechnungen mit dem Nachfragesimulationstool „VISUM“ durchgeführt werden. Qualitätskontrollen im SPNV und SEV sollen analog der Vorjahre ebenfalls weiter stattfinden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2026 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde von der Gesellschafterversammlung am 9. Dezember 2021 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2022 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.429 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 419, wovon TEUR 89 auf das Jahr 2022 und TEUR 330 auf 2023-2025 entfallen. Die Finanzierung der Eigenmittel für das Modellprojekt STADTLand+ im Zeitraum 2022 bis 2024 ist zunächst vollständig aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen geplant. Das Land Sachsen-Anhalt und der ZVNL haben eine ergänzende Förderung angekündigt.

Die aktuelle **interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist seit Mitte Dezember 2020 komplett umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der Gesellschafter in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital.

Als eine Entwicklung von besonderer Bedeutung mit Wirksamkeit nach dem Bilanzstichtag ist der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 zu sehen, was ein einschneidendes Ereignis darstellt. Zu berücksichtigen ist, dass die beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2022 auf der im Dezember 2021 beschlossenen Wirtschaftsplanung basieren und demnach keine Auswirkungen auf den MDV abgebildet werden, die sich im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen daraus ergeben könnten. Ein Anpassungsbedarf der Planungsaussagen für 2022 hat sich aus den beschriebenen Ereignissen nicht ergeben.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Mai 2021. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2026 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen) insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u.a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen erbringt u. a. im Auftrag der HAVAG die Fahrausweisprüfung sowie Sicherheits- und Reinigungsdienstleistungen.

Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	189	21	172	21	180	26	17	10
Umlaufvermögen	709	79	647	78	509	73	62	10
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	6	1	9	1	-4	-67

Bilanzsumme	900	100	825	100	698	100	75	9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	248	28	209	25	147	21	39	19
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	5	1	6	1	7	1	-1	-17
Rückstellungen	515	57	438	53	202	29	77	18
Verbindlichkeiten	132	14	172	21	342	49	-40	-23

Bilanzsumme	900	100	825	100	698	100	75	9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.826	5.455	4.648
sonstige betriebliche Erträge	258	262	431
Materialaufwand	649	578	490
Personalaufwand	4.909	4.556	3.995
Abschreibungen	107	91	64
sonstige betriebliche Aufwendungen	358	391	526
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	34	1
Ergebnis nach Steuern	45	66	3
sonstige Steuern	5	4	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	40	62	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,68	1,13	-0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,06	42,19	-0,49	%
Cash-Flow:	147	153	63	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	41	40	36	T€
Personalaufwandsquote:	80,68	79,70	78,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,82	20,27	24,79	%
Eigenkapitalquote:	27,61	25,29	21,02	%
Fremdkapitalquote:	72,39	74,71	78,98	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	1,03	1,84	0,09	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	33,77	32,31	28,34	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) Teil der Stadtwerke Halle - Gruppe und als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Schulen, Kindertages-, Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glas- und Rahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Gebäudereinigung, dieser ist in den letzten drei Geschäftsperioden am stärksten gewachsen.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen. Diese Leistungen waren infolge der COVID-19-Pandemie in der vergangenen Geschäftsperiode rückläufig.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2021 vor allem Leistungen für Schutzmaßnahmen sowie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erbracht. Hierzu zählen die Reinigung und Desinfektionen von Bussen und Bahnen, die Desinfektionen von kommunalen Liegenschaften sowie diverse Sicherheitsdienste zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Eindämmungsverordnungen.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung ist nunmehr in den Vordergrund gerückt und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Serviceoptimierung ein Ziel der SGS. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH) Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Verhandlungen zu einem neuen Lohntarifvertrag in der Gebäudereinigung wurden am 4. November 2020 abgeschlossen. Das Bundesarbeitsministerium hat am 30. März 2021 die Mindestlöhne der Lohngruppen 1 und 6 für allgemeinverbindlich erklärt. Bei den Tarifverhandlungen für die Fahrausweisprüfung konnte sehr schnell ein Abschluss erreicht werden, der am 22. Dezember 2021 in Form eines Eckpunktepapiers von den Tarifpartnern unterzeichnet wurde. U. a. wurde für die Gebäudereinigung eine Eckvergütung von 12 € (plus 0,45 €) und für die Mitarbeitenden, die unter den Dienstleistungstarifvertrag der SWH fallen, eine Erhöhung der Vergütungen um 21,1 % vereinbart. Somit liegt die Einstiegsvergütung im Dienstleistungstarifvertrag auch bei 12 €. Weiterhin erhalten alle Mitarbeitenden eine Corona-Prämie in Höhe von 550 €.

Seit Beginn der Pandemie gab es immer wieder in deren Verlauf Anpassungen entsprechend des Infektionsgeschehen an den allgemeinen Verordnungen sowie zeitweise die Katastrophenfalllage in Halle (Saale) mit verschiedenen Auswirkungen für die Gesellschaft. Der Bereich der Reinigung war durch die zeitweise Schließung von Kindergärten und Schulen betroffen. Die Fahrausweisprüfung hat sich auf veränderte Regelungen speziell für den ÖPNV umstellen müssen. Im Bereich der Reinigung erfolgte ganzjährig in den Kindergärten und Schulen täglich eine zusätzliche Sanitärreinigungen. Die Mitarbeitenden haben sich den besonderen Gegebenheiten gegenüber sehr verständlich gezeigt und alle erforderlichen Maßnahmen unterstützend umgesetzt.

Infolge der COVID-19-Pandemie wurden Schulungen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds-Projektes „Sicherheitskonzept Halle“ (ESF-Projekt) teilweise verschoben bzw. ganz abgesagt. Durch die zahlreichen Verschiebungen und Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Schulungen wurden zwei Verlängerungsanträge gestellt, wodurch sich das Projekt bis zum 31. Juli 2021 verlängerte.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Mindestlohn gilt in Deutschland seit 2015 und wird seit 2018 jährlich stufenweise angehoben. Die Mindestlohnkommission hatte am 30. Juni 2020 eine Anpassung des Mindestlohns empfohlen, das Bundeskabinett hat am 28. Oktober 2020 die Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung beschlossen. Damit beträgt der gesetzliche Mindestlohn ab dem 1. Januar 2021 zunächst 9,50 € und steigt dann in weiteren Schritten zum 1. Juli 2021 auf 9,60 €, zum 1. Januar 2022 auf 9,82 € und zum 1. Juli 2022 auf 10,45 €. Im Jahr 2022 wird durch die Mindestlohnkommission ggf. ein neuer Mindestlohn festgelegt, der dann ab dem Jahr 2023 Gültigkeit erlangen würde. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 € vereinbart.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten. In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für weitere Kunden Prüfdienste ausgeführt und konnte diese vertraglich binden, wodurch für beide Seiten eine Planungssicherheit entstanden ist. Einen besonderen Anspruch stellte die Kundenberatung in Service-Centern für einen Drittkunden dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit werden vor allem für die HAVAG und die EVH GmbH regelmäßige Empfangsdienste erbracht.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren gehört in der Servicebranche darüber hinaus die Akquirierung und der Erhalt von Mitarbeiterkapazitäten.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die neu fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitenden beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 156 (Vorjahr 150) Arbeitnehmende beschäftigt; zum 31. Dezember 2021 waren es 158 (Vorjahr 158). Darin enthalten sind 12 Gehaltsempfänger sowie 7 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr 4.909 T€ (Vorjahr 4.556 T€). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeitenden. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen 24 T€ (Vorjahr 11 T€) im Geschäftsjahr, was vor allem auf den Ausfall von Schulungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Weiterhin erhielten Beschäftigte eine Corona-Prämie.

Die für Mitarbeitende im Rahmentarifvertrag der SWH vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer sowie eine Gesundheitscard für die Mitarbeitenden abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat ihren Personalauswahlprozess im Geschäftsjahr verändert und sucht verstärkt vor allem Mitarbeitende mit einem Migrationshintergrund. Zum 31. Dezember 2021 haben 18 % der Belegschaft einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind veränderte Anforderungen an die Betriebsorganisation.

Hierzu zählt auch, sich den Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft anzunehmen und diese innerbetrieblich zu lösen. Kurz- und langfristige Personalausfälle führen zu einer starken Belastung für alle Mitarbeitenden in einem sehr personalintensiven Dienstleistungsbereich.

Um die Fehlzeiten im Unternehmen zu minimieren, werden verstärkt Gespräche im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements geführt und wenn möglich gesundheitsverbessernde Maßnahmen angeboten. Der Krankenstand ist für 2021 auf dem Niveau des Vorjahres.

Mit Hilfe des ESF-Projektes konnten die Mitarbeitenden in der Fahrausweisprüfung verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen sowie ihre Fach- und Sozialkompetenzen stärken.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister aus der SWH-Gruppe zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich zwei schwere Arbeitsunfälle in der Fahrausweisprüfung ereignet. Berufskrankheiten, mit schweren Auswirkungen, sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 40 T€ abschließen.

(Angaben in T€)	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	5.827	5.455	372	6,8
Sonstige Erträge	258	262	-4	-1,5
Gesamtleistung	6.085	5.718	368	6,4
Aufwendungen für RHB und bezogene Waren	192	203	-11	-5,1
Aufwendungen für bezogene Leistungen	456	375	81	21,7
<i>Deckungsbeitrag</i>	<i>5.437</i>	<i>5.139</i>	<i>298</i>	<i>5,8</i>
Personalaufwand	4.909	4.556	353	7,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	358	391	-33	-8,4
EBITDA	170	192	-22	-11,5
Abschreibungen	108	91	17	18,7
EBIT	62	101	-39	-38,6
Finanzergebnis	0	-1	1	-100,0
Ergebnis vor Steuern	62	100	-38	-39,9
Steuern	22	38	-16	-42,1
Ergebnis nach Steuern	40	62	-22	-35,5

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 5.827 T€ (Vorjahr 5.455 T€) verzeichnen. Davon entfielen 2.872 T€ (Vorjahr 2.620 T€) auf die Gebäudereinigung, 832 T€ (Vorjahr 792 T€) auf die Fahrzeugreinigung, 1.197 T€ (Vorjahr 1.220 T€) auf die Fahrausweisprüfung, 312 T€ (Vorjahr 313 T€) auf Poststelle und den Empfang, 294 T€ (Vorjahr 266 T€) auf die Haltestellenreinigung, 169 T€ (Vorjahr 175 T€) auf die Vegetationspflege sowie 151 T€ (Vorjahr 69 T€) auf den Winterdienst. Aufgrund einer Auftragsverlängerung in der Fahrzeugreinigung sowie den Vertragsanpassungen in der Gebäudereinigung wurden über den geplanten Umfang hinaus Leistungen erbracht, die zu erhöhten Umsatzerlösen führten. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) und der HAVAG im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von 249 T€ (Vorjahr 209 T€). Das Anlagevermögen ist damit vollständig (Vorjahr 100 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 128 T€ (Vorjahr 83 T€) getätigt.

Aufgrund der getätigten Investitionen im Geschäftsjahr ergibt sich zum Stichtag eine Cash Pool-Forderung, sodass die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2021 226 T€ (Vorjahr 228 T€) betragen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen 131 T€ (Vorjahr 172 T€). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 173 % (Vorjahr 133 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool ist unterjährig erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 75 T€ bzw. 9 % auf 900 T€ gestiegen. Dieser Anstieg ist aktivisch auf die Erhöhung des Umlaufvermögens zurückzuführen. Passivisch sind insbesondere die sonstigen Rückstellungen gegenüber Personal gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2021 beträgt 189 T€ (Vorjahr 172 T€). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf 190 T€ (Vorjahr 174 T€).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 62 T€ (Vorjahr 100 T€). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 1,06 % (Vorjahr 1,83 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr 40 T€ (Vorjahr 62 T€).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2021 wurden für das Jahr 2022 bei der SGS insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Risiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Schwerpunktmäßig fallen die Risiken (Gruppe 3 und 4) auf die Bereiche Marktrisiken und rechtliche Risiken.

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt, dieser ist in vergangenen Jahren gesunken und stellt zugleich die Basis der Gesellschaft dar. Die Verschiebung kam durch den Ausbau der Vertragsleistungen mit der HWS sowie mit Drittkunden zustande. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie wird auf mittlere Sicht als gering eingeschätzt.

Ebenso wird am Drittmarkt immer mehr deutlich, dass die Kunden bereit sind, bei einer entsprechenden qualitativen Leistung ein höheres Entgelt zu entrichten. In einzelnen Branchen (z. B. Krankenhäusern) findet wieder ein Wechsel von Fremd- auf Eigenreinigung statt, wovon die Gesellschaft nicht betroffen ist, was aber vor allem einen entscheidenden Einfluss auf die Personalrekrutierung und viel mehr auf die Mitarbeiterbindung hat.

Ein weiteres Risiko besteht bei einer ausbleibenden Vertragsverlängerung für die Reinigungsleistungen von kommunalen Einrichtungen. Hier hat die Gesellschaft selbst nur eine sehr geringe Handlungsmöglichkeit und ist auf die HWS als Vertragspartner angewiesen. Die Vertragslage ist zu einem großen Teil langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern.

Die stärkere Einbindung in die SWH ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wider. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der SWH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Die Inhouse-Fähigkeit ist von großer Bedeutung für den Steuerungs- und Entscheidungsprozess. Dies wird beispielhaft im Bereich der Haltestellenreinigung sowie bei Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, deutlich. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der SWH angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild innerhalb der SWH-Gruppe zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Trotz der erschwerten Bedingungen aufgrund der COVID-19-Pandemie wird die SGS die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen für die HAVAG und ihre sonstigen Kunden auch weiterhin gewährleisten. Die im Zuge der COVID-19-Pandemie getroffenen Konzernregelungen sind in der Gesellschaft umgesetzt und die Einhaltung der Regelungen werden permanent kontrolliert. Die Belegschaft wird im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen unterwiesen.

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin HAVAG und den anderen Konzernunternehmen der SWH. Es wird ständig geprüft, welche zusätzlichen Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können.

Um die Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe neu ausgerichtet. Die Servicegesellschaft Saale wurde nunmehr als zentraler Dienstleister für die Gebäudereinigung ausgerichtet. Seit 2018 ist die HAVAG alleiniger Gesellschafter der SGS, somit ist diese auch inhouse-fähig. Im Jahr 2019 wurde der Bereich Gebäudereinigung der Cives Dienste GmbH mittels eines Betriebsüberganges zur SGS übertragen. Die Stärken der SGS in der Gebäudereinigung, insbesondere in Schulen und Schwimmhallen der Stadt Halle (Saale), wurden bei der Zuordnung von neuen Reinigungsobjekten im Rahmen der Leistungsbeziehung mit der HWS berücksichtigt und werden künftig intensiviert.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden hierbei die Ausrüstungen für die Vegetationspflege. Hier ist der Einsatz umweltschonender Ausrüstung und Technik vorgesehen. Weiterhin werden spezielle Teppichreinigungsmaschinen angeschafft.

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2022 ist mit 7 T€ geplant. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich aus dem operativen Geschäft ergeben, könnte die geplante positive Ergebnisentwicklung noch gesteigert werden.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Kaolinstraße 4
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Instandhaltung und Instandsetzung, die Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	70	6	76	7	105	10	-6	-8
Umlaufvermögen	1.041	92	1.005	92	924	88	36	4
Rechnungsabgrenzungsposten	20	2	12	1	17	2	8	67

Bilanzsumme	1.131	100	1.093	100	1.046	100	38	3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandvermögen	0		6		7		-6	-100
------------------	---	--	---	--	---	--	----	------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	46	526	48	526	50	0	0
Rückstellungen	244	22	232	21	219	21	12	5
Verbindlichkeiten	361	32	335	31	301	29	26	8

Bilanzsumme	1.131	100	1.093	100	1.046	100	38	3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	0		6		7		-6	-100
---------------------------	---	--	---	--	---	--	----	------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.439	3.233	3.329
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-100	-31	54
sonstige betriebliche Erträge	25	18	13
Materialaufwand	1.238	1.200	1.367
Personalaufwand	1.367	1.360	1.290
Abschreibungen	38	47	31
sonstige betriebliche Aufwendungen	474	413	514
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	247	200	194
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	243	196	190
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,06	6,05	5,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	46,19	37,21	36,21	%
Cash-Flow:	281	243	221	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	109	98	106	T€
Personalaufwandsquote:	40,63	42,24	37,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,24	4,86	6,70	%
Eigenkapitalquote:	46,48	48,10	50,26	%
Fremdkapitalquote:	53,52	51,90	49,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Umsatz mit Gesellschafter	94	94	94	%

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro sowie Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren auch im Geschäftsjahr 2021 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die Branche unseres Hauptauftraggebers, die Wohnungswirtschaft, war im Gegensatz zu anderen Branchen nicht wesentlich von diesen Auswirkungen beeinträchtigt, wie auch der Baubereich insgesamt von einer guten Auftragslage und einer stabilen Entwicklung geprägt war. Allerdings machten sich auch hier teilweise Lieferengpässe und steigende Preise in Folge gestörter Lieferketten bemerkbar.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT im Geschäftsjahr 2021 ist trotz des seit dem Vorjahr aufgetretenen Corona Virus SARS-CoV-2 wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdienstesätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.238	(94 %)
Umsatz Sonstige	T€	202	(6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

In der BHT waren per 31.12.2021 insgesamt 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Zum Ende des Berichtszeitraumes waren durch das Unternehmen fünf Auszubildende (ein Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, ein Elektroniker mit Schwerpunkt Energie- und Gebäudetechnik, ein Maler, ein Tischler sowie ein Fachpraktiker für Holztechnik) angestellt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2021 für die Beschäftigten der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.131 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.093) um 3,5 % erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 38 erhöhte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 46,5 % (Vorjahr 48,1%) verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen einerseits hauptsächlich durch die Erhöhung des Finanzmittelfonds (um T€ 198) sowie des Rechnungsabgrenzungspostens (um T€ 7). Dem gegenüber stehen andererseits die Verringerungen der Forderungen um T€ 125, der Vorräte um T€ 37 sowie des Anlagevermögens um T€ 5 gegenüber. Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme durch die um T€ 27 erhöhten Verbindlichkeiten sowie die um T€ 11 erhöhten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 864.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 130 erreicht werden konnte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 247 (Vorjahr T€ 200). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 243 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2022 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2021 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2022 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abschließen wird. In welcher Höhe ist aus heutiger Sicht, auf Grund des Krieges in der Ukraine und den sich daraus ergebenden wirtschaftlich-finanziellen Auswirkungen, noch nicht abzuschätzen.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten sowie der Digitalisierung von Arbeitsabläufen können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber auch weiterhin erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre hat gezeigt, dass das Kerngeschäft unserer Muttergesellschaft als unser Hauptauftraggeber nicht wesentlich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Insofern gehen wir für das Geschäftsjahr 2022 von einer stabilen Auftragslage und einem kontinuierlichen Geschäftsverlauf – vergleichbar dem abgelaufenen Geschäftsjahr - aus.

Das Ausmaß der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, wie zum Beispiel steigende Material- und Kraftstoffpreise oder Lieferengpässe von benötigten Baumaterialien, kann dagegen zurzeit noch nicht hinreichend verlässlich eingeschätzt werden.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Dazu gehört auch die angemessene Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime.

Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Zweck des Unternehmens und dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender	Thielecke, Carsten	(seit 15.09.2021, seit 30.09.2021 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker	(bis 30.06.2021)
		Bernstiel, Christoph	(seit 27.05.2021)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Dr. Kreuzfeldt, Annette	
Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
Jacobi, Dörte	(bis 26.05.2021)
Kriedemann, Angelika	
Menke, Johannes	(seit 27.05.2021 bis 05.09.2021)
Raue, Alexander	
Rebenstorf, René	(seit 30.09.2021)
Schachtschneider, Andreas	(bis 26.05.2021, seit 06.09.2021)
Weber, Thomas	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	15	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

	T€	%
	256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	323.134	92	316.901	91	315.498	92	6.233	2
Umlaufvermögen	26.841	8	29.712	9	26.428	8	-2.871	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	155	0	173	0	177	0	-18	-10

Bilanzsumme	350.130	100	346.786	100	342.103	100	3.344	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandvermögen	5.616		5.712		5.290		-96	-2
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	189.823	54	186.922	54	182.827	53	2.901	2
Sonderposten für Investitionszulagen	6.812	2	7.012	2	7.212	2	-200	-3
Rückstellungen	909	0	1.317	0	1.167	0	-408	-31
Verbindlichkeiten	152.036	44	150.815	44	150.096	45	1.221	1
Rechnungsabgrenzungsposten	550	0	720	0	801	0	-170	-24

Bilanzsumme	350.130	100	346.786	100	342.103	100	3.344	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	5.616		5.712		5.290		-96	-2
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.368	50.320	49.801
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	704	99	150
sonstige betriebliche Erträge	4.334	1.771	3.840
Materialaufwand	25.179	25.990	26.532
Personalaufwand	7.331	6.997	6.750
Abschreibungen	12.445	7.607	8.252
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.468	2.269	2.514
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	243	196	190
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-8	3	76
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.591	3.058	3.501
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	703	359	0
Ergebnis nach Steuern	4.924	6.109	6.508
sonstige Steuern	24	14	35
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.900	6.095	6.473
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.633	3.748	938
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.533	9.843	7.411

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,73	12,11	13,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,69	3,44	3,69	%
Cash-Flow:	14.935	13.703	12.413	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	508	458	485	T€
Personalaufwandsquote:	13,23	13,41	12,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,13	91,21	92,05	%
Eigenkapitalquote:	54,21	53,90	53,44	%
Fremdkapitalquote:	45,79	46,10	46,56	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Wohneinheiten	9.876	9.817	9.813	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,00	6,60	5,90	%
Gewerbeeinheiten	117	114	115	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	1,70	3,50	1,70	%

f) Lagebericht**Inhaltsverzeichnis**

- I Grundlagen des Unternehmens
- II Wirtschaftsbericht
 - A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - C. Geschäftsverlauf
 - D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- III Prognosebericht
- IV Risikobericht
 - A. Risikomanagementsystem
 - B. Risiken
- V Chancenbericht

I Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH („GWG Halle-Neustadt mbH“) gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG Halle-Neustadt mbH hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die Gesellschaft aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG Halle-Neustadt mbH zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH („BHT“). Die GWG Halle-Neustadt mbH erfüllt seit über 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, die Stadtentwicklung von Halle-Neustadt zu begleiten.

II Wirtschaftsbericht**A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes**

Das Jahr 2021 war weiterhin vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen geprägt. Trotz der sich bereits 2021 abzeichnenden Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft wieder erholen. Das statistische Bundesamt ermittelte ein kalender- und preisbereinigt um 2,9 % höheres Bruttoinlandsprodukt als 2020 (Vorjahr: -4,9 % gegenüber 2019). Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, mit 10,7 % der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung eine der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, konnte erneut eine hohe Robustheit gegenüber schwankungsanfälligeren Branchen zeigen. Für die Branche ermittelte das statistische Bundesamt einen Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung in Preisen von 346,3 Mrd. € (Vorjahr 334,4 Mrd. €). Preisbereinigt vollzog sich ein leichtes Wachstum von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr, in dem noch eine geringe Schrumpfung von 0,5 % gegenüber 2019 zu verzeichnen war. Deutlich spürbarere Folgen der Corona-Pandemie verzeichneten 2021 die Land- und Forstwirtschaft, das Baugewerbe und die Finanzbranche, mit bis zu 1,6 % Schrumpfungen. Alle anderen Branchen konnten gegenüber 2020 wieder Zuwächse verzeichnen. Vorgenannte Angaben basieren auf den am 25.02.2022 veröffentlichten Ergebnissen des statistischen Bundesamtes zum Jahr 2021. Sie können sich im Jahr 2022 noch verändern.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft zählt damit auch weiterhin zu den Wirtschaftszweigen, die bislang nur geringe negative Auswirkungen der pandemischen Lage und dem damit verbundenen konjunkturellen Einbruch zu verzeichnen hatten. Die GWG Halle-Neustadt mbH selbst blickt auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die gute Lage lässt sich auf ein solides Geschäftsmodell zurückführen, das sich auch in Krisenzeiten bewährt hat.

B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Neben dem seit mehreren Jahren absehbaren demografischen Wandel ist das Management der auch in 2021 wieder erfolgten Zuwanderung eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Für die GWG Halle-Neustadt mbH ist die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nicht nur mit Blick auf die baulichen Leistungen, sondern vor allem auch im sozialen Bereich eine Herausforderung, die sie angenommen hat und weiterhin gut meistert.

Die Einwohnerzahlen der Stadt Halle (Saale) und im Teilraum Halle-Neustadt veränderten sich 2021 gegenüber dem Vorjahr nur mit einem leichten Zuwachs:

	Einwohner*innen mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Stadt Halle (Saale)	241.093	241.333	240.931	239.870	240.116
davon Halle-Neustadt	46.280	45.952	45.661	45.480	45.808

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner*innen in der gesamten Stadt Halle (Saale) war zum Ende des Jahres 2021 mit 45,0 Jahren (Vorjahr: 45,1 Jahre) wieder etwas niedriger als das Durchschnittsalter in Halle-Neustadt mit 45,5 Jahren (Vorjahr: 45,9 Jahre). In Halle-Neustadt wohnt, im Gegensatz zu anderen Städten mit Großwohnsiedlungen, fast jede(r) fünfte Einwohner*in der Stadt. In Halle-Neustadt wohnt ein Drittel der Bevölkerung in Wohnungen der GWG Halle-Neustadt mbH.

C. Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2021 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 4.901 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2021 eingestellten Zielwert von 2.230 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 2.671 T€. Das Unternehmen verzeichnete als Hauptgrund für die Abweichung vom Planwert geringere Instandsetzungsaufwendungen als geplant, was auch durch Liefer- und Materialengpässe verursacht wurde. Diese Verzögerungen haben auch Effekte auf den Bereich der aktivierungspflichtigen Bautätigkeit. Die Baumaßnahmen wurden nicht aufgehoben, sodass sich der für 2021 geplante Instandsetzungsaufwand in das Jahr 2022 verschieben wird. Die Zuverlässigkeit von Planungen zum Bauablauf wird sich weiter vermindern, da aufgrund der Liefersituation die Ausführungsfristen auch zukünftig weiter verzögert sein werden. Weiterhin zeigt sich die robuste Einnahmesituation, denn auch im Geschäftsjahr 2021 wurden die Planwerte für die Sollmiete je m² wieder leicht übertroffen. Der Anstieg des Leerstands im Bestand, der im Wesentlichen auf demografische Effekte und der regen Umzugstätigkeit innerhalb der Gesamtstadt zurückgeführt wurde, hat sich verlangsamt und bewirkte etwas geringere Erlösschmälerungen der Sollmieten.

Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG Halle-Neustadt mbH rund ein Drittel des Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Quantitative und qualitative Anpassungen des eigenen Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Zunehmend muss sich die Gesellschaft, durch die demografischen Entwicklungen bedingt, mit Wohnraum zur Neuvermietung befassen, der zuvor jahrzehntelang ohne Mieterwechsel vermietet war. Die Instandsetzungsaufwendungen in diesen Wohnungen sind oft größer als in stärker von Fluktuation geprägten Wohnungen, was ein intensives Management der Leerwohnungen erfordert. Die GWG Halle-Neustadt mbH hat sich hierfür seit mehreren Jahren neu aufgestellt und kann dieser Herausforderung gestärkt begegnen.

Bereits im Vorjahr ist die Nachfrage nach Wohnungen mit vier und mehr Individualräumen gestiegen. Diese Wohnungen sind im Eigenbestand nur sehr begrenzt verfügbar oder können nur mit hohem Anpassungsaufwand bereitgestellt werden. Mit der Fertigstellung der komplex modernisierten Gebäude in der Trakehernerstraße 31-39 sowie 47-55 konnte dieser Nachfrage zu wirtschaftlich darstellbaren Konditionen entsprochen werden.

Dabei wird neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des eigenen Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges Element sein.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund der umfassenden Dienstleistungen für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG Halle-Neustadt mbH eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG Halle-Neustadt mbH auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“. Auch leisten diese Partnervereine einen wichtigen Beitrag zur Integration von Zuwanderern.

Im professionellen Sport unterstützt die Gesellschaft unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen des SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

Neben der Integration gesetzlicher Änderungen bestand auch 2021 ein Großteil der Personalarbeit darin, die Regelungen zu Geschäftsabläufen zu optimieren und dabei trotz coronabedingter Einschränkungen die Serviceleistungen für Mieterinnen und Mieter aufrecht zu erhalten.

Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zu den Bilanzstichtagen einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2021		31.12.2020	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Anzahl
Wohneinheiten	9.876	559.892,90	9.817	9.817
Gewerbeeinheiten	117	26.341,68	114	114
	9.993	586.234,58	9.931	9.931

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag neun Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit 228 privatisierten Einheiten auf einer Nutzfläche von 14.914,36 m².

Zum Ende des Jahres 2021 wurde eine Vermietungsquote von über 93 % erreicht. Die Gründe für die Beendigung von Mietverträgen waren, wie auch in den Vorjahren, hauptsächlich durch das Ableben der Mieter, den Wegzug in Alters- bzw. Pflegeheime oder Hospize, die Größe der Wohnung oder die Beendigung des Studiums in der Stadt Halle (Saale) geprägt. Die Gesellschaft analysiert jährlich die beeinflussbaren Kündigungsgründe und arbeitet aktiv und erfolgreich in der Mieterbindung, um den Wegzug aus dem Wohnungsbestand zu vermeiden. Von den per 31.12.2021 bestehenden 9.993 eigenen Wohnungs- und Gewerbemieteinheiten wurden im gesamten Geschäftsjahr 2021 10,3 % gekündigt (Vorjahr: 9,3 %) und mit einer Quote von 10,5 % (Vorjahr: 8,6 %) neu- bzw. wiedervermietet. Gegenüber dem Vorjahr lässt sich feststellen, dass die verminderten Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wieder zu einer höheren Fluktuation geführt haben.

Wiederum waren zahlreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes sowie die wieder verstärkte Vermietungstätigkeit die Grundlagen dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 6,6 % per 31.12.2020 nur auf **6,9 % per 31.12.2021** anstieg. Die durch den Leerstand im Jahr 2021 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **6,6 %** (Vorjahr: 6,2 %). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft konnte durch die Reaktivierung der zur Sanierung vorübergehend stillgelegten Wohnflächen vermindert werden und belief sich stichtagsbezogen auf 7,8 % (8,4 % per 31.12.2020).

Die Gesellschaft investierte auch in 2021 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 24,7 Mio. € wurden für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des Bestandes sowie für Neubau umgesetzt. Im Bereich Neubau begonnen im Geschäftsjahr 2021 die Bauleistungen für das Baugebiet „Am Mühlwerder“ in einem Umfang von 6,8 Mio. €.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2021 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen. Zunehmende Knappheiten an Materialien und Personalkapazitäten im Bauwesen führten zu einem verlangsamten Ablauf und in Teilen zu verzögerten Fertigstellungsterminen.

Die Bereitstellung öffentlicher Fördermittel ermöglichte der Gesellschaft auch in 2021, den Einbau von Aufzügen kostengünstiger vorzunehmen und moderne Aufzugsanlagen einbauen zu lassen. Die Einstellung der Landesförderung im „Sachsen-Anhalt Aufzugsprogramm“ führte dazu, dass die Gesellschaft in 2021 keine weiteren Aufzugseinbauten im Bestand der GWG Halle-Neustadt mbH mit einer wirtschaftlichen Perspektive beauftragen konnte. Das Landesprogramm „Wohnraum-Herrichten“ ist nach Einschätzung der Gesellschaft auch für Aufzugseinbauten in Halle-Neustadt nicht geeignet, da wegen der Vorlagepflicht eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) die Wiedervermietung stark behindert und eine vom Gesetzgeber initiierte Steuerung des Wohnungsangebots in Halle-Neustadt über den WBS aufgrund des Überangebots an preiswertem Wohnraum in diesem Stadtteil nicht erforderlich ist.

Das Bedürfnis der Mieter nach Sicherheit ist anhaltend hoch. Die Gesellschaft modernisierte im Geschäftsjahr vier Gebäude und stattete die Haustüren mit einem höheren Einbruchsschutz aus. Modernisierungsumlagen wurden dafür in geringem Umfang erhoben.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, sind zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt worden.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2021 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 97 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. 65 % aller Auftragsvergaben nach Sachsen-Anhalt erhielten Auftragnehmer aus Halle (Saale).

Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietenpolitik nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

In der Stadt Halle (Saale) existiert kein qualifizierter Mietspiegel. Eine Neufassung wurde im Jahr 2021 von der Stadtverwaltung beauftragt, der die GWG Halle-Neustadt mbH positiv gegenüberstand. Zur Perspektive dieses Mietspiegelentwurfs wird auf die Ausführungen im nachfolgenden Abschnitt III Prognosebericht verwiesen.

In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand werden die Mieten in der Gesellschaft vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen angepasst (nach § 559 BGB). Oftmals geht der maximal umlegbare Kostenanteil auf die Nettokaltmiete für viele Mieter über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gesellschaft berücksichtigt dies bei der Berechnung und kappt den umlagefähigen Anteil der Modernisierungskosten, sodass die Leistungsfähigkeit der Mieter nicht überschritten wird.

Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2021 insgesamt 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie sieben Auszubildende. Von den 116 Beschäftigten sind 68 weiblich (59 %). 52 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Berichtszeitpunkt 46 Jahre.

Ergebnis der Tochtergesellschaft

Die BHT beendete das Geschäftsjahr 2021 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 242,8 T€ (geplant: 130 T€, Vorjahr: 195,6 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

Stadtrendite

Als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunale Gesellschaft hat die GWG Halle-Neustadt mbH entsprechend den Vorjahren auch für das vorangegangene Geschäftsjahr 2020 eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der Stadtrendite vorgenommen. Mit dem Begriff „Stadtrendite“ werden Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen bewertet, die sie aus gesellschaftlicher Verantwortung mit ihrer Geschäftstätigkeit für die Kommune übernehmen und erbringen.

D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von 4.901 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde. Die nachfolgend beschriebenen Wertangaben sind aus dem aus der externen Rechnungslegung entwickelten Betriebsabrechnungsbogen, aus internen Analysen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie statistischen Angaben abgeleitet.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 8.436 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 1.653 T€ verbessert hat. Hauptgründe für den Zuwachs sind gestiegene Istmieten (373 T€), geringere Instandsetzungsaufwendungen (1.428 T€) und rückläufige Zinsaufwendungen (487 T€). Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 41,5 %.

Das positive Finanzergebnis von 210 T€ resultiert überwiegend aus dem Beteiligungsgewinn an der Tochtergesellschaft und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 12 T€ leicht verbessert.

Der Rückgang des neutralen Ergebnisses um 2.390 T€ wird insbesondere durch außerplanmäßige Abschreibungen (4.761 T€) und vorgenommene Zuschreibungen (2.410 T€) begründet. Das neutrale Ergebnis schließt insgesamt mit einem negativen Saldo von 2.552 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2021 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2021 ungeachtet eines Rückgangs des Finanzmittelfonds am Ende der Periode positiv zu beurteilen. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 14.745 T€ (Vorjahr 14.148 T€) reichte nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 16.040 T€ und der Finanzierungstätigkeit von 256 T€ zu decken. Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode verminderte sich insgesamt um 1.551 T€.

Wegen der bereits im Vorjahr angezeigten zeitlichen Verlagerung von Baumaßnahmen in das Geschäftsjahr 2021 und dem Beginn der Neubautätigkeit vergrößerte sich der negative Cash Flow aus der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 7.314 T€.

Aus Fördermitteln, die bereits in den vorangegangenen Geschäftsjahren beantragt und erst 2021 ausgezahlt wurden, erhöhten sich 2021 die liquiden Mittel um 2.739 T€. Weiterhin wurden Darlehen in Höhe von 13.682 T€ aufgenommen. Diesen Zuflüssen standen planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen von 14.676 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ gegenüber.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.343 T€ erhöht.

Auf der Aktivseite führten im Wesentlichen umfangreiche Investitionen (16.294 T€), reduziert um Zu- und Abschreibungen (10.004 T€), zu einem Zugang bei den Sachanlagen von 6.259 T€. Die im Bereich der Forderungen zu verzeichnende Abnahme um 2.024 T€ resultiert insbesondere aus bis zum Bilanzstichtag ausgezahlten Fördermitteln für Investitionen in das Anlagevermögen. Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch den erzielten Jahresüberschuss und die anteilige Thesaurierung des Vorjahresgewinnes. Weitere Erhöhungen ergaben sich im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten um 1.556 T€ – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 13.682 T€, denen planmäßigen Tilgungen von 12.085 T€ gegenüberstanden.

Die Wohn- und Geschäftsbauten wiesen im Durchschnitt einen Buchwert von 493,49 € je m² bei einer Verschuldung von 226,23 € je m² auf.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen : Gesamtkapital) wird mit 56,2 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2021:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,31	5,24
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	6,6	7,2
Verschuldungsgrad	%	38,5	40,0
Eigenkapitalquote (wirtschaftlich)	%	56,2	52,9
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,1	1,4

III Prognosebericht

Für die folgenden Geschäftsjahre geht die Gesellschaft weiterhin von einem Zuwachs an vermietbarer Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an einem weiteren Standort im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die ersten Vermietungen im zukünftigen Wohngebiet „Am Mühlwerder“ werden zu Beginn des Jahres 2023 erwartet.

Die Ausschüttungen an den städtischen Haushalt aus den Bilanzgewinnen werden für die kommenden Jahre weiterhin in Höhe von 2,0 Mio. € jährlich geplant.

Auch für das Jahr 2022 erwartet die Gesellschaft aufgrund des kriegsbedingten Zustroms an flüchtenden Menschen aus der Ukraine eine Stagnation der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt. Die weiterhin vorhandene Diskrepanz zwischen Geburten- und Sterbezahlen in der Stadt, die einen Rückgang der Bevölkerung bewirken, wird durch die Zuwanderungen zumindest vorübergehend reduziert.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird für 2022 ein Wert von 38,5 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,38 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 7,0 % im Prognosejahr 2022 aus.

Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) nicht vorhandenen qualifizierten Mietspiegels sind Wohnungsmieten seit 2010 nicht eigentümerübergreifend vergleichbar.

Diese Situation wird sich auch 2022 nicht verändern, da ein zur Beschlussfassung im halleschen Stadtrat vorgelegter Regressions-Mietspiegel am 30.03.2022 abgelehnt wurde. Der Stadtverwaltung obliegt nun die Aufgabe, bis zum 31.12.2023 einen neuen Mietspiegel nach dem Mietspiegelreformgesetz aufzustellen. Den Akteuren auf dem halleschen Wohnungsmarkt bleibt damit auch weiterhin nur die Möglichkeit, die auch ihre Branche betreffenden Kostenerhöhungen (insbesondere Baukosten und Dienstleistungen) durch Mieterhöhungen nach dem Vergleichsmietenverfahren in Teilen zu kompensieren. Dieses Verfahren ist gesetzlich geregelt, wird aber in Teilen von hohen Verfahrenskosten durch Gutachter begleitet.

Modernisierungumlagen werden auch weiterhin erhoben, um die Wirtschaftlichkeit der Modernisierungen zu gewährleisten. Wie auch in Abschnitt C. erwähnt, kapt die GWG Halle-Neustadt mbH die Umlagen sozialverträglich, um Ihre Bestandsmieter halten zu können.

Die Gesellschaft wird 2022 ihre Kreditverbindlichkeiten um voraussichtlich 29,4 Mio. € erhöhen und damit die Fremdkapitalquote um mindestens zwei Prozentpunkte anheben. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres 2022 eine voraussichtliche Eigenkapitalquote von 53,1 %.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird sich die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten 2022 voraussichtlich auf das 9,2fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) einstellen. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass zum 31.12.2022 ein Wert in Höhe des 4,4fachen der Jahres-Istmiete erreicht wird.

Vorgenannte Prognosen basieren auf der integrierten Wirtschafts-, Finanz- und Bilanzplanung für das Geschäftsjahr 2022, die im September 2021 durch das Aufsichtsgremium der Gesellschaft beschlossen wurde.

IV Risikobericht

A. Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft BHT.

Die GWG Halle-Neustadt mbH ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

B. Risiken

Operative Risiken

Die am 24.02.2022 begonnenen militärischen Aktivitäten in der Ukraine bewirken nach Einschätzung der GWG Halle-Neustadt mbH kurz- und mittelfristig Risiken für die eigene Geschäftstätigkeit aber auch für die Entwicklung der regionalen und europäischen Wirtschaft. Die kommunale Wohnungswirtschaft organisiert für einen großen Teil der Kriegsflüchtlinge, die teils traumatisiert ankommen, die Unterbringung in möblierten Wohnungen und heißt sie dadurch willkommen. Die GWG Halle-Neustadt mbH stellt sich dieser Aufgabe mit Selbstverständnis, muss aber hierfür ihre Geschäftsstrategien anpassen, weil mit den vorhandenen und nicht kurzfristig erweiterbaren Material- und Personalkapazitäten die bisher gesetzten Ziele und Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllt werden können.

Die hohen Kosten, die Städte und Gemeinden für die Unterbringung von Geflüchteten aus Kriegsgebieten in der Welt haben, belasten die öffentlichen Haushalte immer mehr. Die GWG Halle-Neustadt mbH sieht ein Risiko auch bei der Festlegung der Städte und Gemeinden, in welcher Höhe die Kosten für eine Unterkunft von sozial benachteiligten Menschen angemessen sind. Den unabhängig davon weiter steigenden Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten der Wohnungsunternehmen stehen damit ggf. stagnierende Sozialmieten gegenüber.

Die Preissteigerungen in allen Produkten bewirken eine hohe Belastung vor allem der sozial schwachen Bevölkerung. Dies führt unter Umständen dazu, dass ein Teil der Kundschaft der Gesellschaft in ihrer Zahlungsfähigkeit eingeschränkter als zuvor sein wird. Die Gesellschaft schätzt daher ein, dass sich Mietrückstände aus laufenden Verträgen und der Arbeitsaufwand für die Sozialbetreuerinnen der Gesellschaft weiter erhöhen werden.

Durch die weiter gewachsene Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen und die weiterhin hohen energetischen Anforderungen für Neubauten und energetische Bestandssanierungen ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Wohnungsneu- und -umbau rückläufig entwickeln.

Aufgrund des im Stadtrat von Halle (Saale) am 30.03.2022 abgelehnten Mietspiegels steht den halleschen Mietern und Vermietern weiterhin kein qualifizierter Mietspiegel als Rechtsgrundlage bei Anpassungen der Nettokaltmiete zur Verfügung. Die GWG Halle-Neustadt mbH hat seit 2016 keine Mieterhöhungen nach dem Vergleichsmietenverfahren durchgeführt. Ab 2022 ist eine Anhebung der Bestandsmieten unerlässlich, um den seit Jahren ansteigenden Verwaltungs- und Bewirtschaftungskosten für Bestandsmietverträge begegnen zu können. Ohne vorhandenen Mietspiegel könnten diese Anpassungsverfahren bis zum Ende des Jahres 2023 langwierig ablaufen und durch Gutachter kostenintensiv werden. Ab 01.01.2024 ist ein Mietspiegel in Halle gesetzlich vorgeschrieben.

Die beendete Altschuldentilferegelung stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2025 wird für die besser nachgefragten Stadtteile Nördliche und Südliche Halle-Neustadt bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von bis zu 10 % prognostiziert, im westlichen Stadtgebiet von bis zu 15 %. In der Prognoserechnung wird von einer sehr geringen Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Die Gesellschaft erwartet mittelfristig weiterhin einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte in Halle-Neustadt. Für die Gesellschaft kann dies bedeuten, dass ohne weitere Investitionen in qualitative Verbesserungen des eigenen Wohnungsbestandes bis zum Jahr 2030 ca. 1.000 Wohnungen in der Großwohnsiedlung nicht mehr vermietet werden können.

Durch den weiterhin stattfindenden demografischen Wandel in der Bewohnerstruktur der GWG Halle-Neustadt mbH werden auch in 2022 verstärkt Wohnungen an die Gesellschaft mit Beendigung des Mietvertrags zurückgegeben, die in Teilen sehr langfristig gemietet und bewohnt wurden. Da in der Vergangenheit nur in geringem Umfang Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten, ist der Arbeitsumfang für die Herstellung der Wiedervermietbarkeit und die dafür anfallenden Kosten in diesen Wohnungen viel höher als in öfter durch Mieterwechsel betroffenen Wohnungen. Die bereits beschriebenen Engpässe im Bauwesen wirken als zusätzliche Belastung. Insgesamt führt das zu längeren Leerstandsdauern bis zur Wiedervermietung.

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2022 mit einem Anstieg der langfristigen Kreditzinsen. Dies kann sich auf die Wirtschaftlichkeit von fremdfinanzierten Investitionsvorhaben auswirken.

Aufgrund des Klimawandels und der absehbaren Verknappung von Brennstoffen für die Wärmeversorgung werden auch die Anforderungen an die energetische Sanierung des Gebäudebestands steigen und ggf. noch nicht abgeschriebene Sanierungsmaßnahmen vorzeitig überholen. Die Gesellschaft wird möglicherweise mit gesetzlich vorgeschriebenen Nachinvestitionen an bereits energetisch sanierten Gebäuden konfrontiert, die durch gekappte oder gesetzlich verminderte Modernisierungsumlagen nicht refinanziert werden können.

In der Stadt Halle (Saale) ist die Fernwärmeversorgung der Großwohnsiedlungen und in Teilen der Innenstadt satzungsmäßig vorgeschrieben. Die Fernwärmeerzeugung erfolgt in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die mit Erdgas betrieben werden. Für Erdgas ist zu Beginn des Jahres 2022 eine erhebliche Verteuerung eingetreten, welche sich aufgrund bestehender Verträge voraussichtlich nicht auf das Geschäftsjahr 2022 auswirkt. Für die sich nach 2022 vollziehende Kostenentwicklung kann zum Berichtszeitpunkt keine Prognose abgegeben werden.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2021 zur eigenen Haushaltskonsolidierung ca. 59,5 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

Risiken wegen der SARS-CoV-2 Pandemie

Die im Geschäftsjahr 2020 begonnene Corona-Pandemie hat auch die Wohnungswirtschaft erreicht, jedoch nicht in dem Maße wirtschaftlich getroffen, wie zu Beginn befürchtet wurde. Die Branche Grundstücks- und Wohnungswirtschaft hat sich als weitgehend krisenresistent herausgestellt.

Immer noch nicht vollständig absehbar ist, welche Folgen die bisherigen Einschränkungen der individuellen Lebensgestaltung in der Bevölkerung mittel- und langfristig haben werden. Es ist zudem noch nicht abschätzbar, welche Maßnahmen zur Eindämmung des lebensbedrohlichen Virus und seiner Mutationen ergriffen und dauerhaft eingehalten werden müssen, damit das öffentliche Leben und die Geschäftstätigkeit des Unternehmens wieder weitgehend uneingeschränkt geführt werden kann.

Im Hinblick auf die beschriebenen Risiken wird auch auf den Nachtragsbericht im Anhang verwiesen.

V Chancenbericht

Die GWG Halle-Neustadt mbH bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Die im Rahmen der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen für die Beschäftigten sieht die Gesellschaft als Chance, sich für künftige Krisen besser vorbereitet zu sehen. Die Ausweitung mobiler Arbeitsmethoden und die forcierte Digitalisierung in allen Bereichen und Prozessen tragen dazu bei, dass das Unternehmen auch in den kommenden Geschäftsjahren zukunftsfest bleibt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Danz, Simone	(seit 01.07.2021)
		Marx, Jürgen	(bis 30.06.2021)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 30.09.2021)
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		Feigl, Christian	
		Fritz, Melanie	
		Haupt, Ute	
		Krause, Johannes	
		Raue, Alexander	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rebenstorf, René (seit 01.10.2021)
Rochau, Lothar
Rothe, Uwe
Scholtyssek, Andreas
Sommer, Manfred
Winkler, Steffen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	22	23

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95
Volksbank Halle (Saale) eG	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	602.247	90	593.653	89	584.331	90	8.594	1
Umlaufvermögen	51.822	8	53.803	8	46.408	7	-1.981	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	17.289	2	17.338	3	17.316	3	-49	0

Bilanzsumme

671.358	100	664.794	100	648.055	100	6.564	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	317.809	47	309.061	46	300.877	46	8.748	3
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	10.253	2	10.503	2	10.759	2	-250	-2
Rückstellungen	3.982	1	4.066	1	2.728	1	-84	-2
Verbindlichkeiten	331.548	49	338.804	51	331.917	51	-7.256	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	6.705	1	2.360	0	1.774	0	4.345	184
Passive latente Steuern	1.061	0	0	0	0	0	1.061	

Bilanzsumme

671.358	100	664.794	100	648.055	100	6.564	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	91.288	89.405	90.121
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	1.774	860	-238
sonstige betriebliche Erträge	1.059	727	951
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	11.008	7.618	11.403
Personalaufwand	44.755	41.497	43.952
Abschreibungen	16.230	16.130	15.375
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.518	13.130	13.471
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.398	7.279	6.710
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	183	240	283
Ergebnis nach Steuern	7.492	6.650	7.195
sonstige Steuern	2.164	973	40
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	13.755	13.191	15.777
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7	7	6
Ausschüttung	13.748	13.184	15.771
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	62.736	55.871	46.677
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.000	5.000	5.000
	1.374	1.319	1.577
	70.110	62.736	55.871

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,06	14,75	17,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,55	5,35	6,44	%
Cash-Flow:	23.909	24.950	26.764	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	409	384	407	T€
Personalaufwandsquote:	15,44	16,36	15,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,67	89,25	90,11	%
Eigenkapitalquote:	47,34	46,49	46,43	%
Fremdkapitalquote:	52,66	53,51	53,57	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Wohneinheiten	15.236	15.332	15.282	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,9	7,5	8,0	%
Wohneinheiten HWG KG	2.241	2.241	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	5,8	4,6	4,0	%
Gewerbeeinheiten	251	249	251	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	6,4	9,6	11,6	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	18	19	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	0,0	0,0	5,0	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2021

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten.

Der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsverorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Der alleinige Gesellschafter der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich am Wohnraumversorgungsauftrag als Bestandhalter und den Renditeerwartungen des Gesellschafters. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in allen Preissegmenten ausgerichtet. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Dies bedarf eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für differenzierte Zielgruppen umfasst.

Der Abschluss des ersten Investitionszyklus, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, ein kundenorientiertes Quartiers- und Sozialmanagement, eine konstante Kreditverschuldung in Relation zur Einnahmenentwicklung und die Verbesserung der ökologischen Bilanz im Immobilienbestand sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss für 2021 sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH
Anteile	100%	99,95%
Stammeinlage	102.259.000 EUR	9.995 EUR

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über kein Personal. Die Bestände werden durch das Personal der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Trotz der andauernden Corona-Pandemie und zunehmender Liefer- und Materialengpässe hat sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 2,7 Prozent gestiegen. Der starke Rückgang aus dem Vorjahr konnte dabei jedoch nicht aufgeholt werden.¹

Die positive Entwicklung der Bruttowertschöpfung betraf fast alle Wirtschaftsbereiche. Lediglich beim Baugewerbe ging die Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Kalenderjahr um 0,4 Prozent leicht zurück. Im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen liegt das Baugewerbe damit dennoch über dem Vorkrisenniveau.²

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt von rund 44,9 Millionen Erwerbstätige erbracht. Der Arbeitsmarkt bleibt damit in dem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld stabil. Allerdings kam es als Folge der Pandemie zu Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm dabei zu, während unter anderem die Zahl der eher geringfügig Beschäftigten weiter rückläufig ist.³ Dem entsprechend ist die Arbeitslosenquote nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr im Jahr 2021 leicht gesunken auf 5,7 Prozent.⁴

¹ Pressemitteilung Nr. 020/2022 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2022

² Pressemitteilung Nr. 020/2022 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2022

³ Pressemitteilung Nr. 020/2022 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2022

⁴ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 13211-0001 vom 19.01.2022

Sowohl die Corona-Pandemie mit den damit verbundenen Einschränkungen als auch die gesamtwirtschaftliche Lage hatten Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale). So entwickelte sich beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) analog der Quote für Deutschland. Nach dem deutlichen Anstieg im gleichen Vorjahreszeitraum ist auch in der Stadt Halle (Saale) die Arbeitslosenquote vom III. Quartal 2020 bis zum III. Quartal 2021 um 0,7 Prozentpunkte auf 9,5 Prozent gesunken.⁵

Die Zahl der Einwohner in der Stadt Halle (Saale) ist stabil. Nach zwei Jahren des leichten Bevölkerungsrückgangs ist die Zahl der Einwohner im Jahr 2021 wieder leicht gestiegen. Zum Ende des Jahres wohnten etwas mehr als 240.000 Einwohner in der Stadt.⁶ Damit pendelt sich die Bevölkerungszahl in den vergangenen sechs Jahren um die 240.000 Einwohner ein.⁷ Ursächlich für die Entwicklung im Jahr 2021 ist die Zuwanderung (positiver Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegung).⁸

Vom III. Quartal 2020 bis zum III. Quartal 2021 ist der Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) weitgehend unverändert geblieben.⁹ Aufgrund der Entwicklung von Bevölkerung und Wohnungsbestand geht die Gesellschaft in diesem Zeitraum von einer stabilen bis leicht sinkenden Leerstandsquote in der Stadt Halle (Saale) aus.

Trotz der hohen Preisdynamik in vielen Wirtschaftsbereichen im Jahr 2021 sind in Sachsen-Anhalt die Nettokaltmieten nur um 1,2 Prozent¹⁰ gestiegen. Der Anstieg bei den Mieten in Sachsen-Anhalt fiel damit etwa auf Vorjahresniveau aus.¹¹ In Deutschland betrug der Mietenanstieg ca. 1,5 Prozent.¹² Damit steigen in der Immobilienwirtschaft die Ausgabenpositionen stärker als die Einnahmenpositionen.

Der Verbraucherpreisindex in Sachsen-Anhalt entwickelte sich mit einem Anstieg um 3,5 Prozent deutlich dynamischer als die Mieten. Die Inflationsrate erreicht damit den höchsten Anstieg seit 1994. Die größten Preisanstiege wurden in den Bereichen Verkehr (Kraftstoffe) und Haushaltsenergie festgestellt. Bei Letzterem betrug dieser 19,6 Prozent.¹³

Die Wohnnebenkosten blieben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 mit einem Anstieg von 0,4 Prozent vergleichsweise unverändert. Insgesamt sind damit die Wohnkosten im Jahr 2021 im Durchschnitt um 4,9 Prozent gestiegen.¹⁴

Die Baupreise haben sich im Berichtsjahr sehr dynamisch entwickelt. Der Preisindex für Bauwerksarten und Instandhaltung des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) nahm in 2021 um 10,3 Prozent zu. Die Preise für Instandhaltungsarbeiten sind im gleichen Zeitraum um 11,8 Prozent gestiegen.¹⁵ Wesentliche Faktoren für diesen Preisanstieg sind die steigenden Auftragseingänge, Materialengpässe und Fachkräftemangel sowie das Ende der befristeten Mehrwertsteuersenkung im Vorjahr.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen das erneut positive Jahresergebnis sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Die Entwicklung der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr war erneut geprägt von pandemisch herausfordernden Rahmenbedingungen. Insbesondere zeigten sich Verfügbarkeitseinschränkungen bei den Beschäftigten, Vertriebserschwernisse und organisatorische Herausforderungen bei Baumaßnahmen sowie bei allen arbeitsorganisatorischen Belangen. Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind jedoch als vergleichsweise gering zu bewerten. Die Entwicklung der Umsatzerlöse und der Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung, der größten Einnahmequelle der Gesellschaft, war 2021 positiv.

⁵ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2021 S. 40

⁶ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 4/2020 S. 10, Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2021 vom 14.01.2022

⁷ Hallesches Statistisches Informationssystem, Bevölkerungsentwicklung 1994-2020, Stand 18.01.2022, Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2021 vom 14.01.2022

⁸ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2021 S. 12 und 13

⁹ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 3/2020 S. 23 und 3/2021 S. 23

¹⁰ Pressemitteilung Nr. 9/2022 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 14.01.2022

¹¹ Pressemitteilung Nr. 10/2021 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2021

¹² Pressemitteilung Nr. 25 des Statistischen Bundesamtes vom 19.01.2022

¹³ Pressemitteilung Nr. 9/2022 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 14.01.2022

¹⁴ Pressemitteilung Nr. 9/2022 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 14.01.2022

¹⁵ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 vom 19.01.2022

Die größte Herausforderung ist derzeit die Baupreisentwicklung. Steigende Auftragseingänge und Fachkräftemangel haben bereits in der Vergangenheit zu einem deutlichen Anstieg der Baupreise geführt. Die pandemiebedingten Auswirkungen einschließlich daraus resultierender Materialengpässe haben dies im Jahr 2021 noch verstärkt. Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft im Hinblick auf die Investitionstätigkeit wird bei anhaltendem Trend erheblich von der aktuellen Marktsituation im Baugewerbe beeinflusst. Investitionsmaßnahmen müssen im Hinblick auf Umsetzungszeitpunkt und Umfang eingehender untersucht oder gegebenenfalls verschoben werden. Dies wird planungsseitig berücksichtigt.

Unabhängig von diesen aktuellen Entwicklungen wird seit dem Jahr 2008 die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben seit 2013 mit EUR 5 Mio. p.a. unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in gleicher Höhe in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft verarbeitet.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung in Stadtteilen, in denen die Gesellschaft mehr als 1.000 Wohnungen im eigenen Bestand bewirtschaftet, wurde zudem im Jahr 2019 im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ übernommen. In den Planungen der Gesellschaft ist dies berücksichtigt.

Innerhalb der Stadt Halle (Saale) hat sich der Immobilienmarkt in der Vergangenheit differenziert entwickelt. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile haben in den letzten 10 Jahren zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse erfahren¹⁶. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Die Folgen unterschiedlicher Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios durch beispielsweise lagebenachteiligte Quartiere können dadurch kompensiert werden.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Stadtumbaugebieten der Großwohnsiedlungen. Diese Teilmärkte haben sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. In den letzten Jahren zeigen sich hier jedoch teilweise gegenläufige Tendenzen. Insbesondere in der Wald- und Sportstadt Silberhöhe ist der Leerstand im Portfolio der Gesellschaft vergleichsweise hoch.

Die Teilmärkte in den Stadtumbaugebieten bleiben weiterhin bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Sie sind deshalb in den kommenden Jahren ein wichtiges Handlungsfeld für die Gesellschaft. Zur Verbesserung der Marktsituation in diesen Stadtteilen hat die Gesellschaft ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit intensiviert, auch wenn beides pandemiebedingt beeinträchtigt wurde.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

In der Hausbewirtschaftung wurden das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung, sowie die angestrebte Leerstandsquote nicht vollständig erreicht.

Die um die Erlösschmälerung wegen Leerstand bereinigten Sollmieten befinden sich dennoch über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg betrug 2,4 Prozent. Der Leerstand konnte ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen um 0,4 Prozentpunkte leicht gesenkt werden.

Die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen konnte bis auf zwei Projekte im geplanten Umfang umgesetzt werden. Bei der Bauvorbereitung gab es zeitliche Verzögerungen.

In 2021 erwirtschaftete die Gesellschaft im Einzelabschluss ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 13.748 (Vj. TEUR 13.184). Das Jahresergebnis fällt damit um etwa EUR 3 Mio. höher aus als geplant. Wesentliche Ursachen des überplanmäßigen Jahresüberschusses sind nichtmonetäre Auswirkungen aus der Bewertung des Anlagevermögens, insbesondere aufgrund der Entwicklung der Bodenpreise, sowie abgeschlossener Erbbaurechtsverträge.

¹⁶ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 4/2011 S. 16 und Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2021 vom 14.01.2021

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele, jedoch für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen des Tochterunternehmens HWG KG.

Zum Jahresende bewirtschaftete der Konzern 17.477 Wohn- und 269 Gewerbeeinheiten. Der Wohnungsbestand ist damit im Vergleich zum Vorjahr um fast 100 Wohnungen zurückgegangen. Geplant war ein Rückgang um etwa 50 Wohnungen. Die Planabweichung bei der Bestandsveränderung resultiert im Saldo im Wesentlichen aus dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages über ein Grundstück mit Gebäude im Stadtteil Silberhöhe und dem noch nicht erfolgten Gebäudeabriss im Rahmen einer Projektentwicklung in der Altstadt.

Bestand und Leerstand	2021	2020	Veränderung
HWG mbH			
Wohneinheiten	15.236	15.332	-96 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,9	7,5	%
Gewerbeeinheiten	251	249	2 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	6,4	9,6	%
Sonstige Einheiten	1.992	2.003	-11 Einheiten
HWG KG (angemietet)			
Wohneinheiten	2.241	2.241	0 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,8	4,6	%
Gewerbeeinheiten	18	19	-1 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	0,0	0,0	%
Sonstige Einheiten	222	222	0 Einheiten
Konzern gesamt			
Wohneinheiten	17.477	17.573	-96 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,7	7,1	%
Gewerbeeinheiten	269	268	1 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	5,9	9,0	%
Sonstige Einheiten	2.214	2.225	-11 Einheiten

Die Gesellschaft geht perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus.

Die zum Jahresende 2021 angestrebte Leerstandsquote von unter 6,0 Prozent konnte nicht erreicht werden. Der Leerstand lag entgegen den Planungen bei 6,7 Prozent (Vorjahr 7,1 Prozent). Dennoch ist es der Gesellschaft auch unter den derzeit schwierigeren Rahmenbedingungen gelungen, den Leerstand analog dem Vorjahr weiter zu senken.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre und der aktuellen Rahmenbedingungen ist dies eine erfolgreiche Entwicklung. Dabei hatte der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages über ein leerstehendes Gebäude mit Grundstück in der Wald- und Sportstadt Silberhöhe einen maßgeblichen Anteil an der Leerstandssenkung.

Die Leerstandsentwicklung wurde weiterhin von der Investitionstätigkeit der Gesellschaft beeinflusst. Investitionsvorbereitende Maßnahmen tragen temporär zum Leerstandsaufbau bei, die Fertigstellung von Wohnungen und deren Vermietung zum Leerstandsabbau. Im Rahmen der ordnungsgemäßen Bestandsverwaltung konnte der Vermietungsstand gehalten werden. Die Anschlussvermietungsquote über den gesamten Bestand lag bei nahezu 100,0 Prozent.

Die Gründe für die Abweichungen von den Planzahlen beim Leerstand sind differenziert. Dazu gehören Investitionsvorbereitungen und -durchführungen, die Umsetzung planmäßiger Quartierskonzepte, aber auch die Folgen größerer Versicherungsschäden und die vertraglich fixierte Umsetzung von Mietern in Vorbereitung eines künftigen Erbbaurechtsvertrages.

Näheres zur Leerstandsentwicklung wird auch unter 3. Chancen- und Risikobericht/ Mietertragsrisiko ausgeführt.

Die Umsatzerlöse entfallen zu mehr als 99,0 Prozent auf die Hausbewirtschaftung und entwickeln sich seit Jahren positiv. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Umsätze aus Sollmieten um 2,6 Prozent auf EUR 70,6 Mio. gesteigert werden. Diese positive Umsatzentwicklung wird gestützt durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen und bei Fluktuation.

Die geringfügigen Abweichungen bei den Umsätzen aus Sollmieten zum Plan sind insbesondere auf Verzögerungen bei der Umsetzung der Aufzugsein- und -anbauten mit der Folge späterer Modernisierungsumlagen zurück zu führen.

Die Leerstandsverluste auf Sollmieten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Eine Ursache dafür sind die Vertriebs Herausforderungen bei dem erst kurz vor dem Jahresende 2020 fertiggestellten Neubauprojekt am Riebeckplatz. Die insgesamt nicht planmäßige Leerstandsentwicklung wirkt sich hier ebenfalls aus.

HWG mbH	2021 TEUR	2020 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung Prozent
Sollmieten	70.632	68.840	1.791	2,6%
Leerstandsverluste	4.477	4.219	257	6,1%
Sollmieten abzügl. Leerstand	66.155	64.621	1.534	2,4%

Die Sollmieten für alle Nutzungsarten haben sich positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 5,71 EUR/m² (Vj. 5,59 EUR/m²).

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieter*innen bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommensschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus ist eine wesentliche strategische Zielstellung der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2021 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 19.365 (Vj. TEUR 20.965) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr und zur Planung weniger in ihre Bestände.

Die Investitionsplanung 2021 sah vor, dass etwa 450 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren werden und Gebäude mit ca. 220 weiteren Wohnungen erstmals Aufzugsanlagen erhalten.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden durch Teilsanierungen in 2021 ca. 250 Wohnungen fertig gestellt. Bei den verbleibenden ca. 200 Wohnungen handelt es sich um jahresübergreifende Komplettsanierungen, bei denen die Fertigstellung der Wohnungen planungsgemäß sukzessive bis zum Jahr 2023 vorgesehen ist.

Mit den Aufzugsein- und anbauten konnten in 2021 insgesamt ca. 125 Wohnungen erstmals mit Aufzügen ausgestattet werden. Die Fertigstellung der übrigen Aufzugsanbauten bei ca. 100 Wohnungen wird sich ins Jahr 2022 verschieben.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen plante die Gesellschaft im Jahr 2021 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von EUR 23,4 Mio. Das realisierte Bauvolumen fiel gegenüber dem Plan damit um fast ein Fünftel geringer aus.

Die größte Abweichung mit fast EUR 2,6 Mio. betrifft ein Realisierungsprojekt in der Südlichen Innenstadt. Leistungsverschiebungen in das Folgejahr haben maßgeblich dazu geführt. Darüber hinaus konnten im Ergebnis der Vergabe der Bauleistungen Kosten eingespart werden.

Für das zweite Realisierungsprojekt in der Altstadt, welches sich in einer stadtbildprägenden Lage befindet, wird im Ergebnis der bisherigen intensiven Auseinandersetzungen mit den städtebaulichen Herausforderungen zur Erzielung von Bestlösungen für alle Beteiligten zunächst ein Realisierungswettbewerb durchgeführt. Eine bauliche Umsetzung wurde damit auf Folgejahre verschoben.

Weiterhin verschoben sich Leistungserbringungen beim Aufzugsprogramm aufgrund von Lieferengpässen in das Jahr 2021. Bei einem Neubauprojekt wurden zusätzliche Aufwendungen zum Ausbau einer Gewerbeeinheit erforderlich. Hieraus ergab sich für das Jahr 2021 ein erhöhter Leistungsumfang von ca. EUR 1,3 Mio.

Die Marktbedingungen in der Baubranche haben immer stärkeren Einfluss auf die Vorbereitung von Bauprojekten. So muss die Gesellschaft beispielsweise bei Bestandssanierungen mehr Zeit für umfassendere Untersuchungen zur Abwägung des Sanierungsumfangs mit Blick auf den Erhalt der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung vertretbarer Mieten aufwenden. Auch die Kapazitäten bei Fachplanern werden zunehmend knapper. Effektive Planungsprozesse sind immer mehr von externen Faktoren abhängig.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfeldes wurden zwei Neubauprojekte zeitlich neu eingeordnet. Bei einem weiteren Projekt dauern die Verhandlungen zu einem Auftragsbau noch an.

Derartige Aspekte und unternehmensinterne Entscheidungsprozesse aufgrund der Baupreisentwicklung haben deshalb im Jahr 2021 zu Periodenverschiebungen bei mehreren Bauvorbereitungsprojekten geführt. Das geplante Bauvolumen im Jahr 2022 wird vor diesem Hintergrund niedriger ausfallen.

Die Tochtergesellschaft HWG KG hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Investitionstätigkeit.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Weitere Ziele sind Mieterbindung und Mietergewinnung.

Das Instandhaltungsbudget wurde für das Jahr 2021 mit ca. EUR 13,0 Mio. für Aufträge an Dritte zuzüglich der Leistungen der Handwerker des eigenen Servicebetriebes geplant.

Im Berichtsjahr hat die Muttergesellschaft HWG mbH für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für die eigenen und die angemieteten Bestände Fremdleistungen in Höhe von TEUR 11.753 (Vj. TEUR 10.991) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 11,43 EUR/m² (Vj. 10,65 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind. Anteilig für Instandhaltung wurden im Geschäftsjahr TEUR 3.524 ermittelt (Vj. TEUR 3.699). Dagegen sind Prämienleistungen für Bauversicherungen, anders als in Vorjahren, nicht enthalten.

Grundstücksverkehr

Planungsgemäß gab es im Geschäftsjahr 2021 keine An- und Verkäufe, die für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bedeutsam sind.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2021 drei Erbbaurechtsverträge über insgesamt ca. 190 Wohnungen an zwei Standorten im Portfolio abgeschlossen, ohne damit langfristig auf Ertrags- und Entwicklungspotentiale zu verzichten. Teilweise erfolgt der Besitzübergang erst in Folgejahren.

Die Verträge betreffen zum einen Teile eines Quartiers im Stadtteil Nördliche Innenstadt, womit ein generationsübergreifendes und urbanes Wohnprojekt unterstützt wird. Zum anderen wurden zwei Objekte in der Wald- und Sportstadt Silberhöhe entsprechend vertraglich gebunden, um damit zur Stabilisierung und Stärkung des Stadtteils beizutragen und gleichzeitig unter Berücksichtigung der noch anstehenden Investitionsaufgaben im gesamten Portfolio der Gesellschaft die Bestandsentwicklung zu forcieren.

Mit der Umsetzung der Erbbaurechtsverträge generiert die Gesellschaft anfänglich jährliche Einnahmen in Höhe von ca. TEUR 190 zuzüglich Wertsicherung.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2021 hatte der Konzern 267 Beschäftigte.

Beschäftigte und Kapazitäten zum Stichtag (31.12.)	2021		2020		Veränderung	
	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE
Beschäftigte Gesamt	267	243	267	242	0	1
davon produktiv Beschäftigte	250	243	248	242	2	1
Geschäftsführung	1	1	1	1	0	0
Kaufmännische Verwaltung	146	141	151	147	-5	-6
Technische Verwaltung	20	18	16	15	4	3
Servicebetrieb	57	57	56	55	1	2
Hausmeister	26	26	24	24	2	2
davon nicht produktiv Beschäftigte	4	-	10	-	-6	-
davon zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	13	-	9	-	4	-
Kaufmännische Ausbildung	8	-	5	-	3	-
Gewerblich-technische Ausbildung	5	-	4	-	1	-

Die Zahl der Beschäftigten hat sich zum Vorjahr nicht verändert. Alle Beschäftigten sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigte kein Personal.

Die Gesellschaft hat ihren Personalbestand schwerpunktmäßig in der Abteilung Technisches Immobilienmanagement angepasst. Damit wurde die Unternehmensstruktur weiter an die stetig wachsenden Anforderungen an eine zeitgemäße technische Bestandsbewirtschaftung und -entwicklung angepasst.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft die Ausbildung von Fachkräften ausgebaut. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben insgesamt vier junge Menschen eine Ausbildung bei der HWG mbH begonnen. Insgesamt befanden sich zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres acht Auszubildende in kaufmännischen Berufen (+3) sowie fünf Auszubildende in handwerklichen Berufen (+1) in Ausbildung. Im Geschäftsjahr engagierte sich die HWG mbH zudem gemeinsam mit dem Standort Halle der Joblinge gAG, Leipzig, gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgte nach den Tarifverträgen für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft.

Seit dem Jahr 2012 sind die familienbewusste Personalpolitik der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zertifiziert.

Die Schwerpunkte der Organisationsentwicklung lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem Datenmanagement, der Einführung mobiler Lösungen sowie dem Prozessmanagement, hier unter anderem die Digitalisierung des Rechnungsdurchlaufes in Teilschritten. In diesem Zusammenhang wurden die Vertriebssoftware und das Qualitäts- und Prozessmanagement optimiert sowie die Grundlagen für ein digitales Baumkataster und eine mobile Verkehrssicherung gelegt. Darüber hinaus wurde der Investitionsprozess novelliert.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anhand von Tabellen dargestellt. Die tabellarischen Angaben können in den Einzelpositionen durch die Aufrundung auf volle TEUR Rundungsdifferenzen aufweisen.

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	660.107	94,7	652.934	94,1	7.173
Langfristige Forderungen	1.715	0,2	72	0,0	1.643
Vorräte	28.251	4,1	26.479	3,8	1.772
Kurzfristige Forderungen	1.820	0,3	3.183	0,5	-1.363
Flüssige Mittel	5.019	0,7	10.934	1,6	-5.915
Übrige Aktiva (RAP)	152	0,0	145	0,0	7
Gesamtvermögen	697.064	100,0	693.747	100,0	3.317

Konzern	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	306.809	44,0	297.375	42,9	9.434
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	333.255	47,8	339.300	48,9	-6.045
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	57.000	8,2	57.072	8,2	-72
Gesamtkapital	697.064	100,0	693.747	100,0	3.317

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2021 TEUR	%	31.12.2020 TEUR	%	Veränderung TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	602.247	89,7	593.653	89,3	8.594
Langfristige Forderungen	16.745	2,5	13.220	2,0	3.525
Vorräte	28.250	4,2	26.479	4,0	1.771
Kurzfristige Forderungen	1.807	0,3	3.170	0,5	-1.363
Flüssige Mittel	5.019	0,7	10.934	1,6	-5.915
Übrige Aktiva (RAP)	17.290	2,6	17.338	2,6	-48
Gesamtvermögen	671.358	100,0	664.794	100,0	6.564

HWG mbH	31.12.2021 TEUR	%	31.12.2020 TEUR	%	Veränderung TEUR
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	328.062	48,9	319.564	48,1	8.498
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	289.526	43,1	291.282	43,8	-1.756
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	53.770	8,0	53.948	8,1	-178
Gesamtkapital	671.358	100,0	664.794	100,0	6.564

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Die Eigenkapitalquoten und Sachanlagenintensität erhöhten sich leicht. Das Anlagevermögen wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst.

HWG mbH	2021	2020		Erläuterung
Sachanlagenintensität	89,7	89,3	%	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	47,3	46,5	%	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	52,7	53,5	%	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/ Bilanzsumme

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr im Konzern- und im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen geprägt. Die langfristigen Verbindlichkeiten hingegen waren rückläufig. Hauptsächlich dafür ist im Konzern und bei der HWG mbH die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten.

Grundstücke und Gebäude wurden im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Im Ergebnis wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Beim Abgleich der im Kernbestand bilanzierten Bodenbuchwerte mit den amtlichen Bodenrichtwerten festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden ebenso als außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Konzern und HWG mbH	31.12.2021 TEUR	31.12.2020 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.023	1.011	12
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	4	1	3
Gesamt	1.027	1.012	15

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen in Höhe von TEUR 3.357 (Vj. TEUR 1.364).

Konzern und HWG mbH	31.12.2021 TEUR	31.12.2020 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.525	1.364	161
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	1.832	0	1.832
Gesamt	3.357	1.364	1.993

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen positiv beeinflusst (TEUR 2.330; Vj. TEUR 352). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2021 TEUR	2020 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	37.513	32.995	4.518
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.489	-19.523	34
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-23.939	-8.267	-15.672
Zahlungswirksame Veränderungen	-5.915	5.205	-11.120
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.934	5.729	5.205
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.019	10.934	-5.915

HWG mbH	2021 TEUR	2020 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	32.270	27.742	4.528
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.489	-19.527	38
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-18.696	-3.010	-15.686
Zahlungswirksame Veränderungen	-5.915	5.205	-11.120
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.934	5.729	5.205
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.019	10.934	-5.915

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** haben sich sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Wesentliche Ursache sind die im Vergleich zum Vorjahr höheren Jahresergebnisse und Auszahlungen von Zuschüssen, die zur periodengerechten Ertragsabgrenzung im passiven Rechnungsabgrenzungsposten abgebildet sind.

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** veränderte sich im Konzern und bei der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich, obwohl das Bauinvestitionsvolumen geringer ausfiel (siehe Kapitel 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung), da es im Gegenzug keine Einzahlungen aus Veräußerungen des Sachanlagevermögens gab.

Die Unterschiede der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zwischen Konzern und HWG mbH ergeben sich aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen aufgrund der Verbindlichkeiten der HWG KG. Die Veränderungen zum Vorjahr ergeben sich vor allem daraus, dass Tilgungen die Darlehensneuaufnahmen überstiegen.

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern betrug TEUR 298.472 (Vj. TEUR 306.294). Darin enthalten sind endfällige Schuldscheindarlehen in Höhe von TEUR 33.500 (Vj. TEUR 33.500).

Die Gesellschaft konnte die Zinsaufwendungen durch gezieltes Darlehensmanagement weiter senken. Von den in 2021 bei der HWG mbH zur Prolongation anstehenden Darlehen wurden mit dem Ziel einer weiteren Optimierung des Darlehensportfolios im Geschäftsjahr Darlehen mit einer Inanspruchnahme von TEUR 4.505 durch Sondertilgungen abgelöst und Darlehen in Höhe von TEUR 18.260 prolongiert oder umfinanziert. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut KfW-Förderprogramme und Zuwendungen aus Landesmitteln genutzt.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken für jeweils ein Darlehen durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zins-swaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 4.524 (Vj. TEUR 1.591) waren zum Berichtsstichtag vertraglich vereinbart, aber noch nicht abgerufen.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 6.000 (Vj. TEUR 6.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	8,8	19,2	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	12,0	24,7	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektivverschuldung	381.549	382.038	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP
HWG mbH	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	9,3	20,3	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	12,7	26,1	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektivverschuldung	301.374	300.568	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Konzern	2021		2020		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	91.288	97,0	89.405	98,3	1.883
Bestandsveränderung	1.774	1,9	860	0,9	914
Eigenleistung	1.059	1,1	727	0,8	332
Gesamtleistung	94.121	100,0	90.992	100,0	3.129
Materialaufwand	41.231	43,8	37.977	41,7	3.254
Personalaufwand	16.230	17,2	16.130	17,7	100
Abschreibungen	14.939	15,9	14.551	16,0	388
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.835	5,1	4.761	5,2	74
./.. sonstige betriebliche Erträge	-3.652	-3,9	-2.955	-3,2	-697
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	7	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	73.590	78,1	70.471	77,4	3.119
Betriebsergebnis	20.531	21,9	20.521	22,6	10
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-7.822		-8.634		812
Neutrales Ergebnis	3.077		2.042		1.035
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.786		13.929		1.857
Ertragsteuern	1.102		973		129
Jahresergebnis	14.684		12.956		1.728

HWG mbH	2021		2020		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	91.288	97,0	89.405	98,3	1.883
Bestandsveränderung	1.774	1,9	860	0,9	914
Eigenleistung	1.059	1,1	727	0,8	332
Gesamtleistung	94.121	100,0	90.992	100,0	3.129
Materialaufwand	44.755	47,6	41.497	45,6	3.258
Personalaufwand	16.230	17,2	16.130	17,7	100
Abschreibungen	13.518	14,4	13.130	14,4	388
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.726	5,0	4.649	5,1	77
./. sonstige betriebliche Erträge	-3.650	-3,9	-2.952	-3,2	-698
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	7	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	75.586	80,3	72.461	79,6	3.125
Betriebsergebnis	18.535	19,7	18.531	20,4	4
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-5.700		-6.410		710
Neutrales Ergebnis	3.077		2.036		1.041
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.912		14.157		1.755
Ertragsteuern	2.164		973		1.191
Jahresergebnis	13.748		13.184		564

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus.

Die Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss/Umsatzerlöse) betrug bei der HWG mbH 15,1 Prozent (Vj. 14,7 Prozent) und im Konzern 16,1 Prozent (Vj. 14,5 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital bereinigt um Bilanzgewinn) beträgt 5,6 Prozent (HWG mbH; Vj. 5,4 Prozent) und 5,9 Prozent (Konzern; Vj. 5,3 Prozent).

Wie im Vorjahr stammen 99,4 Prozent der **Umsatzerlöse** 2021 sowohl der HWG mbH als auch des Konzerns aus der Hausbewirtschaftung.

Die **Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH** aus der Hausbewirtschaftung (Mieten, Betriebskostenumlagen und sonstige) stiegen um 2,1 Prozent (Vj. - 0,8 Prozent), verwiesen wird auch auf 2.3.1 Hausbewirtschaftung. Die Betriebskostenumlagen waren anders als in den Vorjahren nicht rückläufig (Anstieg 1,6 Prozent, Vj. -1,7 Prozent).

Die Entwicklung der Mieten ist weiterhin wesentlich für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Die **Umsatzerlöse der HWG KG** betreffen im Wesentlichen die Leasingraten, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind wesentlich durch die Zuschreibungen auf das Anlagevermögen (TEUR 3.357; Vj. TEUR 1.364) geprägt.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG. Die Aufwendungen für die Anmietung fallen nur bei der HWG mbH an und werden im Konzernabschluss konsolidiert. Erhöhungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren aus Betriebskosten, dort insbesondere Energie-, Gebäudereinigungs- und Grünflächenpflegekosten sowie Aufzugswartung und veränderten Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen.

Die Entwicklung des **Personalaufwandes** spiegelt die konstante Anzahl der Beschäftigten wider. Der Einfluss tariflicher Maßnahmen bewirkte im Geschäftsjahr eine tarifliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um 1,2 Prozent ab Januar 2021 und um 2,9 Prozent mit Wirkung ab November 2021. Zudem war durch die Umstellung der Verwaltungsberufsgenossenschaft auf die Erhebung von Beitragsvorschüssen anders als in den Vorjahren keine Rückstellungsbildung erforderlich (Vj. TEUR 130).

Die Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) stellen die Relation von Gesamtleistung und Personalaufwand dar.

	2021	2020		Erläuterung
Gesamtleistung	105.129	98.610	TEUR	Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge (lt. GuV)
Gesamtleistung je Mitarbeiter	409	384	TEUR	Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung und Auszubildende)
Personalaufwandsquote	15,4	16,4	%	Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.027 (Vj. TEUR 1.012) (siehe 2.4.1 Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand**, um neutrale Bestandteile bereinigt, entspricht weitestgehend dem Vorjahresniveau. Er enthält im Wesentlichen sächliche Verwaltungskosten mit IT-Kosten, übrigen Aufwand wie Rückstellungszuführungen sowie Aufwendungen des Unternehmens für Marketing- und Veranstaltungskosten, Beratungskosten, Beiträge und Sponsoring.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch die Senkung der Zinsaufwendungen für Darlehen positiv beeinflusst (HWG mbH TEUR 5.873; Vj. TEUR 6.650; Konzern TEUR 7.995; Vj. TEUR 8.888). Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Zinsaufwendungen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG enthalten sind.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet sonstige betriebliche Erträge (TEUR 7.357; Vj. TEUR 4.666; Konzern TEUR 7.358; Vj. TEUR 4.666) und sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR 2.672; Vj. TEUR 2.630; Konzern TEUR 2.672; Vj. TEUR 2.623), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 840; Vj. TEUR 497), Erträge aus Wertschöpfungen und Nutzungsentgelten für Gestattungen (TEUR 1.012; Vj. TEUR 602) und Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (TEUR 192; Vj. TEUR 1.408).

In Abweichung zu den Vorjahren wurden im Geschäftsjahr erstmals Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen (TEUR 9; Vj. TEUR 8) und Erträge aus Gutschriften früherer Jahre (TEUR 8; Vj. TEUR 20) im neutralen Ergebnis ausgewiesen.

Der neutrale Aufwand beinhaltet Anlageabgänge in Gesamthöhe von TEUR 917 (Vj. TEUR 54) sowie Aufwand aus Spenden (TEUR 132; Vj. TEUR 162). Ein wesentlicher Teil betrifft den Buchverlust durch einen Grundstücksverkauf im Zusammenhang mit einer komplexen Stadtentwicklungsmaßnahme mit Beteiligung weiterer Dritter an die Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 561 (Vj. TEUR 0). Im Vorjahr sind darüber hinaus Aufwendungen durch Schadenersatz im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme enthalten (TEUR 750).

Dem neutralen Ergebnis wurden auch die Gewinne aus Grundstücksverkäufen in Höhe von TEUR 3.184 (Vj. TEUR 0), die sich im Kontext von zwei Erbbaurechtsverträgen mit aufstehenden Gebäuden für deren Anteile ergeben haben, und deren Abzinsung (TEUR 1.618; Vj. TEUR 0) zugeordnet (vgl. Angaben im Anhang).

Das **Bewertungsergebnis** ist Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen und die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

Der Ertragsteueraufwand im Einzelabschluss berücksichtigt passive latente Steuern in Höhe von TEUR 1.062; Vj. TEUR 0).

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist stabil. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage spricht auch unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken nicht gegen eine Bilanzierung unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken im Jahr 2020 weiterentwickelt und entsprechend im Geschäftsjahr 2021 umgesetzt.

Die Schwerpunkte des Risikomanagementsystems sind strategische bzw. mittel- und langfristige Risiken mit deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie sonstige Entwicklungen der Gesellschaft. Basierend auf dem strategischen Zielbild der HWG mbH mit seinen Handlungsschwerpunkten zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit mündet dies in einem integrierten Kennzahlen- und Risikomanagementsystem. Aus dem strategischen Zielbild mit den festgelegten Teilstrategien leiten sich Kennzahlen ab, die als Mess- und Steuerungsgrößen zur Zielerreichung dienen. An dem Prozess sind neben der Geschäftsführung alle Abteilungen beteiligt.

Die für die Geschäftstätigkeit und im Hinblick auf das Zielbild typischen allgemeinen und immobilienpezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Dort sind die für das jeweilige Risiko verantwortlichen Fachabteilungen benannt. Dieser Risikokatalog bildet die Grundlage für die jährliche Risikoinventur.

Die Risikoinventur findet jährlich statt. Sie wird in Form von Gesprächen zwischen dem Unternehmenscontrolling und der jeweils verantwortlichen Abteilungsleitung durchgeführt. Dabei werden die Risiken auf Vollständigkeit und hinsichtlich der Einschätzung zu Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit überprüft. Der Risikokatalog wird entsprechend der Ergebnisse angepasst und ggf. werden erforderliche Steuerungsmaßnahmen vereinbart.

Über Risiken, die aufgrund von Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit sowie im Hinblick auf das Zielbild von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung und Steuerung der Gesellschaft sind, wird quartalsweise berichtet. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen und eingeleitet.

Ergebnisse der Risikoinventur fließen zudem in die Planungen der Gesellschaft ein. Insbesondere Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Dazu gehörten im Jahr 2021 das Mietertrags-, das Leerstands-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Eine Über- oder Unterschreitung der aus der Jahresplanung abgeleiteten Messgrößen führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering eingeschätzt.

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf Risiken, welche sich aus der Corona-Pandemie ergeben. Dazu gehören insbesondere Risiken im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der wesentlichen betrieblichen Arbeitsprozesse einerseits und dem Schutz für Mitarbeiter*innen, Kund*innen und Geschäftspartner*innen andererseits. Hier haben sich die vorbeugenden Maßnahmen bewährt. Beim Mietertragsrisiko ist aufgrund des bisherigen Pandemieverlaufs ein geringfügig erhöhtes Mietertragsrisiko hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotential im Bereich der gewerblichen Vermietung zu erkennen.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur wurde dem Mietertragsrisiko erneut eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde dieses Risiko neben der allgemeinen Marktentwicklung auch durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Letzteres hatte bisher jedoch nur geringe Auswirkungen auf die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Nachfolgend wird dazu noch näher ausgeführt.

Die Wohnungsmarktlage hat sich in den letzten Jahren in der Stadt Halle (Saale) verbessert und ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil geblieben. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings differenziert. Vor diesem Hintergrund muss auch die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos differenziert eingeschätzt werden.

Einige Stadtteile konnten nicht in dem Maße von den insgesamt positiven Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale) profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Großwohnsiedlungen. Dort sind gegenüber dem Unternehmensdurchschnitt überdurchschnittliche Leerstände zu verzeichnen oder diese nur mit überdurchschnittlichem Quartiers- und Sozialengagement zu begrenzen. In diesen Lagen ist das Mietertragsrisiko als erhöht einzuschätzen.

Daraus resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügt über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio ist die Gesellschaft wettbewerbsfähig. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren. Negative Entwicklungen können durch positive Entwicklungen kompensiert werden, so dass das Mietertragsrisiko insgesamt als gering eingeschätzt werden kann.

Diese Einschätzung wird auch durch die Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr gestützt. Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung konnten der Leerstand gesenkt und Umsätze gesteigert werden.

Dabei ist es auch in der Wald- und Sportstadt Silberhöhe gelungen, den Leerstand stabil zu halten. Dazu haben die laufende Vermietungstätigkeit, eingeleitete Gegensteuerungsmaßnahmen sowie ein Bestandsabgang beigetragen. Die Anschlussvermietungsquote in den Beständen im Stadtteil mit aktiver Vermietungstätigkeit lag in 2021 bei fast 112 Prozent.

Ein weiteres mittel- bis langfristiges Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. und der §§ 559 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Mietanpassungen nach § 559 BGB ff. sind gesetzlich begrenzt und stehen damit im Gegensatz zur derzeitigen Preisentwicklung. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert. Die Stadt Halle (Saale) hat die Erstellung eines neuen Mietspiegels veranlasst. Dessen Beschlussfassung soll in 2022 erfolgen. Ergebnis und Auswirkungen für die Gesellschaft bleiben abzuwarten.

Weitere Risiken zur Mietertragsentwicklung können sich aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Absenkung des Umlagesatzes nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen (Zeitraum/Höhe) schränken die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitigem Anstieg der Baupreise aufgrund der Marktlage und gesetzlicher Anforderungen bereits ein. Von der Mietpreisbremse ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Gesamtheit der Einflüsse der Corona-Pandemie auf die gesamtwirtschaftliche Lage hatte bisher nur geringe Auswirkungen auf die Wohnungsmietverhältnisse. Sie führten bereits im Vorjahr zu geringeren Kundenkontakten und damit zu weniger Vertragsabschlüssen bei der Neuvermietung.

Die Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt in ihren unterschiedlichen Fassungen bergen dennoch weiterhin wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft und den Konzern. Die zeitweise eingeschränkte Öffnung von Gaststätten und Ladengeschäften jeder Art betrifft direkt einen Teil der gewerblichen Mieter und kann in Folge der Einflüsse auf deren Geschäftstätigkeit zu Umsatzverlusten und Forderungsanstiegen bis hin zum Leerstand bei der Gesellschaft und dem Konzern führen.

Ein erhöhtes Risiko kann in Abhängigkeit vom weiteren Pandemieverlauf jedoch nicht ausgeschlossen werden. Alle wichtigen Mess- und Steuerungsgrößen werden weiter unterjährig beobachtet.

Die Muttergesellschaft trägt für die angemieteten Bestände der Tochtergesellschaft HWG KG das Mietertragsrisiko.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes. Auch die Corona-Pandemie spielte dabei eine Rolle.

Die Baupreise sind in den letzten Jahren bereits deutlich gestiegen. Dieser Preisanstieg im Bauhauptgewerbe hat im abgelaufenen Geschäftsjahr an Dynamik noch einmal deutlich zugelegt. So fiel der Preisanstieg in 2021 um ein vielfaches höher aus als im Vorjahr. Neben der Corona-Pandemie wirkte sich hier auch der Wegfall der temporären Mehrwertsteuersenkung aus.

Baupreisindizes (Wohngebäude, Jahresdurchschnittswerte)		2021 Index	2020 Index	Veränderung Prozent
Bauleistungen	Sachsen-Anhalt	127,9	116,0	10,3%
	Deutschland	127,0	116,4	9,1%
Instandhaltung (ohne Schönheitsreparaturen)	Sachsen-Anhalt	131,9	118,0	11,8%
	Deutschland	127,2	116,9	8,8%

17

Seit einigen Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Die Ursache hierfür lag unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit in Sachsen-Anhalt. Fachkräftemangel und die teilweise durch die Corona-Pandemie zunehmenden Lieferengpässe/Materialengpässe haben diese Entwicklung noch verstärkt.

Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe fällt in 2021 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich deutlich höher aus. Mit Stand November 2021 liegt dieser Index für Sachsen-Anhalt ca. 11,5 Prozent¹⁸ über dem Vorjahresniveau. Im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum hat der vergleichbare Index bis November 2021 ca. 7 Prozent zugelegt.¹⁹

Die erteilten Baugenehmigungen werden voraussichtlich auf hohem Niveau stabil bleiben bzw. im Vergleich zu den Vorjahren leicht ansteigen. In Sachsen-Anhalt wurde der Vorjahreswert bereits im November mit insgesamt ca. 5.800 Wohnungen fast erreicht (Vorjahr gesamt ca. 5.900)²⁰. In Deutschland sind es im gleichen Zeitraum ca. 332.000 Baugenehmigungen (Vorjahr gesamt ca. 360.000), so dass davon auszugehen ist, dass hier mindestens das Vorjahresniveau erreicht wird.²¹

Diese Entwicklungen lassen kurz- bis mittelfristig keine spürbare Entspannung bei den Baupreisen erwarten. Baugenehmigungen und Auftragseingänge sind weiterhin auf einem hohen Niveau und steigen weiter an. Fachkräftemangel und Lieferengpässe/Materialengpässe erhöhen den Preisdruck zusätzlich.

Die aktuelle, pandemiebeeinflusste Marktsituation wird somit die Entwicklungsgeschwindigkeit des Portfolios maßgeblich beeinflussen.

Die Preisentwicklung einerseits und die gesetzliche Deckelung von Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen andererseits machen die Umsetzung von wirtschaftlichen Maßnahmen immer anspruchsvoller. Insbesondere hochpreisige Investitionsprojekte, wie beispielsweise denkmalgeschützte Altbauten oder Neubauten, müssen deshalb ggf. verschoben werden. Bei Modernisierungsmaßnahmen im Bestand bedarf es einer genauen Überprüfung von Sanierungsumfang und Sanierungszeitpunkt, um die Wirtschaftlichkeit und die Bezahlbarkeit der daraus resultierenden Mieten weiterhin gewährleisten zu können. Komplexe und umfangreiche Sanierungsmaßnahmen müssen ggf. zurückgestellt, Investitionsziele eher mit Einzelmaßnahmen und verstärkt mit Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen erreicht werden.

Dadurch können Umsatzsteigerungsziele ggf. nicht im geplanten Tempo erreicht werden. Vor diesem Hintergrund ist dieses Risiko weiter zu beobachten.

Die Gesellschaft beobachtet den Markt permanent. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2022 und der mittelfristigen Planung 2023 bis 2026 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 und 61261-0005 vom 14.01.2022; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 vom 19.01.2022

¹⁸ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 44111-0002 vom 08.02.2022

¹⁹ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 44111-0009 vom 08.02.2022

²⁰ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0007 vom 08.02.2022

²¹ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0002 vom 08.02.2022

Dessen ungeachtet, werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Wirtschaftlichkeitskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit.

Nach der Neu- und Umgestaltung des Technischen Immobilienmanagements (TIM) im Jahr 2020 wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein wichtiger Kernprozess der Abteilung überarbeitet und qualifiziert. Mit dem Organisationsprozess „Vorbereitung und Durchführung von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen“ wurde der Arbeitsprozess weiter optimiert und an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Investitionsprojekte werden nun schrittweise nach Maßgabe dieses Prozesses vorbereitet, umgesetzt und nachbetrachtet.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant, da sie im Rahmen der Anmietung der Bestände der HWG KG auch Baumaßnahmen in deren Objekten durchführt.

Auch unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt das Baukostenrisiko ein hohes Risiko dar und bedarf intensiver Beobachtung. Eine Erhöhung des Risikos könnte sich aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges ergeben. Auf die Ausführungen im Abschnitt „Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes“ wird verwiesen.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt das Liquiditätsrisiko ein geringes Risiko dar.

Corona-Pandemie

Die Gesellschaft hat im Vorjahr einen mehrstufigen, differenzierten Pandemieplan mit erweiterten Vertretungsregeln mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der wesentlichen betrieblichen Leistungsprozesse und der Umsetzung der Unternehmensplanungen aufgestellt. Über die Entwicklung der Pandemie wird seitdem in einer Führungsgruppe, welche alle Unternehmensbereiche einbindet, regelmäßig und ggf. anlassbezogen beraten sowie mit erforderlichen Maßnahmen reagiert.

Die Auswirkungen der Pandemie beeinflussen neben den vorstehenden Ausführungen im Wesentlichen den Bereich Personal und Organisation.

Direkte Einflüsse hatten die Allgemeinverfügungen und Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) in ihren unterschiedlichen Fassungen insbesondere durch die Schließung von Schulen, Kitas und Horten und durch die Anordnung von Quarantäne für infizierte Personen, Kontaktpersonen und Reiserückkehrer aus Risikogebieten. Risiken ergeben sich dabei aus der rechtlichen Bewertung der arbeitsvertraglichen Rechte und Pflichten der Parteien sowie aus Engpässen der Verfügbarkeit von Beschäftigten für betrieblich relevante Prozesse.

Die im Jahr 2021 jeweils getroffenen Maßnahmen reichten trotz Mitarbeiter*innenausfällen, sei es aufgrund Kinderbetreuungsleistungen oder Quarantäne aus, um den Geschäftsbetrieb jederzeit zu sichern.

Durch den Reifegrad der Organisation und den erreichten Fortschritt bei der Digitalisierung werden die Risiken zum Berichtszeitpunkt grundsätzlich als gering eingestuft. Dabei wird unterstellt, dass durch die eingeleiteten Maßnahmen die Belegschaft einschließlich der eigenen Handwerker weiterhin nicht in einem Maß von Infektionen oder Quarantäne betroffen sein wird, dass betriebliche Abläufe eingestellt werden müssen.

Die Geschäftsführung sieht in den genannten Risiken der Corona-Pandemie kurz- bis mittelfristig keine Gefährdung für den Fortbestand des Unternehmens und des Konzerns.

Unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen einerseits und angesichts des nicht vorhersehbaren Verlaufs andererseits wird das Risiko als moderat eingestuft.

Klimaschutz und Klimawandel

Weitere Risiken können sich für die Gesellschaft auch aus der zunehmenden Bedeutung von Klimaschutz und dem Umgang mit den Folgen des Klimawandels ergeben. Dies wird Auswirkungen auf die Investitionskosten, die Energiepreisentwicklung und damit die Umsatzentwicklung haben.

Grundsätzlich ist der Immobilienbestand der Gesellschaft hinsichtlich Klimaschutz und Dekarbonisierung schon gut aufgestellt. Ca. 72,0 Prozent des Bestandes wurde im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen seit 1990 mit Wärmedämmung ausgestattet. Zudem verfügen fast 80,0 Prozent der Wohnungen über einen Fernwärmeanschluss, der aufgrund der zugrundeliegenden Energiegewinnung mittels Kraft-Wärme-Kopplung eine hohe Energieeffizienz aufweist.

Zum Erreichen der Klimaneutralität ist die Gesellschaft auf Kooperationen mit Dritten angewiesen. Die Energiegewinnung gehört nicht zum Geschäftsfeld der Gesellschaft. Teilweise kann die Gesellschaft aufgrund des Anschlusszwanges bei Fernwärme den Energieträger nicht selbst beeinflussen. Die Gesellschaft plant deshalb zur Begrenzung dieses Risikos, im Sinne der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und der Begrenzung von Energiekosten, Kooperationen mit regionalen Versorgungsunternehmen. Ziel ist ein gemeinsamer Stufenplan zur Erreichung eines wirksamen Beitrags der Gesellschaft zur Klimaneutralität.

Über Nachhaltigkeitsaspekte muss die Gesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2023 verpflichtend berichten. Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft im Jahr 2022 vorbereitende Maßnahmen ergreifen.

Unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt dieses Risiko ein noch moderates Risiko dar.

Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes

Aufgrund der militärischen Eskalation, umfangreicher wirtschaftlicher Sanktionen und Einschränkungen sowie entsprechenden Reaktionen an den Finanz- und Handelsmärkten muss mit verschiedensten Auswirkungen auch in Deutschland gerechnet werden.

Aus Sicht der HWG bestehen die Hauptrisiken in einer deutlichen Verteuerung der Beschaffungskosten für alle Energieträger. Finanzielle Risiken ergeben sich zusätzlich aus den erwarteten Kostensteigerungen für Baumaterialien, Waren und Dienstleistungen. Quantifiziert werden können diese Effekte zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden. Zu den sonstigen Risiken zählen wir auch das Zinsänderungsrisiko. Mit dem Abschluss der Zinssicherungsgeschäfte und weiteren Gegenmaßnahmen wird zur Risikoreduzierung entsprechende Vorsorge getroffen.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Oktober 2021 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2023 bis 2026 zur Kenntnis genommen und dem Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2022 zugestimmt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2022 umfasst etwa 260 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von Komplett- oder Teilsanierungen erfahren. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 16,2 Mio. Die Finanzierung soll durch Darlehensneuaufnahmen und durch die Inanspruchnahme möglicher Zuschüsse aus Förderprogrammen gewährleistet werden.

Instandhaltungen und Instandsetzungen durch Dritte wurden mit ca. EUR 12,6 Mio. geplant. Hinzu kommen Handwerkerleistungen des eigenen Servicebetriebes analog der Vorjahre mit ca. EUR 3,0 Mio. Dies dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Desinvestitionsmaßnahmen in Form von Verkäufen und Rückbau hat die Gesellschaft für das Jahr 2022 nicht vorgesehen. Der Abschluss von zwei Erbbaurechtsverträgen im Jahr 2021 wird zu Bestandsabgängen von etwa 80 Wohnungen führen.

Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen wird sich der Wohnungsbestand im Konzern nur geringfügig ändern und zum Ende des Jahres 2022 ca. 17.400 Wohnungen umfassen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer weiteren Stabilisierung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote von sieben Prozent an.

Die Gesellschaft beabsichtigt in den von ihr verwalteten Beständen die Umsatzerlöse auf der Grundlage von Neuvermietungen in Folge von Investitionen und Fluktuation sowie unter Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten im Bestand zu erhöhen. Die Mietanpassungen sind zum Ausgleich der Inflation notwendig, um Kostensteigerungen bei den Bauleistungen, der laufenden Instandhaltung und der Verwaltung aufgrund von Marktpreisentwicklungen zu kompensieren. Der Umfang hängt von dem weiteren Verlauf der Inkraftsetzung der aktuellen Mietspiegelerhebung der Stadt Halle (Saale) ab.

Entsprechend wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 12,6 Mio. (HWG mbH und Konzern). Gemäß der Planung für das Jahr 2022 und der erzielten Ergebnisse aus dem Jahr 2021 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von EUR 5,0 Mio. aus.

Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zum einen weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen des Gesellschafters sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche der Gesellschafter der Gesellschaft überträgt.

Darüber hinaus wird die weitere Entwicklung davon abhängen, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Folge der Corona-Pandemie verändern. Eine gewichtige Rolle spielt hierbei auch die Baupreisentwicklung.

Die aktuellen Einschränkungen und insbesondere die sich daraus ergebenden Folgen für die Gesamtwirtschaft und damit auch für die Entwicklung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens insbesondere zu Investitionen, Umsatz- und Ergebnisentwicklung erschweren die Prognose zum Geschäftsverlauf für das laufende Jahr und die Folgezeiträume. Die Gesellschaft wird soweit möglich und zulässig alles zur Umsetzung der Jahresplanung unternehmen und erforderlichenfalls die Planung fortschreiben. Die Planungen für die Folgezeiträume werden gegebenenfalls an die sich eventuell verändernden Sachlagen angepasst.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben wurde.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Marx, Jürgen, bis 30.06.2021; Danz, Simone, seit 01.07.2021)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian; Heumann, Florian, bis 13.08.2021; Dr. Handschuher, Nicole, seit 26.07.2021; Schmidt, Franz-Georg, seit 26.07.2021)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Nolte, Markus, Pauly, Björn und Zormaier, Ulrich)</i>

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	63.048	100	64.288	100	65.527	100	-1.240	-2
Umlaufvermögen	12	0	12	0	12	0	0	0

Bilanzsumme	63.060	100	64.300	100	65.539	100	-1.240	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	63.050	100	64.290	100	65.529	100	-1.240	-2

Bilanzsumme	63.060	100	64.300	100	65.539	100	-1.240	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.468	3.570	3.949
sonstige betriebliche Erträge	3	3	0
Abschreibungen	1.240	1.240	1.240
sonstige betriebliche Aufwendungen	110	109	107
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	13	36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.121	2.237	2.638
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.240	1.240	1.240	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,02	0,02	0,02	%
Fremdkapitalquote:	99,98	99,98	99,98	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten („Institute an der Martin-Luther-Universität“) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Errichtung der Gesellschaft sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	4.117	53	6.487	80	6.049	70	-2.370	-37
Umlaufvermögen	3.607	47	1.607	20	2.601	30	2.000	124
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	23	0	2	0	-21	-91

Bilanzsumme

7.726	100	8.117	100	8.652	100	-391	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.769	88	6.724	83	6.742	78	45	1
Sonderposten für Investitionszulagen	614	8	1.024	13	1.433	17	-410	-40
Rückstellungen	133	2	184	2	213	2	-51	-28
Verbindlichkeiten	200	2	175	2	255	3	25	14
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	10	0	9	0	0	0

Bilanzsumme

7.726	100	8.117	100	8.652	100	-391	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.867	1.885	1.807
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	176	85	-30
sonstige betriebliche Erträge	6	3	2
Materialaufwand	1.118	1.048	876
Personalaufwand	0	87	76
Abschreibungen	196	159	160
sonstige betriebliche Aufwendungen	693	706	801
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	9	12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-1
Ergebnis nach Steuern	45	-18	-121
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	45	-18	-121
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-41	-23	98
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-41	-23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,39	-0,96	-6,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,66	-0,27	-1,79	%
Cash-Flow:	241	141	39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		987	890	T€
Personalaufwandsquote:		4,39	4,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	43,50	45,94	49,55	%
Eigenkapitalquote:	87,62	82,85	77,93	%
Fremdkapitalquote:	12,38	17,15	22,07	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	100,00	100,00	100,00	%

f) Lagebericht

- I. Grundlage des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Zur Erfüllung des Unternehmenszwecks werden insbesondere die folgenden Leistungen angeboten:

- Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Bio- und Lebenswissenschaften,
- Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie von Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institute der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,6 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2021 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt insbesondere die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Bereichen Biomedical Life Sciences (u.a. Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin und Medizintechnik).

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die oben genannten Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms 2020 durch die weltweite Pandemie in eine Rezession geraten. Im Berichtsjahr haben überdies die Inflationsrisiken merklich zugenommen. Besonders kräftig, teils sogar zweistellig, sind die Preise auf den Vorstufen der Wertschöpfung gestiegen. Neben Steigerungen bei den Energiepreisen sind krisenbedingte Angebotsengpässe deutlich spürbar. Zwar deuten Szenarien aktueller Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf eine weitere Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2022 hin. Aus heutiger Sicht sind solide Prognosen zum Ende der Pandemie und einer dadurch bedingten Erholung der Gesamtwirtschaft allerdings nicht möglich und wären somit reine Spekulation. Die weltweite Pandemie bedingt zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Rückschläge bei der Überwindung der Covid-19-Pandemie stellen somit nach wie vor die mit Abstand größte Gefahr für die Konjunktur dar. Hinzu kommen latente Risiken der Ausweitung handels- und geopolitischer Spannungen wie beispielsweise zwischen der EU und Russland oder auch der VR China.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland stagniert und wird auch zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind unter anderem steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind trotz der beschriebenen Annäherungen weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die in vielen Teilen zunehmend protektionistischen Strömungen weiter beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagnieren branchenübergreifend. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2021 auch ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus angeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und die Netzwerkpartner fast das gesamte Geschäftsjahr durch die Rahmenbedingungen und die Unsicherheiten der Pandemieentwicklung massiv beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Während des gesamten Berichtsjahres hat die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie auch die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen vor allem auf ein Minimum eingeschränkte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten. Permanente Unsicherheiten bezüglich zu erwartender Entwicklungen stellten die Arbeitsorganisation insgesamt vor große Herausforderungen. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage zum Teil erheblich eingeschränkt. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, war deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Es bestanden permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung. Gleiches galt für die Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Um diesen Unsicherheiten zu begegnen wurden zahlreiche organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagement wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Regelmäßig stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstab der Stadt Halle (Saale), dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Hygieneverordnungen vermitteln zu können. In den Gebäuden und Grundstücken wurden umfangreiche Hygienemaßnahmen umgesetzt. Darüber hinaus konnten erfolgreiche Konsortien aus Startups und Technologieunternehmen u.a. zur Impfstoffforschung und Schnelltest-Entwicklung initiiert werden. Der Betrieb einer Schnelltest-Station in einem Gebäude der Gesellschaft wurde auch 2021 unterstützt. Im Ergebnis der Aktivitäten zur Bekämpfung der Pandemie, zur Unterstützung der Mieter und zum Schutz der Mitarbeiter stehen auch 2021 wieder erhöhte Aufwendungen zu Buche.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf die Pandemie und einzelne Maßnahmen zu deren Bekämpfung am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen eingesetzt. Abgeschlossen wurde beispielsweise die Modernisierung der zentralen Konferenzflächen.

Trotz der unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der durchschnittliche Mietzins auch im Jahr 2021 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen. Teil der mittelfristigen Wirtschaftsplanung sind auch dem Wettbewerbsumfeld entsprechende Erlössteigerungen für etablierte Unternehmen. Gestützte Mietpreise für Startups und junge Wachstumsunternehmen sind weiterhin Bestandteil des Geschäftsmodells.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum die weitere Etablierung des ersten Accelerator-Programmes des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Wahl des Geschäftsführers in den Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), in den Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie in den Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Mitarbeit in der AG Bioparks im BVIZ, im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen. Pandemiebedingt konnten im Berichtsjahr kaum derartige Aktivitäten nur in digitalen Formaten umgesetzt werden. Die dafür notwendige Infrastruktur wurde erfolgreich installiert und auch den betreuten Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden die bestehenden Kommunikationskanäle ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen laufendes Jahr	899	43,9%	893	45,3%	6	0,7%
+ Mietnebenkosten laufendes Jahr	967	47,2%	1.022	51,8%	-55	-5,4%
+ = UMSATZERLÖSE	1.866	91,1%	1.915	97,1%	-49	-2,6%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	176	8,6%	55	2,8%	121	220,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	6	0,3%	3	0,2%	3	100,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	2.048	100,0%	1.973	100,0%	75	3,8%
+ Raumkosten Mieter	1.118	54,6%	1.048	53,1%	70	6,7%
+ Personalkosten	0	0,0%	87	4,4%	-87	-100,0%
+ eigene Raumkosten	82	4,0%	54	2,7%	28	51,3%
+ Betriebsführung	300	14,6%	250	12,7%	50	20,0%
+ Versicherungen / Beiträge	15	0,7%	8	0,4%	7	87,5%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	186	9,1%	302	15,3%	-116	-38,4%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	3	0,2%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	12	0,6%	5	0,3%	7	126,4%
+ sonstige Kosten	94	4,6%	84	4,2%	10	12,4%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	692	33,8%	706	35,8%	-14	-2,0%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.810	88,4%	1.841	93,3%	-31	-1,7%
= EBITDA	238	11,6%	132	6,7%	106	80,2%
+ Abschreibungen	605	29,5%	568	28,8%	37	6,5%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-409	-20,0%	-409	-20,7%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	196	9,6%	159	8,1%	37	23,3%
= EBIT	42	2,1%	-27	-1,4%	69	-256,1%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	3	100,0%	9	100,0%	-6	-66,7%
+ = FINANZERGEBNIS	3	100,0%	9	100,0%	-6	-66,7%
= EBT	45	2,2%	-18	-0,9%	63	-351,4%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	0	0,0%	0	0,0%	0	*
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	0	0,0%	0	0,0%	0	*
= JAHRESERGEBNIS	45	2,2%	-18	-0,9%	63	-351,4%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2020 um 75 T-€ (= 3,8 %) auf 2.048 T-€ erhöht. Dabei sanken die abgerechneten Mietnebenkosten um 55 T-€ und die Mieteinnahmen stiegen um 6 T-€. Durch die Auflösung der erhaltenen Anzahlungen zum Ende des Berichtsjahres ergab sich eine Änderung der nicht abgerechneten Mietnebenkosten aus dem Vorjahr mit 176 T-€. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 3 T-€ gestiegen. Damit liegt die Betriebsleistung 176 T-€ über Plan.

Die **Raumkosten der Mieter** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 70 T-€ und überschritten den Planansatz damit um 98 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft sind plangemäß um 87 T-€ auf 0 T-€ gesunken. Es werden ab diesem Geschäftsjahr keine eigenen Mitarbeiter mehr beschäftigt.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 14 T-€. Dabei haben sich in diesem Posten die Reparaturen und Instandhaltungen (-116 T-€) vermindert, die eigenen Raumkosten (+28 T-€), die Betriebsführungskosten (+50 T-€), die Versicherungen und Beiträge (+7 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+7 T-€) sowie die sonstigen Kosten (+10 T-€) haben sich erhöht. Der Planansatz wurde um 43 T-€ unterschritten. Dabei lagen die eigenen Raumkosten um 8 T-€, die Kosten des Fuhrparks um 3 T-€, die Reparatur- und Instandhaltungskosten um 64 T-€ und die Werbe- und Reisekosten um 3 T-€ unter dem Planansatz. Die Sonstigen Kosten hingegen überschritten den Planansatz um 29 T-€, die Versicherungen und Beiträge um 7 T-€.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2020 um 106 T-€ auf 238 T-€ verbessert und lag um 121 T-€ über dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 605 T-€ (Vorjahr: 568 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die saldierten Abschreibungen lagen mit 196 T-€ um 24 T-€ über Plan.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2020 um 69 T-€ auf 42 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planansatz von -55 T-€ gab es eine positive Abweichung von 97 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (9 T-€) um 6 T-€ auf jetzt 3 T-€ vermindert und liegt damit um 3 T-€ unter dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des erzielten Jahresüberschusses (50 T-€) und des verrechneten Verlustvortrages aus den Vorjahren 0 T-€.

Der **Jahresergebnis** hat sich um 63 T-€ von einem Jahresfehlbetrag (-18 T-€) im Vorjahr auf einen Jahresüberschuss (45 T-€) im Berichtsjahr verbessert. Es liegt damit 94 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 3.467,0 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 1.985,3 T-€ erhöht. Die Erhöhung resultiert aus der Umschichtung von verzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens in liquide Mittel des Umlaufvermögens. Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	31.12.2021		31.12.2020			
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.769,2	87,6	6.724,5	82,9	44,7	0,7
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	614,0	8,0	1.023,3	12,6	-409,3	-40,0
Rückstellungen	132,7	1,7	184,3	2,3	-51,6	-28,0
Erhaltene Anzahlungen	0,0	0,0	35,0	0,4	-35,0	0,0
Lieferverbindlichkeiten	134,1	1,7	96,6	1,2	37,5	38,8
Sonstige Verbindlichkeiten	65,9	0,9	43,4	0,5	22,5	51,8
Summe Verbindlichkeiten	200,0	2,6	175,0	2,1	25,0	90,7
Rechnungsabgrenzungsposten	9,7	0,1	9,5	0,1	0,2	2,1
Summe Passiva	7.725,6	100,0	8.116,6	100,0	-391,0	-4,8

c) Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung	
	31.12.2021		31.12.2020		ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	3,6	0,1	6,3	0,1	-2,7	-42,9
Sachanlagen	3.360,7	43,5	3.728,5	45,9	-367,8	-9,9
Finanzanlagen	752,4	9,7	2.752,4	33,9	-2.000,0	-72,7
Summe Anlagevermögen	4.116,7	53,3	6.487,2	79,9	-2.370,5	-125,4
Forderungen	8,0	0,1	41,3	0,5	-33,3	-80,6
Sonstige Vermögensgegenstände	132,2	1,7	83,6	1,0	48,6	58,1
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.467,0	44,9	1.481,7	18,3	1.985,3	134,0
Summe Umlaufvermögen	3.607,2	46,7	1.606,6	19,8	2.000,6	111,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	22,8	0,3	-21,1	-92,5
Summe Aktiva	7.725,6	100,0	8.116,6	100,0	-391,0	-4,8

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 391,0 T-€ (= -4,8 %) auf 7.725,6 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 53,3 % (Vorjahr: 79,9 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 45,9 % im Vorjahr auf 43,5 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.000,0 T-€ auf 752,4 T-€ vermindert. Daher hat sich der Anteil am Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr von 33,9 % auf 9,7 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (234,7 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 605,2 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 370,5 T-€ auf einen Betrag von 3.364,3 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 2.000,6 T-€ oder 111,5 % auf 3.607,2 T-€ erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 8,0 T-€ haben sich um 33,3 T-€ vermindert, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 48,6 T-€ auf 132,2 T-€ erhöht.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 3.467,0 T-€ (Vorjahr: 1.481,7 T-€) und nahmen damit um 1.985,3 T-€ zu. Ein Grund für die Zunahme war der Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von 2.000,0 T-€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus ist die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen eine wichtige Größe.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 100,00 % ausgelastet. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	70,00 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	15,00 %
• Sonstige Services	15,00 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 20 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Trotz der pandemischen Rahmenbedingungen war unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung besser als erwartet. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2022 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2023 bis 2026 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis vor Steuern	Ergebnis
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2022	1.875	2.018	6	-137
2023	1.877	1.947	6	-64
2024	1.880	1.911	6	-25
2025	1.882	1.916	6	-28
2026	1.885	1.920	6	-29

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen der Pandemie für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das 2019/20 weiterentwickelte detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen und sich verändernden Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Im laufenden Geschäftsjahr besteht wieder das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Als ausgesprochen erfolgreich kann das durch die Gesellschaft etablierte Accelerator-Programm bezeichnet werden. Im Berichtsjahr konnten dadurch landesweit wieder einige neue Startups angesiedelt und beim Wachstum unterstützt werden. Das Programm trägt zudem positiv zur Profilbildung des Standortes bei. Zukünftig sind durch die konzeptionelle Verknüpfung der geplanten Neubauvorhaben und den Dienstleistungen des Accelerator-Programms weitere Impulse für Innovationen und die damit verbunden Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Im kommenden Geschäftsjahr wird in diesem Sinne die Sanierung von Bestandsflächen intensiviert. Zudem wird ein ganzheitliches Konzept für die Modernisierung aller Bestandsgebäude mit einem Planungshorizont bis 2027 entwickelt.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet auch 2022 die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode bis 2027, unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann. Bei der Weiterentwicklung des aktuellen Geschäftsmodells wird nunmehr verstärkt berücksichtigt, dass Fördermöglichkeiten und -quoten nach Ablauf der Strukturfondsperiode generell stark sinken werden. Deshalb besteht das Ziel einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit aller Marktangebote.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Letzteres wird 2022 neu gefasst. Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das kommende Geschäftsjahr sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2022 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Pandemie insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies betrifft bei Unternehmen im Bereich der Fokusbranche Biomedical and Life Sciences (z.B. Biotechnologie, Pharmazie, Analytik) pandemiebedingt wegen zusätzlicher Förderprojekte und der Teilnahme an F&E-Konsortien sogar die kurze Frist. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungs-niveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne pandemiebedingte Einflüsse unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden durch die TGZ Halle GmbH aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Demselben Zweck dient der geplante Erweiterungsneubau der TGZ Halle GmbH auf dem Gelände des Innovations Hub. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner und neuem Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.

- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, hat seit 2020 weltweite und massive Auswirkungen auf Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bevölkerung und das soziale Miteinander. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten. Hinzu kommen Reise- und Versammlungsbeschränkungen, welche die Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten auf ein Minimum reduzieren. Ebenfalls deutlich sind Herausforderungen für die Arbeitsorganisation insgesamt sowie die durch Home-Office, Home-Schooling und Krankentage bedingte Reduktion der Handlungsfähigkeit zahlreicher MitarbeiterInnen. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, ist deren Effektivität eingeschränkt. Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der Aufgabenerfüllung bleiben bestehen. Gleiches gilt nach wie vor für die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, der in Personalunion Leiter des Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstabes der Stadt Halle (Saale) ist.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie für die Berichtsgesellschaft nach wie vor zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte weiterhin zur zeitweisen Quarantäne des Personals (Home-Office) und zu Arbeitsausfällen wegen des Home-Schooling oder auch zu Erkrankungen kommen. Für den kaufmännischen Bereich, den Bereich Beratung und Projektmanagement sowie den Bereich Marketing und Kommunikation ist es nach wie vor möglich, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen. Im technischen Bereich gestaltet sich dies schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcings die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Wie bereits im Berichtszeitraum zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Die Antragstellung und die Bewilligung von Förderprojekten könnten sich weiterhin zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen jedoch nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Personell bedingte Arbeitsausfälle und die damit verbundenen Kosten könnten im Extremfall beispielsweise durch das neu eingeführte Kurzarbeiterentgelt teilweise ausgeglichen werden.

- Geplante Veranstaltungen könnten auch weiterhin abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt oder in digitalen Formaten umgesetzt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Haftkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalekreis.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Gesellschaft ist u. a. die Errichtung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Star-Park. Der öffentliche Zweck ist demnach in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	<i>(vertreten durch Weber, Robert)</i>
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	12.353	100	14.558	100	22.797	99	-2.205	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	35	0	70	0	115	1	-35	-50

Bilanzsumme

12.388	100	14.628	100	22.912	100	-2.240	-15
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	12.193	98	14.149	97	22.612	99	-1.956	-14
Rückstellungen	60	1	60	0	114	0	0	0
Verbindlichkeiten	135	1	419	3	186	1	-284	-68

Bilanzsumme

12.388	100	14.628	100	22.912	100	-2.240	-15
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.363	1.923	4.214
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-724	25	-1.707
sonstige betriebliche Erträge	502	1.493	0
Materialaufwand	1.826	2.533	1.301
Personalaufwand	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	538	710	712
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-223	198	494
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-223	198	494

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-9,43	10,30	11,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,79	1,42	2,23	%
Cash-Flow:	-223	198	494	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00	0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	98,43	96,73	98,69	%
Fremdkapitalquote:	1,57	3,27	1,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	168,38	172,68	178,28	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	4,30	5,60	20,00	ha

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung und der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Hauptziel der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalekreis.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27. September 2019 antragsgemäß positiv beschieden. Die EglG hat die genehmigten Fördermittel auf Grundlage des mit ihr fortbestehenden Erschließungsvertrages zum Star Park von der Stadt Halle (Saale) gemäß Mittelanforderung erhalten und wird den verbleibenden Eigenmittelanteil selbst tragen.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führte die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Restansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es wurden seitens der Stadt Halle (Saale) dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Nacherschließung der Infrastruktur inklusive Kapazitätserweiterung des Stromnetzes durch eine Verbesserung der äußeren Erschließung im Oktober 2020 und zur Nacherschließung einer Gleisanbindung im Februar 2021 gestellt.

B. Darstellung der Lage

Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind teilweise durch die Gesellschaft zu tragen bzw. so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH bis mindestens 31. Dezember 2022 vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben.

Eine Bewertung des Status der Kundenanlage und die Prüfung ob, wann und unter welchen Umständen die Energieanlagen in ein öffentliches Netz überführt werden können oder ob es alternative Betriebsmöglichkeiten gibt, wurde im Jahr 2021 durch einen unabhängigen Gutachter geprüft und bewertet. Es wird angestrebt das Netz ab dem Jahr 2023 als Netz der allgemeinen Versorgung zu betreiben. Die dafür notwendigen Prüfungen und Ausschreibungen sind durch die EVG angestoßen worden.

Im Jahr 2021 konnte eine Restfläche mit einer Gesamtgröße von ca. 0,9 ha sowie eine Optionsfläche in der Größe von 3,4 ha verkauft werden. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden in 2021 für die Gesellschaft umsatzwirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft.

Ein Optionsverkauf von 3,1 ha wurde ebenfalls im Jahr 2021 notariell beurkundet, jedoch ist der Zahlungseingang erst im Jahr 2022 liquiditätswirksam. Weitere ca. 36 ha sind durch Kaufvertragsangebote notariell beurkundet, welche bis teilweise 31. Dezember 2029 bestehen.

Ein erster Bauabschnitt für die Nacherschließung der Optionsflächen des Industriegebietes mit baulichen Maßnahmen zur Ver- und Entsorgung wurde am 30. Juni 2021 abgeschlossen. Auf diesen ersten Bauabschnitt sollen zwei weitere Bauabschnitte zur Erschließung der Flächen mit Gas, Strom (inklusive äußerer Erschließung durch Kapazitätserweiterung des Stromnetzes), Trinkwasser, Abwasser, Regenwasserentsorgung, Straßenbaumaßnahmen sowie die Nacherschließung mittels Schienenanbindung erfolgen.

Für diese zwei Bauabschnitte wurden im Jahr 2020 sowie im Jahr 2021 entsprechende Fördermitelanträge im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Diese Fördermitelanträge müssen jetzt zum Erhalt eines entsprechenden Zuwendungsbescheides durch entsprechende Planungsleistungen vervollständigt werden.

Aufgrund der fehlenden Flächen zur freien Vermarktung lag das Jahresergebnis im Jahr 2021 bei -223 TEUR (Vorjahr 198 TEUR). Geplant war entsprechend des geänderten Wirtschaftsplanes ein Jahresfehlbetrag von -239 TEUR.

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EglG sehen weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Im September 2020 wurde durch die Komplementärin der EglG, die EVG, ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden. Der Eigenanteil soll durch die EglG aufgebracht werden.

Am 21. Dezember 2020 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. EUR bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung zur Organisation der zwei Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW-Gelände, Umsetzung Star Park 2) und das Zentrum für nachhaltige Materialien im Technologie Park nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Gesamtsteuerung des Strukturwandelprozesses der Strukturwandelprojekte der Stadt Halle (Saale), Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Revitalisierung des RAW-Geländes, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) wurde die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) beauftragt, als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der Leuchtturmprojekte zu übernehmen.

Die für die Umsetzung notwendigen Beschlüsse wurden wie bereits berichtet im Juli 2021 durch den Stadtrat gefasst, um im Anschluss die für die Umsetzung notwendigen Fördermitelanträge zu stellen und weitere vorbereitende Aktivitäten durchführen zu können. Demgemäß sind durch die Komplementärin der EglG im Jahr 2021 die vorbereitenden Aktivitäten zur Antragstellung der Fördermitelanträge im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen eingeleitet worden.

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 21. Juli 2021 der Stadt Halle (Saale) wurde die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, mit der Umsetzung beauftragt. Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat der EVG in Form des zur Beratung vorgelegten Nachtragswirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2021 der EglG gebilligt worden. Dem Finanzausschuss der Stadt Halle (Saale) wurde dieser Nachtragswirtschaftsplan zuständigkeithalber zu dessen Sitzung am 13. Juli 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen und bestehender Eigenkapitalausstattung während des gesamten Geschäftsjahres 2021 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31. Dezember 2021 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 7,123 TEUR (Vorjahr: 5,554 TEUR) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2021 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2020, der Wirtschaftsplanung 2022 und der Mittelfristplanung 2022 bis 2025.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2022 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kam nach dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem eigenen Unternehmenskonzept bis Ende 2018 nur die Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Der Gesellschaft stehen frei verfügbar per 31. Dezember 2021 lediglich noch ca. 3,2 ha vermarktbar Fläche zur Verfügung. Für weitere ca. 36 ha sind derzeit Kaufvertragsangebote mit unterschiedlichen Unternehmen und unterschiedlicher Laufzeit vereinbart. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragspartner diese Kaufangebote für die geplanten Erweiterungsabsichten ihrer schon bestehenden Unternehmen in Anspruch nehmen.

Für einen Großteil der Flächen im Norden des Industriegebietes ist für eine Veräußerung der Optionsflächen eine Nacherschließung notwendig. Für diese Nacherschließungen sind zwei weitere Bauabschnitte mit einem Investitionsvolumen von ca. 24 Mio. EUR vorgesehen. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahmen mit bis zu 95% gefördert zu bekommen. Die Eigenanteile sollen durch die EglG aufgebracht werden. Zu Erlangung der maximalen Fördersumme von 95% müssen die vollständigen mit der BLSA abgestimmten Bauunterlagen und die dazugehörigen Abstimmungen bis zur Erlangung des Zuwendungsbescheides bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossen sein. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden derzeit durchgeführt.

Parallel dazu sind, wie bereits ausgeführt, die Entwicklung eines neuen, der Qualität des Star Park vergleichbaren großflächigen klimaneutralen Gewerbegebietes und die Revitalisierung des RAW-Geländes zu einem neuen Stadtteil innerhalb des Stadtgebietes für die kommenden Jahre voraussichtliche Betätigungsfelder für die EglG, welche derzeit konkretisiert werden. Mit der Revitalisierung des RAW-Geländes können zukünftig einerseits mögliche Investorenanfragen bedient und andererseits ein massiver städtebaulicher und umweltbelasteter Missstand behoben werden. Die entsprechenden Aufträge durch die Stadt Halle (Saale) sind erfolgt. Es ist bereits ein Grundsatzbeschluss im November 2020 und der Beschluss zur Beauftragung zur Durchführung der beiden Investitionsprojekte im Juli 2021 gefasst. Diesbezügliche Abstimmungen erfolgen derzeit.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Diese Aussage wird auch dadurch nicht in Frage gestellt, dass die Stadt Halle (Saale) als Kommanditistin auch im Jahr 2021 von ihrem Kapitalentnahmerecht Gebrauch gemacht hat.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Handelsgesellschaften sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG in Halle (Saale), deren Gegenstand der Erwerb, die Erschließung und die Veräußerung von Grundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis ist.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Weber, Robert	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 30.09.2021)
	stellv. Vorsitzender	Wolter, Tom	
		Heinrich, Andreas	
		Mämecke, Steve	
		Nagel, Elisabeth	
		Ranft, Melanie	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€		
Aufsichtsrat	11	5	13

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5	1	13	3	39	13	-8	-62
Umlaufvermögen	337	99	397	96	269	87	-60	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3	1	1	0	-3	-100
Bilanzsumme	342	100	413	100	309	100	-71	-17

	T€		%		T€		%		T€		%	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%		
Passiva												
Eigenkapital	182	53	151	37	137	44	31	21				
Rückstellungen	49	15	222	54	95	31	-173	-78				
Verbindlichkeiten	72	21	40	9	77	25	32	80				
Rechnungsabgrenzungsposten	39	11	0	0	0	0	39					
Bilanzsumme	342	100	413	100	309	100	-71	-17				

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	679	844	891
sonstige betriebliche Erträge	293	13	13
Materialaufwand	314	164	181
Personalaufwand	519	512	440
Abschreibungen	10	26	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	98	140	236
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Ergebnis nach Steuern	31	15	21
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31	15	21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,50	1,74	2,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,21	10,79	17,87	%
Cash-Flow:	41	41	48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	139	171	226	T€
Personalaufwandsquote:	53,44	59,71	48,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,49	1,70	4,45	%
Eigenkapitalquote:	53,12	36,63	44,19	%
Fremdkapitalquote:	46,88	63,37	55,81	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2021 in 4 ordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2020 und dem Wirtschaftsplan 2022 sowie der Mittelfristplanung bis 2026, der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten und der Entwicklung und Neuausrichtung der Gesellschaft. Inhalte dieser Neuausrichtung waren vor allem die zukünftigen Leuchtturmprojekte Star Park 2 und die Revitalisierung des ehemaligen RAW-Geländes im Strukturwandel Braunkohleausstieg. Die konkreten Arbeitsstände und Planungen dieser Projekte waren regelmäßig Inhalt der Beratungen und Beschlussfassungen.

Inhalt der Sitzungen waren außerdem die Nacherschließungsprojekte (zwei weitere Bauabschnitte) zur Verbesserung der Infrastruktur und der Bau eines weiteren Gleisanschlusses des Star Park sowie die Umwandlung der Verteilanlagen für Strom und Gas von einer Kundenanlage in ein Netz der allgemeinen Versorgung.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle (Saale) hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Park im Jahr 2007 beauftragt. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wurde zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Die dementsprechende investive Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem dabei erfolgreich abgeschlossenen, für die Gesellschaft und die Stadt Halle (Saale) sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion auf einer Teilfläche einer noch zusammenhängenden, 50 ha großen Ansiedlungsfläche zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde für einen ersten Bauabschnitt ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führt die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung der Infrastruktur des nördlichen Teils des Star Parks wurde im Oktober 2020 ein weiterer GRW- Fördermittelantrag durch die Stadt Halle (Saale) über eine Investitionssumme von 20,7 Mio. EUR bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Es wurde eine Förderung von bis zu 95% beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht. Eine schriftliche Förderzusage wird seitens der Investitionsbank jedoch erst mit dem Zuwendungsbescheid nach Einreichung der Z-Bauunterlagen erfolgen.

Im April 2021 wurde nach europaweiter Ausschreibung die Projektsteuerung für diesen zweiten Bauabschnitt beauftragt. Als vorbereitende Aktivitäten wurden Ausschreibungen der Planungsleistungen mit dem Ziel durchgeführt, dass die Planungsunterlagen bis September 2022 erstellt werden. Im Anschluss daran sollen die Unterlagen mit dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (LBSA) abgestimmt werden, um die nach den baufachlichen Ergänzungsbestimmungen (Z-Bau) abgestimmten Bauunterlagen im Anschluss bei der Investitionsbank zur Erstellung des Zuwendungsbescheides einreichen zu können. Die Maßnahme soll bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Für den 3. Bauabschnitt der infrastrukturellen Nacherschließung des nördlichen Teils des Star Park zur Anbindung mittels Gleisanlage wurde ebenfalls durch die Stadt Halle (Saale) ein Fördermittelantrag erstellt und im Februar 2021 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Für die Dauer von der ersten Ausschreibung bis zur Fertigstellung wurden analog der übrigen notwendigen Bauabschnitte der Nacherschließung 5 Jahre eingeplant und ein Investitionsvolumen von 3,1 Mio. EUR veranschlagt. Die Maßnahme wurde - wie für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung - mit einer bis zu 95%-igen GRW-Förderung bei der Investitionsbank beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht. Im April 2021 wurde hier ebenfalls die europaweite Ausschreibung der Projektsteuerung veröffentlicht und der Vergabeprozess wurde im August 2021 abgeschlossen. Im Anschluss ist auch bei diesem Projekt die Vorbereitung und Erstellung der Planungsunterlagen geplant. Die Erstellung dieser Z-Bauunterlagen erfordert die Erbringung und Beauftragung diesbezüglicher Planungsleistungen, welche ebenfalls bis September 2022 erbracht werden sollen. Die Gesellschaft muss auch hier in Vorleistung gehen, um den Zuwendungsbescheid erhalten zu können. Diese Maßnahme soll ebenfalls im Jahr 2026 abgeschlossen werden.

Teil der Neuausrichtung der Gesellschaft sollen u.a. die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises und die Entwicklung des RAW- Geländes werden.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Entwicklung RAW-Gelände, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg-Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) soll die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der „Leuchtturmprojekte“ übernehmen.

Vorbereitend zu diesen Maßnahmen wurde durch die EVG im September 2020 ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden

Am 21.12.2020 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. EUR bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung von 3 Projektmanagementstellen zur Organisation der 3 Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW Gelände, Umsetzung Star Park 2 sowie Bau des Business Development Centers im Technologie Park), eine halbe Stelle Projektassistenz, Sachkosten in Verbindung mit dem Projektmanagement, die externe Vergabe der Gesamtsteuerung der Investitionsvorhaben nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz mit bis zu 90% Förderung. Die Eigenanteile sollen per Weiterbelastung durch die EglG an die EVG aufgebracht werden.

Für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte Star Park 2 und die Revitalisierung des RAW-Geländes wurden am 21.07.2021 entsprechende Beschlüsse durch den Stadtrat gefasst. Die vorbereitenden Maßnahmen zur Fördermittelbeantragung wurden noch im Jahr 2021 begonnen, sodass die Gesellschaft am 24.09.2021 die Förderwürdigkeitszusage des Bundes für beide Leuchtturmprojekte nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen erhielt.

Im Land Sachsen-Anhalt wurde das Strukturentwicklungsprogramm im Jahr 2021 erarbeitet. Mit diesem Programm wurde die fachliche Grundlage für den Strukturwandel in Sachsen-Anhalt gelegt. Unabhängig davon wurden die prioritären Projekte der Stadt Halle (Saale) vom Land Sachsen-Anhalt als förderwürdig anerkannt. Zur Erarbeitung des Programms wurden 4 Arbeitsgruppen (Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Fachkräfte sowie Attraktivität des Reviers) gebildet.

Im Rahmen des Strukturwandelprozesses wurde zur Vorbereitung und Begleitung der investiven Maßnahmen durch die EVG im Jahr 2021 europaweit die Gesamtsteuerung der Vorhaben nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen für die Stadt (Halle) ausgeschrieben und im August 2021 vergeben.

In der Wirtschaftsplanung des Jahres 2021 und der Mittelfristplanung bis 2025 wurden entsprechende Personalstellen und Mittel für externe Vergaben in Bezug auf die Projekte des Strukturwandels eingeplant.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Im Jahr 2020 wurde die städtebauförderrechtliche Abrechnung fristgerecht zum Ende des Jahres eingereicht. Im Entwicklungsgebiet Heide Süd wurden zu Beginn des Jahres 2020 die Infrastrukturmaßnahmen zur Errichtung der Ein- und Mehrfamilienhäuser im Baugebiet 32.6 am grünen Dreieck abgeschlossen. Nach Fertigstellung der privaten Bauvorhaben werden dann entsprechend in Bauabschnitten der Straßenendausbau und die Herstellung von Begleitgrün analog den abgeschlossenen Baugebieten in Bauabschnitten hergestellt. Für die ehemals für Reihenhäuser vorgesehenen Grundstücke, welche aufgrund des Bedarfes in Einfamilienhausgrundstücke parzelliert wurden, wurden die Verkehrswertgutachten und Exposés erstellt. Das Beurkundungsverfahren in Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) wurde angestoßen.

Tätigkeitsschwerpunkte und Aufgabengebiete im Jahr 2021 waren die technische Projektbegleitung, die Durchführung und Begleitung der entwicklungsrechtlichen Schlussabrechnungen der Gesamtmaßnahme (städtebauförderrechtliche Abrechnung) sowie die Anpassung und Erarbeitung der Ausführungsplanung des Straßenendausbau BG 32.6 (erster Bauabschnitt, Klaus-Peter-Rauen-Str. und Privatstr. bzw. Stichstraßen). Nach der Fertigstellung der privaten Bauvorhaben werden dann entsprechend in Bauabschnitten der Straßenendausbau und die Herstellung von Begleitgrün, analog den bereits abgeschlossenen Baugebieten in Heide Süd, hergestellt. Dies betrifft die Entwurfsplanung zum Fußweg Bertha-von-Suttner-Platz, die Erstellung der Ausführungsplanung Landschafts- und Straßenbau und des Begleitgrüns 32.6 sowie die Erstellung der Entwurfs- und Ausführungsplanung Baugebiet 32.6 Stadtplatz.

Außerdem fand die Begleitung von Übergaben abgeschlossener Straßen-/Brücken-/Wege-/Landschaftsbaumaßnahmen, die Leitung und Führung des Altlasten-/Umweltmanagements und Grundwasser-Monitorings sowie die Teilnahme an Projekten des Schall- und Artenschutzes (z. B. Umsiedlung von geschützten Tierarten) im Jahr 2021 statt.

Es wurden im vergangenen Jahr für die Stadt Halle (Saale) treuhänderisch 3,32 Mio. EUR an Umsatzerlösen aus Grundstücksverkäufen erzielt. Dem steht ein Aufwand von 552 TEUR für oben aufgeführte Planungsaktivitäten, Erschließungs-/Sanierungs-/Unterhaltungsmaßnahmen und Vermarktungsaktivitäten gegenüber.

Derzeit gibt es im Star Park noch eine vermarktbare Fläche von 3,2 ha. Die EVG hat diverse Vermarktungsbemühungen unternommen und befindet sich auch derzeit noch in Verhandlungen mit potenziellen Investoren.

Aus den Akquise-Aktivitäten der EVG resultierte im Jahr 2021 ein Flächenverkauf im Star Park von rd. 0,9 ha Gesamtfläche. Ein Optionsverkauf von 3,4 ha, welcher im Jahr 2020 angezeigt wurde, konnte im Jahr 2021 umsatzwirksam vollzogen werden. Ein weiterer Optionsverkauf von 3,1 ha wurde ebenfalls im Jahr 2021 notariell beurkundet. Die umsatzwirksame Kaufpreiszahlung zu diesem Verkaufsvorgang erfolgte jedoch erst im Jahr 2022.

Der Jahresabschluss 2021 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 30,5 TEUR (im Vorjahr: 14,7 TEUR) aus und liegt damit ca. 15 TEUR über dem geplanten Gewinn.

Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Jahresüberschuss in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte Jahreshonorar i. H. v. 240 TEUR Netto deckte im Jahr 2021 vollständig die mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Verwaltungskosten.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWDD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWDD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag 31.12.2021 TEUR 96,5 (Vorjahr TEUR 296,3). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2021 gesichert. Die Reduzierung des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus aufgelösten Rückstellungen.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Risiken ergeben sich für die EVG zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2020 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, interkommunalen Industrie- und Gewerbeparks auf dem halleschen Stadtgebiet sowie im Saalekreis eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung von 3 Gebieten durchzuführen. Im Juli 2021 wurde eine entsprechende Standortentscheidung für das tiefgreifend zu untersuchende Gebiet getroffen, welche auf Basis der derzeit durchgeführten Grobuntersuchung erfolgte. Die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für diesen Vorzugsstandort erfolgte im Juli auf Basis eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses.

Außerdem wurde ebenfalls ein Beschluss zur Umsetzung der Revitalisierung des RAW-Geländes im Juli gefasst.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz oder anderer Gewerbeflächen im Stadtgebiet Halle (Saale). Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2021 und der Mittelfristplanung bis 2025 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die Inhalte der Neuaufstellung der Gesellschaft im Rahmen des STARK Förderprogramms als prozessbevollmächtigtes Unternehmen im Strukturwandel Braunkohleausstieg für die Stadt Halle (Saale) waren im Wirtschaftsplan 2021 entsprechend eingeplant und wurden für die Folgejahre fortgeschrieben.

Die darin insgesamt für die EVG vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle (Saale) einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle (Saale) vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme hat sich insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Vermarktung des letzten Wohngebietes Am Grünen Dreieck verzögert. Daher ist der Entwicklungsträgervertrag mit der EVG von der Stadt Halle (Saale) unter Anwendung der vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption bis zum 31.12.2022 erweitert worden.

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektträgerschaft zur Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle als einem Dienstleistungszentrum, in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber für die Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle.

Gegenstand des Unternehmens ist es weiterhin, Hilfestellung im Umgang mit neuen medialen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung.

Eine dem Gründungsbeschluss und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	(seit 30.09.2021, seit 08.12.2021 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Franz, Henrike	
		Geißler, Uwe	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Heinrich, Andreas
Krischok, Marion
Meßmer, Alexander (bis 30.06.2021)
Sund, Sven

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	9	9	9

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.454	98	20.693	94	17.839	94	761	4
Umlaufvermögen	413	2	1.257	6	1.039	6	-844	-67
Rechnungsabgrenzungsposten	53	0	60	0	58	0	-7	-12

Bilanzsumme	21.920	100	22.010	100	18.936	100	-90	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.058	5	1.117	5	1.241	7	-59	-5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	20.174	92	19.303	88	15.762	83	871	5
Rückstellungen	75	0	65	0	880	5	10	15
Verbindlichkeiten	608	3	1.507	7	1.049	5	-899	-60
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	18	0	4	0	-13	-72

Bilanzsumme	21.920	100	22.010	100	18.936	100	-90	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	835	747	644
sonstige betriebliche Erträge	728	644	627
Personalaufwand	274	284	264
Abschreibungen	762	684	631
sonstige betriebliche Aufwendungen	537	513	453
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11	12	12
Ergebnis nach Steuern	-21	-102	-89
sonstige Steuern	38	23	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-59	-125	-102

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,05	-16,68	-15,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,27	-10,04	-7,58	%
Cash-Flow:	703	559	529	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	391	348	254	T€
Personalaufwandsquote:	17,55	20,41	20,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,86	94,00	94,19	%
Eigenkapitalquote:	4,83	5,07	6,56	%
Fremdkapitalquote:	95,17	94,93	93,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
vermietbare Fläche	6.538,79	6.283,92	4.343,72	m ²
Auslastung	97,32	98,45	99,50	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Das Geschäftsjahr 2021 steht wiederholt im Zeichen der Corona-Pandemie. Dies macht sich insbesondere an den deutlich unter Plan liegenden Umsatzerlösen aus Vermietung von Veranstaltungsräumen bemerkbar. Ebenso musste der Fertigstellungstermin der Hochwassersanierung aufgrund von Personal- und Materialengpässen bei den ausführenden Unternehmen sowie längerer Lieferzeiten von Spezialglasscheiben nochmals angepasst werden. Nach Fertigstellung des Eventraumes und des Tonaufnahmerraumes konnte die Sanierung final zum 31.10.2021 abgeschlossen werden.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt einer Informationssitzung und drei ordentlichen Sitzungen die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Dabei standen die Auslastung im Studiobetrieb, die Einschränkungen durch die Pandemie sowie die Fertigstellung der Baumaßnahmen zur finalen Hochwassersanierung im Fokus der Sitzungen.

Der Jahresabschluss 2021 schließt bei einer Bilanzsumme von 21.920.348,01 Euro und mit einem hinter Planansatz liegenden Jahresfehlbetrag von 58.861,04 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind die fehlenden Umsatzerlöse der Veranstaltungsbereiche aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen sowie Kostensteigerungen in den Bewirtschaftungskosten zu benennen.

Die Gesellschaft erhält seit dem Geschäftsjahr 2015 keinen Verwaltungskostenzuschuss seitens der Gesellschafterin.

Die Beschäftigtenzahl lag am Ende des Jahres inklusive der Geschäftsführung bei fünf Personen. Der befristete Arbeitsvertrag mit der Mitarbeiterin für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt endete zum 31.12.2021. Die Finanzierung erfolgte im Berichtszeitraum zu 100 Prozent durch die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt. Ab dem 01.01.2022 wird die Mitarbeiterin direkt bei der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH angestellt und so in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis übernommen. Die Außenstelle des Film Commission Service Sachsen-Anhalt bleibt im MMZ Halle erhalten.

Die vereinbarten monatlichen Raten zur Rückzahlung der beiden beanspruchten Darlehen (Gesellschafterdarlehens [Flutsoforthilfe] in Höhe von 500 TEUR und ein Darlehen der Saalesparkasse in Höhe von 100.000 Euro) erfolgten auch im Berichtszeitraum planmäßig.

So konnte neben den Zinszahlungen ein Betrag in Höhe von 104.888 Euro bis zum 31.12.2021 getilgt werden.

1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Berichtszeitraum beziffert sich auf 835 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Umsätze. Im Jahresvergleich verbessern sich die Umsatzerlöse um 88 TEUR (Vorjahr 747 TEUR). Als positiver Effekt sind u.a. die gesteigerten Erlöse aus Bürovermietung (+76 TEUR) und Vermietung Tiefgaragenstellplätze (+19 TEUR) zu bewerten.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 58.861,04 Euro unter Plan (- 49 TEUR).

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2021 verringerte sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um 449 TEUR auf TEUR -79 (Vorjahr 370 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-1.523 TEUR) lag um 2.619 TEUR unter dem Vorjahreswert (-4.142 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verringerte sich um 3.456 TEUR (Vorjahr 4.274 TEUR) auf TEUR 818 und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen.

Die Zahlungsmittel waren mit 315 TEUR zum 31. Dezember 2021 (Vorjahr TEUR 1.099) um 784 TEUR vermindert.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenlage

Im Vorjahresvergleich verringerte sich die Bilanzsumme um 90 TEUR auf 21.920 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 1.523 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den zweiten Projektabschnitt beinhalten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung um 1.548 TEUR. Inklusive der Auflösung (677 TEUR) für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 20.174 TEUR (Vorjahr 19.303 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Vorjahr (65 TEUR) um 10 TEUR auf 75 TEUR.

Die Verbindlichkeiten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (1.507 TEUR) um 899 TEUR auf 608 TEUR.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Im Geschäftsjahr 2021 konnte die Hochwassersanierung komplett abgeschlossen werden. Es konnten abschließend der Tonaufnahmeraum im Ersatzneubau 2 (Kubus 2) und der Eventraum im 2. Untergeschoss (ehemalige Kinomischung) hergestellt werden. Nach nochmaliger Verlängerung des Vorhabens- und Bewilligungszeitraumes wurde das Projekt am 31.10.2021 beendet und anschließend der Verwendungsnachweis vorbereitet. Ein prüffähiger Verwendungsnachweis muss bis zum 30.04.2022 beim Fördermittelgeber vorliegen.

3. Vermietungsgeschäft

Mit der Fertigstellung der beiden letzten Arbeitsräume erhöhte sich die vermietbare Fläche auf 6.538,79 m² (Stand Dezember 2021) und entspricht somit wieder nahezu dem Stand wie vor dem Hochwasser 2013 (6.505,10 m²).

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Aufgrund der Covid19-Pandemie musste am Jahresanfang 2021 ein höherer Leerstand (Januar 2021 = 6,51% Leerstand) verzeichnet werden. Die zu diesem Zeitpunkt avisierten Anmietungen wurden aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten von den Interessenten verschoben bzw. ganz storniert. Im Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Situation deutlich verbessert, sodass im Dezember noch eine Leerstandquote von 1,13% verzeichnet wurde. Im Vergleich zum Vorjahr (1,55%) liegt die Quote mit durchschnittlich 2,68% um 1,13 Prozentpunkte höher. Die positive Entwicklung bestätigt sich auch zu Beginn des folgenden Geschäftsjahres 2022. Die durchschnittliche Auslastungsquote lag im Jahr 2021 trotz geringer Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr (98,45%) bei 97,32% auf einem weiterhin hohen Niveau. Durch den Abschluss von Neuverträgen mit Staffelmiete reduzierte sich der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter leicht von 5,43 Euro in 2020 auf 5,34 Euro im Berichtszeitraum. Die absoluten Umsätze aus Vermietung konnten dennoch vom Vorjahr 225 TEUR um 38 TEUR auf 262 TEUR gesteigert werden. Zur dieser Umsatzsteigerung haben insbesondere die im November 2020 fertiggestellten Büroflächen (Ersatzneubauten und 1. UG) beigetragen.

3.2. Produktionsbereiche

Aufgrund der pandemiebedingten Produktionseinschränkungen im vorangegangenen Jahr wurden die geplanten Umsatzerlöse für die Buchung der Postproduktionsstudio bereits in der Wirtschaftsplanung 2021 ff. angepasst. Die Einschränkungen für die Branche waren allerdings so erheblich, dass die angepassten Umsatzerwartungen dennoch um 8 TEUR verfehlt wurden. Es konnten lediglich Umsatzerlöse in Höhe von 48 TEUR erzielt werden (Budget 56 TEUR, Vorjahr 90 TEUR). Eine Verbesserung zeichnet sich erst zu Beginn des Folgejahres 2022 ab. Die Studios für die Ton- und Bildpostproduktion wurden an 42 Tagen im Geschäftsjahr 2021 genutzt.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die Covid19-Pandemie hatte im Geschäftsjahr 2021 wiederholt massiven Einfluss auf die Vermietung von Veranstaltungsräumen. Seit November 2020 kam das Veranstaltungsgeschäft, vor allem im ersten Halbjahr 2021, fast vollständig zum Erliegen. Das kurze Zeitfenster für die Reduzierung von Kontaktbeschränkungen zwischen dem dritten und vierten Quartal 2021 konnte von Veranstaltern wieder genutzt werden. So konnte im Zeitraum zwischen Anfang September bis Anfang November 2021 ein Umsatz von 35 TEUR generiert werden. Ab Mitte November hat die Nachfrage nach Veranstaltungsräumen wegen einer erneuten „Corona- Welle“ und den damit verbundenen Einschränkungen wieder abrupt abgenommen. Gegenüber dem Vorjahr konnten dennoch um 25 TEUR höhere Umsatzerlöse erzielt werden. Der Planansatz von 79 TEUR wurde mit einem realisierten Umsatz von 46 TEUR allerdings um 33 TEUR verfehlt. Die Einschränkungen werden auch noch Einfluss auf die Umsätze im 1. Halbjahr 2022 haben.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Die Einnahmen aus der Tiefgaragenvermietung haben zur kontinuierlichen Stabilisierung der Einnahmesituation während der Pandemiezeiten beigetragen. Die Umsatzerwartungen (Budget 126 TEUR) wurden um 28 TEUR überschritten. Mit einem Umsatz von 154 TEUR konnte auch das Vorjahresergebnis (135 TEUR) übertroffen werden. Zur Einnahmehöherhöhung haben unter anderem der Wintereinbruch im Januar und Februar 2021 sowie die Nutzung der Veranstaltungsräume im dritten und vierten Quartal beigetragen. In der Winterperiode haben insbesondere Kurzzeitparker ihre Fahrzeuge vor den Witterungseinflüssen durch Einstellen in die Tiefgarage geschützt. Die 143 Dauerstellplätze konnten im Berichtszeitraum wieder voll vermietet werden. Diese Stellplätze werden zu rund 20% durch hauseigene Mieter und zu 80% durch externe Mieter genutzt. Als sogenannte Quartiersgarage dient die Tiefgarage im MMZ zur Entspannung der Parkplatzsituation im Umfeld. Für Kurzzeitnutzer stehen 90 Stellplätze zur Verfügung.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Die Covid19-Pandemie hatte wie bereits im Jahr 2020 erheblichen Einfluss auf die gesamte Netzwerk- und Projektarbeit. Trotz der Nutzung von virtuellen Formaten sind die seit Jahren bestehenden Aktivitäten fast völlig zum Erliegen gekommen. Hervorzuheben bleiben die im MMZ stattgefundenen Veranstaltungen wie „Investforum Pitch-Day 2021“ der Univations GmbH, die 3. Zukunftsorte- Werkstatt der IMG Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen- Anhalt mbH und der Medienstammtisch der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt sowie die Abschlusspräsentation des Projektabschlusses GISA 3D Virtual Flight im Rahmen der kulturelle Themenjahre 2021.

Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH war im Geschäftsjahr 2021 weiterhin Mitglied im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen- Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW], im Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e. V. [VITM], der Initiative OpenLabNet Halle und im Förderverein Pro Halle e.V. sowie seit dem Jahr 2020 im Halle Startup Partners e.V..

Der weitere Ausbau der Außendarstellung des Postproduktionsstandortes Halle in Kooperation mit den Akteuren der Postproduktionsallianz (PostProNetwork Halle) ist für die kommenden Perioden wieder geplant. Die Aktivitäten sollen insbesondere an wichtige Branchenveranstaltung der Mitteldeutschen Medienförderung angebunden werden.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Wie bereits vor einem Jahr muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass insbesondere die Covid19-Pandemie Auswirkungen auf einzelne Geschäftsbereiche der Gesellschaft haben wird.

Mit weiteren bevorstehenden Infektionswellen und einhergehenden Kontaktbeschränkungen, lassen sich eine stabile Vermietung von Veranstaltungsräumen und die Nutzung der Studiokapazitäten nur schwer planen und vorhersagen. Die beiden Geschäftsbereiche werden daher auch in den Folgejahren wesentlich über die Höhe der Jahresergebnisse entscheiden.

Darüber hinaus wird die aktuell anhaltende Ukraine-Krise und die Sanktionen gegen die Russische Föderation entsprechend Auswirkungen auf die Bewirtschaftungskosten des Objektes haben. Kostensteigerungen werden sich voraussichtlich in den Energiepreisen deutlich machen. Ebenso werden beauftragte Dienstleistungsunternehmen ihre eigenen Kostensteigerungen an die Gesellschaft weitergeben. Dies wird zur weiteren Erhöhung der Betriebs- und Nebenkosten führen.

Umsatzsteigerung und Kostenoptimierung werden daher auch zukünftig primäre Schwerpunkte im laufenden Geschäftsbetrieb bleiben.

Für diese Aufgaben ist die Gesellschaft mit ihrer kleinen Struktur und den kurzen Entscheidungswegen gut gerüstet. Durch den Fokus auf die schnelllebige Kreativ- und Medienbranche, hat sich die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH bereits in den letzten Jahren auf einen ständigen Wandel eingestellt. Eine gute Infrastruktur mit schnellem Internet, eine dienstleistungsorientierte Vermietung mit günstige Mietkonditionen und ein gutes Netzwerk in die Branche bleiben dabei Grundvoraussetzungen. Das Angebot von kleinteiligen Büroflächen mit durchschnittlich 20 m² wurde in der Vergangenheit sehr gut angenommen und bleibt auch zukünftig Vermietungsschwerpunkt. Das auf maximal 6 Monate befristeten „Schnupperbüro“ ergänzt das Angebot für Gründungswillige.

Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH ist kein klassischer Postproduktionsdienstleister, als Anbieter von reinen Mietstudios für die Bild und Tonpostproduktion ist die Gesellschaft indirekt von den Förderbedingungen sowie von der Fördermittelvergabe durch die Mitteldeutsche Medienförderung abhängig. Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen sind dabei als zentrale Funktionen anzusehen. Die Netzwerk- und Projektarbeit, das Herstellen von Erstkontakten und der intensive Kontakt zum Film Commission Service Sachsen-Anhalt sind ebenfalls geeignete Werkzeuge.

Neben der Filmwirtschaft liegt der Vermietungsschwerpunkt auf den Hauptbranchen Medientechnologie, Mediendienstleistungen und IT. Ergänzend bleibt aber festzuhalten, dass alle elf Teilbranchen der Kreativ- und Medienwirtschaft im MMZ angesiedelt und willkommen sind.

Mitte des Jahres 2023 endet für den Hauptteil des Gebäudes die fünfzehnjährige Zweckbindung, welche aus der ursprünglichen EU-Förderung resultiert. Für die verbleibenden ca. 500 m² Bürofläche besteht die Zweckbindung noch bis Ende 2027. Inwieweit sich das Auslaufen der Zweckbindung auf den Betriebszweck der Gesellschaft auswirken wird, muss in der kommenden Zeit mit dem Gesellschafter erörtert werden. Das im Jahr 2014 erarbeitete und beschlossene „Konzept zur Fortführung des MMZ“ sieht einen Weiterbetrieb in der bisherigen Form auch über den angegebenen Zeithorizont vor und bildet für die weitere Entwicklung des Gründerzentrums die maßgebliche Grundlage. Die Gesellschaft setzt die darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkte kontinuierlich um. Die bisherigen Verschiebungen zum ursprünglichen Konzept, konnten in den letzten Jahren durch die gegenüber Budget erzielten Ergebnisverbesserungen kompensiert werden. Basis für eine weiterhin positive Entwicklung bleiben die gute Auslastung der Mietbereiche, die kontinuierliche Nutzung der Postproduktionsstudios und Veranstaltungsbereiche sowie die stabile Vermietung der Tiefgaragenstellplätze.

Oberste Zielstellung bleibt die Zuschussfreiheit der Gesellschaft.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Es sind keine Verfahren anhängig.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck mit welchem die Stadt die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH betraut hat, liegt in der Planung, Organisation, Koordination und Durchführung des Marketings und der Tourismus- und Kulturförderung der Stadt Halle (Saale) und allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Stärkung des Wirtschafts- und Kulturstandortes Halle (Saale). Hauptzweck ist die Verbesserung der Wahrnehmung und der Lebensqualität der Stadt Halle (Saale) für Bürger, Besucher und Wirtschaft.

Eine dem Gründungsbeschluss, dem geschlossenen Betrauungsakt sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lange, Mark

Beirat: Vorsitzende

- Dr. Brock, Inés
- Drüppel, Thomas
- Erben, Matthias
- Fleischer, Beate
- Gröbel, Grit
- Nobel, Mathias (bis 26.05.2021)
- Schaper, Torsten

Beirat:

Schmidt, Claudia
Schmitz, Kai (seit 27.05.2021)
Schramm, Rudenz
Steinke, Sören
Wandrey, Holger

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Volksbank Halle (Saale) eG

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	74	18	52	15	35	7	22	42
Umlaufvermögen	318	78	289	83	438	91	29	10
Rechnungsabgrenzungsposten	16	4	5	2	7	2	11	220

Bilanzsumme

408	100	346	100	480	100	62	18
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	158	39	121	35	159	33	37	31
Rückstellungen	50	12	55	16	51	11	-5	-9
Verbindlichkeiten	195	48	170	49	270	56	25	15
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1	0	0	0	0	5	

Bilanzsumme

408	100	346	100	480	100	62	18
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	883	817	1.390
sonstige betriebliche Erträge	1.595	1.561	1.582
Materialaufwand	228	232	447
Personalaufwand	1.049	1.096	1.112
Abschreibungen	38	20	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.125	1.068	1.329
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	38	-38	58
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	38	-38	58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,25	-4,71	4,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	31,08	-24,14	56,96	%
Cash-Flow:	76	-19	83	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	77	66	89	T€
Personalaufwandsquote:	42,32	46,11	37,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	18,20	14,90	7,18	%
Eigenkapitalquote:	38,79	34,89	33,17	%
Fremdkapitalquote:	61,21	65,11	66,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	4	4	10	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	21	35	71	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	18.719	17.910	35.797	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle (Saale) zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren. Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“. Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations. Si der Auszug aus dem Gesellschaftervertrag.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU mit 5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Förderverein Pro Halle (Saale) e.V. mit 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V. mit 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. mit 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreute sich der Inlands- und Landestourismus bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie einer steigenden Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Die positive Gesamtentwicklung Halles und dem daraus resultierenden, ansteigenden Imagegewinn wurden mit Ausbruch der Pandemie gestoppt. Die schwer kalkulierbaren Rahmenbedingungen, wie die Entwicklung der Pandemie und die damit einhergehenden gesetzlichen Beschränkungen machten ein strategisches Handeln nahezu unmöglich. Die kurze Erholungsphase in den Sommermonaten des Jahres 2021 brachte zwar Hoffnung. Letztlich waren aber die wenigen Monate, in denen Reisen möglich war zu kurz, um eine entsprechende Erholung zu verzeichnen.

b. Geschäftsverlauf

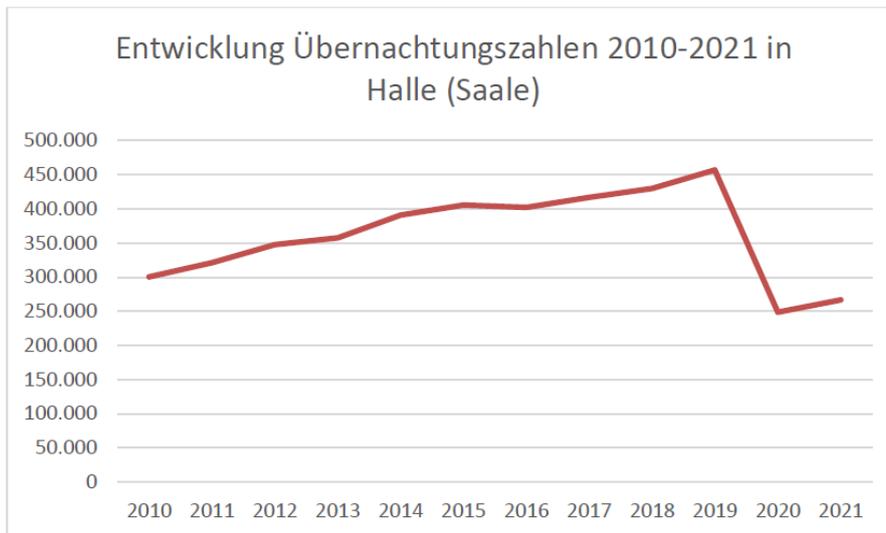
Als wichtiges Messinstrument für die Zahl von Geschäftsreisen und touristischen Reisen fungieren die Ankunfts- und Übernachtungszahlen der Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt. Die aktuellen Auswertungen bis Dezember 2021 spiegeln das verhaltene und nicht erlaubte Reisevolumen in 2021 wieder. Mit noch einmal verschärften Bedingungen ist der Geschäftsverlauf besser als erwartet verlaufen. Während der Lockdownphase wurde entsprechend reagiert und für die Belegschaft Kurzarbeit angemeldet sowie die Marketingplanungen der Situation angepasst. Teilweise wurden Marketing-Kampagnen verschoben oder ausgesetzt. Diese Maßnahmen haben letztlich dazu geführt, dass die Stadtmarketing Halle GmbH mit einem positiven Ergebnis abschließen konnte.

	2020	2021	Veränderung in %
Ankünfte	139.215	150.703	+ 8,25
davon Inland	128.932	137.547	+ 6,68
davon Ausland	10.283	13.156	+ 27,9
Übernachtungen	248.515	266.625	+ 7,28
davon Inland	222.044	237.823	+ 7,1
davon Ausland	26.471	28.802	+ 8,8
Aufenthaltsdauer	1,8 Tage	1,8 Tage	0

Die Ankünfte in 2021 in Halle waren pandemiebedingt mit 145 Lockdowntagen und weiteren Reisebeschränkungen auf niedrigem Niveau. Trotz einer noch längeren Lockdownphase als in 2020 mit 125 Tagen ist es in der Stadt Halle trotzdem gelungen, die Ankünfte um 8,25 % zu steigern.

Bis Dezember 2021 wurden in Halle 266.625 Übernachtungen gezählt. Dies ist ebenso ein Zuwachs von 7,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Auslastung der Beherbergungsbetriebe lag bis 11/2021 bei 30,4 %. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) prognostiziert einer Erholung für die Reisebranche erst ab dem Jahr 2024 ff.

Tourismusentwicklung in Halle (Saale): Übernachtungstrend von 2010 bis 2021



Businessreise in Halle

Mit Schaffung einer neuen Abteilung richtet sich der Bereich "Tagungen und Kongresse" seit 2019 neu aus. Mit der neu entwickelten Kommunikationskampagne "Besser Tagen" wird der Tagungs- und Kongressstandort Halle professionell vermarktet. Das Geschäftsjahr 2021 war immer noch geprägt von einem Rückgang bei Geschäftsreisen. Nur zwingend notwendige Geschäftsreisen fanden statt. Das Tagungsgeschäft konnte sich aufgrund der Restriktionen in 2021 wiederholt nicht entwickeln.

Tourismusentwicklung

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und innerstädtisch mit der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschlands. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsgerichteten, tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region ist die Bündelung der AkteurInnen für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie die aktiv-, natur- und wassertouristische Nutzung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanus, Ruderboote, Motorboote, Wassertaxis und Fahrgastsschiffe und für die aktiv- und naturtouristische Zielgruppe wie Spaziergehende, Joggende, Radfahrende und Saale-Schwimmende. Die Bedeutung für den Individual- und Aktivtourismus nahm während der Covid-19-Pandemie weiter zu.

Erlöse Gruppentouristik

	2020	2021	Veränderung in %
Erlöse Gruppentouristik (Stadtführungen)	179.075,78 €	171.918,89 €	-4

Die Erlöse in der Gruppentouristik sind pandemiebedingt um 4 % gegenüber 2020 gesunken. Da der pandemiebedingte Lockdown in 2021 noch einmal länger war als in 2020. Ziel ist es, mit Erholung der Reisebranche mit gezielten Maßnahmen in den kommenden Jahren das Umsatzniveau von 2019 wieder zu erreichen.

Kosten Gruppentouristik

	2020	2021	Veränderung in %
Nichtselbständige GästeführerInnen	22.446,21 €	31.845,47	+ 41,87
Gruppentouristik / Gästeführung	129.342,25 €	103.044,62	- 20,33

Die Ausgaben im Bereich Stadtführungen betragen 134.890,09 € in 2021 (2020: 151.788,46 €). Der Kostenrückgang in 2021 resultiert aus dem monatelangen Verbot von Stadtführungen und Stadtrundfahrten. Nachdem Führungen wieder angeboten werden konnten, liefen diese aber mit geringerer Auslastung, um die gesetzlichen Mindestabstände der Teilnehmenden zu gewährleisten. Die Ausgaben pro Führung stiegen.

Pandemiebedingt wurden 2021 weniger Führungen angeboten, doch die Auslastung stieg im Vergleich zu 2020 um 4,5 %. Damit stieg der Gewinn im Bereich Gruppentouristik 2021 auf 37.028,80 € (2020: 27.487,39 €). Die stetige Prüfung der Wirtschaftlichkeit der gruppentouristischen Angebote, die Auswertung der KundInnenanfragen und das Buchungsverhalten beeinflussen auch in den kommenden Jahren das Angebotsspektrum der SMG.

Im Jahr 2021 konnte die SMG 1.462 Führungen mit 18.719 Gästen organisieren (2020: 1.936 Führungen mit 17.910 Gästen). Die Gästezahl pro Führung steigerte sich.

Auswertung touristischer Führungen

	2020	2021	Veränderung in %
Führungen / Anzahl	1.936	1.462	- 24,48
Gäste / Anzahl	17.910	18.719	+ 4,5

Branchentreffs, Messen und Regionalmarketing

	2020	2021	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	13.711,89	62.943,74	+ 459,04

Die Kosten für Messeauftritte und Regionalmarketing beliefen sich 2021 auf 62.943,74 € (2020: 13.711,89 €). Der Kostenaufwuchs resultierte insbesondere aus der Ausrichtung der bundeweiten Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" mit der 16-tägigen Freiluftausstellung Einheits-Expo sowie der Umbau von Halles Tourist-Information. Die Austragung der Feierlichkeiten war für Halle ein echter Imagegewinn und konnte die nationale Bekanntheit Halles weiter steigern mit über 160.000 BesucherInnen, weit über 100 bundesweiten Fernsehberichterstattungen und Sendeformaten (inklusive der Liveübertragungen der Feierlichkeiten auf ARD und ZDF) und unzähligen Publikationen.

Ausblick Messen 2022

Die Plankosten für Messen werden 2022 mit einem geringeren Planansatz als 2021 eingeplant. Die Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre zeigten, dass virtuelle Messen nicht den passenden Rahmen bieten, um eine Stadt touristisch zu bewerben und mit potenziellen Gästen und VeranstalterInnen Kontakte zu knüpfen. Daher wird die SMG nur auf physischen Messeformaten präsent sein, wo eine direkte Ansprache der gewünschten Zielgruppen möglich ist. Derzeit entscheiden sich die meisten Messeveranstaltenden gegen physische Messen und Veranstaltungen. Für 2022 werden die Teilnahmen am "Internationalen Hansetag" in Neuss sowie der "World Canel Conference" in Leipzig geplant.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung & Ticketing

	2020	2021	Veränderung in %
Provisionserlöse	13.630,15 €	20.150,66 €	+ 47

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung erzielt. Der markante Rückgang ist auf das Reiseverbot zurückzuführen. Provisionserlöse erzielt die SMG vorrangig durch Zimmervermittlung, wobei die meisten Zimmer online gebucht wurden.

Übersicht Tagungen und Kongresse 2021

- Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit", Staatskanzlei Sachsen-Anhalt: 600 Zimmer
- EGPRN-Kongress (European General Practice Research Network): 100 Zimmer
- Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS: 50 Zimmer
- DVS-Arbeitskreistreffen A2.4 (Drahtbonden): 50 Zimmer
- ITEL-Deutsches Lithiuminstitut „LithiumDays“ : 60 Zimmer/ SMG-Komplettorganisation
- Fraunhofer Institut-Birthday Colloquium: 10 Zimmer
- Sikosa: 10 Zimmer
- IM Academy: 10 Zimmer
- Filmmusiktage: 10 Zimmer

Für das Jahr 2022 ist eine immer noch verhaltene Buchungslage festzustellen. Nach wie vor warten Interessierte und EntscheiderInnen zögerlich die aktuellen Entwicklungen ab. Für 2022 liegen aktuell Aufträge von folgenden, größeren Tagungsveranstaltungen vor:

- DGAB-Deutsche Gesellschaft für Abstammungsbegutachtung: 100 Zimmer
- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU): Tagung Jugendalter: 50 Zimmer
- Universitätsklinik - Sektion Kindertraumatologie: 250 Zimmer
- BVGD- Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Gästeführer: 150 Zimmer
- MLU, Philosophische Fakultät III: 200 Zimmer
- MLU, Philosophische Fakultät II: 200 Zimmer
- ITEL-Deutsches Lithiuminstitut "LithiumDays": 200 Zimmer/ SMG Komplettorganisation

Werbekosten (Marketingprojekte und Kampagnen)

	2020 in €	2021 in €	Veränderung in %
Marketingaufwand	859.019,03	833.678,37	-2,95
darunter Sonstige Werbung	120.307,73	123.784,43	+2,89
darunter Sonstige Projekte	321.075,59	308.071,00	-4,05
darunter Standortmarketing	417.635,71	401.822,94	-3,79

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2021 insgesamt 833.678,37 € eingesetzt. Die Zahlen bewegen sich konstant auf Vorjahresniveau. Dies zeigt einmal mehr die Flexibilität und Durchsetzungskraft der SMG, Projekte und Vorhaben trotz unsicherer Lage durchzuführen, umzuwidmen und alternative Gestaltungsformen zu finden.

Das Grundverständnis des Arbeitens als Netzwerkerin und Marketingverantwortliche für die Stadt Halle (Saale) spiegelt sich u.a. in der Fremdmittelquote bei der Umsetzung von Projekten wider. Hier wird nicht nur wirtschaftlich agiert, sondern bewusst auf Inhaltgebende der Stadt zugegangen, Ziele abgeglichen und in gemeinsamer Verantwortung gearbeitet. Bei Projekten konnten 53,4 % der Gelder, beim Posten "Sonstige Werbung" 13,9 % akquiriert werden (in Summe: 181.661,77 €). Über ein Drittel (42%) der finanziellen Mittel kommt demnach aus zusätzlich eingeworbenen Mitteln. Im eigenständigen Projekt "Standortmarketing" beteiligt sich die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) mit 50% an den Ausgaben.

Übersicht Marketingkampagnen 2021

1) Standortmarketing

Die Maßnahmen im Bereich des gemeinsamen Standortmarketings der Stadt Halle (Saale), mit der MLU und SMG werden in enger Abstimmung fortgeführt und durch weitere Kooperationsprojekte ergänzt.

Insgesamt wurden für das Standortmarketing seitens der SMG im Jahr 2021 401.822,94 € aufgewendet – für die Vorbereitung und Durchführung einer Vielzahl von Projekten, die auf Neustudierendenakquise und -betreuung abzielen und aufeinander aufbauen.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Teilprojekten:

- **Standortmarketing im Kontext der Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **Wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2021 bis 2024 beträgt ca. 700.000 € p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle (Saale) und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen, neben avisierten Erlösen durch Beteiligung Dritter und Erlösen aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements.

2) Strategisches Außen- und Binnenmarketing

Da auch das Jahr 2021 unsichere Planungshorizonte bot, musste die Ausrichtung stets überwacht und neu bestimmt werden. Alles geschah mit dem Ansatz des sorgsamsten Umgangs mit finanziellen Mitteln, die nach wie vor als strategisches Investment in das Image der Stadt funktionieren und nicht verpuffen sollten.

Von Wiedereröffnungskampagnen für das Museumsnetzwerk im Frühjahr, die vorsichtige Begleitung der touristischen Öffnung im Sommer, Neuauflage des Gastgebernden Verzeichnisses und anderer touristischer Werbematerialien, ein familienfreundliches Get-together mit Laternen, statt dem traditionellen Laternenfest als Großevent. Es wurde zukunftsgerichtet und momentbestimmend gearbeitet.

Die größten und finanziell aufwändigsten Projekte sind hier kurz skizziert:

- **Aufenthaltsqualität „Hallescher Marktplatz“**

Gemeinsame Sache für gute Dinge: Mit Unterstützung des Gesellschafters FV Pro Halle e.V. und der Stadtwerke Halle GmbH wurden temporäre, maritime Sitzmöglichkeiten in Form von Segeljollen zur freien Nutzung mit Mehrwert wie Sandkiste und Sonnensegel für HallenserInnen bereitgestellt sowie vier XXL-Pflanzkübel mit Rankhilfen für Beleuchtungsmasten für eine dauerhafte Begrünung auf dem Marktplatz. Diese Maßnahmen verbessern die Binnen- und Außenwahrnehmung.

Der Markplatz als das meist fotografierte Halle-Motiv, der zentrale Ort im Herzen der historischen Altstadt ist ein großer Identitätsstifter mit hoher Nutzungsfrequenz. Somit wird die SMG sich auch weiterhin für eine attraktive Marktplatzgestaltung einsetzen bzw. beratend begleiten bei den Aufgaben Marktgestaltung, Handel, Gastronomie sowie Veranstaltungsformaten.

- **Zur Einheits-Expo Deutschland in Halle zu Gast**

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit“ war die Stadt Halle vom 18. September bis 3. Oktober 2021 Gastgeberin für die Vertretungen aller Bundesländer, die zusammen die Innenstadt als Bühne für die Einheits-Expo gestalteten. Enorme Mediawerte konnte die deutschlandweite positive Berichterstattung erzielen. Maßgeblich mitorganisiert wurde die Präsenz der Stadt Halle mit zwei Event-Cubes zu den Themen Wissenschaft, Innovation, Transformation und Städtebau unter Beteiligung des „Weinberg Campus Technologiepark“ und der „Halle Saale InvestVision“ der Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH Halle-Saalkreis.

Nach dem sehr erfolgreichen Event in Halle wurde in 16 deutschen Landeshauptstädten eine „Wiedersehenskampagne“ über Social Media und Großplakatflächen gefahren.

- **Dezentrale Weihnachtsmärkte mit zentraler Kampagne „Finni & Rudi - die halleschen Comic-Rentiere“**

Die SMG zeigte sich erneut als fokussierte und lösungsorientierte Moderatorin während der kurzfristigen Absage des städtischen Halleschen Weihnachtsmarktes kurz nach der Markteröffnung. Binnen weniger Tage konnten mit der Stadtverwaltung, mit SponsorInnen, HändlerInnen und der Citygemeinschaft als neue Mitveranstalterin neben zwei privaten VeranstalterInnen drei dezentrale Märkte als Wintermarkt, Winterzauber und Hüttenzauber in Halles Innenstadt geboten werden.

Die begleitende Advents- und Weihnachtskampagne mit den Comic-Rentieren "Finni & Rudi" unter dem Motto „Überall soll Freude sein“ konnten sich aktuelle Informationen und Angebote sehr schnell auf vielen Kanälen verbreiten und stetige Änderungen, die der pandemiebedingten Beschränkungen geschuldet waren, an interessierte BesucherInnen der Märkte kommunizieren. Die Beliebtheit der Kampagne bemisst sich neben klassischem Werbecontrolling, wie Zugriffszahlen auf die Website www.finniundrudi.de auch über den starken Absatz der Finni- & Rudi-Merchandise-Produkte inklusive der beliebten Weihnachtsmarktassen in einer erneuten Auflage von 25.000 Tassen.

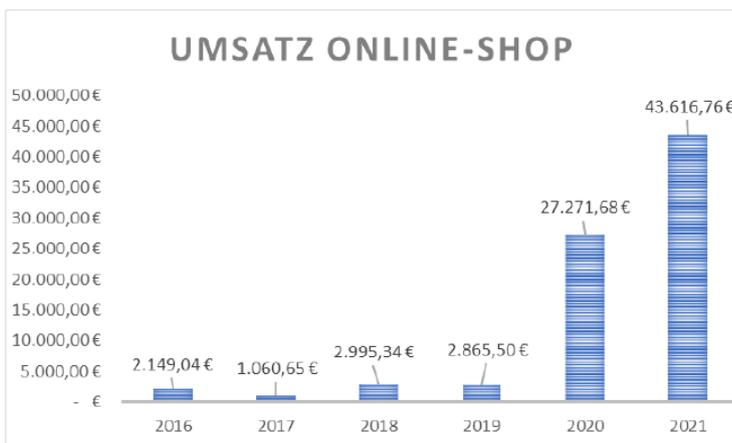
Auch künftig wird die Kampagne mit begleitenden Produkten dazu beitragen, die Advents- und Weihnachtszeit in Halle als besonders charmant und familienfreundlich zu gestalten und zu erzählen.

- **Priorisierung im Online-Marketing**

Die gut vernetzten Marketingaktivitäten im Onlinebereich der SMG sind weiterhin ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft. Folgende Kenngrößen sind für uns wichtig: Halle-Fans auf den firmeneigenen Social-Media-Kanälen, effektive Reichweiten einzelner Halle-Beiträge, -Posts und -Stories, der Umsatz, die NeukundInnen-Gewinnung im Onlineshop www.hallesaale.shop sowie Verweildauer und Klickzahlen auf der Landingpage und dem Content-Hub www.halle-tourismus.de / www.deinhalle.de. Hier gelten für ein kontinuierliches, organisches Wachsen, besonders zielgruppenaffin zu arbeiten und das richtige Maß, den richtigen Stil, die richtigen Produkte zu finden, um gleichermaßen imagefördernde und umsatzfördernde Effekte zu erzielen. Besonders die firmeneigenen Social-Media-Kanäle verliebtinhalte & deinhalle auf Facebook, Instagram, TicTok, YouTube und LinkedIn werben für Halle, hallesche Produkte und dienen ebenso der Imageförderung Halles und der aktiven und intensiven Pflege der Gemeinschaft, um diese langfristig an uns bzw. unsere Angebote zu binden.

Die generelle Relevanzsteigerung und das eigene Wachstum bedingen eine stärkere personelle Untersetzung. Ab 2022 wird ein Mitarbeiter als Hauptverantwortlicher für die Social-Media-Arbeit eingesetzt.

Der Onlineshop www.hallesaale.shop setzt seine Erfolgsgeschichte weiter fort. Im Jahr 2021 konnte eine weitere Steigerung in Höhe von 59% des Umsatzes erzielt werden. Die Arbeiten zur Programmierung, Gestaltung und Onlinebewerbung wurden vollständig innerhalb des SMG-Teams realisiert, womit das Know-how nunmehr innerhalb der Firma abgerufen werden kann.



Tourist-Information Halle (Saale) mit hallesaale*- & Uni-Shop

	2020	2021	Veränderung in %
BesucherInnenzahl	71.041	69.016	-3,0
Wareneinkaufswert	108.910,64 €	135.601,09	+ 24,5
Verkaufserlöse	173.073,77 €	210.757,84 €	+ 21,0

Die Tourist-Information mit hallesaale*- und Uni-Shop (TI) empfing in 2021 3 % weniger BesucherInnen als im Vorjahr (2021: 69.016 zu 2020: 71.041). Dies ist auf die lange Lockdown-Dauer mit Shop-Schließung zurückzuführen.

Es erhöhte sich dafür spürbar die Nutzung des gelaunchten Onlineshops. Die Verkaufserlöse stiegen um 21 % (2021: 210.757,84 € zu 2020: 173.073,77 €). Der Wareneinkaufswert erhöhte sich um 24,5 % von 108.910,64 € (2020) auf 135.601,09 € in 2021. Durch die weitere Neuausrichtung des Sortiments mussten auch mehr Waren eingekauft werden als im Vorjahr. Das Shop-Sortiment wurde in 2021 weiter angepasst und umfasst aktuell ca. 400 Artikel. Die saisonale Fokussierung der Artikel wurde im Jahr 2021 wie in den Vorjahren weitergeführt.

In einem firmeninternen Projektteam wird stetig an der Neuausrichtung der TI und passenden Verkaufsprodukten gearbeitet. Ziel ist, durch einen neuen, frischen Auftritt noch attraktiver für HallenserInnen und Gäste zu werden.

Die pandemiebedingte Schließung des Shops Ende 2020 bis März 2021 wurde genutzt, um eine Flächenvergrößerung mit einem Komplettumbau zu realisieren. Der Umbau wurde mit eigenen Mitteln realisiert. Auf einer doppelt so großen Fläche präsentiert sich der Infopunkt nahezu barrierefrei in einem modernen einladenden Design.

VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2021

a. Finanzlage

	2021 in €	2020 in €	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss GesellschaftInnen	1.511.300,00	1.511.300,00	0,0	
davon Zuschuss Stadt Halle	1.161.300,00	1.161.300,00	0,0	
davon Zuschuss Standortmarketing	350.000,00	350.000,00	0,0	Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing
Liquide Mittel	143.524,39	156.506,45	-8,30	

b. Ertragslage

	2021 in €	2020 in €	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	883.121,31	816.594,12	8,15
sonstige betriebliche Erträge	1.595.461,78	1.560.826,80	2,22
Personalkosten	1.048.890,93	1.096.110,53	-4,31
Materialaufwand	228.242,19	231.544,05	-1,43
Abschreibungen	38.262,34	19.892,59	92,34
sonst. betriebliche Aufwendungen	1.125.095,52	1.067.669,50	5,38
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	5,20	7,70	-32,47
Zinsen u. ä. Aufwendungen	87,00	121,00	-28,10
sonstige Steuern	468,09	531,26	-11,89
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	37.542,22	-38.440,31	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von 37.542,22 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
Sachanlagen-Intensität	18,20	14,90	7,89	6,39	8,85
Eigenkapitalquote	38,79	34,89	33,17	19,17	48,31
Fremdkapitalquote	61,21	65,12	66,83	80,83	51,69

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2021 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Immer noch besteht für die Gesellschaft ein erhöhtes Risikopotenzial geprägt durch das Umfeld der Pandemieentwicklung. Die Ertragslage dominieren zwar klare vertragliche Zusagen der GesellschafterInnen. Doch die andauernde Virusinfektion Covid-19 und die daraus resultierenden Reisebeschränkungen führen weiterhin zu einem Ausbleiben der Gäste. Gerade Großveranstaltungen sowie Tagungen und Kongresse werden immer noch mit Vorsicht angekündigt bzw. weiterhin abgesagt oder verschoben. Dazu erschweren kurzfristig sich ändernde Rahmenbedingungen eine vorausschauende Planung. Es ist damit zu rechnen, dass bei den Gästeankünften, Übernachtungen und Umsatzerlösen trotz einsetzender Erholung ein Defizit zu den Planansätzen 2022 zu erwarten ist. Sollte allerdings die Pandemie weiterhin weit ins Jahr 2022 anhalten und damit die Einnahmen ausbleiben, ist die Gesellschaft gezwungen neben der Verringerung der Ausgaben auch andere Instrumente wie Kurzarbeit, Personalabbau und Schließung von Geschäftsfeldern zu nutzen. Eine Gefährdung der Gesellschaft ist trotz Pandemie nicht zu erwarten, da einerseits verbindliche Finanzflüsse der GesellschafterInnen erfolgen und andererseits pandemiebedingt die variablen Ausgaben für Marketing, Projekte und Wareneinkauf angepasst werden können.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den GesellschafterInnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung, insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement und die Bereitstellung eines Kongressmanagements, welcher weitere Businessgäste gewinnen kann. Wir gehen von einem starken Erholungs- und Nachhol-Effekt aus. Geplante Hotelneubauten, welche pandemiebedingt verschoben wurden, sollen nun in den kommenden Jahren realisiert werden. Daraus ergeben sich die Erhöhung von Bettenkapazitäten und des Qualitätsstandards. Weiterhin kann die Gesellschaft gerade bei der Bereitstellung eigener Events, Produkte und touristischer Highlights eine Steigerung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer ermöglichen. Dies ist im Jahr 2022 aber vom Verlauf der aktuellen Pandemieentwicklung abhängig.

Der Umbau der Tourist-Information mit hallesaale*-Shop wurde im Jahr 2021 fertig gestellt. Eine größere Verkaufsfläche und ansprechende Warenpräsentationen sichern die Einnahmen des Shops und bieten noch mehr Beratungsqualität. Die Verlagerung des Kaufverhaltens zum Onlineshopping konnte die Gesellschaft auch im Jahr 2021 sehr gut nutzen und so eine deutliche Steigerung der Einnahmen aus dem Onlineverkauf gegenüber dem Vorjahr trotz pandemiebedingter Schließung über viele Wochen erreichen.

Die Erweiterung der Produktpalette hin zu Trend- und Saisonprodukten soll diese Entwicklung weiter unterstützen.

c. Prognose

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Gesellschaft für das Jahr 2022 erscheint schwierig und ist von der Hoffnung getragen, dass die pandemische Lage perspektivisch endet. Einerseits ist der Großteil der Einnahmen der Gesellschaft von klaren Zusagen der GesellschafterInnen geprägt, andererseits muss pandemiebedingt weiter mit dem Ausbleiben von Gästen gerechnet werden.

Neue Produkte und Formate werden weiter zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der GesellschafterInnen zur Installation dieser Gesellschaft weiter stärken.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht vor. Dem Unternehmen stehen monatliche Auswertungen zu finanziellen Leistungsindikatoren wie Cash-Flow, Ergebnis, Einhaltung Plan-Ist in Form der Auswertung des Wirtschaftsplanes vor. Diese Indikatoren werden monatlich abgeglichen und entsprechende, kurzfristige Anpassungen vorgenommen.

Wir planen im folgenden Geschäftsjahr 2022 ein höheres Umsatzvolumen gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2021, sind hier aber in Abhängigkeit der Pandemieentwicklung. Durch unsere angepassten Fixkosten und entsprechender Bereitstellung der Zuschüsse der GesellschafterInnen, planen wir mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Wir werden auch künftig immer in der Lage sein, den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant im Jahr 2021 weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.511.300,00 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausgezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2021 mit 950.500,00 € (IST 2021: 883.121,31 €) geplant, sie wurden der aktuellen Situation angepasst und gehen von einer weitgehenden Erholung des Reisemarktes aus. Durch eine gesteigerte Reisetätigkeit ohne Beschränkungen würden höhere Einnahmen in allen Bereichen generieren. Allerdings ist hier entscheidend, welchen Verlauf die pandemische Lage nimmt.

Die Personalkosten werden für das Jahr 2022 in Höhe von insgesamt 1.198.000 € geplant (IST 2021: 1.051.624,80 €). Hier wurden bereits eine zusätzliche Stelle für den Bereich Digitalmarketing (Social Media) sowie eine allgemeine Gehaltserhöhung von 4 % für alle Mitarbeitenden eingeplant. Diese soll 2022 durch Einsparungen im Personalbereich finanziert werden. Eine weitere Erhöhung der Gehälter von weiteren 6 % ist für 2023 geplant, um die Belegschaft an den allgemeinen Lohnerhöhungen im Land partizipieren zu lassen und weiterhin als attraktiver Arbeitgeber entsprechendes Personal halten bzw. finden zu können. Für 2023 und folgende ist derzeit das Beteiligungsverfahren der Gremien zur Erhöhung des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle geplant.

Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2022 mit 80.000 € geplant (IST 2021: 135.601,09 €). Dem geringeren Planansatz wurde der aktuelle Warenbestand zugrunde gelegt.

Die betrieblichen Aufwendungen, wie z.B. Mieten/Raumkosten, Reinigung/Abfallbeseitigung, Energie, Versicherungen wurden in 2022 der aktuellen Situation angepasst. Kfz-Kosten und Buchführungskosten einschließlich Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2021 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing wurden in gleicher Höhe wie 2021 geplant.

Laut Wirtschaftsplan 2022 wird die SMG mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und
- ihnen auch nach dem Ausscheiden aus dem TGZ Halle behilflich sein.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der durch die TGZ GmbH verfolgte öffentliche Zweck ist in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Schmieder, Ulf-Marten	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 13.10.2021)
	Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 14.10.2021)
	stellv. Vorsitzender	Schröter, Reinhard	
		Aldag, Wolfgang	
		Dr. Bergner, Christoph	
		Dr. Fox, Jürgen	
		Marquardt, Bertolt	
		Walther, René	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	5	2	3

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	16.599	70	20.668	85	20.281	78	-4.069	-20
Umlaufvermögen	7.279	30	3.731	15	5.774	22	3.548	95

Bilanzsumme	23.878	100	24.399	100	26.055	100	-521	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.388	60	14.337	59	14.327	55	51	0
Sonderposten für Investitionszulagen	8.630	36	9.515	39	10.667	41	-885	-9
Rückstellungen	446	2	305	1	621	2	141	46
Verbindlichkeiten	410	2	235	1	439	2	175	74
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	7	0	1	0	-3	-43

Bilanzsumme	23.878	100	24.399	100	26.055	100	-521	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.721	4.648	4.374
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	231	188	41
sonstige betriebliche Erträge	59	53	18
Materialaufwand	2.394	2.414	2.117
Personalaufwand	890	717	616
Abschreibungen	504	573	515
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.173	1.179	1.461
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-4
Ergebnis nach Steuern	51	10	-269
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	51	10	-269
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	-269	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	51	-259	-269

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,09	0,21	-6,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,36	0,07	-1,84	%
Cash-Flow:	555	583	246	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	209	326	317	T€
Personalaufwandsquote:	17,77	14,66	13,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,49	72,37	73,94	%
Eigenkapitalquote:	60,26	58,76	54,99	%
Fremdkapitalquote:	39,74	41,24	45,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	98,92	98,93	98,80	%

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die Gesellschaft in deren Räumlichkeiten aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die Gesellschaft bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben,
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die Gesellschaft in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 65,2 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups, und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2021 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung der Gesellschaft und des Technologieparks Weinberg Campus insgesamt auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms 2020 durch die weltweite Pandemie in eine Rezession geraten. Im Berichtsjahr haben überdies die Inflationsrisiken merklich zugenommen. Besonders kräftig, teils sogar zweistellig, sind die Preise auf den Vorstufen der Wertschöpfung gestiegen. Neben Steigerungen bei den Energiepreisen sind krisenbedingte Angebotsengpässe deutlich spürbar. Zwar deuten Szenarien aktueller Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf eine weitere Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2022 hin. Aus heutiger Sicht sind solide Prognosen zum Ende der Pandemie und einer dadurch bedingten Erholung der Gesamtwirtschaft allerdings nicht möglich und wären somit reine Spekulation. Die weltweite Pandemie bedingt zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Rückschläge bei der Überwindung der Covid-19-Pandemie stellen somit nach wie vor die mit Abstand größte Gefahr für die Konjunktur dar. Hinzu kommen latente Risiken der Ausweitung handels- und geopolitischer Spannungen wie beispielsweise zwischen der EU und Russland oder auch der VR China.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland stagniert und wird auch zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind unter anderem steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind trotz der beschriebenen Annäherungen weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die in vielen Teilen zunehmend protektionistischen Strömungen weiter beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagnieren branchenübergreifend. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2021 auch ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus angeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und die Netzwerkpartner fast das gesamte Geschäftsjahr durch die Rahmenbedingungen und die Unsicherheiten der Pandemieentwicklung massiv beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Während des gesamten Berichtsjahres hat die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie auch die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen vor allem auf ein Minimum eingeschränkte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten. Permanente Unsicherheiten bezüglich zu erwartender Entwicklungen stellten die Arbeitsorganisation insgesamt vor große Herausforderungen. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage zum Teil erheblich eingeschränkt. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, war deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Es bestanden permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung. Gleiches galt für die Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Um diesen Unsicherheiten zu begegnen wurden zahlreiche organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagement wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Regelmäßig stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstab der Stadt Halle (Saale), dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Hygieneverordnungen vermitteln zu können. In den Gebäuden und Grundstücken wurden umfangreiche Hygienemaßnahmen umgesetzt. Darüber hinaus konnten erfolgreiche Konsortien aus Startups und Technologieunternehmen u.a. zur Impfstoffforschung und Schnelltest-Entwicklung initiiert werden. Der Betrieb einer Schnelltest-Station in einem Gebäude der Gesellschaft wurde auch 2021 unterstützt. Im Ergebnis der Aktivitäten zur Bekämpfung der Pandemie, zur Unterstützung der Mieter und zum Schutz der Mitarbeiter stehen auch 2021 wieder erhöhte Aufwendungen zu Buche.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf die Pandemie und einzelne Maßnahmen zu deren Bekämpfung am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden eingesetzt. Auch im Geschäftsjahr 2021 wurden insbesondere weitere Teilbereiche des ältesten Gebäudes im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen saniert und modernisiert. Der Umbau folgt insgesamt dem Ziel, das Gebäude schrittweise zum zentralen Innovation Hub des Technologieparks für Startups und junge Technologieunternehmen zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bildeten im Berichtsjahr die Modernisierung und Sanierung von Büro- und Gemeinschaftsräumen, mieterseitige Umstrukturierungen sowie der weitere Ausbau von Pre-Seed- und Seed-Inkubatoren für Startups. Deren Betrieb erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. In diesem Zusammenhang standen auch weitere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. Ziel der Maßnahmen ist es wie schon im vergangenen Jahr, an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientierte Büro-, Beratungs-, Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen zu schaffen, die ein offenes kooperatives Zusammenarbeiten von Gründungsteams und jungen Unternehmen ermöglichen.

Dem 2018 entwickelten Flächenentwicklungskonzept und den Ergebnissen zahlreicher Machbarkeitsstudien entsprechend, wurden im Geschäftsjahr 2021 die Planungen zur Errichtung weiterer Gebäude vorangetrieben. Ziel ist es, zusätzliche Vermietungsflächen für die Ansiedlung neuer und das Wachstum bereits am Standort verorteter Technologieunternehmen zu schaffen. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus der guten Positionierung im Wettbewerb und den daraus resultierenden Ansiedlungspotenzialen. Zudem steht der Wachstumsbedarf von Bestandsunternehmen dem seit Jahren stets hohen Auslastungsgrad der Bestandsflächen entgegen. Im Berichtsjahr wurden die Überlegungen weiter konkretisiert und fundiert sowie wesentliche Gremienentscheidungen vorbereitet und getroffen. Im Ergebnis stehen konkrete Planungen zum Bau eines neuen hochtechnischen Gebäudes (Business Development Center) mit Labor-, Technik- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical, Life Sciences und Green Economy. Zudem soll ein neues Gebäude für Startups in den frühen Gründungsphasen errichtet und in räumlicher Verbindung mit dem in Sanierung befindlichen ältesten Gebäude der Gesellschaft zum zentralen Innovation Hub des Standortes ausgebaut werden. In Kooperation mit der Martin-Luther-Universität wird darüber hinaus der Neubau eines Forschungsgebäudes geplant, das in enger konzeptioneller und räumlicher Verbindung zum o.g. Business Development Center stehen und ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier bilden soll.

Trotz der unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der durchschnittliche Mietzins auch im Jahr 2021 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen. Teil der mittelfristigen Wirtschaftsplanung sind auch dem Wettbewerbsumfeld entsprechende Erlössteigerungen für etablierte Unternehmen. Gestützte Mietpreise für Startups und junge Wachstumsunternehmen sind weiterhin Bestandteil des Geschäftsmodells, insbesondere auf den neuen mit Hilfe von Zuschüssen geschaffenen Mietflächen.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diene im Berichtszeitraum die weitere Etablierung des ersten Accelerator-Programmes des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Pandemiebedingt erwies sich sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten schwierig. Bereits geplante Projektkooperationen wurden von potenziellen Auftraggebern abgesagt oder verschoben, so dass dementsprechend geplante Erlöse nicht realisiert werden konnten.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Wahl des Geschäftsführers in den Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), in den Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie in den Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Mitarbeit in der AG Bioparks im BVIZ, im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen. Pandemiebedingt konnten im Berichtsjahr kaum derartige Aktivitäten nur in digitalen Formaten umgesetzt werden. Die dafür notwendige Infrastruktur wurde erfolgreich installiert und auch den betreuten Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden die bestehenden Kommunikationskanäle ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleischen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten lfd. Jahr	3.899	77,9%	3.747	76,7%	152	4,1%
+ Einnahmen Projektleistungen	821	16,4%	850	17,4%	-29	-3,4%
+ sonstige Dienstleistungen	0	0,0%	50	1,0%	-50	-100,0%
+ = UMSATZERLÖSE	4.720	94,3%	4.647	95,1%	73	1,6%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	230	4,6%	187	3,8%	43	23,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	59	1,1%	53	1,1%	6	11,3%
= BETRIEBSLEISTUNG	5.009	100,0%	4.887	100,0%	122	2,5%
+ Raumkosten Mieter + Fremdleistungen	2.394	47,8%	2.414	49,4%	-20	-0,8%
+ Personalkosten	890	17,8%	716	14,7%	174	24,3%
+ eigene Raumkosten	206	4,1%	212	4,3%	-6	-2,8%
+ Versicherungen / Beiträge	33	0,7%	29	0,6%	4	13,8%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	455	9,1%	422	8,6%	33	7,8%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	3	0,1%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	80	1,6%	64	1,3%	16	25,0%
+ externe Projektkosten	13	0,3%	32	0,7%	-19	-59,4%
+ sonstige Kosten	382	7,6%	417	8,5%	-35	-8,4%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	1.172	23,4%	1.179	24,1%	-7	-0,6%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.456	89,0%	4.309	88,2%	147	3,4%
= EBITDA	553	11,0%	578	11,8%	-25	-4,3%
+ Abschreibungen	1.388	27,7%	1.725	35,3%	-337	-19,5%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-885	-17,7%	-1.152	-23,6%	267	-23,2%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	503	10,0%	573	11,7%	-70	-12,2%
= EBIT	50	1,0%	5	0,1%	45	900,8%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	1	100,0%	4	100,0%	-3	-75,0%
+ = FINANZERGEBNIS	1	100,0%	4	100,0%	-3	-75,0%
= EBT	51	1,0%	9	0,2%	42	467,5%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= JAHRESÜBERSCHUSS	51	1,0%	9	0,2%	42	466,4%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2020 um 2,5 % (+122 T-€) erhöht und liegt mit 5.009 T-€ um 277 T-€ über Plan. Dabei haben sich die Mieten und abgerechneten Mietnebenkosten um 152 T-€ sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um 6 T-€ erhöht. Durch die Auflösung der nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten sowie der erhaltenen Anzahlungen zum Ende des Berichtsjahres ergab sich eine Änderung der nicht abgerechneten Mietnebenkosten aus dem Vorjahr mit 43 T-€. Die Mieten und sonstigen Erträge incl. Nebenkosten einschließlich Bestandsveränderungen lagen damit um 313 T-€ über Planansatz. Eine Verminderung gab es bei den sonstigen Dienstleistungen um 50 T-€ und den Einnahmen aus Projektleistungen um 29 T-€, diese lagen aber trotzdem um 54 T-€ über Plan.

Aktiviert Eigenleistungen lagen aufgrund von Verzögerungen beim Bau des BDC und CSME keine vor, daher wurde der Planansatz von 90 T-€ unterschritten.

Die **Raumkosten der Mieter** und Fremdleistungen verringerten sich um 20 T-€ auf 2.394 T-€ und verfehlten den Plan um lediglich 6 T-€.

Die **Personalkosten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 174 T-€ auf 890 T-€ und damit gering unter Plan (-24 T-€).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 5 T-€ (-0,5 %) auf 1.173 T-€ und lagen um 268 T-€ über Plan. Gesunken sind dabei die Kosten für die externen Projektkosten (-19 T-€), die eigenen Raumkosten (-6 T-€) sowie bei den sonstigen Kosten (-35 T-€). Erhöhungen gab es bei den Reparaturen und Instandhaltungen (+33 T-€), den Versicherungen und Beiträgen (+4 T-€) sowie den Werbe- und Reisekosten (+16 T-€). Insbesondere die Instandhaltungskosten (+185 T-€) und die sonstigen Kosten (+80 T-€) lagen nennenswert über Plan.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2020 um 25 T-€ auf 553 T-€ vermindert und lag um 39 T-€ über Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.388 T-€ (Vorjahr: 1.725 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung um 276 T-€ auf 885 T-€.

Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 503 T-€ gegenüber 573 T-€ im Vorjahr. Der Planansatz wurde um 24 T-€ übertroffen.

Das **EBIT** beträgt mit 50 T-€ im Berichtsjahr 45 T-€ mehr als im Vorjahr und 15 T-€ mehr als geplant.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3 T-€ auf 1 T-€ verringert und lag um 3 T-€ über Plan.

Das **EBT** liegt mit 51 T-€ um +42 T-€ über dem Vorjahreswert und 18 T-€ über Plan.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des vorhandenen Verlustvortrages aus dem Vorjahr 0 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 51 T-€ und liegt damit um 42 T-€ über dem Vorjahr und 18 T-€ über Plan.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 6.633,4 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von langfristigen Geldanlagen hin zu kurzfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2021 haben sich die liquiden Mittel um rund 3.475,8 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Ände- rung ggü. d. Vor- jahr in	
	31.12.2021		31.12.2020		T€	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.387,9	60,3	14.336,5	58,8	51,4	0,4
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	8.629,9	36,1	9.515,1	39,0	-885,2	-9,3
Rückstellungen	446,1	1,9	304,9	1,2	141,2	46,3
Erhaltene Anzahlungen	0,0	0,0	50,0	0,2	-50,0	0,0
Lieferverbindlichkeiten	231,6	1,0	107,3	0,5	124,4	115,9
Sonstige Verbindlichkeiten	178,4	0,7	78,7	0,3	99,7	126,7
Summe Verbindlichkeiten	410,0	1,7	236,0	1,0	174,1	73,7
Rechnungsabgrenzungsposten	4,4	0,0	6,9	0,0	-2,5	-36,2
Summe Passiva	23.878,3	100,0	24.399,4	100,0	-521,1	-2,1

c) Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2021		Bilanz zum 31.12.2020		Ände- rung ggü. d. Vor- jahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	6,4	0,0	10,1	0,0	-3,7	-36,6
Sachanlagen	16.593,1	69,5	17.658,4	72,4	-1.065,3	-6,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	3.000,0	12,3	-3.000,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	16.599,5	69,5	20.668,5	84,7	-4.069,0	19,7
Forderungen	168,8	0,7	142,1	0,6	26,7	18,8
Sonstige Vermögensgegenstände	476,6	2,0	431,2	1,8	45,4	10,5
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	6.633,4	27,8	3.157,6	12,9	3.475,8	110,1
Summe Umlaufvermögen	7.278,9	30,5	3.730,9	15,3	3.547,9	-95,1
Summe Aktiva	23.878,3	100,0	24.399,4	100,0	-521,1	-2,1

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 521,1 T-€ (-2,1 %) auf 23.878,3 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.065,3 T-€), der Finanzanlagen (-3.000,0 T-€) sowie des immateriellen Anlagevermögens (-3,7 T-€). Die Forderungen (+26,7 T-€), die Sonstigen Vermögensgegenstände (+45,4 T-€) und die flüssigen Mittel (+3.475,8 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 84,7 % auf 69,5 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 319,6 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.388,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen mit immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 16.599,6 T-€ (-1.069,0 T-€) vermindert. Das **Finanzanlagevermögen** hat sich aufgrund von Umschichtungen von -3.000 T-€ auf 0 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 3.547,9 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 30,5 % gegenüber 15,3 % im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 26,7 T-€ resultiert aus den gesunkenen Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (-9,2 T-€) sowie den höheren Forderungen aus Mietnebenkosten (+35,9 T-€).

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 45,4 T-€ ist auf die Zunahme der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+170,0 T-€) zurückzuführen. Dagegen verminderten sich die angeforderten Projektmittel (-16,2 T-€), die Steuererstattungen (-20,0 T-€) sowie die übrigen sonstigen Vermögensgegenständen (-88,5 T-€).

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 3.475,8 T-€ auf 6.633,4 T-€ resultiert aus dem Mittezufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sowie den umgeschichteten Finanzanlagen von 3.000,0 T-€. Für getätigte Investitionen in Sachanlagevermögen flossen 319,6 T-€ ab.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen. Hinzu kommen Zielvorgaben in den im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzten Projekten zur Gründungsförderung (Startup- and Growth-Accelerator, Gründungsqualifizierung für die Stadt Halle), die im Berichtszeitraum trotz der pandemiebedingt schwierigen Rahmenbedingungen erfüllt werden konnten.

Insgesamt waren die Gebäude der Gesellschaft im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,86 % ausgelastet. Temporäre Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 98,92 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Branchen in denen die Mieter der Gesellschaft tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Biomedizin & Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	42,31 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	17,31 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	15,38 %
• Neue Materialien, Nanotechnologie, Umwelttechnologie (Green Economy)	9,62 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	9,62 %
• Sonstige Dienstleistungen	5,76 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 52 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der pandemischen Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2022 sowie in Entwurfsversionen für die Jahre 2023 bis 2026 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2022	4.667	4.744	-73	-150
2023	4.646	4.638	-153	-145
2024	4.769	4.651	-266	-148
2025	4.837	4.638	-324	-125
2026	4.811	4.583	-298	-70

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen der Pandemie für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das 2019/20 weiterentwickelte detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen und sich verändernden Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Im laufenden Geschäftsjahr besteht wieder das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Als ausgesprochen erfolgreich kann das durch die Gesellschaft etablierte Accelerator-Programm bezeichnet werden. Im Berichtsjahr konnten dadurch landesweit wieder einige neue Startups angesiedelt und beim Wachstum unterstützt werden. Das Programm trägt zudem positiv zur Profilbildung des Standortes bei. Zukünftig sind durch die konzeptionelle Verknüpfung der geplanten Neubauvorhaben und den Dienstleistungen des Accelerator-Programms weitere Impulse für Innovationen und die damit verbunden Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Im kommenden Geschäftsjahr wird in diesem Sinne die Sanierung von Bestandsflächen intensiviert. Zudem wird ein ganzheitliches Konzept für die Modernisierung aller Bestandsgebäude mit einem Planungshorizont bis 2027 entwickelt.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Zum einen soll wie schon im Abschnitt zum Geschäftsverlauf 2021 berichtet, ein weiteres hochtechnisches Gebäude mit Labor-, Technikums- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical, Life Sciences, New Materials und Green Economy gebaut werden (Business Development Center). Zudem soll ein neues Gebäude für Startups in den frühen Gründungsphasen errichtet und in räumlicher Verbindung mit dem in Sanierung befindlichen ältesten Gebäude der Gesellschaft zum zentralen Innovation Hub des Standortes ausgebaut werden. In Kooperation mit der Martin-Luther-Universität wird darüber hinaus der Neubau eines Forschungsgebäudes (Center for Sustainable Materials and Energy) geplant, das in enger konzeptioneller und räumlicher Verbindung zum o.g. Business Development Center stehen und ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier bilden soll. Die diesbezüglichen Planungen werden im kommenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert und mit der Umsetzung begonnen. Im Ergebnis sollen insgesamt ca. 20.000 qm neue Vermietungsflächen entstehen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier zu entwickeln und in den nächsten Jahren umzusetzen. Die Umsetzung der Neubauprojekte ist für die Jahre 2022 bis 2026 geplant.

Letztlich befindet sich die Geschäftsführung im Sinne eines Technologiepark-Managements in Strategiegelgesprächen zur weiteren Infrastrukturentwicklung mit allen strukturbestimmenden Einrichtungen, insbesondere mit der Martin-Luther-Universität und der Universitätsmedizin Halle. Dasselbe gilt auch für Unternehmen, die zukünftig eigene Produktionsstätten im Technologiepark errichten wollen.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet auch 2022 die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode bis 2027, unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann. Bei der Weiterentwicklung des aktuellen Geschäftsmodells wird nunmehr verstärkt berücksichtigt, dass Fördermöglichkeiten und -quoten nach Ablauf der Strukturfondsperiode generell stark sinken werden. Deshalb besteht das Ziel einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit aller Marktangebote.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Letzteres wird 2022 neu gefasst. Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das kommende Geschäftsjahr sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2022 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Pandemie insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung, die im Rahmen der bereits im Prognosebericht genannten Leuchtturmprojekte für die Region in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität genutzt werden sollen.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies betrifft bei Unternehmen im Bereich der Fokusbranche Biomedical and Life Sciences (z.B. Biotechnologie, Pharmazie, Analytik) pandemiebedingt wegen zusätzlicher Förderprojekte und der Teilnahme an F&E-Konsortien sogar die kurze Frist. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne pandemiebedingte Einflüsse unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Demselben Zweck dient der geplante Erweiterungsneubau auf dem Gelände des Innovations Hub. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig. Die geplanten Neubauvorhaben wirken dem genannten Risiko mittelfristig entgegen.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner und neuem Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, hat seit 2020 weltweite und massive Auswirkungen auf Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bevölkerung und das soziale Miteinander. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten. Hinzu kommen Reise- und Versammlungsbeschränkungen, welche die Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten auf ein Minimum reduzieren. Ebenfalls deutlich sind Herausforderungen für die Arbeitsorganisation insgesamt sowie die durch Home-Office, Home-Schooling und Krankentage bedingte Reduktion der Handlungsfähigkeit zahlreicher MitarbeiterInnen. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, ist deren Effektivität eingeschränkt. Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der Aufgabenerfüllung bleiben bestehen. Gleiches gilt nach wie vor für die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, der in Personalunion Leiter des Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstabes der Stadt Halle (Saale) ist.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie für die Berichtsgesellschaft nach wie vor zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte weiterhin zur zeitweisen Quarantäne des Personals (Home-Office) und zu Arbeitsausfällen wegen des Home-Schooling oder auch zu Erkrankungen kommen. Für den kaufmännischen Bereich, den Bereich Beratung und Projektmanagement sowie den Bereich Marketing und Kommunikation ist es nach wie vor möglich, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen. Im technischen Bereich gestaltet sich dies schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcings die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Wie bereits im Berichtszeitraum zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Die Antragstellung und die Bewilligung von Förderprojekten könnten sich weiterhin zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen jedoch nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Personell bedingte Arbeitsausfälle und die damit verbundenen Kosten könnten im Extremfall beispielsweise durch das neu eingeführte Kurzarbeiterentgelt teilweise ausgeglichen werden.
- Geplante Veranstaltungen könnten auch weiterhin abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt oder in digitalen Formaten umgesetzt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstands erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erwirbt. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstands gehören auch:

- die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badebetriebs;
- die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebots an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badebetrieb;
- die Absicherung des Schulschwimmens;
- die Absicherung des Vereinsschwimmsports.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft liegt in der Förderung des Gesundheitswesens und des Sports sowie der Freizeitgestaltung und dient der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Waldenburger, Annette
Beirat:	Berend, Stephanie Dr. Kreuzfeldt, Annette Dr. Marquardt, Judith Friedrich, Holger

Beirat:

Hülsbusch, Peter
Mehlis, Marion
Michalak, Ingo
Misch, Werner
Ufer, Niklas
Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.012	81	10.504	83	11.250	85	-492	-5
Umlaufvermögen	2.275	19	2.154	17	2.061	15	121	6
Rechnungsabgrenzungsposten	42	0	31	0	0	0	11	35

Bilanzsumme	12.329	100	12.689	100	13.311	100	-360	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.850	56	6.849	54	6.846	51	1	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.779	22	2.995	24	3.244	24	-216	-7
Rückstellungen	114	1	250	2	356	3	-136	-54
Verbindlichkeiten	2.586	21	2.595	20	2.865	22	-9	0

Bilanzsumme	12.329	100	12.689	100	13.311	100	-360	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.791	5.370	5.465
sonstige betriebliche Erträge	342	486	292
Materialaufwand	2.334	2.986	2.574
Personalaufwand	1.521	1.498	1.805
Abschreibungen	688	781	801
sonstige betriebliche Aufwendungen	511	526	510
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54	61	72
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	0	-7
Ergebnis nach Steuern	27	4	2
sonstige Steuern	26	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	3	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,06	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,01	0,05	0,02	%
Cash-Flow:	689	785	802	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	97	127	109	T€
Personalaufwandsquote:	29,64	25,59	31,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,14	82,76	84,49	%
Eigenkapitalquote:	55,56	53,98	51,43	%
Fremdkapitalquote:	44,44	46,02	48,57	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Besucher	129.448	139.542	303.922	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat erstmals zum 1. Mai 2010 in Kraft. Am 29. Januar 2021 haben die Stadt Halle (Saale) und die Bäder Halle GmbH die Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages um weitere 10 Jahre unterzeichnet. Der Bäderfinanzierungsvertrag sichert die Finanzierung des Bäderbetriebes im Zeitraum bis 2030. Er stellt darüber hinaus die Durchführung der notwendigen Ersatzinvestitionen/Instandhaltungen im Rahmen des Bäderkonzeptes der Stadt Halle und die Umsetzung der Sanierung des Stadtbades sicher. Damit kann das vielfältige Angebot für Schulsport, Breiten- und Spitzensport sowie für den öffentlichen Badebetrieb auch zukünftig durch die Bäder Halle GmbH zur Verfügung gestellt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde vom 1. August 2014 bis zum 30. Juni 2021 an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH verpachtet und durch diese betrieben. Der Vertrag wurde durch die GWG zum 30. Juni 2021 gekündigt. Seit dem 1. Juli 2021 ist die Stadt Halle (Saale) neuer Pächter der Ballsporthalle.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat in Zusammenarbeit mit der Bäder Halle GmbH (BHG) bereits in der 2. Jahreshälfte 2020 ein Bäderkonzept erarbeitet. Mit dem Konzept verfolgt die Stadt Halle (Saale) das Ziel, die Vielfalt der halleschen Bäderlandschaft für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus zu sichern sowie deren Anziehungskraft für die Bevölkerung der Stadt und aus der Region zu stärken. Dieses Konzept wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 beschlossen und dient der Bäder Halle GmbH als Arbeitsgrundlage. Durch zielgerichteten und effizienten Einsatz der der BHG zur Verfügung stehenden Instandhaltungs- und Investitionsmittel sind die Bäder langfristig zu erhalten und angemessen an den Bedarfen der Nutzer auszurichten.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Die Sanierungskosten belaufen sich insgesamt auf rd. 26,8 Mio. EUR (netto). Für die Beteiligung an der Finanzierung dieser Sanierung konnten zunächst drei Fördermittelgeber gewonnen werden. Der Bund beteiligt sich mit 13,4 Mio. EUR, das Land Sachsen-Anhalt mit 6,0 Mio. EUR und Stadtumbaumittel werden in Höhe von 3,0 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Der verbleibende Anteil von 4,4 Mio. EUR wird von der Bäder Halle GmbH über Gesellschafterdarlehen aufgebracht. Geplant ist die Umsetzung der Gesamtsanierung bis 2025.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Einen großen Teil der Aufwendungen stellen die Materialaufwendungen (insbesondere Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme/Gas) und Personalaufwendungen in Summe dar. Diese sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Aufgrund der Entwicklung der Infektionszahlen im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie wurde mit der Achten Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt für Bäder ab dem 2. November 2020 erneut die Schließung angeordnet. Im ersten Quartal 2021 durften ausschließlich Kaderathletinnen und Kaderathleten, die einem auf Bundesebene gebildeten Olympiakader, Perspektivkader, Ergänzungskader, Nachwuchskader 1 oder Nachwuchskader 2 eines Bundesfachverbandes des Deutschen Olympischen Sportbundes oder einem Landeskader eines Landesfachverbandes des LandesSportBundes des Landes Sachsen-Anhalt e.V. angehören, die Bäder nutzen. Hierfür wurden die Wasserflächen der Sprunghalle der Schwimmhalle Neustadt und der Robert-Koch-Schwimmhalle bereitgestellt. In allen anderen Bädern sowie in der 50-Meter-Halle der Schwimmhalle Neustadt wurde der Betrieb zur Minimierung der laufenden Aufwendungen heruntergefahren. Im 2. Quartal 2021 konnte aufgrund der behördlichen Vorgaben das Schulschwimmen wieder erlaubt werden. Während der angeordneten Schließung befand sich der Großteil der Belegschaft in Kurzarbeit Null. Auf Grundlage der Dreizehnten Eindämmungsverordnung durften die Freibäder mit Kapazitätsbegrenzung ab dem 29. Mai 2021 für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Ab dem 31. Mai 2021 beziehungsweise 1. Juni 2021 folgte dann auch die Freigabe der Schwimmhallen für diese Nutzergruppen. Durch die pandemiebedingten Schließungen der Bäder ist in den zurückliegenden zwei Jahren sehr viel Schwimmunterricht ausgefallen, auch Schwimmkurse für Kinder, die von Vereinen und der Bäder Halle GmbH selber angeboten wurden, haben nicht stattfinden können. Damit möglichst vielen Kindern nach der Wiederöffnung der Bäder Angebote unterbreitet werden können, hat die BHG gemeinsam mit den Vereinen Konzepte entwickelt. Jährliche Wartungs- und Revisionsarbeiten in den Schwimmhallen Neustadt und Saline wurden schon während der Schließzeit im Frühjahr 2021 durchgeführt, sodass in

beiden Hallenbädern in den Sommerferien dort Schwimmkurse angeboten werden konnten. Gemeinsam mit den Schulen und Vereinen wurden Konzepte für Schwimmunterricht in den Freibädern erarbeitet und umgesetzt.

Der Betrieb der Schwimmhallen und Freibäder war hinsichtlich der zugelassenen, maximalen Besucherzahlen auf der Grundlage der behördlichen Verordnungen reglementiert. Zudem galten im Jahresverlauf in Abhängigkeit der Inzidenz und/oder Hospitalisierungsrates variierende Zutrittsbeschränkungen. Dies galt einerseits für das gesamte Bad aber auch für die Nutzung der einzelnen Becken und Wasserbereiche und stellte eine große Herausforderung für die Mitarbeitenden dar. Dieser Saisonbetrieb verlangte auch den Badegästen viel Verständnis für die Hygienemaßnahmen und insbesondere rücksichtsvolles Verhalten ab. Aufgrund der Kurzfristigkeit der ermöglichten Freibäderöffnung konnten nicht alle Saisonstellen besetzt werden. Für den Monat Juni konnte die Bäder Halle GmbH im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung auf Mitarbeitende des Maya mare zurückgreifen. Für das Naturbad Angersdorfer Teiche konnte die Freizeit & Event GmbH als neuer Betreiber gefunden werden, welche die Anlage zum 15. März 2021 übernommen hat. Ein Vertrag über eine Laufzeit von 25 Jahren wurde unterzeichnet und damit auch investives Engagement des neuen Partners ermöglicht.

Der Pachtvertrag für die Ballsporthalle mit der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wurde pächterseitig zum 30. Juni 2021 fristgerecht gekündigt. Ab dem 1. Juli 2021 wurde ein neuer Pachtvertrag mit der Stadt Halle (Saale) geschlossen.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2022 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von drei Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Betrieb von Sport- und Freibädern war im Geschäftsjahr 2021 stark von der Pandemie und ihren Auswirkungen geprägt. Während in den Jahren vor der Pandemie die Besucherzahlen in den Freibädern besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig waren, kamen im Sommer 2021 die Restriktionen aus dem Hygienekonzept erschwerend hinzu. Der Sommer 2021 lässt sich hinsichtlich der Witterungsverhältnisse als „schlechter Freibadsommer“ bezeichnen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2021 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche negative Einflussfaktoren waren und sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt, insbesondere die behördlich angeordneten Schließzeiten und die einschneidenden Restriktionen, unter denen die Bäder öffnen durften. Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Aufgrund der behördlich angeordneten Schließungen ergaben sich ähnliche Besucherzahlen, wie im ebenfalls pandemiegeprägten Jahr 2020:

Nutzergruppe	Jahr 2020	2021
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:	77.223	61.456
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:	62.319	67.992
Besucher Schulschwimmen:	42.767	41.924
Besucher Vereinsschwimmen:	78.762	83.716

* ohne Angersdorfer Teiche

Im Vergleich zu 2020 haben sich die Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb um ca. 1,3 % erhöht.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren in der Bäder Halle GmbH 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 7 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 22 Frauen. In den Monaten Juni bis September haben im Schnitt 11 Saisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 44 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von zehn Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit der geforderten Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetriebe aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD).

Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe wurde für 2021/2022 neu verhandelt und abgeschlossen.

Auch der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes wurde zum 1. September 2020 neu verhandelt. Dieser weist eine 28-monatige Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 auf, danach finden erneut Tarifverhandlungen statt.

Personalentwicklung 2021

Für 2021 war eine Fortführung und Vertiefung der bereits in den Vorjahren eingeführten Personalentwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der operativen Exzellenz und Innovationsfähigkeit geplant. Den betriebswirtschaftlichen Prozessen der Bäder Halle Rechnung tragend, war vorgesehen, ab Ende des ersten und Anfang des zweiten Quartals verschiedene Inhouse-Angebote durchzuführen.

Aufgrund der Covid19-Pandemie wurde in der ersten Jahreshälfte wie schon im Vorjahr vorwiegend auf virtuelle Angebote umgestellt, so dass lediglich nicht umstell- oder verschiebbare Pflichtschulungen oder Qualifizierungsmaßnahmen in Präsenzform durchgeführt wurden.

Für das zweite Halbjahr wurde der Neustart von Präsenzformaten in der Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung, im TalentPool sowie im Compliance-Schulungsprogramm geplant. Durch Nutzung der großen Konferenzräume in der SWH-Lernwerkstatt im Energiepark Dieselstraße konnten die Abstandsregeln gut eingehalten werden. Bis Ende Oktober fanden somit wieder Präsenzs Schulungen im TalentPool, in der Führungskräfte- und in der Mitarbeiterentwicklung statt und es konnten Pflichtschulungen zur Sicherung der Fachkunde durchgeführt werden.

Mitarbeiterentwicklung

Die geplanten Erst- und Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention (SWH-Schulungsturnus drei Jahre) wurden in einem virtuellen Format im Dezember durchgeführt. An diesen konnten 3 Führungskräfte der Bäder Halle teilnehmen.

Ebenfalls virtuell durchgeführt wurde die Schulung zu Behördlichen Ermittlungen. Hier nahmen zwei Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bäder Halle teil.

Seit diesem Schulungsjahr wird in der SWH-Gruppe zudem eine Jahresschulung zum Steuerrecht etabliert. Zwei Mitarbeitende mit entsprechender Fachverantwortung nahmen daran teil.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betrugen 548,9 TEUR (Vorjahr 543,3 TEUR) und liegen damit auf Vorjahresniveau. Aufgrund der pandemiebedingten Schließzeiten im Geschäftsjahr konnte das Planziel von 979,5 TEUR nicht realisiert werden.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2021 nur bei 114,5 TEUR (Vorjahr 104,5 TEUR), da in den Zeiten der pandemiebedingten Schließung die Bäder Halle GmbH auch keine Dienstleistung für das Kassieren der Eintrittsentgelte und die Wasseraufsicht erbracht hat. Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen 210,8 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen, Erbbauzinsen gegenüber. Aufwendungen für die Grundsteuer aus den Jahren 2017 bis 2021 wurden vertragsgemäß ebenfalls an den Pächter weiterberechnet. Unter den Umsatzerlösen ist das Leistungsentgelt der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2021 mit 3.770,2 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 4.402,6 TEUR lag.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erlöse aus Arbeitnehmerüberlassung, Auflösungen aus Sonderposten für die Sprunghalle in Halle Neustadt und aus Rückstellungen enthalten.

Die Aufwendungen lagen im Jahr 2021 in vielen Bereichen aufgrund der andauernden Bäderschließung zwar über denen des Vorjahres aber weiterhin unter Plan. Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme, Diesel und Gas in Höhe von 1.038,8 TEUR (Vorjahr 927,2 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung die nur in Höhe von 194,7 TEUR (Vorjahr 230,9 TEUR) beansprucht wurden sowie Fremdleistungen in Höhe von 100,1 TEUR (Vorjahr 83,3 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand lag 2021 bei 693,4 TEUR (Vorjahr 1.583,3 TEUR). Darin enthalten sind neben den laufenden Instandhaltungsaufwendungen u. a. die Aufwendungen für die Sanierung der Sanitäranlagen im Altbestandsgebäude des Nordbades, die Sanierung des Whirlpoolfilters sowie der Lichtsteuerung in der Schwimmhalle Neustadt.

Die Personalaufwendungen liegen bei 1.521,7 TEUR (Vorjahr 1.498,5 TEUR). Einerseits reduzierte sich der Personalaufwand durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, gegenläufig wirkte die höhere durchschnittliche Anzahl von Mitarbeitenden.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 0,8 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus den die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2021 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.849,8 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 0,8 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Zuführung des Jahresergebnisses 2021.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen hat in 2021 einen Rückgang von 215,5 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2021 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2021 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1.517,2 TEUR (Vorjahr 1.913,2 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen durch die Rückrechnung des Leistungsentgeltes gegenüber der Stadt Halle eine Erhöhung zum Vorjahr auf.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2021 eine Eigenkapitalquote von 55,6 % aus (Vorjahr 54,0 %).

4.2.2 Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten drei Betriebsjahre 2010 bis 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 TEUR vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Für den Zeitraum 2021 bis 2030 wurde ein sehr umfassender Investitionsplan erarbeitet, der Bestandteil des Nachtrages zum Bäderfinanzierungsvertrag ist und darauf fußt, dass diese Investitionen über Gesellschafterdarlehen finanziert werden. Im Jahr 2021 wurden Investitionen für ein digitales Besuchereinlassmanagement in den Freibädern getätigt, welches zu 80 % durch Fördermittel finanziert wurden. Fördermittel im Umfang von 200 TEUR wurden für die Maßnahme „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumluftechnischen Anlagen“ bewilligt. Die Vergabe der Leistung erfolgte im Jahr 2021. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten kann die Umsetzung jedoch erst im 1. Halbjahr 2022 realisiert werden. Weiterhin bildet der Investitionsplan den prognostizierten Finanzbedarf für die Gesamtansanierung des Stadtbades in Halle (Saale) ab. Dieses Projekt wird durch den Bund, das Land Sachsen-Anhalt und den Stadtbau gefördert, die Bäder Halle GmbH stellt darüber hinaus Eigenmittel bereit. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen wurden im Jahr 2021 die geplanten Mittel nicht in voller Höhe benötigt. Die Verschiebung der Fördermittelabrufe wurden den Fördermittelgebern angezeigt.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenlage

Am 31. Dezember 2021 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 12.329,3 TEUR, das ist eine Verringerung um 359,2 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenlage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2021 ein Anlagenbestand in Höhe von 10.012,3 TEUR erreicht (Vorjahr 10.504,0 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 149,7 TEUR auf.

Die Passivseite weist einen Rückgang des Sonderpostens und Verbindlichkeiten auf Vorjahresniveau aus.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach den Betriebserfahrungen der zurückliegenden Jahre im laufenden Betrieb nicht mehr möglich. Nach Untersuchungen im Rahmen des Energieaudits wären über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z. B. über die Lüftung, noch Einsparpotenziale zu heben. Hierbei ist jeweils abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die einzelnen Investitionen amortisieren würden.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da das öffentliche Schwimmen zu „sozial verträglichen Eintrittspreisen“ erfolgen soll.

Nach Beendigung der Pandemie und der damit einhergehenden Einschränkungen bleibt es weiterhin das Ziel für die kommenden Jahre, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann soll weiter in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Dazu wird auch die Sanierung des historischen Stadtbades beitragen.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 9 Risiken ermittelt (Vorjahr: 10). Unter diesen Risiken lässt sich keines der Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	5	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	9	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2022 sowie in der Mittelfristplanung bis 2026 wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2022 bis 2026 konstant 292.900 Besucher geplant. Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2023 in Höhe von 979,9 TEUR bis 2026 auf 1.017,1 TEUR nur marginal aufgrund der eingeplanten Anpassungen der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer sowie der Schulen und einer geringfügigen Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, die im Jahr 2024 geplant ist, an. In allen anderen Bereichen wird von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen. Wie sich das Jahr 2022 aufgrund der anhaltenden Pandemie entwickelt, bleibt abzuwarten, ebenso die Auswirkungen der Marktpreisveränderungen für Elektro- und Wärmeenergie

5.5. Investitionen

Für das Jahr 2022 sind in Summe 362,9 TEUR für Investitionen in den Schwimmhallen und Freibädern geplant. Weitere 2.000,0 TEUR sind für die Sanierung des Stadtbades eingeplant, welche in Gänze über Fördermittel finanziert werden. Für dieses Gesamt-sanierungsprojekt sind vier Jahre veranschlagt.

5.6. Finanzierung

Die langfristig geplanten Investitionen werden über Darlehensaufnahme finanziert, was mit der Fortführung des Bäderfinanzierungsvertrages beschlossen wurde. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

5.7. Ergebniserwartung

Für das Wirtschaftsjahr 2022 werden 2,1 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Im Planungszeitraum 2023 bis 2026 bleibt das erwartete Ergebnis konstant. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder wird für das Jahr 2022 ein Zuschussbedarf in Höhe von 4.561,0 TEUR geplant. Auch in den Folgejahren wird davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der sechs Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Die Ausbreitung des Corona Virus hat dazu geführt, dass seit Beginn des Jahres weiterhin Zutritts- und Kapazitätsbeschränkungen gelten. Die Restriktionen werden nach derzeitigem Kenntnisstand mindestens bis einschließlich 19. März 2022 andauern. Genauere Prognosen zum Zeitpunkt der uneingeschränkten Nutzung der Bäder für alle Nutzergruppen sind aktuell nicht möglich.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Bedeutung für die Stadt Halle (Saale) ist in der durch die Gesellschaft angebotenen Leistung der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der BFW GmbH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Wenderoth, Nicola	(seit 01.11.2021, seit 10.12.2021 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Sommer, Anton	(bis 31.10.2021)
	stellv. Vorsitzender	Krahl, Hans-Joachim	(seit 10.12.2021 stellv. Vorsitzender)
		Battermann, Jens Brederlow, Katharina	

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Verwaltungsrat:

Dönitz, Anke
Dr. Danek, Simone
Dr. Kehl, Peter
Gellrich, Barbara
Ideker, Thomas
Leauclair, Ina
Reinhardt, Marlis
Stegmann, Jürgen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	0	0	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.944	74	11.386	75	11.810	79	-442	-4
Umlaufvermögen	3.907	26	3.867	25	3.104	21	40	1
Rechnungsabgrenzungsposten	20	0	26	0	21	0	-6	-23
Bilanzsumme	14.871	100	15.279	100	14.935	100	-408	-3
Passiva								
Eigenkapital	8.063	54	7.751	51	6.969	47	312	4
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.069	27	4.260	28	4.453	30	-191	-4
Rückstellungen	247	2	276	2	196	1	-29	-11
Verbindlichkeiten	2.492	17	2.992	19	3.316	22	-500	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	14.871	100	15.279	100	14.935	100	-408	-3

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.276	7.247	7.129
sonstige betriebliche Erträge	433	634	637
Materialaufwand	872	846	912
Personalaufwand	4.339	4.178	4.047
Abschreibungen	825	788	800
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.260	1.162	1.027
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	102	126	132
Ergebnis nach Steuern	313	781	848
sonstige Steuern	1	-1	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	312	782	845

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,29	10,79	11,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,03	11,22	13,80	%
Cash-Flow:	1.137	1.570	1.645	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	115	116	116	T€
Personalaufwandsquote:	56,28	53,01	52,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,36	74,25	78,80	%
Eigenkapitalquote:	54,22	50,73	46,66	%
Fremdkapitalquote:	45,78	49,27	53,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Abrechnungstage	47.134,00	46.970,00	45.338,00	Tage

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Das BFW Halle war 2021 in mehrere Projekte eingebunden, die unterschiedliche Zielstellungen beinhalteten. Hervorzuheben sind die Projekte, in denen die Digitalisierung und die damit einhergehenden Chancen und Risiken für blinde und sehbehinderte Menschen betrachtet werden. Das BFW Halle hat im Sommer 2021 erfolgreich das Projekt „A4S-Inklusion Sehbehinderter durch Digitalisierung“, gefördert durch die DRV Bund, abgeschlossen. In einer anwendungsorientierten Forschungskoooperation des BFW Halle, des deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz in Berlin sowie der Technischen Universität Dresden wurden experimentell Szenarien der Digitalisierung von Arbeitsplätzen sehbehinderter Erwachsener entworfen sowie IT-basierte Lösungen für die effizientere und zukunftsgegenwärtige Ausgestaltung der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Beeinträchtigung des Sehens erarbeitet. Das Projekt berücksichtigte sowohl die technische als auch die soziale Dimension von Arbeiten 4.0. Die zentrale Fragestellung des Projektes lautete, inwiefern die Digitalisierung zur wirksamen Integration von erwachsenen Menschen mit Sehbeeinträchtigung beitragen kann. Das BFW Halle wirkt seit 2020 als Referenzeinrichtung in dem Projekt KI-ASSIST, welches durch den Bundesverband der Deutschen Berufsförderungswerke koordiniert wird, mit. Dieses Projekt beschäftigt sich mit der Fragestellung, wie künstliche Intelligenz für Menschen mit Behinderungen nutzbar gemacht werden kann.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit des BFW Halle 2021 weiterhin einschneidend und stark geprägt. Die damit verbundenen Veränderungen und Veränderungsgeschwindigkeiten in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und dementsprechend auch in der Rehabilitation waren 2021 schwierige Rahmenbedingungen. Das Thema Digitalisierung hat 2021 durch die Corona-Pandemie nochmals eine spezielle Dynamik erhalten. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse sowie deren schrittweise sinnvolle Digitalisierung unter diesen Gesichtspunkten ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Das zurückgehende Beratungsgeschäft der Leistungsträger, die Veränderung des Arbeitsmarktes sowie die Sorgen und Ängste der Menschen mit Sehbeeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stellt die berufliche Rehabilitation vor große Herausforderungen. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Die Corona-Pandemie hat den Geschäftsverlauf 2021 wesentlich beeinflusst. Im zweiten, wesentlich längeren und härteren Lockdown zu Beginn des Geschäftsjahres wurden die Konzepte zur alternativen Durchführung der Maßnahmen weiterentwickelt sowie der Notfall- und Pandemieplan inklusive eines Hygiene- und Schutzkonzeptes an die jeweiligen gesetzlichen Regelungen immer wieder angepasst. Der Krisenstab arbeitete mit verschiedenen Szenarien und wägte immer wieder die verschiedenen Risiken ab.

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2021 daher trotz der Corona-Pandemie die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Das BFW Halle (Saale) hat die mit externer neutraler Unterstützung konkreten und tragfähigen Maßnahmen 2021 weiterentwickelt und schrittweise umgesetzt, die dazu geeignet sind, ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle (Saale) langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert. Diese Maßnahmen zeigten auch 2021 ihre Wirkung.

Im Laufe des Jahres 2021 war die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen trotz aller Widrigkeiten weiter stabil.

Im Jahr 2021 nahmen durchschnittlich 131 Teilnehmer (im Vj. 130 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich auch 2021 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung in Zeiten der Corona-Pandemie das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Digitalisierung war für das BFW Halle (Saale) im Jahr 2021 nicht nur in den Projekten präsent. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des BFW Halle (Saale) stand weiterhin im Vordergrund. In dieser Digitalisierungsstrategie sind wichtige Stakeholder einer digitalen Entwicklung sowie die Handlungsfelder definiert. Es wurden technische Lösungen implementiert, die Arbeit damit verstetigt und die digitale Didaktik sukzessive verbessert.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2021 unterhalb des Planungsansatzes. Dies ist hauptsächlich der Corona-Pandemie geschuldet, da in bestimmten Zeiträumen keine Assessment-Maßnahmen stattfinden konnten. Ursächlich für den Belegungsrückgang im Assessment waren darüber hinaus das zurückgehende Beratungsgeschäft der Leistungsträger sowie die vielen Sorgen und Ängste von sehbehinderten und blinden Menschen.

Die Zertifizierung nach der Norm DIN EN ISO 2001:2015 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2021 erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben der Anpassung der Marketingmaßnahmen an die wechselnden Corona-Bedingungen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation unter Corona-Bedingungen weiterzuentwickeln. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in den Akquise Prozessen sowie in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung der Qualifikation in einen modularen Aufbau wurden 2021 weitergeführt. Das Thema Personalentwicklung stand im Vordergrund, um u.a. die Spezifik der Sehbehinderten- und Blindenrehabilitation zu schärfen sowie die Entwicklung digitaler Kompetenzen sowohl den Mitarbeitern als auch bei den Rehabilitanden zu fördern. Eine große Herausforderung waren 2021 das Tempo und der Zeitdruck der Entwicklungen.

2021 waren durchschnittlich 64 (im Vj. 65) Angestellte sowie 3 (im Vj. 3) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. 4 Mitarbeitende im Rahmen des Teilhabechancengesetzes unterstützten die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitenden lag bei 17,25 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2021 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 127 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Wie in den letzten Jahren war und ist einer der Schwerpunkte der Ausbau und nun – nach vielen Jahren des Wachstums – vordergründig die Konsolidierung der Geschäftsstelle in Berlin. Die abgeschlossenen baulichen Maßnahmen und räumlichen Erweiterungen ermöglichen der Gesellschaft, in Verbindung mit einer eigenen Qualifizierung in Berlin, mittlerweile das Spektrum eines gesamten BFW's abzubilden. Die Geschäftsstelle in Berlin ist damit eine der tragenden Säulen in der Belegungssicherung und in der nachhaltigen Liquiditätssicherung der Gesellschaft.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 29 gestiegen. Dies resultiert u.a. aus der gestiegenen Belegung sowie Steigerung der verhandelten Kostensätze für das Jahr 2021.

Im Berichtsjahr fielen mit 47.134 Abrechnungstagen (im Vj. 46.970) 0,4 % mehr Abrechnungstage in Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen sowie Integrationsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Erlöse aus den Assessmentmaßnahmen sind Corona bedingt stark gesunken. Dies traf vor allem die Einzelmaßnahmen.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies betrifft insbesondere die Projektzuwendungen. Der Materialaufwand ist um TEUR 3,1% gestiegen. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2021 TEUR 191 (im Vj. TEUR 193).

Der Anstieg des Personalaufwandes 2021 resultiert aus der erstmalig gebildeten Rückstellung für die Altersteilzeit.

Das Betriebsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 493,7 auf TEUR 413,8.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26,2.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2021 einen Jahresüberschuss von TEUR 312,3.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2021 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 890 (im Vj. TEUR 1.774) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2021 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds stieg um TEUR 80. Die Gesellschaft verfügt 2021 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen 2021 im Bereich der Qualifizierung, der Hilfsmittel und im IT-Bereich.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 407,9 gesunken.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 383 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 824,5 gegenüber.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2021 TEUR 12.133, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 81,6 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2021 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitung - und Hauptmaßnahmen war die Belegung im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag Corona bedingt unter den Vorjahreszahlen. Trotz Corona stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Jahr 2021. Die Geschäftsstelle Berlin stellt zunehmend eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2021 die Auslastung über dem geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2021 weiter um. Mit diesen Maßnahmen gelingt es, die Ertragsseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden die Ertragslage des BFW Halle (Saale) in diesem Jahr wesentlich prägen, da im Jahr 2021 Assessmentmaßnahmen in Größenordnungen ausgeblieben sind und daher die Belegung 2022 rückläufig ist. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Die Kostensatzentwicklung muss neben der Entwicklung der Tarife die durch die Inflation bedingten Kosten berücksichtigen. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2022 konnten die geplanten Erhöhungen nicht erzielt werden. Der Krieg in der Ukraine sowie die andauernde Corona-Pandemie verschärfen die Situation weiter. Sinkende Belegungszahlen werden damit stark steigenden Kosten gegenüberstehen, die aktuell nicht durch den Kostensatz abgebildet werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf der Grundlage einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 127 Teilnehmern und dem Ergebnis der Kostensatzverhandlungen ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2022 ein negatives Jahresergebnis. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zu 2021 auf Grund der Corona-Pandemie eine schwierige Entwicklung. Dies bezieht sich auf die Umsatzerlöse aller Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation. Die Gesellschaft erwartet daher im Jahr 2022 ein negatives Jahresergebnis.

Bei der Planung der Personalkosten wurde eine Tarifsteigerung von 1,8 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 405 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, der Verwaltung sowie im IT-Bereich liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2022 von 110 Teilnehmern geht das BFW Halle (Saale) von einem negativen Ergebnis aus. Bei den Assessmentmaßnahmen und Einzelmaßnahmen erwartet das BFW Halle (Saale) eine leichte Erholung, die in den Lockerungen bei den Corona-Maßnahmen sowie einem zeitnahen Abbau eines Bearbeitungsstaus bei den Leistungsträgern begründet sind. Ein weiterer Rückgang in den Assessmentmaßnahmen kann negative Auswirkungen auf die Belegung der Folgejahre haben. Hier beeinflussen die Bedingungen der Corona-Pandemie die kontinuierliche und auskömmliche Auslastung.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche seit dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Diese Vermietung läuft grundsätzlich zum 31.08.2022 aus. Das BFW befindet sich in Verhandlungen über eine Fortführung der Vermietung.

Die Geschäftsstelle Berlin wird im Jahr 2022 die Kapazitäten des Vorjahres halten und stabilisieren.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten 2022 fortgesetzt. Hierzu werden die Kommunikationsformen Corona bedingt umgestellt und neue Zugänge erschlossen.

Intensive Gespräche in hybrider Form mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen sowie die Digitalisierung werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2022 unter Corona Bedingungen weiter optimiert. Generell erfolgt eine Umstellung der Arbeits- und Kommunikationsformen.

Die Infrastruktur mit ihrem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht. Infolge des Ukrainekrieges wird sich diese Situation weiter verschärfen, da davon auszugehen ist, dass die Preise unter anderem für Energie und Fernwärme deutlich steigen werden.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis unter den Rahmenbedingungen der Corona Pandemie.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Flexibilität verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ unter veränderten Rahmenbedingungen zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommen dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Über allem stehen die derzeitige weltweite Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine, deren Folgen – zumindest im Umfang – z.Z. nicht kalkulierbar sind. Hier sind alle Szenarien auf globaler und nationaler Ebene und bezüglich aller Lebensbereiche denkbar. Welche gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, finanztechnischen, rechtlichen, sozialen, psychischen, selbst politischen Folgen tatsächlich eintreten, wird vom weiteren Verlauf zunächst in Deutschland, aber auch darüber hinaus bestimmt werden. Das Sozialschutz-Paket der Bundesregierung soll den Bestand sozialer Dienste und Einrichtungen sichern. Wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist das „Sozialdienstleister-Einsatzgesetz“ (SodEG). Es sieht vor, alle sozialen Dienstleister im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Gleichzeitig beinhaltet es einen Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger für soziale Dienstleister.

Als Herausforderung erweist sich weiterhin die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt. Infolge der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wird die Inflation weiter stark ansteigen. Dies hat Auswirkungen auf die Kostenstruktur im BFW Halle, die sich derzeit nicht in den gegenwärtigen Kostensätzen des BFW Halle widerspiegelt.

In Bezug auf die IT-Sicherheit sieht das BFW Halle, dass mit personengebunden Daten arbeitet, die größten Risiken derzeit im Datenabfluss als auch in der Datenverschlüsselung durch Cyberangriffe. Die damit verbundene Absicherung der IT-Systeme ziehen weitere Kostensteigerungen nach sich. Infolge der Auswirkungen des Ukrainekrieges ist derzeit ein Ausfall der kritischen Infrastruktur nicht auszuschließen.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2022 das Kernziel der Gesellschaft. Hierbei wird die Digitalisierung sowie damit verbunden die Barrierefreiheit eine immer bedeutsamere Rolle spielen.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft und 2020 abgeschlossen wurde, galt es, dieses Risiko näher zu erforschen, eventuelle Versorgungslücken zu eruieren sowie entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben. Die Versorgungslücken sind nach wie vor vorhanden.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Die Fachkräftegewinnung gestaltet sich auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation schwierig.

Das BFW Halle (Saale) ist durch die Spezialisierung befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Infolge der Corona-Pandemie ist diese kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung eher unsicher. Hier werden sich die Art und Weise der beruflichen Rehabilitation verändern. Digitale Lernformen werden mehr und mehr Einzug halten. Welche Auswirkungen dies auf die Strukturen der beruflichen Rehabilitation im BFW Halle (Saale) hat, ist momentan schwer abzuschätzen. Es ist mit einem teilweisen veränderten Dienstleistungsangebot zu rechnen. Die digitalen Lernformen stellen aus Sicht des BFW Halle (Saale) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen eine Ergänzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation dar, ersetzen können sie diese nicht.

Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern. Die berufliche Rehabilitation ist in der Zukunft u.a. auch zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie mitbestimmend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie für die Deckung des Fachkräftebedarfes.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. In Folge der Corona-Pandemie ist zunächst mit einem Rückgang der Belegung zu rechnen. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Der Ukrainekrieg wird einen weitgehenden Anstieg der Inflation nach sich ziehen und damit Auswirkungen auf die Kosten der beruflichen Rehabilitation haben. Das BFW Halle (Saale) sieht sich mehr denn je steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Rehabilitation, der fortschreitenden demografischen Entwicklung und der derzeit sich verändernden Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können. Die mittelfristigen Risiken der Corona-Pandemie sowie der Folgen des Krieges in der Ukraine können im Moment noch nicht abschließend bewertet werden und sind ins Risikomanagement aufzunehmen. Hierzu gehören auch Risiken bei der IT-Sicherheit.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept vor der Corona-Pandemie erarbeiteten Szenarien waren mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür waren stabile Belegungszahlen.

Auf Grund der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind Aussagen zur mittelfristigen Liquidität derzeit schwer möglich. Die Aussagen der Rehabilitationsträger, dass das BFW Halle als Spezialeinrichtung ein Alleinstellungsmerkmal hat, lässt die Aussage zu, dass 2022 nach jetzigem Stand die Liquidität im BFW Halle nicht gefährdet ist. Hierbei muss sich der positive Trend, zu Beginn 2022 bei den Assessmentmaßnahmen jedoch fortsetzen und die Belegungszahlen steigen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen, Netzwerke sowie der Digitalisierung bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie alternative Lernformen sowie die Barrierefreiheit von Dokumenten, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Einrichtungen im öffentlichen Bereich hierzu nachfragen und die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) dafür in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. Mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenkonzeptes konnte das BFW Halle die Auswirkungen der Corona-Pandemie bisher gut kompensieren. Hierin sieht das BFW Halle (Saale) eine Chance für die zukünftige Entwicklung der Belegungssicherung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Alternative Lernformen sind gefragter denn je. Das BFW Halle (Saale) kann zeigen, wozu das BFW in der Lage ist und begleitet die Teilnehmenden individuell und je nach ihren Möglichkeiten. Damit bietet die Krise auch eine Chance zur Weiterentwicklung.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Die Folgen der Corona-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine sind derzeit für das BFW Halle (Saale) mittel- bis langfristig nicht einschätzbar.

Unter der Voraussetzung einer in etwa auf dem Niveau von 2021 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe für 2022 nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) wird die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes unter den Einflüssen der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine mittel- bis langfristig prüfen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb verfolgt Sozial- und Gemeinwohlinteressen sowie die Förderung der Wirtschaft und damit einen öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Döring, Jan Heym, Carsten Schied, Thomas Schmeil, Birgit Streckenbach, Johannes

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2021 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2020.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	34	0	49	0
Umlaufvermögen	13.914	100	10.941	100
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	3	0

Bilanzsumme	13.950	100	10.993	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	0	37	0
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	585	4	600	5
Rückstellungen	97	1	74	1
Verbindlichkeiten	13.231	95	10.282	94

Bilanzsumme	13.950	100	10.993	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020	2019
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.653	1.785
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.311	2.350
sonstige betriebliche Erträge	1.005	884
Materialaufwand	1.478	1.546
Personalaufwand	4.315	3.355
Abschreibungen	24	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	152	107
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4
Ergebnis nach Steuern	0	0
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	24	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	22	17	T€
Personalaufwandsquote:	72,29	66,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,25	0,45	%
Eigenkapitalquote:	0,27	0,34	%
Fremdkapitalquote:	99,73	99,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	95,00	53,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	43,00	43,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	12,00	12,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2020 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt Halle (Saale) in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) der Stadt Halle (Saale) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2020 erfüllen.

Im Jahr 2020 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Von Juni bis September 2020 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 durch den Fachbereich Rechnungsprüfung geprüft. Mit dem Prüfbericht wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2019 wurde am 16.12.2020 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 wurde parallel zum Haushaltsplan der Stadt am 16.12.2020 durch den Stadtrat beschlossen. Dies ist hervorzuheben, da pandemiebedingt im Dezember 2020 in einer kurzen Stadtratssitzung nur die wesentlichen Beschlüsse zur Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeiten gefasst wurden.

Arbeitsmarktpolitik in besonderen Zeiten

Rückblick auf die Pandemie:

Seit dem 19.03.2020 wurden im Berichtszeitraum **3, bis heute 5, Betriebliche Anweisungen**, zur Umsetzung der neuen SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel (24.04., 10.08., 26.08.2020 und 21.01 sowie 22.04 2021) im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) umgesetzt, mit denen die räumlichen und konzeptionellen sowie die Hygieneanforderungen die Voraussetzungen für eine Arbeit unter veränderten Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Mit der Anweisung vom 22.04.2021 wurden die freiwilligen Selbsttests eingeführt.

Zur Realisierung wurde ein Arbeitsschutzausschuss unter Beteiligung des Personalrates und der Fachkraft für Arbeitssicherheit errichtet.

Für **364 Teilnehmende** wurden am 19.03.2020 die Maßnahmen unterbrochen. Davon wurden 221 TN im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe“ am Arbeitsleben“ betreut. Weitere 69 durch die Arbeitnehmerbetreuung des EfA.

Die Ausweitung des Coronavirus und die daraus resultierenden Maßnahmen erreichten Mitte-März auch die Intensivbetreuung im Landesprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“. Die Intensivbetreuer*innen kümmerten sich auch während der Unterbrechung um die Teilnehmer*innen, dies geschah überwiegend telefonisch, meist im wöchentlichen Rhythmus nach einem schriftlich festgelegten Arbeitsprozess. So konnte auch in schwieriger Zeit weiter Unterstützung geleistet, Fragen geklärt und pandemiebedingte Ängste genommen werden. Ab dem 11.05.2020 erfolgte dann, unter Vorlage eines individuellen Hygienekonzeptes, ein gestaffelter „Neustart“ der Maßnahmen.

Im Rahmen dieser Betreuung werden auch alle persönlichen Fragen rund um die Pandemie besprochen und bearbeitet.

Mitarbeiter*innen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen (AV) im Förderprogramm „Jobperspektive GT 58+“ und nach SGB II § 16 i wurden nach den tarifvertraglichen Regelungen weiterbeschäftigt. Teilweise wurden diese MA als Bürgerlotsen zur Besucherlenkung in städtischen Verwaltungseinheiten eingesetzt.

Mit den **durch die Unterbrechung** der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (AGH) im Eigenbetrieb **freien Mitarbeiterressourcen**, setzen wir für den Fachbereich Sicherheit (FB 37) das **medizinische Zentrallager** in der Barbarastraße um.

Ab Juni war die **Wiederaufnahme** für insgesamt 290 Plätze, „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben (STaA)“ 149 und weitere AGH 141 Plätze, realisiert.

Dies ist nur der Tatkraft und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu verdanken, die mit der Umsetzung und Realisierung der Maßnahmen und Projekte betraut sind.

Ausblick unter pandemischen Bedingungen:**Dauerhafter Mehraufwand**

- Digitalisierung:
So viele Arbeitsplätze wie möglich werden mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Bei turnusmäßigen Ersatzbeschaffungen wird geprüft, ob diese Aufgabe auch mobil umsetzbar ist und dann die entsprechende Hardware beschafft.
- Einstellung zusätzlicher Reinigungskräfte für die Sozialräume zur Einhaltung der Hygienevorschriften und zur Überwachung der Abstandsregeln.
- Einstellung zusätzlicher Fahrer um die Anzahl der Personen in Fahrzeugen zu reduzieren.
- Gestaffelte Arbeitszeiten um die gleichzeitige Nutzung von Ressourcen zu reduzieren.
- Abweichung für das Jahr 2020 in allen Meilensteinplanungen bei Soll-Ist-Vergleichen.
- 20 zusätzliche Mitarbeiter*innen an Grund- und Förderschulen Σ 64 MA
- Die Nachbesetzung frei werdender Plätze gestaltet sich bis jetzt eher schwierig

Weitere Entwicklungen im Jahr 2020

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wurde entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2021 für die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, dem Landesprogramm „Gesellschaftliche Teilhabe – Jobperspektive 58+“, der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend zur weiteren Kofinanzierung für Förderprogramme des Landes und für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2023 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2022 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) und dadurch auch der Wirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes wurde erst am 29. Januar 2020 beschlossen. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2020 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 02.03.2020 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen nur verzögert umgesetzt werden.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2021 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2020.

Prägend für das Geschäftsjahr 2020 war die mit der Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt verbundene Entwicklung und Umsetzung des Förderprogrammes „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderprogramme mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Programme und Förderinstrumente.

Für die Umsetzung des 10. SGB II Änderungsgesetz (10. SGB II ÄG) „Teilhabechancengesetz“, welches im Dezember 2018 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, hat der Eigenbetrieb gemäß Stadtratsbeschluss aus dem August 2019 die entsprechenden Stellen im Jahr 2020 realisiert. Bis Heute kommt es hierbei immer wieder zu Verfahrensänderung. Diese Herausforderung ist für den Eigenbetrieb sehr aufwendig, da jede einzelne Stelle annähernd den gleichen Aufwand wie bei mehrfachbesetzten Maßnahmen erfordert.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr 2020 stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2020 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten und einer Intensivbetreuung für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Umsetzung und Gestaltung des Teilhabechancengesetz sowie „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ), das für die Jahre 2019 bis 2022 neu konzipiert wurde.

Darüber hinaus mussten die Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. „Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+“, „Familien stärken-Perspektiven eröffnen“ (FsPe), die Regionale Koordination und das Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA) umgesetzt werden. In den letzten Wochen des Jahres 2019 hat das Land Sachsen-Anhalt die Verlängerung verschiedener dieser Förderinstrumente bis 31.12.2021 bewilligt, derzeit sogar bis zum 30.06.2022.

Mit der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt seit Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2020 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Entwicklung und Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat den Beschluss zur Umsetzung dieses Förderprogramms in Vorgriff auf den Haushalt 2018 ff am 30.08.2017 gefasst und damit einer zeitnahen Umsetzung und der notwendigen Bindung personeller Ressourcen ab November 2017 den Weg freigemacht. Derzeit liegt eine Budgetbewilligung bis 30.06.2022 vor. Dieses bewilligte Budget ermöglicht es aber nur mit einer verminderten Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Projekt ganzjährig zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der Personalentwicklung bei der Intensivbetreuung wurden kostenintensive Maßnahmeplätze abgebaut, um die Quantität der Betreuung und Nachbetreuung bis zum 30.06.2022 aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträger*innen für die Laufzeit von 2019 bis 2022 entsprechende Kapazitäten gebunden. Die Bewilligung des Förderprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ für die Förderperiode 2019 bis 2022 ging am 10.12.2018 ein, so dass den Teilprojekträger*innen noch am 13.12.2018 die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn übergeben wurde. Dadurch konnte eine unterbrechungsfreie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Förderprogramm ab dem 01.01.2019 bis 31.12.2022 gesichert werden.

Problematisch gestaltet sich für die Teilprojekträger*innen im Förderprogramm BIWAQ im Jahr 2019 der Wechsel der Förderperiode, da verausgabte Mittel aus dem letzten Quartal des Vorjahres erst nach erfolgter Schlussprüfung des Gesamtverwendungsnachweises ausbezahlt werden und erste Abschläge für die neue Förderperiode keinesfalls vor dem dritten Quartal des Folgejahres erfolgen. Damit ergibt sich eine Liquiditätslücke von mindestens 9 Monaten, in der Summe aller Träger*innen ca. 310.000 €.

Diese Probleme konnten 2021 auf eine Monatsscheibe reduziert werden, da der für die Abrechnung zuständige Teilprojekträger die Abrechnung nunmehr in Monatsfrist vorlegt.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden. Im Team „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ ist dies die Finanzierung einzelner Maßnahmen aus mehreren Fördertöpfen, im Team „Projekte“ die Umsetzung der Projekte gemeinsam mit dem Jobcenter aus Bundesmitteln und der landesgeförderten Intensivbetreuung. Hierbei sind die nicht immer kompatiblen Richtlinien miteinander in Einklang zu bringen.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen. Im September des Jahres wurde dieses Audit absolviert.

Federführend durch das Team Personal und Qualitätsmanagement, welches im Jahr 2019 die Rezertifizierung gemäß Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) nach § 184 SGB II konstruktiv umgesetzt hat, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die oben schon angeführte Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2022, die „Regionale Koordination“ und das „Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf“ (RÜMSA) für die Jahre 2016 ff. benannt werden. Diese Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Die Umsetzung des Förderprogrammes STaA erforderte einen deutlich ausweiteten Aufwand an Personalakquise und Personaleinsatz.

Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde die ab Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuchs implementiert.

Seit dem Spätherbst 2018 hat sich der Eigenbetrieb in die konzeptionelle Entwicklung eines „Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt“ in der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales wurden für den Jahreswechsel ins Jahr 2020 die formalen Voraussetzungen für die Umsetzungen geschaffen. Dieser strukturelle Umbau gestaltet sich langfristiger als vorhergesehen. Die abschließenden Regelungen können erst mit dem Auslaufen der EU Förderperioden zum 30.06.2022 erfolgen.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2020 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1,- € Jobs bis 31.12.2020 = 1,80€ ab 01.01.2021 = 2,00€) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate),
- „Gesellschaftliche Teilhabe - Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 bis 48 Monate),
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten i. V. m.,
- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 38 Monaten,
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen",
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern 2019 bis 2022,
- RÜMSA „Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung“,
- Arbeitsplätze gefördert nach Teilhabechancengesetz, SGB II § 16i.

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2020 nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+	39 Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	162 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	139 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	20 Plätze
Teilhabechancengesetz nach SGB II § 16i	77 Plätze
Gesamt:	437 Plätze
STaA Intensivbetreuung	225 Plätze
Summe:	662 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut, sowie im Auftrag des Eigenbetriebes 44 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, gefördert nach § 16 i SGB II, bei der Jugendwerkstatt.

Damit wurden im Jahr 2020 in der Summe 641 Teilnehmerplätze für Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt über **679 Beschäftigungsplätze realisiert** wurden. Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2020 insgesamt über 1.000 Personen**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate), hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses, weg vom Jobcenter, hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+“, „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ und weiterer angekündigter Programme, zu berücksichtigen.

Auch für die neue EU Förderperiode ab 01.07.2022 hat das Land Sachsen-Anhalt eine ähnliche Vorgehensweise angekündigt. Dabei ist damit zu rechnen, dass die Budgetverantwortung und Budgetverwaltung auf die kommunale Ebene verschoben wird.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2020	2019
Zuschüsse der Stadt	1.638.889	1.777.735
Sonstige Einnahmen* der Stadt	104.833	146.612
Sonstige Einnahmen sonstige	13.573	455
Mittel des Bundes und ESF	513.094	383.881
Mittel des Landes und ESF	1.871.844	1.832.119
Mittel des Jobcenter Halle	1.675.833	1.046.258
Summe	5.818.066	5.187.060

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen

Durch einen guten Maßnahmenmix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2020	2019	2018
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2019	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2020
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,1	11,1	0,0	11,3	11,3
strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
übrige Rückstellungen	63,2	29,5	2,9	55,1	85,9
	74,3	40,6	2,9	66,4	97,2

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2020 (TEUR)	2019 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	765,1	483,4
Zuschüsse Land / ESF	747,0	812,9
Zuschüsse Bund	17,3	27,0
Zuschüsse Stadt	123,4	461,8
Sonstige betriebliche Erträge	980,3	868,4
verwendete Spenden	0,0	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	24,9	15,7
	2.658,0	2.669,2

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2020	2019
durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	272	289
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	3.550,0	2.781,7
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	765,4	573,8
- davon für die Altersversorgung	108,2	69,9
	4.315,4	3.355,5

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2022

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 11.422* Personen arbeitslos, davon werden 8.556 bzw. 74,9 %* der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt damit 9,7 %*, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 8,4 %* und erst recht dem Landesdurchschnitt von 7,7 %* und dem Bundesdurchschnitt von 6,0 %*.

*Daten aus dem April 2021

In Verbindung mit der durch Corona bedingten Wirtschaftssituation ist davon auszugehen, dass es in den Folgemonaten zu signifikanten Veränderungen kommen wird. Ca. ein Drittel der Unternehmen hat derzeit Kurzarbeit angemeldet. Messbare Auswirkungen werden erst mit dem Bericht zum Monat Juli oder August erwartet.

Im Jahr 2021 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen verlängerten Förderinstrumente die Realisierung weiterer Nachbesetzungen auf Maßnahmeplätze im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderperiode 2019 bis 2022 im Förderprogramm BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Realisierung des „Teilhabechancengesetzes“ als sogenannte öffentliche Arbeit bzw. eines Aktiv – Passiv- Tausches die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein genereller „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen derzeit abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses und dessen Struktur an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft. Einig sind sich die Beteiligten Akteure, dass Maßnahmen mit begleitender (Intensiv) Betreuung und Nachbetreuung, egal in welcher Finanzierungsform, die effektivsten Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten. Dieses Vorgehen soll im Jahr 2022 mit noch mehr kommunaler Verantwortung gestärkt werden.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Pandemielager, Flut, Schulen, Ordnung und Sauberkeit, Kita, Grünanlagen u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EfA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand, seit dem 01.01.2021 beträgt dieser 2,00 € je Stunde, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Von den hier Beschäftigten sollen die förderfähigen Teilnehmenden möglichst über eine weitere Förderung nach § 16i SGB II auf den ersten Arbeitsmarkt platziert werden. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Nicht nur hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung und der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) zu sehen. Dazu wird das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) geschaffen. In den kommenden Jahren werden wir uns den Herausforderungen des Strukturwandels, bedingt durch den Kohleausstieg, stellen müssen. Wenn dieser gelingen soll, wird bis 2038 ein breiter Fachkräftebedarf gedeckt werden müssen. Die Kinder, die bis dahin mit der Ausbildung fertig sein werden, wurden in diesem Jahr eingeschult.

Das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) ist die zentrale Anlaufstelle für Hallenserinnen und Hallenser, Unternehmen und Institutionen zum Thema Arbeitsmarkt. Ziel ist es, alle an der Arbeitsmarktgestaltung beteiligten Einrichtungen, Institutionen und Personen zu vernetzen. Das DLZA arbeitet dazu mit dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, dem Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, den Institutionen von Bund und Land sowie weiteren Arbeitsmarktakteur*innen zusammen. Die gesetzlichen Zuständigkeiten werden dabei nicht aufgelöst, sondern besser miteinander vernetzt.

Ziel ist es, möglichst viele Menschen als Fachkräfte an die Region und Stadt Halle zu binden sowie dem vorhandenen Potential eine Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Sämtliche Finanz- und Personaltransfers, die für die Beantragung, Abrechnung und die Umsetzung der Projekte, Maßnahmen und Netzwerke des DLZA notwendig sind, werden durch die Verwaltung des Eigenbetriebes realisiert und im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) im Produkt 1.57104 als Gesamtzuschuss abgebildet.

Einige Förderinstrumente, die bisher im EfA abgebildet wurden, werden nunmehr dem DLZA zugeordnet. Dazu wechseln personelle Ressourcen aus dem Fachbereich Bildung und die finanzielle Ausstattung des „Hauses der Jugend“ in das DLZA und werden dann im Stellen- und Finanzplan des Eigenbetriebes dargestellt.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte werden im Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

2.733.019 EURO

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

3.588.584 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

1.157.136 EURO

und sonstige Mittel

141.438 EURO

Zuschuss 2022 der Stadt Halle (Saale)

2.489.574 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2021 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	808 Maßnahme- Plätze
2019	515 Maßnahme- Plätze
2020	662 Maßnahme- Plätze
2021	605 Maßnahme- Plätze
2022	605 Maßnahme- Plätze
	160 Personen werden darüber hinaus in weiteren Förderprogrammen betreut

Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Kindertagesbetreuung einschließlich der Bereitstellung der hierfür erforderlichen Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Bönisch, Bernhard	
		Dr. Burkert, Silke	(bis 26.05.2021)
		Dr. Lochmann, Mario	
		Dr. Schöps, Regina	
		Gellert, Beate	(seit 26.05.2021)
		Haupt, Ute	(seit 22.12.2021)
		Jahn, Josephine	(bis 22.12.2021)
		Pätzold, Bettina	(bis 21.07.2021)
		Ryll, Angela	(seit 22.07.2021)

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2021 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2020.

Betriebsausschuss:

Schnabel, René
Vorwig, Alexander
Weiß, Sylvia

(seit 22.07.2021)
(bis 21.07.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	54.236	88	39.756	83
Umlaufvermögen	7.510	12	8.166	17
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0

Bilanzsumme	61.746	100	47.922	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	20.106	33	21.149	44
Sonderposten für Investitionszulagen	29.683	48	17.122	36
Rückstellungen	3.633	6	2.675	6
Verbindlichkeiten	8.210	13	6.849	14
Rechnungsabgrenzungsposten	114	0	127	0

Bilanzsumme	61.746	100	47.922	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020	2019
	T€	T€
Umsatzerlöse	50.635	51.424
sonstige betriebliche Erträge	2.326	2.118
Materialaufwand	41	68
Personalaufwand	43.376	42.245
Abschreibungen	1.737	2.574
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.707	7.824
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	143	154
Ergebnis nach Steuern	-1.043	677
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.043	677

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,06	1,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,93	3,31	%
Cash-Flow:	694	3.251	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	52	56	T€
Personalaufwandsquote:	81,90	78,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,83	82,94	%
Eigenkapitalquote:	32,56	44,13	%
Fremdkapitalquote:	67,44	55,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Betreuungsstunden	10.538.218	10.828.946	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	5,12	4,81	€/Std.
davon Personalkosten	4,17	3,96	€/Std.
davon Sachkosten	0,95	0,85	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.556	5.657	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

Lagebericht 2020

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

I. Grundlagen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2020, 49 Kindertagesstätten und 6 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Kostenbeiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Das Jahr 2020 war von gesetzlichen Reformen durch die COVID-19-Pandemie seit März 2020 geprägt, die Einflussgrößen für die Tätigkeit des Eigenbetriebes waren. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt.

2. Geschäftsverlauf

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die von der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) getroffenen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben den Eigenbetrieb Kindertagesstätten wesentlich beeinträchtigt.

Aufgrund dieser Maßnahmen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten gezwungen, im Geschäftsjahr seine Gruppen in den Kindertagesstätten zu schließen und Kohorten entsprechend den Verordnungen der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) zu bilden.

Für das zum 31. Dezember 2020 endende Geschäftsjahr weist der Eigenbetrieb einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.043.425,72 Euro aus. Damit konnte im Jahr 2020 sogar ein leicht besseres Jahresergebnis als geplant erzielt werden (Plan 2020: - 1.250.000,00 Euro). Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass die aufgrund geringerer Kosten für Brandschutzmaßnahmen in den Jahren 2018 und 2019 sowie für die Herrichtung eines Ausweichobjektes im Jahr 2019 vorhandenen überschüssigen liquiden Mittel für die Finanzierung des geplanten Defizites verwendet werden. Durch dieses Vorgehen sollte der städtische Ausgleich entlastet werden. Somit kann die wirtschaftliche Lage trotz des Jahresfehlbetrages insgesamt als ausgeglichen angesehen werden.

Im Durchschnitt wurden 5.556 Kinder im Wirtschaftsjahr 2020 betreut.

Die Belegung der Kindertagesstätten und damit verbunden auch die Erlöse aus Kostenbeiträgen wurden maßgeblich durch die veränderten Betreuungszeiten infolge der COVID-19-Pandemie beeinflusst.

Es besteht weiterhin eine erhebliche Unsicherheit über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die zukünftige Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes Kindertagesstätten.

Chronologie der Erhebung der Kostenbeiträge



Januar bis 12. März 2020

Kostenbeitragspflicht bis 12.03.2020

13. März bis 31. März 2020

Keine Kostenbeitragspflicht vom 13.03.2020 bis 31.03.2020, da Schließung der Kindertageseinrichtungen (basierend auf einer landeseinheitlichen Regelung des Landes Sachsen-Anhalt)

April 2020

Generell keine Kostenbeitragspflicht für alle sorgeberechtigten Personen (Eltern) (basierend auf einer landeseinheitlichen Regelung des Landes Sachsen-Anhalt)

Mai 2020

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der Notbetreuung, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 19 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme der Notbetreuung

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Mai

Juni 2020

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der eingeschränkten Regelbetreuung und von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 21 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Juni

***Juli 2020**

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der eingeschränkten Regelbetreuung und von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 23 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Juli

****August 2020**

Reguläre Erhebung der Kostenbeiträge außer von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen

Die betroffenen sorgeberechtigten Personen (Eltern) erhielten rückwirkend einen Kostenbescheid August

September bis Dezember 2020

Reguläre Erhebung der Kostenbeiträge

Vorausschau der Erhebung der Kostenbeiträge in 2021

Januar und Februar 2021

Kostenbeiträge werden weiterhin regulär erhoben.

Eltern erhalten keine gesonderte Information zur Zahlungsweise.

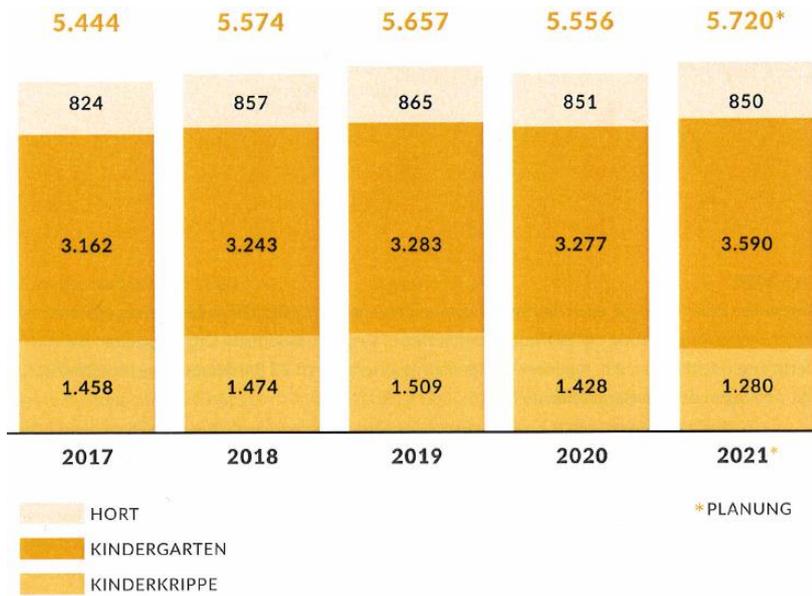
Die Stadt Halle (Saale) hat am 03.02.2021 folgende Festlegung getroffen:

„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe zu entrichten, unabhängig von der Anzahl der in Anspruch genommenen Betreuungstage.“

Grundlage dafür ist der Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt vom 12. Januar 2021:

§1 Abs. 1 Satz 2: „Es ist den Gemeinden überlassen, wie sie die Beiträge für die Notbetreuung festsetzen und berechnen.“

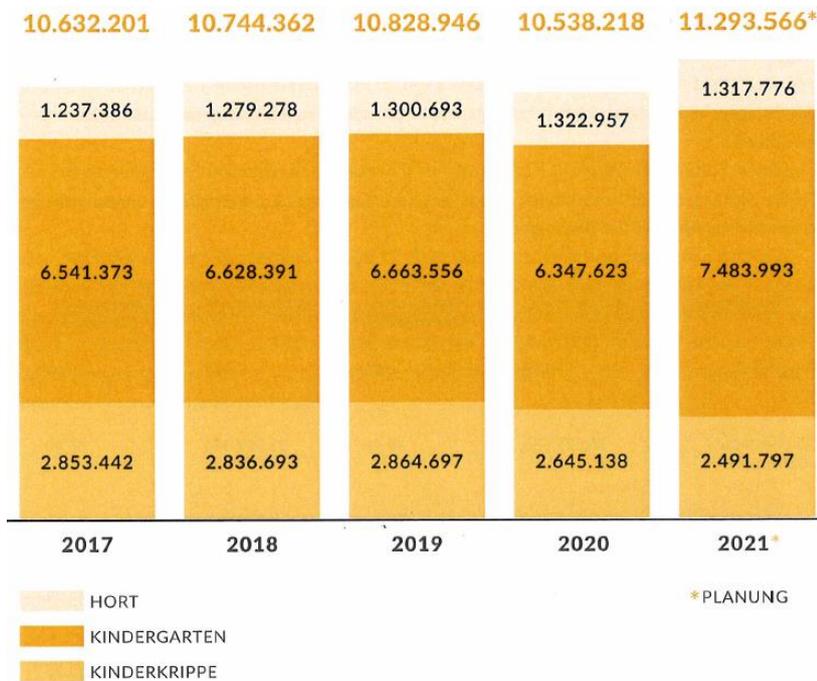
Entwicklung Belegungszahlen



Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze ist im Jahr 2020 um 1,79 % gegenüber dem Jahr 2019 im Wesentlichen aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gesunken.

Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Entwicklung Betreuungsstunden



Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden ist gegenüber dem Jahr 2019 auf 10.538 Mio. infolge der COVID-19-Pandemie zurückgegangen.

3. Lage

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzstruktur weist gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Anlagevermögen und Sonderposten sind durch Baumaßnahmen wesentlich gestiegen.

Das Anlagevermögen ist zu 95 % durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2020 in TEUR	Bilanzsumme in Prozent	2019 in TEUR	Bilanzsumme in Prozent
immat.VG	6.688	0,01	7.217	0,02
Grundstücke / Gebäude	30.529.886	49,44	31.819.014	66,40
diverses AV	23.699.722	38,38	7.929.689	16,55
Eigenkapital	20.105.613	34,27	21.149.039	42,72
Sonderposten	29.682.815	48,09	17.121.854	35,73
langfr. Verbindlichkeiten	1.927.081	3,12	2.185.249	4,56

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 61.747, damit stieg sie um insgesamt TEUR 13.825 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2019.

Bilanzsumme und Anlagevermögen

Jahr	Bilanzsumme in TEUR	Anlagevermögen in TEUR
2016	39.586	35.007
2017	40.452	36.992
2018	44.832	37.557
2019	47.922	39.756
2020	61.747	54.236

In folgenden Positionen der Bilanz ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2020 im Bereich der Sachanlagen TEUR 3.114. Das Anlagevermögen hat sich insgesamt von TEUR 39.755 auf TEUR 54.236 erhöht.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 21.760 (Vorjahr: TEUR 5.797) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2020 wurde entsprechend abgestuft. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Kostenbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 4 (Vorjahr: TEUR -1) weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 6.006 (Vorjahr: TEUR 7.267).

Es gab Auszahlungen für Bauleistungen und Brandschutzmaßnahmen sowie für den Einsatz von Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Aufgrund erhaltener Zuwendungen im Rahmen des Innovations- und Investitionsprogramms STARK III des Landes Sachsen-Anhalt sowie erhaltener Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) ist der Sonderposten zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 29.683 (Vorjahr: TEUR 17.122) angestiegen.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 1.335 erhöht. Grund hierfür sind die Investitionsmaßnahmen.

Des Weiteren wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang: TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2020 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den Umsatzerlösen und dem Personalaufwand.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr durch die COVID-19-Pandemie in Höhe von TEUR 580 zurückgegangen.

Umsatzerlöse

Produkte	2020 in TEUR	2019 in TEUR
Kostenbeiträge	3.911	4.502
Zuweisungen KA-Kinder	1.584	1.606
Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt*	18.216	17.808
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.735	5.794
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	17.368	17.942
Ermäßigungen	3.794	3.720
Erträge aus Mieten und Pachten	28	52
Summe	50.636	51.424

*inkl. projektbezogener Zuweisungen

Im Wirtschaftsjahr 2020 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 43.094 (Vorjahr: TEUR 41.972) zu verzeichnen. Der Anstieg um TEUR 1.122 resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung zum 1. März 2020 sowie der Sonderzahlungen infolge der COVID-19-Pandemie (TEUR 463).

Bezeichnung	2020 in TEUR	2019 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.967	1.793
soziale Abgaben	372	344
Aufwendungen Altersversorgung	78	76
Insgesamt Verwaltung	2.417	2.213
Löhne/Gehälter	32.970	32.062
soziale Abgaben	6.415	6.361
Aufwendungen Altersversorgung	1.291	1.336
Insgesamt Kindertagesstätten	40.676	39.760
EB Kita gesamt	43.094	41.972

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2020 TEUR 282 (Vorjahr: TEUR 273).

Für Altersvorsorgeaufwendungen werden pauschale Steuern durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gezahlt, diese sind im Jahr 2020 gesunken. Weiterhin ist in der Darstellung die Sonderzahlung auf Grund der COVID-19-Pandemie in Höhe von TEUR 463 an die Beschäftigten enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 787 erhöht. Diese sind in 2020 durch die Einführung der Servicepauschale für Essenanbieter in den Kindertagesstätten seit dem 01.08.2019 gestiegen.

Das Jahr 2020 schließt der Eigenbetrieb mit einem Jahresfehlbetrag nach Risiko und Bewertung in Höhe von TEUR 1.043 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 677) ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2020 TEUR 6.006 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 1.661 gesenkt. Grund hierfür ist der Einsatz der Mittel für Brandschutzmaßnahmen und für Neubauten.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anhand der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ist auch weiterhin von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung des Eigenbetriebs auszugehen.

Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)

Neben den Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle sowie der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 40.407 (Vorjahr: TEUR 41.404) erhielt der Eigenbetrieb projektbezogene Zuweisungen von der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 909 (Vorjahr: TEUR 540), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.794 (Vorjahr: TEUR 3.720) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.584 (Vorjahr: TEUR 1.606).

¹ Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§ 53, 54 SGB XII

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichszahlung in TEUR	Zuweisungen in TEUR	Zuweisungen KA - Kinder in TEUR
2016	15.061	17.112	1.636
2017	16.859	17.433	1.569
2018	17.475	17.632	1.621
2019	17.942	23.062	1.606
2020	17.367	23.042	1.584

Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas (im Durchschnitt)
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen im Durchschnitt	Beschäftigtenzahlen im Durchschnitt
2016	10.590.760	5.359	794
2017	10.632.201	5.444	894
2018	10.744.362	5.574	943
2019	10.828.946	5.657	964
2020	10.538.218	5.556	983

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2016 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2020 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.750 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2020 durchschnittlich 5.556 Kinder betreut und der Planwert somit um 194 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind die geringeren Betreuungszahlen durch die Covid-19-Pandemie.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Baumaßnahmen und Investitionen

1. Neubau der Kindertagesstätte Albrecht-Dürer-Straße 8a, 06114 Halle (Saale)

Das Gebäude wurde im Rahmen eines Generalunternehmerauftrages vom 15.04.2019 durch die Firma Goldbeck Nordost GmbH als Schlüsselfertigbau in Systembauweise errichtet. Im Vertrag enthalten waren die vollständigen Leistungen der KG 200 (Herrichtung und Erschließung), KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und KG 400 (Bauwerk-Technische Anlagen).

Die Finanzierung des Gesamtvorhabens erfolgte über städtische Eigenmittel.

Die Ausführungszeit für den Neubau dauerte von 09/2019 bis 09/2020. Die Abnahme erfolgte am 30.09.2020.

Die Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten separat ausgeschrieben und in zwei Losen vergeben. Lieferung und Montage des Mobiliars erfolgten in 11/2020.

Die Gestaltung der Freianlagen (KG 500 Außenanlagen) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten ebenfalls separat ausgeschrieben und als ein Los vergeben. Die Ausführung begann in 07/2020 und wird in 07/2021 abgeschlossen sein.

Das Gebäude besteht aus zwei voneinander getrennten Kindertagesstätten mit einer jeweiligen Kapazität von 100 Kindern (40 Krippe/60 Kindergarten).

Am 26./27.11.2020 zogen die Kindertagesstätten Traumland und Sausewind aus der Albert- Schweitzer-Straße 25a, 06114 Halle (Saale) ein.

Die Inbetriebnahme erfolgte am 01.12.2020. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Betriebserlaubnisse vor.

2. Neubau der Kindertagesstätte Theodor-Weber-Straße 11, 06132 Halle (Saale)

Das Gebäude wurde im Rahmen eines Generalunternehmerauftrages vom 27.06.2019 durch die Firma Kleusberg GmbH & Co.KG als Schlüsselfertigbau in Modulbauweise errichtet. Im Vertrag waren die vollständigen Leistungen der KG 200 (Herrichtung und Erschließung), KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und KG 400 (Bauwerk-Technische Anlagen) enthalten.

Die Finanzierung des Gesamtvorhabens erfolgt über städtische Eigenmittel.

Die Fertigung der Module begann in 10/2019, die Montage dieser auf der Baustelle und damit der offizielle Ausführungsbeginn der Arbeiten fand in 04/2020 statt. Die Fertigstellung der Gesamtleistungen des Hauptauftrages erfolgte in 12/2020. Die Abnahme wurde am 15.12.2020 durchgeführt.

Nachträglich wurde die Fa. Kleusberg GmbH & Co.KG auch mit der Ausführung der Leistungen der KG 500 (Außenanlagen) beauftragt. Die Fertigstellung dieser Leistungen erfolgte in 04/2021.

Die Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten separat ausgeschrieben und als ein Los vergeben. Lieferung und Montage des Mobiliars wurden in 03/2021 abgeschlossen.

Die Inbetriebnahme erfolgte am 01.02.2021.

Das Gebäude besteht aus zwei voneinander getrennten Kindertagesstätten mit einer jeweiligen Kapazität von 100 Kindern (40 Krippe/60 Kindergarten).

Die Krippe Am Breiten Pfuhl und der Kindergarten EINSTEIN werden das Objekt als Ausweich- Kita während der Sanierung ihres Hauptstandortes Am Breiten Pfuhl 18 a/b, 06132 Halle (Saale) nutzen.

3. Sanierung der Kindertagesstätte Stadtzwerge – Krausenstraße 12, 06112 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 30.11.2018 vor.

Für das Vorhaben wurden in 2020 drei Mittelabrufe an den Fördermittelgeber gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgte in 23 Einzellosen und war zum 31.12.2020 abgeschlossen.

Der Baufortschritt ist termingerecht. So wurden in 2020 die Gewerke Rohbau (v.a. Anbau des neuen Treppenhauses), Abdichtung, Dach, Fassade und Fenster abgeschlossen. Der Leistungsstand des Innenausbaus beträgt ca. 50 %, der haustechnischen Gewerke (Heizung, Sanitär und Elektro) ca. 75 %.

Die geplante Fertigstellung der geförderten Leistungen der KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und der KG 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) ist 03/2021.

Die nicht zum Förderprogramm zählende Erstausrüstung (KG 600 – Ausstattung) ist als Einzellos ausgeschrieben und vergeben.

Der Umbau der Freianlagen (KG 500 – Außenanlagen), der ebenfalls nicht in den Förderumfang gehört, ist auch als Einzellos ausgeschrieben und vergeben. Die Arbeiten begannen im IV. Quartal 2020 und werden voraussichtlich Ende 2021 beendet sein.

4. Sanierung der Kindertagesstätte Kinderinsel – Friedrich-List-Straße 20, 06110 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 30.11.2018 vor.

Für das Vorhaben wurden in 2020 drei Mittelabrufe an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt und bewilligt.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgte in 27 Einzellosen und war zum 31.12.2020 abgeschlossen.

Aufgrund der angespannten Konjunkturlage Anfang des Jahres kam es zu einer geringen Beteiligung an den öffentlichen Ausschreibungen, so dass einige Vergabeverfahren aufgehoben und neu begonnen werden mussten. Weiterhin erforderte die Bestandsituation (bauliche Verbindung zum benachbarten Wohngebäude) Änderungen in der Tragwerksplanung, die wiederum prüfpflichtig sind und somit das Verfahren der Freigabe von Bauleistungen verzögerten. Nach Fertigstellung der Abbrucharbeiten in 05/2020 war der tatsächliche Gebäudebestand des DDR-Typenbaus offengelegt und eine nicht absehbare Schadstoffbelastung nachgewiesen, die zu einem Mehraufwand hinsichtlich ursprünglich geplanter Leistungen und somit zu Verzögerungen im Bauablauf führten.

Der avisierte Fertigstellungstermin der geförderten Leistungen der KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und der KG 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) wurde um drei Monate auf 06/2021 verschoben.

Die nicht zum Förderprogramm zählende Erstausrüstung (KG 600 – Ausstattung) ist als Einzellos ausgeschrieben und vergeben.

Der Umbau der Freianlagen (KG 500 – Außenanlagen), der ebenfalls nicht in den Förderumfang gehört, ist in zwei Losen ausgeschrieben und vergeben. Die neue Einfriedung wurde im II. Quartal 2020 abgeschlossen. Der Umbau der Freianlagen erfolgt in 2021.

5. Sanierung der Kindertagesstätten Traumland und Sausewind – Albert-Schweitzer-Straße 25a, 06114 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 04.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen ist in ca. 25 Einzellosen geplant. Zum Stand 31.12.2020 waren bereits neun Gewerke beauftragt, weitere drei befinden sich im Vergabeverfahren. Hinzu kommen die Vergaben der nicht geförderten Leistungen der Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung), der Tiefbauarbeiten und der Umgestaltung der Freianlagen (beide KG 500 Außenanlagen) in jeweiligen Einzellosen.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) wurden im III. Quartal 2020 abgeschlossen, einschließlich der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

Am 07.12.2020 begann die Bauausführung mit der Baustelleneinrichtung und den Erdbauarbeiten.

6. Sanierung der Krippe Am Breiten Pfuhl und des Kindergartens EINSTEIN – Am Breiten Pfuhl 18 a/b, 06132 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 11.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen ist in ca. 25 Einzellosen geplant. Zum Stand 31.12.2020 befinden sich vier Gewerke im Vergabeverfahren. Hinzu kommen die Vergaben der nicht geförderten Leistungen der Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) und der Umgestaltung der Freianlagen (KG 500 Außenanlagen) in jeweiligen Einzellosen.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) sind in 2020 zu 90 % abgeschlossen, einschließlich der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

Der Baubeginn war am 01.02.2021.

7. Sanierung der Kindertagesstätten Tabaluga und Fuchs & Elster – Gottfried-Semper-Straße 15/16, 06124 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes soll über das Förderprogramm STARK III plus EFRE erfolgen. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 04.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) sind in 2020 zu 60 % abgeschlossen, einschl. der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

8. Ersatzneubau der Kindertagesstätte Ökolino – Fritz-Hoffmann-Straße 36, 06116 Halle (Saale)

Im IV. Quartal 2020 wurde eine Machbarkeitsstudie – v.a. hinsichtlich der Standortfindung – durchgeführt.

5. Personal

Zum 31.12.2020 waren 1.014 Mitarbeiter beschäftigt, diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden unter Berücksichtigung der Verordnungen der Bundes- und Landesregierung sowie der Stadt Halle (Saale) bezüglich der COVID-19-Pandemie.

Im Geschäftsjahr 2020 waren im Jahresdurchschnitt 983 Mitarbeiter beschäftigt, von denen ca. 11 % weniger Mitarbeiter effektiv zur Verfügung standen. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen und Mitarbeiterinnen in Elternzeit sowie Beschäftigungsverbote.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Sollarbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2020 war. Gegenüber dem Jahr 2019 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Krankenquote in Prozent

Krankenstatistik EB Kita	2020	2019	2018
Einrichtungen	8,83	9,84	9,17
Verwaltung	5,85	5,97	4,60

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2021 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen auf 5.720 gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr 2006 ca. 1.116 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2021 auf TEUR 4.767. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen inkl. KA-Zuweisungen und projektbezogene Zuweisungen laut Planung TEUR 26.906, die Ermäßigungen betragen TEUR 4.152 und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt TEUR 21.112.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

Seit dem 01. Januar 2019 gilt in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es hat Familien mit mehreren Kindern bei den Beiträgen stark entlastet und soll mehr Fachkräfte für die Kitas hervorbringen. Mit dem nächsten Schritt wird nun das Gute-Kita-Gesetz des Bundes umgesetzt.

Seit dem 01.01.2020 greift das Gesetz in Sachsen-Anhalt. Familien mit mehreren Vorschulkindern werden noch stärker entlastet. Wird ein Geschwisterkind im Hort betreut, entfallen die Beiträge für alle Geschwisterkinder, die Krippe oder Kindergarten besuchen. Die neue Geschwisterkindregelung wird aus Bundesmitteln finanziert und gilt für zunächst zwei Jahre.

Ein weiterer Schritt ist der Kita-Fachkräfte-Pakt, bei dem junge Erzieherinnen und Erzieher gewonnen werden. Ab 2019 wird die gestaffelte Vergütung für das 600-stündige Praktikum, das Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger vor Beginn der Ausbildung zur Erzieherinnen und Erzieher absolvieren müssen, für drei Jahre übernommen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und Vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Rechtliche Chancen - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2021 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten auf Grund der Tarifierhöhung TVÖD ab 01. April 2021 kommen. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen, tariflich bedingte Höherstufungen, die Anpassung der Jahressonderzahlung an das Westniveau sowie die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit zum 01.01.2022 auf 39,5 Stunden und zum 01.01.2023 auf 39,0 Stunden.

Im Rahmen der „Corona-Krise“ seit 2020 ist es schwierig, bereits jetzt, da ein Ende der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie noch nicht absehbar ist, Auskunft zu geben. Dennoch ist dies gesetzlich gefordert und muss notfalls geschätzt bzw. ausführlich beschrieben werden, wenn keine Schätzung möglich erscheint. Im Eigenbetrieb Kindertagesstätten kam es zur Schließung aller Einrichtungen ab dem 13.03.2020. Während der Schließung wurde lediglich eine Notbetreuung für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, angeboten. Die Fehlbedarfsfinanzierung war aber auch in dieser Zeit zu 100 % gewährleistet, so dass es aus finanzieller Sicht zu keinen Nachteilen gekommen ist.

Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen und Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Wesentliches leistungswirtschaftliches Risiko stellt eine zu geringe Sicherung der Qualität der Betreuungsleitungen durch die eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher dar.

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2021 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.720 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2021 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Ein erhebliches finanzwirtschaftliches Risiko stellt eine fehlende Sicherung der Liquidität des Eigenbetriebes dar. Im Geschäftsjahr 2020 war die Zahlungsfähigkeit zu jeder Zeit gesichert.

Rechtliche Risiken

Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes und demzufolge auch auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken zählt das Risiko sich ändernder Energiepreise.

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2021 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum auf Grund der COVID-19-Pandemie gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab. Ungewiss sind die möglichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ab dem viertel Quartal 2021.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2020 gab es keine Veränderungen
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und 6 Horte. Nach Rückkehr zum regulären Regelbetrieb war zum Dezember 2020 eine Auslastungsquote von 90,1 % zu verzeichnen.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf den Abschnitt II.4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Abschnitt C des Anhangs verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2020	Plan in EUR	Ist in EUR	+/-	+/-%
1. Umsatzerlöse				
a) Kostenbeiträge	5.311.112,05	3.910.586,40	-1.400.525,65	-26,4
b) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder	1.799.609,47	1.584.055,27	-215.554,20	-12,0
c1) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt	18.049.898,00	18.215.986,75	166.088,75	0,9
c2) Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.734.842,00	5.734.842,00	0,00	0,0
d) Ausgleich Stadt Halle (Saale)	19.139.572,00	17.367.477,35	-1.772.094,65	-9,3
e) Ermäßigungen	3.846.639,91	3.794.274,54	-52.365,37	-1,4
f) Mieterträge	52.400,00	28.314,36	-24.085,64	-46,0
	53.934.073,43	50.635.536,67	-3.298.536,76	-6,1
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) sonstige Erlöse	733.080,00	1.930.608,41	1.197.528,41	163,4
b) Erträge Auflösung Sonderposten	511.069,60	395.296,77	-115.772,83	-22,7
	1.244.149,60	2.325.905,18	1.081.755,58	86,9
3. Materialaufwand				
a) Spiel- und Beschäftigungsmaterial	65.000,00	40.782,50	-24.217,50	-37,3
b) bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	-
	65.000,00	40.782,50	-24.217,50	-37,3
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	35.147.493,23	34.937.301,47	-210.191,76	-0,6
b) Sozialabgaben	8.724.464,95	8.438.964,03	-285.500,92	-3,3
c) Sonstige Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	-
	43.871.958,18	43.376.265,50	-495.692,68	-1,1
5. Abschreibungen				
a) unbewegliches Vermögen	628.886,72	880.450,93	251.564,21	40,0
b) bewegliches Vermögen	895.115,59	857.119,50	-37.996,09	-4,2
	1.524.002,32	1.737.570,43	213.568,11	14,0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Mieten und Pachten	397.939,00	402.553,26	4.614,26	1,2
b) Bewirtschaftung	3.604.710,63	3.187.138,35	-417.572,28	-11,6
c) Bauunterhaltung	3.621.548,69	1.844.271,54	-1.777.277,15	-49,1
d) Versicherungen	239.700,00	211.875,04	-27.824,96	-11,6
e) Druck, Vervielfält. und Reisekosten	94.700,00	58.701,07	-35.998,93	-38,0
f) Bürokosten	141.243,00	208.650,39	67.407,39	47,7
g) übrige sonstige Kosten	2.722.948,00	2.793.425,53	70.477,53	2,6
	10.822.789,32	8.706.615,18	-2.116.174,14	-19,6
7. Finanzergebnis				
a) Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-
b) Zinsaufwendungen	144.473,22	143.633,96	-839,26	-0,6
	144.473,22	143.633,96	-839,26	-0,6
8. Jahresergebnis	-1.250.000,00	-1.043.425,72	206.574,28	-16,53

Erläuterungen wesentlicher Veränderungen der Plan-Ist-Zahlen 2020**1a) Kostenbeiträge: TEUR -1.401**

Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass eine neue Kostenbeitragssatzung zu höheren Erlösen aus Kostenbeiträgen i.H.v. 710 TEUR führen würde. Dass diese geänderte Kostenbeitragssatzung nicht verabschiedet wurde, ist ein hauptsächlicher Grund für die Plan-Ist-Abweichung. Zum anderen wirken geringere Kinderzahlen als geplant, welche im Wesentlichen ursächlich der COVID- 19-Pandemie zugerechnet werden können, erlösmindernd.

1d) Ausgleich Stadt Halle (Saale): TEUR -1.772

Die Planung des Zuschusses zur Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich über den städtischen Ausgleich und wird somit als Umsatzerlös im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes.

2a) sonstige Erlöse: TEUR +1.198

Diese deutliche Überschreitung des Planwertes resultiert insbesondere aus Erstattungen von Krankenkassen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverboten und Mutterschutz (+ 841 TEUR), da diese in der Regel nicht geplant werden. Im Gegenzug entfällt auch die Planung von Personalkosten von im Beschäftigungsverbot und Mutterschutz befindlichen Mitarbeiterinnen. Zudem hatte der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ungeplante periodenfremde Erträge i.H.v. 234 TEUR (Erstattungen Betriebskostenabrechnungen für 2019 und Nachforderungen Fehlbedarf P.I.A. 2019) zu verzeichnen.

6b) Bewirtschaftung: TEUR -418

Die Planung der vom Fachbereich Immobilien zu erbringenden Serviceleistungen in einer Größenordnung von 665 TEUR, welche im Rahmen einer Servicevereinbarung mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten festgelegt wurden, erfolgte fast ausschließlich in den Bewirtschaftungskosten, wohingegen die Verbuchung der Ist-Kosten in den Bauunterhaltungskosten erfolgt. Dieser Umstand begründet die Planunterschreitung.

6c) Bauunterhaltung: TEUR -1.777

Die Planung der Kosten für die Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich in den Bauunterhaltungskosten, und damit werden diese im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes (siehe auch Ausführungen zur Planunterschreitung des städtischen Ausgleiches). Gegenläufig wirkt die Verbuchung der vom Fachbereich Immobilien zu erbringenden Serviceleistungen (siehe Ausführungen zu den Bewirtschaftungskosten).

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	64	100	63	100	63	100	1	2

Bilanzsumme	64	100	63	100	63	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	58	90	57	91	56	89	1	2
Rückstellungen	5	8	5	8	5	8	0	0
Verbindlichkeiten	1	2	1	1	2	3	0	0

Bilanzsumme	64	100	63	100	63	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	25	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	24	25
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,12	3,51	4,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,83	1,58	2,36	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	90,48	90,61	89,01	%
Fremdkapitalquote:	9,52	9,39	10,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2.2. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2021 der FTZ war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co. KG anfallenden Aufwendungen auch in 2021 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 25,4 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,0 TEUR gegenüber, so dass 2021 ein Jahresgewinn in Höhe von 1,0 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 58,1 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorträge in Höhe von 31,5 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2021 in Höhe von 1,0 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co. KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co. KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 64,2 TEUR, das entspricht einer Steigerung um 1,2 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine Minderung der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die gestiegene Bilanzsumme vor allem aus der Zunahme der zum Stichtag bestehenden Gewinnrücklage und des Jahresüberschusses.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden bei der FTZ GmbH insgesamt keine Risiken ermittelt (Vorjahr keine).

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Für das Jahr 2022 ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG aufgrund der Zahlungseingänge aus den bereits zugesicherten Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter gesichert.

Es wird daher für die Geschäftsjahre 2022 bis 2026 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	4.975	77	6.109	85	7.010	83	-1.134	-19
Umlaufvermögen	1.469	23	1.054	15	1.395	17	415	39
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	18	0	6	0	-5	-28

Bilanzsumme	6.457	100	7.181	100	8.411	100	-724	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.516	54	3.516	49	3.517	42	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	954	15	1.336	18	1.703	20	-382	-29
Rückstellungen	159	2	143	2	695	8	16	11
Verbindlichkeiten	1.793	28	2.144	30	2.453	29	-351	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	35	1	42	1	43	1	-7	-17

Bilanzsumme	6.457	100	7.181	100	8.411	100	-724	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.898	3.852	6.453
sonstige betriebliche Erträge	1.991	3.119	2.283
Materialaufwand	1.793	2.591	3.549
Personalaufwand	2.037	2.303	3.060
Abschreibungen	1.212	1.225	1.120
sonstige betriebliche Aufwendungen	781	777	911
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	30	42
Ergebnis nach Steuern	44	46	55
sonstige Steuern	44	46	55
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.212	1.225	1.120	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	54	56	65	T€
Personalaufwandsquote:	34,58	33,03	35,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,04	84,98	83,17	%
Eigenkapitalquote:	54,46	48,97	41,81	%
Fremdkapitalquote:	45,54	51,03	58,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Besucher	195.863	217.550	392.379	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades Maya mare zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Maya mare versteht sich als Freizeitdienstleister, der es den Gästen ermöglicht, einen Kurzurlaub vom Alltag zu erleben. Zudem bieten die Wasserflächen im Badebereich verschiedene Möglichkeiten für die sportliche Betätigung wie beispielsweise Wassergymnastik, Rehabilitationssport oder Schwimmkurse. Das durchgehend mexikanische Ambiente und die besondere Lage am Rande der Elsteraue verschmelzen zu einer einmaligen Kulisse, die kombiniert mit den vielfältigen Attraktionen seit jeher zur Vermarktung des Gesamtkonzeptes „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ genutzt werden. Die Vielzahl verschiedener Saunen ist im näheren Umkreis des Maya mare einmalig. Der Gesundheitsclub Viva mare bietet ein ganzheitliches Gesundheitskonzept, stets in Verbindung mit der Nutzung des Badebereiches. Wenngleich das Maya mare über zahlreiche Alleinstellungsmerkmale verfügt, sind neben der erforderlichen Attraktivierung auch Sanierungsmaßnahmen in größerem Umfang erforderlich, da die Anlage bereits 22 Jahre alt ist. In dem Konzept „Maya mare 2030“ wurden die erforderlichen Maßnahmen erfasst und priorisiert. Hierbei wird der Stand der Technik ebenso berücksichtigt, wie die Bedürfnisse der Gäste. Durch dieses umfassende Maßnahmenpaket soll das Maya mare dauerhaft konkurrenzfähig und für die kommenden Jahre attraktiv bleiben.

Der demografische Wandel ist für den Gesundheitsclub „Viva mare“ nach wie vor eine Chance, da der Mitgliederanteil über 60-jährigen weiterhin sehr hoch liegt. Im Zuge der Pandemie und den damit verbundenen Schließzeiten des Viva mare kam es zu vermehrten Kündigungen. Da jedoch in den kommenden Jahren weitere geburtenstarke Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Eine Mitgliederbefragung durch die Firma Conomic im Frühjahr 2019 ergab unter anderem, dass die Mitglieder viel Wert auf moderne Geräteausstattung legen, deren Bedienung und Handhabung einfach gestaltet ist. Für das Jahr 2022 sind entsprechende Investitionen vorgesehen.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad und Reinigung, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung, Technik und Betriebsleitung sowie Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Gästezahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst. Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig von der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr erholen. Die Wirtschaftsleistung hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht, wenngleich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Sachsen-Anhalt ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,1 % zurück (deutschlandweit +2,9 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Anfangs war ebenso der Arbeitsmarkt noch spürbar von der Pandemie und ihren Maßnahmen geprägt, bevor ab Sommer eine Erholung einsetzte. Das führte zu einer Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,9 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2021. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 auf 7,5 % (Vorjahr 7,6 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 240.116 (Vorjahr 239.870) aus. Damit konnte die Stadt nach zwei Jahren des Rückgangs wieder einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2021 war im Bereich des Bäder- und Freizeitmarktes durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie geprägt. Aufgrund der Entwicklung der Infektionszahlen im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie wurde mit der Achten Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt für Bäder, Saunen und Fitnessstudios ab dem 2. November 2020 erneut die Schließung angeordnet, sie dauerte bis zum 30. Juni 2021 an. Mit Ankündigung der Schließung entschied man sich, die für September 2021 geplante Revision in das 1. Quartal 2021 vorzuziehen. Der Großteil der Belegschaft befand sich bis zum 30. Juni 2021 in Kurzarbeit Null. Zur Unterstützung der Bäder Halle GmbH bei der Saisonöffnung der Freibäder wurden einige Mitarbeiter des Maya mare per Arbeitnehmerüberlassung an die Bäder Halle GmbH entliehen. Aufgrund der im Zusammenhang mit dem Hygienekonzept zur erneuten Öffnung ab dem 1. Juli 2021 avisierten Mehraufwendungen und Kapazitätsbegrenzungen wurde die ursprünglich erst ab 2022 geplante Eintrittspreisanpassung im Mai 2021 vorgezogen. Der Gesundheitsclub Viva mare konnte bereits am 25. Mai 2021 wieder öffnen.

Bei der Wiedereröffnung galt für das Maya mare eine Begrenzung der Besucherzahlen und zunächst die 3-G-Regelung für Saunagäste. Trotz der teilweisen Zutrittsbeschränkungen konnten von Juli bis einschließlich Oktober überplanmäßige Gesamtbesucherzahlen generiert werden. Dies führte in diesem Zeitraum zu überplanmäßigen Erlösen, die vorgezogene Eintrittstarifanpassung verstärkte diesen Effekt zusätzlich. Aufgrund der beschlossenen 3-G- und kurz darauf 2-G-Regelung ab November konnten in den beiden letzten Monaten des Jahres die geplanten Gesamtbesucherzahlen nicht, die geplanten Umsatzerlöse jedoch über Planniveau erzielt werden. Letzteres war der Preisanpassung geschuldet.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Stadt Bad Lauchstädt plant, bis 2024 mit Hilfe einer 95%igen Fördermittelfinanzierung eine Therme zu errichten. Eine Standortanalyse durch ein Dresdner Marktforschungsinstitut ergab im Vorfeld, dass ein entsprechendes Besucherpotential vorhanden sei. Diese Maßnahme wird nicht ohne Auswirkungen auf das Maya mare bleiben, insbesondere im Sauna- und Wellnessbereich muss damit gerechnet werden. Wie hier gegengesteuert werden kann, soll analysiert werden, wenn das zukünftige Angebot dieser Therme detaillierter bekannt ist. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg hat die alte Rutschenanlage grundlegend saniert und modernisiert. Bisher konnten noch keine Auswirkungen auf das Maya mare gemessen werden, da dieses Bad im Jahr 2021 pandemiebedingt weitaus öfter als das Maya mare geschlossen gehalten wurde. Das Maya mare hat zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität im Saunabereich 2019/2020 neue Ruhebereiche geschaffen, das Sitzplatzangebot in der Saunagastronomie erweitert sowie den Saunagarten umgestaltet. Aufgrund der wiederholt angeordneten Schließungen im 1. Halbjahr 2021 konnte die Wirkungen dieser Maßnahmen noch nicht genauer beurteilt werden. Im 2. Halbjahr mussten Wettbewerber in Sachsen und Thüringen bereits Mitte November bis zum Jahresende wieder komplett schließen, was zu einem stärkeren Zuspruch bei Besuchern aus diesen Bundesländern mangels Alternativen vor Ort führte.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2021 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche negative Erfolgsfaktoren waren und sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt, insbesondere die behördlich angeordneten Schließzeiten und die Restriktionen, unter denen zunächst das Viva mare am 25. Mai 2021 und das Maya mare erst am 1. Juli 2021 wieder öffnen durften. Dass das Maya mare sogar trotz Zutrittsbeschränkungen von den Kunden sehr gut angenommen wird, zeigen vor allem die Besucherzahlen im Juli und Dezember 2021.

Im Geschäftsjahr 2021 konnten insgesamt 195.863 Besuchende gezählt werden (2020: 217.550), was einer Minderung der Gästezahlen zum Vorjahr um 10,0 % entspricht. Ausschlaggebend für diese negative Entwicklung waren die behördlich angeordneten Schließzeiten des Maya mare. Die Besucherzahlen weisen in allen Bereichen des Maya mare eine negative Abweichung zum Wirtschaftsplan auf. Entsprechend liegen auch die kundenabhängigen Umsatzerlöse unter dem Planniveau.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit zahlreichen weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um neue Mitglieder für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2021 die Zahl der im Jahr 2021 pandemiebedingten Austritte nahezu kompensieren können.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 119 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 4 Auszubildende beschäftigt, davon waren 75 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 29 geringfügig Beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 40 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 7 Jahren.

Wie in den vergangenen Jahren auch, versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau und /-mann für Systemgastronomie
- Fachkraft im Gastgewerbe
- Fachangestellte und Fachangestellter für Bäderbetriebe.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co. KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wurde für 2021/2022 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 auf.

Personalentwicklung 2021

Für 2021 war eine Fortführung und Vertiefung der bereits in den Vorjahren eingeführten Personalentwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der operativen Exzellenz und Innovationsfähigkeit geplant. Den betriebswirtschaftlichen Prozessen des Maya mare Rechnung tragend, war vorgesehen, ab Ende des ersten und Anfang des zweiten Quartals verschiedene Inhouse-Angebote durchzuführen.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde in der ersten Jahreshälfte wie schon im Vorjahr vorwiegend auf virtuelle Angebote umgestellt. So dass lediglich nicht umstell- oder verschiebbare Pflichtschulungen oder Qualifizierungsmaßnahmen in Präsenzform durchgeführt wurden.

Für das zweite Halbjahr wurde der Neustart von Präsenzformaten in der Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung, im TalentPool sowie im Compliance-Schulungsprogramm geplant. Bis Ende Oktober fanden somit wieder Präsenzs Schulungen im TalentPool, in der Führungskräfte- und in der Mitarbeiterentwicklung statt und es konnten Pflichtschulungen zur Sicherung der Fachkunde durchgeführt werden.

Mitarbeiterentwicklung

Die geplanten Erst- und Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention (SWH-Schulungsturnus drei Jahre) wurden in einem virtuellen Format im Dezember durchgeführt. An diesen konnten fünf Führungskräfte des Maya mare teilnehmen.

Ebenfalls virtuell durchgeführt wurde die Schulung zu Behördlichen Ermittlungen. Hier nahmen drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Maya mare teil.

Seit diesem Schulungsjahr wird in der SWH-Gruppe zudem eine Jahresschulung zum Steuerrecht etabliert. Zwei Mitarbeitende mit entsprechender Fachverantwortung nahmen daran teil.

Im Zuge der Wiedereröffnung im Sommer 2021 wurden die Mitarbeitenden und Führungskräfte durch einen externen Trainer begleitet und bei der Anpassung der Arbeitsabläufe an die geltenden Vorschriften unterstützt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2021 insgesamt mit 3.898,4 TEUR um 1,2 % über dem Vorjahresumsatz (2020: 3.851,6 TEUR) und um 35,9 % unter dem Plan.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen mit 800,2 TEUR (2020: 805,3 TEUR) den Hauptanteil des Materialaufwandes dar und liegen mit -0,63 % unter Vorjahresniveau und um 32,4 % unter Plan.

Der Personalaufwand 2021 beträgt 2.036,6 TEUR (2020: 2.302,8 TEUR). Der Rückgang des Personalaufwandes ist auf die in den Monaten Januar bis Juni in Anspruch genommene Kurzarbeit und den Auseinanderfall zwischen Austritt und Nachbesetzung von Stellen zurückzuführen.

Die Instandhaltungsaufwendungen liegen mit 433,3 TEUR (2020: 1.305,6 TEUR) um 206,5 TEUR (32,3 %) unter Plan und mussten teilweise in das Folgejahr verschoben werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Geschäftsjahr 2021 mit 781,3 TEUR (2020: 776,6 TEUR) nur leicht angestiegen.

Die Abschreibungen 2021 liegen bei 1.212,1 TEUR (2020: 1.225,0 TEUR).

Die Entwicklung ist auf die pandemische Situation und die damit einhergehenden Schließzeiten zurückzuführen. Wie im Jahresabschlussbericht 2020 erwartet, sind umfassende Verluste durch die bis zum Sommer andauernden Schließungen eingetreten. Die Umsatzerlöse sowie die Aufwendungen lagen zwar teils weit unter Plan, aber in einem ausgewogenen Verhältnis. Ein Ausgleich durch die Zahlung von zusätzlichen Betriebskostenzuschüssen durch die SWH und die HWS wie im vergangenen Geschäftsjahr musste nicht beansprucht werden.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2021 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,3 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2021 planmäßig in Höhe von 381,4 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse und Volksbank konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2021 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2021 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 146,0 TEUR (Vorjahr: 266,0 TEUR).

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2021 eine Eigenkapitalquote von 54,5 % erreicht (Vorjahr: 49,0 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2021 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 77,9 TEUR getätigt. Ein Großteil davon wurde für den neuen Abenteuerspielplatz „El Castillo“ im Außenbereich des Bades verwendet. Der geplante Umbau von Caldarium und Dampfbad für 300,0 TEUR wurde auf das Folgejahr verschoben.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2021 einen positiven Finanzmittelfonds in Höhe von 1.202,3 TEUR (Vorjahr: -302,2 TEUR) aus. Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS, wie im Jahr zuvor wurden aufgrund geringer Aufwendungen für Investitionen und der Zunahme der Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nicht in Anspruch genommen. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2021 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 6.456,8 TEUR, das ist eine Abnahme um 723,8 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus der Abnahme des Anlagevermögens durch planmäßige Abschreibungen und geringere Investitionen. Auf der Passivseite stehen verminderte Verbindlichkeiten, die planmäßige Auflösung des Sonderpostens sowie der Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind ein Angebot zur Freizeitgestaltung und Sportausübung für jede Altersgruppe. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen. Dafür ist ein Halten einmal erreichter Gästezahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Durch die Pandemie konnten diese Ziele im Jahr 2021 jedoch nicht realisiert werden.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden sowie im Bereich von Dampfbad und Caldarium müssen in nächster Zukunft umgesetzt werden. Damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert, müssen auch Attraktionen wie die vier Großrutschen nach 20 Jahren der Nutzung in das neue Freizeit-Zeitalter überführt werden. Neue Technologien, Digitalität sowie energieeffizientere Bau- und Arbeitsweisen werden die zukünftigen Maßstäbe für alle erforderlichen Reinvestitionen sein.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Eine im Jahr 2020 erfolgte Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981 bescheinigte im Ergebnis ein positives Prüfungsurteil.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2021 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr: 10). Unter diesen Risiken lässt sich keines der Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	4	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	10	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen weiterhin nicht.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2022 sowie der Mittelfristplanung bis 2026 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Gästepotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Gästezahlen und somit auf die Erlöse haben. Die Besucherzahlen wurden auf Niveau des Wirtschaftsplanes 2021 geplant. Eine Steigerung der Besucherzahlen zum Vorjahresplan wurde aufgrund der unklaren Nachwirkungen der Pandemie nicht unterstellt, dennoch liegen die geplanten Besucherzahlen deutlich über den stark pandemiegeprägten Ist Besucherzahlen 2021. Es wurden keine Auswirkungen eines möglichen neuen Thermenangebotes im Saalekreis abgeschätzt.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle zwei Jahre angepasst und sind die maßgebliche Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant. Zu erwartende deutliche Anstiege für Medienkosten wie Wärme und Elektroenergie sowie für Lohnkosten werden nur über adäquate Preisanpassungen abzufangen sein.

5.5. Investitionen

Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Der Austausch von Lüftungsgeräten und die Sanierung der Umkleiden, Duschen und WC-Räume stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden.

Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung notwendige Maßnahmen, um gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Bereich der Rutschangebote schreitet deutschlandweit die Digitalisierung voran, insbesondere um bestehende Anlagen aufzuwerten und zugleich zu sanieren. Die Visualisierung von unterschiedlichsten Effekten in ein- und derselben Rutsche und die onlinebasierte Zusammenstellung eines ganz individuellen Rutscherlebnisses durch den Gast sind auch Investitionsherausforderungen, denen sich das Maya mare stellen muss.

In der Wirtschaftsplanung 2022 werden Investitionsmittel in Höhe von 760,0 TEUR vorgesehen. Davon entfallen auf die Umgestaltung der Dampfsauna und des Caldariums jeweils 150,0 TEUR. Zudem soll in einem ersten Schritt die Kelo-Blocksauna für 50,0 TEUR saniert werden. Weitere investive Maßnahmen betreffen neben dem Kassensystem zumeist den Ersatz von Maschinen und Geräten, beispielsweise in der Gastronomie sowie dem Bereich Technik, die ihre Verschleißgrenzen erreicht haben. In der Mittelfristplanung 2022 bis 2026 wurden zwischen 350,0 TEUR und 4.795,0 TEUR Investitionsmittel geplant. Hierin sind Maßnahmen aus dem Gesamtvorhaben Maya mare 2030 enthalten, unter anderem der komplette Neubau der Rutschenanlage, die Sanierung der WC-, Dusch- und Umkleideräume sowie die Erneuerung der Lüftungstechnik.

5.6. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2022-2026 vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

5.7. Ergebniserwartung

Aufgrund der ab dem Jahr 2022 geplanten Maßnahmen aus dem Gesamtpaket Maya mare 2030 wird in der Planung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.396,4 TEUR im Jahr 2022 und 1.658,2 TEUR im Jahr 2023 ausgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Betriebskostenzuschusses im Jahr 2022 für die letzten Instandsetzungsarbeiten an den Dächern des Maya mare eingeplant wurde (274,4 TEUR). Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2023 bis 2026 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand: Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	53	311	54	311	54	0	0
Umlaufvermögen	275	47	268	46	262	46	7	3
Bilanzsumme	586	100	579	100	573	100	7	1
Passiva								
Eigenkapital	586	100	579	100	573	100	7	1
Bilanzsumme	586	100	579	100	573	100	7	1

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	19	19	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	13	14
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	6	6	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	6	5
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,05	1,06	0,96	%
Cash-Flow:	6	6	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,10	53,66	54,24	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung am 28.04.2022 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2021
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 6.156,70 auf EUR 585.521,45 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 18.623,26. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 16.895,97) und Erbbauzins (EUR 1.725,30).

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 236,21 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 18.387,02 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 6.129,01 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 122.997,29 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 12.230,32 (Vorjahr: 12 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb vom Pflegebetten	EUR	6.301,61
• Zuwendung an DRK „Wissenstransfer 2021“	EUR	2.000,00
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhaf-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2021	EUR	3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2021 und Fertigung Steuerklärung	EUR	571,20
• Jahresgebühr für die Führung des Transparenzregisters	EUR	13,01
	Σ EUR	12.230,32

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Anmerkung:

Berichtsgemäß hat das DRK das Projekt „Wissenstransfer 2021“ aufgrund der Corona Pandemie nicht durchgeführt. Die in der Sitzung am 15.04.2020 beschlossene Zufinanzierung des Projekts konnte somit nicht umgesetzt werden. Die finanziellen Mittel in Höhe von 2 TEUR wurden der Stiftung im Februar 2022 wieder zurückgezahlt. Demzufolge wurden im Jahr 2021 Mittel in Höhe von 6 TEUR beschlussgemäß und satzungskonform verwendet.

Eine Beschlussfassung zur Umwidmung der Mittel soll nach Prüfung alternativer Verwendungsmöglichkeiten erfolgen.

Gemäß Steuerberater der Stiftung wird die zeitnahe Mittelverwendung eingehalten, da die Mittel in 2021 an das DRK ausgekehrt und erst in 2022 zurückgezahlt wurden.

Mittelverwendung in Höhe von 8.329,30 €

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 28.04.2022 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 8.329,30 zur Verfügung.

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

Zuwendung/Zufinanzierung für das Projekt „Erneuerung der Telefonanlagen“ am Standort Glauchaer Straße 68 und Unterplan 11 (Projektbindung).

Die Verwendung kann - im Hinblick auf eine zur Projektrealisierung notwendige Mittelan sparing - innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren erfolgen.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungskapital in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft, Verpflegung und Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb von Einrichtungen und Diensten, die der Beratung, Unterstützung, Begleitung und Pflege des vorgenannten Personenkreises dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat: Vorsitzende Brederlow, Katharina
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Haupt, Ute
Helmich, Dennis
Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	19	0,29
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	52.371	87	53.707	91	54.631	94	-1.336	-2
Umlaufvermögen	7.898	13	5.312	9	3.666	6	2.586	49
Rechnungsabgrenzungsposten	60	0	51	0	63	0	9	18

Bilanzsumme

60.329	100	59.070	100	58.360	100	1.259	2
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	23.155	38	21.163	36	19.628	34	1.992	9
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	16.487	27	17.130	29	17.774	30	-643	-4
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	628	1	652	1	677	1	-24	-4
Rückstellungen	1.481	3	916	2	633	1	565	62
Verbindlichkeiten	17.715	29	18.419	31	19.000	33	-704	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	863	2	790	1	648	1	73	9

Bilanzsumme

60.329	100	59.070	100	58.360	100	1.259	2
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	30.482	28.810	25.953
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	56	75	17
sonstige betriebliche Erträge	1.731	480	750
Materialaufwand	7.331	5.931	5.540
Personalaufwand	18.617	17.762	15.978
Abschreibungen	2.165	2.103	1.934
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	667	669	669
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.492	2.268	2.830
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	38	0	106
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	5	5
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	2	0
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	44	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	382	396	476
Ergebnis nach Steuern	1.992	1.534	743
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.992	1.534	743
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.992	1.534	743
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,54	5,33	2,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,60	7,25	3,79	%
Cash-Flow:	4.158	3.639	2.677	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	70	66	63	T€
Personalaufwandsquote:	57,69	60,49	59,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,38	90,56	93,45	%
Eigenkapitalquote:	38,38	35,83	33,63	%
Fremdkapitalquote:	61,62	64,17	66,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Verpflegung, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kundinnen und Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und eine Tagesförderung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie für Menschen mit geistiger Behinderung 21 Plätze in betreuten Wohnungen und 10 Plätze in 4 selbstorganisierten Wohngemeinschaften an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 243 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Weiterhin werden Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie vermietet.

Unverändert ist die Stiftung 100%ige Gesellschafterin der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringendienst und Pforte erbringt. In der Serva GmbH sind 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von rechtlichen Änderungen auf Landes- und Bundesebene wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz II und III sowie das Pflegepersonalstärkungsgesetz.

Darüber hinaus wurde das Gesundheitsversorgungsgesetz (GVWG) im Juni 2021 verkündet. Im Wesentlichen regelt das Gesetz Entlastungen für Pflegebedürftige bei den Eigenanteilen sowie die Tarifbezahlung für Pflegekräfte.

Die Ausbildung in der Pflege wurde ab Januar 2020 mit dem Pflegeberufereformgesetz grundlegend verändert.

Ab Juli 2019 trat die Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz in Kraft.

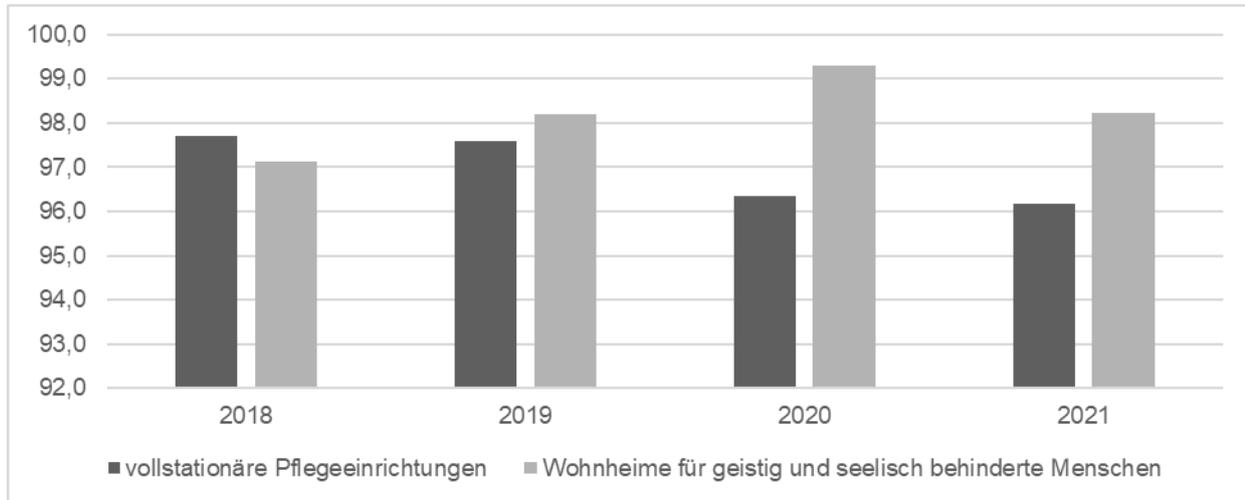
Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen verändert das Bundesteilhabegesetz seit Januar 2017 die Grundlagen für die Arbeit.

Altenpflege und Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Die Arbeit der Stiftung wird auf allen Ebenen seit März 2020 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bestimmt. Ziel der Stiftung war und ist es hierbei, Bewohner:innen, Klienten/Klientinnen, Patienten/Patientinnen, Angehörige und Mitarbeiter:innen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die sozialen Belange ein wesentlicher Bestandteil der täglichen Arbeit bleiben.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Die Auslastungsquote in den stationären Einrichtungen der Altenpflege betrug 96,2 % und war damit, wie auch 2020, leicht rückläufig. Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist ein geringer Auslastungsrückgang zu verzeichnen.



Ursache für die Schwierigkeiten bei der Belegung freier Betten waren zeitliche Verzögerungen durch die Umsetzung der RKI Empfehlungen bei der Aufnahme neuer Bewohnerinnen und Bewohner. Hinzu kamen behördlich angeordnete Aufnahmestopps infolge von Corona-Infektionen oder Verdachtsfällen bei potentiellen Klientinnen und Klienten. Besonders spürbar wurde eine sinkende Nachfrage nach Plätzen aus den Krankenhäusern in denjenigen Monaten, wo auch diese planbare Operationen ausgesetzt und/oder verschoben haben. Krankenhäuser sind bereits seit Jahren die Hauptzuweiser in den stationären Pflegeeinrichtungen.

Am 15.10.2020 ist die „Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2“ in Kraft getreten. Diese Verordnung regelt seitdem u.a. die Ansprüche der Versicherten auf eine Testung zum Nachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 sowie den Einsatz und Vergütung der PCR-Tests und PoC-Antigen-Schnelltests.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung der PoC-Antigen-Schnelltests sowie der Durchführungen werden der Stiftung auf Basis zuvor genannter Verordnung erstattet.

Bis 31.12.2021 sind der Refinanzierungskosten in Höhe von 1.670 TEUR entstanden (inkl. Beschaffungskosten für Tests). Es wurden rd. 122.000 Tests durchgeführt.

Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz wurde im März 2020 eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen soweit wie möglich zu reduzieren.

Dabei werden ordentliche Aufwendungen, z.B. Sachmittel aufgrund von infektionshygienischen Schutzmaßnahmen (Schutzmasken, Schutzkleidung) oder Desinfektionsmittel, erhöhte Inanspruchnahme von Fremddienstleistungen oder Personalmehraufwendungen (z.B. Mehrarbeit) sowie Mindereinnahmen, die nicht anderweitig finanziert werden, erstattet.

Für 2021 wurden ca. 160 TEUR Erstattungen für Mindereinnahmen und Mehrkosten beantragt. Die Beträge wurden wie beantragt ausgezahlt. In einem nachgelagerten Nachweisverfahren, können etwaige Überzahlungen aufgrund von angeforderten Nachweisen seitens der Pflegekassen geprüft werden.

Diese Regelungen des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz zum sogenannten Pflege-Rettungsschirm wurden bis zum 30.06.2022 verlängert.

Vermietung

Im Jahr 2021 war der Bestand von 243 Wohnungen zu 98,9 % ausgelastet. Überwiegend wird unser Wohnungsangebot von älteren Menschen genutzt.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2021 Erträge von 32.269 TEUR (Posten 1 bis 5 der Gewinn- und Verlustrechnung) erzielen. Damit sind die Erträge um 2.940 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2021 in TEUR	2020 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	17.497	16.368	+1.129
Teilstationäre Altenpflege	510	458	+58
Ambulante Pflege	1.327	1.163	+164
Behindertenhilfe	9.021	8.461	+561
Vermietung	1.890	1.829	+61
Sonstiges	2.024	1.093	+931

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen und die weiterhin stabilen Auslastungswerte. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen im Bereich Behindertenhilfe über die Entgelte refinanziert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen hauptsächlich Erstattungen der Krankenkassen zum Mutterschutz bzw. Beschäftigungsverbot (187 TEUR), Erstattung Corona-Schnelltests (1.670 TEUR) sowie Erstattungen nach dem Arbeitsförderungs- und Altersteilzeitgesetz (84 TEUR).

Im Jahr 2021 investierte die Stiftung rd. 994 TEUR in das langfristige Vermögen. Davon wurden rd. 365 TEUR für den Neubau Bugenhagenstraße aufgewendet.

Darüber hinaus wurden ca. 150 TEUR für die Beschaffung von Hausausstattung und 104 TEUR für Software ausgegeben.

Im Berichtszeitraum konnte die Stiftung den Bestand an Zahlungsmitteln bzw. Zahlungsmitteläquivalenten von 3.523 TEUR auf 5.730 TEUR steigern. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 im Wesentlichen aufgrund von gestiegenen Zahlungsmitteln auf 60.329 TEUR erhöht. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 59.069 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 1.992 TEUR erhöhte sich das Eigenkapital auf 23.155 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,55 % gestiegen.

	2017	2018	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote	32,72 %	33,92 %	33,63 %	35,83 %	38,38 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war mit 2.198 TEUR positiv. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +3.997 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -816 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -983 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 3.049 TEUR auf 5.247 TEUR erhöht.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 beschäftigte die Stiftung 496 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 21 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2020. Dies entspricht einer Erhöhung zum Vorjahr um 4,4 %. Darüber hinaus steigerte die Stiftung die Anzahl an Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 38. Im Jahr zuvor betrug die Anzahl der Auszubildenden noch 36.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 65 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 77 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 15,8 % (Vorjahr 13,6 %). Nachfolgend aufgeführt die Austrittsgründe.

Austrittsgrund	Anzahl Personen
Arbeitgeber-Kündigung	19
Arbeitsnehmer-Kündigung	24
Renteneintritt	5
Befristete Verträge	12
Aufhebungsvertrag	16
Sonstiges	1

Die Stiftung arbeitete 2021 weiter daran, sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Mit Wirkung zum 01.01.2021 wurden die Entgelte der Fachkräfte, die auf Basis der Betriebsvereinbarung beschäftigt sind, um 3,00 % erhöht, die Entgelte im Assistenzbereich um 7,00 %. Für die Beschäftigten mit Altverträgen, die vor dem 31.12.2008 abgeschlossen wurden, wurden die Entgelte pauschal über alle Beschäftigungsgruppen um 3,00 % angehoben.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Themen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 weiter auf die Stiftung aus?
- II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
- III. Umsetzung des 2. Bauabschnittes des Bauvorhabens Bugenhagenstraße.
- IV. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.
- V. Wirtschaftsplan 2022

I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 weiter auf die Stiftung aus?

Es ist davon auszugehen, dass die COVID-19-Pandemie unsere Arbeit auch 2022 weiterhin in der täglichen Arbeit beeinflussen wird.

Wie zuvor dargestellt wurden die Festlegungen zum Ausgleich der COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen der Pflegeeinrichtungen zunächst bis zum 30.06.2022 verlängert. Dies betrifft auch die Refinanzierung für die Beschaffung und Durchführung von PoC-Antigen-Schnelltests.

In welchem Umfang Rückforderungen im Rahmen des nachgelagerten Nachweisverfahrens geltend gemacht werden, ist im Moment nicht abzusehen. Bisher hat die Stiftung noch keine Nachweisanfrage erhalten.

Etwaige Entwicklungen des Infektionsgeschehens sowie erforderliche Schutzmaßnahmen und deren finanziellen Auswirkungen im weiteren Jahresverlauf können nicht seriös prognostiziert werden.

Grundsätzlich ist die Stiftung durch die Erfahrungen aus den beiden Vorjahren für den Umgang mit der Pandemie gut aufgestellt. Entwickelte Strukturen haben sich bewährt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen professionell mit den zusätzlichen Aufgaben und den zusätzlichen Belastungen um.

II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Die Arbeit in Pflege und Betreuung unterliegt einer großen Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht erst seit der Corona-Pandemie verändern sich fortlaufend die Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Arbeit. Die Nachweisführung erbrachter Leistungen wird umfangreicher, ganze Pflegeprozesse verändern sich.

Neben der weiterhin bestehenden Herausforderung, externe Fachkräfte für die Pflege und Betreuung in der Stiftung zu gewinnen, ist es zunehmend auch schwierig, geeignetes Personal im Assistenzbereich einzustellen. Umso wichtiger ist es, durch gute Arbeitsbedingungen und Entgeltstrukturen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Daher wurden mit Wirkung zum 01.01.2022 die Entgelte der Fachkräfte, die auf Basis der Betriebsvereinbarung beschäftigt sind, um 2,00% erhöht, die Entgelte im Assistenzbereich um 6,00%. Für die Beschäftigten mit Altverträgen, die vor dem 31.12.2008 abgeschlossen wurden, wurden die Entgelte pauschal über alle Beschäftigungsgruppen um 2,00% angehoben. Darüber hinaus werden die bisherigen Vereinbarungen für die Jahressonderzahlungen aufgehoben. Stattdessen wird die Regelung des TVöD Anwendung finden, welche eine einmalige Zahlung von 84,51 % des durchschnittlich gezahlten Entgelts vorsieht.

Der Bundestag hat im Juni 2021 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) verabschiedet. Ein Schwerpunkt des Gesetzes besteht u.a. darin, ab dem 1. September 2022 nur noch Pflegeeinrichtungen zur Versorgung zulassen zu wollen, die ihre Pflege- und Betreuungskräfte nach einem Tarif bezahlen.

Die Pflegeeinrichtungen müssen entweder selbst an einen entsprechenden Tarifvertrag gebunden sein oder bei Tarifungebundenheit eine Entlohnung zahlen, die die Höhe der Entgelte eines räumlich, zeitlich, fachlich und persönlich anwendbaren Pfegetarifvertrags nicht unterschreitet.

Die Entlohnung auf Basis eines Tarifvertrags kann im Rahmen der Entgeltverhandlungen mit den Kassen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Bei nichttarifgebundenen Einrichtungen könnte die Entlohnung nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden, soweit sie das tarifgebundene regional übliche Entgeltniveau um nicht mehr als 10% überschreitet.

Als bislang nichttarifgebundenes Unternehmen hat die Stiftung dem neuen Gesetz folgend erstmalig zum 30.04.2022 dargelegt, dass sie die Durchschnittsvergütung der tarifgebundenen Unternehmen nicht unterschreitet.

Die Entgeltentwicklung in der Pflegebranche ist sehr dynamisch und die vorab dargelegte Meldung muss durch die Stiftung jährlich erfolgen. Um das wiederkehrende Risiko einer Nichterreicherung des Mindestniveaus bzw. der Unwirtschaftlichkeit (Überschreitung mehr als 10 %) zukünftig zu vermeiden, ist eine Tarifbindung durch Mitgliedschaft in einer Tarifgemeinschaft notwendig.

Die Paul-Riebeck-Stiftung wird zum 01.01.2023 der Paritätischen Tarifgemeinschaft beitreten.

III. Umsetzung des 2. Bauabschnitts des Bauvorhabens Bugenhagenstraße

Nach der erfolgreichen Vermietung der 34 Wohnungen im 1. Bauabschnitt wurde das Konzept für den 2. Bauabschnitt überarbeitet. Hier sollen nunmehr 62 altengerechte Wohnungen entstehen.

In Gesprächen zur Finanzierung mit der Sparkasse wurde von dieser das Interesse bekundet, die bisher vorliegende Planung zu erwerben und das Bauvorhaben zu realisieren. Nach intensiven Austausch und Verhandlungen zu einem Kauf- und Mietvertrag mit der Saalesparkasse, wurde beschlossen, das ganze Projekt nebst Teilfläche des Grundstückes an die Saalesparkasse zu veräußern. Die Stiftung wird das gesamte Objekt nach Fertigstellung mieten und eigenständig verwalten.

Der Kaufpreis deckt die von der Stiftung getätigten Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt.

Nach derzeitiger Kenntnislage soll der Bau im Jahr 2022 beginnen und zwischen 30.11.2023 und 31.03.2024 fertiggestellt sein.

IV. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.

Die Arbeit der Stiftung im Bereich der Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist durch eine hohe Regulierungsdichte gekennzeichnet.

Neben Verordnungen auf Landesebene, hat insbesondere die Gesetzgebung auf der Bundesebene teilweise massive Auswirkungen auf die Stiftung und ihre Kunden.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG), welches im Juni 2021 beschlossen wurde, gibt es weitreichende Veränderungen geben.

Dies betrifft insbesondere die finanzielle Entlastung von Pflegebedürftigen. So sinkt ab 01.01.2022 der Eigenanteil für die reine Pflege durch Zuschläge im ersten Jahr im Heim um 5 % sinkt, im zweiten Jahr um 25 %, im dritten Jahr um 45 % und ab dem vierten Jahr um 70 %.

Darüber hinaus sollen ab September 2022 Versorgungsverträge nur noch mit Pflegeeinrichtungen abgeschlossen werden, welche nach Tarifverträgen oder tarifähnlich bezahlen (vgl. II Abs. 4).

Ferner hat sich Ende April 2022 der Landtag Sachsen-Anhalts kurzfristig mit einem überarbeiteten Entwurf der Verordnung über bauliche Mindestanforderungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (Wohn- und Teilhabegesetz-Mindestbauverordnung - WTG-MindBauVO) beschäftigt.

Zuletzt wurde diese Thematik im Jahr 2019 bearbeitet. Trotz zahlreicher Stellungnahmen und Hinweisen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zu Unklarheiten und damit Rechtsunsicherheiten wurde an dem Entwurf seitens des Landes festgehalten. Nunmehr wurde die Verordnung erlassen und im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlicht. Die Verordnung tritt zum 01.08.2022 in Kraft.

Inhalte sind u. a. die Empfehlung einer 80-%igen Einzelzimmerquote, die Vorhaltung eines technischen Verbrühschutzes nach DIN EN 806-2 (Badewannen und Duschen); die Verfügbarkeit von Anschlüssen für Telefon, Rundfunk, Fernsehen und Internet in Wohnräumen sowie die Festlegung von Mindestgrößen von Wohnschlafräumen (Einzelzimmer 14 qm; Doppelzimmer 22 qm).

Die Auswirkungen der Umsetzung dieser Anforderungen in den nächsten Jahren kann zum momentan Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden.

V. Wirtschaftsplan 2022

Der Vorstand erwartet gemäß Wirtschaftsplanung für 2022 ein positives Ergebnis von ca. 940 TEUR, durch das eine weitere Stabilisierung der Ertrags- und Finanzlage sowie der Investitionsfähigkeit erreicht werden kann.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Bis auf das Risiko hinsichtlich der weiteren Folgen der Corona-Pandemie gibt es keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Geschäftsvorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Stiftung, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen. Hierin wurden auch Überlegungen betreffend die Corona-Krise berücksichtigt.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Der Satzungszweck wird durch planmäßiges Zusammenwirken mit der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale und anderen steuerbegünstigten Körperschaften verwirklicht durch die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der von der Serva GmbH verfolgte öffentliche Zweck liegt im Bereich der Gesundheitsversorgung, Altenpflege sowie im Sozial- und Gemeinwohlinteresse.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4	1	7	2	11	4	-3	-43
Umlaufvermögen	300	99	327	98	273	96	-27	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	304	100	334	100	285	100	-30	-9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	81	27	81	24	81	28	0	0
Rückstellungen	36	12	48	15	60	21	-12	-25
Verbindlichkeiten	187	61	204	61	141	50	-17	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	3	1	-1	-100

Bilanzsumme	304	100	334	100	285	100	-30	-9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.563	3.397	3.343
sonstige betriebliche Erträge	54	51	17
Materialaufwand	1.179	1.137	1.152
Personalaufwand	2.313	2.265	2.091
Abschreibungen	3	10	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	84	79	101
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	38	-43	7
sonstige Steuern	0	1	1
Erträge aus Verlustübernahmen	0	44	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	38	0	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,06	-1,29	0,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	47,01	-54,09	7,85	%
Cash-Flow:	41	-34	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	38	35	35	T€
Personalaufwandsquote:	63,95	65,69	62,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,36	2,07	3,82	%
Eigenkapitalquote:	26,53	24,16	28,29	%
Fremdkapitalquote:	73,47	75,84	71,71	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Leuna-Chemie-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die durch die Gesellschaft bereitgestellte Sportinfrastruktur fördert den Sport, die Freizeitgestaltung sowie die Wirtschaft und steigert die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert	
Beirat:	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith	(seit 30.09.2021)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	stellv. Vorsitzende	Jacobi, Dörte	
		Biedermann, Paul	(seit 26.05.2021)
		Eigendorf, Eric	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Feigl, Christian	
		Heym, Carsten	
		Krech, Thomas	(bis 26.05.2021)
		Mämecke, Steve	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Beirat:

Meerheim, Sten
Müller, Katja

(bis 29.09.2021)
(seit 29.09.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Beirat	2	1	0

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	104	31	79	11	48	5	25	32
Umlaufvermögen	212	63	447	61	629	68	-235	-53
Rechnungsabgrenzungsposten	20	6	203	28	249	27	-183	-90
Bilanzsumme	336	100	729	100	926	100	-393	-54
Passiva								
Eigenkapital	27	8	27	4	26	3	0	0
Rückstellungen	5	2	7	1	5	1	-2	-29
Verbindlichkeiten	91	27	167	23	207	22	-76	-46
Rechnungsabgrenzungsposten	213	63	528	72	688	74	-315	-60
Bilanzsumme	336	100	729	100	926	100	-393	-54

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.715	1.821	1.801
sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
Materialaufwand	6	0	0
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	12	20	73
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.694	1.797	1.724
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	3	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	2
Ergebnis nach Steuern	1	1	-1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,05	0,03	-0,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,15	2,43	-2,54	%
Cash-Flow:	13	21	72	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	31,00	10,78	5,13	%
Eigenkapitalquote:	8,15	3,65	2,80	%
Fremdkapitalquote:	91,85	96,35	97,20	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2021 war durch drei große Entwicklungen geprägt: Die Corona-Pandemie, der Spielbetrieb des Halleschen FC und die Verlängerung aller wesentlichen Verträge rund um das LEUNA-CHEMIE-STADION.

Aufgrund der weiter geltenden Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie fanden alle Spiele des Halleschen Fußballclubs in der ersten Jahreshälfte 2021 ohne Zuschauer statt. Direkte Folge war eine mit dem HFC vereinbarte leichte Minderung der Stadion-Miete, da eine Nutzung des VIP-Raumes und der Tribünen ausgeschlossen war. Erst mit Beginn der Saison 2021/22 wurden wieder sukzessive Zuschauer zugelassen, so dass erst zu diesem Zeitpunkt wieder die volle Miete gezahlt wurde.

Weiterhin mussten zur Umsetzung des Hygienekonzeptes des Deutschen Fußballbundes und der entsprechenden Auflagen des Gesundheitsamtes der Stadt Halle (Saale) weiterhin Umkleide- und Sanitärcontainer zur Einhaltung der Mindestabstände für die Spieler der Heim- und Gastmannschaft angemietet werden. Diese Anmietung konnte erst zum 23. Juli 2021 beendet werden. Die dafür notwendigen Mietkosten haben die Jahresleistung der SHBG zusätzlich belastet.

Daneben ging auch die Zahl der Veranstaltungsbuchungen im VIP-Bereich des Stadions deutlich zurück, so dass die Einnahmen aus den Vor-Pandemie-Zeiten nicht zu erreichen waren.

Der Saisonverlauf des Halleschen FC in der Rückrunde der Spielzeit 2020/21 war geprägt vom Kampf um den Klassenverbleib. Erst am 35. Spieltag konnte dieser mit einem Sieg über Türkgücü München sichergestellt werden. Auch die Hinrunde in der Saison 2021/22 war beim Halleschen FC sehr wechselhaft. Nach 19 Spieltagen stand die Mannschaft auf Platz 14, nur vier Punkte oberhalb der Abstiegsränge.

Als dritte wichtige Entwicklung gelang es der SHBG im Geschäftsjahr 2021 alle relevanten Verträge zur Aufrechterhaltung und Finanzierung des Stadionbetriebes zu verlängern und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die kommenden Jahre abzusichern.

Mit der Infra Leuna GmbH konnte ein regionales Unternehmen als neuer Namenssponsor für die kommenden fünf Jahre gewonnen werden. Die Erträge liegen nur leicht unterhalb der bisherigen Zahlungen, so dass damit ein wichtiger Baustein der Finanzierung der SHBG für die kommenden fünf Jahre gesichert wurde. Aufgrund des neuen Sponsors wurde der Stadionname von ERDGAS Sportpark auf LEUNA-CHEMIE-STADION verändert.

Weiterhin wurde der Zuschussvertrag mit der Stadt Halle (Saale), der eine Zahlung von im Saldo 370.000 Euro pro Jahr vorsieht, ebenfalls um fünf Jahre verlängert werden. Damit ist die grundsätzliche Einnahmehasis der SHBG gesichert. Die dritte wesentliche Einnahmequelle bilden die Mietzahlungen des Halleschen FC. Diese hängen maßgeblich von der Liga-Zugehörigkeit des Vereins ab und sind durch die SHBG nicht zu beeinflussen.

Auch der Bewirtschaftungs- und Instandhaltungsvertrag für das LEUNA-CHEMIE-STADION konnte mittels einer europaweiten Ausschreibung für fünf Jahre (mit Option über weitere fünf Jahre) neu vergeben werden. Dabei wurde für die ersten fünf Jahre ein jährlicher Festpreis vereinbart, der leicht unterhalb der bisherigen Zahlungen der SHBG liegt. Im Zuge der Verlängerung wurde auch ein Rasenaustausch im Stadion vorgenommen.

Der bisherige Sponsoring-Vertrag mit der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH für die ERDGAS Sportarena lief fristgemäß zum 30.6.2021 aus und wurde nicht verlängert.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2021 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC in der 3. Liga. Durch die hierbei erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 185. Dieser im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Liquiditätsbestand ist vor allem auf die zusätzlichen Ausgaben wegen der notwendigen Hygiene-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, ausbleibende Sonderveranstaltungen sowie zusätzliche Ausgaben für die Umfirmierung in LEUNA-CHEMIE-STADION zurückzuführen.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt – trotz der negativen Einflüsse der Covid-19-Pandemie – als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Allerdings zeigt die zurückgehende Liquidität aufgrund der Sondereffekte, dass in den kommenden Jahren keine größeren Investitionen in das Stadion vorgenommen werden können.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 827,16 € ein leicht positives Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2022 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer spielte die gesamte Rückrunde der Saison 2021/22 über gegen den Abstieg aus der 3. Liga. Zwei Spieltag vor Schluss fehlt der Mannschaft noch ein Punkt zum sicheren Klassenverbleib. Ein Abstieg wird allerdings als sehr unwahrscheinlich betrachtet. Aufgrund der Wiederzulassung von Zuschauern zahlt der HFC wieder die vereinbarte, ungeminderte Miete.

Die Ergebnisse der Sonderveranstaltungen werden maßgeblich vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie abhängen. Aktuell können sie aufgrund der aktuellen Verordnungslage ohne Einschränkungen durchgeführt werden, so dass wieder mit steigenden Einnahmen zu rechnen ist.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und dem Fortgang der Corona-Pandemie geprägt sein.

Bezüglich der Corona-Pandemie besteht die Gefahr, dass bei einem ungünstigem Infektionsverlauf im Herbst 2022 erneut Einschränkungen bei Veranstaltungen und bei der Zulassung von Zuschauern erlassen werden. Dies könnte zu Mindereinnahmen bei der SHBG führen. Weiterhin besteht das Risiko angesichts des Kriegs in der Ukraine und der damit einhergehenden steigenden Energiekosten, dass die Betriebskosten der SHBG deutlich steigen werden.

Sollte es nicht zu neuen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie kommen, besteht die Chance auf deutlich steigende Einnahmen aus dem Vermietungsgeschäft des Business-Bereich, insbesondere aufgrund eines möglichen gesellschaftlichen Nachholeffekts.

Die wichtigste Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Keine.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, sozial - benachteiligten Einwohner der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

- (a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii
- (b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Döring, Jan
		Kirchert, Christian
		Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	26.472	91	26.998	93	27.591	94	-526	-2
Umlaufvermögen	2.411	8	1.745	6	1.705	6	666	38
Rechnungsabgrenzungsposten	203	1	149	1	87	0	54	36

Bilanzsumme	29.086	100	28.892	100	29.383	100	194	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.292	63	18.158	63	18.257	62	134	1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.312	8	2.435	8	2.559	9	-122	-5
Rückstellungen	455	2	343	1	321	1	111	32
Verbindlichkeiten	7.831	27	7.755	27	8.053	27	76	1
Rechnungsabgrenzungsposten	196	0	201	1	193	1	-5	-2

Bilanzsumme	29.086	100	28.892	100	29.383	100	194	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	9.689	9.630	9.063
sonstige betriebliche Erträge	1.279	610	894
Materialaufwand	2.567	2.121	2.029
Personalaufwand	6.192	6.132	5.400
Abschreibungen	906	851	857
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	122	124	134
sonstige betriebliche Aufwendungen	935	975	932
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	356	384	407
Ergebnis nach Steuern	134	-99	467
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	134	-99	467

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,38	-1,03	5,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,74	-0,54	2,62	%
Cash-Flow:	1.040	752	1.324	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	93	86	87	T€
Personalaufwandsquote:	56,45	59,89	54,23	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,55	93,22	93,68	%
Eigenkapitalquote:	62,89	62,85	62,13	%
Fremdkapitalquote:	37,11	37,15	37,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Pflegeplätze	157,00	159,00	159,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	52.737,00	56.708,00	57.095,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	94,00	96,00	98,00	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	96,00	97,00	96,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	62	344	63	344	64	0	0
Umlaufvermögen	206	38	202	37	196	36	4	2
Bilanzsumme	550	100	546	100	540	100	4	1
Passiva								
Eigenkapital	550	100	546	100	540	100	4	1
Bilanzsumme	550	100	546	100	540	100	4	1

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	15	15	14
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	10	12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	4	7	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	7	4
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	6	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	1	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,73	1,21	0,86	%
Cash-Flow:	4	7	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	62,46	62,92	63,69	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Ackerfläche	444.667,50	444.667,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung am 28.04.2022 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2021
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 4.018,43 auf EUR 550.478,74 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 16.254,82. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 14.254,82) und Zinsen aus Kontokorrentkreditvertrag mit der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (EUR 2.000,04).

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 634,72 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 16.056,43 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 5.352,14 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 97.369,57 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 12.038,00 (Vorjahr: 10 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Pflegebetten	EUR	3.556,09
• Zuwendung an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb eines Vorlesegerätes	EUR	3.702,00
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhafe-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2021	EUR	3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2020 und Fertigung Steuerklärung	EUR	666,40
• Grabpflege im Angedenken des Stifters für das Jahr 2019 und 2020	EUR	756,00
• Jahresgebühr für die Führung des Transparenzregisters für Stiftungen	EUR	13,01
	Σ	EUR 12.038,00

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch den Destinatär Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Mittelverwendung in Höhe von EUR 5.924,38

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 28.04.2022 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 5.924,38 zur Verfügung.

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

- Zuwendung in Höhe von EUR 2.924,38 an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb mobiler Leselampen für sehgeschwache Bewohner des stationären Pflegebereichs in der Glauchaer Straße 68 und im Unterplan 11
- Zuwendung in Höhe von EUR 3.000,00 an die Stadtbibliothek der Stadt Halle für den Austausch der vorhandenen Sehbehindertensoftware.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.551

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt gemäß ihrem Stiftungszweck die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Stiftung Händel-Haus betreibt die Museen Händel-Haus sowie Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus und veranstaltet die Händel-Festspiele Halle. Der öffentliche Zweck der Stiftung umfasst kulturelle und pädagogische Aspekte sowie die Steigerung der Attraktivität und Bekanntheit der Stadt.

Eine dem Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur Gründung der Stiftung und der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens	
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Schellenberger, Gunnar	(bis 15.11.2021)
		Bärenz, Reinhard	
		Bethke, Susanne	(seit 23.03.2021)
		Dr. Fox, Jürgen	
		Dr. Putz, Sebastian	(seit 16.11.2021)
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Prof. Dr. Maul, Michael	

Kuratorium: Prof. Kopp, Peter
Quäschning, Bettina (bis 22.03.2021)

Fachbeirat:

Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Hoberg, Uwe
	Kaiser, Angela
	Lange, Mark
	Prof. Dr. Fontana, Eszter
	Schirmer, Ragna
	Sutcliffe, Walter
Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.316	75	8.537	78	8.353	79	-221	-3
Umlaufvermögen	2.818	25	2.375	22	2.276	21	443	19
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	14	0	6	0	-11	-79

Bilanzsumme	11.137	100	10.926	100	10.635	100	211	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	9.940	89	9.965	91	9.993	94	-25	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	392	4	407	4	152	1	-15	-4
Rückstellungen	638	6	451	4	161	2	187	41
Verbindlichkeiten	33	0	34	0	77	1	-1	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	134	1	69	1	252	2	65	96

Bilanzsumme	11.137	100	10.926	100	10.635	100	211	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	46	56	106
Zuschüsse Gesellschafter	2.084	2.198	2.439
sonstige betriebliche Erträge	340	274	1.158
Personalaufwand	1.206	1.192	1.209
Abschreibungen	246	242	239
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.073	1.140	2.437
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	13	22
Ergebnis nach Steuern	-30	-33	-160
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-30	-33	-160
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-30	-33	-160
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-66,79	-58,56	-150,48	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,31	-0,33	-1,60	%
Cash-Flow:	216	209	79	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	145	133	195	T€
Personalaufwandsquote:	48,82	47,14	32,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,66	78,10	78,46	%
Eigenkapitalquote:	89,25	91,21	93,96	%
Fremdkapitalquote:	10,75	8,79	6,04	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Besucher Museum Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus sowie Veranstaltungen Stiftung Händel-Haus	8.053	9.741	29.548	Anzahl
Besucher Händel-Festspiele	0	0	59.354	Anzahl

f) Lagebericht

Bericht Jahresabschluss 2021 Stiftung Händel-Haus Halle (aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2021 € 11,14 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,6 Mill zusammen. Durch Ankäufe, zweckgebundene Spenden und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2021 geringfügig um € 9 T.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich, den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude sowie dem im Rahmen einer EFRE-Förderung erfolgten Umbau und Errichtung eines behindertengerechten Eingangsbereichs. Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf.

Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie und der prognostizierten Einnahmefälle durch Schließung des Museums und Absage von Veranstaltungen hat die Stiftung Händel-Haus geplante Investitionen hinterfragt und teilweise zurückgezogen. Nur noch in absolut notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen (Investitionen in die EDV-Software und IT-Technik) wurde im Jahr 2021 investiert, um Rücklagen in Anbetracht der unklaren wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie zu bilden.

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen Forderungen sind Rechnungsabgrenzungen für im Jahr 2021 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen, die nach dem 01.01.2022 beglichen wurden.

Die Forderungen enthalten mit der Abgrenzung zum 31.12.2021 für im Jahr 2021 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen, die nach dem 01.01.2022 beglichen wurden.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um ausstehende Förderratenzahlungen der Investitionsbank mit Abgrenzung zum 31.12.2021 im Rahmen des EFRE-Förderprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus.

In den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2,73 Mill. sind Wertpapieranlagen in Höhe von € 295 T enthalten. Die Wertpapieranlage gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie erfolgte in folgender Anlagestruktur:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe
- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten.

Mit Stichtag 31.12.2021 sind die Wertpapieranlagen mit folgenden Werten zu verzeichnen:

- Deka-Immobilien Europa: € 101.217,68
- Deka-Stiftungen Balance: € 102.342,48
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 91.153,53

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Jahr 2021 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2022 enthalten. Dabei handelt es sich um Gebühren für den Feuerwehranschluss (€ 1,7 T), die Abgrenzung der Aufwendungen für das Gestaltungskonzept des neuen Erscheinungsbildes der Händel-Festspiele 2020-2023 (€ 762) sowie Beiträge für die Kunstgutversicherung der ÖSA für das Jahr 2022 (€ 9,3 T).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) erhöht sich im Rahmen von Zukäufen per 31.12.2021 um € 4,5 T sowie Schenkungen in Höhe von € 4,9T.

Die Ergebnisrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Der Betrag der verwendeten Ergebnisrücklage beträgt per 31.12. 2021 € 2,405 Mill.. Eine Betriebsmittelrücklage wurde gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 198 T gebildet.

Die freie Rücklage reduziert sich durch eine Entnahme in Höhe von € 4.470,28 für das Grundstockvermögen.

Der Saldenvortrag für den Sonderposten mit Rücklageanteil betrug zum 01.01.2021 € 406.571,06. Das Bauvorhaben wurde im Kalenderjahr 2020 beendet. Die zur Abschreibung kohärente Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil betrug im Kalenderjahr 2021 rd. € 15 T.

Die Rückstellungen in Höhe von rd. € 562 T wurden grundsätzlich auf Vorjahresniveau gebildet zzgl. der erforderlichen Rückstellungen aufgrund des dreijährigen Rückerstattungsanspruches für noch nicht erstattete Tickets der abgesagten Händel-Festspiele 2020 und 2021 und Konzerte sowie Veranstaltungen des Händel-Hauses.

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

- Verlustausgleich Coronabeschränkungen Händel-Festspiele 2022 (€ 100.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2022 (€2.400)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2022 (€ 7.500)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets der Händel-Festspiele 2020 (€ 39.868,78)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets der Händel-Festspiele 2021 (€ 12.542,95)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets für Konzerte und Veranstaltungen im Händel-Haus 2020 (€ 2.094)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets für Konzerte und Veranstaltungen im Händel-Haus 2021 (€ 310,00)
- Rückstellung wegen möglicher Rückzahlung von Landesmitteln HFS 2020 (€ 113.000)
- Rückstellung wegen möglicher Rückzahlung von Landesmitteln HFS 2021 (€ 100.000)
- Rückstellung OpenAir-Veranstaltung Händel-Festspiele 2022 (€ 150.000)
- Rückstellung Investition notwendiger Umbau BMA Museum 2022 (€ 10.000)
- Rückstellung Druckkosten für Programmvorschau HFS 2022 (€ 24.000)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten setzen sich aus Rechnungen mit Abgrenzung zum 31.12.2021 zusammen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält die Abgrenzung des kommunalen Finanzierungszuschusses für das 100jährige Jubiläum der Händel-Festspiele 2022 (€ 50 T) sowie die Abgrenzung zweckgebundener Spenden für die Händel-Festspiele 2021ff. in Höhe von insgesamt 84.335,00 €, welche aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2021 den Festspieljahren 2022 und 2023 zuzuordnen sind.

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 13 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung verzeichnet. Es bleibt weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Die Kursgewinne der Wertpapiere im Jahr 2021 betragen € 25 T.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 129 T akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes wurde aufgrund der abgesagten Händel-Festspiele im Jahr 2021 auf € 156 T reduziert.

Aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2021 wurden keine Erlöse aus Ticketverkäufen generiert. Darüber hinaus reduzierten sich aufgrund der coronabedingten Schließung der Museen der Stiftung und Absage von Konzerten sowie durch erhebliche pandemiebedingten Reduktion der Anzahl von Besucherinnen und Besuchern im im Wirtschaftsjahr 2021 die Einnahmen der Eintrittserlöse im Vergleich zum Vorjahr € 7 T.

Die Stiftung Händel-Haus und die Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. waren im Kalenderjahr 2021 zu gleichen Teilen Erbnehmer, so dass dem Stiftungsvermögen liquide Mittel in Höhe von € 18 T zufließen.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen auch im Jahr 2021 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD gemäß des vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplanes.

Für die Pflege der Kunstsammlung der Stiftung wurden im Jahr 2021 Aufwendungen in Höhe von € 6,2 T getätigt.

Die Sachkosten für die Durchführung von eignen Veranstaltungen fallen aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2021 deutlich niedriger aus (€ 163 T). Die Aufwendungen für Künstlerhonorare betragen 2021 € 185 T.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit reduzierten sich im Wirtschaftsjahr 2021 ebenfalls aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie mit Absage vieler Veranstaltungen und den Händel-Festspielen 2021.

Aufgrund der mehrmonatigen Schließung des Museums in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie im Kalenderjahr 2021 sanken die Raum- und Bewachungskosten im Vergleich zum Vorjahr erneut um € 50 T.

Im Investitionsbereich erfolgten im Wirtschaftsjahr 2021 vorrangig nicht verschiebbare Bau-Investitionen und Reparaturleistungen.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 13T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 38 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -102 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 9 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 12 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2021 rund € 20 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2021 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Kumuliert weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2021 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -30.452,97 aus. Damit fällt der Verlust um rund € 188 T niedriger aus, als der vom Kuratorium auf seiner Sitzung am 06. Juli 2020 beschlossene Wirtschaftsplan für das Kalenderjahr 2021 ausweist (€ -218.200).

Die Liquidität ist vorhanden.

Zusammenfassende Erläuterung

- Wie bereits in der Vorbemerkung dargelegt und in den Erläuterungen des Jahresabschlusses erwähnt, hat die Direktion der Stiftung Händel-Haus aufgrund der besonderen Pandemie-Situation seit März 2020 ursprünglich geplante Investitionen hinterfragt und teilweise zurückgezogen (z.B. Späneabsauganlage, IT-Technik). Nur noch in absolut notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen wurde im Jahr 2021 investiert, um somit Rücklagen aufzubauen in Anbetracht der unklaren wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie.
- Der im Vergleich zum Wirtschaftsplan deutlich geringer ausgefallene Verlust ist Beleg dafür, dass die getroffenen Maßnahmen sinnvoll waren. Gleichzeitig muss aber für die Jahre 2022ff. ein Investitionsstau konstatiert werden, den es abzubauen gilt.
- Aufgrund der behördlich verordneten Schließung der Museen sowie Absage von Veranstaltungen und nicht zuletzt der Händel-Festspiele weist der Jahresabschluss der Stiftung im Jahr 2021 weniger Fördermittel, deutlich geringere Einnahmenerlöse und auch einen reduzierten Landeszuschuss aus.

- Dem gegenüber stehen geringere Aufwendungen im Bereich Sachausgaben, Künstlerhonorare, Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit sowie geringere Aufwendungen für die Raum- und Bewachungskosten.
- Darüber hinaus sind unter der Position „Einnahme Erbschaft“ Einnahmen in Höhe von € 18.350,48 aus der Erbschaft zu verzeichnen.

Resümee:

Trotz der mehrmonatigen Schließung der Museen der Stiftung Händel-Haus sowie der Absage eines Großteils der Veranstaltungen des Händel-Hauses sowie der Absage der Händel-Festspiele 2021 sind zwar Mindereinnahmen in den Erlösen zu verzeichnen, welche aber durch zielgerichtete Einsparungsmaßnahmen, insbesondere durch Einsparungen im Personaleinsatz der Servicefirma für Raum- und Bewachungskosten, kompensiert werden konnten. Das mit Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2021 erzielte Stiftungsergebnis fällt um rd. € 188 T niedriger aus, als im Wirtschaftsplan für 2021 prognostiziert. Dies konnte maßgeblich aufgrund der o.g. Einsparmaßnahmen sichergestellt werden. Es bleibt zu konstatieren, dass das mit Wirtschaftsplan 2021 geplante und prognostizierte Stiftungsergebnis von € -218,2 T bei normalem Museums- und Spielbetrieb und geplanter Durchführung der Händel-Festspiele erreicht worden wäre.

Ferner muss festgestellt werden, dass die Finanzierung der Stiftung für die Jahre 2018 bis 2022 auf der Grundlage des zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Stadt Halle (Saale) und der Stiftung Händel-Haus geschlossenen Finanzierungsvertrages vom 25.11.2015 nur bis zum 31.12.2022 vertraglich gesichert ist. Aus diesem Grund kann der Wirtschaftsplan 2023 erst nach Abschluss der Vereinbarung zur Folgefinanzierung der Stiftung Händel-Haus durch die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt für die Jahre 2023 bis 2027 erfolgen.

Ergebnisverwendung 2021

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende Verwendung des Stiftungsergebnisses vor:

Die Gewinne im ideellen Bereich (€ 12.969,01), der Vermögensverwaltung (€ 38.266,00), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 9.000,00) und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (€ 11.692,12) sollen mit dem Verlust aus dem steuerfreien Zweckbetrieb (€ -102.380,00) verrechnet werden.

- Der Restbetrag des Verlustes in Höhe von € -30.452,97 soll durch Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage in Höhe von € 307.428,97 und gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage in Höhe von € 276.976,00 verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		-30.452,97 €
Entnahme freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	0,00€
Einstellung Betriebsmittelrücklage	§ 61 Abs. 1 AO	276.976,00€
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 2 S. 2 AO	307.428,97€
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Dazu gehören auch untergeordnete Nebengeschäfte, die dem Hauptzweck des Theaterbetriebes zu dienen bestimmt sind. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck liegt in der Versorgung der Bevölkerung mit Kulturangeboten und der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine den Beschlüssen zur Gründung der TOOH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		van den Broek, Uta	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith	(seit 30.09.2021, seit 22.10.2021 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	stellv. Vorsitzender	Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Heinemann, Jens	
		Müller, Katja	
		Sedlacek, Michal	
		Vogel, Gerd	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	6	3

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.972	59	21.930	70	22.586	85	42	0
Umlaufvermögen	15.415	41	9.215	30	4.045	15	6.200	67
Rechnungsabgrenzungsposten	25	0	11	0	30	0	14	127

Bilanzsumme	37.412	100	31.156	100	26.661	100	6.256	20
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	32.540	87	26.712	86	22.026	83	5.828	22
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.430	4	1.511	5	1.592	6	-81	-5
Rückstellungen	1.615	4	1.269	4	1.042	4	346	27
Verbindlichkeiten	1.648	4	817	2	1.010	4	831	102
Rechnungsabgrenzungsposten	179	1	847	3	991	3	-668	-79

Bilanzsumme	37.412	100	31.156	100	26.661	100	6.256	20
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.122	1.248	3.451
Zuschüsse Gesellschafter	37.349	36.222	36.183
sonstige betriebliche Erträge	1.879	1.993	365
Materialaufwand	2.730	2.408	3.472
Personalaufwand	27.103	28.090	31.717
Abschreibungen	1.415	1.403	1.366
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.304	2.857	3.176
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-27	12	-40
Ergebnis nach Steuern	5.825	4.693	307
sonstige Steuern	-3	7	20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.828	4.686	287

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	519,67	375,49	8,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,82	21,27	1,32	%
Cash-Flow:	7.243	6.089	1.653	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	87	85	84	T€
Personalaufwandsquote:	67,17	71,18	79,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,45	70,33	84,60	%
Eigenkapitalquote:	86,98	85,74	82,62	%
Fremdkapitalquote:	13,02	14,26	17,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Besucher	48.297	62.853	227.755	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	451	448	1.311	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß den Ratsbeschlüssen der Stadt Halle (Saale) vom 26. November 2008 wurden der Verbund Oper/Staatskapelle Halle, das neue theater Halle, das Puppentheater Halle und das Thalia Theater Halle als kommunale Eigen- bzw. Regiebetriebe der Stadt Halle mit allen Gegenständen des Aktiv- und Passivvermögens auf die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zum 1. Januar 2009 ausgegliedert.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartenhauses einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Organe der Gesellschaft sind Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung.

Durch Aufsichtsratsbeschluss vom 2. Juli 2020 wurde Uta van den Broek als Geschäftsführerin der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle bestellt.

2. Wirtschaftliche Grundlagen

Am 20. Dezember 2018 wurde zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle geschlossen. Mit diesem Vertrag soll die Theater, Oper und Orchester Halle GmbH als Vollspartenhaus dauerhaft auf eine gesicherte Grundlage gestellt, sowie die künstlerische Qualität erhalten und gefördert werden. Im Wege der Festbetragsfinanzierungen gewähren das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) nicht rückzahlbare Zuwendungen. Der Vertrag ist geschlossen für die Laufzeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Am 11. Juni 2021 hat der Deutsche Bundestag festgestellt, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite, die der Deutsche Bundestag am 25. März 2020 mit Wirkung zum 28. März 2020 aufgrund der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 für die Bundesrepublik Deutschland festgestellt hat und deren Fortbestehen der Deutsche Bundestag sowohl am 18. November 2020 als auch am 4. März 2021 festgestellt hat, weiter fortbesteht. Somit war auch das Jahr 2021 für die Theater und Orchester geprägt von der SARS-CoV-2-Pandemie. Der bundesweite Lockdown zwang alle Bühnen, die Spielstätten über Monate zu schließen. Auch der Probenbetrieb war bis zum Abschlussstichtag nur stark eingeschränkt und nur mit hygienischen Auflagen möglich. Nach Lockerung der hygienischen Schutzmaßnahmen konnten die Spielstätten nicht vollständig verkauft werden. Die Abstandsregelungen reduzierten die Platzkapazität in den Spielstätten auf ca. 25 bis 75 % der ursprünglichen Platzkapazität. Während sich im Bereich der Festbeschäftigten die positiven Auswirkungen der Kurzarbeit darin zeigen, dass die Anzahl der ständig Beschäftigten konstant blieb, zeigt sich bei den unständig Beschäftigten branchenweit ein Rückgang. Die Anzahl der Veranstaltungen und die Zahl der Besucher*innen gingen branchenweit zurück.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 waren spartenübergreifend eine Vielzahl an Premieren geplant. Durch zahlreiche Übernahmen aus vergangenen Spielzeiten wollte die Gesellschaft wieder ein breit gefächertes Angebot vorhalten. Durch die Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie wurden die ursprünglichen Pläne vollständig zunichtegemacht. Entsprechend sind die Ticketerlöse auch im Jahr 2021 erheblich unter den Werten früherer Jahre zurückgeblieben.

Im März 2020 wurde mit den Betriebsräten der Gesellschaft eine Betriebsvereinbarung „Kurzarbeit Null“ abgeschlossen, die die Einführung von Kurzarbeit für Abteilungen ohne Arbeitsanfall ermöglichte. Ab April 2020 einigten sich die Tarifparteien auf Tarifverträge zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich des NV Bühne, des TVK und des TVöD, welche im Laufe des Jahres 2021 angepasst oder erneut abgeschlossen worden. Mit den Betriebsräten wurde am 21. Dezember 2020 eine Betriebsvereinbarung „Kurzarbeit“ für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Juli 2021 geschlossen. Kurzarbeit wurde im möglichen Umfang für die Beschäftigtengruppen eingeführt und für Mitarbeiter mit keinem oder nur geringem Arbeitsanfall beantragt. Dadurch reduzierten sich die Personalkosten, so dass die Erlösausfälle aus Ticketverkäufen bzw. die Rückerstattung bereits verkaufter Tickets kompensiert werden konnten.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Darstellung von Kennzahlen entsteht zum wiederholten Mal in einer pandemischen Krise. Die vorgelegten Daten sind daher ohne Vergleichbarkeit zu Vorjahren, d. h. sie sind ein Zeugnis ihrer Zeit, haben darüber hinaus allerdings wenig Aussagekraft, was die Entwicklung der Bühnen Halle betrifft. Mit diesem Bewusstsein sollten die nachfolgenden Analysen gelesen werden.

a) Ertragslage

Die Einnahmen (in EUR) aus Kartenverkäufen und Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr der einzelnen Sparten vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 im Überblick:

	Einnahmen	Einnahmen	Änderung	Besucher	Besucher	Änderung
	Ist 2020	Ist 2021		Ist 2020	Ist 2021	
Oper	315.817	266.028	- 16 %	16.250	12.414	- 24 %
Staatskapelle	224.138	216.506	- 3 %	13.551	11.652	- 14 %
Neues Theater	175.166	167.464	- 4 %	11.620	11.973	3 %
Thalia Theater	94.148	16.023	- 83 %	13.615	2.828	- 79 %
Puppentheater	106.289	99.855	- 6 %	5.978	6.201	4 %
TOOH allg./ Pädagogik	11.256	2.575	- 77 %	1.839	3.229*	76 %*
Gesamt:	926.814	768.451	- 17 %	62.853	48.297	- 23 %

*inkl. Spielzeiteröffnung

Diese Übersicht zeigt die weiter andauernden Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie und die damit einher gegangenen Einbrüche der Besucherzahlen und Ticketerlöse, die noch nicht durch Erholungseffekte reduziert werden konnten. Einerseits waren die Spielstätten zu Beginn des Berichtsjahres über längere Zeiträume für Besucher geschlossen, andererseits durften in den geöffneten Spielstätten nur ein Bruchteil der möglichen Sitzplätze belegt werden. Hier griffen behördlich angeordnete Abstandsregeln, welche die Sitzplatzkapazitäten um bis zu 75 % reduzierten. Durch ein durchdachtes Sitzplatzmanagement konnten jedoch die Erlösminderungen im Vergleich zum Rückgang der Besucherzahlen abgemildert werden.

Darüber hinaus ist eine Kaufzurückhaltung zu beobachten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der durch die SARS-CoV-2-Pandemie ausgelöste Rückgang der Besucherzahlen und Ticketerlöse teilweise nachhaltig sein wird. Die Besucher- und Erlöszahlen könnten für längere Zeit auf einem, im Vergleich zum Vorkrisenniveau, niedrigerem Stand verharren. Die hierdurch verursachte Ertragslücke wird dann im erheblichen Maße die Ertrags- und Liquiditätslage der Gesellschaft unter Druck setzen. Aktuell kann über den weiteren Verlauf der SARS-CoV-2-Pandemie keine sichere Aussage getroffen werden.

Eine Besonderheit stellen die Zahlen des Thalia Theaters dar. Da der Thalia-Fasching Anfang 2021 nicht stattfinden konnte und die Kinderstadt planmäßig pausierte, sind hier die Zahlen besonders stark zurückgegangen.

Auch die Angebote der Theaterpädagogik waren überproportional von Rückgängen getroffen. Hier spielten auch die Probleme der Schulen bzw. eine starke Zurückhaltung der Lehrkräfte eine Rolle. Großen Zuspruch fand die Spielzeiteröffnung im September 2021 mit über 2.000 Besuchern.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 gliedern sich die Umsatzerlöse wie folgt auf und ergeben im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild:

	Ist 2020		Ist 2021	
Einnahmen Theaterbetrieb:	TEUR	927	TEUR	768
Sonstige Umsatzerlöse:	TEUR	321	TEUR	353
Umsatzerlöse gesamt:	TEUR	1.248	TEUR	1.121

Neben den Umsatzerlösen wurden für das Geschäftsjahr sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 1.879 realisiert. Hiervon entfallen auf die Erstattungsleistungen von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Bundesagentur für Arbeit TEUR 1.338. Weiterhin ergeben sich sonstige betriebliche Erträge aus Erträgen aus Spenden, Sponsoring und Fördergeldern in Höhe von TEUR 299, der Auflösung von Sonderposten in Höhe von TEUR 81 und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 50.

Der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle vom 20. Dezember 2018 sah für das Geschäftsjahr 2021 Zuschüsse von insgesamt TEUR 37.349 vor, welche in dieser Höhe ausgereicht wurden. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	22.652
Zuschuss Land	TEUR	10.425
Zuschuss Dynamisierung Stadt	TEUR	1.639
Zuschuss Dynamisierung Land	TEUR	1.639
Sonderzuschuss (Verstärkungsmittel zur Struktur Anpassung)	TEUR	995
Gesamt:	TEUR	37.350

Aufwendungen

Personalkosten

Die Tarifierhöhung im Jahr 2021 betrug 1,4 %. Die Personalkosten beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 27.103 und lagen damit TEUR 987 unter dem Wert des Vorjahres (TEUR 28.090). Neben Kurzarbeit und damit in Verbindung stehenden Effekten (z. B. geringerer Aufwand für Gehaltsaufstockung, Korrekturen aus dem Vorjahr) führten auch zeitweise oder ganzjährig unter- oder unbesetzte Stellen wie die Stellen des Generalmusikdirektors, Tanzdirektors, Opernintendanten usw. zu Einspareffekten. Gleichzeitig wirkten Aufwandsteigerungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung und der Anstieg der Tarifentgelte einem noch deutlicheren Absinken der Personalkosten entgegen. Des Weiteren wurde die Rückstellung für mögliche Rückforderungen von Kurzarbeitergeld und Zuschüssen zum AG-Anteil der Sozialversicherung um TEUR 274 erhöht.

Honorare

Die Honorarausgaben betragen im Jahr 2021 TEUR 1.405. Im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 1.469) ist das ein Rückgang um TEUR 64 oder 4 %.

Der Rückgang steht im direkten Zusammenhang mit der SARS-CoV-2 Pandemie und den damit verbundenen Unterbrechungen des Spielbetriebes. Honorarzahungen fallen typischerweise im Zusammenhang mit der Stückentwicklung und tatsächlich stattfindenden Aufführungen der Stücke an. Fallen diese aus, verringern sich auch die Honorarzahungen.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

	Ist 2020		Ist 2021	
Oper	TEUR	234	TEUR	334
Schauspiel	TEUR	81	TEUR	165
Puppentheater	TEUR	36	TEUR	37

Laufende Inszenierungen

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben, Instrumentenstimmungen, Ballettschuhe und laufende Kosten der Theaterwerkstätten.

Die laufenden Inszenierungskosten beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 1.015. Im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 697) ist das ein Anstieg um TEUR 318 oder 46 %. Dieser Anstieg begründet sich zum einen aus einem wieder verstärkt Repertoire lastigen Spielplan und zum anderen den teilweise durch Corona-Auflagen notwendigen Anpassungen der Inszenierungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 3.304. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 2.857) um TEUR 447 oder 16 %. Der Anstieg erklärt sich durch die einerseits überwiegend vom Spielbetrieb unabhängigen Kosten in diesem Bereich und andererseits durch Mehrausgaben in den Bereichen Weiterbildung und dem im Berichtsjahr weiter gestiegenen Aufwand für Corona-Schutzmaßnahmen.

Auch die Instandhaltungskosten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Hier macht sich der sehr schlechte Zustand der Gebäude und der Hausbetriebstechnik weiterhin bemerkbar. Hier ist mittelfristig nicht mit Einsparpotentialen zu rechnen, eher noch werden die Instandhaltungskosten weiter deutlich ansteigen.

Die Betriebskosten haben sich, trotz mehrmonatiger Schließung zu Beginn des Berichtsjahres, nicht in einer relevanten Größenordnung verringert, da in diesem Bereich meist regelmäßige Abschlagszahlungen geleistet werden. Die Jahresabrechnungen der tatsächlichen Verbräuche lagen zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung nicht vor und fanden somit keine Berücksichtigung.

Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich zum 31. Dezember 2021 auf TEUR 1.415 und liegen damit erstmals unter dem Investitionsvolumen, sodass die Werterhaltung des Anlagevermögens gewährleistet werden kann.

b) Finanzlage

Die flüssigen Mittel beliefen sich am Anfang des Jahres 2021 auf TEUR 7.385 und am Ende des Jahres 2021 auf TEUR 15.184. Der Liquiditätsaufwuchs beträgt TEUR 7.799 und ist überwiegend auf Einsparungen bei den Personalkosten (Nichtbesetzung von Stellen und Kurzarbeitergeld), den verminderten Einsatz von Gästen und den Zufluss von liquiden Mitteln aus der Erstattung von Sozialversicherungsaufwendungen zurückzuführen. Zudem sind die gemäß dem Theatervertrag vereinbarten Zuschüsse des Landes und der Stadt Halle (Saale) trotz pandemiebedingten Unterbrechungen des laufenden Spielbetriebs in voller Höhe der Gesellschaft zugeflossen.

c) Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens betrug zum 31. Dezember 2021 TEUR 21.972. Das Stammkapital (TEUR 25) und die Kapitalrücklage (TEUR 27.074) werden in unveränderter Höhe ausgewiesen. Aufgrund der bisher zu niedrigen Investitionen in das Anlagevermögen war ein laufender Vermögensverzehr zu beobachten. Diesem Effekt konnte durch eine strukturelle und dauerhafte Erhöhung von Investitionsmitteln entgegengewirkt werden.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Finanzielle Leistungsindikatoren

Eigeneinnahmequote:

Die Eigeneinnahmequote lag im Geschäftsjahr bei 9,08% (Vorjahr: 9,71%).

Die Eigeneinnahmequote berechnet sich gemäß der Formel des Deutschen Bühnenvereins aus den eigenen Betriebseinnahmen (ohne Zuweisungen und Zuschüsse) geteilt durch die Betriebsausgaben (Abschreibungen werden in die Berechnung nicht einbezogen).

Kapitalausstattung:

Im Zuge der Ausgliederung wurde das Vermögen der Regie- und Eigenbetriebe der Stadt Halle in die Theater, Oper und Orchester GmbH eingebracht. Somit ergibt sich eine Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 27.074. Zusammen mit dem gezeichneten Kapital, dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss ergibt sich eine Eigenkapitalausstattung von 87,0 % (Vorjahr: 85,7 %). Der Verlustvortrag des Vorjahres beträgt TEUR 387. Dieser wird durch den Jahresüberschuss von TEUR 5.828 des aktuellen Jahres um TEUR 387 auf TEUR 0 reduziert. Der Gewinnvortrag beträgt somit TEUR 5.441.

Liquiditätsgrad:

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist aufgrund des defizitären Kerngeschäfts eines Theaters negativ. Er beträgt für das Geschäftsjahr 2021 TEUR -28.243.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt für das Geschäftsjahr 2021 TEUR -1.308.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt im Jahr 2021 TEUR 37.350.

Mittels Festbetragsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt ist die Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages gewährleistet.

Reinvestitionsquote:

Im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 861) wurden nochmals deutlich höhere Investitionen getätigt. Der erhebliche Investitionsstau besteht jedoch weiterhin. Insgesamt wurden im Jahr 2021 Investitionen in Höhe von TEUR 1.456 getätigt. Die Reinvestitionsquote für das Geschäftsjahr 2021 beträgt 104 %.

Da einige Investvorhaben aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Baufirmen nicht durchgeführt werden konnten, wurden andere Investitionsvorhaben vorgezogen. Das Jahr 2021 erforderte wieder eine besondere Flexibilität bei der Planung und Durchführung der Arbeiten, da durch die SARS-CoV-2-Pandemie Arbeiten nur verzögert, mit größerem Aufwand oder überhaupt nicht durchgeführt werden konnten. Auch die zunehmende Materialknappheit bzw. Lieferverzögerungen erforderten schnelles planerisches Handeln.

b) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Zuschauerzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr um 14.556 auf 48.297 zurückgegangen (-23 %). Die Anzahl der Vorstellungen hat sich um 3 auf 451 erhöht (+ 1 %). Die Anzahl der Vorstellungstage hat sich von 150 auf 170 erhöht (+13 %).

Die weiterhin niedrige Zahl an angebotenen Vorstellungen und der weitere Rückgang der Zuschauerzahlen ist direkt auf die Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie und den damit einhergegangenen behördlichen Schließungen sowie die sich daran anschließenden stark verminderten Kapazitäten der Spielstätten zurückzuführen. Die Erhöhung bei den Tagen mit Spielaktivität zeigt die Bemühungen der Gesellschaft im Berichtsjahr auch mit Kleinformaten oder mit Onlineaktivitäten. Da für die Spielzeit 2021/2022 die Abos grundsätzlich ausgesetzt wurden und die Kündigungsmöglichkeit für die bestehenden Abonnenten verlängert wurde, kann über die zukünftige Entwicklung der Abonnentenzahlen keine Aussage getroffen werden. Am wahrscheinlichsten ist ein Szenario eines kurzfristigen leichten Rückgangs der Abonnentenzahlen und einer mittelfristigen Erholung auf das Vorkrisenniveau.

5. Gesamtaussage

In der Gesamtbetrachtung haben sich die negativen Prognosen hinsichtlich der SARS-CoV-2-Pandemie bestätigt. Das Geschäftsjahr ist gemessen am kulturpolitischen Auftrage der Gesellschaft ähnlich schlecht verlaufen wie das Vorjahr. Durch die Verfügbarkeit von Schnelltests und Impfstoffen konnte jedoch im Jahresverlauf ein Zugangsmodell für das Publikum etabliert werden, welches mit Beginn der Spielzeit 2021/22, also ab August 2021, einen relativ stabilen Spielbetrieb möglich machte.

Die positive Liquidität und der Jahresüberschuss sind Einmaleffekte der pandemischen Krise. Zukünftig ist hier kein positiver Trend zu erwarten.

III. Prognosebericht

Unter Berücksichtigung der Ereignisse und Ergebnisse des Jahres 2021 ergibt sich die folgende Prognose für das Geschäftsjahr 2022:

Im Jahr 2022 ist weiter mit Einschränkungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie und den damit verbundenen behördlichen Eindämmungsverordnungen zu rechnen. Vor allem ab Herbst 2022 ist mit einer Rückkehr der Pandemie durch neue Virusvarianten zu rechnen. Sollte der bisherige Impfschutz hier keine gute Wirkung mehr zeigen, ist mit erheblichen Einschränkungen zu rechnen. Nicht abschätzbar ist das Verhalten der Zuschauer. Die Gesellschaft erwartet somit weiterhin Erlösausfälle durch die SARS-CoV-2-Pandemie.

Die bereits im Vorjahresbericht angesprochene Verschärfung hinsichtlich des Anstiegs des Preisniveaus bei Material-, Dienstleistungs- und Versorgerpreisen ist bereits massiv spürbar. Im Jahr 2022 ist mit stark steigenden Preisen in fast allen Bereichen zu rechnen. Die Inflationsrate hat in Deutschland den Wert von über 7 % erreicht und damit ein seit Jahrzehnten nicht mehr gesehenes Niveau. Dies hat zur Folge, dass bei konstanten Budgets der künstlerischen Sparten effektiv weniger Material und Leistung eingekauft werden können.

Die bereits im Vorjahr spürbaren Lieferengpässe werden sich weiter verstärken. Im Jahr 2022 ist nunmehr nicht nur mit einer Verknappung von Materialien wie Holz, Metall oder Kunststoff zu rechnen, sondern auch die unterbrechungsfreie Versorgung mit Energieträgern wie Gas, Elektrizität oder Fernwärme kann nicht mehr als gegeben angenommen werden. Teilweise ist damit zu rechnen, dass Leistungen am Markt nicht mehr abrufbar sein werden.

Mittelfristig werden somit negative Ertrags- und Liquiditätsergebnisse erzielt werden.

Die Tarifparteien haben für das Jahr 2022 zwar Kurzarbeit vereinbart, die Voraussetzungen der Beantragung liegen für die Gesellschaft nicht vor. Eine Betriebsvereinbarung mit den Betriebsräten besteht aktuell somit nicht und ist nicht geplant. Die Personalkosten werden die Gesellschaft ungemindert belasten.

Der Zustand des Gebäudebestandes der Gesellschaft unterliegt einem sich immer weiter beschleunigenden Verfalls- und Alterungsprozess. Die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel lagen viele Jahre betragsmäßig unter den laufenden Abschreibungen des Anlagevermögens. Der seit Jahren fortschreitende Vermögensverzehr bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung im Bereich der Investitionen zum Erhalt und zur Erneuerung der Spielstätten konnte im Jahr 2021 gestoppt werden. Auch für 2022 ist mit entsprechenden Investitionen geplant worden. Ob sich diese vollständig realisieren lassen werden, ist aufgrund der aktuellen Marktsituation unsicher, da angefragte Fachfirmen keine festen Zusagen abgeben.

Von besonderer Bedeutung ist die Digitalisierung der Geschäftsprozesse innerhalb der Gesellschaft, aber auch zwischen der Gesellschaft und Dritten. Hier wird eine umfassende Digitalisierung auf allen Gebieten angestrebt. Mit der Umsetzung einiger Teilprojekte wurde bereits begonnen. Der Aufbau eines vollständig digitalen Inventar- und Anlagenmanagements auf Basis einer Datenbanktechnologie und QR-Codes ist erfolgt und das System wurde in den Produktivbetrieb überführt. Ein weiteres, sehr erfolgreiches Projekt, das TOOH-Home-Office, konnte ebenfalls umfänglich in den Produktivbetrieb überführt werden. Das geplante digitale Schließsystem wird im laufenden Betrieb stückweise ausgerollt und erfüllt bereits jetzt alle Erwartungen. Ein leistungsfähiges Intranet für alle Mitarbeitenden der TOOH befindet sich aktuell in der Testphase und wird im Laufe des Jahres 2022 zur Verfügung stehen. Zusätzliche Synergien konnten durch die Etablierung neuer Schnittstellen zwischen dem Dispositions-System (Theasoft), der Webseite der TOOH und der Vertriebsplattform „Eventim“ geschaffen werden. Durch die interne Übermittlung von Datenpaketen entfallen Arbeitsschritte in der Datenerfassung und Eingabe. Mit Hilfe von Fördermitteln plant die Gesellschaft im Jahr 2022 auch die vollständige Erneuerung der Servertechnik. Hierdurch wird eine Leistungssteigerung bei der Datenverarbeitung angestrebt. Gleichzeitig wird die Speicherkapazität der Serversysteme vervielfacht. Dies ist notwendig, um den immer weiter steigenden Datenmengen Rechnung zu tragen.

Als wichtiges Infrastrukturelles Projekt bereitet die Gesellschaft den Aufbau eines umfassenden WLAN-Netzwerks in allen Liegenschaften der TOOH vor. Hiervon werden Vorstellungsbesucher und Mitarbeiter gleichermaßen profitieren. Ebenfalls im Jahr 2022 soll die neue kaufmännische Softwarelösung in den Produktivbetrieb überführt werden. Die bisherigen Tests sind erfolgreich verlaufen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Durch Abschluss des Theatervertrages ist die Gesellschaft für die Jahre 2022 und 2023 in der Lage, den laufenden Theaterbetrieb auf einem angemessenen Niveau aufrecht zu erhalten. Preissteigerungen, vor allem im Bereich Instandhaltung und Betriebskosten, könnten jedoch aufgrund der hohen Inflationsrate von aktuell über 7 % bald nicht mehr abgefangen werden. Durch die Zuschüsse zur Dynamisierung sollten auch die kommenden Tarifsteigerungen gedeckt werden können. Überproportionale Tarifsteigerungen aufgrund der hohen Inflation könnten jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Dynamisierungszuschuss übersteigen.

Außerdem ist zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch kein Vertrag mit der Stadt Halle (Saale) bzw. dem Land Sachsen-Anhalt geschlossen, der sich an den derzeit bis zum 31. Dezember 2023 gültigen Theatervertrag anschließt. Somit ist aktuell nicht bekannt, ob und in welcher Höhe Zuwendungszahlungen nach diesem Zeitpunkt erfolgen.

Weiterhin gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht abfangen kann. Wie auch schon im alten Theatervertrag besagt auch der am 20. Dezember 2018 unterzeichnete Theatervertrag, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Gerade in diesem Bereich besteht enormer Bedarf, da die Gebäude teilweise in sehr schlechtem Zustand sind, ebenso einige Spielstätten. Fast die gesamte Bühnenausstattung ist veraltet. So ist die Untermaschinerie im Großen Saal des neuen theaters bereits 33 Jahre alt und könnte in Kürze nicht mehr den steigenden sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen entsprechen. Das Opernhaus bedarf in Gänze einer grundlegenden Sanierung, da die bisher lediglich punktuell durchgeführten Notsanierungen ebenfalls aus Sicherheitsgründen nicht tragbar sind. Sollte der beschriebene Zustand noch einige Jahre andauern, ist die Bespielbarkeit der sich im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Spielstätten nicht mehr sichergestellt.

Die Gesellschaft verfolgt aktuell den Plan, mit Leasingpartnern die veraltete Bühnentechnik zu erneuern. Allerdings gestaltet sich dieses Vorhaben als schwierig. Weder in Form eines Leasings-Modells noch als Direktkauf lassen sich die Maschinen und die benötigte Technik beschaffen. Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern schlagen auch auf die Hersteller von Bühnen- und Veranstaltungstechnik voll durch. Das Risiko, aufgrund der bestehenden oder sich noch weiter verschärfenden Lieferschwierigkeiten eine oder mehrere Spielstätten nicht mehr betriebsfähig halten zu können, wird von der Gesellschaft aufmerksam beobachtet.

Die Gesellschaft versucht weiter, Förderanträge zu stellen. Nahezu alle Förderungen bedürfen allerdings einer Eigenanteilquote, die in Anbetracht des enormen Investitionsbedarfs sehr schnell mehrere Millionen Euro betragen kann. Weiterhin muss die Gesellschaft eine eigene Kompetenz für die Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung von Fördermitteln aufbauen. Fachkräfte auf diesem Spezialgebiet sind schwer anzuwerben und sind im aktuellen Stellenplan nicht vorgesehen. Ohne einen personellen und finanziellen Aufwuchs wird es für die Gesellschaft äußerst schwierig, diesen Aufgabenbereich im nötigen Maße abzudecken.

Im Personalbereich muss sich die Gesellschaft zukünftig auf Grund des Fachkräftemangels insbesondere im Bereich der Bühnentechnik und in den zentralen Bereichen auf Schwierigkeiten in der Nachbesetzung einstellen.

Wie für alle Kulturbetriebe stellt die Corona-Pandemie auch für die Gesellschaft eine besondere Herausforderung dar. In besonderer Weise belastend ist die mangelhafte Planbarkeit des Spielbetriebs und die damit einhergehende Unsicherheit in Bezug auf die zu erwartenden Umsatzerlöse während einer Corona-Welle. In diesem Kontext ergeben sich aktuell Risiken für die Gesellschaft.

Im Verlauf der Jahre 2020 und 2021 hat die Gesellschaft im notwendigen Umfang vom Instrument der Kurzarbeit Gebrauch gemacht. Kurzarbeitergeld stellt einen Anspruch des Arbeitnehmers gegen die Bundesagentur für Arbeit dar und wird vom Arbeitgeber vorschüssig an den Arbeitnehmer ausgezahlt. Auf Antrag des Arbeitgebers erstattet die Bundesagentur für Arbeit dem Arbeitgeber das ausgezahlte Kurzarbeitergeld und zahlt zusätzlich einen pauschalierten Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen des Arbeitgebers.

Allerdings sind diese Auszahlungen vorbehaltlich geschehen, da die detailbezogene Prüfung der Ansprüche noch aussteht und wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2022 erfolgen wird. Es kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund der Prüfhandlungen der Bundesagentur für Arbeit in der Zukunft Rückforderungsansprüche von Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungszuschüssen ergeben. Für diesen Fall hat die Gesellschaft die im Jahr 2020 gebildete Rückstellung nochmals erhöht.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz					
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)					
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	26					
Gesellschafter:						
	Stadt Halle (Saale)	<table border="1"> <thead> <tr> <th>T€</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>26</td> <td>100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	26	100,00
T€	%					
26	100,00					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.

Der Zoo beteiligt sich an europäischen und internationalen Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung bedrohter Arten beitragen, an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten, am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung, an internationalen Erhaltungszuchtprogrammen, auch mit dem Ziel der Bestandserneuerung oder der Wiedereinbürgerung von Arten in ihren natürlichen Lebensräumen.

Der Zoo als regionales Naturschutzzentrum fördert die Aufklärung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume und durch gezielte, innovative Aktivitäten auf den Gebieten der Zoo- und Umweltpädagogik. Im Rahmen der Welt-, Zoo- und Aquarium-Naturschutzstrategie sammelt der Zoo Mittel für Naturschutzprojekte.

Darüber hinaus fungiert der Zoo als Auffangstation für in Not geratene wildlebende einheimische Tiere und steht der Bevölkerung für alle tierschutzrelevanten Hilfeleistungen zur Verfügung.

Die Gesellschaft sichert die laufende Entwicklung nach modernen Erkenntnissen der Tiergartenbiologie in Übereinstimmung mit den Vorgaben zum Umgang mit der denkmalgeschützten Park- und Zooanlage mit dem Ziel, die traditionsreiche Kultureinrichtung der Stadt Halle (Saale) für kommende Generationen zu erhalten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Zoologische Garten Halle dient naturschutzspezifischen, kulturellen, wissenschaftlichen und pädagogischen Zwecken. Er steigert darüber hinaus die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Müller, Dennis		
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	(seit 30.09.2021)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 29.09.2021)
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Dr. Lochmann, Mario	(seit 01.01.2021)
	Mackies, Stefanie	
	Sagner, Kevin	(seit 27.05.2021)
	Sehrndt, Martin	
	Sondermann, Hans-Dieter	(bis 26.05.2021)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17.561	91	18.493	91	19.235	90	-932	-5
Umlaufvermögen	1.621	9	1.759	9	2.020	10	-138	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	61	0	64	0	66	0	-3	-5

Bilanzsumme	19.243	100	20.316	100	21.321	100	-1.073	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Treuhandvermögen Tierheim der Stadt Halle (Saale)	6		6		23		0	0
--	---	--	---	--	----	--	---	---

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.079	37	6.840	34	6.550	31	239	3
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	3.291	17	4.127	20	4.962	23	-836	-20
Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.527	39	8.049	40	8.213	39	-522	-6
Rückstellungen	900	4	944	5	868	4	-44	-5
Verbindlichkeiten	306	2	252	1	460	2	54	21
Rechnungsabgrenzungsposten	140	1	104	0	268	1	36	35

Bilanzsumme	19.243	100	20.316	100	21.321	100	-1.073	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten Tierheim der Stadt Halle (Saale)	6		6		23		0	0
---	---	--	---	--	----	--	---	---

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.769	4.090	4.830
sonstige betriebliche Erträge	5.705	5.559	4.904
Materialaufwand	986	2.188	2.389
Personalaufwand	4.198	4.023	3.667
Abschreibungen	1.824	1.836	1.875
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.193	1.275	1.338
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24	27	31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	249	300	434
sonstige Steuern	11	10	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	238	290	424

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,61	7,09	8,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,49	4,43	6,92	%
Cash-Flow:	2.062	2.126	2.299	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	105	122	119	T€
Personalaufwandsquote:	49,54	41,69	37,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,21	90,97	90,14	%
Eigenkapitalquote:	36,79	33,67	30,72	%
Fremdkapitalquote:	63,21	66,33	69,28	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Besucher	252.000	313.932	540.311	Anzahl
Tierbestand	1.143	1.156	1.104	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage, hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner eher geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.100 Tiere in ca. 175 Arten in überwiegend nach zooökologischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für Bergzebras und Elenantilopen, Rote Pandabären und Schopfhirsche, für Pudus und für Löffelhunde, konnten in diesem Zuge bereits umgestaltet werden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau des Zoos im Tierbereich mit dem im Jahr 2006 eröffneten Elefantenhaus bereits 15 Jahre zurück. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb des Freizeitmarktes zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammesbesucher werden durch diese Anreize dazu motiviert, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und ihm die Treue zu halten. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 7.098 verkauften Jahreskarten im Jahr 2019 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, ersten Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 99 % gesteigert und damit quasi verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Vermutlich führten die Restriktionen im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 leider erstmals seit 2015 zu einem Rückgang bei der Zahl verkaufter Jahreskarten auf nunmehr knapp 4.350. Dieser Einbruch bei den Verkaufszahlen wird sich hoffentlich mit einer Rückkehr zum Regelbetrieb wieder umkehren.

Der Ausbruch der Pandemie mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 und alle damit verbundenen Schutzmaßnahmen markierten in den Jahren 2020 und 2021 jedoch einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Gesellschaft. Traf die Pandemie den Bergzoo im Jahr 2020 quasiunvorbereitet, stellte sich im zurückliegenden Jahr eine gewisse Routine bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen ein. Zudem ließen die (wenn auch zögerlichen) Fortschritte bei der Impfkampagne und die Verbreitung der weniger pathogenen Corona-Varianten Delta und zum Jahresende hin die Variante Omikron zunehmend auf eine Normalisierung im Gästebetrieb hoffen.

Aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen der Stadt Halle zur Bekämpfung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 musste der Zoologische Garten Halle (Saale) auch im Jahr 2021 vorübergehend für Besucher schließen. Während die Schließung im Januar aufgrund der normalerweise geringen Besucherzahlen in der kalten Jahreszeit gut verkraftet werden konnte, resultierten aus der zweiwöchigen Schließung mit Beginn des Osterwochenendes im April Verluste, die während des gesamten Jahres nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Mitteldeutschland und damit auch die Stadt Halle (Saale) entwickelten sich in dieser Zeit zum Hotspot des Infektionsgeschehens in Deutschland mit 7-Tage-Inzidenzen von weit mehr als 300 Neuinfizierten pro 100.000 Einwohner. Insgesamt war der Zoologische Garten Halle damit abermals fast sechs Wochen für Besucher gesperrt. Mit einer massiven Erhöhung der Testkapazitäten, der Verfügbarkeit von Selbsttests am freien Markt und der Etablierung von Testzentren wurde der Pandemie auch durch die Ausweitung der Diagnostik begegnet. Die gesetzliche Verpflichtung, Arbeitnehmern zweimal pro Woche einen Test zur Verfügung zu stellen, resultierte in einer hohen Bereitschaft der Mitarbeiter, sich testen zu lassen. Dies ermöglichte es noch effizienter, die Belegschaft vor Ansteckungen zu schützen, da Infektionen frühzeitig erkannt und Ansteckungen innerhalb des Zoos weitgehend verhindert werden konnten. Dies war insbesondere in der Tierpflegerschaft von zentraler Bedeutung, da hier Quarantänen von ggf. mehreren Mitarbeitern eines Reviers die Versorgung der Zootiere massiv gefährden würde. Die nach der Osterschließzeit seitens des Landes Sachsen-Anhalt verordnete Testpflicht für Besucher stieß jedoch leider auf ein gemischtes Echo. Im Vergleich zum Vorjahr brachen die Besucherzahlen in dieser Zeit um ca. 50 % ein. Auf Initiative des Zoos konnte ein Privatanbieter davon überzeugt werden, eine Teststation direkt am Haupteingang des Zoos zu betreiben. Besucher, die sich nicht scheuten, einen Test bei sich durchführen zu lassen, nahmen dieses für sie im Rahmen der Bürgertestung kostenlose Angebot dankbar an. Andere Tierparks in Sachsen-Anhalt, die diese Möglichkeit nicht anbieten konnten, verzeichneten noch weit höhere Besuchereintritte von bis zu 90 %.

Während sich die Situation über die Sommermonate hinweg weitgehend normalisierte und damit auch die Testpflicht wieder entfallen konnte, war es auch im weiteren Jahresverlauf 2021 nicht möglich, Großveranstaltungen wie die Zootage oder Halloween unter den geltenden Sicherheits- und Hygieneauflagen wirtschaftlich durchzuführen. Mit Beginn der Infektionswelle im Herbst musste der Zoo leider auch wieder seine Tierhäuser für den Besucherverkehr schließen. Darüber hinaus ergaben sich für die Besucher jedoch keine weiteren Einschränkungen mehr. Aufgrund der angespannten Einnahmensituation sah die Geschäftsführung auch keine Möglichkeit, die Eintrittspreise trotz der Tierhausschließungen zu rabattieren. Die Besucher akzeptierten dies, Rückfragen oder Beschwerden gab es kaum.

Die beiden mehrwöchigen Schließungen des Bergzoo, die Testpflicht nach der Wiedereröffnung und die fehlenden Großveranstaltungen (im Winter 2020 konnten zumindest noch die Magischen Lichterwelten durchgeführt werden) führten in Summe erneut zu einem enormen Einbruch der Besucherzahl. Im Jahr 2021 besuchten insgesamt schließlich nur ca. 252.000 Besucher den Bergzoo und damit noch einmal deutlich weniger als im Vorjahr (knapp 314.000 gezählte Besucher). Das Ende 2019 installierte Besucherzählsystem des Zoos erlaubte es dabei, seit 2020 die exakte Besuchszahl zu erfassen. In den Vorjahren wurde noch der durch den Verband der Zoologischen Gärten (VdZ) eingeführte Schätzparameter zur Erfassung der Besuchszahlen durch Jahreskarteninhaber (20 pro Karte und Jahr) verwendet. Auch die Besucherzahl im Wirtschaftsplan 2021 wurde noch so geschätzt. Unter Verwendung des Schätzparameters entspräche die Besucherzahl für das Berichtsjahr 309.000 Besucher und verfehlt damit die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2021 von 330.000 Besuchern noch einmal signifikant.

Der größte Lichtblick für den Bergzoo war auch im vergangenen Jahr die Unterstützung durch die Besucher, Förderer und die beiden Sponsoren der Gesellschaft, die Saalesparkasse und die HWG. So konnten hauptsächlich durch die Spendenaktion „Futterpatenschaften“ insgesamt Spenden in Höhe von TEUR 82 generiert werden. Zudem wurden Nachlässe im Wert von TEUR 419 aufgelöst. In diesem Zusammenhang gelang es, Immobilien (ein Wohnhaus und drei Eigentumswohnungen) im Berichtsjahr mit hohem Ertrag zu verkaufen. Die Spenden und Erbschaften kompensierten die Mehraufwendungen und Einnahmeausfälle in Folge des Besuchereintruchs, sodass das Jahr 2021 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von TEUR 238 abschloss (2020 TEUR 290).

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 ca. ein Drittel des Aufwandes für die Gesellschaft trägt und andererseits in dem Umstand begründet, dass die Gesellschaft über die Umsatzerlöse, die vor allem aus Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, ein weiteres Drittel der Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet.

Die Corona-Pandemie hat die Freizeitindustrie und das Gastgewerbe sicher am stärksten getroffen. Aufgrund der landes- und bundesweiten Sicherheitsmaßnahmen konnten einige Branchen und Betriebe (vor allem Freizeitparks, Diskotheken, Großkonzerte, Festivals und andere Großveranstaltungen) seit Beginn der Pandemie nur unter extremen Einschränkungen Besucher empfangen. Die Folgen sind weiter kaum abschätzbar. Durch verschiedene staatliche Hilfsprogramme konnten Insolvenzen bisher weitgehend verhindert werden. Ob dies im Zuge der stufenweisen Wiedereröffnungen und dem Auslaufen der staatlichen Hilfen weiterhin gelingt, ist zum jetzigen Zeitpunkt weiter ungewiss. Nach den Erfahrungen der letzten Wiedereröffnungen kann für den Zoologischen Garten Halle festgestellt werden, dass die Sehnsucht nach Freizeitbeschäftigung und eventuell auch der damit verbundenen Normalität hoch ist. Die Besucherzahlen an den Wochenenden erreichten wieder das Niveau vor der Corona-Krise. Sicherlich müssen auch Großveranstaltungen im Zoo wie die „Magischen Lichterwelten“ völlig neu bewertet werden. Die Kurzfristigkeit der zum Teil drastischen Corona-Schutzmaßnahmen zeigt, wie hoch das Ausfallrisiko für solche Formate sein kann. Auch wenn das Modell der Einnahmeteilung, wie in den letzten Jahren praktiziert, risikomindernd wirkt und sich mit dieser Erfahrung als absolut notwendig erwiesen hat, wären die Ausgaben für die Vorbereitungen und der Aufwand für das Marketing unter Umständen verloren. Erst mit Ende der Pandemielage ist eine seriöse und risikoarme Planung von Großveranstaltungen im Bergzoo wieder sinnvoll. Dies zeigte auch der Umstand, dass die für Februar und März 2022 geplante vierte Auflage der Magischen Lichterwelten in den kommenden Winter verschoben werden musste, da die derzeitigen Visa-Restriktionen eine Einreise chinesischer Arbeiter unseres Partnerunternehmens „Dragon Illumination Arts“ unmöglich machten.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Aufgrund der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 war der Zoologische Garten Halle (Saale) erneut sechs Wochen lang für Besucher geschlossen und auch nach der Wiedereröffnung Ende April war die Besucherzahl aufgrund der eingeführten Testpflicht zunächst stark reduziert. Die Durchführung von bewährten Großveranstaltungen und Zoofesten war unter den gegebenen Sicherheitsvorkehrungen nicht wirtschaftlich durchführbar. Damit entfielen Möglichkeiten, die bis dato bereits eingetretenen Umsatzdefizite auszugleichen.

Vor diesem Hintergrund hat der Geschäftsführer umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität der Gesellschaft auch mittelfristig zu gewährleisten. Dazu zählten die Verschiebung nicht dringend erforderlicher Anschaffungen, Instandsetzungs- und Reparaturmaßnahmen, die Verschiebung von Beauftragungen für weitere Planungsschritte zur Umsetzung des Zukunftskonzepts „Bergzoo 2031“, Budgetkürzungen in den Bereichen Marketing und Veranstaltungen und die zeitweise Einführung von Kurzarbeit. Zudem hat die Abteilung Kommunikation, Bildung und Besucherservice im Jahr 2020 eine sehr erfolgreiche Spendenkampagne eingeführt, die auch im Berichtsjahr zu weiteren Spendeneinnahmen führte. Die Geschäftsführung hat ihre Liquiditätsvorausschau und Ergebnisprognose unterjährig fortwährend aktualisiert und über die Betriebsmanagementgesellschaft der Stadt Halle (BMA) und die durchgeführten Aufsichtsratssitzungen entsprechend kommuniziert. Unter den gegebenen Umständen ist zu betonen, dass die Liquidität der Gesellschaft auch im Jahr 2021 zu keinem Zeitpunkt gefährdet war.

Die mit den Schließungen und den Einschränkungen (Testpflicht, reduziertes gastronomisches Angebot, keine Veranstaltungen, nur wenige Führungen) einhergegangenen Einnahmenverluste haben zu einem deutlichen Einbruch bei den Umsatzerlösen im Vergleich zu den Vorjahren geführt. Konnten 2019 Umsätze in Höhe von TEUR 4.830 und 2020 im ersten Pandemiejahr noch TEUR 4.090 erzielt werden, so sanken die Umsatzerlöse im Pandemiejahr 2021 auf TEUR 2.769. Der erneut dramatische Abfall liegt dabei vor allem im Wegfall der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ begründet. Bei den Eintrittsgeldern für den Tagesbesuch erholten sich die Einnahmen gegenüber 2020 erfreulicherweise leicht um TEUR 61 auf TEUR 1.299. Auch die Einnahmen aus dem Verkaufserlös im Zoo-Shop stiegen um TEUR 29 auf TEUR 333, die Einnahmen aus der Verpachtung der Zoogastronomie reduzierten sich um TEUR 56 auf TEUR 178. Bei der Gastronomie macht sich insbesondere der Wegfall der „Magischen Lichterwelten“ und die Schließung des Restaurants während der Testpflicht bemerkbar.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan wirkte sich die erneute Verschiebung des Verkaufs einer Wohnimmobilie negativ auf das zu erwartende Jahresergebnis aus, waren hier doch Verkaufserlöse in Höhe von TEUR 450 geplant. Die Liquidität aus dem Immobilienverkauf wird für das Investitionsvorhaben rund um den Umbau des rückwärtigen Eingangs des Zoos benötigt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Prüfung des Förderantrages kommt es bei der Realisierung des Großprojekts jedoch auch weiterhin zu zeitlichen Verschiebungen. Wäre die Immobilie bereits 2021 verkauft worden, so wären unnötig Kosten für Verwahrenentgelte bei gleichzeitigem Wegfall der Mieterlöse angefallen. Der Verkauf ist nunmehr im Jahr 2022 geplant.

Die Unterstützung aus der halleschen Bevölkerung war weiter groß. Auch Dank der bereits 2020 eingeführten und online angebotenen Spendenkampagne „Futterpatenschaften“ konnten im Berichtsjahr Spenden in Höhe von TEUR 82 aus zahlreichen Einzelspenden verbucht werden.

Beim Materialaufwand zeigte sich ein sehr variables Bild. Vor allem durch den Wegfall der „Magischen Lichterwelten“ (Aufwand 2020 TEUR 1.101) sank der Gesamtaufwand um TEUR 1.202 auf TEUR 986. Allerdings fehlen auch die entsprechenden Umsatzerlöse aus den Eintrittsgeldern für die Veranstaltung (2020 TEUR 1.346). Erfreulich war die Situation beim Wasserverbrauch. Wegen der großen Trockenheit in den Jahren 2018 bis 2020 waren erhebliche Mehrverbräuche beim Wasserbedarf für die Grünflächen und Tieranlagen gegenüber den Vorjahren kostenintensiv. Der Sommer 2021 verzeichnete Niederschlagsmengen auf Niveau vor 2018, so dass der Mehraufwand für die Bewässerung sich deutlich reduzierte (TEUR -76). Durch das Ende 2020 in Betrieb genommene neue und leistungsstärkere Blockheizkraftwerk erhöhte sich die verbrauchte Gasmenge und damit auch der Aufwand für Gas um TEUR 29 auf TEUR 183. Dieser Mehraufwand wird durch die Einsparungen beim Zukauf für Strom (TEUR -52) überkompensiert. Der Aufwand für Futtermittel erhöhte sich im Berichtsjahr um TEUR 21 auf TEUR 238. Neben der allgemeinen Preissteigerung (vor allem beim Ankauf von Fisch) ist dabei auch die Entwicklung im Tierbestand ursächlich. Der Bergzoo zeigt vermehrt Wiederkäuer wie die rindergroßen Takine, die als Laubäser auf besonderes Futter (vor allem Luzerneheu) angewiesen sind. Dieses Futter wird seit 2021 in deutlich größeren Mengen beschafft. Die Mehrkosten zur Kontrolle und Durchsetzung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen gleichen sich dabei mit den Minderkosten aufgrund des reduzierten Bedarfs von externen Kassierkräften annähernd aus. Ein Großteil dieser Hygienekontrollen im Besucherverkehr sowie die Reinigung von Kontaktflächen wurden zudem mit zoeoigenem Personal organisiert.

Der Mehraufwand für die Zugangskontrolle (hier insbesondere die Ticketentgelte im Zuge des Onlinevertriebs der Eintrittskarten) sowie für Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen konnten gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden (TEUR -34 resp. TEUR -12). Aufwandssteigerungen gab es hingegen beim Werbeaufwand und beim Budget für Veranstaltungen (hier vor allem die Dekoration für die Themenwochen „Regenwald“ während der Sommerferien) mit insgesamt TEUR 57. Die Maßnahmen erschienen notwendig, um wieder mehr Besucher in den Bergzoo zu locken. Allerdings liegen die Budgets weiter deutlich unter dem Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie. Kleinere Einsparungen konnten im Berichtsjahr bei notwendigen Reparaturen und Sanierungsarbeiten an den baulichen Anlagen erreicht werden (TEUR -35 auf TEUR 360).

Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr 2021 auf TEUR 4.198. Die Personalaufwendungen haben sich damit gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund einer Erhöhung der Tariflöhne um TEUR 176 erhöht. Die vermeintliche Planüberschreitung (TEUR 4.050 aus Wirtschaftsplan 2021) resultiert im Wesentlichen aus der im Wirtschaftsplan durchgeführten Saldierung des Personalaufwands mit den Zuschüssen der Agentur für Arbeit für Eingliederungs- bzw. Teilhabemaßnahmen (TEUR 139), die im Jahresabschluss gesondert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

Die Abschreibungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 12 auf TEUR 1.824.

Die Geschäftsführung ging in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von TEUR 200 aus. Mit TEUR 238 konnte dieses Ergebnis trotz der Verschiebung des Verkaufs einer Wohnimmobilie (siehe oben) und den pandemiebedingten Ausfällen erreicht werden. Ergebnisverbessernd wirken sich hierbei vor allem die Erlöse aus Nachlässen aus (TEUR 419). Weiterhin wirkt die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 836, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, ergebnisverbessernd. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf TEUR 19.243 (Vorjahr: TEUR 20.316). Davon entfallen 91 % (Vorjahr: 91 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 124 auf TEUR 1.333 reduziert und erreichen nun einen Anteil von 6,9 % (Vorjahr: 7,2 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Auszahlungen von Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 456 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können.

Investitionstätigkeit

Um die Liquidität der Gesellschaft im Falle länger anhaltender Schließungen nicht zu gefährden, entschloss sich der Geschäftsführer der Gesellschaft während der ersten Schließung des Zoos im Jahr 2020 dazu, die Beauftragung verschiedener Leistungen im Rahmen der Investitionsprojekte des Zoos zu verschieben. Die im Einzelnen verschobenen Investitionsprojekte wurden aufgrund der erwarteten Entspannungen bei der Bewältigung der Corona-Krise im Wirtschaftsplan 2021 berücksichtigt.

Zentrales Ziel des „Zukunftskonzepts Bergzoo 2031“ ist die Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Halle zu einer auch überregional attraktiven Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert. Zur Erschließung des Saaletourismus und damit zur Einbindung des Zoos in den Stadttourismus plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über ein Turmgebäude mit Erlebnisfahrtstuhl erschlossen. Daneben befindet sich ein mehrstöckiges Gebäude, in dem weitere zentrale Funktionen zur Umsetzung des Konzeptes untergebracht sind. In Höhe der Zoobene sollen ein spannender Kletterspielplatz, erste Blicke auf die Elefantensavanne und eine ansprechende Café- Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die dritte Etage gelangen die Besucher auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne schließlich in den eigentlichen Zoo. Am 19.08.2019 konnte die HPP Architekten GmbH mit Sitz in Leipzig in einem zweiten Ausschreibungsverfahren als Objektplaner für das Projekt gewonnen werden. Aufgrund der schnellen Bearbeitung und der sehr guten Koordinierung der Planungsleistungen durch das Projektsteuerungsbüro war es möglich, die Planung der Leistungsstufe 3 abzuschließen und bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur finalen Prüfung einzureichen. Diese Prüfung bei der Investitionsbank respektive beim Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen- Anhalt (BLSA) dauert bis zum heutigen Tag an. Die Verzögerung im Prüfungsverfahren, für das keine rechtliche Fristsetzung besteht, ist zum Teil sicher auch Folge der Corona-Pandemie, da die Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Förder- und Nothilfeprogramme des Bundes verantwortlich zeichnet. Bereits im Jahr 2017 ist eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) ausgestellt worden. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme.

Damit sind diese Maßnahmen, wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ dargestellt, finanzierbar und somit realisierbar. Insgesamt wurden in dem Projekt im Jahr 2021 TEUR 182 aufgewendet. Die Kosten entstanden im Rahmen der Abschlussrechnungen für die 3. Leistungsphase der Planungsgewerke sowie notwendig gewordener Honoraranpassungen für die erfolgten Planungsleistungen aufgrund der nunmehr vorliegenden Kostenberechnungen.

Ein weiteres Großprojekt im Rahmen des Zukunftskonzeptes ist der begonnene Umbau der sogenannten „Saubucht“ samt anschließendem Weg Richtung „Bergterrasse“ zur alpenländischen „Reilsalm“. Während in der „Saubucht“ verschiedene bedrohte Haustierrassen in einer traditionellen Bauernhofkulisse gezeigt werden, werden auf der begehbaren Streichelalm Schafe einer bedrohten Alpenrasse. Als zusätzliches Alleinstellungsmerkmal soll der Innenhof der „Saubucht“ als Mensch-Tier-Begegnungsstätte umgestaltet werden, um hier Angebote im Bereich der tiergestützten Therapie durchführen zu können. Eine entsprechend geschulte Mitarbeiterin ist bereits mehrere Jahre im Bereich Umweltpädagogik für die Gesellschaft tätig. Für das Projekt liegt eine Ausführungsplanung nebst Kostenberechnung in Höhe von TEUR 980 vor.

Die Planungen für den Umbau der Gebäude wurde im Jahr 2019 finalisiert und die einzelnen Gewerke wurden bereits im Jahr 2019, die übrigen zu Beginn des Jahres 2020 nach beschränkten Ausschreibungen beauftragt. Die Fertigstellung der Bauarbeiten an den Gebäuden war ursprünglich für das vierte Quartal 2020 vorgesehen. In der Folge sollten die Arbeiten an den Freianlagen begonnen werden. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen verzögerten sich allerdings die Bauarbeiten. Zudem entschloss sich der Geschäftsführer auch in diesem Projekt dazu, die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen der Freianlagenplanungen (und damit auch die Durchführung der entsprechenden Bauarbeiten) in das Jahr 2021 zu verschieben, um die Liquidität der Gesellschaft nicht zu gefährden. Die Planungen für die Freianlagen konnten schließlich im ersten Halbjahr 2021 abgeschlossen werden. Im dritten Quartal ist es nach durchgeführter Ausschreibung auch gelungen, den Auftrag an einen Garten- und Landschaftsbauer zu vergeben. Das Angebot entspricht dabei erfreulicherweise weitestgehend der Kostenberechnung der Landschaftsarchitekten. Der Start der Bauarbeiten verzögerte sich allerdings seitens des Auftragnehmers auf den Jahresbeginn 2022. Im Mai 2022 ist der erste Abschnitt (Streichelalm) nunmehr fertiggestellt. Der Umbau des zweiten Abschnitts (Außenanlage Schweine) soll sich direkt anschließen, so dass der Komplex im zweiten Halbjahr 2022 dem Publikum übergeben werden kann. Der Förderverein des Zoos unterstützt dieses Projekt mit insgesamt TEUR 310. Ein Teil der Finanzierung wird zudem durch eine Erbschaft in Höhe von TEUR 179 realisiert, die der Gesellschaft im Jahr 2020 durch den Testamentsvollstrecker überwiesen wurde. Insgesamt wurden in diesem Projekt im Jahr 2021 TEUR 117 investiert.

Der als Tierarztpraxis geplante Rohbau hinter der „Reilschen Villa“ war bis zum Ende 2021 weiterhin ohne Nutzung. Eine im Jahr 2019 beauftragte Planung bestätigt, dass die im Zukunftskonzept in diesem Gebäude vorgesehenen Funktionen (Sanitärgebäude für bis zu 30 Mitarbeiterinnen, Belegschaftsraum für die Gesamtbelegschaft und Empfang) hier untergebracht werden können. Mit den Bauarbeiten sollte ursprünglich im Jahr 2020 begonnen werden. Aufgrund der pandemiebedingten Schließung des Zoos und der ungewissen Situation entschied sich der Geschäftsführer jedoch dazu, das Projekt in das Berichtsjahr zu verschieben. Für den Umbau wurde ein Investitionsvolumen in Höhe von TEUR 480 in den Wirtschaftsplänen eingestellt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr TEUR 339 in das Sozialgebäude investiert.

Neben diesen Großvorhaben konnten weitere Anschaffungen realisiert werden. Die Lieferung der bereits 2020 bestellten Ersatzbeschaffung von 6 Aufsitz-Elektroschleppern für den Tierpflegebereich nach beschränkter Ausschreibung im Wert von TEUR 62 erfolgte im Berichtsjahr. Zur weiteren Unterstützung des Fuhrparks und der Gartenpflege sowie als Ersatz für den nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll zu betreibenden Bagger der Gesellschaft wurde ein weiterer leistungsstarker Hoflader der Firma Avant im Wert von TEUR 83 beschafft.

Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 892 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur Projekte mit einem Investitionsvolumen > TEUR 15): Umbau Sozialgebäude: TEUR 339, Planungen für Baumaßnahme „Saaleingang“ mit Erweiterung Elefantenanlage: TEUR 182, Umgestaltung Saubucht zur Reilsalm: TEUR 117, Neuanschaffung Hoflader „Avant“ TEUR 83, Ersatzbeschaffung Aufsitzelektroschlepper: TEUR 62, Anschaffung Trainingswand für Elefanten: TEUR 22. Die Finanzierung erfolgte aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2021 durch die Stadt Halle in Höhe von TEUR 256, aus Spenden durch die Saalesparkasse und den Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, aus Erbschaften sowie aus eigenen Mitteln.

Personal- und Sozialbereich

Im Jahr 2021 konnten nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren unter knapp 150 Bewerberinnen und Bewerbern zwei Auszubildende für den Beruf des Zootierpflegers eingestellt werden. Insgesamt vier durch Rentenantritt und Betriebswechsel freigewordene Planstellen im Tierpflegebereich wurden nach einem aufwendigen Ausschreibungsverfahren ebenfalls erfolgreich wiederbesetzt.

Zur Abfederung der schließungsbedingten Einnahmeausfälle und zur Verhinderung betriebsbedingter Kündigungen hat die Gesellschaft auch im Jahr 2021 kurzzeitig Kurzarbeit eingeführt und entsprechende Ausgleichszahlungen bei der Agentur für Arbeit beantragt. Zu diesem Zwecke haben Geschäftsführung und Betriebsrat in vertrauensvoller Zusammenarbeit eine entsprechende Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Die Kurzarbeit betraf dieses Mal vor allem das direkt im Kundenverkehr tätige Personal (Kassierer, Besucherservice, Zoolotsen). Zudem hat das Landesverwaltungsamt Ausgleichszahlungen für in Quarantäne befindliche Mitarbeiter geleistet. Die erstatteten Mittel für Kurzarbeit und Quarantäne belaufen sich auf TEUR 41 (der Betrag ist unter den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht).

Der eingeführte Pandemieplan der Gesellschaft zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft und der Versorgung des Tierbestandes erwies sich weiterhin als effizient. Es traten zwar einige Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 im Zuge der Delta-Welle auf. Ansteckungen innerhalb des Betriebes waren jedoch die Ausnahme. Ebenso wenig wurden Tierpfleger als Kontaktpersonen vorsorglich unter Quarantäne gestellt.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Umsetzung für dieses Großvorhaben weiter voranzutreiben.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den drei erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“ (2018 - 2020), dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Besuchern anzusprechen. Diese Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes und vor Ausbruch der Corona-Pandemie bereits vergleichsweise hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo zu locken. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2021 wurde bereits eingeschätzt, dass dies im Jahr 2021 wohl nicht möglich sein würde. Die Erwartungen an die Besucherzahlen und Umsatzerlöse fielen entsprechend vorsichtig aus. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass das prognostizierte Jahresergebnis im Berichtsjahr erreicht wurde. Die Durchführung von Großveranstaltungsformaten wie die „Magischen Lichterwelten“ ist jedoch bereits wieder für das Jahr 2022 vorgesehen, auch wenn die für Februar und März geplante Lichtershow aufgrund von Schwierigkeiten bei der Erteilung von Arbeitsvisa für die Mitarbeiter des Partnerunternehmens zunächst auf den Winter 2022/2023 verschoben werden musste.

Risiko- und Prognosebericht

Mit der zweiten Infektionswelle der Corona-Pandemie zum Jahreswechsel 2020/2021 und der dritten Welle im März des Berichtsjahres sah sich die Zoologische Garten Halle GmbH erneut mit einer Schließung für den Besucherverkehr und den damit verbundenen Einnahmeausfällen konfrontiert. Die Verbreitung der weniger pathogenen Corona-Varianten Delta im Herbst des Berichtsjahres und Omikron zum Jahresende lassen indes auf eine allmähliche Normalisierung des Gästebetriebs von Freizeiteinrichtungen hoffen.

Die Maßnahmen zur Senkung der Aufwendungen (strenge Haushaltsdisziplin, Einsparungen vor allem im Marketingbudget, Verschiebung von Investitionsmaßnahmen, erneute Einführung von Kurzarbeit) erwiesen sich weiter als ausreichend, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern. Zudem verfügt die Zoologische Garten Halle GmbH aufgrund der guten Geschäftsverläufe in den zurückliegenden Jahren auch nach den beiden Corona-Jahren noch über eine gewisse Liquiditätsreserve in Höhe von TEUR 1.333 zum 31.12.2021.

Sollten erneute Schließungen im Zuge der Pandemie über längere Zeiträume (ca. drei Monate) andauern und die daraus resultierenden Einnahmeverluste die Liquidität gefährden, wird die Geschäftsführung rechtzeitig auf die Gesellschafterin und auf mögliche Kreditgeber zugehen, um kurzfristige Überbrückungshilfen zu erhalten.

Schon zum Jahreswechsel 2021/2022 konnte eine hohe Preissteigerung bei den Energieträgern (und hier besonders beim Erdgas) beobachtet werden. Mit Ausbruch des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine verschärfte sich diese Situation noch einmal dramatisch, auch weil Deutschlands Erdgasversorgung stark von Russland abhängig ist. Viele weitere Wirtschaftsgüter verknappten sich mit fortschreitendem Krieg, so dass die Teuerungsrate im April auf 7,4 % gestiegen ist. Im laufenden Geschäftsjahr wirken sich die gestiegenen Energiekosten kaum auf das erwartete Ergebnis der Gesellschaft aus, da bereits im Jahr 2019 zweijährige Lieferverträge für Strom und Gas abgeschlossen wurden. Im Zuge der Vorbereitungen zur Erstellung des Wirtschaftsplanes 2023 wurden bereits Angebote für eine Lieferung ab dem kommenden Jahr eingeholt. Bei einer zweijährigen Laufzeit verdoppeln sich die Stromkosten, während sich die Gaskosten sogar verdreifachen. Zudem ist nicht gesichert, dass Gas zur Betreibung des Blockheizkraftwerkes auch weiterhin geliefert werden kann. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Kostenexplosion, der Annahme einer höheren Steigerung bei den Tariflöhnen als in den Vorjahren (Annahme 3,5 %) und unter Schätzung von Umsatzerlösen auf Grundlage der Besuchszahlen aus den Vorjahren konnte ein finanzierbarer Entwurf für den Wirtschaftsplan 2023 aufgestellt werden. Dies liegt vor allem auch in der durchgeführten Erhöhung der Eintrittspreise im laufenden Geschäftsjahr begründet, die ursprünglich die erwarteten Preissteigerungen der Jahre 2022 bis 2025 kompensieren sollten. Nach derzeitigen Erwartungen werden die Eintrittspreise allerdings bereits im Jahr 2024 erneut angehoben werden müssen.

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 330.000 Besuchern geplant. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt. Der Zoo ist derzeit nicht in größere Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche entstehen. Dieses Szenario ist erstmalig in der Geschichte des Zoologischen Gartens Halle (Saale) aufgrund der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie eingetreten.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 von einem positiven Jahresergebnis von TEUR 934 und Umsatzerlösen von TEUR 3.997 aus. Dies scheint aus heutiger Sicht unter Realisierung des geplanten Immobilienverkaufs und einer Durchführung der „Magischen Lichterwelten“ ab November 2022 weiterhin realistisch.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck folgt aus der Wahrnehmung des durch § 130 Absatz 4 KVG LSA gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Beteiligungsmanagements für die Stadt Halle (Saale).

Eine den Beschlüssen zur Gründung der BMA und der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Richter, Inge	
		Geier, Egbert	
		Heym, Carsten	
		Schramm, Rudenz	
		Steinke, Sören	
		Winkler, Yvonne	
		beratendes Mitglied	Bär, Claudia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	13	12	12

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	165	24	168	23	168	25	-3	-2
Umlaufvermögen	510	75	543	76	510	74	-33	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	8	1	7	1	8	1	1	14

Bilanzsumme	683	100	718	100	686	100	-35	-5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	381	56	285	40	273	40	96	34
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	28	4	31	4	31	5	-3	-10
Rückstellungen	245	36	382	53	360	52	-137	-36
Verbindlichkeiten	29	4	20	3	22	3	9	45
Passive latente Steuern	0	0	0	0	0	0	0	

Bilanzsumme	683	100	718	100	686	100	-35	-5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	222	0	0
sonstige betriebliche Erträge	856	1.044	1.071
Personalaufwand	839	880	824
Abschreibungen	12	10	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	159	147	145
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	4	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-31	-9	41
Ergebnis nach Steuern	96	12	51
Jahresüberschuss	96	12	51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	x	x	x	%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	108	22	57	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	120	116	119	T€
Personalaufwandsquote:	77,85	84,31	76,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,75	4,01	4,18	%
Eigenkapitalquote:	55,76	39,70	39,79	%
Fremdkapitalquote:	44,24	60,30	60,21	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2021 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2020 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2022 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2020 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum elften Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2021 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2020 verringerten sich die Wertansätze im Wesentlichen aufgrund der Entnahme aus der Kapitalrücklage der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Technische Neukonzeption der Internet-Präsenz

Im Rahmen der Zielstellung „Technische Neukonzeption der Internet-Präsenz“ sollte u. a. eine Entscheidung zum Betreiber-Konzept als Ersatz für das dem Internetauftritt der BMA zugrundeliegende Content-Management-System getroffen sowie die technische Umsetzung der neuen Lösung [u. a. (teilweise) Überführung der Webseiten-Inhalte] realisiert werden.

Im Zuge der inhaltlichen Überarbeitung der Internetpräsenz im Jahr 2020 ist durch den IT-Dienstleister mitgeteilt worden, dass es im Jahr 2021 erforderlich sein wird, die Website auf eine neue technologische Basis umzustellen. Die Unterstützung der bisher genutzten Software zur gemeinschaftlichen Erstellung, Bearbeitung und Organisation von Inhalten in Webseiten „CMS+“ wird eingestellt.

Bezüglich der technischen Neukonzeption der Homepage ist, im Austausch mit der Stadt Halle (Saale), eine Internet-Präsenz der BMA abgestimmt worden. Nach der zeitnah geplanten Aktivierung wird der Webauftritt der BMA ausschließlich auf dem städtischen Webserver abgebildet.

7. Absicherung einer kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2022** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung des Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,

- durch Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei der **Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** durch Unterstützung der Entscheidungsprozesse personalwirtschaftlicher Maßnahmen und
- bei der **Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG** mit der Unterstützung bei der Abstimmung mit dem Land zur Auslegung des Berechnungsschemas zur Bestimmung der jährlichen Abgeltungsverpflichtungen der Stadt gegenüber dem Land.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Unterstützung bei der Erarbeitung eines Strukturkonzeptes zur **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** von Stadt und Land für die Haushaltsjahre 2023 ff. und
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus**).

Die **Corona-Pandemie** hatte auf die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt im Wirtschaftsjahr 2021 keine Auswirkungen.

Lage der Anstalt

Die Verringerung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf dem Liquiditätsabfluss aus der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für abzuführende Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 sowie der Umsatzsteuer-Zahllast für das Jahr 2021.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten im Wesentlichen Erstattungsansprüche aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2021 in Höhe von 61 TEUR.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2021 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Von den im Vorjahr gebildeten **Steuerrückstellungen** in Höhe von 159 TEUR wurde im Jahr 2021 ein Betrag von 126 TEUR für Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuerverpflichtungen in Anspruch genommen und der verbleibende Betrag nahezu vollständig aufgelöst.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 21 TEUR erhöht. Für die Verpflichtung, die laufenden Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung des ehemaligen Vorstandes um jährlich 1 % zu erhöhen, wurde der Rückstellung im Wirtschaftsjahr 2021 ein Betrag in Höhe von 4 TEUR zugeführt. Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für Nachzahlungszinsen für Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 und 2019 (4 TEUR) gebildet.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2021 mit 96 TEUR (Vorjahr: 12 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Anstalt die Transferzahlungen sowie die Liquidität dar.

Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2021 wurde noch ohne Berücksichtigung von Steuern mit einem Jahresverlust in Höhe von 20 TEUR aufgestellt. Unter Berücksichtigung von abzuführender Umsatzsteuer und anrechenbarer Vorsteuer lag der Planung ein Jahresverlust in Höhe von 57 TEUR zugrunde.

Ursachen für die Erzielung eines Jahresgewinns sind hauptsächlich die außerplanmäßigen Ertragszuführungen aus der Auflösung der Rückstellung für abzuführende Umsatzsteuer der Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 (32 TEUR) sowie Erstattungsansprüche für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag der Veranlagungszeiträume 2018 bis 2021 (61 TEUR).

Darüber hinaus wurden Budgets im Bereich der Personalkosten, der Fortbildungs- sowie Reisekosten aufgrund der Corona-Pandemie und der Rechts- und Beratungskosten nicht ausgeschöpft.

Durch diese Effekte konnte die nicht in der Planung enthaltene Umsatzsteuer-Zahllast für das Wirtschaftsjahr 2021 in Höhe von 39 TEUR vollständig kompensiert werden.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.069 TEUR (Vorjahr: 1.054 TEUR) erhalten. Unter Berücksichtigung der abzuführenden Umsatzsteuer wurden davon 1.027 TEUR (Vorjahr: 1.012 TEUR) ertragswirksam vereinnahmt.

Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 18 % (Vorjahr: 16 %).

Die **Personalkosten** haben sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Im Vorjahr war eine Rückstellung für sonstige Personalkosten im Zusammenhang mit der an den ehemaligen Vorstand gewährten Altersversorgung (45 TEUR) zu bilden. Im Jahr 2021 erfolgten individualvertragliche Anpassungen der Gehälter für alle Mitglieder der Belegschaft.

Die gegenüber dem Vorjahr höheren Rechts- und Beratungskosten beruhen auf der Einigung mit dem Finanzamt Halle (Saale) und den daraus resultierenden steuerlichen Änderungen für Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer. Die übrigen **Sachkosten** bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2021 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögenslage keine wesentlichen Veränderungen.

Die Finanzlage war im Wirtschaftsjahr davon geprägt, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Umsatzsteuer-Zahllast an das Finanzamt Halle (Saale) abzuführen war.

Negativ auf die Ertragslage hat sich die anteilige Umsatzbesteuerung der städtischen Transferzahlungen ausgewirkt.

Positiv hingegen haben sich die Ertragszuführungen aus der Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer der Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 (32 TEUR) sowie Erstattungsansprüche für Körperschaftsteuer sowie Solidaritätszuschlag für die Veranlagungszeiträume 2018 und 2019 auf die Ertragslage ausgewirkt.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2021 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2021 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,

- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Erstellung und Festlegung von Regeln für zeit- und ortsflexibles Arbeiten.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 32 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.094 TEUR brutto (1.051 TEUR netto).

Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie zu erwartende Rechts- und (Steuer-)Beratungskosten aufgrund der Einigung mit dem Finanzamt Halle (Saale) zur Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen der Stadt an die BMA. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 werden keine Auswirkungen aus der **Corona-Pandemie** hinsichtlich der Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt erwartet.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt Halle (Saale) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Durch die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Behandlung der Geschäftstätigkeit der BMA ab dem Veranlagungszeitraum 2018 besteht kein Risiko mehr.

In einem Abstimmungsgespräch am 11. März 2021 hat sich die BMA mit dem Finanzamt Halle (Saale) darauf verständigt, dass der Anteil administrativer und somit steuerbarer Tätigkeiten der BMA 24,75 % beträgt.

Die „Niederschrift über eine tatsächliche Verständigung anlässlich einer Außenprüfung“ wurde zwischen dem Finanzamt Halle (Saale) und dem Steuerberater, der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, als Vertreter der BMA mit Datum vom 23. Juli 2021 unterzeichnet. Der Bericht zur Umsatzsteuer-Sonderprüfung für Dezember 2018 datiert vom 9. September 2021.

Geänderte Steuererklärungen für die Jahre 2018 und 2019 sind abgegeben und bereits beschieden worden. Für die Jahre 2020 und 2021 sind monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldungen übermittelt worden.

Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 in Höhe von 143 TEUR reichte vollumfänglich aus, um die tatsächliche Umsatzsteuer-Zahllast zu bedienen.

Für das Jahr 2021 wurde der Jahresabschluss bereits unter Berücksichtigung von abzuführender Umsatzsteuer und abziehbarer Vorsteuer aufgestellt, so dass im Sinne des Vorsichtsprinzips keine Rückstellungsbildung notwendig ist.

Alle Zahlungsverpflichtungen aus der Einigung mit dem Finanzamt Halle (Saale) mit Auswirkung auf die Veranlagungszeiträume ab 2018 ff. sind im Wirtschaftsjahr 2021 erfüllt worden.

Bezüglich einer Veranlagung zur Gewerbesteuer hat das Finanzamt Halle (Saale) mit Schreiben vom 9. September 2021 mitgeteilt, dass für den „BgA Vermögensverwaltung“ keine Gewerbesteuerpflicht besteht.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen. Somit stellen die Mitarbeiterzufriedenheit, eine wettbewerbsfähige Vergütungsstruktur sowie die Attraktivität der Anstalt als Arbeitgeber insgesamt, die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren der BMA dar.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Zusammenfassend haben sich die Chancen der Anstalt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Risikolage der BMA hat sich aufgrund der Einigung mit dem Finanzamt Halle (Saale) gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Saalessparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

Der durch § 2 SpkG-LSA normierte Unternehmenszweck der Saalessparkasse ist, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der durch die Saalessparkasse verfolgte öffentliche Zweck ergibt sich aus § 2 SpkG-LSA.

Die Geschäftstätigkeit entsprechend dem durch § 2 SpkG-LSA normierten öffentlichen Auftrag unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements, der Unternehmenssteuerung sowie durch die Sparkassenaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen	
		Knobloch, Peter	(seit 01.07.2021)
		Meßmer, Alexander	(bis 30.06.2021)
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Handschak, Hartmut	
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(Amt ruhend seit 12.04.2021)
	2. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik	
		Beyer, Jens	
		Bürger, Tino	
		Dr. Czikowsky, Halina	
		Dr. Hagenau, Dietlind	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Geier, Egbert	(seit 22.11.2021)
Hänsel, Andreas			
Helmich, Dennis			

Verwaltungsrat:

Leibrich, Uwe
Moll, Thomas
Müller, Thomas
Prinzler, Torsten
Schaaf, Mario
Schröder, Florian
Schwab, Tobias
Sorge, Alexander

c) Gesamtbezüge der Organe

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	107	98	103

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Vorstandsmitglieder wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100,00
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,77
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	18,18
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	18,30
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Barreserve	1.123.670	19	617.136	12	476.566	10	506.534	82
Forderungen an Kreditinstitute	56.495	1	86.242	2	90.734	2	-29.747	-34
Forderungen an Kunden	2.783.939	46	2.569.914	48	2.470.934	51	214.025	8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.345.698	22	1.440.694	27	1.304.142	27	-94.995	-7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	515.876	9	457.432	9	385.304	8	58.444	13
Beteiligungen	10.190	0	12.902	0	22.306	0	-2.712	-21
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.165	0	18.165	0	18.165	0	0	0
Treuhandvermögen	56.607	1	61.048	1	62.253	1	-4.441	-7
Immaterielle Anlagewerte	143	0	79	0	117	0	64	81
Sachanlagen	117.504	2	76.107	1	47.627	1	41.397	54
Sonstige Vermögensgegenstände	21.125	0	7.089	0	7.813	0	14.036	198
Rechnungsabgrenzungsposten	1.068	0	1.244	0	1.526	0	-176	-14

Bilanzsumme

6.050.480	100	5.348.052	100	4.887.487	100	702.428	13
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	-----------

Passiva

	2021		2020		2019		Veränderungen 2021 zu 2020	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	447.289	7	194.852	4	184.601	4	252.437	130
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.970.596	82	4.537.183	85	4.139.325	85	433.413	10
Treuhandverbindlichkeiten	56.607	1	61.047	1	62.253	1	-4.440	-7
Sonstige Verbindlichkeiten	3.612	0	2.882	0	3.477	0	730	25
Rechnungsabgrenzungsposten	244	0	373	0	500	0	-129	-35
Rückstellungen	34.252	1	39.587	1	43.091	1	-5.335	-13
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.023	0	0	0	0	0	5.023	
Fonds für allgemeine Bankrisiken	319.500	5	300.900	5	245.100	5	18.600	6
Eigenkapital	213.357	4	211.228	4	209.140	4	2.129	1

Bilanzsumme

6.050.480	100	5.348.052	100	4.887.487	100	702.428	13
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	-----------

Eventualverbindlichkeiten	39.412		32.383		26.123		7.029	22
Andere Verpflichtungen	309.678		205.944		123.672		103.734	50

bb) GuV

	2021	2020	2019
	T€	T€	T€
Zinserträge	59.553	67.470	70.577
Zinsaufwendungen	4.273	3.678	6.272
Laufende Erträge	14.943	12.478	13.241
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	67	0	0
Provisionserträge	41.335	37.895	38.915
Provisionsaufwendungen	4.454	4.085	2.997
Sonstige betriebliche Erträge	11.295	9.673	6.445
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	69.749	68.719	71.951
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.947	3.915	3.682
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.716	10.266	9.252
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.364	0	44.855
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	39.071	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	2.947	0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	1.743	33.549
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	8	76
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	18.600	55.800	0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	8.143	21.859	23.642
Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.740	19.525	21.342
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	274	247	202
Jahresüberschuss	2.129	2.087	2.098
Bilanzgewinn	2.129	2.087	2.098

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	4,05	12,74	0,46	%
Cash-Flow:	7.892	2.202	-29.303	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	206	202	199	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	33,23	33,94	34,42	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,94	1,42	0,97	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	8,81	9,58	9,29	%
Fremdkapitalquote:	91,19	90,42	90,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in
Kundeneinlagen	4.970,6	4.537,2	4.139,3	Mio. €
davon Spareinlagen	1.055,9	1.053,6	1.037,3	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.783,9	2.569,9	2.470,9	Mio. €
Filialen	44	45	45	Anzahl
SB-Filialen	24	37	37	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2021

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2021 war auch in wirtschaftlicher Hinsicht erneut vor allem durch die Pandemie geprägt. Nach der Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich aus dem wechselhaften Verlauf im Gesamtjahr 2021 eine reale BIP-Veränderung von +2,7 %.

Die privaten Konsumausgaben stagnierten 2021. Zwar folgten diese den starken Schwankungen im Rhythmus der Infektionswellen, blieben für das Gesamtjahr 2021 betrachtet auf dem gedrückten Niveau aus 2020.

Im Jahr 2021 zeichneten sich deutlich Lieferengpässe ab. Die daraus resultierende Knappheit hemmte die Produktion und führte zu einem Anstieg der Preise. Durch eine anhaltend hohe Nachfrage und der anhaltenden Lieferproblematik ergaben sich in vielen Unternehmen hohe Auftragsbestände und Auftragsreichweiten. Im Zuge dieser Entwicklung ergaben sich Preisüberwälzungsspielräume.

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland für das Jahr 2021 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 % gesunken. Die Zahl der Erwerbstätigen blieb mit 44,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

In Sachsen-Anhalt sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2021 auf 7,3 % gegenüber 7,7 % im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten im Jahr 2021 in der Stadt Halle (Saale) sowie im Saalekreis im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls leicht gesunken.

Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während für die Stadt Halle (Saale) von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Sowohl bei den kurzfristigen Zinsen (3 Monats EURIBOR) als auch im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich (5 bis 10-Jahres Zins) lagen die Zinssätze für Bundeswertpapiere im Verlauf des gesamten Jahres 2021 im negativen Bereich.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex (DAX) war in 2021 volatil mit insgesamt steigender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 15.884 Punkten einen Jahresgewinn von 15,7 %.

Die EZB hat den negativ verzinslichen Satz für die Einlagefazilität von -0,5 % bis 0,25 % p. a. im Jahresverlauf beibehalten. Der Hauptrefinanzierungssatz sowie der Spitzenrefinanzierungssatz blieben unverändert.

Die Immobilienmarktentwicklung erwies sich trotz anhaltender Herausforderungen und Veränderungen im Jahr 2021 als stabil dieses zeigte sich besonders im Bereich Wohnen/Mieten, die Entwicklung der Kaufpreise war weiterhin steigend.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse. Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich gesteigert werden und bewegt sich damit erneut über den Erwartungen.

Der Zinsüberschuss legte deutlich über den Planwert hinaus zu. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele erreichen und bewegt sich darüber hinaus über dem Planwert. Die Verwaltungsaufwendungen liegen leicht über dem Planwert als auch über dem Vorjahreswert.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Geschäftsjahr 2021 zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 214,0 Mio. EUR auf 2.783,9 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 8,3 %.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einem Zuwachs um 2,0 % (Vorjahr -3,7 %) über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen stieg um 6,4 % (Vorjahr -0,1 %), es liegt damit über den Erwartungen i.H.v. 4,4 %. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 13,7 % (Vorjahr 14,4 %) über die Planvorgaben i.H.v. 8,5 % hinaus ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 8,8 % (Vorjahr 5,6 %). Die Steigerung in den genannten Bereichen ergibt sich aus anhaltend starker Kreditnachfrage im gewerblichen Bereich als auch bei Baufinanzierungen. Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten verringerte sich um 11,1 Mio. EUR bzw. 1,4 % gegenüber dem Vorjahr und liegt leicht über Plan (+ 12,0 Mio. EUR).

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Rückgang bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (-9,0 Mio. EUR bzw. -3,0 %). Demgegenüber erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 222,9 Mio. EUR bzw. 11,2 %.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 21,7 % und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 50,4 % erhöht.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich bis Ende 2021 um 66,3 Mio. EUR (-3,3 %) auf insgesamt 1.918,1 Mio. EUR, sie bewegen sich damit unterhalb der Planwertes i.H.v. 2.171,5 Mio. EUR.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 29,7 Mio. EUR (34,5 %) auf 56,5 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) sank um 36,6 Mio. EUR auf 1861,6 Mio. EUR. Dies entspricht einer Minderung um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mio. EUR bzw. 0,7 % auf 818,1 Mio. EUR erhöht. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmens- und Staatsanleihen.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 515,6 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf um 58,4 Mio. EUR erhöht, darunter sind ca. 88,9 % des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 9,6 % der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung. Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 10,2 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,3 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 2,6 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt entfallen. Dabei ist die Beteiligung am Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt zum Vorjahr zurückgegangen, da die indirekt für die Sparkassen gehaltene Beteiligung an der NORD/LB im Jahresabschluss per 31.12.2021 aufgrund vorsichtiger Bewertungsannahmen, teilweise abgeschrieben wird und zu einem Rückgang des Beteiligungsbuchwertes der Saalesparkasse um 2,8 Mio. EUR führt.

Die Saalesparkasse hält darüber hinaus eine stille Einlage an der NORD/LB in Höhe von 5,7 Mio. EUR, welche durch die Bank zur Optimierung ihrer Kapitalstruktur zum 31.12.2021 gekündigt wurde. Die Rückzahlung wird im I. Halbjahr 2022 erwartet.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-gesellschaft Halle mbH eine 100 %-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht.

Als weiteres verbundenes Unternehmen hat die Saalesparkasse in 2019 100 % der Anteile der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) mit Sitz in Halle (Saale) mit einem Buchwert von 18,1 Mio. EUR erworben, deren Immobilienbestand des Wohnviertels „Pauluspark“ in Halle (Saale) zur Portfoliodiversifizierung der Wohnimmobilien der Saalesparkasse beiträgt.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 439,0 Mio. EUR (9,6 %) auf 4.975,9 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals deutlich unsere Planannahmen i.H.v. 4.772,1 Mio. EUR.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 2,3 Mio. EUR oder 0,22 % auf 1.055,9 Mio. EUR leicht erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit einem Zuwachs von 431,1 Mio. EUR wesentlich höher als geplant. Dabei zeichneten sich die Zuwächse aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab und damit unsere Planwerte deutlich übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 252,4 Mio. EUR bzw. 129,5 % auf 447,3 Mio. EUR deutlich erhöht. Ursache hierfür ist das langfristige Refinanzierungsgeschäft mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von nominal 250,0 Mio. EUR.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots um 5,9 Mio. EUR oder 4,1 % auf 151,4 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich im Jahr 2021 um 783 Stück auf 29.714 Stück. Das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um 117 Mio. EUR oder 14,7 % auf 912,0 Mio. EUR gewachsen.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten die geplanten Erwartungen in fast allen Bereichen erreicht werden.

Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2021 im Volumen eine sehr positive Entwicklung. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2021 für die Lebensversicherungen bei 1,9 Mio. EUR und damit über dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 10,8 Mio. EUR und liegt somit um 5,6 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Bei der betrieblichen Altersvorsorge ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert erneut leicht auf 0,1 Mio. EUR zurück. Bei den Sachversicherungen stieg das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert um 214 TEUR an und erreicht einen Wert von 1,6 Mio. EUR.

Bei den Bausparverträgen konnte die negative Entwicklung aus den Vorjahren gestoppt werden. Das im Jahr 2021 abgeschlossene Volumen liegt bei 97,3 Mio. EUR und damit um 0,6 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjaheresergebnis um 338,1 TEUR (24,3 %) übertroffen werden. Insgesamt wurden 146 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt stieg im gleichen Zeitraum auf 0,17 Mio. EUR. Die in 2021 erzielten Courtagen aus vermittelten Objekten betrugen 1,7 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Trotz teilweiser Einschränkungen durch die Corona-Pandemie waren wir für unsere Kunden auf allen Kanälen erreichbar. Mit der Einführung des S-Gewerbekredites der Deutschen Leasing stellten wir unseren Geschäfts- und Gewerbekunden eine neue Finanzierungsoption zur Verfügung.

Die Beratungsqualität der Saalesparkasse wurde durch die Testsiege im „CityContest Privatkundenberatung 2021 in Halle“ und im „CityContest Geschäftskundenberatung 2021 in Halle“ erneut bestätigt. Auch unsere Beratung in der Baufinanzierung belegt im Bankentest von „Die Welt“ in Halle (Saale) den ersten Platz.

Die anhaltende Niedrigzinsphase hat unverändert Einfluss auf das Produktangebot der Saalesparkasse. Aufgrund dieser Situation an den Kapitalmärkten mit zunehmend negativen Zinssätzen hat die Saalesparkasse einen weiteren Teil der im Bestand befindlichen Verträge „S-Prämien sparen flexibel“ ohne Laufzeitbegrenzung gekündigt. Betroffen waren ausschließlich Verträge, die die höchste Prämienstufe erreicht hatten. Zudem werden im Neugeschäft keine Sparkonten mehr angeboten. Alternativ stehen den Kunden verschiedene Tagesgeldangebote (privat, gewerblich, Start) für ihre kurzfristig verfügbare Liquidität zur Verfügung.

Um im Kundenwertpapiergeschäft ein Angebot sicher zu stellen, wurde die Zusammenarbeit mit dem S-Broker vereinbart. Bestehende Kundendepots werden migriert, für neue Depotkunden steht neben unserem Beratungsdepot (S-ComfortDepot) auch eine Variante für Selbstentscheider in unserer Internetfiliale (S-Broker DepotPlus) zur Verfügung.

Das Angebot rund um das Girokonto wurde weiter ausgebaut. Seit Juli 2021 besteht für Nutzer der Sparkassen-Card (Girocard) die Möglichkeit, mit Apple Pay im E-Commerce und in-App zu bezahlen.

Um den Trend zu bargeldlosen Bezahlvorgängen weiter zu unterstützen, wurde für unsere gewerblichen Kunden die App-Terminallösung „Sparkasse POS“ neu in unser Angebot aufgenommen. Mit diesem Angebot sollen Händler erreicht werden, die ein klassisches Kartenterminal bisher ablehnen und eine Lösung für Kleinstbetragszahlungen suchen.

2.10 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2021 waren in der Saalesparkasse 605 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr verringert. Der Bestand an 293 Teilzeitkräften bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Im Berichtsjahr haben 14 Auszubildende am 1. August 2021 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 42 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 14 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Die in der Saalesparkasse zur Stellenbesetzung erforderlichen Qualifikationsanforderungen, wie die Ausbildung als Bankkaufmann/frau bzw. die Weiterbildung zum Betriebswirt sowie die Aufrechterhaltung des erreichten Wissensniveaus bilden eine wichtige Grundlage. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,3 Mio. EUR aufgewendet.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 91 Geldautomaten, 98 Kontoauszugsdruckern und 13 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2021 rund 6,9 Mio. Transaktionen getätigt. An den Geldautomaten wurden rund 862,4 Mio. EUR verfügt.

3 Vermögenslage der Saalesparkasse

Insgesamt belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2021 auf 516,5 Mio. EUR. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2021 mit 14,8 % über den gesetzlichen Mindestanforderungen (KWG i. V. m. CRR). Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestgesamtkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0 %) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP: 2,0 %) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestkapitalanforderung für 2021 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 12,51 % und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 46,0 % (Vorjahr 48,1 %) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 30,8 % (Vorjahr 26,9 %) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 82,2 % (Vorjahr 84,8 %) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (7,4 %), die im Vorjahresvergleich (3,6 %) deutlich gestiegen sind.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2021 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden zwei neue Swappeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Eine der Sicherungsbeziehungen endete planmäßig.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag und die Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Risikovorsorge nach § 340f HGB.

Die Saalesparkasse verfügt über eine angemessene Kapitalausstattung, die den Rahmen für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 213,4 Mio. EUR (3,53 % der Bilanzsumme) betragen.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderten Liquiditätskennzahlen wurden stets eingehalten.

Die Guthaben, die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschrieben sind, unterhielt die Saalesparkasse bei der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase überwiegend kurzfristig gebunden. Demgegenüber stehen auf der Aktivseite Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank und der Nord/LB sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 309,7 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2021 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben. Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachfolgende Übersicht enthält eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres.

Position	31.12.2021 in Mio. EUR	in % der DBS*	% der DBS LSA*	31.12.2020 in Mio.	in % der DBS*	% der DBS LSA*
Zinsüberschuss	71,5	1,29	1,41	73,7	1,44	1,58
Provisionsüberschuss	36,8	0,66	0,71	33,8	0,66	0,72
Sonstige betriebliche Erträge	7,1	0,13	0,04	5,7	0,11	0,04
Verwaltungs- aufwendungen	-72,2	-1,30	-1,35	-71,0	-1,39	-1,43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4,2	-0,08	-0,03	-2,9	-0,06	-0,02
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	38,9	0,70	0,79	39,4	0,77	0,88
Bewertungsergebnis	-0,9	-0,02	-0,07	1,5	-0,03	-0,09
Neutrales Ergebnis	-11,0	-0,20	-0,25	-8,5	-0,17	-0,14
Ertragsteuern	-6,3	-0,11	-0,20	-19,5	-0,38	-0,27
Veränderung der Vorsorgereserven (saldiert)	-18,6	-0,33	-0,24	-10,8	-0,21	-0,33
Jahresüberschuss	2,1	0,04	0,04	2,1	0,04	0,04

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2021 und 2020
 Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
 LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Mio. EUR bzw. um 3,0 % geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Obwohl der Planwert von 67,2 Mio. EUR deutlich übertroffen werden konnte, hat ein geringerer Zinsertrag im Depot A insbesondere aus festverzinslichen Wertpapieren zur rückläufigen Entwicklung im Berichtsjahr geführt. Die gegenläufige Entwicklung der Erträge (+2,5 Mio. EUR) aus den Fondsanlagen im Vergleich zum Vorjahr konnten den Rückgang nur teilweise kompensieren.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 79,3 Mio. EUR (Vorjahr: 83,2 Mio. EUR) nochmals geringeren Zinserträge liegen besonders in einem niedrigeren Ergebnis im Eigengeschäft begründet. Der Planwert von 79,5 Mio. EUR wurde nahezu erreicht. Verglichen mit dem Vorjahr verminderten sich erneut die Zinsaufwendungen auf 2,4 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR, Planwert 4,2 Mio. EUR). Darin sind vereinnahmte Verwarentgelte enthalten. Der mit den Zinserträgen saldierte Aufwand aus den getätigten Zinssicherungsvereinbarungen (Swaps) belief sich auf 5,4 Mio. EUR.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zinsspanne von 1,29 % (Vorjahr 1,44 %), die über dem Planwert von 1,27 % und unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,41 %) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 36,8 Mio. EUR deutlich über dem Niveau des Vorjahres (33,8 Mio. EUR) sowie über dem geplanten Wert (35,0 Mio. EUR). Die Erhöhung resultiert insbesondere aus dem Vermittlungsgeschäft sowie dem Wertpapierkommissionsgeschäft. Der Planwert berücksichtigte zudem einen temporären Corona bedingten Sicherheitsabschlag i.H.v. 2,0 Mio. EUR.

Das Wertpapierleihegeschäft führte zu einem Ergebnis in Höhe von 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 1,4 Mio. EUR), welches die getroffene Planvorgabe von 1,1 Mio. EUR erneut überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden wesentlich durch die Grundstücks- und Gebäudeerträge sparkasseneigener Immobilien, deren Bestand durch Neuerwerbungen gestiegen ist, geprägt. Sie bewegten sich mit 7,1 Mio. EUR (Vorjahr 5,7 Mio. EUR) über dem Planwert (6,6 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen (72,2 Mio. EUR) lagen über dem Niveau des Vorjahres (71,0 Mio. EUR), sie bewegen sich dabei ebenfalls über dem geplanten Niveau (71,3 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sanken um 0,9 Mio. EUR auf 42,3 Mio. EUR (0,76 % der DBS) und lagen damit unter dem Planwert von 43,3 Mio. EUR. Die Inanspruchnahme der aktuellen und vorherigen Dienstvereinbarungen über einen sozial verträglichen Stellenabbau haben durch eine rückläufige Mitarbeiterzahl zu diesem Ergebnis geführt.

Der Sachaufwand lag bei 29,9 Mio. EUR (Vorjahr 27,8 Mio. EUR) bzw. 0,54 % der DBS und bewegte sich damit über dem Planwert. Die Positionen mit Einsparungen (Aufwendungen für Aus – und Weiterbildung, Reisekosten sowie Werbeaufwand) standen höhere IT Aufwendungen sowie Aufwendungen aus der Bankenabgabe und für externe Berater gegenüber.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung, Steuern und neutralen Ergebnis als bedeutsamer Leistungsindikator hat sich mit 38,9 Mio. EUR um 0,5 Mio. EUR oder 1,2 % gegenüber dem Vorjahresergebnis verringert. Damit liegt die Saalesparkasse über dem Planwert (34,0 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) als bedeutsamer Leistungsindikator mit 64,9 % fast nicht verändert (Vorjahr 64,3 % / Planwert 67,7 %).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von -0,1 Mio. EUR (0,00 % der DBS). Die deutlich positivere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-7,1 Mio. EUR) ist im Wesentlichen auf die Zuschreibung von Investmentfonds sowie darauf zurückzuführen, dass die geplanten Aufwendungen für adresseninduzierte Risiken nicht schlagend wurden.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -2,5 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr negativ verändert. Gegenüber den Modellannahmen aus der Planung in Höhe von -6,1 Mio. EUR stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich positiver dar. Bedingt durch Fremdbablösungen, aber auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung ein deutlich günstigerer Ist-Wert als der ursprünglich erwartete Bewertungsbedarf ermittelt.

Das sonstige Bewertungsergebnis (1,8 Mio. EUR) fällt gegenüber dem Planwert in Höhe von -2,8 Mio. EUR und dem Vorjahr (0,8 Mio. EUR) positiver aus. Wesentlicher Grund für die positive Abweichung gegenüber dem Planwert ist, dass die Abschreibung der indirekt über den SBV gehaltenen Nord/LB-Beteiligung in Höhe von 2,8 Mio. EUR im neutralen Aufwand ausgewiesen wird.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit -0,9 Mio. EUR bzw. -0,02 % der DBS negativ dar.

Das neutrale Ergebnis fällt mit insgesamt -11,0 Mio. EUR deutlich negativer gegenüber dem Planwert (-0,9 Mio. EUR) aus und auch gegenüber dem Vorjahr (-8,5 Mio. EUR). Wesentliche Gründe für die negative Entwicklung des Neutralen Aufwandes gegenüber dem Planwert sind u.a. die Abschreibung der indirekt über den SBV gehaltenen Nord/LB-Beteiligung i.H.v. 2,8 Mio. EUR, Rückstellungen i.S. Prämiensparen i.H.v. 2,2 Mio. EUR sowie Restrukturierungsmaßnahmen i.H.v. 4,9 Mio. EUR. Ein wesentlicher Grund für die Abweichungen des Neutralen Ertrages gegenüber dem Planwert sind im wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie die höher als geplanten aperiodischen Zinserträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,035 %.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote soll der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr 2021 als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2021 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurden zwei neue Swapgeschäfte abgeschlossen. Ein Zinsswapgeschäft wurde fällig. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos. In der Saalesparkasse kommt ein strategiebasiertes Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Die Grundlagen dafür bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien.

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. In mindestens jährlichem Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und – inklusive möglicher Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen - mit diesem erörtert.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikoarten Adressen-, Marktpreis-, Beteiligungs- und Liquiditätsrisiko sowie operationelles Risiko und sonstige Risiken ein.

Ausgehend von den in der Risikostrategie definierten wesentlichen Risikoarten des Bankgeschäftes werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit nachfolgende Risikoarten limitiert:

- Adressenrisiko Kundengeschäft
- Adressenrisiko Eigengeschäft
- Zinsspannenrisiko
- Marktpreisrisiko Depot A
- Immobilienobjektrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Operationelle Risiken
- Vertriebsrisiko Dienstleistungsgeschäft
- Refinanzierungsrisiko

Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb sowie Liquiditätsrisiken und Refinanzierung zur Verfügung.

In der Saalesparkasse ist der Begriff „Risiko“ als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrundeliegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten. Zur Steuerung in der Saalesparkasse dient die periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern).

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption ist als rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung ausgestaltet.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial setzt sich aus der nicht zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen gebundenen Sicherheitsrücklage, dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem erwarteten Betriebsergebnis nach Bewertung und Steuern zusammen.

Als steuerungsrelevantes Szenario dient das Risikoszenario. Das Gesamtlimit im Risikoszenario wird ausgehend vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial unter Beachtung der in der Risikostrategie verankerten strategischen Zielgröße, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 8,0 % zuzüglich eines Managementpuffers sowie der harten Kapitalanforderung gemäß SREP von 2,0 %, bereitgestellt. Der Managementpuffer beläuft sich dabei auf 1,25 %. Er deckt sowohl das eigene Sicherheitsniveau als auch den aktuellen und künftig erwarteten institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffer ab.

Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und ggf. Limite angepasst. Das Risikoszenario dient als steuerungsrelevantes Szenario mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Die Risikomessung erfolgt dabei auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 95 %.

Mithilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche, Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, einen langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist sowohl durch die Ausgestaltung der Szenarien als auch durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird von den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral von der Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Provisions- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach den MaRisk Rechnung getragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Prüfungsaufgaben von der Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist organisatorisch innerhalb der Abteilung Gesamtbanksteuerung eingerichtet. Der benannte Compliance-Beauftragte ist fachlich unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Das Adressenrisiko umfasst einerseits die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Kreditnehmers (auch im Sinne eines Emittenten/ Kontrahenten¹) sowie Eventualverbindlichkeiten (wie beispielsweise Avale) (Ausfallrisiko). Als weitere Komponente des Adressenrisikos stellen sich im Zeitablauf ändernde Bonitätseinstufungen (Ratingklassen) des Kreditnehmers dar², in deren Folge ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Darüber hinaus umfasst es auch die Konstellation, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und Einbringungsrisiko).

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst das Risiko eines Ausfalls oder einer Bonitätsänderung eines Schuldners, der selbst ein ausländischer öffentlicher Haushalt ist. Ein weiterer Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten zu 14,6 % an Kreditnehmer mit Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Frankreich stellt dabei das Sitzland mit dem höchsten Investitionsvolumen dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieranleihen von Staaten, Banken und Unternehmen.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 auf insgesamt 109,0 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 55,6 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 23,5 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte zum Beispiel in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist unter anderem die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren und über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (zum Beispiel Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfänglich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

¹ Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in

- ein Wiedereindeckungsrisiko (Risiko, dass ein Geschäftspartner ausfällt und ein ursprünglich abgeschlossenes Geschäft zu neuen ungünstigeren Konditionen erneut abgeschlossen werden muss),
- ein Erfüllungsrisiko (Gefahr, dass eine getätigte Transaktion nicht oder nicht rechtzeitig abgewickelt wird, d.h. das Risiko, dass der Käufer nicht bezahlt oder der Verkäufer das Transaktionsobjekt nicht liefert)

² In der Regel erhöht sich der Spread durch den Wechsel in eine schlechtere Ratingklasse.

7.3.1.1 Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 95,5 % ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I (Rating 1 bis 9) mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 3,1% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II (Rating 10 bis 15C) mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III (Rating 16 bis 18) entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 wenn erforderlich durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind. Auswirkungen der Pandemie sind aktuell nicht erkennbar.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenrisiken im Kundengeschäft einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung des Kreditportfoliomodells Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0 % für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen-, Branchen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoeermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Das gemäß der rollierenden Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitskonzeption für die kommenden 12 Monate festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 13,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 66,6 % beansprucht.

7.3.1.2 Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung. In Ergänzung der bestehenden Risikofrüherkennung bei Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds wird als weiteres Instrument die Informationssammlung der Coface Rating GmbH genutzt, die neben volks- und betriebswirtschaftlichen Daten auch Zahlungsstörungsmeldungen analysiert.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 67,9 % im Investment-Grade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 4,7 % im Speculative-Grade (Ratingklassen 6 bis 18) vertretbare Risiken auf. Bedingt durch die stetig wachsende Liquidität aber auch durch getätigte Refinanzierungsgeschäfte entfallen 27,4 % des Volumens auf Konten bei der Deutschen Bundesbank und weisen kein Rating aus.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten. Zur Reduzierung von Größenkonzentrationen wurden Bestände einzelner Emittenten im Verlauf des Geschäftsjahres abgebaut.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Volumenlimit eingeräumt. Darüber hinaus wird zur Steuerung der Emittenten- und Kontrahentenrisiken ein Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet.

Die Ermittlung der Adressenrisiken für Eigenanlagen für Zwecke der Risikotragfähigkeit erfolgt in Analogie zum Kundengeschäft über ein Kreditportfoliomodell, welches sowohl die aktuelle Portfoliostruktur als auch das geplante Neugeschäft berücksichtigt. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Neben den Portfoliodaten (insbesondere Volumen und ratingbezogene Ausfallwahrscheinlichkeit) werden dabei auch übergreifende Parameter (beispielsweise eine Migrationsmatrix und Recovery Rates) berücksichtigt.

In die auf Ratings basierende Risikoermittlung werden auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings einbezogen. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei im Wesentlichen auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die im Rahmen der regelmäßigen Strukturauswertungen identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf Größentreiber sowie im Bereich der Länder- und Branchenstruktur werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die Auslastung der für die Emittenten und Kontrahenten eingeräumten Volumenlimite wird täglich überwacht. Darüber hinaus wird das Adressenrisiko des Depot A regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 12,0 Mio. EUR wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 55,2 % beansprucht.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiko wird in der Saalesparkasse die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen, Aktienkurse und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Das ebenfalls im Marktpreisrisiko abgebildete Immobilienrisiko umfasst sowohl Immobilieninvestitionen mit fremdem Management, die aus Immobilienfonds oder Immobiliengesellschaften resultieren (Immobilienrisiko Fonds), sowie Immobilien im eigenen Management zum Zweck der Renditeerzielung (Immobilienobjektrisiko).

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption werden dabei neben dem Zinsspannenrisiko auch das Marktpreisrisiko des Depot A (incl. des Immobilienrisikos aus Fonds) sowie das Immobilienobjektrisiko limitiert.

Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Die im Rahmen der periodischen Betrachtung der Zinsänderungsrisiken identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf die Restlaufzeiten- und Produktstruktur werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute im Rahmen eines Standardtests die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die höchste negative Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikokoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikokoeffizienten größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikokoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2021 bei 7,9 % und damit deutlich unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im März 2021 mit 11,6 % ausgewiesen.

Es wird sichergestellt, dass auch die im Rahmen der barwertigen Betrachtung der Zinsänderungsrisiken identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf die Value-at-Risk-Restlaufzeitenstruktur im Risikomanagement Berücksichtigung finden.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 18 Sicherungsgeschäfte zur Absicherung eines Volumens von 434 Mio. EUR nominal.

Neben der Erhöhung der Investitionen in Spezialfonds erfolgten ebenfalls Neuinvestitionen im Rentenportfolio.

Für die im Anlagevermögen der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird im Jahresabschluss das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale, die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelstäglich für das Anlagebuch und das Gesamtdepot ermittelt. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie den Value-at-Risk für eine Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 95 % informiert.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Handelsgeschäfte zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt und die Effekte als Marktpreisrisiko Depot A quantifiziert. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. In diesem Rahmen werden auch vorliegende Risikokonzentrationen in den Strukturen identifiziert. So bestehen u.a. Risikokonzentrationen bei den Spreadrisiken (hinsichtlich einzelner Spreadklassen) und im Bereich des Immobilienrisikos unserer Fonds (hinsichtlich der Höhe des verwalteten Volumens pro Fondsmanagement, der Nutzungsart Büro sowie einzelner Standorte innerhalb Deutschlands). Die identifizierten zu beobachtenden Risikokonzentrationen sind z.T. Ergebnis einer strategischen Schwerpunktsetzung bzw. ein Zwischenergebnis beim Aufbau einer geplanten Portfoliostruktur. Unabhängig davon werden bei den regelmäßigen Szenarioanalysen alle Risikopositionen und damit auch die vorliegenden Strukturen vollständig berücksichtigt. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds werden dabei anhand eines Benchmarkportfolio-Ansatzes ermittelt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 95 % gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Auch für die Immobiliendirektanlagen werden für Zwecke der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der Risikofaktoren Wertrisiko, Adressrisiko (Mietausfallrisiko) sowie Leerstands- und Betriebsrisiko Szenarioanalysen durchgeführt. Die Effekte, die daraus resultierend zu einer Wertminderung der Immobilien führen können, werden als Immobilienobjektrisiko quantifiziert.

Im Berichtsjahr 2021 kam es zu einer temporären Überschreitung des ursprünglich für das Immobilienobjektrisiko festgelegten Einzellimites. Dies war jedoch nicht auf eine geänderte Risikosituation, sondern auf eine Anpassung der Art und Weise der Berücksichtigung stiller Lasten bei der Ermittlung der Risiken zurückzuführen. Unter Berücksichtigung ausreichend vorhandener Puffer innerhalb der Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgte daraufhin eine Limitumverteilung.

Für die kommenden 12 Monate wurde in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario ein Limit für das Immobilienobjektrisiko in Höhe von 3,0 Mio. EUR festgelegt, welches aufgrund des insgesamt gestiegenen Immobilienbestandes über Vorjahresniveau liegt. Zum Bilanzstichtag wird das Limit eingehalten und zu 81,8 % beansprucht.

Für das Zinsspannenrisiko ergibt sich zum Bilanzstichtag für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 3,4 Mio. EUR, welcher aufgrund methodischer Anpassungen in der Risikomessung im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen ist. Die Limitauslastung beträgt 76,5 %. Das Limit für das Zinsspannenrisiko wurde im Berichtsjahr 2021 jederzeit eingehalten.

Für das Marktpreisrisiko Depot A ergibt sich im Risikoszenario per 31. Dezember 2021 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 30,3 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 51,8 %. Das Limit für das Marktpreisrisiko Depot A wurde im Berichtsjahr 2021 jederzeit eingehalten.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Zahlungsverpflichtungen das zur Verfügung stehende Liquiditätsdeckungspotenzial übersteigen. Das Refinanzierungsrisiko als Ertragsrisiko definiert die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl der negative Effekt aus veränderten Liquiditätsspreads als auch aus einem Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur maßgeblich.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanzmittel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse geht zur Generierung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation ein. Liquiditätsfristentransformation liegt vor, wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig investiert werden. Die Fristigkeit stellt dabei auf die Kapital- bzw. Liquiditätsbindung ab. Resultierend aus dem Umfang der Liquiditätsfristentransformation können sowohl das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als auch das Refinanzierungsrisiko als Risikokategorien des Liquiditätsrisikos schlagend werden. Die Überwachung und Begrenzung beider Risikoausprägungen erfolgt im Rahmen des operativen und strategischen Liquiditätsrisikomanagements. Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätsdeckungspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) und „Net Stable Funding Ratio“ (NSFR) heran. Die LCR dient der Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos. Die Kennzahl beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase. Die NSFR soll sicherstellen, dass ein Institut über eine hypothetische Stressperiode von einem Jahr eine stabile Refinanzierungsstruktur aufweist. Die Kennzahl berechnet sich als Quotient aus der verfügbaren stabilen Refinanzierung (ASF) und der erforderlichen stabilen Refinanzierung (RSF).

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2021 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. Die Reichweite lag deutlich über der Frühwarnmarke von zwölf Monaten und beträgt am Jahresultimo 23 Monate. Die Mindestquote für die LCR und NSFR wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Zum Jahresultimo 2021 belief sich die Höhe der LCR auf 214,87 %. Die Höhe der NSFR betrug 141,69 %.

Risikomaß für das Refinanzierungsrisiko ist das Liquiditätstransformationsergebnis. Dieses ist eine Erfolgskomponente des Zinsergebnisses und setzt sich aus der Summe der aktivischen und passivischen Liquiditätsbeiträge zusammen. Die Beeinträchtigung der Ertragslage bei Risikoeintritt ist dabei vom Grad der Liquiditätsfristentransformation bzw. der Höhe des Anteils der Liquiditätsbeiträge am Zinsüberschuss abhängig. Der Risikowert beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 auf 1,1 Mio. EUR. Damit ist das in der Risikotragfähigkeit eingeräumte Limit in Höhe von 3,0 Mio. EUR zu 37,1 % ausgelastet.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (zum Beispiel Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Aus der Risikoinventur für die operationellen Risiken 2021 lässt sich der Wert für den realistischen Maximalverlust ableiten, der sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit einfließt.

Die Schadensfalldatenbank bildet die Grundlage für Risiken, die mit Hilfe der ex post-Analyse formuliert werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken setzt die Saalesparkasse das „OpRisk-Schätzverfahren“ der SR Sparkassenrating und Risikosysteme GmbH ein.

Die innerhalb der Risikoinventur 2021 identifizierten operationellen Risiken ergaben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse.

Risikokonzentrationen wurden in Bezug auf die Anzahl von Schäden bzw. deren Schadenshöhe sowie im Hinblick auf die Verlustpotenzialschätzung aus der Risikoinventur für operationelle Risiken identifiziert. Diese werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie externe Einflüsse. Andererseits sind die Konzentrationen auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates im IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Die vertraglichen Regelungen zur Anpassung von Zinssätzen bei Prämiensparverträgen sind Gegenstand von Musterfeststellungsklagen. In der Musterfeststellungsklage des Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gegen die Saalesparkasse hat das OLG Naumburg analog des BGH-Urteils vom 06.10.2021 entschieden. Auf dieser Grundlage bestehen am Bilanzstichtag Anspruchsgrundlagen der relevanten Kunden, sodass Aufwendungen zu berücksichtigen sind. Rechtsrisiken sind als Bestandteil der operationellen Risiken Gegenstand der Risikosteuerung und werden somit im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die „Zentrale Stelle“ ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wiederherzustellen.

Für die kommenden 12 Monate wurde in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario ein Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 6,0 Mio. EUR festgelegt, welches über Vorjahresniveau liegt. Die Anpassung resultiert aus dem gestiegenen Jahresverlustpotenzial der Risikoinventur OpRisk 2021. Das Limit wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 67,0 % beansprucht.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet.

Das Provisionsrisiko bezeichnet das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss unterschritten wird. Dieses beinhaltet sowohl den dem Vertrieb zuzurechnenden Teil des Provisionsüberschusses als auch den aus dem Eigengeschäft und anderen Elementen.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung bezogen auf das Dienstleistungsgeschäft. Daher wird das Provisionsrisiko im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsrechnung innerhalb des Vertriebsrisikos aus dem Dienstleistungsgeschäft limitiert.

In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein, die die Vertriebsplanung betreffen. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Zusätzlich zur Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Die von der Saalesparkasse angebotenen Produkte und Dienstleistungen unterliegen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit einer regelmäßigen Überprüfung und einer aktiven Anpassung an die vorherrschenden Marktbedingungen.

Die für das Jahr 2021 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnten jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 101,4 % der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich damit zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 insgesamt als unkritisch dar.

Für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet. Dabei bildet der geplante Provisionsüberschuss zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft in der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ab. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 6,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 74,8 % beansprucht.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben. Je nach Beteiligungsart unterscheidet die Sparkasse nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen oder operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung, welche i. d. R. über die innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) und der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU) erfolgt. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken und zu leistende Nachschüsse zugrunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 97,5 % des Volumens auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Die im Rahmen der regelmäßigen Strukturauswertungen identifizierten Risikokonzentrationen des Beteiligungsportfolios in Bezug auf die Größenklassenstruktur werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die für Beteiligungen in 2021 bestehenden Risiken übersteigen die ursprünglich in der GuV geplanten Risiken deutlich. Grund sind Bewertungsaufwendungen für eine Beteiligung an der NORD/LB, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehalten wird.

Für den Prognosezeitraum des Folgejahres wird ein im Vergleich zum Ist-Wert und den bereits im Jahresabschluss 2021 abgeschirmten Risiken geringeres Risiko erwartet. Die Limitreduktion resultiert aus bereits erfolgten Wertberichtigungen sowie der Kündigung einer Beteiligung zum 31.12.2021. Das für die kommenden zwölf Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 4,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zum Stichtag zu 35,2 % ausgelastet.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig an die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Änderungen des Marktes, die Entwicklung der Geschäfte sowie die Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und weiterentwickelt werden.

Das für Zwecke der Risikotragfähigkeit einsetzbare Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2021 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden.

Die höchsten Risikopotenziale wurden im Laufe des Geschäftsjahres 2021 bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse bei den Marktpreisrisiken des Depot A sowie den Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft gemessen.

Das im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung festgelegte Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit blieb im Jahresverlauf unverändert. Eine temporäre Einzellimitüberschreitung ergab sich im Jahr 2021 im Bereich der Immobilienobjektrisiken als Folge einer Anpassung der Art und Weise der Berücksichtigung stiller Lasten bei der Ermittlung der Risiken. Unter Berücksichtigung ausreichend vorhandener Puffer auf Ebene des Gesamtlimits erfolgte daraufhin eine Neuverteilung auf die Risikoarten.

Trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen infolge der Corona-Pandemie war die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2021 jederzeit gegeben. Die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials der Saalesparkasse waren im Berichtsjahr auch unter Berücksichtigung der genannten temporären Teillimitüberschreitung ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Aus den durchgeführten Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreisinklusive Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Diese Stresstests zeigten im Jahresverlauf hohe, insbesondere beim Konjunkturabschwungsszenario temporär auch bemerkenswerte Risikoausprägungen. Zum Jahresende konnte die Mindestkapitalanforderung incl. SREP-Aufschlag sowohl bei allen risikoartenbezogenen Stressszenarien eingehalten werden, wenn auch knapp beim übergreifenden Szenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenarioannahmen war kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, sodass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Das für das steuerungsrelevante Risikoszenario der Risikotragfähigkeit festgelegte Gesamtlimit (110,0 Mio. EUR) wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 56,8 % beansprucht.

Die Risikosituation der Saalesparkasse wird auf dieser Basis zum Ende des Jahres 2021 durch den Vorstand als gut eingeschätzt.

Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controllingmaßnahmen erfasst. Mögliche Ertragsbelastungen werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2022 berücksichtigt.

Im Jahr 2022 ist es zu Veränderungen der allgemeinen geopolitischen Lage gekommen. Sowohl die Folgen des Kriegs in der Ukraine auf die Kapitalmärkte und die Kreditnehmer der Saalesparkasse als auch die anhaltend hohe Inflation in Verbindung mit der weiteren Entwicklung der Zinsmärkte können zu einer Veränderung der Risikolage der Saalesparkasse im Jahr 2022 führen. Wir haben Kredite in Höhe von 214 TEUR an Kreditnehmer in Russland, Belarus und Ukraine im Bestand.

Daneben liegen noch keine Erkenntnisse vor, dass sich die Adressenrisiken der Sparkasse aufgrund von Kreditgewährungen an Kreditinstitute und Kunden, die in den Ländern Russland, Belarus und Ukraine besonders engagiert sind, erhöht haben.

Die Saalesparkasse hat ein Kreditvolumen im Sinne von § 19 Abs. 1 KWG an von der Krise besonders direkt oder indirekt betroffenen Kreditnehmern in Höhe von ca. 113,3 Mio. EUR ermittelt.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die nachfolgenden Aussagen spiegeln die Prognose der wirtschaftlichen Rahmendaten vor Beginn des Kriegs in der Ukraine wider. Die Prognosegüte kann durch die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine beeinflusst werden. Darüber hinaus beeinflussen auch die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen infolge des allgemeinen Zinsniveaus die wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Der seit Jahresbeginn anhaltende Renditeanstieg beeinflusst dabei das Zinsergebnis der Saalesparkasse deutlich positiv und kann zudem mögliche zusätzliche Belastungen für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft überkompensieren.

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe prognostizieren für das deutsche BIP 2022 ein Wachstum von 3,5 %. Wichtigste Voraussetzung hierfür ist weiterhin eine konsequente und zügige Bekämpfung der Pandemie.

Die für das Jahr 2022 prognostizierte Erholung wird erst im späteren Verlauf des Jahres erwartet. Gründe hierfür sind das anhaltende Pandemiegeschehen sowie die bestehenden Lieferengpässe. Dies führte dazu, dass die konjunkturelle Erholung am Jahresende 2021 nahezu zum Stillstand kam. Für 2022 erwarten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe gemäß Ihrer Konjunkturprognose bei den Verbraucherpreisen in Deutschland eine Steigerungsrate von 3,2 %.

Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2022 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 2,7 % prognostiziert.

Die Quote der registrierten Arbeitslosen würde nach der Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2022 mit 5,2 % weiter sehr niedrig bleiben. Das Instrument der Kurzarbeit wurde auch im Jahr 2021 weiterhin genutzt, jedoch nicht mehr in dem Ausmaß wie noch im Jahr 2020. Einige Bereiche verzeichneten sogar einen Personalmangel. Besonders betroffen ist der Gastronomiebereich, im Zuge der Wiedereröffnungen im Sommer 2021 konnten oftmals kurzfristig Beschäftigte nicht wieder zurückgewonnen werden.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Die Phase der Negativzinsen wird 2022 in Abhängigkeit von der künftigen Zinspolitik der EZB voraussichtlich vorerst anhalten. Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir einen nahezu konstanten Verlauf in allen Laufzeitbereichen.

Die EZB will den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität im Jahr 2022 unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,50 % belassen. Änderungen der EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der Nettoankäufe des EZB-Rats im Rahmen des APP vorgenommen. Sie geht davon aus, dass die Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis sie feststellt, dass sich die Inflationsaussichten deutlich vor dem Ende des Projektionszeitraum die 2 % erreichen und diese im weiteren Projektverlauf dauerhaft hält. Der EZB-Rat ist bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei seinem Zielwert von 2 % stabilisiert.

Der EZB-Rat wird die Refinanzierungsbedingungen für Banken weiterhin beobachten und dafür sorgen, dass die Fälligkeit von Geschäften im Rahmen der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) die reibungslose Transmission der Geldpolitik nicht beeinträchtigt.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine markiert einen Wendepunkt für Europa. Er wird komfortable Liquiditätsbedingungen gewährleisten und die von der Europäischen Union und den europäischen Regierungen beschlossenen Sanktionen umsetzen. Der EZB-Rat wird jegliche Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um das Preisstabilitätsmandat der EZB zu erfüllen und die Finanzstabilität zu wahren.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Der Vorstand sieht aufgrund der vergleichsweise geringen Wirtschaftskraft, des unterdurchschnittlichen Anteils des produzierenden Sektors sowie der demografischen Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Während die Stadt Halle (Saale) ihre gegenwärtige Bevölkerungszahl weiterhin relativ stabil halten kann, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahren doch zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen. Die demografische Entwicklung bleibt eine wesentliche geschäftspolitische Herausforderung der Zukunft.

Generell sieht der Vorstand die Stabilität des Geschäftsmodells der Saalesparkasse, das besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist, als weiterhin gegeben. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den weiterhin bestehenden Herausforderungen der Corona-Pandemie gewachsen zu sein. Darüber hinaus beschäftigen uns intensiv die Auswirkungen der immer noch nicht ausgestandenen Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der EZB-Zinspolitik, das anhaltende Niedrigzinsumfeld, Belastungen durch regulatorische Anforderungen und der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt.

Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere wegen der noch nicht wesentlich verändert erwarteten Niedrigzinsphase, wird 2022 das Betriebsergebnis vor Bewertung leicht unter dem Niveau des Jahres 2021 liegen. In den Folgejahren erwarten wir wieder ein leichtes Ansteigen des Betriebsergebnisses vor Bewertung. Aufgrund der prognostizierten Entwicklung ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Dies ist die Voraussetzung, um Privatkunden sowie Unternehmen in der Region auch zukünftig im Rahmen von Finanzierungsvorhaben vollumfängliche Begleitungen zu können.

Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen im Zuge der Digitalisierung über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen.

Unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen erfolgte eine vorsichtige Planung der Geschäftsentwicklung. Die Planung erfolgte über einen Zeithorizont von drei Jahren (2022 bis 2024).

Trotz der großen Unsicherheit hinsichtlich der Höhe der Schäden durch die Corona-Pandemie für Unternehmen und private Haushalte sowie deren Effekte auf die Investitionsneigung gehen wir von einer Ausweitung des Kreditgeschäftes aus. Potenziale sehen wir weiterhin bei Baufinanzierungen, gewerblichen Investitionsdarlehen sowie Fördermitteldarlehen.

Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2022 ein spürbares Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes mit Privatkunden um 8,8 % und mit Unternehmenskunden um 6,0 % geplant. Dagegen wird ein weiterer Rückgang bei Krediten an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 4,9 % bis 4,7 % aus.

Insgesamt werden die Eigenanlagen 2022 aufgrund hoher Fälligkeiten von Anleihen und Schuldscheindarlehen sinken. Eine Wiederanlage verzinslicher Anlagen ist in der derzeitigen Marktsituation nicht vollumfänglich möglich. Dagegen wird der Bestand an Spezialfonds weiter ausgebaut. Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt. Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken werden Zinsswaps eingesetzt.

Für das Jahr 2022 wird ein Wachstum der Kundeneinlagen von 5,6 % insbesondere in den Sichteinlagen inklusive Zinsdirekt sowie im Normalsparen prognostiziert. Auch in den Folgejahren rechnen wir mit einem weiteren Wachstum, wobei sich die jährliche Wachstumsrate bis auf 4,8 % in 2024 reduziert.

Der Vertrieb wird im Jahr 2022 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, die Modelle und Konditionen im Girobereich auch im Jahr 2021 konstant fortzuführen. Gleichzeitig soll der Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisiert werden. Dieses erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt (ÖSA) und der Deka-Bank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend, verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie und haben hierzu in der Vergangenheit auch eine, den stationären Vertrieb ergänzende, digitale Filiale implementiert. Wir wollen deshalb die Angebote der digitalen Filiale erweitern, um den bisherigen Anteil der Kunden weiter auszubauen. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte der mindestens jährlichen Kundenkontakte zu verstetigen, um auch zukünftig mithilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 55,0 % der geführten Girokonten im Geschäftsgebiet nach den Marktanalysen des DSGV zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2022 einen Zinsüberschuss in Höhe von 68,3 Mio. EUR, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der anhaltende Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Anleihen im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. Für 2023 erwarten wir mit 68,0 Mio. EUR und für 2024 mit 70,6 Mio. EUR einen ähnlichen Zinsüberschuss, sofern die erwartete Seitwärtsentwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen eintritt und die geplanten Annahmen im Kundengeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2022 bei Erreichen der Vertriebsziele mit 36,1 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird für 2023 mit 39,0 Mio. EUR und für 2024 mit 40,0 Mio. EUR eine ansteigende Entwicklung des Provisionsüberschusses unterstellt.

Der Personalaufwand wird im Vergleich zum Wert des Jahres 2021 im Planjahr 2022 deutlich sinken. In den Folgejahren 2023 und 2024 wird ein Anstieg bis auf 41,4 Mio. EUR erwartet. Der Sachaufwand des Jahres 2022 wird mit 30,4 Mio. EUR leicht über dem Wert für 2021 liegen. Im weiteren Planungszeitraum gehen wir im Planjahr 2023 von 30,3 Mio. EUR aus. Für das Planjahr 2024 wird ebenfalls ein konstanter Planwert von 30,3 Mio. EUR erwartet.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2022 mit 65,7 % über dem Niveau des Jahres 2021 bewegen. Unter Berücksichtigung der Planannahmen ist in den Folgejahren eine Ergebnisentwicklung auf einen Wert von 64,6 % im Jahr 2023 und 62,5 % im Jahr 2024 zu erwarten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2022 leicht unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. Für die Folgejahre gehen wir trotz geringeren Zinsüberschüssen von leicht steigenden Betriebsergebnissen und einer noch auskömmlichen Ertragslage aus.

Da sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie bisher kaum in den Portfoliostrukturen als auch in den Bewertungsergebnissen gezeigt haben sowie unter Berücksichtigung der nunmehr in die Ratingermittlung einfließenden Effekte der Pandemie wurde ab 2022 auf zusätzliche Planannahmen durch mögliche Ratingverschlechterungen verzichtet.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von -5,0 Mio. EUR im Jahr 2022 eingeplant, welches unter dem Istwert von 2021 liegt. Der Planwert umfasst dabei sowohl einen adresseninduzierten als auch einen marktpreisinduzierten Prognosewert. Der adresseninduzierte Teil des Bewertungsergebnisses dient dabei insbesondere zur Abfederung möglicher Bewertungsrisiken aufgrund der Höhe und des Risikogehaltes unseres inzwischen erreichten Schuldscheindarlehnbestandes. Der Marktpreisinduzierte Prognosewert umfasst die aus dem Bestands- und Neukundengeschäft ermittelten Bewertungserfordernisse bei Annahme einer konstanten Zins- und Spreadentwicklung. Für die Folgejahre wird von negativen Bewertungsergebnissen ausgegangen, die insgesamt zwischen -5,5 und -5,3 Mio. EUR schwanken.

Für das Kundenkreditgeschäft werden im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren steigende Bewertungsaufwendungen in Höhe von -6,0 Mio. EUR erwartet. Neben den Basisparametern der Risiko- und Sicherheitenstruktur beeinflusst dabei in erster Linie das geplante Wachstum im Kreditgeschäft den Vorschauwert. Auch in den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft aufgrund des anhaltenden Kreditwachstums auf weiter steigendem Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird im Jahr 2022 im Vergleich zum positiven Istwert im Jahr 2021 mit -1,2 Mio. EUR negativ ausfallen. Es umfasst insbesondere mögliche Bewertungsaufwendungen für unsere direkt und indirekt gehaltenen Beteiligungen. Für die Folgejahre wird von deutlich sinkenden Bewertungserfordernissen in Höhe von etwa -0,1 Mio. EUR ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2021 in Höhe von 2,1 Mio. EUR soll zur Stärkung der Eigenmittel genutzt. Darüber hinaus sollen Vorsorgereserven nach § 340g HGB gebildet werden. Für die Folgejahre sollen weitere Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Stärkung der Eigenmittel getätigt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelungswerkes und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, sodass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind. Für den Prognosezeitraum wird aus der Sicht per 31. Dezember 2021 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen. Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann damit aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

Darüber hinaus ist für den Prognosezeitraum weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Kapitalengpässe sind für den Planungshorizont ebenfalls nicht erkennbar.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

In den aktuellen Planungen geht der Vorstand von einer Entspannung in der Corona-Pandemie aus. Durch wiederkehrende Lockerungen könnte die Wirtschaft profitieren, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die nun noch durch die Corona-Hilfen u.U. verschärfte europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur belasten, werden die avisierten Ertragsziele mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während Risiken in erster Linie in Belastungen aus Insolvenzen von Kreditnehmern oder Herabstufungen von deren Ratings bestehen.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Mittelfristig werden Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses in der Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem moderaten Anstieg und einer Versteilerung der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen bei einem weiteren Zinsrückgang bzw. einer Verflachung der Zinskurve.

Die Zinsentwicklung nimmt auch Einfluss auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere. Stark steigende Zinsen generieren zinsinduzierte Bewertungsrisiken, die wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Sparkassen haben können. Zu deren Begrenzung wurden Sicherungsgeschäfte abgeschlossen.

Die Entwicklung der Immobilienmärkte hat einen wesentlichen Einfluss auf die Erträge und Wertansätze der Immobilienfonds sowie der eigenen fremdgenutzten Bestandsimmobilien. Risiken ergeben sich insbesondere aus negativen Preisentwicklungen, erhöhten Leerständen und Angebotsüberhängen. Dem gegenüber sehen wir Chancen bei einer weiteren positiven Marktentwicklung.

Im Jahr 2021 hat es unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine nennenswerten Auswirkungen auf das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft gegeben. Die Auswirkungen im Eigengeschäft der Saalesparkasse waren moderat. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben.

Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen und sinkenden Sicherheitenwerten in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahmen konnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist für das Jahr 2022 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse auswirken.

Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft und auf die Kapitalmärkte sind nach den bisherigen Erkenntnissen schwer abzuschätzen ebenso deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse. In der Folge des Kriegs in der Ukraine kann es zu erheblichen negativen Abweichungen bei den für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen kommen. Eine ansteigende Inflationsrate und das angekündigte Ende der Nullzinspolitik der EZB verstärken die Unsicherheiten über die weiteren Auswirkungen auf die Lage der Saalesparkasse.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2022 unter dem Niveau des Jahres 2021 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung verursacht werden, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein stringentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Potenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.